

Südtirol | Alto Adige

# Politika12

| Jahrbuch für Politik  
| Anuario di politica  
| Anuar de politica

| Herausgegeben von – a cura di – dè fora da  
| Günther Pallaver

politika

Edizione  
RAETIA

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Autonomen Provinz Bozen - Südtirol  
sowie der Stiftung Südtiroler Sparkasse.

Stampato con il sostegno della Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige  
e della Fondazione Cassa di Risparmio.

Stampè cun i contribuè dla Provinzia Autonoma da Balsan – Südtirol  
y dla Fondaziun Cassa dl Sparagn



© Edition Raetia, © politika, Bozen 2012

Herausgegeben von politika – Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft  
A cura di politika – Società di Scienza Politica dell'Alto Adige  
Dè fora da politika – Sozieté de sciënza politica de Südtirol

Grafisches Konzept | Concetto grafico | Conzet grafich: Dall'O & Freunde  
Druckvorstufe | Prestampa | Prestampa: Typoplus  
Druck | Stampa | Stampa: Tezzele Print

ISBN 978-88-7283-413-8

[www.raetia.com](http://www.raetia.com)

[www.politika.bz.it](http://www.politika.bz.it)

## Politika12

<b>1. Editorial</b>	
<i>Günther Pallaver</i> .....	8
<b>2. Die Ereignisse des Jahres</b>	
<b>Gli avvenimenti dell'anno</b> .....	19
<b>3. Essay: Kritische Bewertung des Jahres 2011</b>	
<b>Saggio: Sintesi e interpretazione dell'anno politico 2011</b>	
<i>Alessandra Zendron: 2011 – L'Autonomia sudtirolese alla prova della crisi</i>	
<i>2011 – Die Bewährungsprobe für die Südtirol-Autonomie im Zeichen der Krise</i> .....	98
<b>4. 40 Jahre II. Autonomiestatut</b>	
<b>40 anni del II Statuto di autonomia</b>	
<i>Peter Hilpold: 20 Jahre Streitbeilegungserklärung – Gedankensplitter aus völkerrechtlicher Sicht</i> .....	167
<i>Francesco Palermo: Regione, Province e forse nuova Regione? Il pendolo di Foucault istituzionale dell'autonomia</i> .....	183
<i>Günther Pallaver: Transformationsprozesse der Südtiroler Autonomie 1972–2012. Konfliktlösungsmodell, Konkordanzdemokratie, Parteien</i> ...	205
<i>Hermann Atz: Gegeneinander, Nebeneinander oder Miteinander: Wie haben sich 40 Jahre Autonomiestatut auf das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol ausgewirkt?</i> .....	241
<i>Christoph Perathoner: Die ladinische Sprachgruppe in Südtirol und das Zweite Autonomiestatut</i> .....	269
<i>Roberta Medda-Windischer: Immigrazione e minoranze storico-tradizionali: la gestione della diversità delle nuove minoranze in Alto Adige/Südtirol</i> .....	307
<i>Martin Larch: Autonomie und Ökonomie: War die Selbstverwaltung ein Segen für die Wirtschaftsentwicklung? Möglich wär's.</i> .....	327
<i>Giuseppe De Cesare: Statuto di autonomia e radiotelevisione pubblica</i> ..	345

## 5. Außerhalb des Jahresthemas

### Altri temi

*Nadja Thoma:* „Das Deutschtum in Südtirol wird über kurz oder lang abgeschafft sein.“ Migrationsdiskurse der Südtiroler Freiheitlichen ----- 377

*Roland Benedikter, Kris Krois, Andreas Trenker:* Social Design per l'Alto Adige ----- 405

*Günther Lengauer/Günther Pallaver:* Jörg Haider als *Human Brand*. Die politische Marke und ihre Erfolgsfaktoren ----- 411

## 6. Politische Bildung

### Educazione politica

*Thomas Benedikter:* Ehrenamt im Bereich Politik und bürgerschaftliches Engagement in Südtirol unterbewertet ----- 437

## 7. Rezensionen

### Recensioni

*Angelo d'Orsi:* L'Italia delle idee. Il pensiero politico in un secolo e mezzo di storia. (Joachim Gatterer) ----- 457

*Stefano Fait/Mauro Fattor:* Contro i miti etnici. Alla ricerca di un Alto Adige diverso. (Gabriele Di Luca) ----- 460

*Michael Thöndl:* Oswald Spengler in Italien. Kulturexport politischer Ideen der „Konservativen Revolution“. (Günther Pallaver) ----- 464

*Thomas Benedikter (Hg.):* Den Grundsätzen treu geblieben. Alfons Benediktens Wirken für Südtirol im Spiegel der Erinnerung. (Günther Pallaver) ----- 468

## 8. AutorInnen

**Autori** ----- 472



## 1. Editorial

A series of horizontal dashed lines for writing.



## Vorwort

Südtirols Autonomie wird gerne als Vorzeigemodell für andere soziale Realitäten präsentiert, in denen sprachliche Minderheiten leben, weil es als ein äußerst erfolgreiches Konfliktlösungsmodell angesehen wird. Die Anwendung personaler Gewalt wurde weitgehend vermieden, ein negativer Frieden verwirklicht, die Konfliktregelung verrechtlicht und international verankert.

Die Verrechtlichung des Konflikts hatte dazu geführt, dass in der Vergangenheit die Autonomie Südtirols vor allem unter juristischen, aber auch unter historischen Gesichtspunkten analysiert wurde. Neben den geschichtlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungsschüben wurden vor allem völker- und verfassungsrechtliche Fragen aufgeworfen, die Weiterentwicklung der Autonomie auch gerne unter quantitativen Aspekten betrachtet, wenn die (neu hinzugewonnen) Kompetenzen aufgelistet und als politischer Erfolg im Spannungsverhältnis mit dem Zentralstaat präsentiert wurden (und werden).

In dieser Ausgabe des Jahrbuches 2012 wird das Zweite Autonomiestatut im Vergleich zum Ersten in erster Linie sozialwissenschaftlich untersucht. Dabei geht es nicht um normative Ansätze, *wie etwas sein soll*, sondern um die Analyse der sozialen Wirklichkeit, *wie etwas ist*.

Das Jahr 1972 bildete eine politische Zäsur, den Übergang von einer Regional- zu einer Landesautonomie. Das Spannungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Bozen und Rom (aber auch Trient), wurde schrittweise durch das Spannungsverhältnis innerhalb der Autonomie, die *Außenpolitik* durch die *Innenpolitik* ergänzt.

Innerhalb dieser 40 Jahre seit dem Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatuts haben sich gewaltige soziale und politische Umbrüche vollzogen. Um nur zwei zu nennen: das Ende des Kalten Krieges und somit des Ost-West-Konfliktes und der

europäische Erweiterungs- und Integrationsprozess, verbunden mit dem Schengener-Abkommen und der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung. Allein diese beiden historischen Einschnitte haben das Leben in Europa radikal geändert und damit auch Auswirkungen auf Südtirols Autonomie gehabt.

Mit der Streitbeilegung im Jahre 1992 hat die Entwicklung der Autonomie keinen Abschluss gefunden, sondern sie bildete den Ausgangspunkt für die *dynamische Autonomie*. Das Ende des Ost-West-Konflikts hat der Forderung nach Sezession neuen Auftrieb gegeben, den *Slowenischen Weg* auch in Bozen attraktiv gemacht. Die Neugründung von Staaten auf dem Balkan im Zuge der Implosion Jugoslawiens, begleitet von blutigen Kriegen, gibt der Bewegung für die Selbstbestimmung im Sinne der Sezession, der Rückkehr zu Österreich oder im Sinne eines nicht näher definierten Freistaates neuen Antrieb. Als Reaktion auf die schwer vorstellbare Forderung nach *äußerer Selbstbestimmung* wird die Forderung nach *Vollautonomie* im Sinne der *inneren Selbstbestimmung* erhoben. Dabei wird gerne übersehen, dass das politische Zepter heute längst nicht mehr in den Händen der Nationalstaaten liegt, sondern in jenen der Europäischen Union, die vom Grundsatz ausgeht, dass Grenzen innerhalb der Union nicht verschoben oder neu errichtet, sondern, wenn schon, beseitigt werden.

Neben diesen *äußeren* Entwicklungen haben die *internen* Entwicklungen im Lande selbst an Bedeutung immer mehr zugenommen, haben Autonomie-intern tiefgreifende Transformationsprozesse stattgefunden, hat die Implementierung der Autonomie neue soziale Realitäten geschaffen. Dies betrifft den informellen Sektor wie etwa das Zusammenleben der Sprachgruppen genauso wie den formellen Sektor, ausgedrückt etwa im Regieren mittels Inklusion aller im Statut vorgesehenen Sprachgruppen. Dass vor 40 Jahren Nicht-EU-BürgerInnen in die Logik der Inklusion nicht mit einbezogen worden sind, weist bereits auf solch eine tiefgreifende Änderung unter vielen anderen hin, die es im Laufe der letzten Jahrzehnte gegeben hat und die von außen gekommen sind. Umgekehrt haben Wertewandel, die gestiegene Mobilität der Personen, das höhere Bildungsniveau und die neuen Kommunikationssysteme und Kommunikationsmittel eine lange Reihe von zusätzlichen Änderungen herbeigeführt, die von innen gekommen sind.

Die AutorInnen, die sich in diesem Jahrbuch mit Südtirols Zweitem Autonomiestatut auseinandersetzen, beschäftigen sich mit institutionellen Fragen, mit Fragen des politischen Systems und der politischen Akteure, mit der Entwicklung innerhalb und zwischen den Sprachgruppen, mit einigen Säulen des Autonomiestatuts, mit Wirtschaft und Wirtschaftspolitik sowie mit Fragen des Kommunikationssystems. Der Vergleich mit dem Beginn der Autonomiezeit vor 40 Jahren bringt

wertvolle Erkenntnisse und betrifft die Ordnung und somit den Handlungsrahmen der Politik (polity), die Gestaltung und damit die inhaltliche Dimension der Politik (policy) sowie die Durchsetzung und somit den Prozess des Politikgestaltens (politics).

Beispielhaft soll auf drei solcher Änderungen hingewiesen werden, die das soziale und politische Leben in Südtirol wesentlich geprägt haben. So ist die einst *dominierte* Minderheit zu einer *dominanten* geworden und hat die Machtverhältnisse unter den Sprachgruppen auf den Kopf gestellt. Die *personelle* Autonomie für die autochthonen Minderheiten in Südtirol ist zu einer *territorialen* Autonomie ausgeweitet worden. Das war die Autonomie im Kern bereits bei der Verabschiedung des Ersten Autonomiestatuts im Jahre 1948, aber die politische Wahrnehmung und politische Akzeptanz dieser neuen sozialen Realität, die alle vom Statut anerkannten Sprachgruppen im Lande (zumindest formal) auf gleiche Augenhöhe brachte, setzte erst mit der Umsetzung des Zweiten Autonomiestatuts ein. Und schließlich: Von den Parteien, die sich 1972 bei der Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatuts in der politischen Arena bewegten, hat nur eine die letzten 40 Jahre überlebt.

Wenn heute Südtirols Autonomie gern als Vorzeigemodell für andere soziale Realitäten präsentiert wird, in denen ethnische Konflikte herrschen, dann lässt sich wahrscheinlich weniger das institutionelle Modell als vielmehr der Prozess *exportieren*, der zu dieser Autonomie geführt hat. Dieser Prozess war (im Wesentlichen) gewaltlos, hat den Weg der Legalität nie verlassen, beruhte auf dem Prinzip der maximalen Inklusion aller betroffenen Akteure und der Verhandlungsdemokratie und maß dem Faktor Zeit eine wichtige Funktion zu, um nur die wichtigsten Kernpunkte des Konfliktlösungsprozesses aufzulisten. Auch wenn der politische Prozess vom politischen Inhalt nicht losgelöst betrachtet werden kann, auch wenn die äußeren Rahmenbedingungen (z. B. UNO, europäischer Integrationsprozess) eine wichtige Rolle gespielt haben, so liegt der innovative Charakter der Autonomie und damit des Zweiten Autonomiestatuts in seiner Vorbildfunktion für andere soziale Realitäten gerade in der Politikgestaltung, die als politischer Prozess zwar immer mit Konflikt verbunden ist, aber einen gemeinsamen, von allen im Lande lebenden Sprachgruppen und darüber hinaus involvierten Akteuren akzeptierten Grundkonsens gefunden hat, der auf den Prinzipien der Demokratie beruht.

*Günther Pallaver*

*Präsident der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft*

## Prefazione

L'autonomia dell'Alto Adige viene spesso presentata come esempio per altre realtà sociali in cui vivono minoranze linguistiche, perché considerata un modello estremamente efficace nella risoluzione dei conflitti etnici. L'uso della forza individuale venne quasi del tutto evitato, una condizione di "pace negativa" venne messa in pratica, il regolamento del conflitto venne corredato da tutele giuridiche e ancorato internazionalmente.

La giuridicizzazione del conflitto ha fatto sì che in passato l'autonomia dell'Alto Adige venisse analizzata soprattutto in chiave giuridica o storica. Accanto alle condizioni storiche e alle spinte dello sviluppo vennero avanzate soprattutto questioni etniche e costituzionali; l'ulteriore sviluppo dell'autonomia venne considerato di buon grado sotto aspetti quantitativi, ad esempio quando le (nuove) competenze venivano (e vengono) elencate e presentate come successo politico nella tensione con lo Stato centrale.

In questa edizione dell'annuario 2012 il secondo Statuto di autonomia viene analizzato in relazione al primo, innanzitutto in chiave politologica. Il confronto, tuttavia, non è impostato sugli aspetti normativi, come "qualcosa dovrebbe essere", ma sull'analisi della realtà sociale.

Il 1972 costituì una cesura politica, il passaggio da un'autonomia regionale a un'autonomia provinciale. Alla tensione tra Bolzano e Roma (ma anche Trento) si aggiunse gradualmente la tensione interna all'autonomia; la "politica estera" venne integrata dalla "politica interna".

In questi quarant'anni dall'entrata in vigore del secondo Statuto di autonomia si sono verificati significanti capovolgimenti sociali e politici. Per citarne solo due: la fine della Guerra Fredda e quindi del conflitto Est-Ovest e il processo di allargamento e di integrazione europea legato all'Accordo di Schengen e all'introduzione

della moneta unica europea. Queste svolte storiche hanno modificato radicalmente la vita in Europa e, di riflesso, hanno avuto effetti sull'autonomia altoatesina.

Con la quietanza liberatoria del 1992 lo sviluppo dell'autonomia non ha però incontrato la sua conclusione; il rilascio della quietanza ha rappresentato semmai il punto di partenza per una nuova "autonomia dinamica". La fine del conflitto Est-Ovest ha dato nuovo impulso alla richiesta di secessione, rendendo attrattiva anche a Bolzano la "via slovena". La fondazione di nuovi Stati nei Balcani a seguito dell'implosione della Jugoslavia, accompagnata da guerre sanguinose, ha dato nuovo slancio al movimento per l'autodeterminazione nel senso di una secessione o di un ritorno all'Austria, oppure nel senso di uno Stato libero, anche se non precisamente definito. Come reazione a richieste difficilmente realizzabili di una "autodeterminazione esterna" è stata avanzata la richiesta di una "autonomia piena", nel senso di una "autodeterminazione interna". Contemporaneamente si è imposta la considerazione che lo scettro politico non sia più da tempo nelle mani degli Stati nazionali, ma in quelle dell'Unione Europea, il cui principio base sta nel ritenere che i confini interni non saranno spostati o ricostruiti bensì rimossi.

Accanto a questi sviluppi "esterni" sono cresciuti di importanza quelli "interni" alla Provincia stessa; hanno avuto luogo profondi processi di trasformazione interni all'autonomia, la sua implementazione ha dato vita a nuove realtà sociali. Questa evoluzione ha riguardato il settore informale, come la convivenza dei gruppi linguistici, così come il settore formale, ad esempio l'amministrare in virtù dell'inclusione di tutti i gruppi linguistici previsti dallo Statuto. Il fatto che, quarant'anni fa, cittadini non UE non siano stati compresi nella logica dell'inclusione, è già indice di un profondo cambiamento tra i tanti, giunti dall'esterno, che si sono verificati nel corso degli ultimi decenni. Viceversa, il cambiamento dei valori e la crescente mobilità delle persone, il maggiore livello di istruzione, i nuovi sistemi e mezzi di comunicazione hanno dato vita a una lunga serie di cambiamenti aggiuntivi, questa volta provenienti dall'interno.

Gli autori e le autrici che in questo annuario si confrontano con il secondo Statuto di autonomia, si occupano di questioni istituzionali, di questioni legate ai sistemi e ai personaggi politici, dello sviluppo tra e all'interno dei gruppi linguistici, di alcuni pilastri dello Statuto di autonomia, di economia e politica economica così come del sistema di comunicazione. Il confronto con l'inizio del viaggio dell'autonomia quarant'anni fa apporta conoscenze preziose e coinvolge l'ordinamento, quindi il problema del potere e delle istituzioni (politics), la politica nella società (policy) ed il problema della comunità politica organizzata (polity).

A titolo di esempio vanno segnalati tre di questi cambiamenti che hanno forgiato considerevolmente la vita sociale e politica in Alto Adige. La minoranza un tempo “dominata” è diventata quella “dominante” e ha capovolto i rapporti di potere tra i gruppi linguistici. L’autonomia personale delle minoranze autoctone si è trasformata in un’autonomia territoriale. Quest’ultima costituiva il cuore dell’autonomia già al tempo del varo del primo Statuto nel 1948, ma la percezione e la disponibilità politica verso questa nuova realtà sociale, che ha portato tutti i gruppi linguistici della Provincia (almeno formalmente) allo stesso livello, si è insediata solo con il secondo Statuto di autonomia. E infine: tra i partiti che nel 1972, al tempo del secondo Statuto di autonomia, si muovevano nell’arena politica solo uno è sopravvissuto negli ultimi 40 anni.

Se oggi l’autonomia dell’Alto Adige viene spesso presentata come modello per altre realtà sociali in cui sono presenti conflitti etnici, è probabile che sia il processo stesso che ha portato all’autonomia, più che il modello istituzionale, a presentarsi come idea da esportare. Questo processo è stato (essenzialmente) non violento, non ha mai abbandonato la via della legalità, si è basato sul principio della massima inclusione di tutti i protagonisti coinvolti e della democrazia consociativa e ha attribuito al fattore tempo una funzione importante per elencare soltanto i punti fondamentali del processo di risoluzione del conflitto. Anche se il processo politico non può essere considerato separatamente dal contenuto politico, anche se le condizioni esterne (ad esempio l’ONU, il processo di integrazione europea) hanno giocato un ruolo importante, il carattere innovativo dell’autonomia, e quindi del secondo Statuto di autonomia, sta nella sua funzione di modello per altre realtà sociali proprio quanto a formulazione della politica. Una formulazione che, come processo politico, comporta sempre un conflitto, ma che ha trovato un consenso generale, approvato da tutti i gruppi linguistici residenti in provincia e che poggia sui principi della democrazia.

*Günther Pallaver*

*Presidente della Società di Scienza Politica dell’Alto Adige*

## Parores danfora

L'autonomia de Südtirol vëgn ion presentada sciöche model d'ejëmpl por d'atres realtês soziales olach'al vir mendranzes linguistiches, deache ara vëgn odüda sciöche n model de suzès por la soluziun de conflic. L'utilisaziun dl forza personala cuntra d'atri é gnüda en buna pert evitada, al é gnü realisé na pêsc zënza veres o revoluziuns, la regolaziun di conflic é gnüda definida iuridicamënter y ancorada a nivel internaziunal.

La definiziun por lege dl conflit à portè pro che l'autonomia de Südtirol gniss tl tëmp passè analisada dantadöt dal punt d'odüda iuridich, mo incé da puné d'odüda dla storia. Dlungia les condiziuns de cornisc y svilups storic é dantadöt gnü sciuré sö chestiuns che à da nen fà cun i dërc di popui y cun le dërt costituzional, le svilup inant dl'autonomia é incé gnü conscidré ion dal punt d'odüda dla cuantité, canche les competënzes (che é gnüdes laprò) gnô (y vëgn) compedades sö y presentades sciöche suzès politic tl raport de tenjiun cun le Stat zentral.

Te chësta ediziun dl anuar 2012 vëgnel analisé le Secundo Statut d'autonomia en confrunt cun le Pröm, dantadöt dal punt d'odüda sozial-scientifich. Chilò nen vara nia de chestiuns normative, sciöche „valch dess ester“, mo dl'analisa dla realté sozuala, „sciöche valch é“.

L'ann 1972 à formè na zesöra politica, le passaje da n'autonomia regionala a n'autonomia provinziuala. Le raport de tenjiun danter zënter y periferia, danter Bal-san y Roma (mo incé Trënt) é vare por vare gnü integré col raport de tenjiun al intern dl'autonomia, la „politica estera“ cun la „politica interna“.

Te chisc 40 agn dala jüda en forza dl Secundo Statut d'autonomia é gnü atüè mudamëné soziai y politics enorms. Ma da nen nominé dui: la fin dla „Vera Frëida“ y insciö dl conflit danter ost y vest, le prozès de ampliament y de integraziun europeich, lié cun l'Acordanza de Schengen, y l'introduziun de na valüta sóra por

l'Europa. Bele ma chisc dui intervencé storicis à mudé radicalmënter la vita tl'Europa y à porchël incé albü efeé sön l'autonomia de Südtirol.

Cun la Detlaraziun de stlütta dl strit danter l'Austria y la Talia dl 1992 ne s'è le svilup dl'autonomia nia rové; ara é stada le punt inizial por l'„autonomia dinamica“. La fin dl conflit danter ost y vest ti à indò dè forza nöia ala ghiranza de na sezesciun, ara à fat diventè atratif le „tru dla Slovenia“ incé a Balsan. La fondaziun nöia de staé ti Balcans tres l'implojiun dla Iugoslavia, acompagnada da veres insangonades, ti da n impuls sterch al movimënt por l'autodeterminaziun tl significat de sezesciun, de jì zoruch sot al'Austria o tl significat de n stat lède nia definì plü avisa. Sciöchë reaziun ala ghiranza de na „autodeterminaziun defora“ (dal Stat talian), che é ria da podèi s'imaginé, vëgnel ghiré na „autonomia plëna“ tl significat de na „autodeterminaziun daîte“ (dal Stat talian). Cun chësc survëigon ion, che la bachëta n'é bele dî nia plü tles mans di staé nazionai, mo te chëres dl'Uniun Europeica, che pëia ia dal prinzip che i confins interns dla Uniun ne vëgn nia sposta o metüs sö danü, mo scinacajo tué demez.

A pèr chisc svilups „externs“ à i svilups „interns“ ciafè tres plü importanza tla provinzia, tl'autonomia él gnü a s'al dè prozesc de trasformaziun che va a funz. L'implementaziun dl'autonomia à cherié realtës soziales nöies. Chësc reverda le setur informal, sciöchë la conviënza di grups linguistics, avisa tanco le setur formal, manifestè tres l'intlujiun tl govern de düc i grups linguistics preodüs tl Statut. Le fat ch'al n'é dan da 40 agn nia gnü tignì cunt de zitadins extra-europeics pro la logica dl'intlujiun, indichëia bele öna na mudaziun danter tröpës che va a funz, che é gnüdes a s'al dè ti ultimi dezenns y che é gnüdes da defora. Dl ater vers à le mudamënt di valurs, l'aumënt dla mobilité dles porsones, le level de formaziun plü alt y i systems y i mesì nüs de comunicaziun portè pormez na ligna de mudaziuns che é gnüdes da daîte.

I auturs y les auturies che s'ocupëia te chësc anuar dl Secundo Statut d'autonomia de Südtirol, se da jö cun chestiuns istituzionales, cun chestiuns che à da nen fà cun le sistem politic y i aturs politics, cun le svilup ti y danter i grups linguistics, cun n valgönes colones dl Statut d'autonomia, cun economia y politica economica, sciöchë incé cun chestiuns che reverda le sistem de comunicaziun. Le confrunt cun le scomenciämënt dl „iade dl'autonomia“ dan da 40 agn porta conoscënzes de valüta y reverda l'ordinamënt, y porchël le cheder d'aziun dla politica (polity), la composiziun y insciö la dimenjiun di contignüs dla politica (policy), porchël incé le prozès dl'organisaziun politica (politics).

Sciöchë ejëmpl déssel gnì mostrè sö trëi de chëstes mudaziuns, che à influenzè dassënn la vita soziala y politica te Südtirol. Insciö é la mendranza che ê n iade



„dominada“ deventada „dominanta“ y à sciurè sotissura i raporé dl podèi danter i grups linguistics. L'autonomia „personala“ por les mendranzes autoctones te Südtirol é gnüda slariada fora, deventan n'autonomia „teritoriala“. Tla sostanza ê chësta bele l'autonomia do l'aprovaziun dl Pröm Statut d'autonomia dl 1948, mo la perzeziun politica y l'azetanza politica de chësta realté sozuala nöia, che metô düc i grups linguistics reconesciüs tl Statut (almanco formalmänter) al medemo livel, à impormò branéc cun l'atuaziun dl Secundo Statut d'autonomia. Y ala fin: di partis che ê atifs tl ciamp politich canch'al é gnü aprovè le Secundo Statut d'autonomia, nen n'él ma stè un su che à suravit i ultims 40 agn.

Sce l'autonomia de Südtirol vëgn incö presentada ion sciöche model d'ejèmpl por d'atres realtês soziales, olach'al vëgn dant conflic étnics, spo él bunamënter plü ri da „esportè“ le model istituzional, co plütosc le prozès, che à portè a chësta autonomia. Chësc prozès é stè (en sostanza) zënza violënza, al n'è mai arbandonè le tru dla legalité, al s'è dagnora basè sön le prinzip dla mascima intlujiun de düc i aturs interessà y dla democrazia dla tratativa y ti à incè atribui al fatur tēmp na funziun importanta, ma por compedè sö i puné zentrali plü importané dl prozès de soluziun di conflic. Incè sce le prozès politich ne po nia gnì conscidré demez dal contignü politich, incè sce les condiziuns de cornisc esternes (p.ej. UNO, prozès d'integrasiun europeica) à albü na pert importanta, é le carater inovatif dl'autonomia y insciö dl Secundo Statut d'autonomia da ciafè, te süa funziun de model por d'atres realtês soziales, avisa tl'organisasiun politica, che é sciöche prozès politich dagnora liada cun conflic, mo che à ciafè n consens coletif, che vëgn azetada da düc i grups linguistics che vir tla provinzia y da düc i aturs interessà incè defora dai confins, che se basëia sön i prinzipls dla democrazia.

*Günther Pallaver*

*Presidēt dla Sozieté de sciënza politica de Südtirol*



**2. Die Ereignisse des Jahres**  
**Gli avvenimenti dell'anno**

A series of horizontal dashed lines for writing.

# 2011: Die Ereignisse des Jahres

Zusammengestellt von Marco Angelucci, Gabriele Di Luca, Mauro Fattor, Eva Fischer, Maximilian Ghetta, Harald Knoflach, Thomas Ohnewein, Gebhard Platter, Harald Plieger, Johanna Prader, Arnold Sorg

## Januar

**1. Januar.** Konrad Pfitscher wird Präsident des Wohnbauinstituts (WOBI) und löst damit Albert Pürgstaller ab, der nach dem Skandal, der zur Verhaftung von zwei leitenden Beamten geführt hat, zurückgetreten ist.

**2. Januar.** Laut einer Umfrage der „Tiroler Tageszeitung“ sind 64 Prozent der Tiroler gegen eine Wiedervereinigung mit Südtirol. Die Anzahl der Befürworter ist damit im Vergleich zum Zeitraum des Vorjahres um 10 Prozent gesunken.

**4. Januar.** SVP-Parteiboss Richard Theiner und Landeshauptmann Luis Durnwalder stellen das politische Programm der SVP für 2011 vor. Die politische Linie der „Blockfreiheit“ wird dabei bestätigt.

Das Regionale Verwaltungsgericht fordert das Land auf, den Landtagsabgeordneten Hans Heiss und Riccardo Della Sbarba (Grüne) Einsicht in die Gesellschaftsverträge zwischen SEL, Enel und Edison zu gewähren. Das Urteil bestätigt das Kontrollrecht der Landtagsabgeordneten über die Aktivitäten der beteiligten Vertragspartner.

**5. Januar.** Endlos-Sitzung des Ausschuss-Mehrheit Bozens: Mit 100 Tagen Verspätung nimmt der Stadtrat das 14 Seiten lange Programm für die Legislaturperiode an. Es unterzeichnen: SVP, PD, Grüne, Projekt Bozen, Sel, Socialisti (SDI), Rifondazione comunista, Italia dei valori. Auch Udc und Unione per Bolzano, welche einen eigenen Bürgermeisterkandidaten gestellt haben, setzen ihre Unterschrift darunter.

**10. Januar.** Stefan Pan, Präsident des Unternehmerverbandes, legt das Südtiroler Manifest für eine nachhaltige Entwicklung vor. Die Industriellen fordern Maßnahmen zur Verstärkung der Mehrsprachigkeit und zur Ankurbelung der Innovation.

# 2011: Gli avvenimenti dell'anno

A cura di Marco Angelucci, Gabriele Di Luca, Mauro Fattor, Eva Fischer, Maximilian Ghetta, Harald Knoflach, Thomas Ohnewein, Gebhard Platter, Harald Plieger, Johanna Prader, Arnold Sorg

## Gennaio

**1° Gennaio.** Konrad Pfitscher diventa Presidente dell'Istituto per l'Edilizia Sociale (IPES) al posto di Albert Pürgstaller dimessosi in seguito allo scandalo che ha portato all'arresto di due dirigenti dell'istituto.

**2 Gennaio.** Secondo un sondaggio della "Tiroler Tageszeitung" il 64 per cento dei tirolesi è contrario alla riunificazione con il Sudtirolo. Rispetto allo stesso periodo dello scorso anno il numero dei favorevoli è calato del 10 per cento.

**4 Gennaio.** L'Obmann della Svp Richard Theiner e il Presidente della Provincia Luis Durnwalder presentano il programma politico della Svp per il 2011. Ribadita la linea della "Blockfreiheit" del partito.

Il Tar impone alla Provincia di consegnare gli accordi parasociali tra Sel (Südtiroler Elektrizitätsaktiengesellschaft), Enel ed Edison ai consiglieri provinciali Hans Heiss e Riccardo Dello Sbarba (Verdi). La sentenza sancisce il diritto di controllo dei consiglieri sull'attività delle partecipate.

**5 Gennaio.** Riunione fiume della maggioranza comunale di Bolzano: con cento giorni di ritardo viene approvato un documento di 14 pagine con il programma di giunta per la legislatura. Il documento è sottoscritto da Svp, Pd, Verdi, Projekt Bozen, Sel, Socialisti, Rifondazione comunista, Italia dei valori. Firmano anche l'Udc e l'Unione per Bolzano che alle elezioni avevano un proprio candidato sindaco.

**10 Gennaio.** Il Presidente di Assoimprenditori Stefan Pan presenta il manifesto per lo sviluppo. Gli industriali chiedono misure per rafforzare il plurilinguismo e rilanciare l'innovazione.

Die Zeitung „Il Sole 24 ore“ veröffentlicht eine Rangordnung der beliebtesten Bürgermeister Italiens: Luigi Spagnolli holt 22 Plätze auf, bleibt aber auf dem 84. Platz stehen. Auf dem achten Platz ist der Bürgermeister von Trient, Alessandro Andreatta.

Die iranische Rechtsanwältin Nasrin Sotoudeh wird von einem iranischen Gerichtshof zu sechs Jahren Haft verurteilt. Im Jahr 2008 hat sie den Preis der Organisation Human-Rights-International erhalten, aber das Regime hat ihr untersagt zur Verleihung nach Bozen zu kommen.

**11. Januar.** Hanspeter Munter kehrt in den Landtag zurück: Der Direktor des Landesverbandes der Handwerker folgt auf den verstorbenen Sepp Lamprecht. SVP-Parteiobermann Richard Theiner bittet ihn offiziell darum, auf die Ämterhäufung zu verzichten.

Der Landtag von Belluno ebnet mit 21 Ja-Stimmen und zwei Gegenstimmen den Weg für ein Referendum über den Anschluss der Provinz an die Region Trentino-Südtirol. Das Komitee „Belluno Autonomia Dolomiti“ hat zur Unterstützung dieser Einbringung 17.500 Unterschriften gesammelt.

**12. Januar.** Der Landtag nimmt den Bericht der Untersuchungskommission über den WOBI-Skandal zur Kenntnis. Das Dokument, das von der Opposition mitgetragen wurde, hebt den Mangel an Kontrollen hervor. Der Verwaltungsrat des WOBI wirft der Untersuchungskommission in einem Brief an den Landtagspräsidenten Dieter Steger vor, sich von den Medien beeinflussen lassen zu haben.

CGIL/AGB, CISL/SGB, UIL/SGK und ASGB treffen den Landesverband der Handwerker. Gewerkschaften und LVH bemühen sich um die Neubelebung einer „Sozialpartnerschaft“.

Georg Zelger (SVP) wird Urbanistik-Stadtrat in Leifers und folgt damit auf Georg Forti, der nach den Polemiken um die Sportzone im November 2010 zurückgetreten ist. Robert Tezzele rückt für Georg Zelger in den Gemeinderat nach.

**13. Januar.** In der Fernsehsendung „Otto e mezzo“ von Lilli Gruber, welche sich dem *legittimo impedimento* (rechtmäßige Verhinderung des Ministerpräsidenten und der Minister am Erscheinen zur Strafverhandlung) widmet, sagt Michaela Biancofiore (PdL): „Ein Staatsanwalt hat mir das Gesetz zum *legittimo impedimento* empfohlen.“

**15. Januar.** Auf dem Fest des Partito Democratico in Folgaria diskutieren die Führungsspitzen der Partei von Bozen und Trient über die Zukunft der Autonomie.

Il “Sole 24 ore” pubblica la graduatoria dei sindaci più graditi d’Italia: Luigi Spagnoli recupera 22 posizioni, ma si ferma all’84esimo posto. Ottavo il primo cittadino di Trento Alessandro Andreatta.

L’avvocato iraniano Nasrin Sotoudeh viene condannata a sei anni di carcere da un tribunale della Repubblica islamica: nel 2008 aveva ricevuto il premio dell’Associazione Human Rights International, ma il regime le aveva impedito di venire a Bolzano a ritirare il premio.

**11 Gennaio.** Hanspeter Munter torna in Consiglio provinciale: il Direttore dell’APA (Associazione Provinciale Artigianato) subentra al defunto Seppi Lamprecht. L’Obmann della Svp Richard Theiner gli chiede ufficialmente di rinunciare al doppio incarico.

Il Consiglio provinciale di Belluno, con 21 voti favorevoli e due contrari, dà il via libera al referendum popolare per l’annessione della Provincia al Trentino-Alto Adige. A sostegno della proposta il comitato “Belluno Autonomia Dolomiti” ha raccolto 17.500 firme.

**12 Gennaio.** Il Consiglio provinciale prende atto della relazione della commissione d’inchiesta sullo scandalo IPES. Il documento, votato anche dall’opposizione, evidenzia l’avvenuta mancanza di controlli. In una lettera indirizzata al Presidente del Consiglio provinciale Dieter Steger il Cda dell’IPES accusa la commissione di essersi lasciata influenzare dai media.

Cgil, Cisl, Uil e ASGB incontrano Assoimprenditori. Sindacati e industriali si impegnano a rilanciare la “Sozialpartnerschaft”.

Georg Zelger (Svp) diventa assessore all’urbanistica di Laives al posto di Georg Forti, dimessosi a novembre per le polemiche sulla cittadella dello sport. Al suo posto entra in consiglio Robert Tezzele.

**13 Gennaio.** Nella trasmissione “Otto e mezzo” di Lilli Gruber dedicata al legittimo impedimento la deputata Michaela Biancofiore (Pdl) annuncia: “un PM mi ha suggerito la norma sul legittimo impedimento”.

**15 Gennaio.** Alla festa democratica di Folgaria i vertici del Pd di Bolzano e di Trento si confrontano sul futuro dell’autonomia.

**17. Januar.** Erster Entwurf einer Einigung der Landesregierung über das Einwanderungsgesetz: Wer Anspruch auf Sozialleistungen haben will, muss in Zukunft fünf Jahre im Land gelebt und drei Jahre hier gearbeitet haben.

**18. Januar.** Eine Gruppe von lokalen und nationalen Umweltschutzorganisationen, darunter WWF, CAI und CIPRA, bittet in einem Schreiben an den Staatspräsidenten Giorgio Napolitano, das Dekret, mit welchem die Verwaltung des Nationalparks Stilfser Joch an die Provinz übertragen werden soll, nicht zu unterschreiben.

**19. Januar.** Das Halteverbot der österreichischen und deutschen Züge, abgesehen vom Endbahnhof, gelangt in die Abgeordnetenkammer. Der SVP-Abgeordnete Siegfried Brugger protestiert wegen der dadurch entstandenen Unannehmlichkeiten für Touristen und Pendler. Minister Matteoli entgegnet, dass das von der italienischen Schienenregulierungsbehörde verfügte Halteverbot legitim sei.

**20. Januar.** Die erste gesetzgebende Kommission des Landtags behandelt die Gesetzesentwürfe über die Toponomastik. Während die Gesetzesentwürfe der Grünen und der Süd-Tiroler Freiheit abgelehnt werden, wird über den Gesetzesentwurf der SVP intensiv diskutiert. Die Landesräte Alessandro Urzi, Maurizio Vezzali und Donato Seppi fordern ein Treffen aller italienischer Parteien, um den Vorstoß der SVP zu stoppen.

Der Exekutivausschuss des LVH nimmt den Antrag auf politischen Wartestand von Hanspeter Munter an. Auf ihn folgt der bisherige Vizedirektor Thomas Pardeller.

Die „Neue Südtiroler Tageszeitung“ veröffentlicht die Liste der acht Verwaltungsräte, in denen der neue Präsident des WOBI, Konrad Pfitscher, sitzt, während das Landesgesetz 12/2007 nur den Sitz in höchstens drei Verwaltungsräten vorsieht.

**21. Januar.** Im Gadertal beginnt das Gipfeltreffen der EU-Außenminister, das von Franco Frattini organisiert wurde. Am Gipfeltreffen nimmt auch die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außenpolitik, Catherine Ashton, teil.

Der SVP-Abgeordnete Siegfried Brugger kündigt an, dass die SVP ein Misstrauensvotum gegen den Minister für Kulturgüter, Sandro Bondi, abgeben wird.

Konrad Pfitscher kündigt an, einige Sitze in Verwaltungsräten aufzugeben, um die Präsidentschaft des WOBI weiter innehaben zu können.

**22. Januar.** Im Gadertal diskutieren die Außenminister über die Aufstände in Nordafrika. Auch in Bozen demonstrieren die Tunesier gegen die Unterdrückung durch das Regime Ben Ali.



**17 Gennaio.** Prima bozza di accordo in Giunta provinciale sulla legge sull'immigrazione: accanto al limite dei 5 anni di residenza per accedere ai servizi sarà inserito anche il limite di 3 anni di lavoro.

**18 Gennaio.** Un gruppo di associazioni ambientaliste locali e nazionali, tra cui Wwf, Cai e Cipra, scrive al Capo dello Stato Giorgio Napolitano. Nella lettera si chiede di non firmare il decreto sulla provincializzazione del Parco dello Stelvio.

**19 Gennaio.** Il divieto di fermata intermedia per i treni austriaci e tedeschi approda alla Camera. Il deputato Svp Siegfried Brugger protesta per i disagi arrecati a turisti e pendolari. Il ministro Matteoli replica che il divieto di fermata intermedia imposto dalle ferrovie italiane è legittimo.

**20 Gennaio.** La prima commissione legislativa del Consiglio provinciale tratta i disegni di legge sulla toponomastica. Bocciati i disegni di legge di Verdi e di Süd-Tiroler Freiheit mentre il ddl della Svp passa alla discussione articolata. I consiglieri Alessandro Urzì, Maurizio Vezzali e Donato Seppi chiedono un vertice di tutti i partiti italiani per fermare il blitz della Svp.

La Giunta esecutiva dell'APA approva la richiesta di aspettativa di Hanspeter Munter. Gli subentra Thomas Pardeller.

La "Neue Südtiroler Tageszeitung" pubblica l'elenco degli otto Cda in cui siede il neopresidente dell'IPES Konrad Pfitscher mentre la legge provinciale 12/2007 ne prevede un massimo di tre.

**21 Gennaio.** In Val Badia si apre il vertice dei Ministeri degli esteri della UE sulla neve organizzato da Franco Frattini. Al summit anche l'alta rappresentante della politica estera UE, Catherine Ashton.

Il deputato Svp Siegfried Brugger annuncia che la Svp voterà la mozione di sfiducia al Ministro dei Beni culturali Sandro Bondi.

Konrad Pfitscher annuncia che lascerà alcuni Cda per mantenere la presidenza dell'IPES.

**22 Gennaio.** In Alta Badia i ministri degli esteri si confrontano sulla rivolta esplosa in Nord Africa. Anche a Bolzano i tunisini scendono in piazza contro la repressione imposta dal regime di Ben Ali.

**24. Januar.** Die Landesregierung nimmt den Beschluss zur Begrenzung der Laufzeit von Verträgen der Direktoren in Landesbetrieben und Betrieben mit Landesbeteiligung an.

Die SVP gibt die vorgezogene Entscheidung des SVP-Abgeordneten Siegfried Brugger bekannt: Die Partei werde eine Misstrauensstimme gegenüber Bondi abgeben, der verantwortlich dafür ist, dass die Geldmittel für die Restauration des Siegesdenkmals freigegeben wurden. Durnwalder erklärt der Ansa, dass der Minister ein Signal geben muss, wenn er das Vertrauen haben will. Wenige Stunden danach kommt die Antwort Bondis: Man werde in einen Dialog treten, um die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen.

**25. Januar.** Angesichts des Misstrauensantrags kommt es zu umfangreichen Verhandlungen zwischen Bondi und der SVP. Daran beteiligt ist auch der Parteivorsitzende des PdL in der Abgeordnetenkammer, Fabrizio Cicchitto.

**26. Januar.** Wenige Stunden vor dem Misstrauensvotum erhält Durnwalder einen Brief von Bondi: Die Arbeiten am Siegesdenkmal werden unterbrochen, der Weg für die Verlagerung des Mussolini-Reliefs auf dem Gerichtsplatz und des Alpini-Denkmal in Brunneck frei gemacht, das Ok für die erläuternden Texttafeln bei den Beinhäusern gegeben. Die SVP jubelt, die lokalen Mitte-rechts-Parteien protestieren: „Unsere Regierung hat uns betrogen.“ Auch der PD kritisiert das Übereinkommen. Bondi erhält die Vertrauensstimmen der SVP, aber diese sind nicht entscheidend.

Landesrat Roberto Bizzo (PD) stellt das Einwanderungsgesetz vor: Die Pflicht der dreijährigen Berufstätigkeit im Land fällt weg, weil sie mit den staatlichen Normen nicht vereinbar ist. Das Zentrum für Antidiskriminierung wird unter die direkte Kontrolle des Landes gestellt. Kritik kommt von den Organisationen der Einwanderer.

**27. Januar.** Der Bondi-Brief wird zu einem nationalen Fall. Auch Alessandra Mussolini und der Parteivorsitzende des PdL im Senat, Maurizio Gasparri, stellen sich gegen den ehemaligen Minister. Maurizio Vezzali, Landesrat der PdL, schließt die Bildung „einer neuen politischen Kraft“ nicht aus.

Von Bozen aus startet der „Zug der Erinnerung“: 150 SchülerInnen und StudentInnen besuchen Auschwitz.

**28. Januar.** Die Fiom (Federazione Impiegati Operai Metallurgici) demonstriert in Bozen vor dem Iveco-Gebäude gegen den neuen Tarifvertrag.

Die PdL-Abgeordnete Michaela Biancofiore trifft ihre Unterstützer, welche die Partei nach dem Brief Bondis verlassen wollen. Der Abgeordnete Giorgio Holzmann kündigt an: „Wenn der Duce entfernt wird, trete ich als Abgeordneter zurück.“

**24 Gennaio.** La Giunta approva la delibera che limita la durata dei contratti dei direttori delle società pubbliche, finora quasi tutti a tempo indeterminato.

La Svp ufficializza la decisione anticipata da Brugger: il partito voterà la sfiducia al ministro Bondi, colpevole di aver sbloccato i fondi per il restauro del Monumento alla Vittoria. All'Ansa Durnwalder dichiara che il ministro, se vuole la fiducia, deve dare qualche segnale. Poche ore dopo arriva la replica di Bondi: dialoghiamo per superare le divisioni.

**25 Gennaio.** Trattative a ritmo serrato tra Bondi e la Svp in vista della mozione di sfiducia. In campo anche il capogruppo del Pdl alla Camera Fabrizio Cicchitto.

**26 Gennaio.** Lettera di Bondi a Durnwalder poche ore prima del voto di fiducia: interruzione dei lavori al Monumento alla Vittoria, via libera allo spostamento del duce a cavallo di piazza del Tribunale e dell'alpino di Brunico, ok alle targhe commemorative davanti agli ossari. La Svp esulta, il centrodestra locale protesta: il nostro governo ci ha traditi. Anche il Pd critica l'accordo. Bondi ottiene il voto di fiducia della Svp, ma i voti Svp non sono decisivi.

L'assessore Roberto Bizzo (Pd) presenta la legge sull'immigrazione: scompare l'obbligo dei tre anni di lavoro perché incompatibile con le norme nazionali. Il centro antidiscriminazioni sarà sotto il controllo diretto della Provincia. Critiche le associazioni di immigrati.

**27 Gennaio.** La lettera di Bondi diventa un caso nazionale. Contro l'ex ministro intervengono anche Alessandra Mussolini e il capogruppo del Pdl al senato Maurizio Gasparri. Il consigliere provinciale del Pdl Maurizio Vezzali ipotizza la creazione di un partito territoriale.

Da Bolzano parte il Treno delle Memorie: 150 studenti in visita ad Auschwitz.

**28 Gennaio.** La Fiom manifesta davanti all'Iveco contro il piano Marchionne.

La deputata Pdl Michaela Biancofiore incontra i suoi sostenitori che vogliono lasciare il partito dopo la lettera di Bondi. L'onorevole Giorgio Holzmann annuncia: "se tolgono il duce mi dimetto da deputato".

**29. Januar.** Filippo Forest, Gianni Cuda und Roberto Fracchetti verlassen nach dem Übereinkommen zwischen Durnwalder und Bondi den PdL.

Die neofaschistische Vereinigung CasaPound kündigt auf Facebook eine nationale Demonstration in Bozen an.

**31. Januar.** Silvio Berlusconi lädt die militanten Vertreter des PdL, die nach dem Bondi-Brief aus der Partei austreten wollen, nach Arcore ein.

## Februar

**1. Februar.** Die von der SVP geplante Wahl von Julia Unterberger zur Landtagspräsidentin scheitert am geschlossenen Widerstand der Opposition.

Die österreichische Regierung beschließt, den Brennerbasistunnel (BBT) bis 2016 mit 1,3 Milliarden Euro zu finanzieren.

**2. Februar.** Der Streit im Landesverband der Handwerker (LVH) geht weiter. Der gesamte Exekutivausschuss des LVH tritt zurück.

**3. Februar.** Der ehemalige Landtagspräsident Dieter Steger, der nach einem Urteil des Landesgerichts den Landtag verlassen musste, weil er zum Zeitpunkt der Wahl im Verwaltungsrat einer Gesellschaft mit öffentlicher Beteiligung saß, kehrt als Direktor zum Handels- und Dienstleistungsverband (hds) zurück. Beim hds muss Werner Frick, der als ehemaliger Landesrat Steger als Ressortdirektor beschäftigt hatte, diesem Platz machen.

**7. Februar.** Das Mussolini-Relief am Gebäude des Finanzamts in Bozen soll musealisiert werden – eventuell auch vor Ort. Wie diese Vorgabe am besten umgesetzt werden kann, will die Landesregierung mit einem Ideenwettbewerb herausfinden. BewerberInnen haben einen Monat lang Zeit, Vorschläge einzureichen.

Das Land Südtirol wird sich nicht offiziell an den Feierlichkeiten zum 150-jährigen Jubiläum der Einheit Italiens beteiligen. Dies hat die Landesregierung beschlossen. Die Nicht-Beteiligung sei allerdings in keinem Fall gleichzusetzen mit einem Feier-Verbot, so Landeshauptmann Luis Durnwalder.

**8. Februar.** In der ersten Gesetzgebungskommission des Landtages blockieren die italienischen Rechtsparteien das Toponomastikgesetz der SVP.

**29 Gennaio.** Filippo Forest, Gianni Cuda e Roberto Fracchetti lasciano il Pdl in polemica con Bondi.

Su facebook CasaPound annuncia una manifestazione nazionale a Bolzano.

**31 Gennaio.** Silvio Berlusconi invita ad Arcore i militanti del Pdl che vogliono uscire dal partito in seguito alla lettera di Bondi.

## Febbraio

**1° Febbraio.** L'elezione di Julia Unterberger a presidente del Consiglio provinciale, programmata dalla Svp, fallisce per l'ostruzionismo della minoranza.

Il Governo austriaco decide di finanziare fino al 2016, con 1,3 miliardi di euro, la Galleria di Base del Brennero (BBT).

**2 Febbraio.** La controversia interna all'Associazione provinciale dell'artigianato (APA) prosegue. L'intera Giunta esecutiva si dimette.

**3 Febbraio.** L'ex Presidente del Consiglio provinciale Dieter Steger, che dopo una sentenza del tribunale di Bolzano aveva dovuto abbandonare il Consiglio (perché al momento dell'elezione sedeva nel Cda di una società a partecipazione pubblica maggioritaria), torna a rivestire la carica di Direttore dell'Unione commercio turismo servizi. Werner Frick, che in veste di assessore aveva conferito a Steger la direzione del dipartimento, deve fare un passo indietro nell'Unione.

**7 Febbraio.** Il bassorilievo di Mussolini sul Palazzo degli Uffici Finanziari a Bolzano deve essere collocato in un museo – eventualmente anche in loco. Per decidere in che modo applicare la direttiva, la Giunta vuole bandire un concorso di idee. I partecipanti hanno un mese di tempo per inoltrare le proposte.

La Provincia di Bolzano non aderirà ufficialmente alle celebrazioni per il centocinquantesimo anniversario dell'Unità d'Italia. A deciderlo è stata la Giunta provinciale. Tuttavia, la non adesione non sarebbe da intendere in nessun modo come un divieto di festeggiamento, rende noto il Presidente della Provincia Luis Durnwalder.

**8 Febbraio.** Nella prima commissione legislativa del Consiglio provinciale i partiti italiani della destra bloccano la legge sulla toponomastica della Svp.

**10. Februar.** Der Generalrat des LVH wählt Gert Lanz zum neuen Verbandspräsidenten. Der bisherige Präsident Walter Pichler, der die Wahl verliert, hatte einen klaren Wechsel im Verband und in der LVH-Genossenschaft gefordert, brachte im Generalrat diese Forderung aber nicht durch.

**11. Februar.** Staatspräsident Giorgio Napolitano zeigt sich in einem Schreiben an Landeshauptmann Luis Durnwalder „überrascht und betrübt“ über dessen Äußerungen zu den Feiern zum 150. Jubiläum der Einigung Italiens. In seiner Reaktion auf das Schreiben geht Durnwalder zwar nicht direkt auf die Sichtweise Napolitanos ein, versucht aber, die Argumente des Landes zu erläutern. So unterstreicht Durnwalder noch einmal, dass er vollstes Verständnis für all jene habe, die das Einheits-Jubiläum feiern wollten. Dasselbe Maß an Verständnis erhoffe er sich auch für jene, die keinen Grund zum Feiern sehen.

Der Staatsrat gibt dem Antrag des Landes auf eine Aussetzung des Urteils statt, das die Einsichtnahme in die Verträge zwischen SEL, Enel und Edison verfügt hatte.

**14. Februar.** Die Staatsanwaltschaft in Prag bestätigt Medienberichte, wonach der Meraner Publizist und Jugendarbeiter Thomas Sigmund in der tschechischen Hauptstadt in U-Haft sitzt.

**15. Februar.** Der Regionalrat verabschiedet den Gesetzesentwurf über die *Beteiligung der von den Autonomen Provinzen errichteten Räte der örtlichen Autonomien am Rechtssetzungsprozess der Region*. Dieses Gesetz erlaubt es den Gemeinden über den Rat der Gemeinden Gesetzesentwürfe direkt in die Regionalregierung einzubringen.

Südtirols Gemeinden drängen auf eine verpflichtende Abgabe zur Finanzierung der Tourismusvereine. Derzeit bezahlen die Gastbetriebe die Abgabe noch freiwillig, die Differenz geht auf Kosten der Gemeinden.

**17. Februar.** Nach zehn Jahren hat der italienische Fußballverband FIGC dem FC Südtirol die Zustimmung erteilt, seinen Vereinssitz von Brixen nach Bozen zu verlegen.

**18. Februar.** An der Freien Universität Bozen wird mit Unterstützung des Landes Südtirol ein Zentrum für Regionalgeschichte eingerichtet. Das Zentrum soll Forschung und Wissensvermittlung für alle drei Sprachgruppen betreiben.

**10 Febbraio.** Il Consiglio generale dell'Associazione provinciale dell'artigianato (APA) elegge Gert Lanz nuovo Presidente dell'Associazione. Il Presidente uscente Walter Pichler, che viene battuto alle elezioni, aveva richiesto un netto cambiamento all'interno dell'associazione e della cooperativa APA. Con le sue richieste, però, non riesce ad affermarsi nel Consiglio generale.

**11 Febbraio.** Il Presidente della Repubblica Giorgio Napolitano, in una lettera al Presidente della Provincia Luis Durnwalder, si mostra “sorpreso e rammaricato” per le decisioni riguardanti le celebrazioni per il centocinquantésimo anniversario dell'Unità d'Italia. Nella sua reazione alla lettera, Durnwalder non si occupa direttamente del pensiero di Napolitano, ma cerca di illustrare le motivazioni della Provincia. In questo modo, Durnwalder sottolinea ancora una volta di avere piena comprensione per coloro che intendano celebrare l'anniversario. La stessa comprensione la auspica per coloro che non trovino ragioni per festeggiare.

Il Consiglio di Stato accoglie la richiesta della Provincia di Bolzano di sospendere la sentenza che aveva disposto l'accesso ai contratti stipulati tra Sel, Enel e Edison.

**14 Febbraio.** La Procura della Repubblica di Praga conferma i resoconti dei media secondo cui il meranese Thomas Sigmund, giornalista pubblicista e attivo nel mondo giovanile, si troverebbe in carcere nella capitale ceca.

**15 Febbraio.** Il Consiglio regionale approva il disegno di legge in tema di “partecipazione dei Consigli delle Autonomie locali delle Province autonome all'attività legislativa e amministrativa della Regione”. Questa legge permette ai Comuni di presentare disegni di legge direttamente alla Giunta regionale, attraverso il Consiglio delle Autonomie locali.

I Comuni altoatesini sollecitano una tassa obbligatoria per il finanziamento delle Associazioni turistiche. Attualmente le attività alberghiere pagano la tassa in maniera volontaria, la rimanenza viene coperta dai Comuni.

**17 Febbraio.** Dopo dieci anni la Federazione italiana giuoco calcio FIGC concede al FC Südtirol il permesso di trasferire la sede dell'associazione da Bressanone a Bolzano.

**18 Febbraio.** Presso la Libera Università di Bolzano viene istituito, con il sostegno della Provincia, un centro di storia regionale. Il centro dovrà promuovere ricerche e mediazione per i tre gruppi linguistici.

Die sogenannte Schilderstreit-Kommission (Karl Rainer, Ferdinand Willeit, Guido Denicolò, Francesca De Carlini und Hugo Valentin), die nach der Übereinkunft zwischen Landeshauptmann Luis Durnwalder und Regionenminister Raffaele Fitto eingesetzt worden war, hat über 1.500 Namen verhandelt und konnte sich bis auf eine Ausnahme in allen Fällen einigen.

**21. Februar.** Von 1937 bis 1939 wurden in der Nähe der wichtigsten Grenzübergänge des Landes drei Beinhäuser errichtet: in Burgeis (1939), bei Gossensaß (1937) und bei Innichen (1939). Die hierher umgebetteten Gebeine stammen aus zum Teil auch weit entfernten Soldatenfriedhöfen Italiens. Die Ehrenmäler sind dem Gedenken der gefallenen italienischen Soldaten gewidmet, enthalten aber auch die sterblichen Überreste von österreichischen Soldaten. In Zukunft sollen die BesucherInnen mithilfe erklärender Tafeln informiert werden. Dies wurde möglich, nachdem Kulturminister Sandro Bondi im Jänner Landeshauptmann Durnwalder verschiedene Zusagen zur Entschärfung der faschistischen Denkmäler in Südtirol gemacht hatte.

Ohne detaillierte Finanzierungsvereinbarung des Brennerbasistunnels ist die ÖBB nicht bereit, das Unternehmen einem unzumutbaren Risiko auszusetzen.

**22. Februar.** Der Landessozialausschuss der SVP bestätigt Christoph Gufler als SVP-Arbeitnehmerchef. Als Arbeitsschwerpunkte sieht Gufler die IRPEF-Senkung, die Familienförderung, Zusatzrente und Abfertigung, den Wohnbau und den Verbraucherschutz.

**23. Februar.** Nachdem die beiden SVP-Senatoren Helga Thaler Außerhofer und Manfred Pinzger aufgrund von Streitigkeiten mit der UDC angekündigt hatten, im Senat eine eigene Fraktion zu gründen, rudert Pinzger wieder zurück: Es habe mit Fraktionssprecher Gianpiero D'Alia (UDC) ein klärendes Gespräch gegeben, das Projekt einer neuen Fraktion sei deshalb hinfällig.

**24. Februar.** Die Bewerbung des Nordosten Italiens – inklusive Südtirol – als Europäische Kulturhauptstadt 2019 nimmt konkrete Formen an. Die sechs Partner haben in Bozen das Bewerbungskomitee aus der Taufe gehoben und damit den Startschuss zur operativen Phase der Bewerbung gegeben.

Laut Eurostat gehört Südtirol wieder zu den 25 reichsten Regionen Europas. Erstmals seit Einführung dieser jährlichen Erhebung im Jahr 2003 hat Südtirol ein höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als die Lombardei.



La Commissione toponomastica (Karl Rainer, Ferdinand Willeit, Guido Denicolò, Francesca De Carlini e Hugo Valentin) istituita dopo l'accordo tra il Presidente Luis Durnwalder e il Ministro per gli Affari regionali Raffaele Fitto, ha trattato oltre 1.500 nomi ed è riuscita ad accordarsi su tutti i casi con una sola eccezione.

**21 Febbraio.** Dal 1937 al 1939, nelle vicinanze dei maggiori valichi di confine, vengono costruiti tre ossari: a Burgusio (1939), presso Colle Isarco (1937) e presso San Candido (1939). Le ossa qui custodite provengono, in parte, anche da lontani cimiteri di guerra italiani. I monumenti sono dedicati alla commemorazione dei caduti italiani, ma gli ossari contengono anche resti di soldati austriaci. In futuro, i visitatori dovranno esserne informati attraverso targhe esplicative. Ciò è reso possibile dopo che, nel mese di gennaio, il Ministro dei Beni Culturali Sandro Bondi aveva promesso più volte a Durnwalder di depotenziare i monumenti fascisti in Alto Adige.

In mancanza di un accordo finanziario dettagliato sulla Galleria di Base del Brennero, ÖBB non è disposta ad esporre l'azienda a un irragionevole rischio.

**22 Febbraio.** Il comitato sociale della Svp conferma Christoph Gufler a capo degli Arbeitnehmer (corrente sociale del partito, *ndt*). Come punti chiave in tema di lavoro Gufler individua l'abbassamento dell'IRPEF, incentivi alle famiglie, pensione integrativa e TFR, edilizia abitativa e tutela dei consumatori.

**23 Febbraio.** Dopo che i due senatori Svp Helga Thaler Außerhofer e Manfred Pinzger avevano annunciato, a causa di conflitti con l'Udc, l'intenzione di fondare in Senato un gruppo proprio, Pinzger ritratta: con il presidente del gruppo Gianpiero D'Alia (Udc) ci sarebbe stato un colloquio chiarificatore, il progetto di un nuovo gruppo sarebbe dunque nullo.

**24 Febbraio.** La candidatura del Nord-Est Italia a capitale europea della cultura – compreso l'Alto Adige – prende forma concreta. I sei partner territoriali hanno fondato a Bolzano il Comitato fondatore per la candidatura e dato il via alla fase operativa.

Secondo l'Eurostat l'Alto Adige rientra nelle 25 regioni europee più ricche. Per la prima volta dall'introduzione del rilevamento, nel 2003, l'Alto Adige ha un Pil pro capite superiore a quello della Lombardia.

**25. Februar.** Im Alter von 89 Jahren stirbt der *italienische Autonomievater* Alcide Berloff. Von 1948 bis 1953 saß er im Bozner Gemeinderat, danach vier Legislaturperioden in der römischen Abgeordnetenversammlung, von 1977 bis 1994 war er Staatsrat, dazu jahrelang der wichtigste Südtirol-Berater der römischen Regierung.

Mit dem Programm *1.000 Wohnungen für den Mittelstand* will die Landesregierung die Wohnproblematik der SüdtirolerInnen mit mittlerem Einkommen entschärfen. Der zuständige Landesrat Christian Tommasini hat verkündet, dass innerhalb 2011 die ersten 60 Wohnungen des Mittelstandsprogramms im neuen Bozner Stadtviertel Kaiserau bezugsfertig sein werden.

**26. Februar.** Nach elf Jahren gibt Martha Stocker den SVP-Frauen-Vorsitz an Angelika Margesin Mattuzzi ab. Den neuen SVP-Frauen-Ausschuss bilden neben Margesin Renate Gebhard, Wally Kössler Thaler und Ingeborg Dejaco Ties.

**28. Februar.** Landeshauptmann Durnwalder befürwortet das Projekt des österreichischen Architekten Boris Podrecca zur Neugestaltung des Bozner Bahnhofsbereichs. Das Projekt sieht die Verlegung der Gleisstränge in Richtung Süden und die Bebauung der dadurch frei werdenden Flächen im Herzen der Stadt vor.

## März

**1. März.** Die Lehrpersonen der italienischen Schulen drängen auf die Einführung des mehrsprachigen Unterrichts und möchten in die Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der SVP und des PD mit einbezogen werden.

Im Bozner Dom findet die Beerdigung von Alcide Berloff statt, einem der Väter der Autonomie.

**2. März.** Julia Unterberger (SVP) wird zur Präsidentin des Landtags gewählt. Die SVP steht nicht geschlossen hinter Unterberger, die Stimmen der italienischen Landesräte sind ausschlaggebend.

**25 Febbraio.** Alcide Berloff, “padre dell’autonomia italiana”, muore all’età di 89 anni. Dal 1948 al 1953 in Consiglio comunale a Bolzano, poi alla Camera dei deputati per quattro legislature, dal 1977 al 1994 nel Consiglio di Stato e a lungo il più importante consulente dell’Alto Adige del Governo italiano.

Con il programma “1.000 alloggi per il ceto medio” la Giunta provinciale vuole contribuire a risolvere il “problema della casa” per gli altoatesini di medio reddito. L’assessore competente Christian Tommasini ha annunciato che entro il 2011 i primi 60 alloggi del programma per il ceto medio saranno abitabili a Bolzano, nel nuovo quartiere di Kaiserau.

**26 Febbraio.** Dopo undici anni Martha Stocker affida la presidenza delle donne Svp ad Angelika Margesin Mattuzzi. Oltre a Margesin fanno parte del comitato anche Renate Gebhard, Wally Kössler Thaler e Ingeborg Dejaco Ties.

**28 Febbraio.** Il Presidente della Provincia Durnwalder appoggia il progetto dell’architetto austriaco Boris Podrecca sulla riqualificazione dell’areale ferroviario di Bolzano. Il progetto prevede lo spostamento del tracciato ferroviario a sud e la costruzione di edifici nelle aree liberate nel cuore della città.

## Marzo

**1° Marzo.** I docenti delle scuole italiane spingono per una didattica plurilingue e chiedono di essere coinvolti nel gruppo di lavoro Svp-Pd.

Nel Duomo di Bolzano i funerali di Alcide Berloff, uno dei padri nobili dell’Autonomia.

**2 Marzo.** Julia Unterberger della Svp viene eletta Presidente del Consiglio provinciale. Quattro i franchi tiratori della Stella alpina, decisivi i consiglieri italiani.

**5. März.** Relikte des Faschismus: Zwei Demonstrationzüge stehen sich in Bozen gegenüber. Auf der einen Seite stehen die Anhänger der rechtsextremen CasaPound, die aus ganz Italien zur Verteidigung des Siegesdenkmals in Bozen eintreffen, auf der anderen Seite die Teilnehmer an der von der Associazione Nazionale Partigiani d'Italia (Nationale Vereinigung der italienischen Partisanen) organisierten Gegendemonstration. Tausend Personen auf der einen, fünfhundert auf der anderen Seite. Man befürchtet einen Zusammenstoß, der glücklicherweise ausbleibt.

Die Provinz erhebt Anspruch auf die RAI-Kompetenzen: zurückhaltendes Treffen zwischen den Abgeordneten der SVP und dem Sprecher Berlusconi, Paolo Bonaiuto.

**6. März.** Eine Arbeitsgruppe beginnt mit der Ausarbeitung eines Konzepts für die Realisierung eines Dokumentationszentrums über den Faschismus in der Krypta des Siegesdenkmals. Sie hat einen Monat Zeit, um die Gemeinde, die Provinz und die zuständigen Institutionen des Staates zu überzeugen.

**7. März.** Landesrätin Sabina Kassarler Mur stoppt den Antrag des PD, in den deutschen Kindergärten auch italienische Lehrkräfte einzusetzen. Aber die Volkspartei ist gespalten.

Vittorio Sgarbi besucht Bozen und vergleicht die italienischen Südtiroler mit den Juden unter Hitler. Diese Aussage löst bei der SVP Empörung aus, bei den Rechtsparteien Verlegenheit.

**9. März.** Eine Woche vor den Feierlichkeiten zur 150-jährigen Einheit Italiens und nach der klaren Verweigerung des Landeshauptmanns Luis Durnwalder nach Rom zu fahren, zeigen sich nun auch die Landesräte Christian Tommasini und Roberto Bizzo unentschlossen.

**10. März.** Die Vorbehalte werden aufgegeben: Christian Tommasini wird mit Bozens Bürgermeister Luigi Spagnoli nach Rom zu den Feierlichkeiten fahren. Der Landeshauptmannstellvertreter hat den Auftrag, als Wiedergutmachung für das angekündigte Fernbleiben Durnwalders den Staatspräsidenten nach Südtirol einzuladen.

**12. März.** Weitere Polemiken in Bezug auf die Feierlichkeiten am 17. März: Durnwalder widersetzt sich der Anordnung des Italienischen Nationalen Olympischen Komitees (Coni), vor Sportveranstaltungen die italienische Nationalhymne zu spielen.

**14. März.** Die Landesregierung und die Stadt Bozen nominieren eine fünfköpfige Kommission, welche die 483 eingereichten Vorschläge des Ideenwettbewerbs zur Entschärfung der faschistischen Relikte prüfen soll. Dazu gehören: Letizia Ragaglia, Hans Karl Peterlini, Wolfgang Piller, Nadia Moroder, Giorgio Mezzalana.

**5 Marzo.** Relitti del fascismo: due cortei si fronteggiano per le vie di Bolzano. Ci sono gli estremisti di destra di CasaPound che arrivano da tutta Italia a difesa del Monumento alla Vittoria, e c'è la contromanifestazione organizzata dall'Associazione Nazionale Partigiani d'Italia (Anpi). Mille da una parte, cinquecento dall'altra. Si teme uno scontro che fortunatamente non si verifica.

La Provincia rivendica la competenza sulla RAI: incontro riservato dei deputati Svp col portavoce di Berlusconi, Paolo Bonaiuti.

**6 Marzo.** Si insedia il gruppo di lavoro degli esperti incaricato di elaborare il progetto per la realizzazione di un Centro di documentazione sui fascismi nella cripta del Monumento alla Vittoria. Hanno un mese di tempo per convincere Comune, Provincia e Soprintendenza.

**7 Marzo.** Negli asili tedeschi nessuna maestra italiana. L'assessora Sabina Kasslatter Mur stoppa la proposta Pd. Ma la Volkspartei si spacca.

Vittorio Sgarbi in visita a Bolzano, paragona gli altoatesini di lingua italiana agli ebrei sotto Hitler. Reazione sdegnata della Svp, imbarazzo a destra.

**9 Marzo.** A una settimana dalle celebrazioni del 17 marzo per i 150 anni dell'Unità d'Italia e dopo il netto rifiuto del Presidente Luis Durnwalder di andare a Roma, anche gli assessori Christian Tommasini e Roberto Bizzo si mostrano incerti.

**10 Marzo.** Sciolte le riserve: Christian Tommasini a Roma con il Sindaco di Bolzano Luigi Spagnoli. Per ricucire lo "strappo" di Durnwalder, il vicepresidente della Giunta provinciale avrà l'incarico di invitare il Presidente della Repubblica a venire in visita in Alto Adige.

**12 Marzo.** Ancora polemiche in vista del 17 marzo: no di Durnwalder alla direttiva del Comitato Olimpico Nazionale Italiano (Coni) che impone nei campi sportivi l'esecuzione dell'inno nazionale.

**14 Marzo.** Provincia e Comune di Bolzano nominano una commissione di cinque esperti incaricata di esaminare le 483 proposte del concorso di idee per la storicizzazione dell'altorilievo del duce a cavallo in Piazza del Tribunale, a Bolzano. Sono Letizia Raggaglia, Hans Karl Peterlini, Wolfgang Piller, Nadia Moroder e Giorgio Mezzalana.

**17. März.** In Rom und in Bozen finden Feierlichkeiten zur 150-jährigen Einheit Italiens statt. Sie verlaufen ruhig, die deutschsprachigen Parteien bleiben den Veranstaltungen fern. Die Schützen hissen am Haus der Kultur in Bozen eine große österreichische Fahne und versehen sie mit Trauerflor.

**18. März.** Der ehemalige Bürgermeister von Bozen, Giovanni Salghetti Drioli, beschuldigt die Landesregierung vor dem Rathaus hätte es nur ein Fahrenhissen nach Art der *Carbonari* (Bewegung innerhalb des italienischen Einigungsprozesses) gegeben, nach fünf Minuten sei alles vorbei gewesen. Landeshauptmannstellvertreter Christian Tomasini rechtfertigt sich: Wir wollten die Gemüter nicht erhitzen.

**20. März.** Wieder eine 150-Jahr-Feier: In Bozen macht die Militärkapelle der *Bersaglieri* einen Umzug. Über tausend Bozner schauen zu, alle italienischen Parteien sind vertreten: Es ist eine Prüfung der Wiedergutmachung nach den Polemiken um den 17. März. Alle haben bestanden, nur die SVP glänzt erneut durch Abwesenheit.

**23. März.** Die SVP-Fraktion im Bozner Stadtrat verlangt, unterstützt von elf Kulturvereinen, einen Gemeindereferenten für deutsche Kultur.

**24. März.** Für den Präsidenten des Gemeindenverbandes und Bürgermeister von Völs, Arno Kompatscher, gibt es Lob, weil er am Konzert der Alpini-Kapelle im Auditorium Haydn teilnimmt.

**25. März.** Nach den Polemiken um die politische Kontrolle über die Informationssendungen auf den Kanälen der RAI verzichten die SVP-Abgeordneten Siegfried Brugger und Karl Zeller auf die Durchführungsbestimmung über die Übertragung der Zuständigkeit der RAI.

**26. März.** SVP-Landesversammlung in Meran: Obmann Richard Theiner und Landeshauptmann Durnwalder unterstreichen die Notwendigkeit eines verstärkten Dialogs zwischen den Sprachgruppen.

**28. März.** Erste Sitzung der Arbeitsgruppe von SVP und PD über den Sprachenerwerb in den Schulen.

**29. März.** Die Regelung der direkten Demokratie spaltet die SVP. Der von der SVP ausgearbeitete Gesetzesentwurf macht nur kleine Fortschritte und trifft auf Widerstand bei den Bezirksgemeinschaften Eisacktal und Pustertal. Theiner ist zuversichtlich, dass man sich innerhalb der Partei auf ein positives Ergebnis einigen kann.

**17 Marzo.** A Roma e a Bolzano festeggiamenti per i 150 anni dell'Unità d'Italia. Il clima è tranquillo, i partiti di lingua tedesca disertano l'appuntamento. Alla Haus der Kultur di Bolzano, gli Schützen espongono una grande bandiera austriaca listata a lutto.

**18 Marzo.** L'ex-sindaco di Bolzano Giovanni Salghetti Drioli accusa la Giunta: davanti al Municipio un'alzabandiera da carbonari, cinque minuti e tutto è finito. Il vicepresidente della Giunta provinciale, Tommasini, si giustifica: non volevamo esacerbare gli animi.

**20 Marzo.** Nuovo appuntamento per le celebrazioni dei 150 anni. A Bolzano sfila la fanfara dei bersaglieri. Oltre mille i bolzanini che assistono, presenza bipartisan dei politici di lingua italiana: è l'esame di riparazione dopo le polemiche sul 17 marzo. Tutti promossi. Svp ancora assente.

**23 Marzo.** La Volkspartei di Bolzano, supportata da undici associazioni culturali, chiede un referente comunale per la cultura tedesca.

**24 Marzo.** Applausi per il Presidente del Consorzio dei Comuni e Sindaco di Fiè, Arno Kompatscher, per la sua presenza al concerto della fanfara degli alpini all'Auditorium Haydn.

**25 Marzo.** Dopo le polemiche sul controllo politico dell'informazione televisiva, i deputati Svp Siegfried Brugger e Karl Zeller rinunciano alla norma di attuazione sulla provincializzazione della Rai.

**26 Marzo.** Congresso Svp a Merano: il segretario Richard Theiner e il Presidente della Giunta provinciale Luis Durnwalder, sottolineano la necessità di un dialogo più stretto tra i gruppi linguistici.

**28 Marzo.** Prima riunione del gruppo di lavoro Pd-Svp sull'apprendimento delle lingue a scuola.

**29 Marzo.** La questione democrazia diretta spacca la Volkspartei. La proposta di legge elaborata in casa della Stella alpina procede a rilento e si scontra con le resistenze dei comprensori della Val d'Isarco e della Pusteria. Theiner si dice comunque fiducioso in un esito positivo del dibattito dentro il partito.

## April

**2. April.** Die in der Bevölkerung nicht immer unumstrittene Landesenergiegesellschaft SEL feiert ihren zehnten Geburtstag. Der Präsident der SEL, Klaus Stocker, spricht von einer „europaweiten Erfolgsgeschichte“.

Die Junge Generation in der Südtiroler Volkspartei (SVP), die Junge Tiroler Volkspartei (ÖVP) und die Giovani del PATT (Partito Autonomista Trentino Tirolese) gründen die Junge Europaregion Tirol. Zum ersten Präsidenten wird SVP-Landessekretär Philipp Achammer gewählt.

**4. April.** Die Flüchtlingswelle aus Nordafrika nimmt zu. Landeshauptmann Luis Durnwalder spricht sich aber gegen ein Auffanglager in Sterzing aus, wie es der italienische Staat beabsichtigt. Südtirol will jedoch 20 Flüchtlinge an verschiedenen Orten aufnehmen.

Die Geschäftsordnungskommission des Landtages beschließt einstimmig 50 Bestimmungen zur Aufwertung des Landtages.

**5. April.** Laut Tageszeitung „Dolomiten“ ist der Landtag im laufenden Jahr nicht sehr produktiv. Durchschnittlich werden zwei Sitzungstage pro Monat abgehalten.

Der Südtiroler Landtag ist aufgrund des Mailänder Abkommens seit dem 1. Jänner 2010 dazu befugt, Gemeindesteuern mit Landesgesetz zu regeln – bisher ist in dieser Hinsicht jedoch noch nichts geschehen. Die Sechserkommission mahnt den Südtiroler Landtag zum Handeln.

**6. April.** Das Radioangebot des Senders Bozen der RAI soll zum Minderheitenprogramm werden: Rund um die Uhr soll auf Deutsch und Ladinisch, aber nicht mehr auf Italienisch gesendet werden. Das fordert das Land Südtirol, das die dementsprechende Finanzierung übernehmen will, von der RAI-Direktion in Rom.

Nach einem Treffen mit Innenminister Roberto Maroni und Regionenminister Raffaele Fitto erklärt Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Berger, dass Südtirol 50 Flüchtlinge aus Nordafrika aufnehmen wolle. Diese sollten im Ex-Saetta-Gebäude in Bozen sowie in Containern auf Kasernen-Grundstücken untergebracht werden.

Der Landtag hat sich für die Einsetzung zweier Sonderkommissionen ausgesprochen: eine zum Erlernen der Zweitsprache und eine zur Ortsnamen-Regelung.



## Aprile

**2 Aprile.** La società elettrica altoatesina Sel, non sempre incontestata tra la popolazione, festeggia il suo decimo compleanno. Il Presidente della Sel, Klaus Stocker, parla di una “storia di successo a livello europeo”.

Il movimento giovanile della Südtiroler Volkspartei (Svp), i Giovani austriaci della Österreichische Volkspartei (Övp) e i Giovani del PATT (Partito autonomista trentino tirolese) fondano la Junge Europaregion Tirol (Giovane Euroregione Tirolese). Come primo Presidente viene eletto il segretario provinciale della Svp Philipp Achammer.

**4 Aprile.** I flussi migratori dal Nord Africa si fanno più intensi. Il Presidente della Giunta provinciale, Luis Durnwalder, si dichiara contrario all’istituzione di un Cie (centro di identificazione ed espulsione) a Vipiteno, come prospettato dallo Stato italiano. L’Alto Adige vuole tuttavia accogliere in diversi luoghi 20 profughi.

La commissione per il regolamento interno del Consiglio provinciale approva all’unanimità 50 disposizioni sulla rivalutazione del Consiglio provinciale.

**5 Aprile.** Secondo il quotidiano “Dolomiten”, nell’anno corrente il Consiglio provinciale non è molto produttivo. In media si tengono due sedute al mese.

In base all’Accordo di Milano, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano è autorizzato, a partire dal 1 gennaio 2010, a regolamentare con legge provinciale anche in materia di imposte comunali. A questo riguardo, però, non si è ancora verificato nulla. La Commissione dei Sei esorta il Consiglio ad agire.

**6 Aprile.** L’offerta radiotelevisiva Rai dell’emittente di Bolzano deve diventare programma per le minoranze. Ventiquattr’ore su ventiquattro si deve trasmettere unicamente in tedesco e ladino e non più in italiano. A chiederlo è la Provincia di Bolzano, che vuole subentrare alla direzione romana Rai nel finanziamento delle trasmissioni.

Dopo un incontro con il ministro dell’Interno Roberto Maroni e con il ministro per gli Affari regionali Raffaele Fitto, il vicepresidente Hans Berger dichiara che l’Alto Adige è pronto ad accogliere 50 profughi dal Nord Africa. I profughi dovranno trovare alloggio a Bolzano, nell’edificio ex Saetta e in container all’interno di caserme.

Il Consiglio provinciale si pronuncia a favore di due commissioni speciali, rispettivamente sull’apprendimento della seconda lingua e sulla toponomastica.

Die „Neue Südtiroler Tageszeitung“ bringt unter dem Titel *Die versteckten Beteiligungen* einen Bericht über Treuhandgesellschaften und löst damit eine Diskussion aus, welche Politik und Medien in den kommenden Monaten beschäftigen wird.

**7. April.** Das Aktionsbündnis *Ja für Wasser als öffentliches Gut* startet eine landesweite Kampagne für die Teilnahme am Referendum über die Privatisierung der Wasserkonzessionen.

**9. April.** Der Heimatpflegeverband fordert von der Politik ein neues Urbanistik-Gesetz *zum Schutz der Heimat*.

**10. April.** Der stellvertretende Landeshauptmann Christian Tommasini kritisiert Landeshauptmann Luis Durnwalder. Grund ist der Streit um die Beschilderung der Wanderwege. Das Treffen zwischen Durnwalder und Regionenminister Raffaele Fitto in dieser Sache sei in Ordnung, so Tommasini, aber entscheiden müsse man in der Landesregierung mit dem SVP-Koalitionspartner, dem Partito Democratico (PD).

**15. April.** Landesrat Thomas Widmann stellt im Rahmen eines runden Tisches den Masterplan zum Flugplatz Bozen vor. Die Vereinigung *Lebenswertes Unterland* und der Dachverband für Natur- und Umweltschutz verlassen den Verhandlungstisch vorzeitig. Der Grund: Sie haben den Masterplan vorab nicht erhalten.

Laut einer Studie des Landesstatistikinstitutes ASTAT erhalten die Frauen in Südtirol um bis zu 30 Prozent weniger Gehalt als die Männer.

**18. April.** Nach monatelangen verbandsinternen und politischen Streitigkeiten um die Doppelrolle von Hanspeter Munter als Landtagsabgeordneter und Direktor des Landesverbandes der Handwerker (LVH) tritt Thomas Pardeller den Posten als LVH-Direktor an.

In Innsbruck startet die Hauptbauphase des Brennerbasistunnels (BBT).

Die Kommission zur Neugestaltung des Finanzgebäudes mit dem Relief von Benito Mussolini legt der Landesregierung fünf Vorschläge von 486 eingereichten Projekten vor.

**20. April.** Laut Tageszeitung „Dolomiten“ fordern die Südtiroler Volkspartei, die Freiheitlichen und die Süd-Tiroler Freiheit eine Anhebung der Fraktionsgelder.

La “Neue Südtiroler Tageszeitung” pubblica, con il titolo de “Il coinvolgimento nascosto”, un’inchiesta sulle società fiduciarie. L’inchiesta aprirà una discussione che occuperà la politica e i media per i mesi seguenti.

**7 Aprile.** Il comitato referendario “2 Sì per l’acqua bene comune” inizia una campagna nazionale per la partecipazione al referendum sulla privatizzazione delle concessioni idriche.

**9 Aprile.** Lo Heimatpflegeverband (associazione per la difesa del patrimonio locale) chiede alla politica una nuova legge urbanistica “per la protezione della patria”.

**10 Aprile.** Il vicepresidente Christian Tommasini critica il Presidente Luis Durnwalder. Il motivo è la segnaletica sui sentieri di montagna. L’incontro tra Durnwalder e il ministro per gli Affari regionali Fitto va bene, dice Tommasini, ma le decisioni devono essere prese in Giunta con il partner di coalizione della Svp, cioè il Partito democratico (Pd).

**15 Aprile.** L’assessore Thomas Widmann presenta, in occasione di una tavola rotonda, il masterplan dell’aeroporto di Bolzano. L’associazione “Bassa Atesina Vivibile” (Lebenswertes Unterland) e la Federazione Protezionisti Sudtirolesi (Dachverband für Natur- und Umweltschutz in Südtirol) abbandonano in anticipo il tavolo della trattativa. Motivo: non hanno ricevuto il masterplan.

Secondo uno studio dell’Istituto provinciale di statistica, le donne in Alto Adige ricevono uno stipendio inferiore fino al 30 per cento rispetto a quello degli uomini.

**18 Aprile.** Dopo mesi di conflitti politici e interni all’associazione sul doppio incarico rivestito da Hanspeter Munter come consigliere provinciale e direttore dell’Associazione Provinciale dell’Artigianato (APA), Thomas Pardeller ne diventa il direttore.

A Innsbruck viene dato l’avvio ai lavori per la costruzione della Galleria di Base del Brennero (BBT).

La commissione per la trasformazione del Palazzo delle Finanze con il bassorilievo di Mussolini presenta alla Giunta cinque proposte selezionate tra i 486 progetti inoltrati.

**20 Aprile.** Secondo il quotidiano “Dolomiten”, la Svp, i Freiheitlichen e la Süd-Tiroler Freiheit chiedono un aumento del finanziamento ai gruppi consiliari.

**28. April.** Finanziell gut dastehende Gemeinden müssen ab dem Jahr 2012 zugunsten finanziell schwacher Gemeinden bei der Landesfinanzierung zurückstecken. Diese Umverteilung ist das Ergebnis eines Treffens zwischen der Landesverwaltung und dem Gemeindenverband.

**30. April.** Die Bundesversammlung des Südtiroler Schützenbundes wählt Elmar Thaler zum neuen Landeskommandanten und damit zum Nachfolger von Paul Bacher. Elmar Thaler war in den vergangenen Monaten des Öfteren in die Schlagzeilen geraten, unter anderem wegen eines Links auf der Homepage der Schützen mit deutsch-nationalen Liedern.

## Mai

**1. Mai.** Am 1. Mai findet die Seligsprechung von Papst Johannes Paul II. statt.

**2. Mai.** In der Debatte über die Entschärfung des Mussolini-Reliefs am Finanzamt beschließt die Landesregierung, das Piffrader-Relief durch eine Milchglasscheibe zu verdecken, weil keines der fünf Siegerprojekte Anklang gefunden hat. An den Beinhäusern werden außerdem erklärende Tafeln angebracht.

Bei einer Sitzung der SVP-Parteileitung wird bekannt gegeben, dass der Schuldenberg der Partei um zwei Millionen Euro abgebaut werden konnte. Zum Jahresende 2010 hatte die SVP nur noch Ausstände von ca. 3,7 Millionen Euro.

**3. Mai.** Rom genehmigt die Gründung eines Verbundes für Territoriale Zusammenarbeit EVTZ. Damit ist der Grundstein für eine Institutionalisierung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino gelegt. Luis Durnwalder wird der erste Präsident der Euregio.

**4. Mai.** Der Landtag nimmt mit großer Mehrheit den 50-Punkte-Plan zur Reform der Geschäftsordnung an. Zentrale Punkte sind die Abschaffung der Anwesenheitspflicht von zwei Dritteln der Mandatäre bei der Wahl des Landtagspräsidenten und des Landeshauptmannes, die Einführung der elektronischen Abstimmung und die Verlängerung der Fragestunde. Immer noch herrscht Uneinigkeit über den Obstruktionsartikel.

Der österreichische Südtirol-Unterausschuss diskutiert über den Umgang mit faschistischen Relikten, Toponomastik, die Begnadigung der Freiheitskämpfer, die Doppelstaatsbürgerschaft sowie die Verankerung der Schutzfunktion in der österreichischen Verfassung.

**28 Aprile.** A partire dal 2012, i Comuni in buone condizioni finanziarie devono moderare le pretese in favore di quelli finanziariamente più deboli. Questa redistribuzione è il risultato di un incontro tra l'amministrazione provinciale e il Consorzio dei Comuni.

**30 Aprile.** L'assemblea degli Schützen sudtirolesi elegge Elmar Thaler nuovo comandante del corpo e, quindi, successore di Paul Bacher. Nei mesi precedenti Elmar Thaler era apparso di frequente nei titoli di giornale, tra l'altro per avere inserito nella homepage degli Schützen alcuni link a canti nazionali tedeschi.

## Maggio

**1° Maggio.** Oggi si tiene la beatificazione di Papa Giovanni Paolo II.

**2 Maggio.** In merito al dibattito sul depotenziamento del bassorilievo di Mussolini sul Palazzo delle Finanze, la Giunta provinciale ha deciso di coprirlo con una lastra di vetro opaco: nessuno dei cinque progetti vincitori ha infatti ottenuto l'approvazione. Negli osari vengono introdotte targhe esplicative.

Nel corso di una seduta del direttivo Svp viene reso noto che i debiti del partito sono stati ridotti di circa 2 milioni di euro. Alla fine del 2010 la Svp aveva ancora debiti per soli 3,7 milioni di euro.

**3 Maggio.** Roma autorizza la fondazione di un Gruppo europeo di cooperazione territoriale (GECT). Il primo passo verso una Euroregione Tirolo-Alto Adige-Trentino è compiuto. Luis Durnwalder sarà il primo presidente dell'Euregio.

**4 Maggio.** Il Consiglio provinciale ha approvato con larga maggioranza i 50 articoli della delibera sulle modifiche al regolamento interno. I punti centrali sono l'abolizione della presenza dei due terzi dei mandatari durante l'elezione dei presidenti della Provincia e del Consiglio provinciale, l'introduzione della votazione mediante procedimento elettronico e il prolungamento del tempo riservato alle interrogazioni. C'è ancora disaccordo sull'articolo riguardante l'ostruzionismo.

La sottocommissione austriaca per l'Alto Adige discute dei rapporti con i relitti fascisti, la toponomastica, la grazia per i "Freiheitskämpfer", la doppia cittadinanza e l'ancoraggio nella Costituzione austriaca della "Schutzfunktion", la tutela della minoranza sudtirolese.

**5. Mai.** Der Ministerrat in Rom gibt grünes Licht für ein Paket mit Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung. Darin sind Initiativen zur Vereinfachung des Steuersystems, Steuerbegünstigungen für Betriebe, die im Süden neue Arbeitsplätze schaffen, sowie finanzielle Unterstützung für die Forschung enthalten.

Der Landtag genehmigt das Sozial-Omnibus-Gesetz.

**6. Mai.** Die Gewerkschaften AGB/CGIL und ASGB haben zum Generalstreik im öffentlichen Dienst aufgerufen.

**7. Mai.** Nach den ersten Flüchtlingen im März kommen weitere 20 nordafrikanische Flüchtlinge aus Libyen in Südtirol an.

**9. Mai.** Landeshauptmann Luis Durnwalder will mit Immobilienverkäufen das Bauprogramm ankurbeln und hunderte Millionen Euro einnehmen.

Der Klimaplan der Landesregierung wird dem Landtag vorgelegt. Er beinhaltet die Kriterien für die Errichtung weiterer Windparks, Förderungen wie den Kubaturbonus und verfolgt das Ziel einer unabhängigen Energieversorgung durch eine Senkung des Energieverbrauchs, der geringeren Nutzung fossiler Energieträger und durch den verstärkten Einsatz alternativer Energien.

**10. Mai.** Mehrheit und Opposition im Landtag können sich in puncto Eindämmung der Obstruktion erneut nicht einigen. Auf Vorschlag der Präsidentin Julia Unterberger wird zum Artikel 92 der Geschäftsordnung ein Beschluss zur Auslegung dieser Bestimmung gefasst. Demnach ist die Seitenanzahl des Antrags auf den Umfang zu beschränken, der für die Formulierung des Beschlusses und dessen Erläuterung unbedingt nötig ist. Die Opposition will vor Gericht ziehen.

**12. Mai.** Vom 12. bis zum 15. Mai findet die Generalversammlung der MIDAS, der Europäischen Vereinigung von Tageszeitungen in Minderheiten- und Regionalsprachen, in Bozen statt.

**16. Mai.** Die Handelskammer und die Südtiroler Landesregierung unterschreiben einen Stabilitätspakt. Er enthält drei zentrale Bestimmungen: So wird darin der Saldo für das Geschäftsjahr 2011 festgelegt, der Personalstand auf jenen des Vorjahrs eingefroren, trotz allem aber die Option vorgesehen, bei der Zuweisung neuer Kompetenzen Budget und Personal anzupassen.

**5 Maggio.** Il Consiglio dei ministri a Roma dà il via a un pacchetto di misure per la crescita economica. Il pacchetto prevede iniziative quali la semplificazione del sistema fiscale, agevolazioni fiscali per le imprese che creano nuovi posti di lavoro al Sud, interventi di sostegno finanziario alla ricerca.

Il Consiglio provinciale approva la legge omnibus sociale.

**6 Maggio.** I sindacati AGB/CGIL e ASGB proclamano lo sciopero nei servizi pubblici.

**7 Maggio.** Dopo i primi rifugiati nel mese di marzo, arrivano dalla Libia in Alto Adige 20 nuovi nordafricani.

**9 Maggio.** Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder vuole dare impulso al programma di costruzione alloggi con la vendita di immobili e riscuotere cento milioni di euro.

Il piano clima della Giunta provinciale viene presentato al Consiglio. Al suo interno contiene criteri per l'edificazione di ulteriori impianti eolici e incentivi come bonus cubatura, persegue inoltre l'obiettivo del rifornimento energetico autonomo attraverso la riduzione del consumo, il minore utilizzo di fonti fossili e il grande impiego di energie alternative.

**10 Maggio.** Maggioranza e opposizione in Consiglio provinciale non riescono ancora ad accordarsi sull'arginamento dell'ostruzionismo. Su proposta della Presidente Julia Unterberger viene accolta nell'articolo 92 una delibera d'interpretazione. Di conseguenza il numero delle pagine di un ordine del giorno è da ridurre allo stretto necessario per le sue motivazioni e la sua formulazione. L'opposizione vuole andare in giudizio.

**12 Maggio.** Dal 12 al 15 maggio si svolge a Bolzano l'assemblea generale di MIDAS, Associazione europea dei quotidiani in lingue minoritarie e regionali.

**16 Maggio.** La Camera di commercio e la Giunta provinciale sottoscrivono un patto di stabilità. Il patto contiene tre disposizioni: viene fissato il saldo per l'anno d'esercizio 2011, si mantiene invariato lo stato dell'organico rispetto all'anno precedente e infine si prevede comunque l'opzione di adeguare budget e personale nel caso di assunzione di nuove competenze.

Die Südtiroler Landesregierung genehmigt ein Strategiepapier zur Familienpolitik. Bei der Stärkung der Familien setzt die Landesregierung auf Bildungs- und Begleitangebote sowie auf eine Unterstützung der Eltern-Kind-Zentren.

**17. Mai.** Der Kassensturz 2010 des Landes Südtirol wird veröffentlicht, mehr als 142.000 Güter mit einem Wert von insgesamt mehr als vier Milliarden Euro werden vom Land verwaltet.

**18. Mai.** Mauro Minniti (PdL) gewinnt die Wahl zum Landtagspräsidenten gegen seine Konkurrenten Elena Artioli (Lega Nord) und Parteikollegen Maurizio Vezzali.

Der ehemalige Staatsanwalt Cuno Tarfusser tritt seinen Dienst im Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag an.

**19. Mai.** Eine Diskussion um die stärkere Anbindung der EURAC an die Freie Universität Bozen flammt auf, Mitarbeiter der EURAC zeigen sich ablehnend.

**20. Mai.** Im Rahmen der OSZE-Tagung in Bozen überprüfen 21 hochrangige Delegationen die Umsetzung der Bozner Empfehlungen zum Minderheitenschutz in den 56 Staaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

**24. Mai.** Das EHEC-Virus fordert erste Opfer in Deutschland. Auch in Südtirol wird die Einfuhr von Gurken, Tomaten und Salat aus Spanien verboten.

**25. Mai.** Die Deutsche Bahn, die Österreichischen Bundesbahnen und Trenitalia erreichen im Streit um das Halteverbot deutscher und österreichischer EC-Züge in Südtirol eine außergerichtliche Einigung.

Die Regierung Berlusconi versucht das Referendum am 12. und 13. Juni über die Wiedereinführung der Atomenergie, die Privatisierung des Wassers und die gesetzliche Verankerung der rechtmäßigen Abwesenheit von Regierungsmitgliedern bei sogenannten „unaufschiebbaren Regierungsgeschäften“ abzuwenden.

Weitere 15 Flüchtlinge aus Nordafrika treffen in Südtirol ein. Bisher hat Südtirol 85 Flüchtlinge aufgenommen.

Das neue Landesgesetz „Bestimmungen auf den Sachgebieten Fürsorge und Wohlfahrt, Verwaltungsverfahren, Überwindung oder Beseitigung architektonischer Hindernisse, Hygiene und Gesundheitswesen sowie Wohnbauförderung“ tritt in Kraft.



La Giunta provinciale approva un piano strategico sulle politiche familiari. Per il rafforzamento delle famiglie, la Giunta predispose offerte formative e accessorie e il sostegno di centri per genitori e figli.

**17 Maggio.** Viene pubblicata la verifica di cassa 2010 della Provincia. Vengono amministrati dall'Ente più di 142.000 beni per un valore complessivo che supera i 4 miliardi di euro.

**18 Maggio.** Mauro Minniti (Pdl) vince l'elezione a Presidente del Consiglio provinciale contro la concorrente Elena Artioli (Lega Nord) e il collega di partito Maurizio Vezzali.

L'ex sostituto procuratore Cuno Tarfusser prende servizio presso la Corte penale internazionale dell'Aja.

**19 Maggio.** La discussione su una più intensa connessione tra l'EURAC e la Libera Università di Bolzano si accende. Il personale dell'EURAC si mostra contrario.

**20 Maggio.** Nell'ambito del convegno Osce a Bolzano, 21 delegazioni di rilievo esaminano l'attuazione delle Raccomandazioni di Bolzano sulla tutela delle minoranze nei 56 Paesi che aderiscono all'Organizzazione per la Sicurezza e la Cooperazione in Europa (OSCE).

**24 Maggio.** Il virus Ehec causa le prime vittime in Germania. Anche in Sudtirolo viene emanato il divieto di importazione di cetrioli, pomodori e insalata provenienti dalla Spagna.

**25 Maggio.** La Deutsche Bahn/Österreichische Bundesbahnen e Trenitalia raggiungono un accordo extragiudiziale sulla questione riguardante il divieto di fermata dei treni Euro City tedeschi e austriaci.

Il Governo Berlusconi cerca di impedire il referendum del 12 e 13 giugno sul rilancio dell'energia atomica, sulla privatizzazione dell'acqua e sul legittimo impedimento per i membri del governo in caso di "improrogabile impegno di governo".

Altri 15 profughi arrivano in Sudtirolo. Finora ne sono stati accolti 85.

La nuova legge provinciale "Norme in materia di assistenza e beneficenza, di procedimento amministrativo, di superamento o eliminazione delle barriere architettoniche, di igiene e sanità e di edilizia agevolata" entra in vigore.

**29. Mai.** Die Landesregierung beschäftigt sich mit Tourismusfinanzierung; Landesrat Hans Berger ist für eine Kombination aus Kurtaxe und Tourismusabgabe.

Der Bozner Stadtrat Mauro Randi bringt den Vorschlag ein, VertreterInnen der Immigranten einen Sitz (wenn auch ohne Stimmrecht) im Bozner Gemeinderat zu geben.

**30. Mai.** Die SVP beauftragt den Verfassungsrechtler Walter Obwexer, ein Rechtsgutachten zur Doppelstaatsbürgerschaft der SüdtirolerInnen zu erstellen. Obwexer verkündet, dass eine Doppelstaatsbürgerschaft rechtlich grundsätzlich möglich wäre, wenn auch politisch schwer erreichbar.

**31. Mai.** Landesrat Widmann gibt den aktuellen Stand des europäischen Projektes EFRE bekannt. Von 2007 bis 2013 soll die Wettbewerbsfähigkeit in Südtirol mit über 74 Millionen Euro gefördert werden. Die Mittel stammen zu einem großen Teil aus dem Europäischen Fonds zur Förderung der Regionalen Entwicklung.

## Juni

**1. Juni.** Innerhalb des Südtiroler PdL gehen weiterhin die Wogen hoch. Die Abgeordnete Michaela Biancofiore kündigt an, zusammen mit ihren Verbündeten die Partei verlassen zu wollen.

**2. Juni.** Italien begeht das Fest der Republik im Zeichen des 150. Jahrestages der Einheit Italiens am 17. März. In Südtirol hatte dieser Anlass zuvor für Kontroversen gesorgt, da Landeshauptmann Luis Durnwalder nicht an den Feierlichkeiten in Rom teilnehmen wollte. Er erschien jedoch zu einem Festakt in Bozen.

Die Bozner PdL-Gemeinderäte Mario Tagnin (ehemaliger Bürgermeisterkandidat) und Enrico Lillo kündigen ihren Rückzug aus der PdL-Fraktion an. Sie möchten sich Forza Nazionale anschließen, betonen aber gleichzeitig, dass sie für Berlusconi seien.

**4. Juni.** In Leifers wird das Großprojekt *La nostra Cittadella – unser Sportpark* offiziell der Öffentlichkeit vorgestellt. Rund um die bestehende Sportzone *Engel Ossana* sollen ein neues Stadion für den FC Südtirol, mehrere Trainingsplätze, ein Einkaufszentrum, ein neues Freischwimmbad und eine Naherholungszone entstehen.

**29 Maggio.** La Giunta provinciale si occupa di finanziamento del turismo. L'assessore provinciale Hans Berger è a favore di una combinazione tra imposta di soggiorno e tassa sul turismo.

Mauro Randi, assessore comunale a Bolzano, propone di riservare un seggio in Consiglio comunale a un rappresentante degli immigrati (anche senza diritto di voto).

**30 Maggio.** La Svp incarica il costituzionalista Walter Obwexer di redigere un parere legale sulla doppia cittadinanza. Obwexer dichiara che, legalmente, la doppia cittadinanza sarebbe possibile in linea di principio, ma difficilmente raggiungibile dal punto di vista politico.

**31 Maggio.** Il consigliere provinciale Widmann rende noto lo stato attuale del progetto europeo EFRE. Con oltre 74 milioni di euro dal 2007 al 2013, la competitività del Sudtirolo deve venire incentivata. I finanziamenti provengono per la maggior parte dal Fondo europeo di sviluppo regionale.

## Giugno

**1° Giugno.** All'interno del Pdl altoatesino gli animi sono ancora accesi. La deputata Michaela Biancofiore annuncia di voler lasciare il partito insieme ai suoi alleati.

**2 Giugno.** L'Italia festeggia la Repubblica nel centocinquantésimo anniversario dell'Unità. In Alto Adige la ricorrenza precedente aveva sollevato controversie, dato l'annuncio del Presidente della Provincia Luis Durnwalder di non voler partecipare ai festeggiamenti di Roma. Tuttavia, Durnwalder partecipa oggi a una celebrazione a Bolzano.

Il consigliere comunale del Pdl Mario Tagnin (ex candidato sindaco) ed Enrico Lillo annunciano il ritiro dal gruppo del Pdl. Vorrebbero allacciarsi a Forza Nazionale e allo stesso tempo sottolineano di essere pro-Berlusconi.

**4 Giugno.** A Laives viene presentato ufficialmente al pubblico il progetto "La nostra Cittadella – unser Sportpark". Attorno alla già esistente zona sportiva "Engel Ossanna" dovrà nascere uno stadio per il FC Südtirol, più alcuni campi sportivi, un centro commerciale, un nuovo lido e una zona ricreativa.

**5. Juni.** Außenminister Franco Frattini zeigt sich von der SVP enttäuscht, da diese die Kandidatur Mauro Minniti zum Landtagspräsidenten unterstützt hat. Obwohl Minniti der Partei Frattinis angehört (PdL), wäre Frattinis Wunschkandidat doch Maurizio Vezzali gewesen. SVP-Vertreter wiesen eine Einmischung Roms in demokratische Entscheidungen des Südtiroler Landtages zurück.

**6. Juni.** Die *Arbeitsgruppe für Selbstbestimmung* präsentiert Daten, wonach 56 Prozent der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler für eine Loslösung vom italienischen Staat wären. Während sich die Freiheitlichen und die Süd-Tiroler Freiheit durch die Umfrage bestärkt sehen, ist der Selbstbestimmungsgedanke für SVP-Generalsekretär Philipp Achammer „fern der Realität“.

Die Landesregierung hat die Kriterien zur Nutzung von Windkraft in Südtirol erneut abgeändert. Nun dürfen derartige Anlagen bis maximal 2.600 Meter Seehöhe errichtet werden.

Eine Studie der Mailänder Wirtschaftszeitung „Il Sole 24 ore“ führt vier Südtiroler Gemeinden unter den zehn Orten mit der höchsten Lebensqualität in Italien auf. Nach Barolino liegt Bruneck italienweit an zweiter Stelle.

**7. Juni.** Im Landtag wird der Antrag der Süd-Tiroler Freiheit, Südtirol solle eine eigenständige Vertretung in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bekommen, mit den Stimmen der SVP angenommen.

Die Querelen um eine Lösung für das Mussolini-Relief am Finanzgebäude gehen weiter. Landeshauptmann Luis Durnwalder erklärt in einem Interview, dass zusätzlich zur Zusage von Minister Sandro Bondi noch weitere Genehmigungen notwendig wären, um das Relief zu verdecken.

**8. Juni.** Südtirol plant, sich zusammen mit dem Trentino, den Regionen Venetien und Friaul-Julisch Venetien, der Provinz sowie der Stadt Venedig als *Nordosten Italiens* um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2019 zu bewerben. Dazu trifft erstmals der sechsköpfige wissenschaftliche Beirat zusammen, dem auch der Südtiroler Peter Paul Kainrath angehört.

**9. Juni.** Die langjährige Bozner Stadträtin Ingeborg Bauer Polo erliegt 70-jährig im Meraner Krankenhaus einem Krebsleiden.

Die PdL-Abgeordnete Michaela Biancofiore kündigt neuerlich ihren Rückzug aus der Partei an. Sie möchte mit der neu gegründeten Forza Nazionale und zusammen mit Forza Sud der gemischten Fraktion beitreten.

**5 Giugno.** Il ministro degli Esteri Franco Frattini si dichiara deluso dalla Svp per aver appoggiato la candidatura di Mauro Minniti a Presidente del Consiglio provinciale. Nonostante Minniti faccia parte del partito di Frattini (Pdl), il candidato da lui auspicato sarebbe stato Maurizio Vezzali. I rappresentanti della Svp respingono l'ingerenza di Roma nelle decisioni democratiche del Consiglio provinciale altoatesino.

**6 Giugno.** Il Gruppo di lavoro per l'autodeterminazione presenta alcuni dati secondo cui il 56 per cento degli altoatesini di madrelingua tedesca e ladina sarebbe a favore di una separazione dallo Stato italiano. Mentre i Freiheitlichen e la Süd-Tiroler Freiheit si sentono rafforzati dal sondaggio, l'idea dell'autodeterminazione, secondo il segretario generale della Svp Philipp Achammer, sarebbe "lontana dalla realtà".

La Giunta provinciale modifica nuovamente i criteri per l'utilizzo dell'energia eolica. Ora gli impianti possono essere costruiti fino a 2.600 metri sopra il livello del mare.

Uno studio del quotidiano economico milanese "Il Sole 24 ore" menziona quattro Comuni altoatesini tra i dieci luoghi italiani con la qualità di vita più alta. Dopo Bardolino, Brunico è al secondo posto in Italia.

**7 Giugno.** In Consiglio provinciale, grazie ai voti della Svp, viene approvata una mozione della Süd-Tiroler Freiheit: l'Alto Adige dovrà ricevere una rappresentanza autonoma dell'Organizzazione per la Sicurezza e la Cooperazione in Europa (OSCE).

Le controversie relative al bassorilievo di Mussolini sul Palazzo delle Finanze continuano. Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder dichiara in un'intervista che, per coprire il bassorilievo, sarebbero necessarie ulteriori autorizzazioni oltre al consenso del ministro Sandro Bondi.

**8 Giugno.** L'Alto Adige progetta insieme alle regioni Trentino, Veneto e Friuli-Venezia Giulia, la provincia e la città di Venezia di candidarsi come "Nordest" per il titolo di Capitale europea della cultura 2019. A questo scopo il comitato scientifico, composto da sei membri, si riunisce per la prima volta. Del comitato fa parte anche l'altoatesino Peter Paul Kainrath.

**9 Giugno.** Ingeborg Bauer Polo, a lungo assessore comunale a Bolzano, muore a causa di un tumore all'ospedale di Merano, all'età di 70 anni.

La deputata del Pdl Michaela Biancofiore annuncia nuovamente il ritiro dal partito. Vorrebbe aderire al gruppo misto insieme a Forza Nazionale, fondata da poco, e a Forza del Sud.

**10. Juni.** Der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer stattet Südtirol einen Blitzbesuch ab. In Brixen trifft er mit Landeshauptmann Luis Durnwalder und SVP-Obmann Richard Theiner zusammen.

**11. Juni.** Die sogenannte *Feuernacht* jährt sich zum 50. Mal. In der Herz-Jesu-Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 führte der *Befreiungsausschuss Südtirol* (BAS) dutzende Sprengstoffanschläge auf Strommasten, Hochdruckleitungen, Eisenbahnmasten und Elektrizitätswerke aus. Die Anschläge forderten auch ein Menschenleben. Bei mehreren Veranstaltungen der Schützen und anderer Organisationen wird der Ereignisse gedacht. Gleichzeitig werden gegen Eva Klotz und Sven Knoll (Süd-Tiroler Freiheit) Ermittlungen wegen eines Plakates mit der Aufschrift *Feuernacht – Folternächte* eingeleitet.

**12. Juni.** Paolo Bertolucci (PdL) fordert den Ausschluss seiner Parteikollegin Michaela Biancofiore aus dem Gemeinderat. Die Abgeordnete war seit ihrer Wahl lediglich zu zwei der 62 Gemeinderatssitzungen erschienen.

**13. Juni.** Die Volksabstimmung zu Fragen der Atomkraft, des Wassers und der Immunität von Politikern erreicht das nötige Quorum. 57 Prozent der Wahlberechtigten beteiligen sich italienweit an der Abstimmung. In Südtirol sind es sogar 66 Prozent. Mit einem Ja-Anteil zwischen 94,72 und 96,30 Prozent werden alle vier zur Abstimmung gebrachten Gesetze von der Bevölkerung aufgehoben.

**14. Juni.** Auf Schloss Thun am Nonsberg unterzeichnen die Landeshauptleute Günther Platter (Tirol), Lorenzo Dellai (Trentino) und Luis Durnwalder (Südtirol) im Rahmen des Europäischen Verbundes für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) die offizielle Gründungsurkunde für die Europaregion *Tirol, Südtirol, Trentino*.

**15. Juni.** Aus den Zahlen des ASTAT geht hervor, dass 78.000 SüdtirolerInnen armutsgefährdet sind. Fast der Hälfte aller Südtiroler Familien war es im Untersuchungszeitraum (2008) nicht möglich, Ersparnisse anzulegen.

**17. Juni.** Das Kassationsgericht bestätigt das Urteil gegen Eva Klotz, wonach ein Plakat der Süd-Tiroler Freiheit eine Herabwürdigung der italienischen Fahne darstellt.

**20. Juni.** Die SVP kündigt an, ihre Praxis der Enthaltungen im römischen Parlament aufzugeben, sollte Forderungen bezüglich Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut und der Toponomastik nicht nachgekommen werden. Sie wolle bei Vertrauensabstimmungen gegen Berlusconi stimmen, sollte die Regierung ihre Zusagen nicht einhalten.

**10 Giugno.** Il Presidente dell’Austria Heinz Fischer fa una breve visita in Alto Adige. A Bressanone incontra il Presidente Luis Durnwalder e il segretario della Svp Richard Theiner.

**11 Giugno.** Ricorre il cinquantesimo anniversario della cosiddetta “Notte dei fuochi”. Nella notte dei fuochi del Sacro Cuore di Gesù, tra l’11 e il 12 giugno 1961, il Befreiungsausschuss Südtirol (BAS – letteralmente: Comitato per la liberazione del Sudtirolo, ndr) compì dozzine di attentati dinamitardi sui piloni dell’alta tensione e della ferrovia, tralicci e centrali elettriche. Gli attacchi provocarono anche una vittima. L’avvenimento viene ricordato spesso in numerose manifestazioni degli Schützen e di altre organizzazioni. Contemporaneamente vengono avviati accertamenti su Eva Klotz e Sven Knoll (Süd-Tiroler Freiheit) a causa di un manifesto con la scritta “Feuernacht – Folternächte” (Notte dei fuochi - Notte delle torture, ndr).

**12 Giugno.** Paolo Bertolucci (Pdl) chiede l’espulsione dal Consiglio comunale della collega Michaela Biancofiore. Dal momento dell’elezione, la deputata ha presenziato soltanto a due delle 67 sedute del Consiglio provinciale.

**13 Giugno.** Il referendum con i quesiti su energia nucleare, acqua e immunità dei politici raggiunge il quorum necessario. Il 57 per cento degli aventi diritto partecipa in tutta Italia alla votazione. In Alto Adige è addirittura il 66 per cento. Con una quota di Sì compresa tra il 94,72 e il 96,30 per cento, le quattro leggi portate al voto vengono abrogate dalla popolazione.

**14 Giugno.** A Castel Thun, in Val di Non, i presidenti Günther Platter (Tirolo), Lorenzo Dellai (Trentino) e Luis Durnwalder (Alto Adige) sottoscrivono, nell’ambito del Gruppo europeo di cooperazione territoriale (GECT), l’atto costitutivo ufficiale dell’Euroregione “Tirolo-Alto Adige-Trentino”.

**15 Giugno.** Dai numeri dell’ASTAT emerge che 78.000 altoatesini sono a rischio di povertà. Nel periodo dell’indagine (2008), quasi la metà delle famiglie altoatesine non sono riuscite a mettere da parte risparmi.

**17 Giugno.** La Corte di Cassazione conferma la sentenza contro Eva Klotz, secondo cui in un manifesto della Süd-Tiroler Freiheit si configurerebbe il reato di vilipendio alla bandiera italiana.

**20 Giugno.** La Svp annuncia che si asterrà in Parlamento se le richieste relative alle norme di attuazione dello Statuto e alla toponomastica non dovessero venire attuate. Se le conferme non dovessero venire rispettate, la Svp voterebbe contro Berlusconi nel voto di fiducia.

Die Landesregierung wird in den kommenden 30 Jahren 234 Millionen Euro unter den Standort- und Ufergemeinden von Elektrizitätswerken aufteilen. Da sich viele betroffene Gemeinden nicht untereinander einigen können, sieht sich das Land gezwungen, das Prozedere zu übernehmen.

**21. Juni.** Die SVP-Parlamentarier Siegfried Brugger und Karl Zeller enthalten sich bei einer Vertrauensabstimmung gegen die Regierung Berlusconi nun doch ihrer Stimme. Regionenminister Raffaele Fitto gab im Vorfeld einige schriftliche Zusagen bezüglich Toponomastik, Rechnungshof und den Stilfser Joch Nationalpark.

Während die deutsche Sprachgruppe in Sachen Proporz beim Land und beim Sanitätsbetrieb leicht übervertreten ist, so ist sie beim Staat mit 850 Stellen unterrepräsentiert. Dies geht aus den Zahlen des Landes hervor.

Der Landtag veröffentlicht Zahlen über die Aktivität der einzelnen Mitglieder. Pius Leitner von den Freiheitlichen brachte mit insgesamt 535 Anfragen und Beschlussanträgen die mit Abstand meisten Punkte ein. Dahinter folgen Mauro Minniti (PdL), Donato Seppi (Unitalia) und Hans Heiss (Grüne). Schlusslichter sind Walter Baumgartner und Hanspeter Munter (beide SVP), die seit ihrem Amtsantritt Anfang des Jahres keinen einzigen Antrag eingebracht haben.

**22. Juni.** Landeshauptmann Luis Durnwalder trifft Regionenminister Raffaele Fitto, um über die Toponomastik-Frage zu verhandeln. Für 225 Ortsnamen konnte noch keine Einigung gefunden werden. Beide Politiker geben sich zuversichtlich, bis zum Sommer eine Lösung zu finden.

**23. Juni.** Am Landhausplatz in Innsbruck wird im Rahmen eines großen Festaktes der Verabschiedung des Tiroler Landlibells durch Kaiser Maximilian I. vor 500 Jahren am 23. Juni 1511 gedacht.

Eine Abordnung des Versöhnungsausschusses des irakischen Parlaments ist in Südtirol zu Gast. Bei einem Treffen mit den Abgeordneten des Landtags informieren sich die Iraker über die Autonomie und das Zusammenleben in Südtirol.

**27. Juni.** Im Zuge des Umbruchs in Nordafrika und der arabischen Welt werden bis zu 300 Flüchtlinge in Südtirol erwartet. Von den 150 Plätzen, die zur Verfügung stehen, sind bereits 135 belegt. Die Landesregierung erwägt daher die Unterbringung in der leer stehenden Kaserne in Schlanders.



Nei prossimi trent'anni la Giunta provinciale vuole suddividere 234 milioni di euro tra i Comuni con centrali elettriche. Dato che molti Comuni non riescono a trovare un accordo, la Provincia si vede costretta a prendersi carico della procedura.

**21 Giugno.** I parlamentari della Svp Siegfried Brugger e Karl Zeller, nel voto di fiducia al Governo Berlusconi, si astengono dalla votazione. Il ministro per gli Affari regionali Raffaele Fitto aveva dato precedentemente alcune conferme in forma scritta in merito alla toponomastica, alla Corte dei Conti e al Parco nazionale dello Stelvio.

Secondo la proporzionale etnica il gruppo linguistico tedesco è leggermente sovrarappresentato negli uffici provinciali e nell'Azienda sanitaria e sarebbe sottorappresentato di 850 unità negli uffici statali. È quanto emerge dai dati della Provincia.

Il Consiglio provinciale pubblica i dati sulle attività dei consiglieri. Pius Leitner dei Freiheitlichen, con complessive 535 interrogazioni e mozioni presentate, raggiunge con distacco il punteggio maggiore. Seguono Mauro Minniti (Pdl), Donato Seppi (Unitalia) e Hans Heiss (Verdi). A chiudere la classifica sono Walter Baumgartner e Hanspeter Munter (entrambi Svp), che dal loro insediamento all'inizio dell'anno non hanno ancora promosso alcuna istanza.

**22 Giugno.** Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder incontra il ministro per gli Affari regionali Fitto per trattare sulla questione della toponomastica. Per 225 toponimi non si è ancora riusciti a trovare un accordo. I due politici confidano di trovare una soluzione entro l'estate.

**23 Giugno.** Sulla Landhausplatz di Innsbruck, nell'ambito di una grande cerimonia, viene ricordata l'emanazione del Landlibell da parte dell'imperatore Massimiliano, avvenuta il 23 giugno 1511, 500 anni fa.

Una delegazione del Comitato per la conciliazione del parlamento iracheno è ospite in Alto Adige. Nel corso di un incontro con i consiglieri provinciali, gli iracheni si informano su autonomia e convivenza in Alto Adige.

**27 Giugno.** A seguito dei capovolgimenti in Nord Africa e nel mondo arabo, in Alto Adige sono attesi fino a 300 profughi. Dei 150 posti a disposizione, 135 sono già occupati. La Giunta provinciale prende in considerazione l'ipotesi di alloggiarli nelle caserme vuote di Silandro.

**28. Juni.** Der Präsident des Südtiroler Wirtschaftsringes (SWR), Christof Oberrauch, zeigt sich auf der Generalversammlung der Organisation in Bozen besorgt über die wirtschaftliche Situation Italiens. Er fordert ein *Los von Rom*, was die Finanzpolitik anbelangt.

Ein neues staatliches Gesetz sieht ab 2012 vor, dass in Verwaltungs- und Aufsichtsräten von öffentlichen Gesellschaften mindestens 20 Prozent – bei Neubestellungen 30 Prozent – Frauen sitzen müssen.

**29. Juni.** Der Transportausschuss des Senats genehmigt Entschädigungszahlungen für die Hinterbliebenen der Opfer des Vinschger Zugunglückes, bei dem am 12. April 2010 neun Menschen getötet wurden.

Der Koordinator der Jugend des PdL, Alessandro Bertoldi, sorgt mit der Aussage „Sofern es überhaupt stimmt, sind die Südtiroler Terroristen in den 60er-Jahren noch viel zu wenig verprügelt worden“ für Empörung.

**30. Juni.** Gemeinsam mit dem Tiroler Landeshauptmann Günther Platter absolvieren Landeshauptmann Luis Durnwalder und SVP-Obmann Richard Theiner einen Arbeitsbesuch beim österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer und bei Außenminister Michael Spindelegger.

## Juli

**1. Juli.** Landesrätin Sabina Kasslatter Mur wird zur Ehrensenatorin der Universität Innsbruck ernannt. Sie ist die erste Südtirolerin, die diese Auszeichnung erhält.

**2. Juli.** Der Rechnungshof verlangt mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung und rügt die Südtiroler Landesregierung wegen der Vergabe von zu vielen Berateraufträgen. Josef Noggler von der SVP erhält eine Abmahnung seiner Fraktion, weil er den Antrag der Freiheitlichen für mehr Transparenz nicht abgelehnt hatte.

**4. Juli.** Otto von Habsburg verstirbt im Alter von 98 Jahren. Der Sohn des letzten österreichischen Kaisers galt als großer Südtirol-Freund und überzeugter Europäer.

**6. Juli.** Die Regionen und Provinzen mit Sonderstatut laufen in Rom Sturm gegen die geplanten Sparmaßnahmen von Finanzminister Giulio Tremonti.

**28 Giugno.** Il Presidente dell'Associazione degli operatori economici locali Christof Oberrauch, durante l'assemblea generale della sua associazione a Bolzano, si mostra preoccupato per la situazione economica italiana. Reclama un "Los von Rom" riguardo alla politica finanziaria.

Una nuova legge statale prevede che, a partire dal 2012, nei Consigli di amministrazione e di controllo delle società pubbliche debba sedere almeno il 20 per cento di donne – il 30 per cento dal prossimo rinnovo.

**29 Giugno.** La Commissione trasporti del Senato approva i risarcimenti per i sopravvissuti dell'incidente ferroviario della Val Venosta, che il 12 aprile 2010 causò nove morti.

Il coordinatore dei giovani del Pdl Alessandro Bertoldi provoca indignazione con l'affermazione: "I terroristi sudtirolesi malmenati negli anni '60, se è vero, è stato troppo poco!".

**30 Giugno.** Insieme al Presidente tirolese Günther Platter, il Presidente della Provincia Luis Durnwalder e il segretario della Svp Richard Theiner si recano in visita dal Presidente dell'Austria Heinz Fischer e dal ministro degli Esteri Michael Spindelegger.

## Luglio

**1° Luglio.** L'assessore Sabina Kasslatter Mur viene nominata senatore onorario dell'Università di Innsbruck. È la prima sudtirolese a ottenere l'onorificenza.

**2 Luglio.** La Corte dei Conti chiede maggiore trasparenza nell'amministrazione pubblica e rimprovera la Giunta provinciale per l'assegnazione di troppe consulenze. Josef Nogger della Svp viene richiamato dal suo gruppo per non aver respinto la mozione dei Freiheitlichen che vuole maggiore trasparenza.

**4 Luglio.** Otto von Habsburg muore all'età di 98 anni. Il figlio dell'ultimo Imperatore austriaco era ritenuto un grande amico del Sudtirolo e un convinto europeista.

**6 Luglio.** Le Regioni e Province a statuto speciale protestano a Roma contro le misure economiche previste dal ministro dell'Economia Giulio Tremonti.

**7. Juli.** Landeshauptmann Durnwalder erreicht in Rom drei wichtige Durchführungsbestimmungen: Einige wichtige Kompetenzen gehen vom Rechnungshof an das Land über, Südtirol erhält einen dritten Staatsrat und die ladinischen BürgerInnen der Gemeinde Kastelruth dürfen sich in Zukunft über die dreisprachige Identitätskarte freuen.

Die Wochenzeitung „ff“ beschuldigt den Politiker der Süd-Tiroler Freiheit Werner Thaler, sich illegal Zugang zu Daten des Magazins verschafft zu haben.

**10. Juli.** Der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer stattet der Stadt Bruneck und ihrem Schloss einen Kurzbesuch ab.

**12. Juli.** Die Landtagsabgeordneten Pöder (BürgerUnion), Seppi (Unitalia), Urzi (Futuro e libertà/FLI) und Vezzali (PdL) ziehen für das Recht zur Ausübung der Obstruktion trotz gegenteiligem Beschluss des Landtagspräsidiums vor Gericht.

**13. Juli.** 27 Südtiroler Gemeinden bekunden ihr Interesse an einer Übernahme des Stromverteilernetzes von der Landesenergiegesellschaft SEL.

**14. Juli.** Die Tageszeitung „Alto Adige“ veröffentlicht eine Liste von Personen, die gleichzeitig in mehreren Verwaltungsräten sitzen. Spitzenreiter ist Klaus Stocker, der neben der Präsidentschaft bei der Landesenergiegesellschaft SEL in 15 weiteren Verwaltungsräten vertreten ist.

**15. Juli.** Mehrheit und Opposition einigen sich im Geschäftsordnungsausschuss über die Obergrenze für einen Gesetzesänderungsantrag. In Zukunft darf ein Beschlussantrag eines Landtagsabgeordneten maximal vier Seiten pro Gesetzesentwurf umfassen.

**16. Juli.** Zahlreiche SüdtirolerInnen nehmen Abschied vom letzten Kaisersohn Otto von Habsburg-Lothringen. Bei der Trauerzeremonie in Wien tragen auch einige Südtiroler Schützen den Sarg des verstorbenen Südtirol-Freunds.

**17. Juli.** Die PD-Abgeordnete im Meraner Gemeinderat Vanda Carbone kündigt an, für die Durchsetzung der Frauenquote kämpfen zu wollen. Im Gemeinderat sind neun Frauen vertreten, allerdings gibt es nur eine Stadträtin im Ausschuss von Bürgermeister Januth.

**19. Juli.** Die Tageszeitung „Dolomiten“ titelt: „Zu wenig Frauen in den Gemeindeausschüssen“. In vier Südtiroler Gemeinderäten sind nur Männer vertreten, in 61 Gemeinden sitzt lediglich eine Frau im Gemeindeausschuss bzw. Stadtrat, zu wenige laut einem Urteil des römischen Verwaltungsgerichtes.

**7 Luglio.** Il Presidente della Provincia Durnwalder ottiene a Roma tre importanti norme di attuazione: alcune importanti competenze passano dalla Corte dei Conti alla Provincia, l'Alto Adige ottiene un terzo consigliere nel Consiglio di Stato e i cittadini del Comune di Castelrotto possono rallegrarsi della nuova carta d'identità in tre lingue.

Il settimanale "ff" accusa il politico della Süd-Tiroler Freiheit Werner Thaler di essersi introdotto illegalmente nella banca dati della loro redazione.

**10 Luglio.** Il Presidente dell'Austria Heinz Fischer si reca a Brunico e al suo castello per una breve visita.

**12 Luglio.** I consiglieri provinciali Pöder (BürgerUnion), Seppi (Unitalia), Urzì (Fli) e Vezzali (Pdl) ricorrono in sede giudiziaria per rivendicare il diritto di esercitare l'ostruzionismo, nonostante la decisione contraria del Presidente del Consiglio provinciale.

**13 Luglio.** 27 Comuni altoatesini dichiarano il proprio interesse all'acquisizione della rete di distribuzione dell'energia elettrica della società Sel.

**14 Luglio.** Il quotidiano "Alto Adige" pubblica una lista di persone che siedono contemporaneamente in più consigli di amministrazione. In testa alla classifica c'è Klaus Stocker, che, oltre alla carica di presidente della società elettrica Sel, presenza in altri 15 cda.

**15 Luglio.** Maggioranza e opposizione si accordano in Commissione per il regolamento interno sul limite massimo alla prolissità degli ordini del giorno. In futuro l'ordine del giorno di un consigliere provinciale durante la discussione sui disegni di legge dovrà comprendere al massimo quattro pagine.

**16 Luglio.** Numerosi altoatesini prendono commiato da Otto von Habsburg-Lothringen, l'ultimo figlio dell'Imperatore. Nel corso della triste cerimonia a Vienna alcuni Schützen sudtirolesi portano il feretro del defunto amico del Sudtirolo.

**17 Luglio.** La consigliera comunale del Pd a Merano Vanda Carbone annuncia di volersi battere per imporre le quote rosa. In Consiglio comunale sono rappresentate nove donne, tuttavia solo una consigliera è presente nella Giunta del sindaco Januth.

**19 Luglio.** Il quotidiano "Dolomiten" titola: "Troppe poche donne nei Consigli comunali". In quattro Consigli comunali altoatesini sono rappresentati solo uomini, in 61 Comuni è rappresentata soltanto una donna in Consiglio o in Giunta comunale. Troppo poche secondo un verdetto del Tribunale amministrativo di Roma.

**19.–20. Juli.** Die Online-Petition der Tageszeitung „Alto Adige“ zwecks Reduzierung der Politikerbezüge erreicht innerhalb eines Tages 400 Unterschriften. Es werden Vorschläge gesammelt, wie sich Einsparungen in der Politik erzielen lassen.

**23. Juli.** Landeshauptmann Durnwalder stellt der Leiferer Stadtregierung bis zum 31.07. ein Ultimatum: Entweder diese legt dem Land einen konkreten Finanzierungsplan für den geplanten Stadionbau und das damit zusammenhängende Gesamtprojekt vor oder die versprochenen 11 Millionen Euro des Landes werden für ein anderes Projekt zweckgebunden.

**25. Juli.** Landesrat Hans Berger wird in das Ermittlungsregister eingetragen. Staatsanwalt Guido Rispoli prüft, ob der SVP-Politiker über Treuhandgesellschaften Beteiligungen an Kraftwerken in unterschiedlichen Gemeinden Südtirols besitzt.

In der Diskussion um die Politikerbezüge erklärt Landeshauptmann Luis Durnwalder, dass er sein Gehalt als angemessen betrachte.

**26. Juli.** Bei der Halbzeitbilanz-Pressekonferenz von Thomas Widmann macht sich der Landesrat für die vollständige Finanzautonomie von Rom stark.

**27. Juli.** Ivo Muser, Rektor des Priesterseminars in Brixen, wird zum neuen Bischof der Diözese Bozen-Brixen designiert. Er folgt auf Karl Golser, der aufgrund seiner Parkinson-Erkrankung zurückgetreten ist.

**28. Juli.** Der Gemeinderat von Bozen leitet das Verfahren für den Ausschluss von Michaela Biancofiore ein. Die Kammerabgeordnete fehlte von den bis dato 67 abgehaltenen Sitzungen des Gemeinderates 65 Mal.

**29. Juli.** Die Bürgermeisterin von Leifers, Liliana di Fede, überreicht Landeshauptmann Luis Durnwalder den Finanzierungsplan für den geplanten Stadionbau des FC Südtirol. In einer ersten Stellungnahme äußert sich Durnwalder skeptisch. Sollte das Stadion nicht in Leifers realisiert werden, dann setzt die Vereinsführung auf die Sanierung des Drusus-Stadions in Bozen.

**31. Juli.** Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel urlaubt bereits zum vierten Mal im Vinschger Bergdorf Suldén.

**19-20 Luglio.** La petizione online del quotidiano “Alto Adige”, allo scopo di ridurre gli stipendi dei politici, raggiunge 400 firme in due giorni. Vengono raccolte proposte su come sia possibile risparmiare in politica.

**23 Luglio.** Il Presidente della Provincia Durnwalder consegna alla Giunta comunale di Laives un ultimatum: entro il 31 luglio la città deve proporre alla Provincia un piano finanziario per la costruzione dello stadio previsto e il progetto complessivo attinente, o gli 11 milioni di euro promessi verranno dirottati su un altro progetto.

**25 Luglio.** L’assessore Hans Berger viene iscritto nel registro degli indagati. Il procuratore capo Guido Rispoli deve accertare se il politico della Svp, attraverso società fiduciarie, possieda azioni di centrali elettriche in diversi Comuni dell’Alto Adige.

Nella discussione sugli stipendi dei politici, il Presidente della Provincia Luis Durnwalder dichiara di considerare adeguato il proprio stipendio.

**26 Luglio.** Durante la conferenza stampa di metà legislatura tenuta da Thomas Widmann, l’assessore rivendica la completa autonomia finanziaria da Roma.

**27 Luglio.** Ivo Muser, rettore del Seminario Maggiore di Bressanone, viene designato nuovo Vescovo della diocesi di Bolzano-Bressanone. Succede a Karl Golser, affetto dal morbo di Parkinson.

**28 Luglio.** Il Consiglio comunale di Bolzano avvia la procedura per l’espulsione di Michaela Biancofiore. Su 67 sedute del Consiglio, la consigliera è mancata 65 volte.

**29 Luglio.** Il sindaco di Laives, Liliana Di Fede, consegna al Presidente della Provincia Luis Durnwalder il piano finanziario per la costruzione dello stadio del FC Alto Adige. In un primo momento Durnwalder si esprime scetticamente. Se a Laives non verrà realizzato lo stadio, il direttivo del Fußball Club punterà sul risanamento dello stadio Druso a Bolzano.

**30 Luglio.** La cancelliera tedesca Angela Merkel trascorre le vacanze per la quarta volta nel villaggio alpino di Solda, in Val Venosta.

## August

**1. August.** SVP-Senatorin Helga Thaler Ausserhofer wird als mögliche Nachfolgerin von Landeshauptmann Luis Durnwalder gehandelt.

Einen Eindruck von Südtirols Bergwelt, gleichzeitig aber auch von der Berglandwirtschaft und deren Verbindung mit dem Tourismus, verschafft sich EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos. Mit Landesrat Hans Berger erkundet Ciolos die Villnößer Geisler, begleitet von einem ebenso kompetenten wie ortskundigen Führer: dem ehemaligen Extrembergsteiger und EU-Abgeordneten Reinhold Messner.

**2. August.** Nordtiroler Studie: Für mehr als die Hälfte der NordtirolerInnen ist Andreas Hofer heute ein Held. Die Liebe zur Heimat sei sehr stark und die Trennung von Südtirol habe Wunden hinterlassen. Große Skepsis herrscht gegenüber Fremden. Befragt wurden 500 BürgerInnen des Bundeslandes Tirol.

Die Südtiroler Wirtschaftsverbände üben Kritik am geplanten Landes-Technologiepark. Die Landesregierung will diesen trotzdem – allerdings mit Anpassungen – verwirklichen.

Es werden Ermittlungen beim Meraner Verein *Kaufleute Aktiv* über die Verwendung der öffentlichen Zuwendungen angestellt. Nach der Staatsanwaltschaft untersucht auch der Rechnungshof die Beitragsvergabe der Gemeinde Meran.

**3. August.** Landesrat Roberto Bizzo nimmt zur Kritik des Unternehmerverbandes in Sachen Technologiepark Stellung. Mit dessen Einrichtung in Bozen Süd wolle man die Entwicklung Südtirols fördern. Das Konzept beruhe auf fundierten Studien und Analysen.

**4. August.** Der Streit um einsprachige AVS-Wanderschilder mit Rom geht weiter, ohne dass eine Einigung in Sicht wäre. Eine neue Debatte löst auch das Material der neuen Wegschilder aus: Holz oder Metall? Der AVS spricht sich einige Monate später nach einer Umfrage unter seinen Mitgliedern schlussendlich für Holzschilder aus.

Die private Investition von Landesrat Hans Berger im lokalen Energiesektor über eine Treuhandgesellschaft wirbelt medial Staub auf. Die Staatsanwaltschaft untersucht den Fall und archiviert ihn später.



## Agosto

**1° Agosto.** La senatrice Svp Helga Thaler Ausserhofer viene considerata una possibile candidata alla successione del Presidente della Provincia Luis Durwalder.

Il Commissario europeo per l'Agricoltura Dacian Ciolos visita la regione per farsi un'idea delle montagne altoatesine e, allo stesso tempo, dell'agricoltura di montagna e del suo legame con il turismo. Ciolos esplora le Odle di Funes con l'assessore Hans Berger, accompagnato da una guida tanto competente quanto esperta del luogo: l'ex alpinista estremo e parlamentare europeo Reinhold Messner.

**2 Agosto.** Da una ricerca tirolese: per più della metà dei tirolesi, Andreas Hofer è oggi un eroe. L'amore per la patria è molto forte e la separazione dal Sudtirolo ha lasciato ferite aperte dietro di sé. Nei confronti degli stranieri domina un grande scetticismo. Ad essere intervistati sono 500 cittadini e cittadine del Tirolo.

Critiche al Parco tecnologico in fase di progettazione da parte delle associazioni economiche. La Giunta provinciale vuole comunque realizzarlo, certamente apportando alcune modifiche.

Indagini sull'associazione meranese "Kaufleute Aktiv" per l'impiego di sovvenzioni pubbliche. Dopo la procura della Repubblica, anche la Corte dei Conti indaga sull'assegnazione dei contributi da parte del Comune di Merano.

**3 Agosto.** L'assessore Roberto Bizzo prende posizione in merito alle critiche al Parco tecnologico mosse da Assoimprenditori. Con la sua realizzazione a Bolzano Sud si vorrebbe promuovere lo sviluppo dell'Alto Adige. Il progetto si fonda su studi e analisi meticolose.

**4 Agosto.** La controversia con Roma per la segnaletica monolingue dell'AVS continua, senza alcun accordo in vista. Un ulteriore dibattito si accende sul materiale usato per costruire i nuovi cartelli: legno o metallo? L'AVS, dopo un sondaggio condotto tra i suoi associati, si pronuncia alcuni mesi più tardi a favore dei cartelli in legno.

L'investimento privato di Hans Berger nel settore dell'energia locale solleva un polverone mediatico nei confronti di una società fiduciaria. La procura indaga sul caso e successivamente lo archivia.

Die Kampagne der Tageszeitung „Alto Adige“ gegen die Kosten der Politik geht mit einer Unterschriftenaktion der LeserInnen den ganzen Sommer über weiter: Gefordert wird unter anderem eine drastische Kürzung der Gehälter der lokalen PolitikerInnen.

„Vom Kindergarten bis zur Universität und im Alltag muss die ladinische Kultur aufgewertet werden. Die ladinische Sprachgruppe muss sich öffnen, auch gegenüber den anderen Sprachgruppen“, ist Ladinierlandesrat Florian Mussner überzeugt. Im Kindergarten in Überwasser (Kastelruth) hat Mussner im Gespräch mit den Medien seine Pläne zur ladinischen Kulturpolitik präsentiert.

**9. August.** Italien befindet sich in der Wirtschafts- und Schuldenkrise mit Abstufung des Ratings: Landesrat Thomas Widmann fordert mehr Eigenständigkeit für Südtirol mit Finanzautonomie und einer weitestgehenden Abtrennung von Italien, um nicht dasselbe Schicksal zu erleiden. Landeshauptmann Luis Durnwalder sichert Italien in der Schuldenkrise die Hilfe Südtirols zu, indem auch das Land seinen Beitrag leisten werde.

Für die Errichtung von Anlagen zur Nutzung von Windkraft und Erdwärme gibt es nun genaue Regeln. Der entsprechende von Landesrat Michl Laimer ausgearbeitete Beschluss der Landesregierung ist im Amtsblatt der Region veröffentlicht worden. Für Windkraftanlagen sind enge Rahmenbedingungen vorgesehen, um BürgerInnen und Landschaft zu schützen.

**11. August.** Ein Bär sorgt im Ultental für Schlagzeilen: Bauern und Politik fordern seine Entfernung aus Südtirol.

In Pfalzen findet die Sommerpressekonferenz von Luis Durnwalder statt: Der Landeshauptmann spricht über seine Nachfolge und seinen Abgang, was von den Medien diametral unterschiedlich interpretiert wird – einige schreiben vom Abgang 2013, wieder andere von einer Wiederkandidatur. In den folgenden Tagen und Wochen dreht sich das Nachfolge-Karussell erneut: Mehrfach im Gespräch sind unter anderem Siegfried Brugger, Richard Theiner, Konrad Bergmeister und Herbert Dorfmann. Inhaltlich hat Durnwalder über den Ausbau der Autonomie, die Auswirkungen der italienischen Schuldenkrise auf Südtirol, die Gesetzesvorhaben der Landesregierung, die wichtigsten Infrastrukturprojekte und die Volkszählung gesprochen.

Elmar Pichler Rolle wird in der Beach-Volleyball-Affäre Bozen verurteilt: Wegen der finanziellen Unterstützung des Turniers auf den Talferwiesen in seiner Funktion als ehemaliger Vizebürgermeister von Bozen soll er 50.000 Euro Schadenersatz zahlen.

La campagna del quotidiano “Alto Adige” contro i costi della politica prosegue per tutta l’estate con la raccolta di firme delle lettrici e dei lettori. Viene chiesto, ad esempio, un taglio drastico agli stipendi dei politici locali.

“Dall’asilo all’università e nella vita quotidiana la cultura ladina deve venire valorizzata. Il gruppo linguistico ladino deve aprirsi, anche nei confronti degli altri gruppi”: ne è convinto l’assessore provinciale ladino Florian Mussner. In un colloquio con i media, presso l’asilo di Oltretorrente (Castelrotto), Mussner presenta i suoi progetti per valorizzare la cultura ladina.

**9 Agosto.** L’Italia si trova in piena crisi economica e del debito con il declassamento del rating: l’assessore provinciale Thomas Widmann rivendica più autonomia finanziaria per l’Alto Adige e una maggiore separazione dall’Italia per evitare di subirne lo stesso destino. Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder assicura l’aiuto dell’Alto Adige all’Italia nella crisi del debito: anche la Provincia darà il suo contributo.

Per l’edificazione di impianti per l’utilizzo del vento e del calore geotermico esistono ora regole precise. La delibera della Provincia, elaborata dall’assessore provinciale Michl Laimer, è stata pubblicata sul bollettino ufficiale della Regione. Per gli impianti eolici sono previste condizioni generali severe per tutelare sia i cittadini, sia il paesaggio.

**11 Agosto.** Un orso in Val d’Ultimo si guadagna i titoli di giornale. Gli agricoltori e la politica ne esigono l’allontanamento dall’Alto Adige.

Conferenza estiva di Luis Durnwalder a Falzes: il Presidente della Provincia parla della sua successione e del suo ritiro, interpretato dai media in maniera diametralmente opposta – alcuni parlano di uscita di scena nel 2013, altri di una nuova ricandidatura. Nei giorni e nelle settimane successive il carosello della successione continua a girare: in gioco ci sono, tra gli altri, i nomi di Siegfried Brugger, Richard Theiner, Konrad Bergmeister e Herbert Dorfmann. Per quanto riguarda gli argomenti, Durnwalder parla di rafforzamento dell’autonomia, effetti della crisi del debito italiano sull’Alto Adige, propositi a livello legislativo provinciale, importanti progetti infrastrutturali e censimento.

Condanna di Elmar Pichler Rolle per l’affare Beach Volley di Bolzano: a causa del sostegno finanziario del torneo sui Prati del Talvera in veste di vicesindaco di Bolzano, Pichler Rolle deve risarcire 50.000 euro.

**15. August.** 59 SüdtirolerInnen wird in der Hofburg in Innsbruck die Verdienstmedaille des Landes Tirol verliehen. 48 von ihnen erhalten die Verdienstmedaille, elf das Ehrenzeichen.

**17. August.** Römisches Sparpaket: Südtirols Landesregierung und SVP-Parlamentarier rufen Rom zu Verhandlungen auf. Durch die Übernahme neuer Zuständigkeiten sollen die Einschnitte im Südtiroler Landesbudget vermindert werden.

Im AVS-Schilderstreit mit Rom trifft Landeshauptmann Durnwalder Regionenminister Raffaele Fitto in dessen Urlaubsdomizil am Ritten. Hundert Namen bleiben weiter strittig. Neben der Wegebeschilderung kommen auch die nach wie vor ausständigen Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut zur Sprache, wie die Regelungen zu den Sprachkenntnissen bei Richterwettbewerben sowie zum Mailänder Abkommen.

**18. August.** Das Reformpapier „Südtirol 2020“ der SVP-Abgeordneten Arnold Schuler und Josef Nogglner ruft parteiintern Reaktionen hervor – nicht nur positive. In ihrem Positionspapier fordern die beiden Abgeordneten eine Reform des politischen Systems. Sie fordern unter anderem den Abbau von Bürokratie, einen effizienteren Verwaltungsapparat und die Reform der Gemeindenfinanzierung.

**19. August.** Bürgermeisterin Liliana Di Fede sorgt für einen Paukenschlag im Leiferer Rathaus: Per Pressemitteilung verkündet das Stadtoberhaupt, dass sie dem SVP-Stadtrat Georg Zelger mit sofortiger Wirkung die Agenden entzogen hat. Der Grund: Zelger habe sich öffentlich gegen eine im Koalitionsprogramm festgeschriebene Abmachung ausgesprochen.

**20. August.** Die „Neue Südtiroler Tageszeitung“ bringt den Direktor des Bauernbundes, Siegfried Rinner, als Nachfolger von Landwirtschaftslandesrat Hans Berger ins Spiel.

**21. August.** Der bekannte sozialkritische Priester Josef Stricker wird auf den Bozner Talferwiesen überfallen und erheblich verletzt.

**23. August.** Arnold Schuler und Josef Nogglner wagen im Landtag einen Alleingang in Sachen schnelles Internet. Mit einem Gesetzesentwurf wollen die beiden Vinschger Abgeordneten Land und Gemeinden auffordern, bis 2015 alle Unternehmen und privaten Haushalte mit einem Breitbandanschluss von mindestens 30 Megabit pro Sekunde zu versorgen. Das Solo sorgt in der SVP wieder für dicke Luft.

**15 Agosto.** A 59 altoatesini viene consegnato all'Hofburg di Innsbruck, un riconoscimento da parte del Tirolo. 48 altoatesini ricevono una medaglia al merito, undici un'onorificenza.

**17 Agosto.** Pacchetto anticrisi: la Giunta provinciale e i parlamentari della Svp invitano Roma alla trattativa. Con l'assunzione di nuove competenze, i tagli al budget provinciale dovranno venire ridotti.

Riguardo alla controversia con Roma dell'Alpenverein, il Presidente della Provincia Durnwalder incontra il ministro per gli Affari regionali Raffaele Fitto in villeggiatura a Renon. Un centinaio di nomi vengono ancora contestati. Oltre al nodo sulla segnaletica, vengono discusse anche le norme di attuazione dello Statuto di autonomia ancora mancanti, il regolamento sulle conoscenze linguistiche per il concorso in magistratura e l'Accordo di Milano.

**18 Agosto.** Il documento di riforma "Alto Adige 2020" dei consiglieri della Svp Arnold Schuler e Josef Noggler solleva reazioni interne al partito – non tutte positive. Nel documento, i due consiglieri reclamano una riforma del sistema politico. Viene richiesto, tra l'altro, anche l'abbattimento della burocrazia, un apparato amministrativo efficiente e la riforma del finanziamento dei Comuni.

**19 Agosto.** La sindaca Liliana Di Fede crea trambusto nel Comune di Laives: con un comunicato stampa il primo cittadino annuncia di avere revocato, con effetto immediato, le competenze all'assessore della Svp Georg Zelger. Il motivo secondo Di Fede: Zelger si sarebbe pronunciato pubblicamente contro un accordo fissato nel programma di coalizione.

**20 Agosto.** La "Neue Südtiroler Tageszeitung" tira in gioco Siegfried Rinner, direttore dell'Unione agricoltori, come successore dell'assessore all'agricoltura Hans Berger.

**21 Agosto.** Il noto prete Josef Stricker, critico verso la società, viene picchiato sui Prati del Talvera e gravemente ferito.

**23 Agosto.** Arnold Schuler e Josef Noggler azzardano un'azione individuale in materia di connessione veloce a Internet. Con un disegno di legge i due consiglieri della Val Venosta vogliono esortare la Provincia e i Comuni a dotare tutte le imprese e le abitazioni private di una connessione a banda larga di almeno 30 Megabit/secondo entro il 2015. L'iniziativa individuale preoccupa di nuovo la Svp per l'atmosfera pesante creatasi.

**24. August.** Ermittlungen beim Meraner Verein *Kaufleute Aktiv*: Stadträtin Heidi Siebenförcher soll ihren Gemeindevwahlkampf 2010 mit Geldern aus der Vereinskasse gezahlt haben. Sie tritt im Oktober von ihrer politischen Funktion zurück.

Die Tauschgeschäfte zwischen Land und italienischer Eisenbahngesellschaft sollen schneller vorangetrieben und noch ausgeweitet werden. Dies haben Landeshauptmann Luis Durnwalder und Eisenbahnchef Mauro Moretti in Rom vereinbart. Es geht vorwiegend um Flächen im Wert von 20 Millionen Euro, dazu kommen der Ausbau von vier Bahnhöfen und die Neugestaltung des Bozner Bahnhofareals.

Südtirol und das Trentino werden sich am Sparkurs Roms beteiligen, mit dem Mailänder Abkommen gebe es aber bereits eine Grundlage dafür.

Windpark am Brenner: Obwohl es sich um Anlagen zur Nutzung regenerativer Energiequellen handle, die zudem den CO<sub>2</sub>-Ausstoß beträchtlich vermindern könnten, gibt der Umweltbeirat des Landes für die beiden Projekte eines Windparks am Brenner ein negatives Gutachten ab: Den positiven Aspekten stünden, so der Beirat, gravierende negative Auswirkungen auf die Umwelt gegenüber.

Nach der Volksabstimmung im Oktober 2009 hatte die SVP ein eigenes Gesetz zur Direkten Demokratie versprochen. Jetzt ist der Entwurf dazu im Landtag eingereicht worden. Der Gesetzesentwurf schafft das bisherige Quorum bei Volksabstimmungen ab.

**25. August.** Der Startschuss für den SEL-Skandal durch einen Bericht der „ff – das Südtiroler Wochenmagazin“ über die angeblich versteckten privaten Geschäfte im Energiesektor von Direktor Maximilian Rainer ist gefallen. Der Skandal weitet sich in den darauffolgenden Wochen massiv aus und führt zur *Beurlaubung* des Direktors und zur Ablöse des gesamten SEL-Verwaltungsrates. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen SEL-Präsident Klaus Stocker; im Fokus der Öffentlichkeit steht auch der zurückgetretene Aufsichtsratspräsident Franz Pircher. Kolportiert und kritisiert wird die freundschaftliche Verbindung von beiden zum Landeshauptmann vor allem von der Tageszeitung „Dolomiten“. Unter politischen und medialen Beschuss kommt auch Energielandesrat Michl Laimer.

**29. August.** Die Verhandlungsstrategie mit der römischen Regierung in Sachen Sparpaket ist das bestimmende Thema der ersten Landesregierungssitzung nach der Sommerpause. Man pocht auf die Einhaltung von Autonomiestatut und Mailänder Abkommen und will entsprechende Änderungsanträge einbringen.

**24 Agosto.** Indagini sull'associazione meranese "Kaufleute Aktiv": l'assessore comunale Heidi Siebenförcher avrebbe usato i fondi, per la campagna elettorale per il Comune del 2010, delle casse dell'associazione. Nel mese di ottobre si dimette dalla sua carica politica.

Gli scambi tra Provincia e Società italiana delle ferrovie devono avanzare più velocemente e venire ampliati. Lo hanno concordato a Roma il Presidente della Provincia Luis Durwaldner e il capo delle ferrovie Mauro Moretti. Si tratta per il momento di superfici per un valore di 20 milioni di euro, a cui si aggiunge la trasformazione di quattro stazioni e la ricostruzione dell'areale ferroviario di Bolzano.

Alto Adige e Trentino prenderanno parte alla manovra di Roma; grazie all'Accordo di Milano ci sarebbe già una possibile base di partenza.

Parco eolico al Brennero: sebbene si tratti di un impianto per l'utilizzo di fonti energetiche rigenerative, che inoltre possono diminuire considerevolmente l'emissione di CO<sub>2</sub>, il comitato ambientale della Provincia ha valutato negativamente entrambi i progetti per la creazione di un Parco eolico al Brennero: rispetto agli aspetti positivi sono da prendere in maggiore considerazione, così il comitato, anche gli effetti negativi che andrebbero ad incidere sull'ambiente.

Dopo il referendum dell'ottobre 2009, la Svp aveva promesso una legge propria sulla democrazia diretta. Ora il disegno di legge è stato inoltrato al Consiglio provinciale. Il disegno abroga il quorum finora necessario.

**25 Agosto.** Inizio dello scandalo Sel attraverso un servizio di "ff" sui presunti affari nascosti nel settore dell'energia del direttore, Maximilian Rainer. Lo scandalo dilaga in modo massiccio nelle settimane seguenti e porta alla "aspettativa" del direttore e allo scioglimento dell'intero Consiglio di amministrazione Sel. La Procura della Repubblica indaga sul Presidente Sel, Klaus Stocker; al centro dell'attenzione pubblica c'è anche il Presidente dei Revisori dei conti, Franz Pircher. Il legame amichevole tra i due personaggi e il Presidente della Provincia viene sottolineato e criticato, soprattutto dal quotidiano "Dolomiten". Sotto il bombardamento politico e mediatico finisce anche l'assessore all'energia, Michl Laimer.

**29 Agosto.** La strategia della trattativa con il governo italiano in fatto di pacchetto anti-crisi è il tema decisivo della prima seduta di Giunta provinciale dopo la pausa estiva. Si insiste sul rispetto dello Statuto di autonomia e dell'Accordo di Milano e si vogliono portare richieste di modifiche in questa direzione.

Gegen eine gänzliche Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten stemmt sich die Landesregierung. Zwar könne man über mehr Flexibilität mittags, abends und an Samstagen verhandeln, sonntags sollten die Geschäfte aber grundsätzlich geschlossen bleiben, so Landeshauptmann Luis Durnwalder angesichts der Liberalisierungsvorhaben des Staates.

Um Klarheit über angebliche Firmenbeteiligungen von SEL-Direktor Maximilian Rainer zu schaffen, fordert die Landesregierung einen detaillierten Bericht vonseiten der SEL.

**30. August.** SVP-Obmann Richard Theiner lanciert mit einem Positionspapier die Entwicklung Südtirols hin zur *Vollautonomie*. Darin fordert Theiner unter anderem die Abschaffung des Regionalrates und der Regionalregierung, eine eigene Landespolizei, den Landeshauptmann als Regierungskommissär und die volle Finanzhoheit für Südtirol.

## September

**1. September.** Eine tragfähige Lösung für die Regionen und somit auch für Südtirol ist noch nicht in Sicht: Das ist das Fazit der Romfahrt von Landesrat Roberto Bizzo, der die Interessen Südtirols bei der Konferenz der Regionen und vor der Regierung in Sachen Sparpaket vertreten hat.

**2. September.** Die Umfrageergebnisse des *Südtirol Barometer* werden bekannt (durchgeführt vom 19. Juli bis 1. August). Die SVP bleibt in der Wählergunst stabil, Grüne und Freiheitliche legen zu, die Süd-Tiroler Freiheit verliert, ebenso der PdL; italienische WählerInnen retten die SVP.

**5. September.** Auf den Tag genau 65 Jahre nach der Unterzeichnung des Pariser Vertrags hat die Landesregierung auf Schloss Tirol die Verdienstorden des Landes Südtirol verliehen. Ausgezeichnet wurden neun Persönlichkeiten (Richard Agreiter, Renato Ballardini, Gaetano Gifuni, Helmut Kritzinger, Franco Pasargiklian, Herbert Neumayer, Claudio Riesen, Carla Scoz, Ludwig Zack), der in diesem Jahr zum zweiten Mal verliehene Südtiroler Minderheitenpreis geht an die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV).

**6. September.** Knapp drei Millionen Euro sind bei den vergangenen Wahlen von der öffentlichen Hand ausgegeben worden, damit die SüdtirolerInnen, die außerhalb des Landes leben, am Urnengang teilnehmen konnten. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass diese Gelder eingespart werden können, wenn die Briefwahl eingeführt würde. Ob dies grundsätzlich möglich ist, soll vom staatlichen Datenschutzbeauftragten in Rom geklärt werden.



La Giunta provinciale si oppone alla completa liberalizzazione degli orari dei negozi. Si può certo trattare su una maggiore flessibilità nell'orario di pranzo, serale e del sabato, ma la domenica i negozi devono essere, in linea di massima, chiusi, afferma il Presidente Luis Durnwalder rispetto alle intenzioni di liberalizzazione dello Stato.

Per fare chiarezza sulla presunta partecipazione ad aziende da parte del direttore di Sel Maximilian Rainer, la Giunta provinciale chiede una relazione dettagliata alla Sel.

**30 Agosto.** Il segretario della Svp Richard Theiner lancia, con un documento di posizione, lo sviluppo dell'Alto Adige in direzione di una "Autonomia piena". Theiner richiede, tra le altre cose, l'abolizione del Consiglio e della Giunta regionale, una polizia provinciale autonoma, il Presidente della Provincia come Commissario di Governo e la piena sovranità fiscale per l'Alto Adige.

## Settembre

**1° Settembre.** Una soluzione stabile per le Regioni e di conseguenza per l'Alto Adige non si scorge ancora: è questo il bilancio del viaggio a Roma dell'assessore provinciale Roberto Bizzo, che ha difeso gli interessi dell'Alto Adige in tema di manovra finanziaria nella Conferenza delle Regioni e davanti al Governo.

**2 Settembre.** I risultati del sondaggio del "Barometro dell'Alto Adige" (effettuato dal 19 luglio al 1 agosto) vengono resi noti. La Svp rimane stabile nelle preferenze degli elettori, i Verdi e i Freiheitlichen salgono, la Süd-Tiroler Freiheit e il Pdl perdono; gli elettori e le elettrici italiani salvano la Svp.

**5 Settembre.** A 65 anni esatti dalla sottoscrizione dell'Accordo di Parigi, la Giunta provinciale conferisce l'Ordine di merito della Provincia. A Castel Tirolo vengono insignite nove personalità (Richard Agreiter, Renato Ballardini, Gaetano Gifuni, Helmut Kritzingger, Franco Pasargiklian, Herbert Neumayer, Claudio Riesen, Carla Scoz, Ludwig Zack), mentre il premio delle minoranze della Provincia di Bolzano, assegnato quest'anno per la seconda volta, va all'Unione federalista delle comunità etniche europee (FUEV).

**6 Settembre.** Circa tre milioni di euro sono stati spesi dalla Provincia nella passata tornata elettorale per permettere a tutti gli altoatesini che vivono fuori provincia di andare alle urne. La Giunta provinciale è dell'opinione che si potrebbero risparmiare questi soldi se venisse introdotto il voto per corrispondenza. Se ciò sia possibile in linea di principio, deve essere stabilito a Roma dal Garante per la protezione dei dati personali.

40 Millionen Euro aus dem Rotationsfonds zur Wirtschaftsförderung teilt die Landesregierung den verschiedenen Wirtschaftssektoren zu. Das Gros der Gelder, 25 Millionen Euro, soll in den Tourismus fließen.

Die Führungskräfte in den Landesgesellschaften müssen künftig ihre ArbeitgeberInnen vor Dienstantritt informieren, welche Beteiligungen sie halten und welche Nebentätigkeiten sie ausüben. Laut Landeshauptmann Luis Durnwalder könnten Landesbeamte und -manager in Führungspositionen nicht privatwirtschaftlich in jenen Bereichen arbeiten, in denen sie auch für das Land tätig sind.

Bei der Fachtagung der Aktionsgemeinschaft Brennerbahn zieht EU-Koordinator Pat Cox eine Zwischenbilanz über die Baufortschritte am Brennerbasistunnel (BBT). Während der Tunnelbau bzw. die Vorarbeiten zügig voranschreiten, erscheint die Verlegung einer Hochspannungsleitung im Pilotstollen schwieriger. Italiens Regierungskordinator Mauro Fabris betont bei der Tagung, dass der Ausbau des Brennerkorridors bei den Verhandlungen zum Sparpaket in Rom nie zur Diskussion gestanden habe.

**8. September.** EU-Vizepräsident Antonio Tajani lobt bei seinem Treffen mit Landeshauptmann Durnwalder Südtirol und seine Wirtschaft, die auf soliden Beinen in Form von kleinen und mittleren Unternehmen, von Handwerk, Industrie und Tourismus stehe.

**12. September.** In Südtirol gibt es 953 Konzessionen für den Betrieb von kleinen, mittleren und großen Wasserkraftwerken, die alle vor dem Hintergrund des Landesgesetzes zur Offenlegung von Treuhandbeteiligungen untersucht worden sind. Das Ergebnis: An zwei der 953 Konzessionen sind Treuhandgesellschaften beteiligt.

**13. September.** Einen Tag nach Veröffentlichung der Ausschreibung der Konzession für die Brennerautobahn treffen sich die Landeshauptleute Luis Durnwalder und Lorenzo Dellai in Bozen mit der Spitze der Brennerautobahn-Gesellschaft. Mit großer Enttäuschung haben die beiden Landeshauptleute die Entscheidung der Staatsstraßenverwaltung ANAS aufgenommen, die Konzessionsvergabe nach 2014 öffentlich auszuschreiben. Der Auftrag an die Gesellschaft lautet, alle Möglichkeiten auszuloten, um die Ausschreibung zu gewinnen.

Es gibt Ärger um den neuen Verbrennungsöfen in Bozen, der 2013 in Betrieb gehen soll. Mit Inbetriebnahme sollen die Gemeinden dem Land die Baukosten von 140 Millionen Euro zurückzahlen. Dieses Geld haben die Gemeinden aber nicht. Nun soll ein Teil der Kosten aus dem Reserverfonds des Landes kommen, der zweite Teil aus dem Rotationsfonds. Damit fehle den Gemeinden aber Geld für Investitionen, so Gemeinden-Chef Arno Kompatscher.

La Giunta provinciale ha ripartito tra i vari settori economici 40 milioni di euro provenienti dal fondo di rotazione e rivolti al sostegno dell'economia. La maggior parte dei finanziamenti, 25 milioni di euro, deve confluire nel settore del turismo.

In futuro i dirigenti delle società pubbliche devono informare i propri datori di lavoro, prima dell'entrata in servizio, circa le partecipazioni che detengono e le attività secondarie che esercitano. Secondo il Presidente della Provincia Luis Durnwalder, i funzionari e i manager pubblici in posizioni dirigenziali non possono operare privatamente in quei settori economici nei quali risultino attivi anche in veste pubblica.

Durante il convegno della Comunità d'azione per la ferrovia del Brennero, il coordinatore UE, Pat Cox, fa un bilancio provvisorio sull'avanzamento dei lavori della Galleria di Base del Brennero (BBT). Mentre la costruzione del tunnel e i lavori preparatori procedono veloci, la realizzazione della linea ad alta tensione nel tunnel pilota si presenta più difficile. Mauro Fabris, commissario straordinario del Governo per la galleria del Brennero, sottolinea durante il convegno che, nel corso delle trattative a Roma sul pacchetto di austerità, il potenziamento del corridoio del Brennero non è mai stato messo in discussione.

**8 Settembre.** In un incontro con il Presidente della Provincia Durnwalder, il vice presidente UE Antonio Tajani elogia l'Alto Adige e la sua economia, che poggerebbe su basi solide in forma di piccole e medie imprese, artigianato, industria e turismo.

**12 Settembre.** Sono 953 le concessioni per l'attività di piccole, medie e grandi centrali idroelettriche in Alto Adige, esaminate sulla base della legge provinciale sulla trasparenza alle società fiduciarie. Risultato: in due delle 953 concessioni sono presenti società fiduciarie con partecipazioni.

**13 Settembre.** Il giorno dopo la pubblicazione del bando di gara per il rinnovo della concessione dell'autostrada del Brennero, i presidenti Luis Durnwalder e Lorenzo Dellai si sono incontrati a Bolzano con i vertici della società Autobrennero. I due presidenti hanno accolto con grande delusione la decisione del gestore delle strade dello Stato, ANAS, di bandire pubblicamente l'assegnazione della concessione dopo il 2014. Il compito della società è quello di scandagliare tutte le possibilità per deliberare l'assegnazione della concessione.

Litigi sul nuovo inceneritore di Bolzano, che deve entrare in funzione nel 2013. Con la sua messa in servizio i Comuni devono restituire alla Provincia i costi della realizzazione di 140 milioni di euro. I Comuni, però, non dispongono di queste risorse. Al momento la prima parte del finanziamento deve provenire dal fondo di riserva della Provincia, la seconda dal fondo di rotazione. Ma così mancherebbero ai Comuni i soldi per gli investimenti, dichiara il Presidente del consorzio dei Comuni, Arno Kompatscher.

**14. September.** Die SVP-Abgeordneten im Parlament in Rom stimmen gegen das Sparpaket der römischen Regierung.

**15. September.** 54 Milliarden Euro schwer ist das Sparpaket, das in Rom geschnürt worden ist. Südtirols Landesregierung reagiert skeptisch: zu groß seien die Belastungen, zu schwach die Konjunkturmaßnahmen, zu gering die Sparbemühungen. Einziger Lichtblick seien die separaten Verhandlungen, die im Sparpaket für Südtirols Beitrag vorgesehen sind.

Finanzminister Giulio Tremonti stimmt den von der Landesregierung vorgelegten Vorschlägen zum Stabilitätspakt 2011 zu.

Die Ermittlungen der Bozner Staatsanwaltschaft zu den Treuhandgesellschaften im Energiesektor weiten sich aus. Staatsanwalt Guido Rispoli und die Steuerfahnder der Finanzpolizei stimmen ihr weiteres Vorgehen aufgrund der bisherigen Ermittlungsergebnisse ab und beschlagnahmen in den darauffolgenden Tagen weitere Akten.

**16. September.** Das Integrationsgesetz wird im Landtag behandelt: Harter Schlagabtausch und populistische Stellungnahmen dominieren die Medienberichterstattung.

Im Landtag wird das Abschlussdokument des Sonderausschusses zum Thema Ortsnamengebung einstimmig genehmigt. Das Dokument wird nun dem Landtagsplenum vorgelegt.

**19. September.** Die Ausarbeitung von Landeshaushalt und Landesfinanzgesetz gestaltet sich wegen des staatlichen Sparpakets schwierig. Die Landesregierung wäge ab, welche Bestimmungen des Sparpakets angefochten und welche umgesetzt werden, so Landeshauptmann Luis Durnwalder.

Die Landesregierung beschließt, dass den an ladinischen Oberschulen ausgebildeten SüdtirolerInnen ladinischer Muttersprache künftig mit erfolgreich abgelegter Maturaprüfung automatisch der Zweisprachigkeitsnachweis B zuerkannt wird. Damit die neue Regelung in Kraft treten kann, muss allerdings eine Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut angepasst werden.

20 Jahre sind vergangen, seit am 19.09.1991 zwei deutsche Urlauber, Erika und Helmut Simon aus Nürnberg, auf dem Tisenjoch im Gletschereis der Ötztaler Alpen die – wie sich herausstellte – weltweit am besten konservierte Mumie aus der Kupferzeit entdeckt haben. Mit dem Festakt *20 Jahre Mann aus dem Eis* ist im Bozner Merkantilgebäude an diesen außergewöhnlichen Fund erinnert worden.

**14 Settembre.** I parlamentari della Svp votano contro il pacchetto di austerità del Governo italiano.

**15 Settembre.** Il pacchetto di austerità elaborato a Roma è di 54 miliardi di euro: troppo pesanti sarebbero gli aggravamenti, troppo deboli le misure congiunturali, troppo ridotti gli sforzi per risparmiare. L'unica nota positiva sarebbero le trattative separate per il contributo dell'Alto Adige previste dal pacchetto.

Il ministro dell'Economia e delle Finanze, Giulio Tremonti, approva le proposte presentate dalla Giunta provinciale sul pacchetto di stabilità 2011.

Le indagini della Procura della Repubblica di Bolzano sulle società fiduciarie nel settore dell'energia si allargano. Alla luce dei risultati finora raggiunti, il procuratore capo, Guido Rispoli e gli agenti della Guardia di Finanza si accordano per il proseguimento delle indagini e sequestrano nei giorni seguenti ulteriori documenti.

**16 Settembre.** La legge sull'integrazione viene discussa in Consiglio provinciale: pesanti schermaglie e prese di posizioni populiste dominano i resoconti sui media.

La relazione finale della Commissione speciale sulla toponomastica viene approvata all'unanimità dai suoi componenti. Il documento verrà presentato in Consiglio provinciale.

**19 Settembre.** L'elaborazione del bilancio e della finanziaria provinciale prende forma con difficoltà a causa delle misure di austerità statali. La Giunta provinciale pondera quali passaggi contestare e quali modificare, dichiara il Presidente Luis Durnwalder.

La Giunta provinciale ha stabilito che, in futuro, agli studenti di madrelingua ladina che hanno frequentato scuole superiori ladine e sostenuto con successo l'esame di Stato verrà riconosciuto automaticamente l'attestato di bilinguismo B. Affinché il nuovo regolamento entri in vigore deve essere adattata una norma di attuazione dello Statuto di autonomia.

Sono passati 20 anni dal 19 settembre 1991, giorno in cui due turisti tedeschi, Erika e Helmut Simon di Norimberga, rinvennero al Gлого di Tisa, sul ghiacciaio alpino della valle dell'Ötz, la mummia – così risulterà essere – meglio conservata dell'età del rame. Con la cerimonia "20 anni – L'Uomo venuto dal ghiaccio" la straordinaria scoperta è stata ricordata a Bolzano, nel Palazzo mercantile.

**20. September.** Die Landesregierung segnet die Ausweisung des Twenty in der Galileistraße in Bozen als Landeseinkaufszentrum ab und genehmigt die Erweiterung auf 20.000 Quadratmeter. Mitkonkurrenten (Tosolini, Trony) und Gegner wie Vertreter des Handels- und Dienstleistungsverbandes hds kritisieren diese Entscheidung und kündigen Rekurse an.

**23. September.** Es gibt ausführliche Berichte zum 70. Geburtstag von Landeshauptmann Luis Durnwalder mit viel Lob, aber auch Kritik an Geschenken und großen Feiern. Unter anderem werden die Benennung der Universitätsbibliothek nach Durnwalder, die Spende der Gemeinden für die hungernde Bevölkerung Ostafrikas und das kolportierte Geschenk der Landesräte, eine lebensgroße Holzstatue, von Medien und Opposition kritisiert.

**26. September.** Der Landeshaushalt, basierend auf den Steuereinnahmen aus Krisenzeiten, fällt niedriger aus als in anderen Jahren. Durch ein höheres Steueraufkommen sei mit einem beträchtlichen Plus bei den Einnahmen zu rechnen, so Landeshauptmann Luis Durnwalder; in absoluten Zahlen sind das 130 Millionen Euro. Sparpaket und Stabilitätspakt sorgen allerdings dafür, dass das Land – vorbehaltlich weiterer Verhandlungen in Rom – mit rund 280 Millionen Euro rechnen muss, die es zwar hat, aber nicht ausgeben darf.

Insgesamt 142 Millionen Euro teilt die Landesregierung auf sieben Gemeinden auf, die in das Einzugsgebiet der Großwasserableitungen in Ulten und des Kraftwerks St. Anton bei Bozen fallen. Die Millionen aus der Wasserkraft müssen die Gemeinden in Ausgleichsmaßnahmen im Umweltbereich investieren.

**27. September.** In Sand in Taufers werden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Bürgermeister Helmuth Innerbichler wegen angeblicher Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik bekannt.

**30. September.** Die Landesregierung sagt der Abwanderungsgefahr in den peripheren Gemeinden Südtirols den Kampf an. Weil der Vinschgau besonders gefährdet ist, haben sich die Filmförderung, die Stärkung des Exports und die Nutzung leer stehender Betriebsgebäude als konkrete Ansätze zur Stärkung des Standortes herauskristallisiert.

**20 Settembre.** La Giunta provinciale approva l'istituzione del Twenty di via Galilei a Bolzano come centro commerciale provinciale e ne autorizza l'ampliamento fino a 20.000 metri quadrati. I concorrenti (Tosolini, Trony) e gli oppositori, come i rappresentanti dell'Unione commercio, criticano la decisione e annunciano ricorsi.

**23 Settembre.** Resoconti dettagliati in occasione del settantesimo compleanno del Presidente della Provincia Luis Durnwalder: molti elogi ma anche critiche ai regali e ai sontuosi festeggiamenti. Tra le altre cose, vengono criticati dai media e dall'opposizione l'intitolazione a Durnwalder della biblioteca universitaria, la donazione dei Comuni in favore delle popolazioni del Corno d'Africa colpite dalla carestia e il presunto regalo dei consiglieri provinciali: una scultura in legno a grandezza naturale.

**26 Settembre.** Il bilancio provinciale, che si basa sul reddito delle imposte riscosse in tempi di crisi, risulta più povero rispetto agli altri anni. Grazie a un gettito fiscale maggiore ci si aspetta un incremento considerevole nel capitolo delle entrate, afferma il Presidente della Provincia Luis Durnwalder, in cifre si tratterebbe di 130 milioni di euro. Il pacchetto di austerità e il patto di stabilità tuttavia destano preoccupazione perché la Provincia – salvo ulteriori trattative a Roma – deve risparmiare 280 milioni di euro: una somma di cui dispone, ma che deve essere congelata.

La Giunta provinciale ha suddiviso complessivamente 142 milioni di euro tra i sette Comuni che ricadono nel bacino idrografico delle derivazioni d'acqua di Ultimo e della centrale di Sant'Antonio presso Bolzano. I Comuni devono investire i milioni provenienti dall'energia idroelettrica in misure di carattere ambientale.

**27 Settembre.** Campo Tures: le indagini della Procura della Repubblica sul sindaco Helmuth Innerbichler per presunti intrecci tra economica e politica vengono rese note.

**30 Settembre.** La Giunta provinciale ha dichiarato battaglia al pericolo di spopolamento nei Comuni altoatesini periferici. Dato che la val Venosta risulta particolarmente minacciata da questo fenomeno, sono stati delineati contributi per la realizzazione di film, rafforzamento dell'export e impiego degli edifici delle imprese inutilizzati. Tutte idee concrete per il potenziamento del luogo.

## Oktober

**1. Oktober.** Die Präsidentin des Landesbeirates für Chancengleichheit Ulrike Oberhammer begrüßt die Einführung einer Frauenquote in der Landesregierung. Das Gleichstellungsgesetz vom März 2010 sieht vor, dass alle vom Landtag beziehungsweise von der Landesregierung ernannten Gremien ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis aufweisen müssen.

**3. Oktober.** Die Zuteilung des 5,3 Milliarden schweren Landeshaushalts steht erstmals in der Landesregierung zur Diskussion. Landeshauptmann Luis Durnwalder rechnet im Zuge staatlicher Einsparungen mit Kürzungen von 2 bis 3 Prozent.

Der SVP-Ausschuss spricht sich für eine Drittel-Frauen-Quote in der Landesregierung aus. Die Regelung soll, so der Vorschlag, auch auf Gemeindeebene, nicht aber für die Bestellung der Parlamentarier gelten. Noch vor Jahresende soll der Gesetzesentwurf in den Landtag eingebracht werden.

Die Freiheitlichen und BürgerUnion präsentieren ihre Entwürfe zum Wahlgesetz. Demnach soll unter anderem der Landeshauptmann künftig direkt gewählt werden. Die Freiheitlichen sprechen sich für eine Mandatsbeschränkung von Landeshauptmann und Regierungsmitgliedern aus. Die BürgerUnion plädiert für eine Landesregierung, die maximal sieben Mitglieder umfasst.

Die Herausgabe des Schulkalenders 2011/2012 „Mein Tiroler Merkheft“ durch die Südtiroler Freiheit veranlasst die PdL-Abgeordnete Michaela Biancofiore, Außenminister Franco Frattini in dieser Angelegenheit einen Brief zu schreiben.

**6. Oktober.** Landeshauptmann Luis Durnwalder trifft in Rom Regionenminister Raffaele Fitto, um erneut den sogenannten *Schilderstreit* zu besprechen.

**9. Oktober.** Start der Volks- und Wohnungszählung, wobei diese in Südtirol erstmals mit einer Sprachgruppenerhebung gekoppelt ist.

Ivo Muser wird zum Bischof der Diözese Bozen-Brixen geweiht.

**10. Oktober.** Die Grünen fordern die BürgerInnen auf, die Sprachgruppenerhebung zu boykottieren und damit ein Zeichen gegen den in Südtirol geltenden Proporz zu setzen.

**11. Oktober.** SVP und Freiheitliche kritisieren den Aufruf der Grünen, die im Rahmen der Volkszählung stattfindende Sprachgruppenerhebung zu verweigern.



## Ottobre

**1° Ottobre.** La Presidente della Commissione provinciale Pari Opportunità, Ulrike Oberhammer, accoglie l'introduzione delle quote rosa nella Giunta provinciale. La legge sulle pari opportunità, del marzo 2010, prevede che tutte le commissioni nominate dal Consiglio e dalla Giunta provinciale debbano presentare una proporzione equilibrata tra i generi.

**3 Ottobre.** La ripartizione dei 5,3 miliardi di euro del bilancio provinciale viene discussa per la prima volta dalla Giunta. Il Presidente Luis Durnwalder prevede tagli del 2/3 per cento come conseguenza dei risparmi stabiliti a livello statale.

La commissione Svp propone di introdurre in Giunta provinciale l'obbligo che almeno un terzo dei componenti sia formato da donne. Il regolamento, si dichiara nella proposta, deve valere anche a livello comunale, ma non per la nomina dei parlamentari. Il disegno di legge deve essere portato in Giunta provinciale prima della fine dell'anno.

I Freiheitlichen e la BürgerUnion presentano la loro proposta di legge elettorale. Secondo la proposta, in futuro il Presidente della Provincia deve essere eletto in maniera diretta. I Freiheitlichen si dichiarano favorevoli al limite dei mandati per presidente e assessori. La BürgerUnion sostiene il progetto di una Giunta composta al massimo da sette membri.

La pubblicazione del diario scolastico "Mein Tiroler Merkheft" (Il mio diario tirolese) da parte della Südtiroler Freiheit induce la deputata del Pdl Michaela Biancofiore a scrivere una lettera sulla questione al ministro degli Esteri Frattini.

**6 Ottobre.** Il Presidente Luis Durnwalder incontra a Roma il ministro per gli Affari regionali Raffaele Fitto per discutere nuovamente sulla questione toponomastica.

**9 Ottobre.** Inizio del censimento della popolazione e delle abitazioni; in Alto Adige si accompagna per la prima volta a un rilevamento linguistico.

Ivo Muser viene consacrato Vescovo della Diocesi di Bolzano-Bressanone.

**10 Ottobre.** I Verdi invitano i cittadini a boicottare il censimento linguistico per dare un segno contro il sistema della proporzionale etnica.

**11 Ottobre.** La Svp e i Freiheitlichen criticano l'appello dei Verdi per rifiutare il rilevamento linguistico nell'ambito del censimento della popolazione.

**13. Oktober.** Der Europäische Verbund territorialer Zusammenarbeit (EVTZ) tagt erstmals als institutioneller Arm der Euregio Tirol-Südtirol-Trentino in Bozen.

Die Gruppe *Manifest 2019* fordert zur Lösung der Toponomastik-Frage Zugeständnisse aller drei in Südtirol lebenden Sprachgruppen.

**14. Oktober.** Die Freiheitlichen fordern in einem Beschlussantrag den Landtag auf, die Landesregierung beziehungsweise das Präsidium zu Einsparungen der Politikkosten um insgesamt 20 Prozent zu verpflichten.

Im römischen Parlament kommt es zur Vertrauensabstimmung. Die SVP-Parlamentarier Siegfried Brugger und Karl Zeller stimmen gegen die Regierung Berlusconi.

**19. Oktober.** Die getrennten Ranglisten in Sachen Landeswohngeld beschäftigen nach einer Klage eines in Bozen ansässigen Albaners den Europäischen Gerichtshof.

**21. Oktober.** Die Freiheitlichen bringen im Südtiroler Landtag einen Antrag zur Senkung der Politikkosten ein.

Im Südtiroler Landtag wird der Integrationsgesetzesentwurf diskutiert.

**22. Oktober.** Mit 21 Ja-, neun Nein-Stimmen und einer Enthaltung wird das Integrationsgesetz im Südtiroler Landtag verabschiedet.

**27. Oktober.** Knapp 441,3 Millionen Euro stehen der Region Trentino-Südtirol 2012 zur Verfügung. Damit fällt der Haushalt um rund zehn Millionen Euro niedriger als der laufende aus.

Innerhalb von sechs Monaten soll ein neuer Entwurf zur Senkung der Politikkosten auf dem Tisch liegen. Darauf haben sich die Fraktionsvorsitzenden im Landtag geeinigt.

In der römischen Abgeordnetenkammer wird das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention abgelehnt.

**13 Ottobre.** Il Gruppo europeo di cooperazione territoriale (GECT) si riunisce per la prima volta a Bolzano come ramo istituzionale dell'Euregio Tirolo-Alto Adige-Trentino.

Il gruppo "Manifesto 2019" chiede concessioni a tutti e tre i gruppi linguistici per la risoluzione della questione sulla toponomastica.

**14 Ottobre.** Attraverso una mozione, i Freiheitlichen esortano il Consiglio provinciale a impegnare la Giunta e la presidenza nel ridurre i costi della politica del 20 per cento.

Al parlamento italiano si vota la fiducia al Governo. I senatori Svp Siegfried Brugger e Karl Zeller votano contro il Governo Berlusconi.

**19 Ottobre.** Le graduatorie separate per l'assegnazione degli alloggi impegnano, dopo la querela di un cittadino albanese residente a Bolzano, la Corte di giustizia dell'Unione europea.

**21 Ottobre.** I Freiheitlichen portano in Consiglio provinciale la mozione sull'abbassamento dei costi della politica.

Il Consiglio provinciale discute il disegno di legge sull'integrazione dei cittadini stranieri.

**22 Ottobre.** Con 21 voti favorevoli, 9 voti contrari e una astensione, la legge sull'integrazione viene approvata dal Consiglio provinciale.

**27 Ottobre.** La Regione Trentino-Alto Adige ha a disposizione 441,3 milioni di euro scarsi per il 2012. Questo bilancio è inferiore di circa 10 milioni di euro rispetto all'anno precedente.

Entro sei mesi un nuovo disegno legge sull'abbassamento dei costi della politica deve essere pronto. Ad accordarsi sono stati i capigruppo in Consiglio provinciale.

Alla Camera dei deputati italiana viene respinto il Protocollo Trasporti della Convenzione delle Alpi.

## November

**3. November.** Im Jahre 2002 diskutierten die SEL-Gremien über den Kauf eines kleinen Elektrizitätskraftwerkes in der Nähe von Franzensfeste, damals in Besitz der Gesellschaft *Parcheggi Italia spa*, dem italienischen Ableger des Wiener Unternehmers Johann Breiteneder. Die SEL verzichtete auf den Ankauf. Wenig später wird das Kraftwerk von der Firma *Stein an Stein* übernommen, die der Wienerin Petra Windt gehört, einer Studienkollegin des SEL-Direktors Maximilian Rainer. Rainer agiert als Vermittler.

In einer Presseaussendung beteuert Rainer, dass die Landesenergiegesellschaft SEL aus strategischem Interesse in große Kraftwerke investiert und nicht in kleine private. Außerdem wurden auch Immobilien veräußert, die die SEL nicht übernehmen konnte, und das Kraftwerk wäre sanierungsbedürftig.

Bei einer Pressekonferenz kritisieren die beiden Abgeordneten der Grünen Hans Heiss und Riccardo Dello Sbarba das Verhandlungsgeschick der SEL-Führung in Zusammenhang mit den Verträgen mit der Edison.

**4. November.** Landesrat Michl Laimer (SVP) gibt die Empfehlung an Generaldirektor Rainer, das Direktorenamt der SEL bis zum Abschluss der Ermittlungen niederzulegen. Laut Laimer hätte die Stellungnahme Rainers zu den Vorwürfen schon drei Monate früher erfolgen müssen.

Der Landtagspräsident Mauro Minniti (PdL) legt einen Kranz an den Beinhäusern in Burgeis nieder. SVP und deutsche Oppositionsparteien kritisieren dies.

Oberstaatsanwalt Guido Rispoli gibt bekannt, dass einsprachige Wegweiser und Schilder des Alpenvereins keinen Straftatbestand darstellen. Es stehen noch die Ergebnisse der Untersuchung aus, ob Fördermittel an den Südtiroler Alpenverein unrechtmäßig eingesetzt wurden.

**7. November.** SEL-Generaldirektor Maximilian Rainer legt sein Amt nieder. SEL-Präsident Klaus Stocker und der Aufsichtsratspräsident Franz Pircher treten zurück. Der Bruder von Stocker und Franz Pircher haben offenbar Bürgschaften in Höhe von 700.000 Euro für Darlehen zum Kauf des Kraftwerks Mittewald für die *Stein an Stein-GmbH* geleistet – für das Werk, dessen Kauf die SEL abgelehnt hatte.

**8. November.** Landtagspräsident Mauro Minniti (PdL) wird erneut im Landtag angegriffen. Er bedauert öffentlich die Kranzniederlegung an den Beinhäusern.

## Novembre

**3 Novembre.** Nell'anno 2002 i vertici della Sel discussero l'acquisto di una piccola centrale elettrica nei pressi di Fortezza, al tempo di proprietà della società "Parheggi Italia spa", filiale italiana dell'imprenditore viennese Johann Breiteneder. Sel rinunciò all'acquisto. Poco tempo dopo, la centrale venne rilevata dall'azienda "Stein an Stein" di Petra Windt, viennese, compagna di studi del direttore della Sel Maximilian Rainer. Rainer fece da intermediario.

In un comunicato stampa, Rainer afferma nuovamente che la società elettrica investe strategicamente in grandi centrali e non in piccole centrali private. Inoltre, Sel non voleva accettare gli immobili venduti congiuntamente e la centrale stessa sarebbe stata da riqualificare.

Durante una conferenza stampa, i consiglieri dei Verdi Hans Heiss e Riccardo Dello Sbarba criticano le abilità dimostrate dal direttivo di Sel nella trattativa sui contratti stipulati con Edison.

**4 Novembre.** L'assessore Michl Laimer (Svp) consiglia al direttore generale Rainer di sospendersi dalla carica fino alla fine delle indagini. Secondo Laimer, Rainer avrebbe dovuto prendere una posizione sull'argomento già tre mesi prima.

Il Presidente del Consiglio provinciale, Mauro Minniti (Pdl), depone una corona all'ossario di Burgusio. La Svp e i partiti di opposizione del gruppo linguistico tedesco criticano il gesto.

Il procuratore capo, Guido Rispoli, rende noto che i cartelli segnavia monolingui dell'Alpenverein non costituiscono un reato. Mancano invece i risultati delle indagini sulla legittimità delle risorse concesse all'Alpenverein sudtirolese.

**7 Novembre.** Il direttore generale della Sel, Maximilian Rainer, si sospende dalla carica. Il Presidente della Sel, Klaus Stocker, e il Presidente dei Revisori dei conti, Franz Pircher, si dimettono. Il fratello di Stocker e Franz Pircher hanno accordato fidejussioni alla società "Stein an Stein" per 700 mila euro, come prestito per l'acquisto della centrale di Mezzaselva – la stessa centrale che Sel ha rifiutato di comprare.

**8 Novembre.** Il Presidente Mauro Minniti (Pdl) viene nuovamente attaccato in Consiglio provinciale. Si scusa pubblicamente per la deposizione della corona all'ossario.

**9. November.** Unter dem Vorsitz des abgesetzten Präsidenten Klaus Stocker wird die von Maximilian Rainer selbst beantragte Beurlaubung auf Februar 2012 verschoben, um die SEL-Geschäftsgebarung bei schwierigen Verhandlungen mit der Edison wieder zu übernehmen.

Die Mehrzahl der Oppositionsparteien fordert den unverzüglichen Rücktritt des Generaldirektors und den Austausch des gesamten Verwaltungsrates. Auch SVP-Obmann Theiner und Fraktionschef Pichler Rolle sind dafür, den politischen Willen des Landtages umzusetzen.

Der Partito Democratico (PD) stellt bei einer Pressekonferenz Forderungen zum Toponomastikgesetz der SVP. Unter anderem ist man entschieden gegen *Geheimverhandlungen* mit Regionenminister Fitto. Außerdem soll laut PD ein Landesbeirat für Kartografie eingesetzt werden.

**10. November.** Regionalratspräsidentin Rosa Thaler (SVP) kündigt in einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern von Gewerkschaften an, die Nettogehälter der Abgeordneten bis Jahresende um 15 Prozent zu kürzen.

Der Rechnungshof kündigt an, dass er prüfen werde, ob die SEL-Spitze den Verwaltungsrat mit Fehlinformationen beeinflusst hat, das Kraftwerk in Mittewald nicht zu kaufen. Auch die Bozner Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Betrugsverdachts. Währenddessen kommt harte Kritik aus den Reihen der SVP. Parlamentsabgeordneter Karl Zeller kritisiert das „nicht lineare Verhalten“ der SEL-Spitze.

Es wird bekannt, dass im Rahmen des Stabilitätspaktes der Beitrag Südtirols zur Eindämmung der Staatsschulden deutlich höher ausfallen wird als angenommen. Laut Regierung soll das Land im Rahmen des Stabilitätspaktes 2012 über 300 Millionen als Beitrag zur Sanierung des Staatshaushaltes einsparen.

**11. November.** Der angekündigte Besuch des Obmanns der österreichischen Freiheitlichen, Heinz Christian Strache, lässt die Wogen hochgehen. Strache, der sich mit Landeshauptmann Durnwalder trifft, wird von den Südtiroler Freiheitlichen ignoriert. Straches Südtirolbesuch steht ganz unter dem Zeichen der doppelten Staatsbürgerschaft und der Selbstbestimmung.

**9 Novembre.** Sotto la presidenza del dimissionario Klaus Stocker, l'inizio dell'aspettativa di Maximilian Rainer, richiesta da quest'ultimo, viene posticipata al febbraio 2012, così da poter guidare la società nella difficile trattativa con Edison.

La maggior parte dei partiti di opposizione chiede le dimissioni immediate del direttore generale e la sostituzione di tutto il consiglio di amministrazione della Sel. Il segretario della Svp Theiner e il capogruppo Pichler Rolle sono d'accordo nel mettere in pratica la volontà politica del Consiglio provinciale.

Durante una conferenza stampa, il Partito democratico (Pd) avanza alcune richieste in merito alla legge della Svp sulla toponomastica. Ad esempio, il partito si dichiara contro le "trattative segrete" intercorse con il ministro per gli Affari regionali Raffaele Fitto. Inoltre, secondo il Pd deve essere istituito un comitato provinciale per la cartografia.

**10 Novembre.** La Presidente del Consiglio regionale, Rosa Thaler (Svp), annuncia, durante una seduta con i rappresentanti sindacali, che la retribuzione netta dei consiglieri sarà ridotta del 15 per cento circa entro la fine del mese.

La Corte dei Conti annuncia che valuterà se i vertici di Sel abbiano influenzato negativamente il consiglio di amministrazione con informazioni lacunose al fine di non acquistare la centrale di Mezzaselva. Anche la magistratura di Bolzano indaga per ipotesi di truffa. Intanto dalle fila della Svp arriva una dura critica. Il parlamentare Karl Zeller critica il "comportamento non lineare" dei vertici della Sel.

Viene comunicato che, nell'ambito del pacchetto di misure per la stabilità, il contributo dell'Alto Adige per arginare la crisi dei debiti statali sarà nettamente superiore a quanto previsto. Secondo la Giunta, la Provincia nel 2012 dovrà risparmiare, per quanto riguarda il pacchetto, oltre 300 milioni come contributo per il risanamento delle casse statali.

**11 Novembre.** La visita annunciata del segretario dei Freiheitlichen austriaci, Heinz Christian Strache, accende gli animi. Strache incontra il Presidente Durnwalder e viene ignorato dai Freiheitlichen altoatesini. Lo scopo della sua visita in Alto Adige riguarda la doppia cittadinanza e l'autodeterminazione.

**15. November.** Bei einer Pressekonferenz informiert Landtagspräsident Mauro Minniti über den SVP-Gesetzesentwurf zur Ortsnamensgebung. Er fordert mit dem PdL die Einsetzung einer paritätischen Kommission zum Gebrauch der Ortsnamen mit gleichen Anteilen von deutschen, italienischen und ladinischen Vertretern. Der Vorschlag der SVP sieht vor, drei Deutsche, einen Italiener und einen Ladin einzusetzen. Der PdL-Vertreter droht, andernfalls vor das Verfassungsgericht zu ziehen.

Die SVP lanciert das Konzept *Vollautonomie*. Damit will die Partei eine neue Ära des Südtiroler Pakets einläuten. Unter Vollautonomie wird ein machbares politisches Konzept verstanden, das den laut SVP unrealistischen Forderungen nach Freistaat und Grenzverschiebung entgegensteht.

**16. November.** Die Grünen kritisieren die *Knebelverträge* der Edison mit der Landesenergiegesellschaft SEL. Laut Grüne war der Einstieg der SEL in die Kraftwerke der Edison nicht sehr vorteilhaft. Obwohl die SEL 60 Prozent der Edison-Werke gekauft habe, seien die Edison-Gewinne aus dem Stromverkauf dieser Werke in den letzten zwei Jahren sechs Mal über jenen der SEL gelegen. Landesrat Michl Laimer hingegen sieht darin ein gutes Geschäft, da die Edison keinen Grund hatte die Anteile zu verkaufen.

Die Freiheitlichen fordern die gesamte Landesregierung zum Rücktritt auf. In ihrer Begründung sprechen sie von einer „seltsamen“ Rolle des Landeshauptmanns im SEL-Skandal und einer traurigen Rolle von Laimer. Auch Landesrat Hans Berger ist laut den Freiheitlichen mit seinen Verwicklungen in den Treuhandskandal nicht mehr haltbar.

**17. November.** Die SEL weist die Informationen aus dem Dossier der Grünen zu den Verträgen mit der Edison als „falsch und tendenziös“ zurück. Laut SEL entbehren die Aussagen objektiver Grundlagen: In drei Jahren wurden über 20 Millionen Euro erwirtschaftet, die sonst nach Süden abgeflossen wären.

**18. November.** Die Abgeordnete Michaela Biancofiore (PdL) spricht in der Kammer in Rom vom „Todesmarsch“ der italienischen Volksgruppe in Südtirol.

**20. November.** Michaela Biancofiore wird von PdL und FLI (Futuro e libertà) zusehends als Problem angesehen und isoliert.

**23. November.** Die Grünen stellen ihr zweites Dossier, dieses Mal zu den Verträgen zwischen der SEL und Enel, vor. Auch hier mit demselben Fazit: Die SEL habe einen schlechten Handel gemacht. Laut Grüne hat man sich auf diese Verträge aus Angst vor Rekursen vonseiten der Enel eingelassen, da das Land die Konzessionen vergibt und gleichzeitig Mitbewerber ist.



**15 Novembre.** Durante una conferenza stampa, il Presidente del Consiglio provinciale Mauro Minniti riferisce sul disegno di legge della Svp sulla toponomastica. Minniti chiede con il Pdl l'istituzione di una commissione paritetica per l'uso dei toponimi, con la partecipazione in eguale misura di rappresentanti dei tre gruppi: tedesco, italiano e ladino. La proposta della Svp prevede di nominare tre tedeschi, un italiano e un ladino. Il rappresentante del Pdl minaccia altrimenti il ricorso alla Corte costituzionale.

La Svp lancia il concetto di "Piena autonomia". In questo modo il partito vuole dare il via a una nuova era del "pacchetto". Con "Piena autonomia" viene inteso un concetto politico realizzabile, secondo il partito, in contrasto con le richieste irrealistiche di stato libero e spostamento dei confini.

**16 Novembre.** I Verdi criticano i "contratti capestro" tra Edison e la società elettrica Sel. Secondo i Verdi, l'ingresso della Sel nel capitale delle centrali di Edison non è stato molto favorevole. Sebbene Sel abbia comprato il 60 per cento delle quote delle centrali Edison, gli incassi di Edison derivati dalla vendita dell'energia elettrica negli ultimi due anni resterebbero di sei volte superiori a quelli di Sel. Secondo l'assessore Michl Laimer si tratterebbe invece di un buon affare, poiché Edison non aveva alcun motivo per vendere le quote.

I Freiheitlichen chiedono le dimissioni di tutta la Giunta provinciale. Nella motivazione parlano di un ruolo "singolare" del Presidente della Provincia nello scandalo Sel e di un ruolo deludente di Laimer. Anche l'assessore Hans Berger non è più sostenibile a seguito delle sue implicazioni nello scandalo fiduciario.

**17 Novembre.** Sel respinge le informazioni del dossier dei Verdi sui contratti con Edison come "false e tendenziose". Secondo Sel, le enunciazioni sono prive di presupposti oggettivi: in tre anni sono stati realizzati guadagni per oltre 20 milioni di euro, che altrimenti sarebbero defluiti fuori regione.

**18 Novembre.** La deputata Michaela Biancofiore interviene alla Camera sulla "Todesmarsch", la "Marcia della morte" del gruppo italiano in Alto Adige.

**20 Novembre.** Michaela Biancofiore viene percepita come un problema e isolata da Pdl e Fli.

**23 Novembre.** I Verdi presentano il loro secondo dossier, questa volta sui contratti tra Sel e Enel. Anche in questo caso con lo stesso risultato: Sel avrebbe fatto un cattivo affare. Secondo i Verdi ci si è avventurati in questi contratti per paura di ricorsi da parte di Enel, poiché la Provincia aggiudica le concessioni e, allo stesso tempo, ne è concorrente.

Im außenpolitischen Ausschuss in Wien erklärt der österreichische Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) seine Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen. Spindeleggers Aussage, man könne nicht „Staatsbürgerschaften wie Briefmarken sammeln“, stieß innerhalb der SVP auf Ablehnung.

**24. November.** Die italienische Datenschutzbehörde hat den Südtiroler Entwurf zur Verankerung des Briefwahlrechts gebilligt. Damit können die fast 12.000 wahlberechtigten AuslandssüdtirolerInnen wahrscheinlich schon bei den nächsten Landtagswahlen per Briefwahl wählen.

**25. November.** Die I. Gesetzgebungskommission hat den Gesetzesentwurf der *Initiative zur direkten Demokratie* abgelehnt. Der Entwurf der SVP wurde angenommen.

**26. November.** Der Landtagsabgeordnete Alessandro Urzì wird beim ersten Provinz-kongress des FLI zum Regional Koordinator gewählt.

## Dezember

**1. Dezember.** Erster Arbeitstag für den neuen Verwaltungsrat der SEL: Präsident Wolfram Sparber (Nachfolger von Klaus Stocker), Giovanni Polonioli, Verena Brunner und Sybille Überbacher.

**4. Dezember.** In Rom findet das Treffen der Präsidenten der autonomen Regionen und Provinzen statt, um über die Einzelheiten des von der Regierung Monti ausgearbeiteten Sparpaketes (das sogenannte Dekret „Salva Italia“) zu diskutieren. Für Südtirol nimmt Landeshauptmannstellvertreter Christian Tommasini teil.

**5. Dezember.** Die Medien veröffentlichen Details des Treffens in Rom und seine Auswirkungen auf die Landesfinanzen. Südtirol soll einen zusätzlichen Beitrag von 150 Millionen Euro leisten. Landeshauptmann Luis Durnwalder klagt über die Nicht-Einhaltung des Mailänder Abkommens. Kritik kommt auch von den anderen Parteien. Die deutschen Rechtsparteien sprechen von Selbstbestimmung.

**6. Dezember.** Der Regionalrat von Trentino-Südtirol nimmt einen Antrag an, der die Kürzung der Politikkosten, unter anderem des Tagegeldes und der Pensionsansprüche, beinhaltet. Der Antrag sieht eine Kürzung der Regionalratsgehälter um 25 Prozent ab 1. Januar 2012 vor.

Nella Commissione Affari esteri a Vienna, il ministro degli Esteri, Michael Spindelegger (Övp), dichiara il proprio rifiuto sulla doppia cittadinanza agli altoatesini. L'enunciazione di Spindelegger, secondo la quale non sarebbe possibile "collezionare cittadinanze come francobolli", non viene approvata dalla Svp.

**24 Novembre.** Il garante della privacy ha approvato l'introduzione del voto per corrispondenza. In questo modo i quasi 12.000 altoatesini residenti all'estero e aventi diritto al voto potrebbero votare, probabilmente, già alle prossime elezioni provinciali.

**25 Novembre.** La prima commissione legislativa ha respinto il disegno di legge d'iniziativa popolare sulla democrazia diretta. Il disegno della Svp viene accolto.

**26 Novembre.** Il consigliere provinciale Alessandro Urzi viene eletto coordinatore regionale di Fli (Futuro e libertà) durante il primo congresso provinciale.

## Dicembre

**1° Dicembre.** Primo giorno di lavoro per il nuovo cda della Sel: al vertice della società il presidente Wolfram Sparber (che sostituisce Klaus Stocker), Giovanni Polonioli, Verena Brunner e Sibylle Überbacher.

**4 Dicembre.** A Roma riunione dei presidenti delle Regioni e delle Province autonome per discutere i dettagli dell'incipiente manovra economica (il cosiddetto decreto "Salva Italia") progettata dal nuovo Governo Monti. Per l'Alto Adige è presente il vicepresidente della Giunta provinciale, Christian Tommasini.

**5 Dicembre.** All'indomani dell'incontro a Roma i giornali rendono noti i particolari della manovra e le sue ripercussioni sulle finanze locali. Per l'Alto Adige si prevede un contributo supplementare di circa 150 milioni di euro. Durnwalder lamenta la disattesa dell'Accordo di Milano. Critici anche gli altri partiti. Le destre tedesche invece non usano metafore e tornano a parlare di secessione.

**6 Dicembre.** Il Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige approva una mozione che prevede tagli ai costi della politica, in particolare diarie e vitalizi. Secondo quanto stabilito dalla mozione, il provvedimento dovrebbe portare, a partire dal primo gennaio del 2012, a una riduzione del compenso dei consiglieri del 25 per cento.

Die negativen Reaktionen auf die Sparmaßnahmen lassen indessen nicht nach. Landeshauptmannstellvertreter Hans Berger spricht von einem „Angriff auf unsere Autonomie“ und gemeinsam mit anderen SVP-Vertretern deutet er die Möglichkeit einer Anfechtung beim Verfassungsgerichtshof an.

Luis Durnwalder verkündet in seiner Haushaltsrede, dass der Haushalt auf 5,2 Milliarden Euro gestiegen ist. Die Schwerpunkte der Rede sind die Gesellschaft und die Stärkung der Wirtschaft. Durnwalder entlastet die SEL, indem er sie als Opfer der Tätigkeiten von einigen Spitzenfunktionären definiert, und vermeidet es von politischer Verantwortung zu sprechen.

**7. Dezember.** 45 Tage nach seiner Flucht verhaften die Carabinieri den wegen mehrerer Raubüberfälle verurteilten Max Leitner in Vintl. Sie überraschen ihn in einer Wohnung eines Verwandten und beenden somit die siebte Flucht innerhalb von 21 Jahren.

In einer nächtlichen Sitzung beschließt der Regionalrat das Finanzgesetz der Region, das auf dem zuvor angenommenen Antrag basiert und die Kürzung der Abgeordnetenentschädigung um 25 Prozent beinhaltet.

**12. Dezember.** Die Gewerkschaften (CGIL/AGB, CISL/SGB, UIL/SGK und UGL) organisieren einen Streik gegen die Maßnahmen der Regierung Monti. Der Präfekt Fulvio Testi trifft in Bozen etwa 300 Streikende, die sich vor dem Herzogspalast versammelt haben.

**13. Dezember.** Oberstaatsanwalt Guido Rispoli beantragt die Archivierung der Ermittlungen über den Mord an Vittorio Tiralongo, der am 3. September 1964 in der Carabinieri-Kaserne in Mühlwald erschossen wurde. Die Theorie, dass es sich um eine Beziehungstat gehandelt habe, wird nicht bestätigt. Sie hätte die von Beginn an geltende Meinung, dass es sich um eine terroristische Tat gehandelt habe, widerlegen sollen.

**14. Dezember.** Bischof Ivo Muser stattet dem Landtag in Begleitung des Diözesanadministrators Josef Matzner einen Besuch ab.

**15. Dezember.** Große Unruhe im Landtag. Nachdem die Zeitungen über die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Michl Laimer wegen Amtsmissbrauch im Rahmen der Konzessionsvergabe des Wasserkraftwerks St. Anton (ein weiteres Kapitel des SEL-Skandals) berichtet haben, fordern alle Vertreter der Opposition seinen Rücktritt. Landeshauptmann Durnwalder lehnt die Rücktrittsforderung ab und will das Urteil der Staatsanwaltschaft abwarten. Die Opposition verlässt den Sitzungssaal.

Intanto non si placano le reazioni negative nei confronti della manovra economica. Il vicepresidente della Provincia, Hans Berger, parla di un “attacco alla nostra autonomia” e insieme ad altri esponenti del suo partito (Svp) ventila la possibilità di un’impugnativa alla Corte costituzionale.

Infine, nella sua relazione programmatica al bilancio provinciale 2012, Luis Durnwalder annuncia che la quota di pareggio ammonta a 5,2 miliardi di euro. I settori chiave d’intervento sono espressi dai concetti di cittadini e crescita. Sul caso Sel il Presidente della Provincia discolpa la società energetica, definendola al contrario vittima dell’azione di alcuni suoi dirigenti, e glissa sulle responsabilità politiche.

**7 Dicembre.** Dopo 45 giorni di latitanza la polizia arresta a Vandoies il rapinatore sudtirolese Max Leitner sorprendendolo nell’abitazione di un parente e pone fine alla sua settima evasione in 21 anni di reclusione.

In seduta notturna il Consiglio regionale approva la legge finanziaria della Regione con l’emendamento che riduce le indennità del 25 per cento sulla base della mozione già approvata in precedenza.

**12 Dicembre.** I sindacati uniti (Cgil, Cisl, Uil e Ugl) organizzano uno sciopero per dire no alla manovra correttiva del Governo Monti. A Bolzano il prefetto Fulvio Testi incontra circa 300 scioperanti radunati sotto il Palazzo Ducale.

**13 Dicembre.** Il procuratore capo Guido Rispoli deposita la richiesta d’archiviazione per l’inchiesta bis sull’assassinio di Vittorio Tiralongo (ucciso con una fucilata il 3 settembre 1964 nella caserma dei carabinieri di Selva dei Molini). Non trova dunque conferma la cosiddetta “pista passionale” che avrebbe dovuto cancellare quella “terroristica” da sempre considerata più vicina alla verità dei fatti.

**14 Dicembre.** Il Vescovo Ivo Muser, accompagnato dall’amministratore diocesano, Josef Matzneller, visita il Consiglio provinciale.

**15 Dicembre.** Grande irrequietezza in Consiglio provinciale. Informati sulle ultime indiscrezioni dei giornali relative alle indagini della procura sull’avvenuta interferenza illecita per l’assegnazione della concessione idroelettrica di Sant’Antonio (uno dei capitoli salienti dello scandalo Sel), tutti i membri dell’opposizione prendono la parola per chiedere le dimissioni dell’assessore Michl Laimer. Durnwalder respinge la richiesta rinviando il giudizio su Laimer alla conclusione delle indagini della Procura e le opposizioni abbandonano l’aula.

In den jahrelangen Auseinandersetzungen um das Siegesdenkmal kommt es zu einer bedeutenden Wende: Der Minister für Kulturgüter Lorenzo Ornaghi stimmt dem Vorschlag zu, in der restaurierten Krypta ein Dokumentationszentrum einzurichten.

**16. Dezember.** Die Tageszeitung „Dolomiten“ veröffentlicht die Ergebnisse einer vom Institut Market durchgeführten Umfrage mit 1.252 Befragten. Daraus geht hervor, dass die Zustimmungswerte der SVP auf 44 Prozent gesunken sind, also weit unter der absoluten Mehrheit liegen und einen Verlust von 4 Prozent im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen darstellen. Steigende Zahlen gibt es hingegen für die deutschen Rechtsparteien (Freiheitliche und Süd-Tiroler Freiheit), und auch die Grünen holen mit 7 Prozent im Vergleich zu 5,8 Prozent bei den Landtagswahlen auf. Außerdem sind 54 Prozent der Befragten gegen eine erneute Kandidatur Durnwalders.

**19. Dezember.** Die Parteiführung der SVP fordert die Staatsanwaltschaft auf, Landesrat Michl Laimer so bald wie möglich zu befragen, damit er sich gegen die Vorwürfe verteidigen könne, die in einigen Medienberichten im Zuge der Ermittlungen zum SEL-Skandal laut wurden (vermutet wurden Vergehen wie versuchte Erpressung, Amtsmissbrauch, illegale Wettbewerbsabsprache, die Verletzung von Amtsgeheimnissen). Laut Durnwalder wird „tendenziös und unfair berichtet“.

**21. Dezember.** Ministerpräsident Mario Monti lädt die Landeshauptmänner Luis Durnwalder und Lorenzo Dellai im Januar zu einem klärenden Treffen ein, „um den Dialog wiederaufzunehmen, mit dem Ziel, die Durchführung einiger Maßnahmen des Gesetzesdekrets mit den Prinzipien der Sonderautonomie abzustimmen.“

**22. Dezember.** Senator Umberto Bossi (Lega Nord) kommt nach seinem Trient-Besuch nach Bozen und trifft Luis Durnwalder. Der Landeshauptmann dementiert eine Annäherung an die Sezessionsbestrebungen nach dem Modell Padaniens, welche seit der regierungsgegnnerischen Haltung der Lega Nord wieder verstärkt aufgekommen sind.

Mario Monti erhält das Vertrauen des Senats, der grünes Licht für das Anti-Krisen-Programm gibt. Monti verkündet, dass sich Italien „der europäischen Krise mit erhobenem Haupt stellen kann“.

**28. Dezember.** Norbert Lantschner, der Direktor der KlimaHaus-Agentur, die sich mit der Bescheinigung der Energieklasse von Wohngebäuden befasst, beruft eine Pressekonferenz ein, bei der er mit seinem Rücktritt droht. Die Kritikpunkte betreffen die Beziehungen mit dem Verwaltungsrat nach der Umwandlung der Agentur in eine In-house-Gesellschaft (d.h. eine Gesellschaft mit rein öffentlicher Beteiligung) und mit dem zuständigen Landesrat Michl Laimer, der dafür eintritt, dem Direktor eine zweite Führungsperson zur Seite zu stellen.

Intanto, sul fronte dell'annosa *querelle* legata al Monumento della Vittoria, si registra una svolta significativa: il ministro dei Beni culturali Lorenzo Ornaghi accoglie infatti la proposta d'istituire un centro di documentazione all'interno della cripta restaurata.

**16 Dicembre.** Il quotidiano "Dolomiten" riporta i dati di un sondaggio condotto dall'istituto Market (su un campione di 1252 intervistati) secondo il quale il gradimento della Svp sarebbe sceso al 44 per cento (dunque ampiamente sotto la soglia della maggioranza assoluta e con una perdita del 4 per cento rispetto alle ultime elezioni provinciali). Dati invece in grande crescita per la destra tedesca (Freiheitlichen e Süd-Tiroler Freiheit) e di ripresa per i Verdi (accreditati al 7 per cento rispetto al 5,8 per cento delle provinciali). Indicazioni negative anche per la rieleggibilità di Durnwalder (il 54 per cento degli intervistati si dichiara contrario).

**19 Dicembre.** Il direttivo della Svp invita la Procura di Bolzano a interrogare quanto prima l'assessore Michl Laimer affinché possa difendersi dalle accuse attribuitegli dai principali organi d'informazione sulla scorta delle indagini sullo scandalo delle centrali (s'ipotizzano i reati di tentata concussione, abuso d'ufficio, turbativa d'asta e rivelazione del segreto d'ufficio). Secondo Durnwalder si tratterebbe di "ricostruzioni tendenziose".

**21 Dicembre.** Il Presidente del Consiglio Mario Monti telefona a Durnwalder per invitarlo insieme al governatore del Trentino, Lorenzo Dellai, a un incontro chiarificatore a gennaio "per riprendere il dialogo al fine di concertare l'attuazione di alcune misure incluse nel decreto legge nel rispetto delle autonomie".

**22 Dicembre.** Il senatore Umberto Bossi (Lega Nord) dopo essere stato a Trento visita Bolzano e incontra Durnwalder. Il Presidente della Provincia smentisce qualsiasi avvicinamento alle posizioni secessioniste secondo il modello "padano", rispolverate da pochi giorni in seguito alle posizioni antigovernative del Carroccio.

Intanto a Roma Mario Monti incassa la fiducia del Senato che dà il via libera alla manovra anticrisi e annuncia che ora l'Italia "può andare in Europa a testa alta".

**28 Dicembre.** Il direttore di CasaClima (l'agenzia che si occupa della certificazione energetica degli edifici) Norbert Lantschner convoca una conferenza stampa per minacciare le sue dimissioni. I punti critici segnalati riguardano il rapporto con il cda, dopo che l'agenzia è stata trasformata in società "in house" (vale a dire una società a capitale interamente pubblico che si occupa della gestione delle reti e dell'erogazione dei servizi pubblici locali), e con l'assessore di riferimento Michl Laimer, favorevole alla creazione di una seconda figura dirigenziale da affiancare a quella di Lantschner.

Der Bürgermeister von Bozen, Luigi Spagnoli, kündigt in einem Interview mit der Tageszeitung „Alto Adige“ an, bei den nächsten Landtagswahlen im Jahre 2013 an der Spitze eines großen Bündnisses anzutreten, das Gegenspieler der italienischen Rechtsparteien sein soll.

**29. Dezember.** Oberstaatsanwalt Guido Rispoli führt ein vierstündiges Verhör mit Michl Laimer. Die Anschuldigungen in Bezug auf die Ereignisse, die zur Konzessionsvergabe für das Kraftwerk St. Anton durch die Landesregierung am 30. Dezember 2009 an die SEL und nicht, wie vom Amt für Stromversorgung empfohlen, an die Eisackwerke von Helmuth Frasnelli geführt haben, bleiben bestehen. Laimer habe in den vorausgehenden Monaten zusammen mit dem ehemaligen Direktor der SEL, Maximilian Rainer, Druck auf den Unternehmer Frasnelli ausgeübt, um ihn von einem Verzicht auf das Kraftwerk zu überzeugen.



Con un'intervista al quotidiano "Alto Adige" il sindaco di Bolzano, Luigi Spagnolli, annuncia di volersi candidare alle prossime elezioni provinciali del 2013 alla guida di una grande alleanza da contrapporre ai partiti della destra italiana.

**29 Dicembre.** Il procuratore Rispoli interroga Michl Laimer per quattro ore. Restano in piedi le ipotesi di accusa relative agli eventi che il 30 dicembre 2009 portarono la Giunta provinciale ad assegnare la centrale di S. Antonio alla Sel invece che alla Eisackwerk di Frasnelli contravvenendo alle indicazioni contrarie dell'Ufficio Elettrificazione. Nei mesi precedenti Laimer, agendo in concorso con l'ex direttore della Sel Maximilian Rainer, avrebbe dunque esercitato pressioni sull'imprenditore per convincerlo a rinunciare alla centrale.

- 3. Essay: Kritische Bewertung des Jahres 2011**  
**Saggio: Sintesi e interpretazione dell'anno politico 2011**

A series of horizontal dashed lines for writing.



**Alessandra Zendron**

**2011 – Die Bewährungsprobe für die  
Südtirol-Autonomie im Zeichen der Krise**

**2011 – L'Autonomia sudtirolese alla  
prova della crisi**

2011 ist das Jahr des Arabischen Frühlings und der Jugend in aller Welt, die eine tiefgreifende Veränderung ihrer eigenen und der Situation der Menschheit fordert. Nach dem Selbstmord eines Gemüsehändlers in einer kleinen tunesischen Stadt entsteht – begünstigt durch moderne Kommunikationstechnik und Medien – eine Jugendrevolte gegen die Korruption und die Gerontokratie im Norden Afrikas. Auch in Spanien gab es Proteste der sogenannten *indignados*, die sich weigern, für die Wirtschaftskrise zu zahlen, die von der degenerierten Finanzökonomie verursacht wurde. Die Bewegung *Occupy Wall Street* hat den Slogan *We are the 99 percent* geprägt, der für die Forderung nach den Rechten der Menschen steht, welche vom Finanzkapitalismus unterdrückt werden, der nicht nur Macht besitzt und über die Ressourcen der Welt regiert, sondern auch die politischen Klassen in der Hand hat. Am 15. Oktober haben sich in 82 Staaten der Welt junge Menschen auf den Plätzen von 951 Städten versammelt und Gerechtigkeit und Veränderung gefordert. 2011 ist das Jahr des Weltumweltgipfels in Durban, Südafrika: Neun Jahre nach Johannesburg haben sich im Rahmen dieses Gipfels die Vertreter der Bergregionen erneut getroffen, um das Abschmelzen von zwei Dritteln der Alpengletscher zu erörtern, das von den Wissenschaftlern bis 2100 prognostiziert wird. Fakten, die nur scheinbar weit weg sind, tatsächlich aber auch das sich gerne etwas abgrenzende Südtirol betreffen.

## 1. Die Krise

In Südtirol war das Jahr 2011 geprägt von Ereignissen, die vor allem gegen Jahresende hin die Politik und die Wirtschaft in Italien und Europa erschüttert haben und hier dank des verbreiteten Wohlstandes etwas abgeschwächt wahrgenommen wurden. Die lange Agonie der Regierung Berlusconi begann mit der Abstimmungsniederlage vom 14. Dezember 2010, die nur durch den Kauf – im wörtlichen Sinn – von Stimmen anderer Parteien überwunden werden konnte. Verschiedene Vertrauensabstimmungen haben zwar die Existenz einer parlamentarischen Mehrheit bestätigt, die allerdings nicht mehr der entsprach, welche die Wahlen 2008 gewonnen hatte. Bei diesem Feilschen haben auch die SVP-Parlamentarier mitgemischt: Der Preis für ihre Stimme zugunsten der Regierung oder einzelner Minister waren nicht persönliche Vorteile, sondern Zugeständnisse an die Forderungen der eigenen Partei.

Im Mai und Juni erlitt die Koalition sowohl bei den Kommunalwahlen als auch beim Referendum über die Nutzung von Wasser und anderen Allgemeingütern eine Niederlage.

Il 2011 è l'anno della primavera araba e dei/delle giovani del mondo che chiedono un cambiamento profondo della loro condizione e per l'umanità. Dal suicidio di un fruttivendolo in una piccola città della Tunisia è nata la rivolta giovanile, complici i social network, contro la corruzione delle gerontocrazie del nord Africa. Poi gli *indignados* spagnoli, che rifiutano di pagare la crisi economica provocata dalla degenerazione dell'economia finanziaria, hanno fatto scuola. *Occupy Wall Street* ha lanciato lo slogan del 99 per cento, che sintetizza la rivendicazione dei diritti degli esseri umani oppressi dal capitalismo finanziario che tiene in mano non solo le risorse della Terra e il potere, ma anche le classi politiche. Il 15 ottobre in 951 città di 82 paesi i/le giovani hanno riempito le piazze del mondo invocando giustizia e cambiamento. Il 2011 è l'anno del vertice del mondo sull'ambiente a Durban in Sudafrica: nove anni dopo Johannesburg i rappresentanti dei paesi di montagna si sono nuovamente riuniti, all'interno del meeting, e hanno discusso dello scioglimento dei due terzi dei ghiacciai delle Alpi previsto dagli scienziati entro il 2100. Fatti solo apparentemente lontani, che riguardano però il Sudtirolo, nonostante la sua tendenza a vivere appartato.

## 1. La crisi

Il 2011 del Sudtirolo si è svolto sullo sfondo degli avvenimenti che soprattutto nell'ultima parte dell'anno hanno sconvolto la politica e l'economia in Italia e in Europa, arrivando qui attutiti dal diffuso benessere. La lunga agonia del governo Berlusconi è incominciata con il voto di sfiducia del 14 dicembre 2010, superato solo tramite l'acquisto (letteralmente) di eletti ed elette di altri partiti. Diversi voti di fiducia hanno confermato l'esistenza di una maggioranza parlamentare, che tuttavia non corrispondeva più a quella che aveva vinto le elezioni nel 2008. In questo mercato, anche i parlamentari della Svp si sono dati da fare: il prezzo del voto a favore del governo o di ministri singoli non è stato un favore personale, ma concessioni alle richieste del loro partito.

In maggio e giugno la maggioranza è stata sconfitta sia nelle elezioni amministrative che nella consultazione popolare sull'acqua e i beni comuni. Ma diversamente da altre democrazie, non vi è stato un cambio di governo. Proprio i risultati dei referendum hanno dimostrato che né il centro destra né il centro sinistra – entrambi contrari o scettici verso i quesiti sottoposti al voto – siano in grado di interpretare bisogni e aspirazioni del popolo. Nel momento della crisi, si è manifestato il gravissimo problema del falso bipolarismo italiano, fatto di “grida nell'agone

Aber im Gegensatz zu anderen Demokratien gab es keinen Regierungswechsel. Besonders die Ergebnisse der Referenden haben gezeigt, dass weder Rechts noch Links – beide standen der Befragung entweder ablehnend oder skeptisch gegenüber – ein Gespür für die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung haben. Im Augenblick der Krise hat sich dann ernsthaft das Problem des trügerischen italienischen bipolaren Systems gezeigt, das zwar aus lautstarken Scheingefechten, aber ohne die grundlegende Fähigkeit bestand, eine Alternative zur Regierung darzustellen.

Die Zuspitzung der Wirtschaftskrise im Juli und August hat die Unzulänglichkeit der Mehrheit offengelegt, die zu allem bereit war, um ihre eigenen Privilegien zu schützen, aber unfähig, glaubwürdige und einvernehmliche Maßnahmen zu treffen. Drei konzeptlose Maßnahmen haben den Steuerdruck erhöht – für jene, welche die Steuern tatsächlich zahlen –, den sozial Schwächsten Sparmaßnahmen aufgebremmt und einschneidende Kürzungen eingeführt, die das Recht auf Ausbildung und Arbeit künftiger Generationen, das Schul-, Universitäts- und Gesundheitswesen und die Sozialleistungen – auch mittels einer Kürzung der Gemeindenfinanzierung – betreffen. Zum Mangel an Strategien gegen die Steuerhinterziehung, ein spezifisch italienisches Übel, und gegen die Verschwendung von Steuergeldern kam der Versuch seitens einiger Unternehmer, die dramatische Situation auszunützen, um die Lage der Arbeiterschaft zu verschlechtern, was die Regierung unterstützt hat, anstatt als Vermittler einzutreten. Änderungen der Tarifverträge schienen eher den Zweck der Demütigung der Arbeiterschaft als die Ankurbelung der Wirtschaft zu verfolgen und ergaben hinsichtlich der Wirtschaftssanierung keinerlei Sinn.

Insbesondere die Arbeiterinnen, die geringer entlohnt werden und denen ein Maß an unbezahlter Pflegearbeit aufgebürdet wird, welche für den öffentlichen Haushalt unentbehrlich ist, wurden Gleichstellungsmaßnahmen unterworfen, die ihre soziale und wirtschaftliche Situation verschlechtern, während die Gelder, die durch die Verschiebung des Pensionsantrittsalters eingespart wurden, nicht wie vorgesehen der Kinder- und Altenbetreuung, sondern anderen Zwecken zugeführt wurden.

Als sich die Spekulationen gegen Italien richteten, nachdem sie schon Griechenland an den Rand des Ruins gebracht hatten, haben sich die Mitglieder der gelähmten und aufgrund ihrer geringen Glaubwürdigkeit isolierten Regierung darauf beschränkt, dieselben Slogans, wie *Italien ist zu groß, um bankrott zu gehen*, *Unser Haushalt ist in Ordnung*, *Die Restaurants sind voll*, zu wiederholen, während die Opposition sich nicht geäußert, sondern sich auf die Forderung nach Berlusconi's Rücktritt beschränkt hat. Die Märkte und auch die übrigen Staaten der EU hegten eindeutige und zunehmend schwerwiegendere Zweifel an der Möglichkeit einer Erholung Italiens. Am 29. September haben Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank,

pubblico” ma non della fondamentale capacità di costituire un’alternanza di governo.

L’aggravarsi della crisi economica, in luglio e agosto, ha messo a nudo l’inadeguatezza della maggioranza, disposta a tutto pur di salvaguardare privilegi di classe, e incapace di mettere insieme delle misure credibili e concordi. Tre manovre caotiche hanno aumentato l’imposizione fiscale – solo per coloro che le tasse le pagano – hanno addossato alle classi più deboli le misure di risparmio, e hanno introdotto tagli pesantissimi contro i diritti allo studio e al lavoro delle nuove generazioni, la scuola, l’università, la sanità, l’assistenza, anche attraverso riduzioni del finanziamento dei Comuni. Alla mancanza di politiche di recupero dell’evasione – piaga italiana – e di eliminazione degli sprechi, si è aggiunta la tentazione di una parte dell’imprenditoria di approfittare della drammaticità della situazione per peggiorare la condizione di lavoratori e lavoratrici, che il governo, anziché porsi come mediatore, ha appoggiato. Si è data un’importanza davvero poco comprensibile ai fini del risanamento a modifiche di istituti contrattuali che sembrano intese a umiliare la classe lavoratrice, più che a rilanciare le attività economiche. In particolare le lavoratrici, meno pagate e più caricate di una quantità di lavoro gratuito di cura indispensabile ai bilanci pubblici, sono state oggetto di misure di “parificazione”, che di fatto ne aggravano la condizione sociale ed economica, mentre le risorse risparmiate con l’allungamento dell’età pensionabile sono state poi spostate, dalla prevista destinazione a favore dei servizi di custodia dei bambini e di assistenza agli anziani e malati, su altri obiettivi. Quando la speculazione, dopo avere ridotto sull’orlo del fallimento la Grecia, ha attaccato l’Italia, i membri del governo paralizzato e isolato per la sua scarsa credibilità, si sono limitati a ripetere slogan come “l’Italia è troppo grande per fallire”, “i nostri conti sono in ordine”, “i ristoranti sono pieni”, mentre l’opposizione non entrava nel merito, limitandosi a chiedere le dimissioni di Berlusconi. I mercati e anche gli altri Stati dell’Unione Europea hanno dato chiari e sempre più gravi segnali di sfiducia nella possibilità di ripresa dell’Italia. Il 29 settembre i presidenti della Banca Centrale Europea Jean-Claude Trichet e della Banca d’Italia, Mario Draghi, – quest’ultimo destinato a sostituire il primo poche settimane dopo – hanno chiesto in una lettera al Presidente del Consiglio di accelerare l’approvazione delle misure previste nel pacchetto di luglio. La lettera, tenuta in un primo momento nascosta, ma poi pubblicata, elenca in dettaglio le misure da prendere, chiedendo tagli, incentivi e garanzie sociali, queste ultime subito messe da parte (come un sistema di assicurazione dalla disoccupazione e l’uso di indicatori di performance nel sistema sanitario, giudiziario e dell’istruzione), e l’introduzione del pareggio di bilancio in Costituzione.

und Mario Draghi, Präsident der Banca d'Italia und designierter Nachfolger Trichets, in einem Brief den Ministerpräsidenten aufgefordert, die Verabschiedung der Maßnahmen zu beschleunigen, die im Juli-Paket vorgesehen worden waren.

Der Brief, der zunächst geheim gehalten, später jedoch veröffentlicht wurde, listet im Detail die zu treffenden Maßnahmen auf, fordert Kürzungen, steuerliche Anreize und soziale Garantien – letztere, zum Beispiel ein System zur Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und die Anwendung von Leistungsindikatoren im Sanitäts-, Gerichts- und Schulwesen, wurden sofort auf Eis gelegt – und die Festschreibung des Schuldenausgleichs in der Verfassung.

Dann der Sturz der Regierung: Am 8. November erreicht die Regierung keine Mehrheit im Parlament; am 12. wird das Stabilitätsgesetz angenommen, welches die von der EZB und der EU geforderten Maßnahmen enthält. Der Staatspräsident nimmt angesichts der sich abzeichnenden Katastrophe die Situation in die Hand; während diese Gedanken verfasst werden, ist ungewiss, ob das Debakel abgewendet werden kann. Mit dem Stabilitätsgesetz werden die Garantien für die Finanzierung der Autonomie Südtirols eingeführt.

## 2. Notstandsregierung

Italien steht am Rande des Staatsbankrotts und befindet sich gegenüber Europa auf der Anklagebank, als ob es der *ultimo arrivato*, der zuletzt Gekommene, wäre, anstatt eines der Gründungsmitglieder. Staatspräsident Napolitano nimmt sich der Sache an und erreicht in Ausübung seiner ihm von der Verfassung eingeräumten Macht den Rücktritt des in Misskredit gekommenen Ministerpräsidenten Berlusconi; dieser gilt als eine der Ursachen für den Verlust von Ansehen und Vertrauen gegenüber Italien, nicht nur wegen seines persönlichen Verhaltens, sondern auch wegen seiner Interessenkonflikte und der Unbeweglichkeit seiner Regierung in Sachen Reformen. Innerhalb weniger Tage, zwischen dem 12. und dem 16. November, folgt die Bildung einer neuen Regierung, die sich zu einem guten Teil aus Fachleuten, aber auch aus Vizeministern und Unterstaatssekretären zusammensetzt, die von den Parteien vorgeschlagen werden. In Einzelfällen wird das Kriterium der Unabhängigkeit übergangen, aber im Allgemeinen kann der Großteil der StaatsbürgerInnen nach fast 20 Jahren der Peinlichkeiten und der Ohnmacht angesichts des institutionellen, moralischen und wirtschaftlichen Verfalls erleichtert aufatmen.

Unter dem Vorsitz von Mario Monti, dem europaweit bekannten und geschätzten früheren EU-Kommissar und Universitätsprofessor, ergriff die Regierung schon



Poi il crollo: l'8 novembre il governo non ottiene la maggioranza in Parlamento, il 12 viene approvata la legge di stabilità, che contiene le misure chieste dalla Bce e dalla Ue. Il Presidente della Repubblica prende in mano la situazione, di fronte al rischio di un dramma che non è detto ancora – quando si scrivono queste note – sia possibile evitare. Nella legge di stabilità vengono introdotte le garanzie per il finanziamento dell'autonomia del Sudtirolo.

## 2. Governo di emergenza

Con l'Italia sull'orlo del fallimento, messa sul banco degli accusati dai suoi partner europei, come se invece di una delle fondatrici della Ue fosse l'ultima arrivata, il Presidente della Repubblica ha ottenuto, usando i suoi poteri nei limiti previsti dalla Costituzione, le dimissioni di Silvio Berlusconi, screditato Presidente del Consiglio dei Ministri e una delle cause della perdita di rispetto e di fiducia verso l'Italia, non solo per i suoi comportamenti personali, ma per il conflitto d'interesse, e per l'immobilismo del suo governo in materia di riforme. È seguita in pochi giorni (dal 12 al 16 novembre) la formazione di un nuovo governo, composto in buona parte di tecnici, ma anche di viceministri e sottosegretari di indicazione partitica, qualcuno sfuggito al criterio di mancanza di conflitti di interessi, ma nell'insieme una compagine di aspetto tale da far tirare un respiro di sollievo alla maggior parte dei cittadini e delle cittadine, imbarazzati e disperati di fronte al degrado istituzionale, morale ed economico del ventennio berlusconiano.

Presieduto da Mario Monti – ex Commissario europeo, professore universitario, rispettato e noto in Europa, nominato da Napolitano senatore a vita – il governo ha messo in cantiere già il 4 dicembre una manovra da lui stesso chiamata “Salva Italia”, che dovrebbe rispondere ai criteri di “rigore, equità, crescita”, ma ribattezzata “lacrime e sangue”, perché composta in gran parte di tasse, e addossata ai ceti sociali più bassi, sia direttamente che indirettamente, lasciando fuori i più ricchi e gli evasori fiscali (lavoro sommerso e criminalità organizzata); e inoltre non toccando gli sprechi, i privilegi di diverse categorie e neppure della Chiesa cattolica, in possesso di enormi beni (il 20 per cento del patrimonio edilizio italiano), sottratti al fisco in base a leggi compiacenti del governo precedente, o per “italica” furbizia (esenzione Ici, calcolo dell'8 per mille, ecc.). Per la parte di stimolo alla crescita – che per salvare l'Italia, a detta di molti economisti, dovrebbe portare a un aumento del 2 per cento del Pil nel 2012, mentre in realtà lo stesso governo prevede un calo dello 0,5 per cento – c'è poco. Soprattutto si intende riversare il denaro

am 4. Dezember Maßnahmen mit den Kriterien *Strenge, Gerechtigkeit, Wachstum*, die Monti selbst als *Salva Italia, Rettung Italiens*, bezeichnete, was in *Blut und Tränen* umbenannt wurde, weil die Maßnahmen zum Großteil Steuergesetze beinhalten, die die sozial schwächsten Gruppen betreffen, ohne jedoch die Reichsten und die Steuerhinterzieher (Schwarzarbeit und organisierte Kriminalität) zu belangen. Im Übrigen blieben auch die Staatsverschwendung und die Privilegien unterschiedlicher Gruppen und der katholischen Kirche unberücksichtigt, welche riesige Vermögen besitzt (20 Prozent des italienischen Gebäudebestandes), die dem Zugriff des Fiskus entweder aufgrund der Gefälligkeitsgesetzgebung der letzten Regierung oder der sprichwörtlichen italienischen Findigkeit (ICI-Befreiung, Anwendung der acht Promille usw.) entzogen wird. Was die Wachstumsförderung angeht, die zur Rettung Italiens nach Aussage vieler Wirtschaftsfachleute eine Steigerung um zwei Prozent des BIP (des Bruttoinlandsproduktes) erreichen müsste, während die Regierung selbst eine Abnahme von 0,5 Prozent erwartet, gibt es herzlich wenig. Man beabsichtigt, die Einnahmen aus den Steuermaßnahmen großen Infrastrukturprojekten wie dem *Tav*, dem Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitsverkehr, zuzuführen, der durch die fragwürdige Finanzierungsmethode des *project financing* ins Leben gerufen wurde. Mit dem *project financing* werden Projekte unterstützt, deren Notwendigkeit und deren ökologische oder wirtschaftliche Nachhaltigkeit niemals ernsthaft überprüft wurden; außerdem gaukelt es die Beteiligung von Privaten an großen Projekten vor, deren Kosten in Milliardenhöhe im Falle eines Scheiterns auf die Staatskasse abgewälzt werden (vgl. Cicconi 2011). Just als *Trenitalia* einen Winterfahrplan herausgab, der schwere Einschnitte vor allem auf den Linien aufweist, die hauptsächlich von Pendlern und auch von Touristen genutzt werden, hat Minister Corrado Passera in der Sitzung des Europäischen Rates für Transportwesen vom 12. Dezember 2011 bekräftigt, er wolle diesen Weg unbeirrt weitergehen. Dies würde praktisch bedeuten, der öffentliche Verkehr stünde kurz vor dem Zusammenbruch: die Folge einer von Rechts- und Linksregierungen verfolgten Politik, die sich um das Recht auf Mobilität, wie es die Bürger in jedem anderen demokratischen Staat genießen, nicht im Geringsten schert. Der Lokalverkehr erweist sich nach vielen Jahren der Vernachlässigung als Achillesferse der Regional- und Gemeindepolitik und zeigt, dass die niedrigsten Verwaltungsebenen ohne Geld dastehen. Auch die Provinz Bozen hat die Fahrkartenpreise im Lokalverkehr für das kommende Jahr verdoppelt, obwohl sie nicht mit den Haushaltsproblemen anderer Regionen zu kämpfen hat.

Italien steht vor epochalen Umwälzungen, die Hoffnung und Sorge bedeuten. Nach vielen Jahren der Uneinigkeit haben die verschiedenen Gewerkschaften ge-

della manovra in alcune grandi infrastrutture, come la Tav, treno ad alta velocità, nata con la tecnica truffaldina del *project financing*, un sistema che dà il via a opere di cui non si è mai valutata seriamente l'utilità e la sostenibilità né ambientale né economica, e che millanta una partecipazione dei privati ai grandi progetti, scariandone in realtà i costi miliardari del fallimento sulle casse pubbliche (cfr. Cicconi 2011). Il ministro Corrado Passera (nella seduta del Consiglio europeo dei Trasporti, 12 dicembre) ha ribadito di voler proseguire senza incertezze su questa strada, proprio nel giorno in cui Trenitalia ha emesso un orario invernale dei treni, in cui vi sono fortissimi tagli alle linee normali, quelle più usate dai cittadini, dai pendolari, e anche dai turisti. In pratica è la certificazione del tracollo del trasporto pubblico, frutto di una politica di governo condivisa da destra e sinistra, sprezzante verso il diritto alla mobilità della cittadinanza garantita in ogni altro paese democratico. Il trasporto pubblico locale si rivela, dopo tanti anni di trascuratezza, il tallone d'Achille della politica delle Regioni e dei Comuni, e il segnale che i livelli amministrativi più bassi siano rimasti senza soldi. Anche la Provincia di Bolzano ha già raddoppiato per il prossimo anno il costo dei biglietti del trasporto locale, pur non avendo i problemi di bilancio di altre realtà.

L'Italia si trova di fronte a un cambiamento epocale, che mescola speranza e timore. I sindacati dopo molti anni di divisioni, hanno manifestato uniti, chiedendo che il criterio di equità venga effettivamente implementato e non solo menzionato. Il timore per la crescita del carico fiscale, cui non corrispondono servizi sociali di livello decente né ammortizzatori per chi perde il lavoro e il reddito, si accompagna nei settori più maturi della cittadinanza all'inquietudine dovuta al diffondersi della consapevolezza che la crescita economica e del Pil non possano essere più l'obiettivo delle politiche degli stati occidentali. È improbabile che l'Occidente possa rincorrere i ritmi di crescita dei Paesi in via di sviluppo, e meglio farebbe a darsi gli strumenti per governare la decrescita, che verrà comunque, in modo che non diventi una caduta nel caos e nella miseria, ma un cambiamento di stili di vita e un recupero dei valori fondamentali dell'esistenza umana, trascurati fino a dimenticarli dall'economia finanziaria.

L'Italia è rimasta indietro anche nella modernizzazione civile, segnata da politiche conservatrici e retrive. Per anni sono state di fatto abbandonate le politiche delle pari opportunità, rinunciando alla pedagogia della convivenza per l'integrazione dell'immigrazione e alla promozione dei gruppi bisognosi di azioni positive. Alcune iniziative dal basso si sono messe in moto, usando internet come mezzo di comunicazione, sull'onda del successo dei referendum, proponendo un'altra consultazione popolare sulla legge elettorale, che oggi priva gli elettori del diritto di

meinsam demonstriert und gefordert, dass das Kriterium der Gerechtigkeit tatsächlich umgesetzt und nicht nur versprochen wird. Die Angst vor der wachsenden Steuerlast, der keine angemessenen Sozialleistungen gegenüberstehen, welche jene auffangen könnten, die Arbeit oder Einkommen verlieren, wird bei den politisch reiferen Bürgern von der Sorge begleitet, die aus dem Bewusstsein entspringt, dass das Wachstum der Wirtschaft und des BIP (Bruttoinlandsprodukt) nicht mehr das politische Ziel der westlichen Staaten ist. Es ist unwahrscheinlich, dass der Westen mit dem Wachstumsrhythmus der aufstrebenden Staaten Schritt halten kann. Er täte besser daran, Instrumente zu entwickeln, um den unausweichlichen Abschwung zu steuern, sodass er nicht in einem Absturz ins Chaos und Elend endet, sondern zu einem Wandel im Lebensstil und zu einer Wiederentdeckung der Grundwerte der menschlichen Existenz führt, die von der Finanzwelt vernachlässigt oder gar vergessen wurden.

Das von einer konservativen und rückständigen Politik geprägte Italien ist auch in der gesellschaftlichen Erneuerung zurückgeblieben. Jahrelang hat man eine Politik für die Förderung der Chancengleichheit vernachlässigt und auf die Erziehung zum friedlichen Zusammenleben zugunsten der Integration von Einwanderern und der Förderung von benachteiligten Gruppen verzichtet.

Aufgrund des Erfolgs der Referenden wurden mithilfe des Internets einige Initiativen gestartet, die eine weitere Volksbefragung zum Wahlgesetz vorschlagen, welches gegenwärtig den Wählerinnen und Wählern das Recht auf die Wahl der Kandidaten abspricht. In Mailand sammelt eine Gruppe von Frauen über das Netz Stimmen für ein Paket von zehn Gesetzen, das eine Verbesserung der Situation der Frauen zum Ziel hat, welche während der vergangenen Legislaturen vernachlässigt oder herabgesetzt wurden (siehe #2eurox10leggi). Sollte es den Märkten und den Banken, die von dem Finanzmarkt hörigen Politikern sich selbst überlassen wurden, nicht gelingen, Italien, und mit ihm den Euro und die EU, zu zerstören, wird es für den Staat höchste Zeit, sich auf die lange vernachlässigten Anstrengungen für Wachstum und Demokratisierung der EU zu besinnen.

Südtirol, dessen Befriedung und dessen Autonomie gerade im europäischen Rahmen entwickelt und verwirklicht werden konnte, wird von einer EU profitieren, die wieder „zur Wegweiserin für ein Modell“ wird, „das unternehmerische Freiheit und Menschenrechte zu verbinden weiß und die Menschen ins Zentrum der Politik rückt“ (Sachs 2004). Im Falle des Zerfalls der Europäischen Union oder einer sich noch verstärkenden Krise Italiens ist vorhersehbar, dass mikronationalistische Kräfte Aufwind bekommen, wie schon einmal vor zwanzig Jahren, im September 1991, beim Zerfall der Sowjetunion; damals gab es den Versuch einiger po-

scegliere i/le propri/e candidati/e. A Milano un gruppo di donne raccoglie attraverso il web le adesioni per un pacchetto di dieci leggi per un miglioramento della condizione delle donne, trascurate e umiliate nelle precedenti legislature (vedi #2eurox10leggi).

Se i mercati e le banche, lasciati a se stessi da politici sottomessi all'economia finanziaria, non riusciranno a distruggere l'Italia, e con lei l'euro e l'Europa, il Paese dovrà riprendere il proprio impegno, a lungo abbandonato, a favore della crescita e della democratizzazione della Ue.

Il Sudtirolo, la cui pacificazione e autonomia si sono realizzate e sviluppate proprio nel quadro dell'Europa, trarrà vantaggi da un'Unione che ritorni ad essere "indicatrice di un modello che sappia coniugare libertà d'impresa e diritti umani, avendo al centro della propria politica le persone" (Sachs 2004). In caso di frantumazione dell'unità europea o di più grave crisi italiana, è prevedibile che in Sudtirolo riprenda fiato la pulsione micro nazionalista, come già accaduto esattamente vent'anni fa, nel settembre del 1991, alla caduta dell'impero sovietico, con il tentativo da parte di alcuni esponenti politici anche della Svp di interrompere il percorso, ormai in dirittura d'arrivo, dell'autonomia, per tornare a proporre l'autodeterminazione. Già alcune voci si levano proponendo con maggiore forza la secessione e la formazione di uno Stato libero.

litischer Vertreter, darunter auch einige aus den Reihen der SVP, den kurz vor dem Abschluss stehenden Weg zur Autonomie zu blockieren und zur Forderung nach Selbstbestimmung zurückzukehren. Es gibt vereinzelt bereits Stimmen, welche die Abspaltung und die Bildung eines Freistaates fordern.

### **3. Stabilität**

In der ersten Jahreshälfte wurde die Krise in der Provinz Bozen weniger stark wahrgenommen als im übrigen Staatsgebiet. Der Tourismus fungierte als Motor. Zum Vergleich: Im Zeitraum Jänner bis August des Vorjahres gab es eine Zunahme an Gästen von 6,2 Prozent in 4–5-Sterne-Hotels; in den übrigen Hotels blieben die Zahlen nahezu unverändert. Die Gruppe der 1-Sterne-Hotels verzeichnete mit Ausnahme des Bereichs Urlaub auf dem Bauernhof, der gut dasteht, einen Rückgang von 7,2 Prozent. Die Zahl der italienischen Gäste ist um 2,4 Prozent zurückgegangen, was jedoch durch die Zunahme an deutschen Urlaubern wettgemacht wurde; die Zahl der BesucherInnen aus anderen Ländern (5,5 Prozent) ist im Steigen. Die Zahl der Unternehmen ist stabil, die Betriebsschließungen haben nicht zugenommen (Handelskammer Bozen 2011). Lediglich die Bauwirtschaft ist in Schwierigkeiten. Man muss jedoch die große Zahl an verwirklichten Bauvorhaben der vergangenen Jahre und die Notwendigkeit einer Drosselung des Verbrauchs von Bauland sehen und den Bausektor in eine neue Richtung lenken, wie etwa zur Wiedergewinnung von Bausubstanz für eine neue Nutzung durch thermische Isolierung oder zur Errichtung von barrierefreien Zugängen im Innen- und Außenbereich.

Die erst letzthin durch das Mailänder Abkommen gestärkte Autonomie und die vergleichsweise gute Verwaltung (auch wenn Vorkommnisse wie der SEL-Skandal beunruhigen) haben bisher ausgewogene Haushalte und eine gewisse Stabilität gebracht, wenn man von einer mittelmäßigen Leistung im Sozialwesen und den wachsenden Bedürfnissen im Sanitäts- und Fürsorgewesen absieht. Die Situation muss auch im Jahre 2011 im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftslage beurteilt werden, in der das auf Wachstum ausgerichtete Entwicklungsmodell die x-te Krise durchläuft. In der Vergangenheit wurden Krisen zuerst durch die Inflation überwunden, später durch die Staatsverschuldung und schließlich durch die Verschuldung des Einzelnen. Nun, da die Wirtschaft zur Finanzökonomie geworden ist, die sich immer weiter von der Lebenswirklichkeit der BürgerInnen entfernt, ist nur noch die Erfahrung wichtig, wonach sich in der Vergangenheit jene Staaten einigermmaßen behaupten konnten, welche den Reichtum am besten verteilt haben

### 3. Stabilità

Nella prima parte dell'anno in provincia di Bolzano la crisi si è sentita molto meno che nel resto del Paese. Il turismo ha fatto da traino. A confronto con il periodo gennaio-agosto dell'anno precedente si è vista una crescita del 6,2 per cento di turisti negli alberghi a 4-5 stelle, più o meno stabili gli altri alberghi, una perdita del 7,2 per le strutture a una stella, salvo l'agriturismo che va bene. Fra i turisti sono calati del 2,4 gli italiani, e aumentati però di uguale misura i germanici; in aumento (5,5 per cento) quelli provenienti da altri paesi. Il numero di imprese è stabile, e non c'è un aumento delle chiusure. (Camera di Commercio Bolzano 2011). Solo il settore edile è in crisi, ma si deve tener conto del gran numero di edifici realizzati negli ultimi anni, della necessità di frenare il consumo del territorio, indirizzando il settore ad altri obiettivi, come il recupero del costruito per adattarlo alle esigenze di risparmio energetico e di accessibilità (barriere architettoniche esterne e interne).

L'Autonomia di recente rafforzata con l'Accordo di Milano e la relativamente buona amministrazione (anche se episodi come quello dello scandalo alla Sel Spa sono inquietanti) hanno prodotto finora bilanci in pareggio e una certa stabilità, se si prescinde dalle mediocri performance nell'ambito del welfare, e gli aumentati bisogni nei settori della sanità e dell'assistenza. La situazione anche nel 2011 va valutata nell'ambito dell'economia generale, dove il modello di sviluppo basato sulla crescita sta vivendo l'ennesima crisi. Le crisi in passato venivano superate con l'inflazione, poi con l'indebitamento degli Stati e infine con l'indebitamento delle persone. Ora che l'economia è diventata finanziaria, allontanandosi dalla realtà di vita dei cittadini e delle cittadine, vale solo l'esperienza per cui in passato i paesi che se la sono cavata relativamente meglio, sono stati quelli che hanno meglio ridistribuito la ricchezza (Reich 2011). L'esempio è la Germania, del cui modello sociale, condiviso da socialdemocratici e popolari, Dieter Zetsche, presidente di Daimler-Benz e Mercedes, ha dato nel 2009 una descrizione sintetica efficace: "la Germania non licenzia nessuno" (citato in Berselli 2010, 92).

In Sudtirolo la necessità di mantenere unita la minoranza ha fatto sì che nel tempo sia stata favorita la coesione sociale e limitata la disuguaglianza, e solo negli ultimi anni si percepisce l'aumento della differenza fra i ricchissimi e gli altri, dovuto a due fattori principali: l'iniquo sistema fiscale italiano (che fa pagare le tasse solo ai lavoratori e alle lavoratrici dipendenti) e la mancata attivazione delle competenze in materia di collaborazione negli accertamenti fiscali da parte della Provincia. In questo ambito la Provincia sta ora introducendo il DURP, Dichiarazione Unificata di Reddito e Patrimonio, che unifica le varie dichiarazioni allo scopo di

(Reich 2011). Das beste Beispiel ist Deutschland, dessen Sozialmodell, das von den Sozialdemokraten und den Volksparteien vertreten wird, vom Vorstandsvorsitzenden von Daimler-Benz und Mercedes Dieter Zetsche 2009 so auf den Punkt gebracht wurde: „Deutschland entlässt niemanden“ (Berselli 2010, 92).

Die Notwendigkeit, die Minderheit zusammenzuhalten, hatte in Südtirol zur Folge, dass über die Jahre der soziale Zusammenhalt begünstigt und die Unterschiede geringer wurden; erst in den letzten Jahren wird der Unterschied zwischen den Reichen und dem Rest wahrgenommen, der auf zwei Faktoren basiert: dem ungerechten Steuersystem, in dem die Steuern nur von den lohnabhängigen Beschäftigten bezahlt werden, und der vom Land bisher noch nie aktiv wahrgenommenen Möglichkeit, sich in die Steuererhebung einzubringen. Diesbezüglich ist das Land dabei, die EEVE (Einheitliche Erhebung von Einkommen und Vermögen) einzuführen, welche die verschiedenen Erklärungen vereinheitlicht, um die öffentlichen Leistungen auch unter Berücksichtigung des Vermögens der Antragsteller und der engsten Verwandten gezielter und gerechter zuzuteilen. Die großen Unterschiede bei den Abgaben bleiben jedoch bestehen.

Das im Jahre 2010 unterzeichnete Mailänder Abkommen trägt zur Stabilisierung der Autonomie bei; seine Umsetzung und seine Umwandlung in einen Gesetzestext wurden in diesem Jahr von den Ministern Giulio Tremonti und Roberto Calderoli vorangebracht und mit Stolz vorgezeigt und hervorgehoben. Es garantiert die im Statut festgelegte Direktfinanzierung der Autonomie im Ausmaß von 9/10 der im Land eingehobenen Steuern ohne den Umweg über Regierungsdekrete und verpflichtet zu einer Vereinbarung zwischen Staat und Land bezüglich der Finanzierung. Die Auseinandersetzung mit dem Staat nach den Monti-Maßnahmen, wonach ein Teil der in Südtirol eingehobenen Zusatzsteuern dem Staatshaushalt einverleibt werden soll, wird zur Nagelprobe für das Erreichte werden. Während des Verfassens dieser Zeilen erhielten die SVP-Parlamentarier in der Parteileitungssitzung vom 12. Dezember den Auftrag, gegen die Rettungsmaßnahmen Montis zu stimmen, hauptsächlich aus drei Gründen: Erstens gab es weder eine Anhörung noch eine Vereinbarung zwischen dem Staat und dem Land; zweitens wird von den autonomen Regionen und Provinzen – auch in Bereichen wie ICI/IMU, welche die Gemeindenfinanzierung betreffen und in die Zuständigkeit des Landes fallen – verlangt, mehr zu zahlen als alle anderen; drittens ist der Südtiroler Haushalt in Ordnung, weswegen das Land Südtirol nicht im selben Ausmaß zu Zahlungen herangezogen werden darf wie jene Provinzen und Regionen, die rote Zahlen schreiben. Aber in den Südtiroler Blogs scheinen viele LeserInnen nicht vergessen zu haben, dass zwei Senatoren und die Abgeordneten der SVP bis zuletzt mit der Regierung



assegnare le prestazioni pubbliche in modo più mirato ed equo, tenendo conto anche del patrimonio del richiedente e dei diretti familiari. Però rimangono i forti squilibri nella contribuzione.

Alla stabilità del finanziamento dell'Autonomia contribuisce l'Accordo di Milano firmato nel 2010, la cui attuazione e inserimento nella normativa di legge sono stati portati avanti quest'anno con i ministri Giulio Tremonti e Roberto Calderoli, e viene presentato e citato con una certa enfasi. Garantisce il finanziamento diretto dell'Autonomia, senza più passare dai decreti governativi, nella misura dei 9/10 delle imposte raccolte sul territorio come stabilito dallo Statuto e introduce l'obbligo di intesa fra Stato e Provincia sui finanziamenti. Il confronto con lo Stato dopo la manovra "Salva Italia", che vuole spostare sul bilancio statale parte delle ulteriori tasse raccolte in provincia, metterà alla prova la solidità dei risultati raggiunti. Nel momento in cui si scrivono queste note, nella seduta del direttivo del partito del 12 dicembre, i parlamentari della Svp sono stati incaricati dal partito di votare contro la manovra "Salva Italia". Tre le principali ragioni addotte: primo, è mancata la consultazione e l'intesa fra Stato e Provincia; secondo, si chiede alle Regioni e Province autonome di pagare di più delle altre anche in settori come l'Ici/Imu che concerne il finanziamento dei Comuni, di competenza provinciale; e infine perché l'Alto Adige ha i conti in ordine e quindi non può essere chiamata a pagare nella stessa misura di chi abbia i bilanci in rosso. Nei blog sudtirolesi tuttavia, molti lettori sembrano non avere dimenticato la simpatia espressa fino all'ultimo da due senatori e dai deputati della Svp verso il governo Berlusconi, responsabile di non avere fatto nulla contro il dissesto dei conti dello Stato: diversi ricordano che l'ultimo governo davvero amico del Sudtirolo è stato quello di Prodi. Quasi ogni giorno, si legge, due dei tre senatori Svp lo attaccavano, e ora si lamentano degli effetti del disastroso governo che l'ha sostituito, i cui danni Monti cerca di riparare (Thaler Außerhofer 2011). Anche sulla liberalizzazione delle professioni, delle imprese e dei tempi di apertura dei negozi, la Giunta provinciale ha obiezioni e annuncia di voler impugnare parte della legge, non appena sarà approvata, davanti alla Corte Costituzionale per difendere le competenze dell'Autonomia.

La parola "stabilità" che va incontro a un'aspirazione della società – si trova ripetuta molte volte nella relazione al bilancio di previsione del 2012 del Presidente della Provincia – fa un certo effetto leggerla negli stessi giorni in cui il Parlamento sta approvando la drastica manovra del nuovo governo. Il dibattito in Consiglio provinciale avviene in assenza di una esatta previsione di quanti soldi verranno a mancare al bilancio. Il pacchetto Monti mira inoltre a ridurre proprio la stabilità sociale, rendendo la società italiana più moderna nel senso di più liquida. Soprattutto

Berlusconi sympathisiert haben, welche für die Untätigkeit im Umgang mit den aus den Fugen geratenen Staatsfinanzen verantwortlich ist. Gar einige erinnern daran, dass die letzte wirklich südtirol-freundliche Regierung die unter Romano Prodi war. Man liest, fast jeden Tag hätten ihn zwei von drei SVP-Senatoren angegriffen, und jetzt jammere man über die Auswirkungen der verhängnisvollen Regierung, die Prodi abgelöst hat, und deren Folgen Monti zu reparieren versucht (Thaler Auserhofer 2011). Auch gegen die Liberalisierung der Berufe, der Unternehmen und der Ladenöffnungszeiten hat das Land Einwände und kündigt die Anfechtung eines Teils des Gesetzes vor dem Verfassungsgericht sofort nach dessen Annahme an, um die Zuständigkeiten der Autonomie zu verteidigen.

Der Begriff *Stabilität* – ein Grundbedürfnis der Gesellschaft – kommt im Bericht des Landeshauptmannes zum Haushaltsvoranschlag 2012 wiederholt vor. Es erweckt jedoch einen eigenartigen Eindruck, wenn man ihn liest, während das Parlament die drastischen Maßnahmen der neuen Regierung verabschiedet. Die Haushaltsdebatte im Südtiroler Landtag erfolgt zu einem Zeitpunkt, in dem es unmöglich ist abzuschätzen, wie viel Geld im Haushalt fehlen wird. Das Maßnahmen-Paket Montis zielt überdies auf eine Verminderung der sozialen Stabilität ab und macht die italienische Gesellschaft, mit einem Wort von Zygmunt Bauman, *flüchtig*. Von der Jugend erwartet man besondere Flexibilität und auch geografische Mobilität, was etwas viel verlangt ist in einem Land, in dem Mietwohnungen besonders für junge Frauen und Familien mit Kindern Mangelware sind und in dem es fast unmöglich ist sich fortzubewegen, außer man hat ein eigenes Auto.

Was für Auswirkungen werden diese und andere Reformen auf Südtirol haben, wo die Menschen in einem System aus minutiösen Verordnungen gefangen sind – man denke nur an die jüngste Auseinandersetzung im Landesschulrat, weil die Landesrätin für Schule und deutsche Kultur allen Grund- und Oberschulen, deutsch oder italienisch, in der Stadt oder auf dem Lande, denselben Stundenplan aufzwingen will. Die zusätzlichen Kürzungen des Landeshaushaltes wegen des Maßnahmenpakets von Mitte Dezember erfordern neue Kalkulationen und Entscheidungen. Bei Abschluss dieser Arbeit rechnet man mit einem Beitrag in Höhe von 120 bis 200 Millionen Euro zur Sanierung des Staates, zusätzlich zu den 300 Millionen, auf die man sich mit den Ministern der Regierung Berlusconis geeinigt hatte, und den etwa 500 Millionen, auf die man im Rahmen des Mailänder Abkommens 2010 verzichtet hat.

tutto alle/ai giovani si chiedono flessibilità e mobilità anche in senso geografico. Comportamenti difficili da pretendere in un paese in cui è difficile trovare un alloggio in affitto, e soprattutto per le giovani donne e famiglie con figli, e nel quale è impossibile muoversi se non con un mezzo privato. In Sudtirolo poi, dove le persone sono chiuse in una gabbia di normative minuziose – solo pochi giorni fa si è litigato in Consiglio scolastico provinciale perché l'assessora alla scuola tedesca vuole imporre a tutte le scuole elementari e superiori, tedesche e italiane, di città e di montagna, lo stesso identico orario – che effetto faranno queste e altre riforme?

I tagli aggiuntivi apportati al bilancio provinciale dalla manovra di metà dicembre costringeranno a rifare i conti e a prendere decisioni. Si calcolano – nel momento in cui si chiude questo articolo – 120-200 milioni di contributi al risanamento dello Stato, da aggiungersi ai 300 milioni concordati con i ministri del governo Berlusconi e i 500 circa cui si è rinunciato nell'ambito dell'Accordo di Milano del 2010.

## 4. Die Autonomie und die Krise

Die Maßnahmen treffen in Italien vor allem den unteren Mittelstand. Ist Südtirol vorbereitet auf die *mageren Jahre*? Bis heute war die Politik eher zaghaft bei der Schaffung einer Wohlfahrt im nordeuropäischen Sinn, wenn sie auch in vielerlei Hinsicht besser ist als in vielen italienischen Regionen. Die politischen Entscheidungen werden von den Lobbies beeinflusst, welche bedeutende Investitionen in Großbauten und Steuerbefreiung für zum Teil sehr reiche Segmente der Gesellschaft erzwingen, wie etwa die Obst- und Weinbauern in den besten Lagen. Die Überlegungen der verschiedenen Parteien, sofern sie welche anstellen, vor allem aber der Mehrheits- und Sammelpartei, sind nicht klar auszumachen: Abgesehen von der Zufriedenheit mit der Situation sind keine Kriterien bekannt, nach denen man Vergeudung und falsche Investitionen vermeiden will, die sich als Pferdefuß für künftige Haushalte erweisen könnten; man weiß nicht einmal, ob man es überhaupt versuchen will. Die Südtirol-Autonomie wird vom Mangel an Transparenz und von der Angst geschwächt, welche die Mächtigen vor einer Beteiligung der BürgerInnen hegen, welche oft links liegen gelassen und kaum informiert werden und die keine Möglichkeit haben, sich in Entscheidungen von großer Tragweite für die gemeinsame Zukunft einzumischen. Fragen dieser Art sind in den letzten Wochen des Jahres 2011 zur brennenden Aktualität geworden, sei es wegen der Ratlosigkeit der Führungsschicht angesichts des Ernstes der Krise oder wegen des Ausmaßes, den der SEL-Skandal annimmt; die SEL hätte das Herzstück für die künftige Finanzierung der Autonomie sein sollen, stattdessen sind die Verantwortlichen angeklagt, die öffentlichen Ausschreibungen zum persönlichen Vorteil gedeichselt zu haben. Damit wurde das Risiko eines Interessenkonfliktes durch die Doppelrolle des Landes konkret: einerseits als Institution, die die Konzessionen vergibt, und andererseits als Eigentümer und reicher Kapitalgeber (mit öffentlichem Geld) der SEL.

#### 4. L'autonomia di fronte alla crisi

La manovra in Italia colpisce i ceti medio-bassi. Il Sudtirolo è pronto ad affrontare i tempi che già ora vengono chiamati delle “vacche magre”? Fino ad ora la politica è stata timida nel creare un vero welfare sull’esempio nord-europeo, anche se per certi versi è migliore di molte regioni italiane. Soprattutto però le scelte politiche sono influenzate dalle lobby, che impongono forti investimenti in grandi opere e le esenzioni fiscali a settori anche molto ricchi della società, ad esempio i contadini di fondo valle o delle colline vitivinicole. Il pensiero dei vari partiti (quelli che ne hanno uno), ma soprattutto del partito di maggioranza e di raccolta, non è chiaro: oltre al compiacimento per la situazione, non sono noti i criteri con cui si vorranno eliminare gli sprechi e gli investimenti sbagliati, che potrebbero costituire una trappola per i bilanci futuri, e neppure se ci sia l’intenzione di farlo. L’autonomia sudtirolese è indebolita dalla mancanza di trasparenza e dal timore che i potenti nutrono verso la partecipazione della cittadinanza, lasciata spesso a margine, con poche informazioni e nessuna possibilità di intervenire nelle decisioni più significative per il futuro comune. Queste domande sono diventate, nelle ultime settimane del 2011, di cocente realismo, sia per lo sconcerto della classe dirigente di fronte alla gravità della crisi, sia per i contorni che va assumendo lo scandalo Sel, che avrebbe dovuto essere il cuore del futuro finanziamento dell’Autonomia, e invece è accusata di pilotare le gare pubbliche a proprio vantaggio, rendendo concreto il rischio del conflitto insito nel doppio ruolo della Provincia: da un lato autorità che dà le concessioni e dall’altro proprietaria e ricca finanziatrice (con denaro pubblico) di Sel Spa.

## 5. Die Lage des Sozialstaates

Mit den am 12. Dezember veröffentlichten Daten informiert das ISTAT, dass die Gehälter seit 2007 nicht mehr steigen, während die Inflation zunimmt; man muss die Kaufkraft im Auge behalten, die sich allmählich einem kritischen Punkt nähert. In Südtirol lag die Inflation immer schon etwas höher. Dies bedeutet, dass ArbeiterInnen sowie PensionistInnen seit einigen Jahren die Kaufkraft ihrer fixen Einkommen schwinden sehen. Das Einfrieren der Pensionen über 1.400 Euro wird viele Familien und Alleinstehende in Armut stürzen, vor allem, weil dies ohne Berücksichtigung der herrschenden Preise erfolgt. Im Juli 2011 haben die Caritas und der Verbraucherschutz angesichts von 104.000 Menschen, die durch Verschuldung gefährdet sind, Alarm geschlagen. Die Menschen verschulden sich nicht nur mit Baukrediten, sondern auch wegen ihres Konsumverhaltens; oft genügen dann schon eine Krankheit, ein Unfall oder eine Trennung und den Menschen oder Familien droht der finanzielle Absturz. Der Präsident der Handelskammer, der frühere Europa-Abgeordnete Michl Ebner, hat jedoch festgestellt, dass der Prozentsatz der wirklich Armen in Südtirol der niedrigste in Italien ist. Für die 16 Prozent der Armutsgefährdeten, die es seiner Meinung nach immer geben wird, ist öffentliche Unterstützung, zum Beispiel Mindestsicherung, Wohngeld usw., vorgesehen, womit die Härtefälle aufgefangen werden sollen.

Wer aus Arbeits- oder Studiengründen pendeln muss, wird ab dem kommenden Jahr auch die Verdoppelung der Kosten im öffentlichen Verkehr akzeptieren müssen. Die NutzerInnen leiden aber auch unter den Planungsfehlern und dem Größenwahn der öffentlichen Betriebe. Ein Beispiel dafür sind die überhöhten Parkgebühren am Krankenhausparkplatz von Bozen, die erhöht wurden, obwohl Zehntausende in einem Ansuchen deren Reduzierung verlangt hatten. Wer Angehörige mehrere Stunden lang betreut, jemanden zu einer Visite begleitet oder einen Arztbesuch macht, muss unverschämt hohe Parkgebühren bezahlen. Wer direkt oder indirekt von einer Krankheit betroffen ist und häufig genug deswegen seine Arbeit verliert, wird zur Kasse gebeten.

### 5.1. Frauen

Wie überall in Italien sind auch in Südtirol Frauen weniger wohlhabend als Männer. Der *gender pay gap* (der Gehaltsunterschied zwischen den beiden Geschlechtern), der vom AFI/IPL (*Arbeitsförderungsinstitut*) berechnet wurde, beläuft

## 5. La situazione dello stato sociale

L'ISTAT nei dati pubblicati il 12 dicembre informa che i salari dal 2007 non crescono mentre cresce l'inflazione e si deve tenere d'occhio il potere d'acquisto che ora sta arrivando a un punto critico. In Alto Adige l'inflazione è sempre superiore di qualche frazione di punto. Ciò significa che i redditi a reddito fisso, lavoratori, lavoratrici e pensionati/e, vedono diminuire da qualche anno il proprio potere d'acquisto. La deindicizzazione delle pensioni di importo superiore a 1400 euro, senza tener conto oltretutto della situazione dei prezzi locali, spingerà verso la povertà molte famiglie e persone single. Il 28 luglio di quest'anno la Caritas e il Centro tutela Consumatori hanno lanciato l'allarme per le 104 mila persone a rischio a causa dell'indebitamento. Ci si indebita non solo per il mutuo della casa, ma anche per il consumo; basta una malattia, un incidente, una separazione per fare precipitare persone e famiglie. Il presidente della Camera di Commercio, Michl Ebner (ex parlamentare europeo Svp), ha osservato invece che la percentuale di povertà assoluta è la più bassa in Italia, mentre per il 16 per cento – “che esisterà sempre” – di povertà relativa sono previsti contributi pubblici (reddito minimo, sussidio per affitti, ecc.) che ne ammortizzano i disagi.

Chi deve spostarsi per lavoro o per studio, dal prossimo anno dovrà affrontare anche il raddoppio del costo dei trasporti pubblici. Sugli utenti vengono scaricati anche gli errori di progettazioni e le manie di grandezza delle società pubbliche: un esempio è il costo esoso del parcheggio dell'ospedale di Bolzano, che è aumentato nonostante decine di migliaia di persone abbiano chiesto con una petizione che venisse ridotto. Chi assiste i propri cari per lunghe ore, li accompagna alle visite, va a farsi visitare, è costretto a esborsi esagerati. Chi è toccato dalla malattia, direttamente o indirettamente, e spesso a causa di questo perde reddito, viene chiamato a pagare.

### 5.1. Donne

Anche in Sudtirolo come ovunque in Italia, le donne sono meno abbienti degli uomini. Il *Gender Pay Gap* (la differenza di retribuzione fra generi), reso noto dall'Istituto per la Protezione dei Lavoratori e delle Lavoratrici AFI/IPL risulta pari al 27 per cento. Il risultato proviene da uno studio dell'economista Silvia Vogliotti (2011). Ciò è dovuto a vari fattori: adozione del part-time, rinuncia al lavoro dovuta alla tradizione culturale della divisione degli impegni familiari, difficoltà che le

sich auf 27 Prozent. Diese Zahlen entstammen einer Untersuchung der Wirtschaftswissenschaftlerin Silvia Vogliotti (2011). Die Gründe für den *gender pay gap* liegen in der Teilzeitarbeit, im Verzicht auf Berufstätigkeit aus traditionellen Gründen zugunsten des Einsatzes für die Familie, aber auch in den Schwierigkeiten, als Frauen in Spitzenpositionen zu gelangen, sowie im Mangel an Einrichtungen. Frauen erhalten auch wesentlich niedrigere Pensionen als Männer. Die Sparmaßnahmen der Regierung werden sie viel härter treffen, auch weil sie es sind, die den Einkauf erledigen, und weil die Inflation bei Lebensmitteln besonders stark steigt.

Die Förderung von Frauen im Beruf ist ungenügend, obwohl jeder ihre Leistungen für die Wirtschaftsentwicklung anerkennt. Obwohl die Bedenken gegenüber Kinderbetreuungseinrichtungen der Vergangenheit angehören und zahlreiche Kinderhorte, Kindergärten und andere Betreuungsformen verwirklicht wurden, sind die vorhandenen Strukturen unzureichend. Auch die Pflegearbeit lastet immer noch auf den Frauen. Der Standard für die Betreuung von älteren Menschen und chronisch Kranken, für die die öffentliche Verwaltung finanzielle Beiträge zur Verfügung stellt, ist weit von dem einer reichen Zivilgesellschaft entfernt und verlässt sich auf die unentgeltliche Leistung von arbeitenden oder pensionierten Frauen. Allein in der Landeshauptstadt fehlen mindestens 80 Pflegeplätze für alte Menschen. Diese werden irgendwann in benachbarte Provinzen *ausgelagert*, wo sie in den Genuss der Betreuung kommen sollten, für die sie ihr ganzes Arbeitsleben eingezahlt haben. Die drastische Erhöhung des Pensionsalters für Frauen, die von den vergangenen Regierungen eingeführt wurde, bedeutet eine Lücke in der Betreuung von alten und kranken Menschen, die das Land und die Gemeinden bisher den Familien überlassen haben, ohne ein Netz von sozialer Absicherung zu schaffen.

Der Fortschritt der Frauen im Erwerb der Grundrechte war während der vergangenen Jahrzehnte bemerkenswert. Dies hat eine Ausstellung über die Frauenbewegung in Südtirol während der 70er-Jahre gezeigt, welche das Frauenarchiv Bozen/ Archivio storico delle donne im Oktober und November organisiert hat. Sie wurde sehr gelobt und ihre Rahmenveranstaltungen erfuhren großen Zuspruch.

Eines der größten politischen Probleme war die Einführung einer Frauenquote in den Verwaltungsräten der *öffentlichen Gesellschaften und Gesellschaften mit öffentlicher Beteiligung*, die nach dem Gesetz ab 2012 zu einem Fünftel und ab 2015 zu einem Drittel aus Frauen bestehen müssen. Nicht viel angesichts der Tatsache, dass es mehr Frauen als Männer mit Hochschulabschluss gibt und Frauen mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Andererseits gibt es in der Landesregierung nur eine einzige Frau, die der SVP angehört, keine dem PD, dem Regierungspartner. Eklatant ist hingegen, was sich im Meraner Gemeinderat ereignet hat: Der einstimmige



donne hanno a raggiungere posizioni apicali e mancanza di servizi di supporto. Le donne ricevono pensioni nettamente più basse degli uomini. La manovra del governo peserà molto su di loro, anche perché sono loro che fanno la spesa, e l'inflazione è in forte crescita proprio sui generi alimentari.

Gli interventi a favore del lavoro delle donne, fattore riconosciuto di sviluppo economico, sono insufficienti. Nonostante siano cadute le resistenze del passato contro i servizi per l'infanzia, e siano stati realizzati asili nido, scuole per l'infanzia, e altre forme di custodia dei bambini, le strutture sono insufficienti e il lavoro di cura continua a pesare sulle donne. Nella cura degli anziani e di coloro che soffrono di malattie croniche, in cui l'intervento pubblico ha scelto la via della monetizzazione, lo standard dell'assistenza è ben lontano da quello di un paese ricco e civile, e si fa conto sul lavoro gratuito delle donne sia in età lavorativa che nel dopolavoro. Nel solo capoluogo mancano almeno 80 posti letto per anziani, che vengono "esportati" nelle vicine province, proprio nell'età in cui avrebbero diritto a godere dell'assistenza per cui hanno spesso contribuito tutta la vita lavorativa. L'allungamento drastico dell'età di pensionamento delle donne introdotta dagli ultimi governi lascia scoperto un settore dell'assistenza che finora Provincia e Comuni hanno delegato alle famiglie, non creando una rete di protezione sociale.

I progressi delle donne nell'acquisizione dei diritti civili sono stati notevoli negli ultimi decenni, lo ha dimostrato la mostra sul movimento femminista degli anni settanta in provincia, organizzata dall'Archivio storico delle donne/Frauenarchiv di Bolzano fra ottobre e novembre, che ha suscitato molti consensi e un'alta partecipazione alle varie manifestazioni correlate.

Una delle questioni spinose a livello politico è stata l'introduzione delle quote rosa nei Consigli di Amministrazione delle società quotate e pubbliche, che secondo la legge a partire dal 2012 dovranno essere composti da un quinto di donne, e da un terzo dal 2015. Non molto, considerato che le donne laureate sono più degli uomini e che le donne sono più della metà della popolazione. D'altronde la Giunta provinciale vede la presenza di una sola donna, della Svp, e nessuna del Pd, partner di Giunta. Eclatante quanto accaduto invece in Consiglio comunale a Merano, dove la proposta di quote rosa fatta all'unanimità dalla commissione pari opportunità del Comune, ha trovato una dura opposizione da parte degli uomini. La maggior parte delle donne del consiglio si è quindi dimessa dalla commissione. La questione è stata infine demandata al Consorzio dei comuni, che dovrebbe elaborare uno statuto modello per una presenza equilibrata di uomini e donne nelle giunte comunali.

Vorschlag zur Frauenquote der Kommission für Chancengleichheit der Gemeinde stieß auf die strikte Ablehnung der Männer. Daraufhin ist der Großteil der Frauen im Gemeinderat aus der Kommission ausgetreten. Die Angelegenheit wurde schließlich dem Gemeindenverband übergeben, der ein Modellstatut für eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in den Gemeinderäten ausarbeiten soll.

## 5.2. Arbeit

Auch im Jahr 2011 bleibt in Südtirol die Beschäftigung stabil. In ganz Europa trifft die Arbeitslosigkeit vor allem die Jungen zwischen 15 und 24 Jahren. Südtirol hat italienweit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit (8,9 Prozent im Jahr 2009). Trotzdem schien Südtirol im Vergleich zu anderen Regionen Europas lediglich an 74. Stelle auf. Im zweiten Trimester 2011 liegt die Zahl der Arbeitssuchenden bei 3,4 Prozent (3,1 Prozent männlich, 3,8 Prozent weiblich) (astainfo 2011). Die Landesregierung ist im Bereich Berufsbildung aktiv geworden, aber für Menschen eines bestimmten Alters ist es sehr schwer, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, auch wenn sie viele Beitragsjahre aufweisen. Im Dezember wurde die Hälfte der ArbeiterInnen und Angestellten der Memc (Monsanto Electronic Material Company) in Meran in die Lohnausgleichskasse überstellt, die Schließung ist möglich.

Beunruhigend sind die statistischen Angaben (24. November), die Südtirol staatsweit den traurigen Rekord bei Unfällen oder Todesfällen am Arbeitsplatz bescheinigen. Diese Daten gehen aus der staatlichen Rangordnung des Inail hervor, welches die jährliche Vergleichsstudie der unterschiedlichen Situationen auf der Halbinsel veröffentlicht hat. In der Provinz nahmen die Unfälle am Arbeitsplatz im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 Prozent zu. Es sind dies 17.860 Unfälle im Jahr 2010, fast 500 mehr als im Jahr davor. Noch aufsehenerregender ist die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle, die durch Ersticken in Schlamm oder das Einatmen verunreinigter chemischer Substanzen verursacht wurden. In diesem Fall beträgt die Zunahme im Vergleich zu 2009 gleich 15 Prozent. Insgesamt haben 25 Menschen im Jahre 2010 am Arbeitsplatz das Leben verloren, 15 mehr als im Jahr zuvor. Hinter Südtirol im Ranking liegt das Trentino.

Die höchste Unfallquote gibt es in Südtirol in der Landwirtschaft. Die Gewerkschaften haben einen Aufruf an das Land gestartet, entweder aktiv zu werden oder auf die Zuständigkeit zu verzichten. Das Fehlen von Kontrollen seitens des Landes, welches primär dafür zuständig ist, aber diese Aufgabe nie angemessen wahrgenommen hat, wird dafür verantwortlich gemacht.

## 5.2. Lavoro

In Alto Adige anche nel corso del 2011, l'occupazione è stabile. Il problema della disoccupazione colpisce in tutta Europa soprattutto i giovani fra i 15 e i 24 anni. L'Alto Adige in Italia ha il tasso più basso di disoccupazione giovanile (8,9 nel 2009). Tuttavia nel confronto con le altre regioni europee, l'Alto Adige nel 2009 risultava solo al 74° posto. Nel secondo trimestre del 2011 il tasso di persone in cerca di lavoro è del 3,4 per cento (3,1 maschi e 3,8 femmine). (Astatinfo 2011). L'allarme arriva per lo stillicidio di licenziamenti nelle piccole imprese, e verso la fine dell'anno anche nelle imprese grandi, legati a ristrutturazioni o esternalizzazioni. La Provincia è intervenuta finora con la formazione, ma per le persone di una certa età anche se con un periodo di contribuzione relativamente lungo, è molto difficile trovare un nuovo impiego. In dicembre metà degli impiegati e operai della Memc (Monsanto Electronic Material Company) di Merano sono stati messi in cassa integrazione e si parla di chiusura.

Preoccupanti sono i dati (24 novembre) delle statistiche che assegnano all'Alto Adige il triste primato nazionale per quanto riguarda gli infortuni e le morti sul lavoro. Il dato lo si evince dalla graduatoria nazionale dell'Inail, che ha reso noto il raffronto annuale tra le diverse realtà della penisola. In provincia di Bolzano aumenta il numero di incidenti sui luoghi di lavoro, con una crescita del 2,9 per cento rispetto allo scorso anno. Sono 17.860 gli infortuni accertati nel 2010, quasi 500 in più rispetto all'anno precedente. Ancora più eclatante il dato relativo alle morti bianche (strano aggettivo dato che avvengono di solito in mezzo al fango o ad agenti chimici molto sporchi): in questo caso la crescita rispetto al 2009, è pari al 150 per cento. In totale 25 persone nel 2010 hanno perso la vita sul posto di lavoro, 15 in più rispetto all'anno precedente. Dietro all'Alto Adige in graduatoria figura il Trentino. In provincia di Bolzano il numero maggiore di infortuni si registra nel settore dell'agricoltura. Dai sindacati è arrivato un appello: la Provincia agisca o rinunci alla competenza in materia. Responsabile è la mancanza di controlli da parte della Provincia, che ha la competenza primaria in materia, ma non ha mai adempiuto adeguatamente a questo compito.

### 5.3. Sanität

Während die Provinz Bozen in puncto Wirtschaft immer in den ersten Rängen vertreten ist, befindet sich das Sanitätswesen nie in den obersten Reihen, obwohl die beachtlichen Zuwendungen aus dem Haushalt keine Kürzungen erfahren haben. Das Land steckt einen beträchtlichen Teil seines Haushaltsbudgets in das Sanitätswesen. In den vergangenen Jahren wurde die Krankenhaus-Organisation bereits rationalisiert, eine arrogante und vernunftwidrige Bürokratie lastet auf Patienten und Ärzten. Dieses Jahr wurde eine ehrgeizige Reform vorgestellt, welche jedoch bei Patientenorganisationen und Verwaltungen große Ratlosigkeit hervorgerufen hat. Besonders das Vorhaben, sogenannte *Exzellenzstrukturen*, Zentren für spezielle Dienste der unterschiedlichen Fachbereiche in den verschiedenen peripheren Krankenhäusern anzusiedeln, überzeugt nicht: Einerseits scheint es nicht möglich, so einen hohen Standard zu garantieren, andererseits würde man die Kranken zwingen, zwischen den verschiedenen Standorten hin- und herzupendeln, ohne zu wissen wie oder in wessen Begleitung. Die Entscheidung wird durch die Absicht erschwert, auf Landesebene eine zu große Zahl an Krankenhäusern zu erhalten, anstatt die Spezialabteilungen an einem Ort zu konzentrieren und entsprechend auszustatten und die peripheren Krankenhäuser als Basiseinrichtungen zu führen, die sich um Notfälle und um Langzeitpatienten oder chronisch Kranke kümmern. Einen Sonderfall stellen die großen Investitionen in ein wissenschaftliches und klinisches Zentrum für Rehabilitation dar, das im Krankenhaus Sterzing verwirklicht werden soll. Durch die Auflösung des multidisziplinären Zentrums in der Fagenstraße in Bozen vor einigen Jahren ist ein Vakuum entstanden, das unter den Schlaganfall-Patienten aus Mangel an Nachsorge viele Opfer gefordert hat. Vor allem aber fehlen Projekte und Investitionen, um die Rehabilitation all jener zu garantieren, die an chronischen Erkrankungen leiden oder nach einer schweren Krise dringend weitere Therapien benötigen, damit sie weiterhin unabhängig sein können. Das Projekt in Sterzing ist notwendig, andere ebenso notwendige Angebote wie Physiotherapie dürfen aber darunter nicht leiden.

### 5.4. Sozialleistungen

Jüngst wurden die Pflegegelder für jene Langzeitkranken erhöht, die zu Hause gepflegt werden; gleichzeitig wurde aber die Anerkennung als Pflegefall erschwert. Schon vor Jahren wurde die Zahl der StützlehrerInnen reduziert, obwohl die Zahl der Kinder, die sie brauchen, ständig ansteigt. 2009 wurden viele BetreuerInnen

### 5.3. Sanità

Mentre la Provincia dal punto di vista dell'economia entra sempre nei primi posti delle classifiche, il settore della sanità – nonostante i forti stanziamenti di bilancio non abbiano subito riduzioni – non risulta mai tra i posti alti della classifica. Nella sanità la Provincia riversa una parte considerevole del proprio bilancio. Negli anni scorsi è già intervenuta una razionalizzazione dell'organizzazione ospedaliera, ma un'arrogante e irragionevole burocrazia continua a pesare su pazienti e medici. Quest'anno è stata presentata un'ambiziosa riforma, che ha suscitato tuttavia fra gli operatori e le organizzazioni dei malati molte perplessità. Soprattutto non convince l'ipotesi di distribuire nei diversi ospedali periferici i cosiddetti “centri di eccellenza” delle varie specialità: da un lato non appare realistica la garanzia di standard elevati, considerato che non ci si aspetta un aumento del bilancio; dall'altra costringerebbe i malati a viaggiare continuamente da una località all'altra, con quali mezzi e accompagnati da chi, non si sa. Pesa sulle decisioni la volontà di mantenere sul territorio un numero troppo grande di ospedali, invece di concentrare le specialità in un centro e dotarlo dei mezzi necessari, lasciando alle località periferiche il ruolo di punti di riferimento, in grado di seguire le emergenze e le fasi di cura lunghe o croniche.

Un episodio a sé è il forte investimento in un centro clinico e di ricerca per la neuroriabilitazione da realizzarsi nell'ospedale di Vipiteno. Lo smantellamento del centro multidisciplinare di via Fago a Bolzano ha creato anni fa un vuoto che ha causato molte vittime per mancato intervento post ictus. Ma soprattutto mancano i progetti e gli investimenti per garantire i trattamenti di riabilitazione a coloro che soffrono di malattie croniche e a chi ha superato una situazione critica e rimane bisognoso di ulteriori terapie, terapie riabilitative indispensabili a non perdere l'autonomia personale. Il progetto del centro di Vipiteno è utile, ma non può servire da alibi alla mancanza di offerta di fisioterapia.

### 5.4. Welfare

Di recente sono stati aumentati gli importi degli assegni di cura per i lungodegenti assistiti in casa e nel contempo però vi è stata una stretta verso coloro cui vengono riconosciuti. Da anni sono stati bloccati e poi ridotti gli insegnanti di sostegno nella scuola, nonostante il numero dei bambini che ne hanno bisogno cresca continuamente; nel 2009 sono stati tagliati molti operatori e servizi, il che significa

und Dienste gestrichen, was bedeutet, dass Kindern mit besonderen Bedürfnissen Freizeitaktivitäten, Sozialisierungsmöglichkeiten und damit Chancen auf Selbstständigkeit als Erwachsene vorenthalten werden.

In Südtirol gibt es 150.000 Menschen, die wegen psychischer Probleme in Behandlung sind, darunter viele Jugendliche. Leider fehlen Synergien zwischen dem Sanitäts- und Sozialwesen und der Gemeinde, die für eine Rehabilitation und die Wiedererlangung der Selbstständigkeit nötig sind. Verglichen mit der Zeit, als dieser Bereich unter dem damaligen Landesrat Saurer ins Leben gerufen wurde, hat es heute mit der faktischen Trennung von Sozial- und Gesundheitswesen einen Rückschritt gegeben. Es mangelt entweder am Willen oder an der Fähigkeit, diese beiden Bereiche zusammenzuführen. Die Gemeinden sind nicht imstande, das Personal zur Verfügung zu stellen, das es für die Wiedereingliederung und Beratung braucht.

Übrig bleiben das Misstrauen und das Desinteresse gegenüber den Schwachen. Auch die Wiedereinführung in die Arbeitswelt ist versperrt. Es gibt nur Arbeitsmöglichkeiten in geschützten Werkstätten oder an geschützten Arbeitsplätzen.

## 5.5. Die Schule

Der Schule wurde im Zuge der Reform die 5-Tage-Woche *übergestülpt*. Auf der Welle der staatlichen Reform, die Einsparungen zum Ziel hatte, will man trotz stabiler öffentlicher Ausgaben – auch zugunsten der Privatschulen – den Unterricht an allen Schulen auf fünf Tage verteilen, an den Volksschulen wie an den Gymnasien sowie an den technischen Schulen, an den deutschen wie an den italienischen. Trotz der vehementen Ablehnung, die dieser Vorschlag hervorgerufen hat, und trotz der Ablehnung seitens der PolitikerInnen und der italienischen Schule, hat man einen Kompromiss erreicht, indem in den Haushaltsvoranschlag 2012 ein Artikel eingefügt wurde, mit dem man die Zuständigkeit für den Stundenplan aus der Autonomie der Schulen herausnimmt und dem Landtag überträgt. Dieser wird den Gemeindenverband und den Landesschulrat in der Angelegenheit anhören, ihre Meinungen sind jedoch nicht bindend. Die Fünf-Tage-Woche an den Schulen, die für die Familien der Landesangestellten, die am Wochenende immer frei haben, von Vorteil ist, nimmt weder auf die Unterschiede im Lebensstil zwischen Stadt und Land noch auf die Eltern Rücksicht, die samstags arbeiten. Auch die Situation der FahrschülerInnen, die im Falle von Nachmittagsunterricht morgens um sechs das Haus verlassen und abends um sechs heimkommen und danach noch Hausaufgaben erledigen und lernen müssen, wird nicht berücksichtigt. Für Sport, Musik

negare ai bambini diversamente abili le attività di tempo libero, la socializzazione, la possibilità di diventare adulti più autonomi.

In Sudtirolo vi sono 15.000 persone in cura per disagio mentale, fra cui moltissimi giovani. Mancano purtroppo le sinergie fra il settore sanitario, quello sociale e la città, necessarie per la riabilitazione e la ripresa dell'autonomia. Rispetto al tempo in cui questo settore è stato messo in piedi, con l'allora assessore Otto Saurer, si è tornati indietro separando di fatto sanità e sociale. Manca la capacità o la volontà di mettere insieme questi due aspetti e quella dei Comuni di mettere in gioco le risorse umane per rendere possibile il reinserimento e l'accoglienza. Ciò che rimane è la diffidenza e il disinteresse verso chi sia portatore di fragilità. Anche il reinserimento lavorativo è bloccato. Si lavora solo in laboratori o luoghi protetti, mentre il mondo del lavoro si è fatto più escludente.

### 5.5. La scuola

La scuola ha subito la "riforma dei 5 giorni". Sull'onda della riforma nazionale, che aveva come scopo il risparmio, pur rimanendo qui stabile la spesa pubblica (anche a favore delle scuole private), si vuole riordinare su cinque giorni l'orario di tutte le scuole, dalle elementari ai licei classici, alle scuole tecniche, sia di lingua tedesca che di lingua italiana. Nonostante la forte ostilità che questa proposta ha sollevato e la contrarietà dei politici e della scuola in lingua italiana, si è raggiunto un compromesso, inserendo nel bilancio di previsione del 2012 un articolo con il quale si sottrae all'autonomia della scuola la competenza sull'orario scolastico e la si affida alla Giunta provinciale. La Giunta dovrà interpellare sulla sua proposta di orario il Consorzio dei Comuni e il Consiglio scolastico provinciale, i cui pareri tuttavia non sono vincolanti. La scuola su cinque giorni, adatta alle famiglie di impiegati provinciali con fine settimana sempre libero, non tiene conto della differenza degli stili di vita in città e nei piccoli centri, né dei genitori che lavorano il sabato, né degli e delle studenti pendolari che quando hanno i rientri pomeridiani partono da casa alle 6 di mattina, ritornano alle 6 di sera e a quell'ora devono fare i compiti e studiare. Niente più tempo per lo sport, la musica, gli amici e le amiche. Inutilmente insegnanti, studenti e genitori hanno raccolto firme e presentato petizioni. La riforma cancella prerogative dell'autonomia della scuola, sottraendo al collegio dei/delle docenti la possibilità di decidere tenendo conto degli obiettivi pedagogici. Per recuperare le ore, oltre ai rientri pomeridiani, si riduce la pausa estiva. Insegnanti e famiglie, che tradizionalmente andavano al mare in giugno, saran-

und Freunde bleibt da keine Zeit mehr. LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern haben vergeblich Unterschriften gesammelt und Ansuchen eingereicht. Die Reform hebt die Schulautonomie auf, indem sie den Lehrerkollegien die Möglichkeit entzieht, Entscheidungen nach pädagogischen Gesichtspunkten zu treffen. Um die vorgeschriebene Anzahl von Unterrichtsstunden zu erreichen, werden neben der Einführung des Nachmittagsunterrichts auch die Sommerferien verkürzt. LehrerInnen und Familien, die üblicherweise im Juni ans Meer gefahren sind, werden gezwungen sein, in der Hochsaison Ferien zu machen, wenn die Urlaubsorte überfüllt und die Preise am höchsten sind. Die Anstrengung seitens der Politik, etwas zu erreichen, was die einzelnen Schulen im Rahmen ihrer eigenen Autonomie hätten regeln können, befremdet und verursacht Unzufriedenheit und Kränkung bei den Angestellten der Schule, ohne die eigentlichen Aufgaben der Politik zu erfüllen, die darin bestehen, die Zielsetzungen der Bildung, das Erlernen der Sprachen, die Anleitung zum Zusammenleben und die Kenntnis der Geschichte aufzuzeigen.

An einigen technischen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache wurde die Zahl der Unterrichtsstunden für die Zweitsprache gekürzt, während die italienischen Schulen eine gewisse Freiheit im Zweit- und Fremdsprachenbereich, auch was die Unterrichtssprache anbelangt, erreichen konnten, indem sie traditionelle Tabus bezüglich der rigiden Interpretation des Artikels 19 des Autonomiestatuts gebrochen haben. Einige Bozner Mittelschulen haben auf Druck der Eltern Versuche gestartet, die mit bis zu 13 Deutschstunden in Richtung einer paritätischen Schule weisen. Ohne großen Lärm, um ein Aufscheuchen der extremen Rechten zu vermeiden, versucht man Methoden wie das schon seit 1994 entwickelte und in vielen europäischen Staaten verbreitete *Clil, Content and Language Integrated Learning*, einzuführen, die sich den in ganz Europa verwendeten Methoden zum Sprachenerwerb annähern. Offiziell sind die Einwände dagegen noch immer stark. Über den Artikel 19 wird jedoch auch in der deutschen Schule diskutiert. Ihre Gremien vertreten den Standpunkt, dass die italienischsprachigen ZweitsprachenlehrerInnen durch qualifizierte deutschsprachige LehrerInnen (vielleicht C2-Nachweis) ersetzt werden könnten. Damit würde das Muttersprachlerprinzip entfallen, mit dem über Jahrzehnte die Anwendung moderner Sprachlehrmethoden verhindert wurde. Auf politischer Ebene hat es einige beunruhigende Episoden in Form von kritischen Anfragen im Landtag gegeben, welche die höheren Kosten für die italienische Schule gegenüber der deutschen zum Gegenstand hatten. Auch die entsprechenden Antworten seitens des Landtagspräsidenten, welchen die hohen Lebenshaltungskosten in den Städten und die Tatsache, dass die schulische Integration der jungen EinwandererInnen fast ausschließlich in den italienischen Schulen geschieht, unbeeindruckt zu lassen scheinen, waren Thema.



no costretti a fare le vacanze nei periodi centrali dell'estate, quando c'è maggiore affollamento e i prezzi sono più elevati. Colpisce negativamente l'impegno enorme che è stato messo dalla politica per ottenere un risultato che sarebbe stato raggiunto con migliori risultati in autonomia da ogni scuola e ha creato malcontento e umiliazione nei soggetti della scuola, trascurando i veri compiti della politica, quelli di segnalare gli obiettivi dell'istruzione, l'apprendimento delle lingue, la pedagogia della convivenza, e la conoscenza della storia.

In alcune scuole tecniche di lingua tedesca sono state tagliate le ore della seconda lingua, mentre quelle italiane sono riuscite a conquistarsi una certa libertà nell'insegnamento della seconda e delle altre lingue, anche con uso veicolare, superando il tradizionale tabù dell'interpretazione rigida dell'articolo 19 dello Statuto. Alcune scuole medie di Bolzano hanno introdotto sperimentazioni che vanno in direzione di una scuola paritetica, sotto la pressione dei genitori, con un orario in cui le ore di tedesco arrivano anche a 13. Sempre senza clamore, per non suscitare le reazioni dell'estrema destra tedesca, si cerca di introdurre metodi che si avvicinano a quelli adottati in tutta Europa per l'apprendimento delle lingue, come il Clil, *Content and Language Integrated Learning*, apprendimento integrato di lingua e contenuto, creato già nel 1994, e diffuso in molti Paesi europei. A livello ufficiale però i veti sono ancora forti. L'articolo 19 tuttavia viene messo in discussione anche per la scuola tedesca, i cui vertici sostengono che sarebbe possibile sostituire gli insegnanti della seconda lingua di madrelingua italiana con altri di lingua tedesca in possesso di competenze e certificazioni (forse il certificato C2). Cadrebbe così il principio della madrelingua su cui per decenni si è cercato di impedire l'adozione di sistemi moderni per l'apprendimento delle lingue. Nell'ambito politico invece vi sono stati alcuni episodi inquietanti, con interrogazioni critiche in Consiglio provinciale sul maggior costo delle scuole italiane rispetto a quelle di lingua tedesca, e risposte, da parte del presidente della Giunta, che non sembrano del tutto consapevoli degli alti costi della realtà urbana, e del fatto che l'integrazione scolastica dei giovani immigrati passa quasi tutta per le scuole italiane.

L'apertura ad altre, diverse certificazioni della conoscenza delle lingue ufficiali, che hanno soppiantato l'unicità del patentino, ha migliorato l'accertamento, che tiene conto delle cinque abilità, in maniera più efficace del vecchio patentino che verificava solo quella traduttiva.

Nel 2011 è stata chiusa – senza che si abbia un progetto sostitutivo – l'esperienza della bella rivista *STORIAE*, che per tanti anni è stata uno strumento apprezzato ed equilibrato, per docenti e studenti della scuola non solo italiana. Il “Centro di storia regionale-Zentrum für Regionalgeschichte” dovrebbe diventare

Die Öffnung unterschiedlicher Wege zum Nachweis der Kenntnis der Amtssprachen, welche den bisher einzig möglichen Zweisprachigkeitsnachweis ersetzen, hat die Prüfung verbessert, welche alle fünf Fertigkeiten viel besser als der alte Zweisprachigkeitsnachweis berücksichtigt, der lediglich das Übersetzen überprüfte.

2011 wurde die Produktion der Zeitschrift „STORIAE“ eingestellt, ohne dass ein Ersatz dafür in Sicht wäre. Über viele Jahre hat „STORIAE“ auch über die italienische Schule hinaus als ausgewogenes und geschätztes Instrument für LehrerInnen und SchülerInnen gegolten. Das *Zentrum für Regionalgeschichte/Centro di storia regionale* sollte sich zum Institut für Geschichtsforschung entwickeln. Im November wurde das Gremium eingerichtet, das seine Form bestimmen wird. Die Vereinigung *Associazione Storia e Regione/Geschichte und Region* hat einstweilen eine Reihe von Garantieforderungen unterbreitet. Unter anderem wird verlangt, dass das Zentrum politisch unabhängig ist, dass unter den ForscherInnen alle Volksgruppen vertreten sind und dass die neue Einrichtung nicht zu Lasten der Finanzierung anderer Zentren und Vereinigungen ist, die sich mit Geschichtsforschung befassen.

## **6. Großprojekte. Eine Frage der Demokratie.**

Die Schulden, die durch Großprojekte entstehen, die allzu oft ohne Überprüfung der Notwendigkeit beschlossen und ohne gesicherte Finanzierungspläne begonnen werden, belasten die Zukunft mehrerer Generationen. Wie im übrigen Staatsgebiet werden Bauvorhaben in Angriff genommen, ohne die Bevölkerung ausreichend zu informieren oder ihren Willen zu berücksichtigen. Auf wie viel müssen die Haushalte und die Menschen verzichten, damit Flugplätze erweitert, Tunnels gebaut, anderweitig wiederverwertbarer Müll in giftige Gase umgewandelt, hunderte von ungenutzten Wohnhäusern und Fahrsicherheitszentren für Gokart-Rennen am Wochenende errichtet werden können?

### **6.1. Der Verbrennungssofen**

Der riesige Verbrennungssofen, der alle bestehenden Öfen ersetzen soll, die 90.000 Tonnen Müll verbrennen, hat nach der nie überprüften und mittlerweile alten Schätzung aus dem Jahre 2002, die von einer Müllzunahme ausging, eine Kapazität von 130.000 Tonnen und mehr. Die Mülltrennung und die Krise verursachen jedoch eine stetige Verringerung. Die Kosten für den im Bau befindlichen

l'Istituto di riferimento per la ricerca storica; in novembre è stata insediata la commissione che ne determinerà la forma. L'associazione Storia e Regione/Geschichte und Region ha avanzato nel frattempo la richiesta di una serie di garanzie, chiedendo fra il resto che il Centro sia autonomo dalla politica, che fra i ricercatori siano rappresentati tutti i gruppi linguistici, e che il nuovo istituto non pregiudichi il finanziamento di altri enti e associazioni che si occupino di ricerca storica.

## **6. Grandi opere. Una questione di democrazia.**

Decise spesso senza averne prima accertato la reale necessità e partite con piani di finanziamento incerti, le grandi opere proiettano i debiti nel futuro pesando su più generazioni. Come nel resto d'Italia anche in Sudtirolo si parte senza informare adeguatamente la popolazione e senza tenere conto della sua volontà. Nel momento in cui i mezzi finanziari si riducono, quanto si devono sacrificare i bilanci e le vite delle persone per ampliare aeroporti, per costruire tunnel, per trasformare in fumi velenosi materie seconde altrimenti riciclabili, per costruire centinaia di nuovi palazzi che rimangono vuoti, per creare centri di guida sicura dove il fine settimana si va a correre sui gokart?

### **6.1. Il megainceneritore**

Il nuovo megainceneritore sostituirà quelli esistenti che bruciano 90.000 tonnellate di rifiuti, avrà la capacità di bruciarne 130.000 o più ed è stato progettato sulla base della vecchia (2000) previsione di una crescita, che in realtà non si è poi verificata. Al contrario, la raccolta separata e la crisi economica portano a una progressiva riduzione dei rifiuti. Il costo dell'opera in costruzione quest'anno è improvvisamente aumentato di altri 25 milioni di euro, portando la cifra complessiva dai 62 milioni della prima delibera (2003) a 123 milioni di euro. L'anno scorso è stato acceso un mutuo di 122 milioni. La Provincia ha dichiarato di non volersi accollare la spesa aggiuntiva, ed ora si cerca di capire chi pagherà le spese. Da molti anni comitati di cittadini e cittadine pongono domande ed esprimono preoccupazioni riguardanti l'aspetto sanitario, ambientale ed economico. Mai tuttavia le autorità e i tecnici di Provincia e Comune hanno accettato di confrontarsi sul merito. Esperti nazionali e internazionali hanno messo in luce la pericolosità delle nano particelle emesse dagli inceneritori di ultima generazione, e hanno illustrato i sistemi (come

Ofen sind in diesem Jahr plötzlich um weitere 25 Millionen Euro gestiegen, womit die Gesamtkosten von ursprünglich 62 Millionen Euro seit dem ersten Beschluss 2003 auf insgesamt 123 Millionen Euro steigen werden. Im vergangenen Jahr wurde ein Kredit in Höhe von 122 Millionen aufgenommen. Das Land hat erklärt, dass es die Mehrkosten nicht übernehmen wolle; nun bleibt abzuwarten, wer das ausbaden wird. Seit Jahren verleihen Bürgerinitiativen ihrer Sorge bezüglich Gesundheits-, Umwelt- und Finanzrisiken Ausdruck. Nationale und internationale ExpertenInnen haben die Gefährlichkeit der Nano-Partikel aufgezeigt, die von den neuesten Verbrennungsöfen ausgestoßen werden, und haben auf eine saubere lückenlose Mülltrennung (siehe Vedelago) verwiesen, mit welcher enorme Einsparungen möglich sind. Die Behörden und TechnikerInnen haben sich jedoch für die Konfrontation entschieden. Die von diesem übereilten und wenig weitsichtigen Vorhaben verursachte Verschuldung wird in jedem Fall auf die BürgerInnen zurückfallen. Im Dezember haben an die zwanzig Banken den Finanzierungsantrag über 130 Millionen Euro seitens des Landes zum Ankauf von Zügen abgewiesen, weil der gebotene Zinssatz zu niedrig war. Dies ist ein Alarmzeichen. Werden wir *gezwungen* sein, Müll zu importieren, um die Schulden bezahlen zu können?

## 6.2. Der Brenner-Basis-Tunnel

Mit dem Bau des Brenner-Basis-Tunnels wurde offiziell am 18. April begonnen. In Wirklichkeit wird der Bau wegen der österreichischen Haushaltsprobleme 2016 beginnen; die Termine für seine Verwirklichung werden immer wieder nach hinten verschoben. Im Mai 2006 hat man versichert, das Projekt würde innerhalb 2015 abgeschlossen sein. Für den Gotthard-Tunnel, der sich ausschließlich auf Schweizer Gebiet befindet, hat man siebzehn Jahre gebraucht. Wenn Italien so tüchtig ist wie die Schweiz und wenn viel Geld zur Verfügung steht, wird der Brenner-Basis-Tunnel 2033 fertig sein. Mitte Dezember hat die österreichische Finanzministerin Maria Fekter ihre Sorge über die langjährige Verschuldung geäußert, welche sich, laut dem österreichischen Rechnungshof in Wien, bisher auf 24 Milliarden Euro beläuft und das Risiko birgt, künftige Generationen zu belasten. Diese Sorge scheint für den italienischen und Südtiroler Anteil der Arbeiten nicht zu gelten.

quello di Vedelago) di raccolta separata al 100 per cento, che permetterebbe enormi risparmi. L'indebitamento causato da questo investimento avventato e poco lungimirante ricadrà sicuramente sulla cittadinanza. In dicembre una ventina di banche hanno rifiutato la richiesta di finanziamento di circa 103 milioni di euro da parte della Provincia, per comperare treni, perché il tasso di interesse offerto era troppo basso. Un segnale di pericolo. Saremo "costretti" a importare rifiuti per pagare i debiti?

## 6.2. Il tunnel del Brennero

I lavori di costruzione del tunnel del Brennero sono iniziati ufficialmente il 18 aprile. In realtà, per i problemi di bilancio austriaci, si comincerà nel 2016 e i tempi di realizzazione slittano sempre più avanti. Nel maggio 2006 si assicurava che nel 2015 l'opera sarebbe stata compiuta. Per il tunnel del Gottardo interamente in territorio svizzero ci sono voluti 17 anni, quindi se l'Italia sarà brava quanto la Svizzera e se ci saranno molti soldi, sarà finito nel 2033. A metà dicembre la ministra delle finanze dell'Austria, Maria Fekter, ha espresso preoccupazioni per il lunghissimo indebitamento, che secondo la Corte dei conti di Vienna ha portato per ora il costo a 24 miliardi di euro e rischia di pesare sulle prossime generazioni. Una preoccupazione che non pare toccare la parte italiana e sudtirolese dell'opera.

## 6.3. Areale ferroviario

Quest'anno è stato indetto il concorso per il progetto dell'areale ferroviario di Bolzano, vinto dall'architetto Boris Podrecca. Per questa operazione non è mai stata fatta un'analisi costi-benefici, per capire di che cosa avesse bisogno Bolzano e se l'unico modo per finanziare i servizi fosse quello di cementificare il proprio territorio. Anzi da qualche anno sono stati aboliti i piani urbanistici, sostituiti da vaghi Masterplan, dove i vincoli e la consultazione della popolazione non disturbano i proponenti. Il progetto prevede lo spostamento dei binari a Rencio per fare posto a un nuovo quartiere. Il fatto è che Bolzano non ha bisogno di migliaia di case nuove, costruite oltretutto in una zona chiamata "Siberia", per la mancanza di sole e le basse temperature invernali. Ha senso costruirle solo per dar lavoro all'edilizia? Già il concetto di "densificazione" adottato negli anni scorsi dal comune del capoluogo ha favorito la speculazione e ridotto la qualità della vita in tante zone della

### 6.3. Bahnhofsareal

2011 wurde der Wettbewerb für das Projekt des Bahnhofsareals ausgeschrieben, der vom Architekten Boris Podrecca gewonnen wurde. Für dieses Vorhaben wurde nie eine Kosten-Nutzen-Analyse erstellt, um festzustellen, was Bozen braucht und ob das Zubetonieren des eigenen Landes der einzige Weg ist, die Dienstleistungen zu finanzieren. Seit einigen Jahren sind die Raumordnungspläne abgeschafft und durch unklare Masterpläne ersetzt worden, bei denen Auflagen und Anhörungen der Bevölkerung die Antragssteller nicht stören sollen. Das Projekt sieht die Verlegung der Schienen nach Rentsch vor, um einem neuen Stadtviertel Platz zu machen. Tatsächlich hat Bozen keinen Bedarf an tausenden neuen Wohnungen, zumal in einer Gegend, die wegen des Mangels an Sonne und der eisigen Wintertemperaturen auch „Sibirien“ genannt wird. Macht es Sinn, ein Stadtviertel nur zum Nutzen der Bauwirtschaft zu schaffen? Die von der Gemeinde Bozen in den letzten Jahren verfolgte Strategie der Verdichtung hat Spekulationen begünstigt und die Lebensqualität in vielen Teilen der Stadt vermindert. Eine sorgfältige neue Untersuchung durch einen Gemeinderat der Bürgerliste „5 stelle“ hat gezeigt, dass in Bozen mehr als 5.860 Wohnungen leer stehen; auch 241 Wohnungen des Südtiroler Wohnbauinstitutes sind unbewohnt. Was überrascht, ist die Tatsache, dass die Gemeinde Bozen die genaue Zahl der leer stehenden Wohnungen nicht kennt, für welche die Regierung die IMU, eine einheitliche Gemeindesteuer auf Immobilien anstelle der bisherigen ICI, einhebt. In der Auseinandersetzung zwischen denjenigen, die Neubauten wollen, und jenen, die eine Wiedergewinnung von alter Bausubstanz befürworten, hat sich der Bürgermeister für das Schonen von Bauland ausgesprochen. Möglicherweise bringen die Wiedereinführung der Immobiliensteuer und ihre Neudefinition die großen Bauunternehmer dazu, fertiggestellte Wohnungen nicht über Jahre leer stehen zu lassen und die kurz vor Bauabschluss stehenden zu vollenden. Die Bauwirtschaft könnte sich in Richtung Wiedergewinnung und Abbau architektonischer Barrieren im Innen- und Außenbereich von bestehender Bausubstanz orientieren.

### 6.4. Der Flugplatz

In einer seiner Sitzungen im Dezember hat der Landtag die Verlängerung der Landebahn des Flugplatzes in St. Jakob beschlossen. Die Arbeiten werden im Jänner aufgenommen, zu einem Zeitpunkt, an dem weitere Haushaltskürzungen vorgenommen werden sollen, die sich auf ungefähr fünf Prozent belaufen werden. Die

città. Una recente accurata ricerca di un consigliere comunale della Lista 5 stelle, ha dimostrato che a Bolzano vi sono più di 5.860 appartamenti vuoti, e che anche l'Ipes ha 241 alloggi vuoti. Ciò che più ha sorpreso è che il Comune non sembra conoscere il numero esatto degli appartamenti vuoti su cui il governo imporrà l'Imu, la nuova Ici, imposta municipale unica sugli immobili. Nell'ambito della polemica fra chi vuole nuove costruzioni e chi pensa che sia opportuno recuperare il costruito, il sindaco ha fatto una dichiarazione a favore del risparmio di territorio. Forse la reintroduzione dell'imposta sugli immobili e la sua riformulazione spingeranno i grandi costruttori a non lasciare liberi per anni gli appartamenti finiti e a finire quelli che vengono lasciati incompiuti poco prima del completamento. L'edilizia potrebbe essere indirizzata al recupero ambientale e all'abbattimento delle barriere architettoniche esterne e interne del patrimonio edilizio esistente.

#### 6.4. Aeroporto

In una delle sedute di dicembre la Giunta provinciale ha deciso di allungare la pista dell'aeroporto di S. Giacomo. I lavori cominceranno in gennaio, mese in cui verranno decisi gli ulteriori tagli del bilancio, che si aggireranno sul 5 per cento. I soldi dell'aeroporto sono salvi, nonostante il referendum e una costosa mediazione che, anche se condotta senza prendere in considerazione l'opzione zero, aveva comunque escluso l'allungamento. L'aeroporto di S. Giacomo ha i conti in rosso, come e più di tutti i nano-aeroporti d'Italia. I voli costano molto e ci sono due aeroporti, a Innsbruck e a Verona, distanti un'ora e mezza di treno o di auto. L'aumento dei prezzi del petrolio e la prevista recessione in Italia e in Europa non fanno prevedere un boom. Il presidente Luis Durnwalder ha promesso che l'allungamento della pista garantirà voli a basso costo, non superiore a 200 euro.

Zuschüsse für den Flughafen sind gesichert, obwohl es ein Referendum und eine kostspielige Schlichtung gegeben hat, welche eine Verlängerung auf jeden Fall ausgeschlossen hat, auch wenn die Null-Variante außer Acht gelassen wurde. Der Flughafen St. Jakob schreibt rote Zahlen, genauso wie und sogar stärker als die anderen Mini-Flughäfen Italiens. Die Flüge sind teuer und außerdem gibt es die beiden Flughäfen von Innsbruck und Verona, die eineinhalb Zug- oder Autostunden entfernt sind. Die Verteuerung des Treibstoffes und die für Italien erwartete Rezession lassen keinen Boom erwarten. Landeshauptmann Luis Durnwalder hat versprochen, dass die Verlängerung der Landebahn günstige Flüge unter 200 Euro garantieren wird.

## 7. Die sterilen Früchte der blockfreien Politik

Zu Beginn des Jahres wurde die öffentliche Berichterstattung von den bevorzugten Themen und Aktivitäten der Lokalpolitik bestimmt, von den großen und kleinen ethnischen Fragen und Angelegenheiten. Der beinahe ruhige Ausblick wurde durch einige kurzzeitige, aber sehr bewegende Erfolge der sogenannten *blockfreien* Strategie gestört: Die SVP präsentierte sich der Südtiroler Bevölkerung, als würde sie außerhalb der normalen politischen Debatte stehen. Diese Haltung entstand aus dem Kompromiss zwischen den Volksvertretern, welche die Regierung Berlusconi unterstützen wollten, weil sie mit seiner Politik einverstanden waren, und jenen, die sich auf die Seite der Linksoption schlagen wollten. Sie hat sich aus Überzeugung und noch mehr aus Interesse aus einer Reihe von Blitzaktionen und persönlichen Abmachungen mit Ministern entwickelt, die sich darauf einließen. Am Anfang der Legislaturperiode gab es wenig Spielraum, weil die Regierung über eine starke Mehrheit verfügte, aber allmählich wurde sie geschwächt, die kleine Anzahl der SVP-Stimmen gewann wieder an Verhandlungswert. Die *Verhandlungsware* war jedoch nicht das Ergebnis einer gemeinsamen, partnerschaftlichen Arbeit im Landtag oder von einvernehmlichen Lösungsversuchen der Sprachgruppen; vielmehr sollten Erfolge für die Partei erzielt werden, indem man versucht hat, Einigungsversuche mit den italienischsprachigen Vertretern auch in solchen Belangen zu umgehen, die beim Abschluss der Südtirolfrage der Lokalpolitik überlassen wurden. Seit 1992 wurden die ethnischen Fragen nie erfolgreich gelöst, indem man die große und übergreifende Mehrheit angesprochen hätte, die es in der Bevölkerung gibt; man ist immer den extremistischen Minderheiten nachgelaufen, die man offensichtlich als wichtiger für die Partei angesehen hat.



## 7. I frutti sterili della politica “blockfrei”

Nella prima parte dell’anno lo spazio pubblico è stato dominato dai temi e dalle occupazioni preferite dalla politica locale: questioni etniche e affari, grandi e piccoli. Il panorama della politica locale quasi tranquillo è stato animato da alcuni successi, spesso non duraturi, ma di grande emozione, della politica cosiddetta *blockfrei*, fuori dagli schieramenti: così si è definita la Svp, estranea al normale dibattito politico della Repubblica Italiana. Era nata dal compromesso fra coloro che volevano appoggiare il governo Berlusconi condividendone la politica e coloro che volevano stare dalla parte dell’opposizione di centro sinistra. Si è poi sviluppata in una serie di blitz e accordi personali con ministri disponibili, per convinzione e più spesso per interesse. All’inizio di legislatura c’era poco spazio, perché il governo aveva una maggioranza forte, ma più la maggioranza si indeboliva, più i pochi voti dei deputati Svp ritornavano a crescere di valore contrattuale. La “merce contrattata” tuttavia non è stata il frutto di un’elaborazione fra partner di Giunta provinciale, o della ricerca di soluzioni consensuali fra gruppi linguistici, ma al contrario si è cercato di ottenere successi per il partito, aggirando la ricerca di consenso con i rappresentanti del gruppo linguistico italiano anche su tematiche che la chiusura della vertenza sudtirolese aveva lasciato da risolvere alla politica locale. Dal 1992 le problematiche etniche non sono mai state affrontate con successo, facendo riferimento alla maggioranza ampia e trasversale – che esiste nella popolazione – ma rincorrendo le minoranze estremiste, considerate evidentemente più importanti per gli interessi di partito.

### 7.1. La lettera di Bondi e il fregio di Piffrader

*“Il nostro presidente Luis Durnwalder è un mercante di buoi ma il suo mestiere lo sa fare. Mette sul piatto della bilancia i due voti dei deputati della Svp e in cambio riesce a portare a casa tutto. Da quando il governo Berlusconi è in bilico, quei due voti sono diventati un patrimonio. Bolzano ha conquistato la propria fetta del Parco Nazionale dello Stelvio e sulla delicatissima vicenda dei monumenti che ricordano il fascismo – e anche gli alpini – è arrivata carta bianca. Il ministro Bondi – per avere l’astensione dell’onorevole coppia Svp – ha mandato una lunga lettera che si può sintetizzare così: presidente Durnwalder, faccia quello che le pare”.* (Intervista a Hans Heiss in Livini/Meletti 2011).

## 7.1. Bondis Brief und der Piffrader Fries

„Unser Landeshauptmann Durnwalder ist ein Viehhändler, aber er versteht sein Handwerk. Er legt die Stimmen der beiden SVP-Abgeordneten in die Waagschale und bekommt alles dafür. Seit sich die Regierung Berlusconi im labilen Gleichgewicht befindet, sind diese beiden Stimmen Gold wert. Südtirol hat seinen Anteil am Stilfserjoch Nationalpark erobert, und in der äußerst heiklen Angelegenheit der Monumente, die an den Faschismus und an die Alpini, die italienischen Gebirgsjäger, erinnern, gibt es freie Hand. Minister Bondi hat als Gegenleistung für die Stimmenthaltung der beiden ehrenwerten SVP-Abgeordneten einen langen Brief gesandt, den man wie folgt zusammenfassen kann: Landeshauptmann Durnwalder, tun Sie, was Sie wollen.“ (Hans Heiss im Interview, Livini/Meletti 2011).

Gegen das Nationalpark-Geschenk protestieren die Umweltgruppen, welche die erklärten Absichten des Landeshauptmannes und Jägers fürchten: die Verringerung der Flächen, in denen jede Bautätigkeit verboten ist, die Beschleunigung von urbanistischen Vorhaben, die Kapitalisierung des Wasserreichtums durch den Bau von Elektrowerken, die offizielle Eröffnung der Jagd, die er übrigens unter dem Vorwand der Verringerung des Wildbestandes schon betreibt und zu der er hunderte Jagdfreunde einlädt.

Der Brief von Minister Bondi erweist sich auf lokalpolitischer Ebene als nicht ungefährlich. Die Reaktionen darauf sind gegensätzlich und alle sind emotional. Ein euphorischer Durnwalder erklärt, er werde notfalls *persönlich* den von Hans Piffrader (1888–1950) geschaffenen Fries am Finanzamtsgebäude, der früheren *Casa Littoria*, entfernen. Das Halbr relief besteht aus 57 Blöcken Travertin, ist 35 Meter lang und 5,5 Meter hoch. Der Landeskommandant der Schützen, der wenige Monate vorher gerade auf dem Platz vor dem Justizpalast aufmarschiert war, lobt die SVP. Es wird ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben, 481 Vorschläge werden eingereicht. Die fünf Erstplatzierten, die von einer eigens eingerichteten Kommission ermittelt werden, erhalten jeweils 4.000 Euro. Durnwalder findet allerdings an keinem Gefallen, also wird nichts unternommen. Die Gemeinde, auf die man den riesigen finanziellen und bürokratischen Aufwand abwälzen will, zögert, weil man in der Zwischenzeit erkannt hat, dass der Freibrief eines verzweifelten Ministers, der um seinen Sessel bangt, nicht genügt, sondern dass es auch der Bewilligungen der Denkmalschützer bedarf. Im Mittagmagazin des RAI Senders Bozen vom 20. April, einer vertiefenden Sendung zu aktuellen Themen, das in Anwesenheit von Architekt Piller von Robert Asam moderiert wird, protestieren empörte Frauen aus allen Landesteilen gegen die Vergeudung von Geldern, „um etwas von einem Ort

Contro il “regalo” del Parco dello Stelvio, protestano gli ambientalisti, che temono le dichiarate intenzioni del presidente cacciatore, che vuole ridurre le aree in cui è vietata l’edificazione, sveltire le pratiche urbanistiche, capitalizzare il patrimonio dell’acqua con la costruzione di centrali elettriche, aprire legalmente la caccia, che peraltro lui già pratica con la scusa dello “sfoltimento”, invitando centinaia di “amici” con il fucile.

La lettera di Bondi si rivela un uovo di serpente per la politica locale. Le reazioni sono contrastanti e tutte accorate. Durnwalder euforico dichiara che se necessario andrà “di persona” a smontare il fregio scolpito sul palazzo degli Uffici finanziari, ex casa littoria, da Hans Piffraeder (1888-1950). Il bassorilievo è composto da 57 blocchi di travertino, è lungo 35 metri e alto 5,5. Il comandante degli Schützen che aveva marciato proprio in piazza del Tribunale pochi mesi prima, loda la Svp. Viene indetto un concorso per progetti e idee e le proposte sono ben 481. Gli autori delle prime cinque selezionate dall’apposita commissione ricevono 4.000 euro ciascuno. Però a Durnwalder non ne piace nessuna, così non se ne fa nulla. Il Comune di Bolzano su cui si vuole scaricare una spesa enorme e le pratiche burocratiche, nicchia, perché nel frattempo si capisce che non basta la lettera-pizzino di un ministro disperato di perdere la poltrona, ma servono anche le autorizzazioni dei conservatori. Il 20 aprile, al *Mittagsmagazin*, programma di approfondimento su temi di attualità della redazione di RAI-Sender Bozen, quel giorno condotta da Robert Asam e con l’architetto Piller in studio, donne indignate da ogni parte della provincia protestano contro lo spreco di denaro pubblico “per spostare una cosa che nessuno ha mai visto” e anche “perché non si deve cancellare la memoria del fascismo”. L’architetto Oswald Zoegeler, docente alle università di Venezia e Firenze, esprime la sua indignazione per altre ragioni: *“Contro l’arte degenerata erano i nazisti, i politici non hanno diritto di decidere quale arte possiamo vedere e quale no. [...] Piffraeder è stato uno dei più grandi artisti sudtirolesi dello scorso secolo e il suo fregio alla ex-casa littoria da settant’anni non è più un manifesto politico, non lo è stato mai, era soprattutto un’opera d’arte e oggi lo è più che mai. Il male del nazismo e del fascismo è da cercare nella testa della gente”*. La gente va a vedere il fregio nella piazza deserta (così sono le nuove piazze volute dal comune). Ma l’effetto più notevole della lettera di Bondi si ha nel Pdl, partito di Bondi stesso, che a Bolzano ha una linea di scatenato nazionalismo. La leader e deputata, Michaela Biancofiore, molto vicina al (allora) ministro degli esteri Franco Frattini, che voleva costringere ogni maso di montagna ad esporre la bandiera italiana, è spiazzata: alcuni iscritti se ne vanno e scoppia la bufera. Si cerca inutilmente di far cambiare idea a Bondi, che tuttavia, dopo il voto, nonostante la sua campagna acquisti (di voti) abbia dato un buon risultato, dà le di-

zu einem anderen zu schaffen, das noch nie jemand wahrgenommen hat“, und auch, „weil man die Erinnerung an den Faschismus nicht auslöschen darf“. Architekt Oswald Zöggeler, Dozent an den Universitäten von Venedig und Florenz, nennt andere Gründe für seine Empörung:

„Die Nazis waren gegen entartete Kunst. Die Politiker haben kein Recht zu entscheiden, welche Kunst wir sehen und welche nicht [...] Piffnader war einer der größten Südtiroler Künstler des vergangenen Jahrhunderts und sein Fries an der Ex-Casa Littoria, dem ehemaligen Sitz der faschistischen Partei, ist schon seit siebzig Jahren kein politisches Wahrzeichen mehr, war nie ein solches, sondern war vor allem ein Kunstwerk, und heute ist es das mehr denn je. Das Übel des Nationalsozialismus und des Faschismus ist in den Köpfen der Menschen zu suchen.“

Die Menschen gehen zum ausgestorbenen Platz – so will die Gemeinde die neuen Plätze haben –, um sich den Fries anzusehen.

Die bemerkenswerteste Auswirkung zeigt der Bondi-Brief auf die PdL, Bondis eigene Partei, die in Bozen eine ungehemmt nationalistische Linie vertritt. Die Parteivorsitzende Michaela Biancofiore, die dem vormaligen Außenminister Franco Frattini nahestand, die jeden Bergbauernhof zwingen wollte, die italienische Fahne zu hissen, wird ausgetrickst: Einige Parteimitglieder verlassen die Partei und ein Sturm bricht los. Vergeblich versucht man Bondi umzustimmen, der nach der Abstimmung zurücktritt, obwohl seine *Aktion Stimmenkauf* erfolgreich war. Nach ein paar Monaten spricht kein Mensch mehr über Mussolini hoch zu Ross. Bis zum nächsten Mal. Oder bis zur nächsten parlamentarischen Blitzaktion.

Auch die Linke ist nicht zufrieden mit dem, was nach einer Annäherung der SVP an die Rechte aussieht und wohl auch ist. Viele sind nicht damit einverstanden, dass die SVP die italienischen Südtiroler zu übergehen versucht, statt im Konsens mit ihnen Lösungen anzustreben.

## 7.2. Fitto und die Toponomastik

In einem Übereinkommen haben sich die beiden Dachorganisationen der BergsteigerInnen und NaturliebhaberInnen von Südtirol – AVS, Alpenverein Südtirol, und CAI, Club Alpino Italiano, – drei Jahre Zeit gegeben, um Listen von geografischen Bezeichnungen zu erstellen und damit einen konkreten Beitrag zur Lösung eines Problems zu leisten, das vor allem den Politikern am Herzen liegt. Während jedoch der CAI an der Auflistung der italienischen Bezeichnungen arbeitete, hat der AVS einen Großteil der zweisprachigen Schilder durch einsprachige ersetzt,

missioni. Dopo alcuni mesi nessuno parla più del Mussolini a cavallo. Fino alla prossima necessità. O al prossimo blitz parlamentare.

Anche i partiti di centro sinistra non sono soddisfatti di quello che sembra – ed è – un avvicinamento della Svp al governo di destra. Molti sono scontenti che la Svp cerchi di scavalcare i sudtirolesi italiani, anziché perseguire le soluzioni con il metodo del consenso.

## 7.2. Fitto e la toponomastica

Con un accordo l'Avs, *Alpenverein Südtirol* e il Cai, *Club alpino italiano*, le due associazioni di alpinisti e amanti della montagna attive in Sudtirolo, si erano dati tre anni di tempo per stilare degli elenchi di nomi geografici, e contribuire concretamente alla soluzione di un problema che sta molto a cuore soprattutto ai politici. Tuttavia, mentre il Cai stava lavorando alla compilazione dell'elenco dei nomi in lingua italiana, l'Avs ha sostituito gran parte dei cartelli bilingui con cartelli monolingui, in cui addirittura le indicazioni come sentiero, lago, comune, frazione, sinistra e destra, sono quasi sempre solo in tedesco. Poiché in questi anni l'Avs ha ricevuto 4 milioni di euro dalla Provincia, la magistratura ha aperto un'inchiesta, basata sul mancato rispetto del principio statutario del bilinguismo. L'indagine è in corso, quando il ministro delle Regioni Raffaele Fitto, in vacanza in Val di Riva/Reintal, viene intercettato e contattato. Da un incontro in agosto sul Renon, Durnwalder scende con l'accordo firmato da entrambi. La soluzione della questione dei toponimi, mai realizzata nonostante la Provincia ne avesse il potere dal 1948, sembra cosa fatta. In tanti ci avevano provato con disegni di legge, discussioni, consulenze, convegni, tutto inutilmente. I ladini delle Dolomiti scrivono sul loro sito web il 4 agosto: Durnwalder ha trovato l'accordo per i nomi tedeschi, ma ha dimenticato la tedeschizzazione dei nomi ladini della Val Venosta e di tante località famose: "*Plan de Coronas è diventè Kronplatz, Troi Paian àn porvé da traslaté te Heidensteig, Longega è diventada Zwischen wasser*". Viene istituita una commissione paritetica tra Provincia e Stato, con tre componenti di madrelingua tedesca, e uno italiano e – miracolo! – sia il ministro che la Provincia nominano, invece dei soliti comparì di partito, delle persone all'altezza del compito. La commissione infatti trova una soluzione, all'unanimità. La popolazione, che non ne può più di veder riapparire la questione prima di ogni elezione per scatenare emozioni e conflitti, tira un respiro di sollievo. Però Durnwalder non è d'accordo: con una propria lista di nomi geografici italiani che vuole siano cancellati, torna a contrattare con

auf denen sogar Sachbezeichnungen wie Steig, See, Gemeinde, Fraktion, links und rechts fast ausschließlich in deutscher Sprache geschrieben stehen. Da in den besagten Jahren der AVS vom Land vier Millionen Euro erhalten hat, hat das Gericht wegen der Missachtung des statutarisch festgelegten Zweisprachigkeitsprinzips eine Untersuchung angeordnet. Die Ermittlungen sind gerade im Gange, als Regionen-Minister Raffaele Fitto während eines Urlaubs im Reintal kontaktiert wird. Nach einem Treffen mit ihm im August auf dem Ritten kommt Durnwalder mit einer von beiden unterzeichneten Vereinbarung zurück. Die Lösung des Problems, die nie erreicht werden konnte, obwohl Südtirol seit 1948 dazu in der Lage gewesen wäre, scheint perfekt. Viele hatten sich daran versucht. Gesetzesentwürfe, Diskussionen, Beratungen, Zusammenkünfte waren vergebliche Mühe. Die Ladiner schreiben auf ihrer Internetseite am 4. August: Durnwalder hat ein Abkommen für die deutschen Bezeichnungen getroffen, hat aber die Übertragung von ladinischen Namen im Vinschgau und von vielen berühmten Orten ins Deutsche vergessen: „Plan de Corones è diventè Kronplatz, Troi Paian àn porvè da translàtè te Heidensteig, Longega è diventada Zwischenwasser“. Es wird eine paritätische Kommission von Land und Staat eingerichtet; drei Vertreter sind deutscher Muttersprache, einer ist Italiener und – welch ein Wunder! – der Minister und das Land beauftragen statt der üblichen Parteienvertreter Fachleute, die der Aufgabe gewachsen sind. Die Kommission gelangt tatsächlich zu einer einhelligen Lösung. Das Volk, das es müde ist, die Angelegenheit vor jeder Wahl wieder aufflammen zu sehen, damit Emotionen und Konflikte ausgelöst werden, stößt einen Seufzer der Erleichterung aus. Durnwalder ist jedoch nicht einverstanden: Er beginnt, mit dem Minister über eine eigene Liste von italienischen geografischen Namen, die er gerne entfernt sähe, zu verhandeln. Die Kommission tut ihre Empörung auch öffentlich kund. Als die Rechtsregierung stürzt und mit ihr Minister Fitto, bleibt die Angelegenheit im Raum stehen. In der Zwischenzeit wird die gerichtliche Untersuchung archiviert, das Aufstellen einsprachiger Schilder wird fortgesetzt, als wäre nichts gewesen. Fast 20 Jahre sind vergangen und nichts hat sich an der Haltung des Landeshauptmannes geändert, der schon im Sommer 1993 eine Lösung boykottiert hat, die zwischen den Parteien erreicht worden war, indem er im letzten Moment die Erfindung der *Mikro-Toponomastik* auf den Tisch gelegt hat. Dieser Begriff, den es in der Wissenschaft gar nicht gibt, hätte es ermöglicht, das Prinzip der Zweisprachigkeit zu umgehen, wie es im Autonomiestatut und im Gruber-De-Gasperi-Abkommen festgeschrieben ist.

Stattdessen ist alles anders. Der AVS hat zum ersten Mal gezeigt, dass das Autonomiestatut nicht die Südtiroler Verfassung ist, wie viele gehofft hatten, weil es

Fitto. La commissione si indigna, anche pubblicamente. Quando il governo di centro destra cade, e con lui Fitto, la questione rimane lì. Nel frattempo l'inchiesta giudiziaria viene archiviata e l'installazione di cartelli monolingui riprende come se nulla fosse. Sono passati quasi vent'anni e niente è cambiato nel comportamento del presidente della giunta provinciale, che già nell'estate del 1993 boicottò la soluzione trovata fra i partiti, gettando sul tavolo all'ultimo momento l'invenzione della micro toponomastica, un concetto scientificamente inesistente, che nelle sue intenzioni avrebbe permesso di aggirare il principio del bilinguismo presente nello Statuto d'Autonomia e nell'Accordo De Gasperi-Gruber.

E invece tutto è cambiato: l'Avs ha dimostrato per la prima volta che lo Statuto d'Autonomia non è la Costituzione del Sudtirolo, come tanti avevano sperato, perché non garantisce i diritti di tutti i gruppi linguistici. Qualcuno può cancellarne il principio del bilinguismo nello spazio pubblico e le istituzioni non intervengono. Era la grande scommessa del 1992, quando la chiusura del pacchetto era causa di timore per entrambi i gruppi linguistici, abituati a cercare aiuto nei governi rispettivamente amici. Oggi si può ben dire che quella scommessa è persa, senza conseguenze tragiche per ora. Ma il futuro del Sudtirolo, come terra e casa di una popolazione plurilingue, viene fuori da questa vicenda come pieno di incertezza.

nicht die Rechte aller Sprachgruppen garantiert. Man kann in der Öffentlichkeit das Prinzip der Zweisprachigkeit verletzen, ohne dass die Behörden eingreifen. Das war 1992 die große Frage, als der Paketabschluss bei beiden Sprachgruppen, welche die jeweils befreundeten Regierungen um Hilfe anzurufen pflegten, Anlass zu Befürchtungen gab. Heute kann man wohl sagen, dass diese Wette verloren ist, zumindest ohne tragische Folgen.

Aber die Zukunft Südtirols als Land und Zuhause für eine vielsprachige Bevölkerung erscheint nach dieser Geschichte ungewiss.

## 8. Südtirol gegen alle

2011 steht im Zeichen einiger aufsehenerregender *Zwischenfälle* zwischen der SVP und der italienischen und der österreichischen Regierung.

### 8.1. Das 150-Jahr-Jubiläum der Einigung Italiens

Die klare Weigerung von Landeshauptmann Durnwalder, an den Feierlichkeiten zum 150. Jahrestag der italienischen Einigung am 17. März teilzunehmen und gleichzeitig dem italienischen Landeshauptmann-Stellvertreter in Vertretung der italienischen Volksgruppe die Erlaubnis, nicht aber den Auftrag, zur Teilnahme zu geben, hat in der italienischen Presse hohe Wogen geschlagen. Mit seinen recht abschätzigen Bemerkungen („Was geht es mich an“) hat Durnwalder auf ziemlich brüske Weise das wachsende Gefühl der Entfremdung der deutschsprachigen Südtiroler gegenüber dem italienischen Staat zum Ausdruck gebracht. Indem er die Absichten des Staatspräsidenten völlig missverstanden hat, ist er mit seinem Fernbleiben allerdings auch seiner institutionellen Aufgabe nicht gerecht geworden. Es stand Giorgio Napolitano fern, das Jubiläum auf nationalistische Weise zu feiern. Im Gegenteil, wie die New York Times geschrieben hat, wollte er – „in seiner unermüdlichen Verteidigung der demokratischen Institutionen“ (Donadio 2011, 24-25) und im Bemühen, „wieder ein Klima größerer Gelassenheit und größeren Respekts füreinander herzustellen“ (Rede anlässlich der Beauftragung von Senator Mario Monti zur Bildung einer neuen Regierung) – dem Land einen Anstoß geben, auf den moralischen Verfall und die Zerstörung des Ansehens Italiens in der Welt zu reagieren. Er wollte dies durch die Besinnung auf die Opfer und die Ideale der Protagonisten des *Risorgimento* und der *Resistenza* erreichen, für die Italien gleichbe-



## 8. Sudtirolo contro tutti

Il 2011 è stato segnato da alcuni “incidenti” clamorosi della Svp nelle relazioni con il governo italiano e austriaco.

### 8.1. Il centocinquantenario dell’unità d’Italia

Grande impatto nella stampa italiana ha avuto il secco rifiuto del presidente Durnwalder di partecipare alle celebrazioni del 17 marzo per il 150enario dell’unità d’Italia, dando nel contempo non l’incarico ma “il permesso” al vicepresidente italiano di prendervi parte, ma solo in rappresentanza del gruppo linguistico italiano. Durnwalder con le sue dichiarazioni piuttosto sprezzanti (*Was geht es mich an, che cosa me ne importa*), ha rappresentato – piuttosto brutalmente – il sentimento di crescente estraneità dei sudtirolesi di lingua tedesca dallo Stato, ma con la sua assenza ha anche mancato nei confronti del suo ruolo istituzionale, equivocando completamente sugli obiettivi del Presidente della Repubblica. Era ben lontana da Giorgio Napolitano l’idea di fare del giubileo un’occasione di nazionalismo. Al contrario, Napolitano – come ha ben scritto il New York Times – “nella sua strenua difesa delle istituzioni democratiche” (Donadio 2011, 24-25) e nello sforzo “di ristabilire un clima di maggiore serenità e reciproco rispetto” (discorso di conferimento dell’incarico di formare un nuovo governo al senatore Mario Monti), voleva spingere il Paese a reagire al degrado morale e alla distruzione della reputazione dell’immagine dell’Italia nel mondo. Ha voluto farlo attraverso il recupero della memoria del sacrificio e degli ideali dei protagonisti del Risorgimento e della Resistenza, per i quali “Italia” voleva dire libertà, giustizia e democrazia. Una serie di mostre, ricerche storiche anche sugli aspetti meno conosciuti o meno gloriosi, e di celebrazioni non trionfalistiche, hanno costituito nel corso dell’anno argomenti di riflessione sul progresso civile ottenuto con e dopo l’unificazione, sui risultati raggiunti e sulle occasioni perdute. L’unificazione italiana è stata il risultato dell’azione congiunta di una dinastia e di una rivoluzione democratica e popolare, un fatto unico nella formazione delle nazioni moderne. “*Lord Palmerston parlò per molti contemporanei quando disse che si trattava della miracolosa conclusione di una delle più straordinarie e romantiche vicende dell’intera storia dell’umanità. [...] Raccogliere insieme queste repubbliche, ducati e regni indipendenti era qualcosa che pochissimi prima del 1861 avevano ritenuto possibile*” (Mack Smith 1984, 5).

deutend mit Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie war. Eine Reihe von Ausstellungen, geschichtlichen Untersuchungen von weniger bekannten oder rühmlichen Aspekten und bescheidenen Feierlichkeiten haben im Laufe des Jahres Anlass zum Nachdenken über den seit der Einigung erreichten bürgerlich-rechtlichen Fortschritt, über das Erreichte und über das Versäumte gegeben. Die Einigung Italiens war das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen einer Dynastie und einer demokratischen, vom Volk ausgehenden Revolution. Dies stellt etwas Einmaliges bei der Herausbildung der modernen Staaten dar.

*„Lord Palmerston hat für viele seiner Zeitgenossen gesprochen, als er sagte, dass es sich (dabei) um den wunderbaren Abschluss eines der außergewöhnlichsten und romantischsten Ereignisse der ganzen Menschheitsgeschichte handelte [...] Alle diese unabhängigen Republiken, Herzogtümer und Königreiche zu vereinen war etwas, was die allerwenigsten vor 1861 für möglich gehalten hätten“.* (Mack Smith 1984, 5)

Ein Land kann seine besten Ideale wiederfinden, wenn es sie in der Geschichte sucht, auch wenn sie zum Teil durch den Kolonialismus und den Faschismus verraten wurden. Während des Faschismus haben die eingekerkerten Patrioten der Bewegung *Giustizia e Libertà*, Gerechtigkeit und Freiheit, auf der Suche nach Ideen und zur Vermeidung von Fehlern über das *Risorgimento* diskutiert. Wir sind sicher, dass auch Deutschland in zehn Jahren einen ähnlichen Weg beschreiten wird, den ja schon die Ausstellung *Hitler und die Deutschen* (Winter 2011/2012) weist. Südtirol hätte viel zu sagen gehabt: zum Nationalismus in den Grenzregionen, zum Minderheitenschutz als Wachstumselement für die Demokratie in der Welt, zu den kleinstaatlichen Bestrebungen, die Europa nach dem Fall des Kommunismus überschattet haben, und zur Rolle der Europäischen Union, in deren Rahmen die Unterschiede eine Aufwertung erfahren. Die Absage Durnwalders war kein Missgeschick, sondern ist Ausdruck des sich Abkapselns nach außen, das typisch für das heutige Südtirol ist: Hier sind wir, der Rest der Welt bleibt draußen. Auch gegenüber dem neuen Ministerpräsidenten hat sich die Unhöflichkeit wiederholt. Als Durnwalder am 2. Dezember wie die übrigen Präsidenten der Regionen eingeladen wurde, an den Erläuterungen der Sparmaßnahmen teilzunehmen, hat er sich von einem Stellvertreter vertreten lassen und seine Entscheidung mit unangebrachten Erklärungen, wie: „Ich fahre nicht nach Rom, um mir bereits gefasste Entscheidungen erklären zu lassen“, kommentiert. Immerhin teilt er in der außerordentlichen Sitzung des Landtages am 15. Dezember mit, die Regierung um eine Unterredung ersucht zu haben, um über die Kürzungen zu diskutieren. Das Land müsste nämlich ohne vorherige Vereinbarung 200 statt 120 Millionen beisteuern. Die von Landes-

Un Paese riesce a recuperare i propri ideali migliori cercandoli nella storia, anche quando questi sono stati in parte traditi, come è successo con il colonialismo e il fascismo. Durante il fascismo, i patrioti di Giustizia e Libertà imprigionati discussero del Risorgimento per cercarvi pensieri ma anche errori da evitare. Siamo certi che anche la Germania fra dieci anni compirà un percorso simile, d'altronde già incominciato con la straordinaria mostra di Berlino su "*Hitler und die Deutschen*" (inverno 2011/12). L'Alto Adige avrebbe avuto molto da dire: sul nazionalismo nelle zone di frontiera, sulla tutela delle minoranze come elemento di crescita della democrazia universalista, sui micro nazionalismi che hanno funestato l'Europa dopo la caduta del comunismo e sul ruolo dell'Unione europea come quadro democratico di valorizzazione delle differenze. Il rifiuto di Durnwalder non è stato un incidente di percorso, ma una rappresentazione del sentimento di chiusura che caratterizza il Sudtirolo di oggi: qui siamo noi e il resto del mondo è fuori. Anche verso il nuovo Presidente del Consiglio, Mario Monti, è stato ripetuto lo sgarbo. Invitato il 2 di dicembre a partecipare come gli altri presidenti di regioni all'illustrazione della manovra finanziaria, Durnwalder si è fatto rappresentare da un vicepresidente, e ha accompagnato la decisione con inopportune dichiarazioni come "non vado a Roma per sentirmi spiegare decisioni già prese". Tuttavia il 15 dicembre, in una seduta straordinaria di Giunta, Durnwalder ha comunicato di avere chiesto al governo un incontro, per discutere sui tagli. Infatti, in mancanza di accordo, la Provincia dovrebbe contribuire con 200 milioni invece che con 120. La minaccia di abbandonare la via dell'autonomia per chiedere l'autodeterminazione, fatta da Theiner, non ha molte possibilità di spaventare il nuovo governo, che al momento ha preoccupazioni più serie. D'altronde poche ore prima, nel corso del dibattito sul bilancio di previsione del 2012, in Consiglio provinciale, il presidente della Giunta ha affermato che "dai sondaggi risulta che solo il 14 per cento dei sudtirolesi vorrebbe uno Stato autonomo". L'impressione è che l'attuale dirigenza della Svp e della Provincia sia stata colta di sorpresa dalla situazione, e dopo la consueta reazione arrogante, fatta di proteste e minacce, pensando anche all'aspetto mediatico, stia ora recuperando la concretezza, e cerchi la via per trattare sui tagli e sulle modalità, e naturalmente per difendere l'autonomia nelle sedi competenti.

rat Richard Theiner ausgesprochene Drohung, die Autonomie aufzugeben und die Selbstbestimmung zu verlangen, hat wenig Aussicht, die neue Regierung zu erschrecken – die hat echte Sorgen. Andererseits hatte der Landtagspräsident wenige Stunden vorher, während der Diskussion des Haushaltsvoranschlages 2012, im Landtag erklärt, dass „aus den Umfragen hervorgeht, dass nur 14 Prozent der Südtiroler einen Freistaat wünschen“. Man hat den Eindruck, dass die gegenwärtige Leitung der SVP und des Landes von der Situation überrumpelt wurde und dass man, nach den üblichen arroganten Reaktionen in Form von medienwirksamen Protesten und Drohungen, wieder zum Konkreten zurückfindet und Wege sucht, um über die Kürzungen und die Modalitäten zu verhandeln und natürlich um die Autonomie bei den zuständigen Stellen zu verteidigen.

## 8.2. Zwei Pässe und Staatsbürgerschaften

Die Beharrlichkeit, mit der die SVP von Österreich für die deutsch- und ladinischsprachigen SüdtirolerInnen, nicht aber für die schon seit vor 1919 hier ansässigen italienischen SüdtirolerInnen, die doppelte Staatsbürgerschaft fordert, ist nur verständlich, wenn man den Ansturm der Rechtsparteien auf ihre Hochburgen und die schmerzlichen Verluste bei den Gemeinde- und Landtagswahlen vor Augen hat. Dies hat die Partei veranlasst, sich neue ethnische Spielchen einfallen zu lassen, um den Gegnern entgegenzuwirken. Die Angelegenheit hat Österreich, das die Affäre mit Erklärungen zu Verfassungs- und Rechtsschwierigkeiten diplomatisch umgangen hat, allerdings in Verlegenheit gebracht. Nachdem die unseren sich nicht damit einverstanden gezeigt haben, sahen sich Exponenten aller Parteien – darunter auch alte Freunde und Unterstützer auch härtester Südtiroler Standpunkte, wie der Verfassungsrechtler und frühere Nationalratspräsident mit Südtiroler Wurzeln Andreas Khol – zu einem ausdrücklichen Nein gezwungen.

*„Das wäre eine neue Option und würde Südtirol in Optanten (für die zusätzliche österreichische Staatsbürgerschaft) und Dableiber (mit lediglich der italienischen Staatsbürgerschaft) spalten, und bei beiden Fronten würde es Menschen deutscher und ladinischer Sprachzugehörigkeit geben. Darüber hinaus wäre es die Aufkündigung des Pariser Abkommens, der Grundlage der Autonomie, welches für die Optanten von 1939 die Wiedererlangung der italienischen Staatsbürgerschaft, nicht aber eine doppelte Staatsbürgerschaft vorsah. Zu diesem Antrag wird es in Österreich keine Zustimmung geben“.* Andreas Khol wurde dafür von den Tiroler Rechtsextremen sofort im Internet als Vaterlandsverräter angegriffen. Nachdem schon der

## 8.2. Doppio passaporto

L'insistenza con cui la Svp ha chiesto all'Austria il doppio passaporto per i cittadini di lingua tedesca e ladina (ma non per gli italiani residenti nel Sudtirolo da prima del 1919), è comprensibile solo se si tiene presente l'assalto dei partiti di destra ai suoi fortini elettorali e le perdite brucianti sia nelle elezioni provinciali sia in quelle comunali che hanno spinto il partito a inventarsi iniziative etniche per contrastare gli avversari. Tuttavia la questione ha causato imbarazzo in Austria che ha aggirato diplomaticamente la questione, spiegandone le difficoltà costituzionali e politiche. Poiché i nostri non se ne sono dati per intesi, diversi esponenti di tutti i partiti, fra cui vecchi amici e sostenitori anche delle posizioni più estreme dei sudtirolesi, come Andreas Khol di origine sudtirolese, costituzionalista ed ex presidente del Nationalrat, sono stati costretti a dire di no in maniera esplicita. *“Sarebbe una nuova Opzione, spaccerebbe il Sudtirolo tra optanti (per la cittadinanza austriaca aggiuntiva) e Dableiber (per la sola cittadinanza italiana), e in entrambi i fronti starebbero anche persone di lingua tedesca e ladina. In più, sarebbe la disdetta dell'Accordo di Parigi, fondamento dell'autonomia, che prevedeva per gli optanti del 1939 il riacquisto della cittadinanza italiana, non una doppia cittadinanza. Su questa proposta non ci sarà mai consenso in Austria”*, ha dichiarato Andreas Khol, subito attaccato dai siti dell'estrema destra tirolese come traditore della patria. Dopo che il Presidente della Repubblica Heinz Fischer aveva già espresso le sue perplessità ed esposto le difficoltà dell'Austria, senza ottenere che i sudtirolesi lasciassero perdere, è toccato infine al ministro degli esteri Michael Spindelegger (Övp) chiarire, al di là di ogni equivoco, che i *“passaporti non si possono collezionare come i francobolli”*. Anche dopo questo netto rifiuto tuttavia, la Svp non demorde e si sprecano le dichiarazioni di “delusione” di vari esponenti della Svp.

## 8.3. Secessione e Vollautonomie

Probabilmente l'atteggiamento piuttosto arrogante dei rappresentanti della Provincia nei confronti del governo, se continuerà, costituirà una ragione di debolezza del Sudtirolo. Proprio in questa fase storica, da cui l'Italia e l'Europa usciranno molto cambiate in ogni caso, tenere le distanze e non entrare nei luoghi in cui si prendono e si prenderanno decisioni fondamentali, è un grave errore. Famoso per il suo presenzialismo, Durnwalder confermerebbe in un momento cruciale e con effetti negativi per tutti gli abitanti della provincia, la mancanza di senso delle istitu-

Präsident der Republik, Heinz Fischer, seiner Überraschung Ausdruck verliehen und die Schwierigkeiten Österreichs dargelegt hatte, ohne dass die SüdtirolerInnen sich zufrieden gegeben hätten, musste schließlich Außenminister Michael Spindlberger, der der ÖVP angehört, unmissverständlich erklären, dass man „Pässe nicht wie Briefmarken sammeln kann“. Auch nach dieser klaren Absage lässt die SVP nicht locker, und verschiedene SVP-Exponenten äußern ihre Enttäuschung.

### 8.3. Sezession und Vollautonomie

Die ziemlich arrogante Haltung der VertreterInnen des Landes gegenüber der Regierung wird, sollte sie anhalten, eine Schwächung Südtirols zur Folge haben. Gerade in diesem historisch bedeutsamen Augenblick, aus dem Italien und Europa in jedem Fall deutlich verändert hervorgehen werden, ist das sich auf Distanz Halten und das sich Ausschließen von den Orten, wo jetzt und zukünftig grundlegende Entscheidungen gefällt werden, ein schwerer Fehler. Durnwalder, der für seine Allgegenwart bekannt ist, würde in einem für alle SüdtirolerInnen so wichtigen Moment seinen mangelnden Sinn für die Institutionen bestätigen, der seine lange Amtszeit geprägt hat und der zu seiner unbestrittenen Fähigkeit passt, die Gefühle seiner Wählerschaft zu deuten. Die Südtiroler Freiheit hat 2011 im Ahrntal Unterschriften zur Selbstbestimmung gesammelt; das Ergebnis war hinsichtlich der Teilnahme mager (32 Prozent), auch wenn jene, die unterschrieben haben, sich fast alle dafür ausgesprochen haben (95 Prozent). Statt den Erfolg der Autonomie herauszustreichen, hat die SVP keine eindeutige Stellung bezogen. Von Obmann Richard Theiner hat man gesagt, er passe sich der jeweiligen Strömung an. Durnwalder wiegt schwerer. Und seine Position war nie eindeutig. „Die Zeit ist noch nicht reif“, hat er am 21. Februar in einem Interview mit der „Tiroler Tageszeitung“ erklärt. Außerdem:

*„Aber wir müssen uns bewusst sein, dass wir nicht gleichzeitig mehr Rechte im Zusammenhang mit der Autonomie fordern können, andererseits aber die Selbstbestimmung verlangen. [...] Sollte uns aber Rom die Autonomie wegnehmen oder sich in der Europäischen Union eine Gelegenheit ergeben, werden wir es sagen.“*

Schließlich hat die Partei zwei Gegenvorschläge gemacht: die doppelte Staatsbürgerschaft, von der schon die Rede war, und die *Vollautonomie*. Am 30. August hat Obmann Theiner der Partei seine sieben Punkte zur *Vollautonomie* vorgelegt, um sie der Selbstbestimmung entgegenzusetzen, die er übrigens anlässlich seiner Wahl zum Obmann lanciert hat. Sein Parteikollege Zeller erklärt in einem Inter-

zioni che ha caratterizzato tutta la sua lunga presidenza, che si accompagna all'indubbia capacità di interpretare il sentimento comune dei suoi elettori. *Südtiroler Freiheit* quest'anno ha raccolto firme in Valle Aurina su una petizione per l'autodeterminazione, ottenendo un risultato scarso in fatto di partecipazione (30,2 per cento), anche se chi ha firmato era quasi sempre d'accordo (95 per cento). La Svp ha reagito in modo ambiguo, invece di vantare i successi dell'autonomia. Dell'Obmann Richard Theiner si è detto, la sua posizione è ondivaga. Durnwalder conta di più. E la sua posizione è sempre stata ambigua. "Die Zeit ist noch nicht reif", i tempi non sono maturi, ha dichiarato il 21 febbraio in un'intervista al *Tiroler Tageszeitung*. E ancora: "Aber wir müssen uns bewusst sein, dass wir nicht gleichzeitig mehr Rechte im Zusammenhang mit der Autonomie fordern können, andererseits aber die Selbstbestimmung verlangen. [...] Sollte uns Rom aber die Autonomie wegnehmen oder sich in der Europäischen Union eine Gelegenheit ergeben, werden wir es sagen". Ma noi dobbiamo essere consapevoli che non possiamo contemporaneamente chiedere più diritti nell'ambito dell'autonomia e dall'altra chiedere l'autodeterminazione. [...] Se Roma ci togliesse l'autonomia o se si creasse un'occasione nell'ambito dell'Unione Europea, lo diremo.

Il partito infine ha lanciato due contro-proposte, il doppio passaporto, di cui si è detto, e la *Vollautonomie*. Il 30 di agosto l'Obmann Theiner ha presentato nel partito i suoi sette punti per presentare la *Vollautonomie*, da contrapporre all'autodeterminazione (che lui peraltro aveva lanciato in occasione della sua elezione a Obmann). Il suo collega di partito Zeller spiega in un'intervista che si tratta di "continuare a fare ciò che abbiamo fatto finora", "*Vollautonomie heißt, dass wir den Weg weiterverfolgen, den wir bisher gegangen sind*" (Kofler 2011, 2). Theiner di tanto in tanto tiene gli incontri pubblici in qualche quartiere italiano di Bolzano per convincere, come dice, gli italiani a sostenere l'autonomia integrale. Forse basterebbe prenderli sul serio nell'autonomia attuale. Dopo l'approvazione del decreto Monti, a sorpresa, anche da parte di uno degli esponenti dell'estrema destra italiana sono venute aperture per un "libero Stato dell'Alto Adige".

view, dass es gelte, „weiterhin das zu tun, was wir bisher gemacht haben“, „Vollautonomie heißt, dass wir den Weg weiterverfolgen, den wir bisher gegangen sind“. (Die Neue Südtiroler Tageszeitung, 19./20. November). Theiner veranstaltet ab und zu öffentliche Begegnungen im einen oder anderen italienischen Stadtteil von Bozen, um, wie er sagt, die ItalienerInnen davon zu überzeugen, die Vollautonomie zu unterstützen. Vielleicht würde es genügen, sie innerhalb der gegebenen Autonomie ernst zu nehmen. Überraschenderweise war nach der Annahme des Monti-Dekrets auch ein Vertreter der italienischen Ultra-Rechten offen für den *Freistaat Südtirol*.

## 9. Jubiläen

Es gibt Jahrtage, die gefeiert werden, und solche, die man still und leise übergeht. Im Herbst 1971 wurde das neue Autonomiestatut angenommen, das man als das Grundgesetz Südtirols ansehen kann. Kein Politiker, weder ein deutscher noch ein italienischer, weder einer der Mehrheit noch einer der Opposition, hat dieses wichtigen Ereignisses gedacht. Das Autonomiestatut trat im Jänner 1972 in Kraft. Es bleibt zu hoffen, dass man sich im kommenden Jahr an dieses für uns so grundlegende Gesetz erinnert.

### 9.1. Die Feuernacht

Der Gedenktag, der am meisten gefeiert wurde, war jener der *Feuernacht* vom 11./12. Juni 1961, als Dutzende Hochspannungsmasten durch eine Reihe von Sprengstoffanschlägen in die Luft gesprengt wurden. Es war und bleibt ein Thema, das von der ethnischen Politik beider Seiten für ihre Zwecke vereinnahmt wurde. HistorikerInnen aller Sprachgruppen haben im Rahmen einer interessanten Tagung übereinstimmend festgestellt, dass der Terrorismus beim Erreichen der neuen Autonomie ausschließlich negativ gesehen werden muss. Der SVP-Obmann hat hingegen geglaubt, die guten Absichten der Bombenleger verteidigen zu müssen. HistorikerInnen und PublizistInnen haben auf diesem verminten Gebiet gute Arbeit geleistet: Forschungsarbeit, Veröffentlichungen, Zeitungsartikel und Aufsätze zu wichtigen oder besonders heiklen Aspekten der Geschichte des 20. Jahrhunderts haben eine Diskussion über weitverbreitete Mythen in Gang gebracht, die entweder falsche Grundlagen haben oder von der Politik absichtlich für eigene Zwecke genutzt werden. Der Historiker Giovanni De Luna schreibt (2011), dass es im öf-



## 9. Anniversari

Ci sono anniversari che vengono celebrati e altri che passano sotto silenzio. Nell'autunno del 1971 venne approvato il nuovo Statuto d'Autonomia, che può essere visto come la Costituzione del Sudtirolo. Nessuno fra i politici né tedeschi né italiani, né di maggioranza né di opposizione, hanno ricordato questo avvenimento fondamentale. Entrò in vigore nel gennaio del 1972. C'è da augurarsi che il prossimo anno si rifletta su questa nostra legge fondamentale.

### 9.1. La notte dei fuochi

L'anniversario più ricordato è quello della “notte dei fuochi”, notte fra l'11 e il 12 giugno 1961, quando decine di tralicci dell'alta tensione furono abbattuti da una serie di attentati dinamitardi. È stato e rimane un argomento molto strumentalizzato dalla politica etnica sia da una parte sia dall'altra. Gli storici di tutti i gruppi linguistici, in un interessante convegno, si sono espressi concordemente nell'attribuire al terrorismo una responsabilità negativa nei confronti del raggiungimento della nuova autonomia. L'Obmann della Svp ha ritenuto invece di difendere le buone intenzioni di coloro che misero le bombe. Gli storici e i pubblicitari hanno lavorato bene in questo campo minato: ricerche, pubblicazioni, articoli e saggi, su aspetti cruciali o particolarmente delicati della storia del novecento hanno cominciato a mettere in discussione miti diffusi e basati su false informazioni o voluti dalla strumentalizzazione politica. Lo storico Giovanni De Luna scrive (2011) che nello spazio pubblico vi debba essere una memoria, anche se non condivisa da tutti, che contenga e indichi i valori su cui si aggrega la nazione. *“La memoria pubblica è un ‘patto’ in cui ci si accorda su cosa trattenere e cosa lasciar cadere degli eventi del nostro passato”*. Di questo c'è bisogno in Sudtirolo, per costruire i valori intorno ai quali tutti possano riconoscersi, in una nazione che è una multinazione.

### 9.2. Censimento

Il 9 ottobre era il giorno del censimento decennale. Per la prima volta da trent'anni la rilevazione dei gruppi linguistici non ha dato adito a conflitti. Infatti il censimento è tornato ad essere anonimo, come era prima del 1981, quando fu trasformato in una specie di nuova Opzione. Manca ancora nella scheda la possibilità

fentlichen Raum Erinnerungen geben müsse, die, auch wenn sie nicht von allen geteilt werden, Werte beinhalten und aufzeigen, denen sich die Nation anschließen kann. „Das öffentliche Gedächtnis ist eine Vereinbarung, in der man sich darauf einigt, welche der Ereignisse unserer Vergangenheit man beibehalten und welche man fallen lassen will.“ Das ist es, was es in Südtirol braucht, um Werte aufzubauen, in denen sich alle als multinationales Volk wiedererkennen können.

## 9.2. Die Volkszählung

Der 9. Oktober war der Stichtag für die alle zehn Jahre durchgeführte Volkszählung. Zum ersten Mal seit dreißig Jahren hat die Sprachgruppenerhebung keinen Anlass zu Konflikten gegeben. Die Volkszählung ist wie 1981, als sie zu einer Art Option gemacht wurde, wieder anonym. Aber noch immer fehlt im Formular die Möglichkeit, sich als gemischtsprachig zu erklären, ein Mangel, der viele tausende Menschen benachteiligt, die zur Aufgabe eines Teils der eigenen Identität gezwungen werden.

## 9.3. Jener September 1991

Stillschweigend ist der Jahrestag der gescheiterten Kundgebung vom 15. September 1991 in Gries am Brenner verstrichen, den die Veranstalter als Protest gegen den unmittelbar bevorstehenden Abschluss des Pakets verstanden. Es war ein entscheidender Moment für Südtirol, in dem sich in der Südtiroler Volkspartei jene Kräfte durchsetzten, die sich schon im Jahre 1969 für die Entscheidung zugunsten der Autonomie eingesetzt hatten. Der Organisator der Kundgebung war, gemeinsam mit anderen Jugendorganisationen aus Nordtirol, der Vorsitzende der Jungen Generation in der SVP, Christian Waldner. Die jungen österreichischen Sozialdemokraten haben sich wenige Tage vor Beginn der Demonstration zurückgezogen und vor den wahren Absichten der Organisatoren gewarnt. Die Protestveranstaltung wurde vom Großteil der Südtiroler Führung boykottiert, vor allem von Luis Durnwalder, aber auch von Silvius Magnago und Roland Riz. Der Termin war nicht zufällig gewählt. Im April 1991 war der Verfassungsrechtler und Senator Roland Riz zum Parteiohmann der SVP gewählt worden und führte die Partei während der letzten Phase der Verwirklichung des Pakets. Zwischen Österreich und Italien gab es hektische Begegnungen, um die letzten Durchführungsbestimmun-

di dichiararsi mistilingue, un vuoto che penalizza molte migliaia di persone, costrette a scegliere solo una parte della propria complessa identità.

### 9.3. Quel settembre del 1991

Sotto silenzio è passato il ventennale della fallita manifestazione del 15 settembre del 1991 a Gries am Brenner, voluta dagli organizzatori per contrastare la prevista imminente chiusura del pacchetto. Fu un momento decisivo per l'Alto Adige, quando nella Südtiroler Volkspartei ebbero la meglio coloro che già nel 1969 si erano impegnati per la scelta dell'autonomia. L'organizzatore fu il presidente dei giovani della Svp (Junge Generation), Christian Waldner, con altre organizzazioni giovanili di alcuni partiti del Tirolo. I giovani socialdemocratici austriaci si ritirarono qualche giorno prima della manifestazione, dando l'allarme sulle reali intenzioni degli organizzatori. La manifestazione era osteggiata da gran parte della dirigenza sudtirolese, in primis dal presidente Luis Durnwalder, ma anche da Silvius Magnago e da Roland Riz. Il periodo non era stato scelto a caso. Nell'aprile del 1991 il costituzionalista e senatore Roland Riz, era stato eletto segretario politico (Obmann) della Svp, e stava guidando il partito nell'ultima fase dell'attuazione del pacchetto. Fra l'Austria e l'Italia erano in corso frenetici contatti per emanare le ultime norme di attuazione e una modifica della legge elettorale italiana. L'Austria voleva entrare nell'Unione europea, l'Italia voleva chiudere una vicenda che si trascinava da troppo tempo. Moltissimi abitanti del Sudtirolo volevano anch'essi che si ponesse fine a un conflitto interminabile, che aveva frenato lo sviluppo democratico. I problemi non etnici erano sempre rimandati a un "dopo", che non arrivava mai. L'autunno del 1991 è però anche il periodo della secessione della Slovenia dalla Jugoslavia, e poi della Croazia, causa di guerre sanguinose e di terribili sofferenze; ed è anche la data della riunificazione della Germania. Il tabù di tutto il dopoguerra, ossia che i confini non si potevano spostare, era caduto. Nel gran corpo del partito di maggioranza c'era agitazione. Un gruppo di dirigenti spedirono ai vertici una lettera "segreta", in cui si chiedeva di mandare a monte l'attuazione del pacchetto e di proclamare l'autodeterminazione. Forse a Gries am Brenner? La manifestazione era stata convocata con l'obiettivo dichiarato di parlare di tematiche europeiste, ma l'intento era di usare l'occasione mediatica per ottenere l'attenzione dell'opinione pubblica su un'azione clamorosa. La lettera però venne passata alla stampa e provocò un terremoto. A Gries am Brenner Durnwalder fu fischiato e le intenzioni degli organizzatori fallirono. Roland Riz andò avanti e il 23 novembre

gen und eine Abänderung des italienischen Wahlrechtes zu erlassen. Österreich wollte der Europäischen Union beitreten, Italien wollte eine Angelegenheit abschließen, die sich viel zu lange hingezogen hatte. Sehr viele in der Bevölkerung Südtirols wollten, dass man den ewigen Konflikt zu einem Ende bringen sollte, der die demokratische Entwicklung gebremst hatte. Die Probleme, die nicht ethnischer Natur waren, wurden immer auf *später* verschoben, *später* kam aber nie. Der Herbst 1991 war aber auch die Zeit der Abspaltung erst Sloweniens, später auch Kroatiens von Jugoslawien, was die Ursache von blutigen Kriegen und von schrecklichem Leid wurde. Und es war auch die Zeit der Wiedervereinigung Deutschlands. Das Tabu der Nachkriegszeit – die Unverrückbarkeit der Grenzen – war gebrochen worden. In der großen Mehrheitspartei herrschte Aufregung. Eine Gruppe von Funktionären schickte der Parteispitze einen geheimen Brief, in dem man forderte, alles abzublasen und die Selbstbestimmung zu erklären. Möglicherweise in Gries am Brenner? Man hatte mit dem erklärten Ziel zur Demonstration aufgerufen, um über europäische Themen zu diskutieren, aber die wahre Absicht war, das medienwirksame Ereignis zu nutzen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf eine spektakuläre Aktion zu lenken. Der Brief wurde jedoch an die Presse weitergeleitet und bewirkte ein *Erdbeben*. In Gries am Brenner wurde Durnwalder ausgepöfht und die Absicht der Organisatoren scheiterte. Roland Riz machte jedoch weiter. Am 23. November stimmte die Partei den Anträgen der SVP zu, und am 18. Dezember hat das italienische Parlament die Abänderung des Wahlgesetzes in ein Gesetz umgewandelt. Nun war es am österreichischen Nationalrat, seine Zustimmung zu erteilen. Am 19. Juni 1992 wurde die Streitbeilegungserklärung dem Generalsekretär der UNO überreicht. Einige Monate später gründete Christian Waldner, in Anlehnung an die gleichnamige, fremdenfeindliche österreichische Partei des Jörg Haider, die Partei der Freiheitlichen. Haider hatte als einziger Nationalrat gegen die Beendigung der Südtirolfrage gestimmt. Christian Waldner wurde später, am 15. Februar 1997, unter mysteriösen Umständen von seinem Parteikollegen und Freund Peter Paul Rainer, dem Ausbilder der Jungschützen, umgebracht. An diesem Tag hätte Waldner in Mailand vor dem nationalen Kongress der Lega Nord sprechen sollen, an die er sich angenähert hatte.

il partito approvò le richieste della Svp e il 18 dicembre il Parlamento italiano trasformò in legge la modifica della legge elettorale. Fu poi la volta del Nationalrat di Vienna a dare il suo consenso, e il 19 giugno del 1992 la quietanza liberatoria fu consegnata al segretario generale dell'ONU. Qualche mese più tardi, Christian Waldner fondò il partito dei Freiheitlichen, legato all'omonimo partito xenofobo austriaco di Jörg Haider, l'unico che al Nationalrat aveva votato contro la chiusura della vertenza sudtirolese. Waldner fu poi ucciso in circostanze misteriose dal suo compagno di partito e amico Peter Paul Rainer, educatore dei giovani Schützen, il 15 febbraio 1997, lo stesso giorno in cui avrebbe dovuto parlare al Congresso nazionale della Lega Nord a Milano, a cui si era legato.

## 10. Epilog

Das Jahr 2011 endete mit einer Ungewissheit, wie sie Südtirol, Italien und Europa seit Kriegsende noch nie erlebt haben. Die Welle der Finanzkrise, die 2008 von den Banken ausgelöst wurde, hat mittlerweile die ganze westliche Wirtschaft erfasst, und die PolitikerInnen waren bis dato nicht imstande oder nicht willens, neue Regeln zu schaffen, um die eigene Bevölkerung vor dem Risiko eines dramatischen Zusammenbruchs zu schützen. Für 2012 erwarten die regierenden Wirtschaftsexperten *mindestens eine Rezession*, was gleichbedeutend ist mit einem Verlust von Arbeitsplätzen und einer Zunahme der Armut. Aber auch der Zusammenbruch des gesamten Währungs-, Finanz- und Wirtschaftssystems wird nicht ausgeschlossen. Keiner vermag sich die Auswirkungen eines solchen Ereignisses auszumalen.

Südtirol erfreut sich eines Wohlstandes und einer Stabilität wie nur wenige Länder weltweit. Aber auch unser Land wird schwerlich von der Krise verschont bleiben.

Während der letzten Monate hat die Weichenstellung für die Durnwalder-Nachfolge begonnen. Die größte deutschsprachige Tageszeitung in Südtirol, „Dolomiten“, deren Inhaber Anwärter auf sein Erbe ist, hat den Landeshauptmann in mehreren Anläufen mit ungeahnter Heftigkeit angegriffen. Schließlich hat es bisher noch nie einen Skandal wie jenen um die Südtiroler Energiegesellschaft gegeben, der mit dem vollständigen Austausch der Spitze nicht beendet scheint. Jetzt wird auch gegen den Energielandesrat ermittelt. Der Mechanismus, mit dem die SEL die öffentlichen Ausschreibungen gesteuert hat, scheint noch nicht hinreichend geklärt. Die Bedenken jener, welche die Rechtmäßigkeit der Doppelrolle des Landes immer bezweifelt hatten, erscheinen immer berechtigter. In einer normalen Demokratie könnte Durnwalder sich einfach zurückziehen. Er ist nicht mehr jung, hat in Jahren großen Wohlstandes regiert und scheint kein Gespür mehr für die Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft zu haben. Die *fürstliche* Geburtstagsfeier, zu deren Berapung die vom Land finanzierten Vereinigungen aufgerufen waren, ist zur Zeit einer so ernsten Wirtschaftskrise Zeugnis eines unglaublichen Mangels an Feingefühl. Er hat ganz bewusst die Lösung der letzten ethnischen Fragen, die ein Erbe des vergangenen Jahrhunderts sind, aufgeschoben und die mehrsprachige Ausbildung der Jugend gebremst und sie damit dazu verurteilt, die ethnischen Spannungen möglicherweise aufs Neue zu durchleben. Trotzdem ist es schwer, sich vorzustellen, wer seinen Platz einnehmen könnte. Die Zahl der Anwärter ist groß, keiner hat jedoch ein politisches Konzept; sie gieren nach der Macht, können jedoch nicht sagen, wie sie diese einsetzen würden. Außerdem wird der Stimmenverlust der extremen Rech-

## 10. Conclusione

Il 2011 si chiude con uno stato di incertezza che il Sudtirolo, l'Italia e l'Europa non hanno mai vissuto dalla fine della guerra. L'onda lunga della crisi finanziaria del 2008, partita dalle banche, si è riversata sulle economie dell'Occidente, i cui politici non hanno saputo o voluto ristabilire regole per difendere i loro popoli dal rischio di un drammatico crollo. Per il 2012 gli economisti al governo si aspettano “almeno una recessione”, e ciò significherà perdita di posti di lavoro e aumento della povertà; ma credono possibile anche la caduta del sistema monetario, finanziario ed economico. Nessuno può immaginare le conseguenze di questa seconda ipotesi.

Il Sudtirolo gode di un benessere e di una stabilità fra le migliori nel mondo. Però difficilmente sfuggirà alle conseguenze di questa crisi generale.

Nel corso degli ultimi mesi sono incominciate le grandi manovre per la successione di Luis Durnwalder. Il maggiore quotidiano tedesco, *Dolomiten*, proprietà di un suo possibile aspirante erede, l'ha attaccato a più riprese con una veemenza inimmaginabile fino ad oggi. In effetti non vi è mai stato uno scandalo come quello della società energetica provinciale, che non sembra risolto con il completo cambiamento del vertice, ma vede ora indagato anche l'assessore all'energia e non sufficientemente svelati i meccanismi del modo con cui la Sel Spa pilotava le gare pubbliche, concretizzando il timore di chi fin dal principio aveva messo in dubbio la legittimità del doppio ruolo rivestito dalla Provincia. Durnwalder in una situazione di normale democrazia potrebbe davvero ritirarsi. È anziano, ha governato in anni di grande benessere, e non sembra in grado di cogliere le istanze della società di oggi. La sua “principesca” festa di compleanno, a pagare la quale sono state invitate le associazioni finanziate dalla Provincia, ha dimostrato una mancanza di sensibilità incredibile in un momento drammatico dell'economia. Ha volutamente lasciato irrisolte le ultime questioni etniche retaggio del secolo precedente, e ha frenato la formazione plurilingue delle nuove generazioni condannandole a correre il rischio di rivivere l'esperienza del conflitto etnico. Eppure è difficile pensare a chi potrebbe prendere il suo posto. Gli aspiranti sono molti e nessuno con un progetto politico, tutti affogati nel desiderio di potere, ma in difficoltà a dire come lo userebbero. Inoltre la perdita di voti sul fronte dell'estrema destra, viene compensata dal voto “personale” di molti italiani, impauriti dalla rottura di questo – sia pur precario – equilibrio etnico.

Ma la società sudtirolese non può attendere il rinnovamento solo dalla politica dei partiti, soprattutto se si pensa alla loro attuale configurazione, che ripropone la

ten dank der *persönlichen Wahl* vieler ItalienerInnen, die Angst vor dem Zusammenbruch des ohnehin fragilen ethnischen Gleichgewichtes haben, wettgemacht.

Aber die Südtiroler Gesellschaft darf sich eine Erneuerung nicht nur mithilfe der Politik der Parteien erwarten – vor allem in ihrer gegenwärtigen Konfiguration –, welche die Vertretung nach ethnischen Gesichtspunkten erneut vor allen anderen Inhalten als vorrangig betrachten. Sie wird sich wieder in Bewegung setzen müssen, wird neue Vorschläge machen, sich neu organisieren und darauf bestehen müssen, dass Entscheidungen wie jene des Referendums über die Allgemeingüter (insbesondere das Wasser) respektiert werden. Südtirol ist ein kleines Land, das jedoch nicht weiterhin so tun kann, als ob es außerhalb der Welt stünde. Vielmehr könnte es seinen Beitrag zu einer besseren Entwicklung der Welt auch in schwierigen Zeiten beisteuern. Anfang Dezember haben bei der Prozession der Pfarre Don Bosco – in der mittlerweile verschwundenen Semirurali Zone – auf Einladung des Pfarrers Schützen und Alpini abwechselnd die schwere Madonnenstatue getragen. Dies ist wie ein Wunder, wenn man sich – wie die Zeitungen schreiben – zwischen Aufmärschen der Schützen und dem jährlich abgehaltenen Fest der Alpini auf neue Händel vorbereitet. In St. Pauls bei Eppan hat zur gleichen Zeit beim jährlichen Gedenktag für Sepp Kerschbaumer ein Italiener aus Bozen einen Kranz mit italienischer Schleife niedergelegt. An diesen Feierlichkeiten zu Ehren des Terroristen Kerschbaumer, der 1964 unter undurchsichtigen Umständen im Gefängnis zu Tode gekommen ist, nehmen gewöhnlich vor allem Extremisten teil. Dies sind kleine Zeichen tief greifender Veränderungen, die wichtiger sind als das laute Geschrei in der politischen und medialen Arena; ausgehend von diesen Zeichen könnte man neue Werte schaffen, um auf deren Basis eine neue, für alle einladende Gesellschaft aufzubauen.



preminenza della rappresentanza etnica sugli altri contenuti. Dovrà rimettersi in moto, facendo proposte, riorganizzandosi e pretendendo che le decisioni, come quelle dei referendum sui beni comuni (acqua anzitutto) vengano rispettate. Il Sudtirolo è un piccolo posto, che però non può continuare a sentirsi sempre fuori dal mondo, mentre potrebbe dare il suo contributo affinché il mondo vada in una direzione migliore, anche in tempi difficili.

All'inizio di dicembre nella processione di don Bosco, la parrocchia delle scomparse cassette semirurali, la pesante statua della Madonna è stata portata in processione da Schützen e alpini insieme, che si sono alternati nel faticoso compito, rispondendo entrambi a un appello del parroco. Un miracolo, se si leggono i giornali, visto che fra marce degli Schützen e la festa annuale degli Alpini, le due fazioni si preparano sempre a nuove beghe. A San Paolo di Appiano, negli stessi giorni, nel corso dell'annuale celebrazione per Sepp Kerschbaumer, terrorista morto in carcere in circostanze oscure nel 1964, solitamente partecipata da estremisti tedeschi, un bolzanino italiano ha deposto una corona con la scritta in lingua italiana. Piccoli segnali che stabiliscono cambiamenti profondi, più delle urla nell'agone politico e mediatico. Segni da cui ripartire per stabilire i valori intorno ai quali ricostruire il tessuto di una società accogliente per tutti.

---

## Literaturverzeichnis

- #2eurox10leggi, <http://2eurox10leggi.blogspot.com> (20.12.2011)
- astatinfo* (2011). Erwerbstätigkeit – 2. Quartal 2011/Occupazione – 2° trimestre 2011, n. 39, 7.10.2011. [http://www.provinz.bz.it/astat/it/554.asp?News\\_action=4&News\\_article\\_id=375337](http://www.provinz.bz.it/astat/it/554.asp?News_action=4&News_article_id=375337) (21.12.2011)
- Berselli*, Edmondo (2010). *L'economia giusta*, Torino: Einaudi
- Camera di Commercio Bolzano* (2011). Barometro dell'economia, bilancio intermedio 2011. [http://www.hk-cciaa.bz.it/it-IT/IRE/Barometro\\_delleconomia](http://www.hk-cciaa.bz.it/it-IT/IRE/Barometro_delleconomia) (22.12.2011)
- Cicconi*, Ivan (2011). *Il libro nero dell'Alta Velocità*, Roma: Koiné
- De Luna*, Giovanni (2011). *La Repubblica del dolore. Le memorie di un'Italia divisa*, Milano: Feltrinelli
- Donadio*, Rachel (2011). Lunga vita a re Giorgio, in: *Internazionale*, n. 927, anno 19, 8/15 dicembre 2011, 24–25
- Kofler*, Matthias (2011). Wir haben nichts zu verlieren, in: *Die Neue Südtiroler Tageszeitung*, n. 228, 19.11.2011, 2
- Livini*, Ettore/*Meletti*, Jenner (2011). Voti, favori e privilegi Alto Adige, il federalismo è d'oro, in: *La Repubblica*, 11 febbraio 2011. [http://www.repubblica.it/cronaca/2011/02/11/news/alto\\_adige\\_federalismo\\_oro-12322324/](http://www.repubblica.it/cronaca/2011/02/11/news/alto_adige_federalismo_oro-12322324/) (19.12.2011)
- Mack Smith*, Denis (1984). *Cavour*, Milano: Bompiani
- Reich*, Robert B. (2011). *Aftershock. Il futuro dell'economia dopo la crisi*, Roma, Fazi Editore
- Sachs*, Wolfgang (2004). Multilateralismo meno x, intervista di Alessandra Zendron a Wolfgang Sachs, in: *Una Città*, n. 125, 2005. <http://www.unacitta.it/newsite/interviste.asp> (23.12.2011)
- Thaler Ausserhofer*, Helga (2011). „Südtirol wird trotz Schutzklausel zahlen“, in: *stol.it*, 13 dicembre. <http://www.stol.it/Artikel/Politik-im-Ueberblick/Lokal/Thaler-Ausserhofer-Suedtirol-wird-trotz-Schutzklausel-zahlen> (20.12.2011)
- Vogliotti*, Silvia (2011). Indagine lavoratori e lavoratrici dipendenti. Elevato divario retributivo tra lavoratori e lavoratrici in Alto Adige. Rapporto 05/newsletter 34, 9 dicembre 2011, a cura dell'AFI/IPL. [http://www.afi-ipl.org/download/2011\\_12\\_09\\_Survey\\_2010\\_-\\_05\\_-\\_Gender\\_DEF\\_IT.pdf](http://www.afi-ipl.org/download/2011_12_09_Survey_2010_-_05_-_Gender_DEF_IT.pdf) (22.12.2011)

---

## Riferimenti bibliografici

- #2eurox10leggi, <http://2eurox10leggi.blogspot.com> (20.12.2011)
- Astatinfo* (2011). Erwerbstätigkeit – 2. Quartal 2011/occupazione – 2° trimestre 2011, n. 39, 7.10.2011; [http://www.provinz.bz.it/astat/it/554.asp?News\\_action=4&News\\_article\\_id=375337](http://www.provinz.bz.it/astat/it/554.asp?News_action=4&News_article_id=375337) (21.12.2011)
- Berselli*, Edmondo (2010). *L'economia giusta*, Torino: Einaudi
- Camera di Commercio Bolzano* (2011). Barometro dell'economia, bilancio intermedio 2011; [http://www.hk-cciaa.bz.it/it-IT/IRE/Barometro\\_delleconomia](http://www.hk-cciaa.bz.it/it-IT/IRE/Barometro_delleconomia) (22.12.2011)
- Cicconi*, Ivan (2011). *Il libro nero dell'Alta Velocità*, Roma: Koinè
- De Luna*, Giovanni (2011). *La Repubblica del dolore. Le memorie di un'Italia divisa*, Milano: Feltrinelli
- Donadio*, Rachel (2011). Lunga vita a re Giorgio. In: *Internazionale*, n. 927, anno 19, 8/15 dicembre 2011, 24–25
- Kofler*, Matthias (2011). Wir haben nichts zu verlieren, in: *Die Neue Südtiroler Tageszeitung*, n. 228, 19.11.2011, 2
- Livini*, Ettore/*Meletti*, Jenner (2011). Voti, favori e privilegi Alto Adige, il federalismo è d'oro, in: *La Repubblica*, 11 febbraio 2011, [http://www.repubblica.it/cronaca/2011/02/11/news/alto\\_adige\\_federalismo\\_oro-12322324/](http://www.repubblica.it/cronaca/2011/02/11/news/alto_adige_federalismo_oro-12322324/) (19.12.2011)
- Mack Smith*, Denis (1984). *Cavour*, Milano: Bompiani
- Reich*, Robert B. (2011). *Aftershock. Il futuro dell'economia dopo la crisi*, Roma, Fazi Editore
- Sachs*, Wolfgang (2004). Multilateralismo meno x, intervista di Alessandra Zendron a Wolfgang Sachs in: *Una Città*, n. 125, 2005, <http://www.unacitta.it/newsite/interviste.asp> (23.12.2011)
- Thaler* Außerhofer, Helga (2011): “Südtirol wird trotz Schutzklausel zahlen”, in: *stol.it*, 13 dicembre, <http://www.stol.it/Artikel/Politik-im-Ueberblick/Lokal/Thaler-Ausserhofer-Suedtirol-wird-trotz-Schutzklausel-zahlen> (20.12.2011)
- Vogliotti*, Silvia (2011). Indagine lavoratori e lavoratrici dipendenti. Elevato divario retributivo tra lavoratori e lavoratrici in Alto Adige. Rapporto 05/newsletter 34, 9 dicembre 2011, a cura dell'AFI/IPL; [http://www.afi-ipl.org/download/2011\\_12\\_09\\_Survey\\_2010\\_-\\_05\\_-\\_Gender\\_DEF\\_IT.pdf](http://www.afi-ipl.org/download/2011_12_09_Survey_2010_-_05_-_Gender_DEF_IT.pdf) (22.12.2011)

## Abstracts

### 2011 – L'autonomia de Südtirol metüda ala proa dala crisa

Inće sc'al é plütosc stlüt jö dal rest dl monn, à Südtirol messü se confrontè dl 2011 cun les gran mudaziuns politiches y sozio-economiches. Do vint agn da canch'al é gnü stlüt jö le Pachet, é le cheder di partis tres éiamò caraterisé dala prioritè dl elemënt etnich; sot la presciun dles forzes politiches nöies de man dërta à la *Südtiroler Volkspartei* bandorè ia y ca döt l'ann danter la defenüda malsigüda dl'autonomia y la stromentalisaziun dla mitologia sezescionista; la rapresentanza politica taliana pël che vires invalgó d'ater; i stromënc dla conviënza en pêsc – le bilinguism, la storiografia, l'istruziun publica, le panorama mass-mediatic y dantadöt la orentè de chirì na soluziun por i problems tres le consëns - à fat püc progresc.

La dificulté dl govern provinzial de cherié de dërtes relaziuns cun les atres istituziuns nazionales y internazionales é n elemënt de deblëza dl'autonomia. La chestiun ambientala vëgn plütosc tuta ca da fà marketing impede ester n elemënt essenzial de n proiet politich, economich, sozjal y cultural por le dagnì. L'autonomia de Südtirol afrontëia la ria proa dla crisa te na situaziun de gran malsegurëza, gaujada inće dala pücia convinziun dles identitës desvalies che vignun po avëi.

## **2011: The Economic Crisis Puts South Tyrol's Autonomy to the Test**

In spite of its tendency to isolate itself from the rest of the world, South Tyrol had no choice but to face massive political and socioeconomic upheaval in 2011. Twenty years after the passing of a set of bills guaranteeing the autonomous status of the province, the political scene is still characterised by parties that focus strongly on ethnic issues. Under pressure from the New Right, the Südtiroler Volkspartei has spent the year oscillating between hesitantly defending South Tyrol's autonomy and exploiting secessionist mysticism; Italian political representation appears to have decamped the scene completely. The key instruments of peaceful coexistence, including bilingualism, historiography, education, the mass media, and importantly, the inclination to solve conflicts methodically and through consensus seeking, have made but little progress.

The local government's difficulty in properly stabilising relations with other national and international institutions is a weakening factor for autonomy. Environmental issues are assessed for their marketing impact rather than being considered vital for the political, economic, social and cultural future of the province. South Tyrol's autonomy is in questionable shape in terms of taking on the challenge of the crisis, and finds itself in a situation of great uncertainty; this is due, in part, to inadequate conviction about the province's own pluralist identity.

**4. 40 Jahre II. Autonomiestatut**  
**40 anni del II statuto di autonomia**

A series of horizontal dashed lines for writing, spanning the width of the page.

## 20 Jahre Streitbeilegungserklärung – Gedankensplitter aus völkerrechtlicher Sicht

### 1. Einführung<sup>1</sup>

Seit bald einem Jahrhundert beschäftigt die Südtirolfrage die völkerrechtliche und die minderheitenrechtliche Diskussion. Diese Diskussion war geprägt von historischen Marksteinen, wozu beispielsweise zählen:

- 1918 die Begründung der Südtirolproblematik mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem für die österreichisch-ungarische Monarchie ungünstigen Kriegsverlauf;
- 1920 die Annexion Südtirols;
- 1939 das Optionsabkommen zwischen Deutschland und Italien, das bestimmt gewesen wäre, das Südtirolproblem durch einen Bevölkerungstransfer zu *lösen*;
- 1945 das Ende des Zweiten Weltkrieges und das Ende des Faschismus mit der damit verbundenen Hoffnung der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung einer möglichen Rückgliederung Südtirols zu Österreich;
- 1946 das Gruber-De Gasperi-Abkommen, das stattdessen eine Autonomielösung vorsah;

- 1948 der Erlass des Ersten Autonomiestatuts, das sich als völlig unzureichend erwiesen hat;
- 1972 das Inkrafttreten des im Vergleich dazu geradezu revolutionären Zweiten Autonomiestatuts, das nun eine echte Autonomie für Südtirol vorsah, die in den Folgejahren sukzessive auch umgesetzt worden ist;
- 1992 die Abgabe der Streitbeilegungserklärung.

Nach Maßgabe einer solchen Chronologie stellt sich die Rechtsgeschichte Südtirols wie eine biblische Abfolge von Ereignissen dar, die mit einer schweren Versuchung für ein Volk beginnt, durch ein Tal der Tränen führt und letztlich zur Erlösung geleitet, die zwar nicht mit Selbstständigkeit verknüpft ist, aber dennoch – ganz im Sinne der modernen Relativierung der Staatlichkeit – den Weg zu einem friedlichen Zusammenleben sprachlich verschiedener Volksgruppen eröffnet. Angesichts der Vielzahl an ethnischen Konflikten weltweit muss eine solche Erfolgsgeschichte geradezu dazu verleiten, nach den Erfolgsfaktoren für diese Entwicklung Ausschau zu halten. Was waren die Determinanten dieses Erfolges? Sind diese reproduzierbar und auf andere Konfliktgebiete übertragbar? In welche Richtung bewegt sich Südtirol selbst? Sowohl innerhalb Südtirols (und in den benachbarten Regionen) als auch international werden diese Themen diskutiert, weshalb es durchaus angebracht erscheint, diese Fragen in einen breiteren politisch-rechtlichen Kontext zu stellen.

## 2. Südtirol eine Frage des Völkerrechts?

Eine Reihe von maßgeblichen Ereignissen des 20. Jahrhunderts haben auch Südtirol gestreift, beginnend mit der Begründung der Problematik selbst. So ist bekannt, dass diese Problemstellung häufig im Kontext eines verweigerten Selbstbestimmungsanspruchs dargestellt wird. Tatsächlich hat die Proklamation des 14-Punkte-Programms durch Wilson und das darin enthaltene Selbstbestimmungsprinzip der Hoffnung Nahrung gegeben, dass die Bevölkerung Südtirols ihren Status selbst bestimmen können würde. In der Realität ist dies bekanntlich nicht der Fall gewesen. Das Selbstbestimmungsprinzip ist in völlig uneinheitlicher Form angewandt worden, wobei in der Nachkriegsrealität sehr rasch deutlich geworden ist, dass eine Grenzziehung „entlang klar erkennbarer ethnischer Siedlungslinien“, so wie sie Wilson für Italien vorgeschwebt war, niemals realisierbar war.<sup>2</sup> Aber selbst in Bezug auf Südtirol, wo dieses Prinzip nach Maßgabe der erwähnten Regel an-



wendbar gewesen wäre, ist es tatsächlich unangewendet geblieben, da man anderen Gesichtspunkten den Vorrang eingeräumt hat – und zwar insbesondere dem Wunsch, den Bündnispartner Italien zufriedenzustellen, der nun seine Gegenleistung für den Kriegseintritt 1915 verlangte (Vgl. Hilpold 2009).

Selbst Minderheitenschutz ist der Südtiroler Bevölkerung verweigert worden, was auf den ersten Blick verblüffen muss, da im Rahmen des Völkerbundsystems in der Nachkriegszeit ein historisch einzigartiges Schutzsystem heranreifte (Vgl. Hilpold 2006, 2009, Azcárate 1945). Die positiven Errungenschaften des Völkerrechts blieben Südtirol in der Nachkriegszeit somit – wie es schien – verwehrt. Dafür fand ein anderes Instrument Anwendung: die Umsiedlung, die in der Zwischenkriegszeit, aber auch während des Zweiten Weltkrieges und selbst nach dem Zweiten Weltkrieg in eklatanter Verletzung der Prinzipien, für welche die Alliierten den Zweiten Weltkrieg geführt hatten, auf breiter Ebene zur Anwendung gekommen ist. Das Optionsabkommen, der Hitler-Mussolini-Pakt aus dem Jahr 1939, steht heute für eine menschenverachtende Politik, die – aus einem pathologischen nationalistischen Geist heraus geboren – bereit war, unsägliches Leid über ganze Völkergruppen kommen zu lassen, nur um *ethnisch reine* Siedlungsgebiete zu schaffen. Das Optionsabkommen war aber bei Weitem nicht das grausamste dieser Zeit. Dafür steht viel eher das Abkommen von Lausanne 1923, das im Übrigen eine nationalistische Politik exemplifiziert, deren Wunden immer noch nicht geheilt sind, und das Potsdamer Abkommen 1945, das unter dem Schlagwort einer *ordnungsgemäßen und humanen Überführung* Vertreibungsaktionen zutiefst inhumaner Natur legitimierte.<sup>3</sup>

Südtirol stand also in dieser Zeit abseits des Anwendungsbereichs der maßgeblichen Schutzmechanismen. Dass Südtirol Unrecht widerfahren ist, war der Weltöffentlichkeit bewusst. Es ist auffallend, welche Aufmerksamkeit die Südtirol-Problematik in der einschlägigen international rechtlichen und politischen Diskussion der Zwischenkriegszeit auf sich gezogen hat.<sup>4</sup> Dabei wird in der minderheitenrechtlichen Literatur darauf hingewiesen, wie sehr sich Südtirol als Negativbeispiel eines völlig verweigeren Schutzes darstellt (Vgl. Mayr 1928, 207ff).

1945 zeigt sich allerdings, wie wenig der Schutzmechanismus des Völkerbundes das Überleben einer Minderheit garantieren konnte. Es ist auffallend, dass gerade die Minderheiten, die zuvor in den Anwendungsbereich dieser Vorkehrungen gefallen waren, nunmehr Opfer grausamster Verfolgung und Vertreibung geworden sind. Man kann nur spekulieren, was das Los Südtirols 1945 gewesen wäre, wenn in der Zwischenkriegszeit dort eine Völkerbundregelung Anwendung gefunden hätte.

Die Zeit nach 1945 war grundsätzlich keine besonders vorteilhafte für Minderheiten. Minderheiten aber, die sprachlich-ethnisch einer der Verlierernationen des

Zweiten Weltkrieges angehörten, mussten sich auf das Schlimmste gefasst machen, wobei die humanistisch geprägten Prinzipien des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa in ihr Gegenteil verkehrt wurden. Diese leidvolle Erfahrung musste gerade die italienische Minderheit in Jugoslawien machen, deren weitgehende Auslöschung Italien nichts entgegensetzen konnte und die Alliierten nichts entgegensetzen wollten.

Südtirol stellte sich diesbezüglich wieder als Sonderfall dar – diesmal zum Vorteil des Landes und seiner Bevölkerung.

Der Pariser Vertrag folgte nicht gerade der damals vorherrschenden nationalistischen Logik und der Problemlösung durch Grenz- oder Bevölkerungsverschiebung. Es wurde vielmehr der genau gegenteilige Ansatz verfolgt, der auf eine Logik zurückgriff, die gerade für Vielvölkerstaaten der Vergangenheit typisch war. Es sollte nach Wegen und Instrumenten gesucht werden, die das Zusammenleben von Völkern auf demselben Territorium erlauben sollten. Ein fremdnationaler Staat wurde verpflichtet, das Überleben einer Minderheit zu garantieren.

Dass eine solche Lösung möglich wurde, ist nur aus dem Gesamtkontext der unmittelbaren Nachkriegszeit zu erklären, mit einem Staat Italien, dem die Alliierten nichts schuldig waren, den man aber trotzdem nicht schwächen wollte, und mit Österreich, dessen Schicksal noch ungewiss war, das man aber geneigt war, nicht dem Deutschen Reich gleichzusetzen, sondern das als erstes Opfer der nationalsozialistischen Aggression qualifiziert wurde. Gleichzeitig war Südtirol auch zu einer Frage des internationalen bzw. europäischen Gewissens geworden (Vgl. Huter 1965).

### **3. Die Umsetzung des Pariser Vertrages vom 5. September 1946**

Gilt schon für jede nationale Rechtsnorm, dass ihre Wirksamkeit von der Bereitschaft abhängt, diese sachgerecht auszulegen und anzuwenden, so trifft dieser Umstand für völkerrechtliche Normen in noch stärkerem Maße zu. Völkerrechtliche Normen sind nämlich regelmäßig viel allgemeiner gehalten als innerstaatliche Bestimmungen und sie bedürfen – zumindest in der überwiegenden Zahl der Fälle – einer innerstaatlichen Umsetzung. Dies bedeutet keineswegs, dass völkerrechtliche Normen weniger wirksam wären als nationales Recht (Vgl. Akehurst 1988), doch bedarf es zur Sicherstellung dieser Wirksamkeit gesonderter Mechanismen. Wird der Umsetzungsauftrag nicht im Geiste der Vertragstreue wahrgenommen, so bleiben die betreffenden Verpflichtungen leere Worthülsen. Dies war in den ersten Jahren der Umsetzung des Pariser Vertrages der Fall. Formell ist Italien mit dem

Ersten Autonomiestatut des Jahres 1948 seinen Verpflichtungen in diesem Vertrag zwar nachgekommen, weshalb man diesem Staat – zumindest prima facie – auch keinen Vertragsbruch vorwerfen konnte. Dem Geiste eines Instruments, das dazu bestimmt war, das Überleben und die weitere Entfaltung einer Minderheit zu ermöglichen, wurde das innerstaatliche Recht aber bei Weitem nicht gerecht.<sup>5</sup>

Dabei führte die italienische Regierung nur fort, was dem italienischen Staat seit seiner Gründung 1861 für sein Selbstverständnis in die Wiege gelegt worden war: Die sprachlich-ethnische Vielfalt der italienischen Nation war ein Einigungshindernis und es musste alles daran gesetzt werden, eine einheitliche italienische Nation formend zu schaffen. Für die Existenz, den Fortbestand oder gar die weitere Förderung bestand aus dieser Perspektive ganz grundsätzlich kein Verständnis. Nunmehr gab es zwar ein internationales Abkommen, das eine minderheitenfreundliche, minderheitenfördernde Haltung gefordert hätte. Getreu der in Italien vorherrschenden dualistischen Sichtweise in Bezug auf das Verhältnis zwischen Völkerrecht und Landesrecht<sup>6</sup> wurde aber ausschließlich die innerstaatliche Umsetzungsnorm der völkerrechtlichen Verpflichtung herangezogen, diese wurde wiederum ganz im Sinne der italienischen Einheitsidee interpretiert.

Damit das Pariser Abkommen voll wirksam werden konnte, mussten also erst geeignete völkerrechtliche Verfahren aktiviert werden, die Italien an seine Pflicht zur Vertragstreue (*pacta sunt servanda*) erinnern sollte.

Von entscheidender Bedeutung dafür waren die beiden Resolutionen der Generalversammlung 1960 und 1961<sup>7</sup>, wodurch Österreich und Italien „nachdrücklich“ aufgefordert wurden, „wieder Verhandlungen aufzunehmen, um eine Lösung aller Differenzen hinsichtlich der Durchführung des Pariser Vertrages vom 5. September 1946 zu finden“ (Vgl. Egen 1997).

Damit wurde die internationale Aufmerksamkeit auf das Südtirol-Problem gelenkt und ein Mechanismus in Gang gesetzt, der sich im Völkerrecht regelmäßig als sehr wirksam erwiesen hat. Staaten sind durchgehend bemüht, ihre internationale Reputation zu verteidigen. Ein völkerrechtsfreundliches Verhalten, Vertragstreue und – zumindest für einen Teil der Staatenwelt – die Einhaltung von Menschenrechten sind wesentliche Elemente, die diese Reputation ausmachen.

Besonders hervorgetan hat sich auf österreichischer Seite der damalige Außenminister Bruno Kreisky, dem Südtirol zum Herzensanliegen geworden war und dessen Einsatz für menschenrechtliche Anliegen breite internationale Anerkennung fand.

Die 1961 eingesetzte sogenannte *Neunzehnerkommission* sollte innerstaatlich einen Problemlösungsprozess in Gang bringen. Diese innerstaatlichen Bemühungen wurden aber immer wieder unterstützt von bilateralen Verhandlungen zwi-

schen Österreich und Italien. Österreich hat seine auf den Pariser Vertrag begründete Schutzfunktion in den 60er-Jahren intensiv wahrgenommen.<sup>8</sup>

Am Ende dieser Verhandlungen standen das *Paket* und der sogenannte *Operationskalender*. Das Paket bestand aus 137 Maßnahmenvorschlägen, wovon 97 durch Abänderung des bestehenden Autonomiestatuts, acht mit Durchführungsbestimmungen und neun mit Verwaltungsverordnungen durchgeführt werden sollten.<sup>9</sup> Nach sehr kontrovers geführten Diskussionen auch innerhalb der Südtiroler Volksgruppe – nach wie vor wurde von einigen maßgeblichen politischen Exponenten das Ergebnis als unzureichend angesehen, da die Selbstbestimmung vorenthalten wurde – wurde schließlich innerhalb der Sammelpartei SVP im Jahr 1969 eine Mehrheit für diese Lösung gefunden. Nun konnte die Umsetzung beginnen.

Die Umsetzung erfolgte auf der Grundlage des sogenannten *Operationskalenders*, der die einzelnen – in erster Linie von Italien – zu setzenden Schritte vorsah.<sup>10</sup> Am Ende dieses Prozesses sollte aber eine sogenannte Streitbeilegungserklärung – abgegeben von Österreich und gerichtet an die Vereinten Nationen – stehen, durch welche der seit 1960 bestehende Streit für beendet erklärt werden sollte. Zumindest auf italienischer Seite wurde die Auffassung vertreten, dass mit dem Abschluss des Pakets und der Abgabe der Streitbeilegungserklärung durch Österreich die Südtirol-Frage wieder völlig auf die innerstaatliche Ebene zurückgeführt würde. Ein unmittelbarer Zusammenhang des Paketumsetzungsprozesses mit dem Pariser Vertrag wurde geleugnet. Die Erweiterung und Vertiefung der Autonomie wäre damit eine reine *ex gratia*-Leistung Italiens gewesen. Umgekehrt wurde in Österreich behauptet, die Einhaltung der Autonomie-Bestimmungen sei international einklagbar (was konkret wohl vor dem Internationalen Gerichtshof hätte geschehen müssen) (Vgl. Minar 1980, Zeller 1989). Beide Positionen ließen aber Zweifel offen: Was die italienische Sichtweise anbelangte, so war nicht zu übersehen, dass die beiden Resolutionen der UN-Generalversammlung mit der Aufforderung, weitere Verhandlungen aufzunehmen, sich auf den Pariser Vertrag stützten. Der nachfolgende Verhandlungsprozess – mag er auch durch den starken Druck vonseiten Österreichs und im Besonderen der Südtiroler Bevölkerung weiter forciert worden sein – ist sicherlich in diesem Gesamtkontext zu sehen. Umgekehrt konnte Österreich aber auch nicht ignorieren, dass Italien konsequent und hartnäckig seinen Rechtsstandpunkt vertreten hat, weshalb auf völkerrechtlicher Ebene zumindest nicht gesichert war, ob ein gegebenenfalls angerufenes Gericht sich einfach darüber hinweggesetzt hätte.

#### 4. Die Umsetzung des Pakets auf der Grundlage des Operationskalenders

Ein erster bedeutender Schritt zur Umsetzung des Pakets wurde mit dem Verfassungsgesetz Nr. 1 vom 10. November 1971 getan, auf dessen Grundlage<sup>11</sup> das Autonomiestatut grundlegend reformiert worden ist. Im Ergebnis führte dies zum sogenannten *Zweiten Autonomiestatut*, enthalten im Einheitstext Nr. 670 vom 31. August 1972. Den beiden Provinzen Bozen und Trient wurde de facto der Status einer Region mit Sonderstatut zuerkannt.<sup>12</sup>

Der weitere Umsetzungsprozess der Autonomie, der ganz maßgeblich über Durchführungsbestimmungen erfolgte, erwies sich als äußerst mühsam. Abgeschlossen wurde er am 11. Juni 1992 mit der Abgabe der Streitbeilegungserklärung durch Österreich. Der Text dieser Erklärung war schon 1969 festgelegt worden und er schien dem italienischen Rechtsstandpunkt am nächsten zu sein. Von einer völkerrechtlichen Verankerung der Südtirol-Autonomie war keine Rede, und es schien auch kein Platz zu verbleiben, um eine solche noch zu integrieren.

Letztlich hat sich aber gezeigt, dass selbst das, was in Stein gemeißelt zu sein scheint, mit etwas gutem Willen auch weiterentwickelt werden kann. Italien hat nun seinen Rechtsstandpunkt nicht völlig aufgegeben, doch dem österreichischen Standpunkt wurde doch weitgehend Rechnung getragen. So wurden der Note vom 22. April 1992, mit welcher Italien die vollständige Umsetzung des Paketes bekannt gab, zwei Anhänge beigefügt, die den italienischen Sinneswandel indirekt verdeutlichen. Im Einzelnen war dies einmal das Protokoll der Erklärungen des italienischen Ministerpräsidenten Andreotti zur Südtirol-Frage vom 30. Januar 1992 in der Abgeordnetenkammer. Dabei hat Andreotti die einzelnen vom italienischen Parlament beschlossenen Paketumsetzungsmaßnahmen seit 1969 aufgelistet, womit diese in unmittelbarem Zusammenhang mit dem italienisch-österreichischen Streitfall gestellt wurden und als weitere Umsetzungsmaßnahmen zum Pariser Vertrag interpretiert werden können. Des Weiteren wurde der Text des Autonomiestatuts der Region Trentino-Südtirol angefügt. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass die italienische Regierung auf den Umstand verweist, wonach die Südtirol-Autonomie als Minderheitenschutzmaßnahme im Sinne des Pariser Vertrages zu interpretieren sei. Dabei wird die Autonomieregelung in Zusammenhang gebracht mit der im Gruber-De Gasperi-Abkommen erwähnten autonomen Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnis. Die italienische Regierung hat die Internationalisierung der Südtirol-Autonomie aber noch weiter betont, und zwar durch einen Verweis auf die entsprechenden Entwicklungen im Rahmen der KSZE. Damit erklärt die italie-

nische Regierung diese Regelung zum einen zum Referenzpunkt für die Fortentwicklung des entsprechenden Rahmenwerkes, zum anderen verweist die Note auf die KSZE-Kontrollmechanismen für die Prüfung der Frage, ob das Autonomierecht den sich herausbildenden Standards entspricht. Nun ist zwar bekannt, dass die KSZE/OSZE-Standards im Minderheitenrecht weniger weitreichend sind als die Rechtsverbürgungen und Schutzmechanismen, die sich aus dem Autonomiestatut ergeben. In materieller Hinsicht kann der Verweis auf die KSZE/OSZE-Bestimmungen also kaum ein Mehr ergeben. Von eigentlicher Relevanz ist hier aber vielmehr die formale Verknüpfung der Südtiroler Autonomiebestimmungen mit der KSZE/OSZE-Rechtsmasse. Damit wird nämlich in einem zentralen Bereich der minderheitenrechtlichen Verpflichtungen Italiens mit der oben schon angedeuteten, nicht nur für Italien geltenden Praxis gebrochen, wonach einmal übernommene völkerrechtliche Minderheitenschutzverpflichtungen regelmäßig *renationalisiert* werden, wobei sowohl ihre Verpflichtungsgrundlage relativiert wird als auch Anstrengungen unternommen werden, Interventionsmöglichkeiten auszuschließen. Man mag nun einwenden, diese zusätzliche Internationalisierung des Südtiroler Autonomierechts sei für Italien ungefährlich gewesen, eben weil in absehbarer Zeit kein diesbezüglicher Anpassungsbedarf für die Schutzvorkehrungen auf diesem Gebiet besteht – die Schutzvorkehrungen in Südtirol sind ja weit *intensiver* und *stärker*. Dieser Aspekt ist hier aber nicht von zentraler Bedeutung. Weit wichtiger ist der Umstand, dass die italienische Regierung sich grundsätzlich offen gegenüber einer internationalen Absicherung des Südtiroler Autonomierechts gezeigt hat. Das Südtiroler Autonomierecht – und die darin verwobene, zentrale Aufgabenstellung, der Schutz der Minderheiten – können nicht mehr einseitig aufgehoben werden. Italien erkennt an, dass mit dem Paket und mit den dazu folgenden Umsetzungsmaßnahmen ein international verankerter Auftrag erfüllt worden ist.

Auf österreichischer Seite wurde die internationale Absicherung der Südtiroler Autonomie noch deutlicher herausgestrichen. Österreich hat nämlich die Streitbeilegungserklärung in eine umfangreiche Verbalnote eingebaut, in der auf die italienische Note Bezug genommen wird, wobei Österreich die internationale Verankerung der Autonomiebestimmungen noch weit stärker herausgestrichen hat als Italien (Vgl. Hilpold 2001, 167; Fenet 1993).<sup>13</sup>

## 5. Schlussfolgerungen

Die zweifache internationale Absicherung des Südtiroler Autonomiestatuts – zum einen durch die erweiterte Fassung der Streitbeilegungserklärung im Vergleich zur ursprünglichen Version laut Operationskalender, zum anderen durch die Anbindung des Südtiroler Autonomierechts an aktuelle Entwicklungen im Minderheitenrecht – kann rechtlich kaum mehr in Zweifel gezogen werden, wenngleich in der politischen Diskussion dieser Umstand nicht immer genügend gewürdigt wird. Die Streitbeilegungserklärung war somit kein definitives Ende eines Prozesses, sondern eher eine Episode in einer Entwicklung, die nicht auf Abschluss, sondern auf Festigung von Errungenschaften durch dauernde Fortbewegung und Adaptierung gerichtet ist. Im Umsetzungsprozess zur Südtirol-Autonomie schaute man über viele Jahre wie gebannt auf den letzten Schritt, auf die Abgabe der Streitbeilegungserklärung und fragte sich, was dann kommen würde. Wer Minderheitenschutz und das Südtiroler Autonomiemodell befürwortete, der war zu Recht in diesem Zusammenhang besorgt, ist doch ein Minderheitenschutzauftrag niemals definitiv erledigt, außer die betreffende Minderheit verzichtet von sich aus auf den Schutzanspruch. Die starre Formel der Streitbeilegungserklärung wurde glücklicherweise dynamisiert und somit stellt sich dieses Problem nicht mehr.

Diese Ausführungen haben aber auch gezeigt, dass minderheitenschutzrechtliche Vorkehrungen stets Teil eines breiteren Kontextes sind. Die Herausbildung der Südtirol-Autonomie war nicht Ergebnis eines geradlinigen Prozesses, der 1918 begonnen hat, sondern die heutige Rechtslage ist nur als Produkt viel weiter reichender historischer Entwicklungen zu verstehen, auf welche die unmittelbar involvierten Staaten nur einen geringen Einfluss hatten, von der Südtiroler Bevölkerung ganz zu schweigen. Europäische und globale Entwicklungen wirken weiter auf die Südtiroler Realität ein (Hilpold 2011). Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die europäischen Staaten vor beispiellose Herausforderungen gestellt, die auch nicht ohne Auswirkungen auf die Südtiroler Autonomierealität bleiben. Welche Folgen wird diese Entwicklung auf die Struktur des italienischen Staates, seine Wirtschaft, seinen Haushalt, seine Kohäsion haben? Allein die Verwirklichung eines umfassenden Steuerföderalismus hätte nachhaltige Auswirkungen auf das Südtiroler Autonomiemodell.<sup>14</sup> Nach 1992 ist also keineswegs ein Stillstand eingetreten. Vielmehr sprach man in der Folge von der *dynamischen* Autonomie, mittlerweile spricht man – sicherlich unter dem Eindruck der Krise des staatlichen Gesamtsystems – von der *Vollautonomie*. Gerade unter dem Eindruck der turbulenten Entwicklungen in Europa und weltweit wird deutlich, wie wichtig es ist, dass die Südtirol-Autono-

mie in einen internationalen Kontext eingebunden werden konnte, wobei mit Österreich ein Staat die Schutzfunktion über dieses Land wahrnimmt, der international zahlreiche Beiträge zur Friedenssicherung leistet (Vgl. Hilpold 2010). Die Dürftigkeit des Pariser Vertrages war lange Zeit ein Kritikpunkt. Heute stellt sich diese als Vorteil dar: So sehr sich das internationale Gesamtbild kontinuierlich wandelt und so sehr die Südtirol-Autonomie diesem Wandel auch Rechnung zu tragen hat, so bleibt das Fundament der Südtirol-Autonomie, aus welchem sich die Schutzfunktion ableiten lässt, doch konstant. Und auf dieses Fundament kann auch in Zukunft weitergebaut werden. Wie schon eingangs erwähnt, wird Südtirol international häufig Modellcharakter zugeschrieben. Dies ist in Grenzen zutreffend, wobei der Erfolg eines Autonomiemodells – wie hier mehrfach angedeutet wurde – von einer Vielzahl an Faktoren abhängt, die von den unmittelbar betroffenen Parteien oft nicht direkt beeinflussbar sind. Von ganz entscheidender Bedeutung ist aber eine grundsätzlich positive Haltung zu Fragen des Minderheitenschutzes. Diese war im vorliegenden Fall, spätestens ab 1961, gegeben und konnte insbesondere durch den langen Verhandlungsprozess, der die Umsetzung des Autonomiestatuts gekennzeichnet hat, weiter verstärkt werden. In diesem Sinne kann festgehalten werden, dass den mühsamen Verhandlungen auch Positives abgewonnen werden kann, da sie dazu beigetragen haben, die Parteien einander näher zu bringen. Dieser Geist, der den Verhandlungsprozess gekennzeichnet hat, hat auch nach Abschluss des Pakets fortgewirkt und kann auch gegenwärtig noch für die weitere Entwicklung der Autonomie genutzt werden.



---

## Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Beitrag greift zurück auf verschiedene andere Arbeiten dieses Autors, die die Südtirol-Thematik bzw. Minderheitenfragen zum Gegenstand haben. Primär sind dabei zu erwähnen Hilpold 2001 und 2003.
- 2 Vgl. Pkt. 9 des Wilsonschen 14-Punkte-Programms: „A readjustment of the frontiers of Italy should be effected along clearly recognizable lines of nationality.“
- 3 Vgl. Artikel XIII des Protokolls der Potsdamer Konferenz 1945: „Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.“
- 4 Dazu haben beispielsweise auch die Veröffentlichungen von Eduard Reut-Nicolussi wie „Tirol unterm Beil“ (1928), englisch „Tyrol under the Axe of Italian Fascism“ (1930) beigetragen.
- 5 Vgl. zur Entwicklung der Südtirol-Autonomie die profunde historische Analyse von Alcock 1970. Für eine völkerrechtliche Analyse der Entwicklung bis zur zweiten Hälfte der 1960er-Jahre vgl. die ausgezeichnete Studie von Fenet 1968.
- 6 Nach der dualistischen Sichtweise, die für Italien ganz maßgeblich von Dionisio Anzilotti begründet worden ist, stellen Völkerrecht und nationales Recht zwei unabhängige Rechtskreise dar, die sich allenfalls berühren, niemals aber überlagern können. Die nationale Rechtsanwendung hat sich strikt auf das nationale Recht zu berufen. Völkerrecht ist also insofern und insoweit maßgeblich, als es innerstaatlich eine Umsetzung erfahren hat. Vgl. dazu Anzilotti 1905.
- 7 Vgl. Res. 1497 (XV) vom 31. Oktober 1960 sowie Res. 1661 (XVI) vom 28. November 1961.
- 8 Zur Schutzfunktion im Völkerrecht im Allgemeinen sowie in Bezug auf den Südtiroler Kontext im Besonderen vgl. Hilpold/Perathoner 2006.
- 9 Zum Entwicklungsprozess der Südtirol-Autonomie aus zeitgeschichtlicher Perspektive vgl. Steininger 1999.
- 10 In diesem Operationskalender wurde ein „ingenüßes System von 18 Zug um Zug durchzuführenden Maßnahmen zur Beilegung des Südtirol-Konflikts“ gesehen. Vgl. Simma 1972, 79.
- 11 Siehe auch das Verfassungsgesetz Nr. 1 vom 23. Februar 1972.
- 12 Der Region verblieben nur geringfügige Zuständigkeiten, weshalb in der Folge immer wieder eine Abschaffung – die bislang nicht erfolgte – dieser Einrichtung diskutiert worden ist.
- 13 Die entscheidende Ergänzung ist in Punkt 6 der österreichischen Verbalnote enthalten und hat folgenden Wortlaut: „Die österreichische Regierung geht unter Beibehaltung ihrer Verantwortung als Unterzeichner des Pariser Abkommens davon aus, dass die von der italienischen Regierung im Interesse der Volksgruppen Südtirols durchgeführten Maßnahmen und somit das Autonomiestatut 1972 mit seinen Durchführungsbestimmungen, ordentlichen Gesetzen und Verwaltungsakten, wie es aus dem Anhang zur Note vom 22. April 1992 hervorgeht, nicht einseitig abgeändert werden, sondern, wie der italienische Ministerpräsident in seinen Parlamentserklärungen vom 30. Jänner 1992, welche der österreichischen Note vom 22. April übermittelt wurden, festgestellt hat, nur im Rahmen der gemeinsamen Ver-

antwortung und des bereits bisher erreichten politischen Konsenses, welche auch für den Fall fort dauern müssen, dass normative Änderungen erforderlich werden sollten.“

- 14 Vgl. als erste Vorstudie zu den Kräften, denen das italienische Steuersystem im internationalen Kontext ausgesetzt ist, *Hilpold, Peter/Steinmair, Walter/Rier, Klaus* (2009). *Italien im internationalen Wettbewerb der Steuerstandorte*, Wien: Linde et al.

---

## Literaturverzeichnis

- Akehurst, Michael* (1988). *A Modern Introduction to International Law*, London: Unwin Hyman
- Alcock, Anthony* (1970). *The History of the South Tyrol Question*, London: Michael Joseph
- Anzilotti, Dionisio* (1905). *Il diritto internazionale nei giudizi interni*, Bologna: Zanichelli
- Egen, Alexander von* (1997). *Die Südtirol-Frage vor den Vereinten Nationen*, Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang
- Fenet, Alain* (1968). *La question du Tyrol du Sud: un problème de droit international*, Paris: Pichon & Durand-Auzias
- Fenet, Alain* (1993). *La question du Tyrol du Sud. La fin du litige italo-autrichien sur le Haut Adige – Tyrol du Sud*, in: *Annuaire Français de Droit International (AFDI)*, XXXIX, 357–376
- Azcárate, Pablo de* (1945). *League of Nations and national minorities; an experiment*, Washington: Carnegie Endowment
- Hilpold, Peter* (2001). *Modernes Minderheitenrecht*, Wien/Baden-Baden: Manz/Nomos
- Hilpold, Peter* (2003). *Der Südtiroler Weg völkerrechtlicher Stufenlösung im europäischen Vergleich*, in: *Clementi, Sieglinde/Woelk, Jens* (Hg.). 1992: *Ende eines Streits*, Baden-Baden: Nomos, 109–117
- Hilpold, Peter* (2006). *Minderheitenschutz im Völkerbundsystem*, in: *Pan, Christoph/Pfeil Beate Sibylle* (Hg.). *Zur Entstehung des modernen Minderheitenschutzes in Europa*, *Handbuch der europäischen Volksgruppen*, Bd. 3, New York: Springer, 156–189
- Hilpold, Peter/Perathoner, Christoph* (2006). *Die Schutzfunktion des Mutterstaates im Minderheitenrecht*, Bern/Bozen/Wien: NWV/Athesia/BWV/Stämpfli Verlag
- Hilpold, Peter/Steinmair, Walter/Rier, Klaus* (2009). *Italien im internationalen Wettbewerb der Steuerstandorte*, Wien: Linde et al
- Hilpold, Peter* (2010). *Solidarität und Neutralität im Vertrag von Lissabon*, Baden-Baden et al.: Nomos et al
- Hilpold, Peter* (2011). *Neue Perspektiven der Selbstbestimmung? Möglichkeiten und Grenzen der völkerrechtlichen Verselbstständigung von Territorien in Europa*, in: *Hilpold, Peter/Steinmair, Walter/Perathoner, Christoph* (Hg.). *Rechtsvergleichen an der Sprachgrenze*, Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang, 157–196
- Hilpold, Peter* (Hg.) (2009). *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker*, Frankfurt/M.: Peter Lang
- Huter, Franz* (1965). *Südtirol. Eine Frage des europäischen Gewissens*, Wien: Verlag für Geschichte und Politik

- Reut-Nicolussi*, Eduard (1928). *Tirol unterm Beil*, München: Beck. In Englisch erschienen 1930 als: *Tyrol under the Axe of Italian Fascism*, London: George Allen
- Mayr*, Lucy (1928). *The Protection of Minorities*, London: Christophers
- Minar*, Alfred (1980). *Die Sicherung von Maßnahmen zur Beilegung des Südtirol-Konfliktes*, Dissertation, Würzburg
- Simma*, Bruno (1972). *Das Reziprozitätselement im Zustandekommen völkerrechtlicher Verträge*, Berlin: W. de Gruyter
- Steininger*, Rolf (1999). *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969*, 3 Bände, Bozen: Athesia
- Zeller*, Karl (1989). *Das Problem der völkerrechtlichen Verankerung des Südtirol-Pakets und die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs (ethnos, Bd. 34)*, Wien: Braumüller

## Abstracts

### **20 anni dalla quietanza liberatoria – Riflessioni dal punto di vista del Diritto Internazionale**

La quietanza liberatoria dell'anno 1992 (che pose fine alla vertenza tra Austria ed Italia sulla questione dell'Alto Adige) costituisce un importante punto di riferimento per lo sviluppo dell'autonomia dell'Alto Adige. Secondo l'opinione di molti fino alla quietanza liberatoria l'autonomia si sarebbe ancora potuta sviluppare e migliorare; dopo di essa sarebbe venuto a mancare il ruolo protettore dell'Austria e l'autonomia avrebbe soltanto potuto essere conservata. Questo concetto però finì per dimostrarsi inappropriato. Anche dopo il 1992 l'autonomia continuò a svilupparsi ed il ruolo protettore dell'Austria è presente come prima. Questo è stato reso possibile soltanto grazie alla tempestiva modifica dei termini dell'accordo nel momento in cui il problema dell'autonomia dell'Alto Adige venne portata ad un livello di discussione di Diritto Internazionale. Inoltre il processo di mediazione che ha accompagnato l'introduzione dell'autonomia altoatesina ha anche portato ad un avvicinamento delle parti coinvolte. L'Alto Adige può servire da modello per altre situazioni di minoranze etniche? Nel quadro di questo contributo si vuole far notare come questo sia possibile soltanto in maniera parziale. Il modello altoatesino è stato pesantemente influenzato da particolarità e coincidenze di carattere storico.

## 20 agn dala Detlaraziun de stlùta dl strit danter l’Austria y la Talia – Reflescìuns dal punt d’odüda dl dërt internaziunal

La Detlaraziun de stlùta dl strit danter l’Austria y la Talia dl 1992 é n punt de referimënt important por le svilup dl’autonomia de Südtirol. Denant ch’ara gniss dada jö sciafiâ l’autonomia da gnì ampliada y miorada, dedô – insciö aratâ tröc – foss la funziun de sconanza dl’Austria tomada demez y l’autonomia ess ma plü podü gnì conservada. Mo an s’â intenü che chësta interpretaziun n’ê nia dërta. Incé do le 1992 é l’autonomia de Südtirol gnüda laurada fora inant y la funziun de sconanza dl’Austria se mantëgn tres cíamò inant. Chësc é stè poscibl do ch’al é gnü mudé por tëmp y ora le modus de apajè ia le strit, olache l’autonomia de Südtirol é incö gnüda metüda tlermënter sön le level dl dërt internaziunal. Implü à le prozès dles tratatives, che à acompagné la realisaziun dl’autonomia de Südtirol, incé fat rovè plü daimprò danter ëi i partis interessà. Pò Südtirol gnì tut ca sciöche model por d’atres situaziuns de mendranza? Tl cheder de chësc articul vëgnel splighé che chësc é ma en pert poscibl. Le model de Südtirol é gnü influenzè cotan da coincidënzes y da particolaritès storiches.

### Twenty Years After the Declaration of Peace – Thoughts from the Standpoint of International Law

The 1992 declaration ending the conflict between Austria and Italy, which was in regard to the problem of South Tyrol, is an important reference point for the development of autonomy in the province. Many believed at the time that after the declaration was made, it would not be possible to further strengthen and improve autonomy in South Tyrol, Austria would give up its role as protector, and the province would only just manage to preserve its autonomous status. These fears have proved to be unfounded. South Tyrol’s autonomous rights continued to develop, even after 1992, and Austria continues to exercise its protective power. This was made possible only through a timely modification of the procedural rules for the termination of the conflict, and South Tyrol’s autonomous status achieved international relevance as a result. In addition, the negotiation process that accompanied the implementation of autonomy in the province has clearly brought the parties together. Could South Tyrol be a model for other conflicts between minorities? According to the author, the case of South Tyrol can serve as a model only to a limited extent. In fact, many historical particularities and accidents set South Tyrol markedly apart.



**Francesco Palermo**

## **Regione, Province e forse nuova Regione?**

Il pendolo di Foucault istituzionale dell'autonomia

### **1. Introduzione**

Sotto il profilo istituzionale, il passaggio dal “primo statuto” al “secondo statuto”<sup>1</sup> è consistito nel trasferimento della centralità delle competenze dalla Regione autonoma Trentino-Alto Adige alle due Province autonome di Bolzano e di Trento. In un certo senso si è trattato quasi esclusivamente di spostare i contenuti tra contenitori già presenti, di cambiare l'ordine di priorità (dunque il peso politico) tra Regione e Province, e quindi, potrebbe dirsi, di modificare molto la sostanza e poco la forma.

A ben vedere, infatti, le modifiche di natura istituzionale intercorse tra il primo e il secondo statuto sono state complessivamente meno significative ed hanno riguardato per lo più aspetti conseguenti allo spostamento del baricentro delle competenze<sup>2</sup>. Alcune modifiche importanti sono state poi introdotte con la riforma del 2001, ed hanno in parte riguardato anche aspetti istituzionali oltre ad altre questioni, specie relative ai diritti delle minoranze; infine, riforme di rilievo sono state introdotte alla fine del 2009 in tema di rapporti finanziari tra lo Stato e l'autonomia speciale<sup>3</sup>.

Il presente contributo dapprima illustrerà l'evoluzione istituzionale dell'autonomia speciale ripercorrendo i passaggi delle riforme intervenute nel 1972 e nel 2001 (2.), poi si soffermerà sulle principali conseguenze giuridiche di tali cambiamenti, mettendo in evidenza alcuni nodi problematici che sono venuti a crearsi a causa della successione di riforme non organiche (3.), e infine illustrerà le più recenti modifiche sul piano della collaborazione istituzionale, con particolare riferimento alla dimensione della collaborazione transfrontaliera (4.). Se ne ricaverà in conclusione (5.) da un lato la indispensabilità di forme di coordinamento tra le Province autonome (e non solo), sostenendo che queste sono oggi in grado di sviluppare tutto il loro potenziale a seguito dell'elaborazione del "trauma" che per alcuni il passaggio dalla Regione alle Province ha causato e, parallelamente, dell'attenuazione di una concezione meramente rivendicativa dell'autonomia; dall'altro si sosterrà che gli importanti mutamenti in atto (e in buona parte già occorsi) necessitano ora di una razionalizzazione istituzionale attraverso l'inclusione e la sistematizzazione nello statuto, perché la mancanza di organicità e di trasparenza del sistema rischia di limitarne le potenzialità fortemente innovative per il governo del territorio.

## **2. L'evoluzione dello statuto dal 1948 al 2001: continuità istituzionale e discontinuità competenziale**

### 2.1. Le opposte letture della cornice regionale.

L'intera storia istituzionale dell'autonomia speciale trentino-altoatesina si è sviluppata lungo un'asse che univa, ma nel contempo separava, autogoverno per le minoranze e autogoverno per il territorio. La scelta di una forma territoriale di autonomia, va ricordato, non era scontata: il vincolo internazionale rappresentato dall'accordo Degasperi-Gruber del 1946 si riferisce in primo luogo ed essenzialmente alla tutela dei diritti degli "abitanti di lingua tedesca della provincia di Bolzano". Sebbene l'accordo preveda la concessione di un "potere legislativo autonomo" (punto 2), va ricordato che esso è riconosciuto alle "popolazioni" e non al territorio. Nulla avrebbe vietato insomma di optare per una soluzione che privilegiasse l'autonomia personale del gruppo anziché l'autonomia del territorio. Anche per questo, tuttavia, specie in Alto Adige, i concetti di autonomia e tutela delle mi-



noranze si sono sempre letti quasi fossero sinonimi (autonomia come autogoverno del gruppo), creando spesso difficoltà interpretative e anche scontri politici quando l'autonomia si poteva (e forse si doveva) leggere come qualcosa di più ampio, come un diritto appartenente al territorio e a tutti gli individui che vi abitano<sup>4</sup>.

Fatto sta che, conformemente alla scelta complessiva operata dal costituente in relazione all'assetto territoriale del potere (Bartole 1985, 63), si optò per una autonomia regionale speciale, a sua volta già speciale rispetto alle altre autonomie differenziate, per la presenza al suo interno di due autonomie provinciali dotate di competenza legislativa primaria e dunque di un proprio indirizzo politico. Il cosiddetto "assetto tripolare" della Regione, basato sulla compresenza e la necessaria collaborazione tra tre soggetti politici coordinati (le due Province e la Regione) è stato dunque una creazione del primo statuto.

Durante la vigenza del primo statuto il problema, com'è noto, ha riguardato non già la struttura istituzionale di questo assetto, quanto la sua gestione concreta, e in particolare il peso e l'esercizio delle competenze attribuite ai diversi livelli. Il peso, perché le competenze legislative primarie e secondarie (e di conseguenza le relative competenze amministrative)<sup>5</sup> attribuite alla Regione superavano ampiamente, per numero e importanza, quelle spettanti alle Province. L'esercizio, perché nonostante la previsione nello statuto del 1948 di un meccanismo di delega a cascata per le funzioni amministrative (l'art. 14 prevedeva che la Regione esercitasse "normalmente" le funzioni amministrative delegandole alle Province, ai comuni e ad altri enti locali), non ha funzionato la premessa politica che era indispensabile per l'operatività di un sistema fortemente cooperativo come quello assunto a sistema dal legislatore. Com'è noto, è proprio sul (mancato) trasferimento delle funzioni amministrative ex art. 14 che si è fondata giuridicamente la latente crisi politica tra Bolzano e Trento e tra le rispettive, opposte letture dell'autonomia regionale.

Se per Bolzano la Regione rappresentava la "semiautonomia" dell'Alto Adige (Gatterer 1968) e dunque della sua popolazione maggioritaria, per Trento essa significava da un lato "un sintomo di consapevolezza circa una propria intrinseca debolezza per godere di un'autonomia speciale altrimenti non giustificabile", e dall'altro "un'autentica ricerca di equilibrio fra una comunità regionale che si avverte come reale, l'orgoglio per la propria autonomia 'sola' e la consapevolezza della distinzione delle identità" (Toniatti 2005, 49).

Il lungo e complesso passaggio verso il "secondo statuto" si è giocato sulla ricerca di un difficile compromesso tra queste due opposte visioni. La struttura istituzionale, dopo una prima fase di pesante attacco volto al suo smantellamento ("Los von Trient"), è divenuta in sede di trattativa il contenitore del compromesso

possibile. Solo mantenendo il contenitore, infatti, si poteva venire incontro alla concezione prevalente in Trentino (oltre che assecondare sul piano formale la pretesa dello Stato italiano di avere adempiuto ai propri obblighi internazionali con lo statuto del 1948)<sup>6</sup>, ma solo svuotandolo di poteri a favore delle Province si potevano recepire le richieste della popolazione di lingua tedesca dell'Alto Adige<sup>7</sup>.

## 2.2. Dal 1972 al 2001.

Il compromesso del nuovo statuto si basava dunque su una forte discontinuità nell'attribuzione delle competenze legislative e amministrative da un lato, e su una forte continuità nella struttura istituzionale dall'altro. A ciò si aggiunsero alcune disposizioni più dettagliate e avanzate rispetto ai diritti delle minoranze (su cui si tornerà) e la razionalizzazione degli organismi di collegamento (in particolare le commissioni paritetiche per l'attuazione dello statuto, già presenti) e degli enti locali<sup>8</sup>.

Sotto il profilo strutturale<sup>9</sup> e istituzionale, insomma, le modifiche introdotte con lo statuto del 1972 sono state pressoché inesistenti. Tuttavia, l'importanza del passaggio si coglie avendo in considerazione da un lato il massiccio trasferimento di competenze alle Province, dall'altro l'intero "Pacchetto", che prevedeva una serie di misure dettagliate da adottare prevalentemente attraverso la normativa di attuazione. In questo modo si è evitato per il secondo statuto il rischio di un'attuazione lenta, parziale e a tratti ingannevole come quella che ha caratterizzato il primo statuto, creando precisi istituti e procedure di *confidence building* che erano in origine mancati<sup>10</sup>.

Nonostante il termine eccessivamente ottimistico di due anni dall'entrata in vigore del secondo statuto di autonomia previsto dall'art. 108 dello statuto stesso<sup>11</sup>, il ventennio tra il 1972 e il 1992 (anno della chiusura della vertenza internazionale con il rilascio della quietanza liberatoria: Di Michele/Palermo/Pallaver 2003) è stato dedicato pressoché integralmente all'attuazione e alla "messa a regime" del nuovo sistema autonomistico. In quegli anni sono state adottate numerose e complesse norme di attuazione, che hanno definito i contorni delle questioni fondamentali (dalla proporzionale all'uso della lingua, dal trasferimento di nuove competenze al particolare sistema introdotto in relazione ai rapporti tra atti legislativi statali e leggi regionali e provinciali<sup>12</sup>), in qualche caso andando forse oltre la mera funzione di attuazione statutaria e finendo per introdurre revisioni statutarie mascherate da norme di attuazione, come nel caso di quella relativa a composizione e funzioni della sezione altoatesina del Tribunale regionale di giustizia amministrativa<sup>13</sup>.

Dopo il 1992 si è inaugurata la fase comunemente definita dell'“autonomia dinamica”<sup>14</sup>. In realtà si è trattato della semplice prosecuzione della fase precedente, volta alla piena attuazione dello statuto, andando oltre lo statuto (nella lettera ma non nello spirito), attraendo alle Province autonome competenze ulteriori rispetto a quelle stabilite dallo statuto e concordate nel Pacchetto (ad es. in materia scolastica, di strade, ecc.), il trasferimento alle Province di ulteriori competenze regionali (ad es. il libro fondiario o alcune funzioni in materia comunale) e lo sviluppo di attività provinciali volte a sviluppare l'ambito di autonomia garantita (ad es. in tema di rapporti internazionali ed europei, ecc.). Sotto il profilo giuridico, le competenze acquisite in questa fase si differenziano da quelle del periodo precedente al 1992 essenzialmente per il fatto di non essere ricomprese nel “nucleo duro” del Pacchetto<sup>15</sup> e pertanto per non essere, a stretto rigore, internazionalmente garantite<sup>16</sup>.

### 2.3. La riforma del 2001.

A seguito della profonda revisione del titolo V, parte II della costituzione italiana nel 2001, è venuto a cambiare radicalmente il quadro del riparto delle competenze tra Stato e Regioni, e ciò ha profondamente investito anche la Provincia autonoma di Bolzano (Avolio/Palermo 2004).

In primo luogo, per effetto della riforma costituzionale (art. 101 cost. 3/2001), tutte le competenze non attribuite allo Stato o alla competenza concorrente (art. 117 cost.) rientrano presuntivamente<sup>17</sup> nella competenza primaria delle Regioni e delle Province autonome, trasferendosi così automaticamente nella competenza delle Province tutte le competenze più favorevoli non precedentemente loro attribuite dallo statuto. In secondo luogo, anche la generalità delle funzioni amministrative è stata trasferita ai Comuni e da lì, a salire, alle Province autonome/Regioni e allo Stato in base al principio di sussidiarietà (art. 118 cost.). In terzo luogo, sono state introdotte importanti modifiche con riferimento ai rapporti tra Stato e Regioni, ad esempio attraverso l'abolizione del visto governativo preventivo sulle leggi provinciali, o la riduzione delle funzioni del Commissario del Governo. E infine, la riforma costituzionale è stata preceduta di pochi mesi da una non irrilevante modifica dello statuto (l. cost. 2/2001) che è intervenuta in particolare sugli strumenti di democrazia diretta (Lausch 2005), sulla forma di governo delle Province (specie di quella di Trento, dove si è prevista l'elezione popolare diretta del Presidente della Giunta) e soprattutto (e conseguentemente) sulla struttura della Regione, essendosi invertito il criterio di composizione del Consiglio regionale. Le elezioni non sono

infatti più regionali (con i Consigli provinciali composti automaticamente dai consiglieri regionali eletti nella circoscrizione della rispettiva Provincia), ma provinciali: il Consiglio regionale è ora organo derivato, frutto dell'unione dei due Consigli provinciali oggi eletti separatamente (e con diverse leggi elettorali).

L'attività di produzione normativa del Consiglio provinciale non è tuttavia sensibilmente aumentata a seguito della riforma, a dimostrazione del fatto che la riforma è stata meno incisiva di quanto avrebbe potuto (e forse dovuto) essere. Ciò pare dovuto ad una serie di fattori, tra cui la reticenza del livello centrale a "prendere sul serio" l'intera riforma e ad attuarla, e una giurisprudenza sicuramente "centralistica" della Corte costituzionale, ma anche ad una responsabilità delle Regioni più attive (tra cui certamente la Provincia autonoma di Bolzano), che hanno largamente continuato come prima, senza cercare di sfruttare il potenziale offerto dal mutato quadro costituzionale per ampliare in modo significativo le proprie competenze.

Forse per impreparazione alla gestione di nuove competenze, probabilmente per la poca voglia di rischiare ulteriori conflitti col Governo e davanti alla Corte costituzionale, certamente per la scarsa chiarezza dei nuovi contorni costituzionali, fatto sta che il legislatore provinciale non ha brillato, nella fase successiva alle riforme del 2001, per iniziativa e creatività istituzionale, a differenza, in particolare, della Provincia di Trento, che negli anni 2000 ha approvato una serie di importanti riforme ordinamentali che hanno profondamente mutato il suo assetto di governo<sup>18</sup>. Per l'autonomia speciale dell'Alto Adige, la riforma del 2001 è stata insomma una grande promessa solo in minima parte mantenuta.

#### 2.4. Il convitato di pietra: la tutela delle minoranze.

Per cogliere appieno il significato di ciò che può apparire come una contraddizione (la lotta contro la Regione vinta senza toccare l'istituzione regionale), occorre richiamare e specificare quanto sopra ricordato in tema di sovrapposizione concettuale tra tutela delle minoranze e autonomia territoriale. La concezione che ha sempre dominato l'élite politica sudtirolese è stata quella dell'identità tra popolo e territorio: l'Alto Adige come territorio tedesco (e in parte ladino), dove il governo deve spettare al gruppo tedesco (e in parte a quello ladino), pur riconoscendo significativi diritti agli italiani, più però come conseguenza dell'appartenenza del territorio all'Italia che come riconoscimento della natura multietnica del territorio. Se il territorio è (o è visto come) etnicamente omogeneo, non vi è alcuna differenza concettuale tra attribuire poteri al territorio o al gruppo che ne è titolare. In questo

senso, come si ricordava, autonomia e tutela delle minoranze sono sempre state lette e interpretate come sinonimi. Pertanto, più competenze alla Provincia di Bolzano significava più tutela della popolazione di lingua tedesca (e ladina); meno competenze alla Regione, per contro, significava minore controllo italiano.

Seguendo questo schema concettuale semplificato ma efficace (e che solo in tempi recenti ha iniziato ad essere messo in discussione anche in parte dall'élite politica di lingua tedesca), è stato possibile gestire un passaggio potenzialmente esplosivo, come quello tra la Regione e le Province, e raggiungere un difficile compromesso. L'essenza dell'accordo è stata la razionalizzazione delle due opposte visioni dell'autonomia: riconoscimento a Bolzano di essenzialmente tutte le competenze prima regionali (visto come vittoria dell'autogoverno del gruppo) e parallelo trasferimento a Trento (dal palazzo della Regione a quello della Provincia) delle medesime competenze, viste come la valorizzazione dell'autonomia del territorio trentino e della sua comunità (paradossalmente vista a Trento come più composita di come quella dell'Alto Adige veniva letta a Bolzano).

Questo passaggio epocale è stato puntellato da alcune importanti previsioni in materia di tutela specifica dei diritti delle minoranze, per assicurare da un lato una maggiore procedimentalizzazione, dunque certezza, e quindi *confidence building* tra i gruppi, e dall'altro per razionalizzare le forme di partecipazione delle popolazioni localmente minoritarie (italiani e ladini) al governo dell'autonomia.

Quanto alla procedimentalizzazione della tutela delle minoranze, per quanto molti degli istituti (ad es. la proporzionale, l'uso della lingua, il diritto all'istruzione in madrelingua, ecc.) esistessero già in vigenza del primo statuto, si è trattato di un passaggio fondamentale per assicurare che ogni possibile violazione fosse assistita da una precisa garanzia giuridica. Dove manca la fiducia (com'era indubbiamente e comprensibilmente il caso nel 1972) occorre la garanzia giuridica che esista un rimedio contro qualsiasi violazione di un diritto. Così la tolleranza è stata creata attraverso il diritto (Woelk/Palermo/Marko 2008), ed è stato possibile innescare una dinamica positiva nei rapporti tra gruppi.

Tra gli strumenti principali di questo passaggio vanno ricordati in particolare<sup>19</sup>: l'estensione della proporzionale anche all'amministrazione statale (art. 89 st.), che a fronte della sua parallela riduzione ha consentito l'immissione significativa dei gruppi tedesco e ladino in ruoli dai quali durante il primo statuto erano di fatto largamente esclusi; la contestuale statutarizzazione della rilevazione ufficiale della consistenza dei gruppi linguistici, sia collettivamente che per i singoli individui residenti (art. 89 c. 3 e relativa normativa di attuazione); l'inclusione della tutela delle minoranze linguistiche tra gli interessi nazionali, disposizione oggi largamente

simbolica ma che fino alla revisione costituzionale del 2001 costituiva un fondamentale limite alla prevalenza automatica della legislazione statale di “grande riforma economico-sociale” su quella provinciale; un meccanismo complesso di garanzia ultima per i gruppi come “freno d'emergenza” contro eventuali abusi, consistente nella previsione del voto separato per gruppi linguistici (artt. 56 c. 1 e 84 c. 2 st.) e nella possibilità, nel caso in cui la votazione separata non sia accolta o la proposta sia comunque approvata, di ricorrere direttamente alla Corte costituzionale (art. 56 c. 2 st.); tutela giurisdizionale analoga davanti alla giustizia amministrativa (artt. 91, 92 e 84 c. 5 st.); garanzie dettagliate sulla composizione linguistica delle Giunte comunali (art. 62 st.), ecc.

La riforma del 2001 ha inoltre esteso diversi diritti soprattutto al gruppo linguistico ladino (in particolare la formalizzazione di diritti di rappresentanza politica nella Giunta e nella presidenza del Consiglio provinciale – artt. 48 c. 2 e 48 ter st.), soprattutto tuttavia nella Provincia di Trento (ad es. artt. 15 c. 3 e 92 c. 2 st.).

### **3. La situazione post-2011. Più problemi che certezze?**

Oltre alla sommatoria delle varie concause che hanno impedito un atteggiamento proattivo da parte del legislatore provinciale a seguito della riforma del 2001, va segnalato che questa prevedeva espressamente, per la sua piena entrata a regime, l'approvazione di nuovi statuti da parte di tutte le Regioni<sup>20</sup>. Seppur lentamente e in modo non poco farraginoso, a distanza di dieci anni dall'entrata in vigore della riforma costituzionale pressoché tutte le Regioni ordinarie hanno concluso il processo di approvazione dei rispettivi statuti<sup>21</sup>. Per contro, nessun nuovo statuto speciale è stato finora approvato: alcune Regioni speciali (Friuli-Venezia Giulia, Sardegna e Sicilia) hanno iniziato il processo, che si è bloccato o sul nascere, o a seguito di pronunce della Corte costituzionale o nel Parlamento nazionale (va ricordato infatti che gli statuti speciali, essendo leggi costituzionali dello Stato, richiedono il procedimento di approvazione previsto per le leggi costituzionali ex art. 138 cost.). Trentino-Alto Adige e Valle d'Aosta non hanno neppure iniziato il procedimento di approvazione di un nuovo statuto.

Sotto il profilo politico, si tratta di una conseguenza della difficile stagione che la specialità regionale ha iniziato a vivere dopo le riforme del 2001, quando ha cominciato a radicarsi un clima politico sempre più “ostile” nei confronti delle autonomie speciali, ritenute costose e anti-storiche, clima che si è andato progressivamente accentuando in concomitanza con la crisi economica che ha colpito l'Italia a

partire dal 2008. In chiave giuridica, oltre alla maggiore difficoltà procedurale di giungere ad una modifica degli statuti, va segnalata la confusione che è venuta a crearsi nel riparto delle competenze a seguito della riforma costituzionale, che è andata a sovrapporsi con il riparto precedente stabilito dagli statuti speciali, e che si è venuta lentamente assestando nel corso del tempo ad opera dell'interpretazione (fortemente centralistica) che ne ha dato, caso per caso, la Corte costituzionale<sup>22</sup>. In pratica, il concorso di questi fattori ha fatto sì che la riforma del 2001 non solo non abbia aumentato in misura significativa le competenze della Provincia autonoma, ma abbia creato maggiore confusione e di conseguenza, attraverso la giurisprudenza costituzionale, abbia quasi finito per ridurle.

Nell'attuale sistema derivante dall'intreccio tra costituzione riformata – con il rovesciamento del criterio di attribuzione delle competenze tassativamente elencate (art. 117) – e statuto di autonomia (artt. 4, 5, 6, 8, 9, 10), evidentemente concepito per un modello che lasciava allo Stato le funzioni residuali, si sono create non poche difficoltà interpretative. Il mantenimento di (normativa comunitaria esclusa!) ben nove separati cataloghi di competenze – materie esclusive dello Stato (art. 117 c. 2 cost.), competenze concorrenti (art. 117 c. 3 cost.), legislazione regionale esclusiva (art. 4 st.), legislazione provinciale esclusiva (art. 8 st.), competenze regionali concorrenti (art. 5 st.), provinciali concorrenti (art. 9), potestà legislativa provinciale integrativa (art. 10 st., ora probabilmente scomparsa in seguito alla riforma costituzionale), competenza legislativa provinciale trasferita (art. 17 st.) e competenza legislativa regionale trasferita (art. 17 st.) – ha dato luogo a serie difficoltà nell'individuazione della titolarità concreta di una determinata funzione, tanto più che alcune materie risultano sovrapposte<sup>23</sup>.

Una riforma dello statuto appare pertanto indispensabile, non foss'altro che per ripristinare un po' di chiarezza nella divisione delle competenze tra i livelli di governo, oltre che utile al fine di includervi nuovi ambiti che attualmente sono del tutto ignorati dalla carta fondamentale dell'autonomia, come l'Europa, i rapporti internazionali o la cooperazione transfrontaliera.

La riforma statutaria appare difficilmente prorogabile anche per chiarire il ruolo della Regione e intervenire così su quel piano istituzionale finora rimasto ai margini del processo evolutivo dell'autonomia, e che tale processo non riflette ormai più. Tanto più che le modifiche apportate dalla l. cost. 2/2001 e dal nuovo titolo V parte II cost. impongono anche per il futuro l'esistenza della Regione come ente politico territoriale tradizionale. Lo si ricava dal nuovo art. 60 st., che preserva l'istituto della "legge regionale", da cui si deduce che il legislatore della riforma abbia inteso mantenere la Regione come ente politico dotato di funzioni legislative ed ammi-

nistrative e di organi propri, separati da quelli delle Province. Lo si vede anche dall'art. 49-bis c. 6, secondo cui “lo scioglimento del Consiglio provinciale non comporta lo scioglimento del Consiglio regionale”, e dalla mancata modifica dell'art. 36 st., che prevede l'elezione del Presidente della Regione da parte del Consiglio tra i suoi componenti, nonostante la convenzione politica ormai affermata che prevede la cd. “staffetta” tra i Presidenti delle Province alla guida della Giunta regionale<sup>24</sup>.

Se dunque il quadro risultante dalle riforme del 2001 è più oscuro e meno favorevole all'autonomia speciale di quanto fosse in precedenza, è pur vero che la fase sopra descritta di “autonomia dinamica” non è cessata, ed è anzi continuata come prima anche a seguito della riforma, attraverso l'approvazione di diverse (e spesso rilevanti) norme di attuazione che hanno contribuito ad incrementare l'autonomia speciale nonostante lo stallo sul versante legislativo ordinario<sup>25</sup>.

Tuttavia, la consapevolezza del naturale esaurimento di questa lunga fase caratterizzata dallo sviluppo dell'autonomia (ma anche delle norme specificamente relative ai diritti delle minoranze) quasi esclusivamente per mezzo di norme di attuazione, ha portato nell'ultimo anno alla proposta, da parte della Südtiroler Volkspartei, dell'apertura di un nuovo orizzonte, quello dell'autonomia “piena” (*Vollautonomie*). Questo obiettivo dovrebbe condurre all'attrazione alla Provincia autonoma di presoché tutte le competenze residue dello Stato, e implicherebbe pertanto un profondo processo di riforma dello statuto.

#### **4. Sviluppi paralleli: la dimensione transfrontaliera e la nuova prospettiva della collaborazione post-regionale**

Nonostante il quadro istituzionale quasi immutato dal 1948 (con la parziale eccezione della riforma del 2001 in relazione alla direzione della legittimazione tra Regione e Province) e quello competenziale sviluppato dopo il 1972 attraverso la normativa di attuazione ben più che per mezzo della legislazione autonoma della Provincia, la situazione non ha mancato di evolvere in misura significativa.

Ciò è prevalentemente avvenuto, tuttavia, non attraverso lo strumento costituzionale principale (la revisione dello statuto), né, come si sarebbe potuto pensare, attraverso una proattiva attività legislativa del Consiglio provinciale<sup>26</sup>, ma tramite prassi politiche o evoluzioni normative esterne.

Un esempio delle prime è la ricordata convenzione, inaugurata dopo la riforma statutaria del 2001, che prevede la cosiddetta “staffetta” alla presidenza della



Regione: nonostante la Regione sia rimasta sotto il profilo istituzionale un ente politico esattamente uguale a quello del 1948 (anche se naturalmente con assai meno competenze e un peso politico nullo), il suo depotenziamento politico è passato soprattutto attraverso la decisione dei presidenti delle due Province autonome di alternarsi alla presidenza della Giunta regionale. Questa prassi, basata sul mero consenso degli organi politici (i due Presidenti e i due Consigli provinciali, e di conseguenza del Consiglio regionale da questi composto), ha contribuito in modo significativo a svuotare di peso politico la Regione, ma mancando di base normativa, potrebbe in ogni momento essere disattesa e riportare la Regione, sotto il profilo istituzionale, al punto del 1948, per quanto ciò sia politicamente assai improbabile.

Ancora più interessanti sono gli sviluppi occorsi a seguito di mutamenti esterni e di atti politici che solo in minima parte hanno avuto ricadute sul piano normativo provinciale. L'esempio più rilevante è rappresentato dalla cooperazione transfrontaliera e dai rapporti con l'Unione europea. Pur mancando qualsiasi menzione di entrambi gli aspetti nello statuto di autonomia, a partire dagli anni '90 è iniziato un percorso, non privo di ostacoli (Perntaler/Ortino 1996), volto a intensificare le relazioni politiche, ma anche giuridiche, sociali, economiche e in diversi settori come la formazione, i trasporti, l'assistenza sanitaria, ecc., a cavallo del confine del Brennero, agevolati anche dagli sviluppi del sistema comunitario che ha progressivamente facilitato i contatti tra le zone di confine, non ultimo attraverso l'eliminazione dei controlli alle frontiere con il trattato di Schengen.

Negli anni '90 si tentò in particolare di giungere alla creazione di un ente transfrontaliero che coprisse l'area del Tirolo storico (Luverà 1996, Nick/Pallaver 1998), ma il progetto incontrò insormontabili ostacoli sia di natura politica, sia di ordine giuridico (Palermo/Woelk 2002). L'idea non fu allora abbandonata, ma perseguita con mezzi meno formali, come la partecipazione congiunta di Alto Adige, Tirolo e Trentino all'Expo di Hannover del 2000 tramite un Gruppo europeo di interesse economico, o tramite dichiarazioni politiche come il Manifesto delle Alpi del 2001.

Tuttavia, solo con l'entrata in vigore del Regolamento comunitario del 2006 che istituisce il Gruppo europeo di cooperazione territoriale (GECT)<sup>27</sup> e con l'approvazione delle rispettive leggi nazionali in Italia (2009) e in Austria (2010), è stato possibile dare nuovo impulso al progetto di Euroregione a cavallo del Brennero ("Euroregione Tirolo-Alto Adige/Südtirol-Trentino") attraverso la creazione del relativo GECT nel 2011.

Il GECT, pur non essendo un ente territoriale in senso classico<sup>28</sup>, lo è in senso funzionale, trattandosi di persona giuridica di diritto pubblico sia di diritto comuni-

tario<sup>29</sup> che di diritto interno<sup>30</sup>. Ai sensi della convenzione istitutiva e dello statuto del GECT Euroregione Tirolo-Alto Adige/Südtirol-Trentino, “compiti”, “obiettivi” e “progetti” (rispettivamente artt. 6, 5 e 7 della convenzione istitutiva), ossia i settori di intervento e dunque, per traslazione, le “competenze” dell’Euregio sono assai ampie, spaziando dalla formazione alla cultura, dall’energia alla viabilità sostenibile, dalla sanità alla ricerca, dall’economia all’ambiente alpino<sup>31</sup>.

Ciò significa in concreto che l’Euregio sarà titolare di molte competenze, più di quante ne abbia la Regione<sup>32</sup>, per quanto si tratti di competenze di natura diversa, non direttamente legislative ma di propulsione e coordinamento dell’attività dei tre enti territoriali partecipanti. Questo è stato reso possibile non già da modifiche statutarie o istituzionali, né dalla legislazione provinciale, ma semplicemente attraverso lo sviluppo del diritto europeo della collaborazione transfrontaliera, dalla legge nazionale<sup>33</sup> e da atti dei soli esecutivi provinciali quali la convenzione e lo statuto del GECT.

Ciò conduce ad una duplice riflessione. Da un lato, sotto il profilo della fonte, la riforma forse più incisiva in merito alle forme di collaborazione sovraprovinciale – la creazione di un nuovo ente sovraprovinciale e transnazionale quale il GECT Euregio – è avvenuta senza passare attraverso alcuna riforma statutaria e senza l’intervento degli organi legislativi, e ciò pare emblematico dei nuovi modi di produzione del diritto nello spazio integrato europeo (Palermo 2011).

Dall’altro, le evoluzioni extra-statutarie ed extra-istituzionali degli ultimi anni segnano una riscoperta della dimensione collaborativa sovraprovinciale. Svuotata la Regione delle sue competenze e del suo significato politico, se ne è iniziato a rivalutare il ruolo di sede di concertazione tra due Province per molti aspetti troppo piccole e con molti tratti comuni, che devono necessariamente coordinarsi per attuare politiche sistemiche e di scala. Parallelamente, l’istituzionalizzazione dell’Euregio, per quanto largamente informale (ancor più della “nuova” Regione post 2001), ha aggiunto un nuovo, fondamentale livello di cooperazione per i settori che meglio si prestano ad una gestione congiunta.

A quarant’anni dalla realizzazione (parziale) del “Los von Trient” e dell’autonomia chiusa ed esclusiva, sembra insomma essersi inaugurata la fase del “mit Trient und mit Innsbruck”, quella dell’autonomia aperta ed inclusiva, capace di giocare contemporaneamente su più piani a seconda della materia e del contesto.

## 5. Osservazioni conclusive: il pendolo verso l'autonomia della maturità

Il pendolo di Foucault oscilla senza mai fermarsi a causa della rotazione terrestre, che fa però sì che non si tratti di un'oscillazione puramente orizzontale, tra due soli punti, ma di un'oscillazione rotatoria, che completa il giro nel corso di 24 ore. Per questo esso dà il titolo a un noto romanzo di Umberto Eco (1988), che inizia e finisce a Parigi, città che però nel frattempo, durante l'arco della vita del protagonista, è profondamente cambiata. È la stessa e non è più la stessa<sup>34</sup>.

L'immagine sembra rappresentare bene anche l'evoluzione dell'autonomia istituzionale tra dimensione provinciale e regionale: dalla centralità della Regione si è passati a quella delle Province, ma nella stessa cornice istituzionale. Nella fase attuale, l'oscillazione rotatoria sta riportando il pendolo verso una dimensione sovraprovinciale, che è tuttavia diversa da quella regionale originaria, e assume contorni più sfumati, dalla nuova cornice regionale largamente “de-istituzionalizzata” a quella, ancora in divenire ma dal grande potenziale, dell'Euregio.

Come si è osservato in questo scritto, sul piano giuridico questo passaggio è avvenuto quasi interamente al di fuori della cornice istituzionale posta dallo statuto – che è rimasta sostanzialmente invariata anche dopo il trasferimento delle competenze alle Province autonome di Bolzano e Trento – e senza un apporto significativo dei legislativi (in particolare di quello altoatesino). Piuttosto, esso si è realizzato attraverso norme di attuazione (che hanno attratto al livello provinciale sempre nuove competenze e irrobustito i diritti delle minoranze), convenzioni politiche (come l'alternanza alla presidenza della Regione), atti non vincolanti (come quelli che fino alla creazione del GECT hanno retto la cooperazione transfrontaliera), e norme prodotte da soggetti esterni alla Provincia (come il Regolamento comunitario istitutivo del GECT e la legge nazionale di attuazione).

Inoltre, in un'ottica storico-politica, non può mancare di notarsi come questa evoluzione extra-istituzionale sia stata possibile solo dopo una piena identificazione dell'intera popolazione dell'Alto Adige con l'autonomia e l'autogoverno, con l'avanzare di nuove generazioni cresciute nell'autonomia e libere dal “trauma” che la cesura del 1972 ha rappresentato: come “lutto” per larghe fette della popolazione di lingua italiana, “abbandonata” da Roma e da Trento, e come rivendicazione e rivincita per quella di lingua tedesca, finalmente “padrona in casa propria”. Non appare casuale che se la popolazione di lingua italiana sia ormai in massima parte convinta sostenitrice dell'autonomia speciale, in quella di lingua tedesca vada diffondendosi l'accettazione della natura multietnica del territorio provinciale, e la

consapevolezza della impossibilità di fare riforme che non siano condivise dagli e con gli italiani.

Le evoluzioni qui sommariamente descritte sembrano dunque indicare l'inizio di una fase definibile come autonomia della maturità, in cui tutti i protagonisti hanno abbandonato l'estremismo delle posizioni "giovanili" per abbracciare un maggiore pragmatismo ideologicamente meno "puro".

Resta tuttavia aperta la questione della razionalizzazione normativa di questo mutato quadro, perché se è vero che l'impressione di una nuova direzione del pendolo è stata possibile nel quadro dello statuto vigente, che ha quindi mostrato una buona capacità di tenuta e flessibilizzazione, è altrettanto vero che il quadro normativo attuale è caratterizzato da profonda disorganicità e mancanza di trasparenza. Il rischio, in questa situazione, è che l'eccesso di torsione della struttura statutaria, la de-statutarizzazione di molte materie, l'opacità del riparto delle competenze e lo sviluppo di sedi istituzionali flessibili portino ad un distacco eccessivo tra lo statuto e la realtà che esso è preordinato a disciplinare. Se così fosse, l'enorme potenziale di innovazione istituzionale accumulato in questi anni rischierebbe di svanire nella eccessiva discrezionalità della contingenza politica.

---

## Note

- 1 La terminologia è ampiamente consolidata e corrisponde pienamente alla trasformazione sostanziale intervenuta: non vi può infatti essere alcun dubbio che con le modifiche del 1972 si sia trattato, nella sostanza, di un nuovo statuto. Tuttavia non può mancare di ricordare che un elemento significativo del difficile processo che ha condotto a questa trasformazione ha riguardato proprio la vicenda della continuità o discontinuità formale con lo statuto del 1948, giacché lo Stato italiano sosteneva di avere già adempiuto ai propri obblighi internazionali con il “primo” statuto, e di essere sì disposto a ulteriori “concessioni”, ma come scelta unilaterale e non per violazione degli obblighi internazionali nella vigenza del primo statuto. Per questo, sotto il profilo strettamente formale, la l. cost. 10 novembre 1971 n. 1 (poi confluita nel testo unico delle nuove disposizioni approvato con DPR 31 agosto 1972 n. 670 per ragioni di leggibilità e organicità del testo) è tecnicamente una revisione dello statuto del 1948 (l. cost. 26 febbraio 1948 n. 5) e non ne costituisce l’abrogazione e la sostituzione con un nuovo testo.
- 2 È il caso, in particolare, della parte relativa all’autonomia finanziaria dei livelli di governo, anch’essa, conseguentemente, passata dalla centralità regionale a quella provinciale (cfr. artt. 59-75 dello statuto del 1948 e artt. 69 ss. dello statuto del 1972 come successivamente modificati, dapprima con l. 30 novembre 1989 n. 386, e da ultimo con l. 23 dicembre 2009 n. 191 – legge finanziaria 2010 – che ha recepito il cd. “accordo di Milano” sui rapporti finanziari tra Stato, Province autonome di Trento e Bolzano e Regione autonoma Trentino-Alto Adige).
- 3 Cfr. n. 2.
- 4 Si pensi, ad esempio, alla proporzionale o alla scuola in lingua minoritaria: sono strumenti che servono esclusivamente agli appartenenti alla minoranza per contarsi e mantenere la propria identità e cultura distinte da quelle della maggioranza, o si tratta di strumenti che garantiscono la multietnicità e il plurilinguismo del territorio e sono dunque tendenzialmente “aperti” a tutti? Com’è noto, spesso confronti politici anche aspri (tra i gruppi e non solo) sono nati in Alto Adige a causa della lettura monolitica, nell’uno o nell’altro senso, degli istituti giuridici fondamentali del sistema. La questione ha riguardato, evidentemente, anche i rapporti tra le due Province: se per Bolzano ha tradizionalmente dominato la concezione “etnica” o “personale” dell’autonomia, per Trento, dove le minoranze linguistiche sono numericamente assai meno significative, l’autonomia è prima di tutto e soprattutto una pertinenza del “territorio”, dentro il quale, semmai, vive una popolazione non definibile in termini di maggioranze e minoranze, quanto piuttosto di una alterità complessiva rispetto alla popolazione italiana, alterità data non già dall’aspetto linguistico, quanto dall’appartenere ad una “comunità” storicamente diversa, per cultura e istituzioni, rispetto a quella nazionale.
- 5 L’art. 13 c. 1 dello statuto del 1948 stabiliva infatti il cd. principio del parallelismo delle competenze, per cui “nelle materie e nei limiti entro cui la Regione o la Provincia può emanare norme legislative, le relative potestà amministrative, che in base all’ordinamento preesistente erano attribuite allo Stato, sono esercitate rispettivamente dalla Regione e dalla Provincia”.
- 6 Cfr. n. 1.
- 7 Sulla più sfumata posizione dei ladini e della stessa popolazione di lingua italiana dell’Alto Adige si vedano i rispettivi contributi in questo volume.

- 8 Per una descrizione dettagliata delle modifiche introdotte con la l. cost. 1/1971 cfr. Postal 2011a, 62-89.
- 9 Va notato che non è cambiato neppure l'ordine di trattazione delle competenze (prima quelle regionali, poi quelle provinciali) né quello degli organi (prima quelli della Regione e poi quelli delle Province), e ciò neppure con la riforma del 2001 che pure, come si vedrà, ha invertito l'ordine di composizione degli organi.
- 10 Sulle complesse vicende del passaggio dal primo al secondo statuto di autonomia si vedano tra gli altri Reggio d'Acì 1994, 7, Pizzorusso 1975, 296 e, più recentemente Postal 2011a.
- 11 Altre disposizioni prevedevano per alcune materie l'adozione di norme di attuazione entro un termine ancora più breve, di un anno (es. artt. 108 c. 3 e 109 statuto).
- 12 Il riferimento è al d.lgs. 266/1992 che, superando la centralista legge Scelba del 1953, ha introdotto regole particolari in tema di adeguamento delle Province (e della Regione) alle norme di grande riforma economico-sociale dello Stato.
- 13 D.P.R. 426/1984. Cfr. La Brocca 2001.
- 14 Il termine si è rapidamente esteso dal linguaggio politico a quello giornalistico e anche accademico. Pur non risultando completamente teorizzata, l'espressione "autonomia dinamica" ricorre ora frequentemente anche nei testi ufficiali dell'amministrazione provinciale.
- 15 Ulteriori modifiche sono state apportate in materia di relazioni finanziarie, specie con l. 386/1989, su cui cfr. Pellegrini 2001.
- 16 In realtà si tratta di una distinzione solo teorica, giacché il collegamento funzionale tra le competenze è inscindibile, per cui in caso di contestazioni risulterebbe assai problematico scindere tra le competenze dotate di protezione internazionale e quelle che ne sono sprovviste.
- 17 Presuntivamente perché la giurisprudenza costituzionale nel decennio successivo all'entrata in vigore della riforma ha ampiamente limitato la portata di questo principio, ricostruendo la competenza statale attraverso clausole trasversali di accentramento dei poteri. Cfr. Belletti 2006.
- 18 Si pensi, tra le altre, alla legge statutaria n. 2/2003, a quella sulla forma di governo (l.p. 3/2006 con l'istituzione, ad esempio, delle Comunità di Valle), a quella sulle minoranze linguistiche (l.p. 6/2008). V. Postal 2011b e Parolari/Valdesalici 2011.
- 19 Per più approfondite analisi dei diversi istituti si rinvia ad altri contributi contenuti nel presente volume, oltre che alla letteratura citata in bibliografia.
- 20 Compresa, espressamente, quella a statuto speciale. Recita infatti l'art. 10 l. cost. 3/2001: "*Sino all'adeguamento dei rispettivi statuti*, le disposizioni della presente legge costituzionale si applicano anche alle Regioni a statuto speciale ed alle Province autonome di Trento e di Bolzano per le parti in cui prevedono forme di autonomia più ampie rispetto a quelle già attribuite" (corsivo aggiunto).
- 21 Attualmente (gennaio 2012) non è ancora in vigore il solo statuto della Regione del Veneto, approvato tuttavia in prima deliberazione dal Consiglio regionale il 18 ottobre 2011. Tutti gli altri statuti sono perfezionati, in diversi casi a seguito di ricorsi governativi davanti alla Corte costituzionale. I testi e i rispettivi procedimenti di approvazione sono rinvenibili in <http://www.astrid-online.it/i-nuovi-st/Statuti-ap/index.htm>.
- 22 Tanto che in dottrina si è parlato opportunamente di "smaterializzazione delle materie": Benelli 2006.
- 23 Tra i tanti esempi possibili si pensi alla competenza statale esclusiva in materia di "legislazione elettorale, organi di governo e funzioni fondamentali di Comuni, Province e città metropolitane" (art. 117 c. 2 lett. p cost.), mentre spetta alla Regione Trentino-Alto Adige (in base all'art. 4 n. 3 st., come modifi-

- cato con l'art. 6 l. cost. 2/1993) l'“ordinamento degli enti locali e delle relative circoscrizioni”. Oppure alla competenza concorrente in materia di istruzione (art. 117 c. 3 cost.), che potrebbe porsi in contrasto con le competenze provinciali in materia come disciplinate dalle norme di attuazione del 1996 (d.lgs. 433/1996 e 434/1996). Inoltre, non è chiara nemmeno la delimitazione della portata della competenza concorrente, che potrebbe ritenersi di due tipologie diverse: quella prevista dalla costituzione riserva allo Stato la determinazione dei principi fondamentali, quella disciplinata dallo statuto parla di principi *tout court*, né è dato di sapere se le competenze concorrenti possano esercitarsi in mancanza della legge statale di determinazione dei principi fondamentali.
- 24 Lo statuto di autonomia prevede (art. 36 c. 2) che “il Presidente [della Giunta regionale], i vice Presidenti e gli assessori sono eletti dal Consiglio regionale nel suo seno a scrutinio segreto ed a maggioranza assoluta”. A partire dal 2003, i Presidenti delle due Province si alternano alla presidenza della Regione attraverso una crisi di governo pilotata e gestita in via convenzionale, che porta alle dimissioni del Presidente in carica e alla sua sostituzione col Presidente dell'altra Provincia.
  - 25 Tra il 2001 e il 2011 sono state approvate 39 norme di attuazione, anche in settori assai importanti come la modifica della dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico (d.lgs. 99/2005), la riforma dei poteri di controllo della Corte dei Conti (d.lgs. 166/2011), le modifiche in tema di uso della lingua nei processi (d.lgs. 124/2005), la competenza sui conservatori di musica e gli istituti musicali (d.lgs. 245/2006), l'energia (d.lgs. 289/2006), l'equipollenza dei certificati di bilinguismo (d.lgs. 86/2010), ecc.
  - 26 A titolo di esempio va ricordato che il Consiglio provinciale, nell'ultima legislatura (XIII, 2003-2008) ha approvato 65 leggi, meno di 12 all'anno, molte delle quali prevalentemente tecniche o di adeguamento di leggi esistenti. Salvi pochi casi, l'attività legislativa del Consiglio è dunque quantitativamente e qualitativamente ridotta. Ciò non significa di per sé inefficienza dell'organo (quella legislativa è solo una delle funzioni del Consiglio, e non necessariamente quella prevalente), ma indica certo la crisi dello strumento legislativo provinciale.
  - 27 Reg. (CE) 1082/2006, su cui v. Eisendle 2011.
  - 28 Ai sensi della costituzione questi sono solo Comuni, Province, Città metropolitane, e Regioni, oltre allo Stato.
  - 29 Il GECT è uno degli “organismi” dell'Unione ai sensi dell'art. 298 c. 1 del Trattato sul funzionamento dell'Unione europea (TFUE).
  - 30 Cfr. art. 1 c. 3 e 4 Reg. 1082/2006. *In primis* dello Stato in cui esso ha sede, ma almeno indirettamente anche degli altri Stati partecipanti. Cfr. Cortese 2011.
  - 31 Cfr. in part. art. 5 convenzione istitutiva GECT Euregio.
  - 32 Lo si evince da un semplice confronto tra i cataloghi delle competenze della Regione autonoma Trentino-Alto Adige (artt. 4-6 statuto, molte delle quali tra l'altro nel frattempo sono state trasferite alle Province) e dell'Euregio (artt. 5-7 della convenzione e dello statuto del GECT).
  - 33 Peraltro approvata senza un reale dibattito parlamentare, in quanto il Regolamento GECT è stato attuato dalla legge comunitaria, che raccoglie e attua tutta la normativa comunitaria dell'anno (legge comunitaria 2009, l. 88/2009).
  - 34 È nota un'altra metafora che proviene dalla filosofia greca, quella di Eraclito, che ricordava “non ti bagnerai due volte nell'acqua dello stesso fiume”, perché il fiume è lo stesso, ma non è mai la stessa acqua perché tutto scorre.

---

## Riferimenti bibliografici

- Avolio, Giuseppe/Palermo, Francesco* (a cura di). La riforma del Titolo V, Parte seconda, della costituzione italiana. Analisi ed effetti per la Provincia autonoma di Bolzano, Bolzano: Eurac
- Bartole, Sergio* (1985). Articolo 116, in: Giuseppe Branca (a cura di): Commentario alla Costituzione, Bologna-Roma: Zanichelli
- Belletti, Michele* (2006). I criteri seguiti dalla Consulta nella definizione delle competenze di Stato e Regioni ed il superamento del riparto per materie, in: *Le Regioni* 5/2006, 903–932
- Benelli, Filippo* (2006). La “smaterializzazione” delle materie, Milano: Giuffrè
- Bußjäger, Peter/Gamper, Anna/Happacher, Esther/Woelk, Jens* (Hg.) (2011). Der Europäische Verbund territorialer Zusammenarbeit (EVTZ): Neue Chancen für die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino, Wien: Braumüller
- Cortese, Fulvio* (2011). Der EVTZ als Koordinierungsinstrument: unterliegt grenzüberschreitende Verwaltung gerichtlicher Kontrolle?, in: *Bußjäger, Peter/Gamper, Anna/Happacher, Esther/Woelk, Jens* (Hg.) (2011). Der Europäische Verbund territorialer Zusammenarbeit (EVTZ): Neue Chancen für die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino, Wien: Braumüller, 75–81
- Di Michele, Andrea/Palermo, Francesco/Pallaver, Günther* (a cura di) (2003). 1992: fine di un conflitto. Dieci anni dalla chiusura del conflitto sudtirolese, Bologna: il Mulino
- Eco, Umberto* (1988). Il pendolo di Foucault, Milano: Bompiani
- Eisendle, Andreas* (2011). Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ): ausgewählte Rechtsfragen zur Verordnung (EG) 1082/2006, Bozen: Eurac
- Gatterer, Claus* (1968). Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien, Wien et al.: Europa Verlag
- La Brocca, Vincenzo* (2001). La sezione autonoma per la Provincia di Bolzano del Tribunale di giustizia amministrativa del Trentino-Alto Adige, in: *Marko, Joseph/Ortino, Sergio/Palermo, Francesco* (a cura di): L’ordinamento speciale della Provincia autonoma di Bolzano, Padova: Cedam, 781–800
- Lausch, Stephan* (2001). Gli istituti di democrazia diretta nel sistema di autonomia dell’Alto Adige, in: *Marko, Joseph/Ortino, Sergio/Palermo, Francesco* (a cura di): L’ordinamento speciale della Provincia autonoma di Bolzano, Padova: Cedam, 433–450
- Luverà, Bruno* (1996). Oltre il confine. Euregio e conflitto etnico: tra regionalismo europeo e nuovi nazionalismi in Trentino-Alto Adige, Bologna: il Mulino
- Nick, Rainer/Pallaver, Günther* (1998). Jenseits von Grenzen. Die Europaregion aus der Sicht der Bevölkerung, Wien: Studia
- Palermo, Francesco* (2011). Schlussbemerkungen: grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Entwicklung des integrierten Rechtsraumes in Europa, in: *Bußjäger, Peter/Gamper, Anna/Happacher, Esther/Woelk, Jens* (Hg.) (2011). Der Europäische Verbund territorialer Zusammenarbeit (EVTZ): Neue Chancen für die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino, Wien: Braumüller, 117–129
- Palermo, Francesco/Woelk, Jens* (2002). Die „Europabrücke“ Tirol, Südtirol und Trentino, in: *Warasin, Markus* (Hg.): Unsere Sache ist gerecht. Südtirol als Thema der österreichischen Außenpolitik vor dem Hintergrund der europäischen Einigung, Bozen: Athesia 257–280



- Parolari, Sara/Valdesalici, Alice* (2011). Le Comunità di Valle: prime prove di attuazione della riforma istituzionale dell'autonomia speciale trentina, in: *Le istituzioni del federalismo*, n. 2, 423–445
- Pellegrini, Gennaro* (2001). Le finanze della Provincia autonoma di Bolzano, in: *Joseph Marko, Sergio Ortino, Francesco Palermo* (a cura di): *L'ordinamento speciale della Provincia autonoma di Bolzano*, Padova: Cedam, 498–522
- Pernthaler, Peter/Ortino, Sergio* (Hg.) (1996). *Europaregion Tirol. Rechtliche Voraussetzungen und Schranken der Institutionalisierung*, Trient: Autonome Region Trentino-Südtirol
- Pizzorusso, Alessandro* (1975). Commento all'art. 6, in: *Branca, Giuseppe* (a cura di): *Commentario alla Costituzione*, Bologna-Roma: Zanichelli, vol. I, 289–296
- Postal, Gianfranco* (2011a). L'attuazione del pacchetto e il nuovo statuto del 1972, in: *Marcantoni, Mauro/Postal, Gianfranco/Toniatti, Roberto* (a cura di): *Quarant'anni di autonomia. Il Trentino del secondo statuto (1971-2011)*, Milano: Angeli, 55–101
- Postal, Gianfranco* (2011b). La riforma istituzionale, in: *Marcantoni, Mauro/Postal, Gianfranco/Toniatti, Roberto* (a cura di): *Quarant'anni di autonomia. Il Trentino del secondo statuto (1971–2011)*, Milano: Angeli, 200–218
- Reggio d'Aci, Enzo* (1994). *La Regione Trentino-Alto Adige*, Milano: Giuffrè
- Toniatti, Roberto* (2005). L'identità statutaria dell'autonomia trentina, in: *Marcantoni, Mauro/Postal, Gianfranco/Toniatti, Roberto* (a cura di): *Trent'anni di autonomia. Riflessioni sull'assetto della Provincia autonoma di Trento dal 1972 al 2002*, Bologna: il Mulino, 43–103
- Woelk, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph* (a cura di) (2008). *Tolerance through Law. Self-Governance and group Rights in South Tyrol*, Leiden et al.: Brill

## Abstracts

### **Region, Provinzen oder vielleicht neue Region? Das institutionelle Foucault'sche Pendel der Autonomie**

Der Aufsatz befasst sich mit den institutionellen Entwicklungen der Südtiroler Autonomie seit 1948, mit besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zwischen Südtirol (dem Trentino) und der Region. Vor allem werden die Änderungen aus den Jahren 1972 und 2001, im Hinblick auf ihre institutionellen Folgen analysiert. Diese sind zwar in vielerlei Hinsicht sehr relevant gewesen, nicht jedoch in institutioneller Perspektive, da die Struktur formell noch sehr ähnlich aussieht wie im Jahre 1948. Es wird schließlich betont, wie die jüngsten Entwicklungen in Sachen grenzüberschreitender Zusammenarbeit und flexibler Handhabung der Region eine neue Phase der institutionellen Kooperation eingeleitet haben.

## **La Regiun, les Provinzies y poester na Regiun nòia? Le parpanticul de Foucault istituzional dl'autonomia**

L'articul tol en conscidraziun i svilups istituzionai dl'autonomia de Südtirol dal 1948 incà, tignon particolarmènter cunt dles relaziuns danter Südtirol, le Trentin y la Regiun. Dantadöt vègnel analisé les mudaziuns di agn 1972 y 2001, ciaran dantadöt a sües consequènzes istituzionales, che é stades relevantes da n gröm de punc d'odüda, mo nia dal punt d'odöda dl'istituziun instèssa, dal momènt che la strotöra ti somèia formalmenter ciàmò bindebò avisa a chèra dl 1948. Ala fin vègnel ciàmò sotligné sciöche i ultims svilups en cunt de colaboraziun sura i confins fora y de comportamènt flessibl dla regiun à inaudè na fasa nòia de cooperaziun istituzionala.

### **Region, Province, and Perhaps New Region? The Institutional Foucault's Pendulum of Autonomy**

This article explores the evolution of South Tyrolean autonomy from its first inception in 1948 up until the present day. It focuses, in particular, on the institutional relationship between the region and the autonomous province(s), showing that the changes have been significant but almost entirely ignoring the institutional structure, which has remained largely unaffected. The article t is argued that more recent developments, particularly with regard to cross-border cooperation, show the rediscovery of cooperation within the regional context and in the wider Euro-regional space.



**Günther Pallaver**

# **Transformationsprozesse der Südtiroler Autonomie 1972–2012**

Konfliktlösungsmodell, Konkordanzdemokratie, Parteien

## **1. Einleitung**

Ausgangspunkt dieses Beitrages ist das Jahr 1972, als das Zweite Autonomiestatut in Kraft trat. Es soll mit dem Jahr 2012 verglichen werden, um zu verifizieren, wie sich die Autonomie Südtirols, in erster Linie wie sich das Konfliktlösungsmodell, das politische System und wie sich die Parteien als die zentralen politischen Akteure und das Parteiensystem in den letzten 40 Jahren entwickelt und verändert haben. Dabei wird von drei Thesen ausgegangen: Die erste These besagt, dass sich das dissoziative Konfliktlösungsmodell in Richtung assoziatives Konfliktlösungsmodell bewegt. Die zweite These geht davon aus, dass eine der Grundlogiken der Autonomie, nämlich die Inklusion aller Sprachgruppen in die Entscheidungsprozesse, Verschiebungen erfahren hat, die zu einer fortschreitenden Exklusion vor allem der italienischen Sprachgruppe geführt hat. Diese zunehmende Exklusion auf verschiedenen Ebenen stellt ein Spannungsfeld dar, welches das derzeit stabile politische System destabilisieren, ja im Extremfall auch sprengen könnte. Die dritte These bezieht sich auf das Verhältnis der Parteien zur Autonomie und geht davon aus, dass sich das Parteiensystem in dieser Hinsicht zentrifugal entwickelt und die positive Haltung zur Autonomie insgesamt abnimmt.

## 2. Vom dissoziativen zum assoziativen Konfliktlösungsmodell

### 2.1. Negativer Frieden

Südtirols erfolgreiches Konfliktmanagement beruht auf einer dissoziativen Lösung. Dieses Modell zielt auf die Herstellung des negativen Friedens ab, verstanden als Abwesenheit von personaler Gewalt. Es ist ein kalter Frieden, der die Konfliktparteien physisch trennt. Das Modell konkretisiert sich durch die Absteckung von Einflussphären genauso wie durch die räumliche und soziale Trennung der Konfliktparteien (Galtung 1996, 1976).

Diese Trennung drückt sich institutionell und sozial aus und durchzieht das gesamte politisch-administrative System mit seinen verästelten Subsystemen, maßgeblich getragen von den rein ethnisch organisierten Parteien, bis hinein in die Alltagswelt. Es gibt ein getrenntes Schul- und Bildungssystem, getrennte Kulturreports, getrennte Kulturhäuser, Bibliotheken, Theater- und Sportvereine, getrennte Hilfsorganisationen und Rettungsdienste, die Medien berichten ethnisch getrennt, es herrscht eine ethnische Arbeitsteilung (Pallaver 2008). Der Sozialisationsprozess erfolgt nach Logiken der ethnischen Trennung, Kontakte und Kommunikation unter den Sprachgruppen sind auf ein Minimum reduziert (Pallaver 2010, 383), auch wenn die soziale Trennung der Sprachgruppen stark vom Bildungsgrad und Beruf abhängt und sich in den letzten Jahren einiges verändert.

Dieses dissoziative Konfliktlösungsmodell, 1948 mit dem Ersten Autonomiestatut eingeführt, mit dem Zweiten Autonomiestatut bestätigt, befindet sich vor allem seit der Streitbeilegungserklärung des Konflikts vor der UNO zwischen Österreich und Italien im Jahre 1992 in einem Transformationsprozess hin zu einem assoziativen Konfliktlösungsmodell. Dieses zielt auf die Herstellung eines positiven Friedens ab, verstanden als grundsätzliche Abwesenheit von struktureller Gewalt. Ziel ist die Integration ehemaliger Konfliktgegner und die Herausbildung eines neuen Akteurs aus den ehemaligen Konfliktparteien. Dieses Modell ist nicht mit Assimilation der Minderheit zu verwechseln, sondern mit Kooperation, bei der das Ethnische den Interessen untergeordnet ist.

Eine substantielle und freiwillige Kooperation wurde in jenem Moment möglich, als für die ethnische Minderheit Sicherheit für die weitere gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Entwicklung bestand und zwischen den Sprachgruppen Misstrauen abgebaut und Vertrauen aufgebaut wurde. Sicherheit und Vertrauen sind Kategorien, die eine zentrale Bedeutung für den Frieden und somit auch für den ethnischen Frieden haben. Sicherheit ist ein relativer Begriff, weil es keine ab-

solute Sicherheit gibt, die idealtypisch einen Zustand beschreibt, der frei von Gefahr ist. In Anlehnung und Abwandlung der Theorie von David Mitrany (1943) kann Sicherheit im Sinne eines prozessorientierten Ansatzes betrachtet werden, der eine ständige Entwicklung hin zu einer funktionalen Integration fördert, mit der Einstellungsveränderungen einhergehen und die zu einer weitreichenden Interdependenz führt, deren Rücknahme nur mit großen Kosten verbunden ist (Rudolf 1995, 121–122). Sicherheitskonzepte sind dann erfolgreich, wenn Gefahren unterschiedlichster Art immer unwahrscheinlicher werden.

Für eine autochthone ethnische Minderheit bedeutet Frieden die Abwesenheit von Gefahren für die Existenz als Minderheit, was die Einhaltung der Minderheitenrechte voraussetzt sowie die Entfaltungsmöglichkeit in allen Lebensbereichen im angestammten Territorium, zu der auch die politische Entscheidungsautonomie gehört (allein oder mit anderen). Nach einem langen, auch mit Gewalt verbundenen Prozess nimmt heute die übergroße Mehrheit der Minderheit wahr, sich sowohl in einer rechtlichen als auch politischen Sicherheit zu befinden.

Die rechtliche Sicherheit besteht aus einem weitverzweigten Netzwerk von speziellen, verfassungsrechtlich innerstaatlichen und internationalen Normen (Wolff 2008, 347). Der juristische Fallschirm, mit dem Pariser Vertrag 1946 beginnend, der zugunsten der Südtiroler Minderheit aufgemacht wurde, ist heute äußerst umfangreich (Benedikter 2007, 90).

Neben dem sehr dichten juristischen Netzwerk gibt es für Südtirol auch eine breite politische Absicherung. Neben der Republik Österreich, insbesondere seit die Schutzmacht Südtirols im Jahre 1995 Mitglied der heutigen Europäischen Union geworden ist, bietet in erster Linie die Europäische Union diese Garantien. Der europäische Integrationsprozess hat den Nationalstaat zunehmend zurückgedrängt, dessen Zuständigkeiten an gemeinschaftliche Einrichtungen verlagert und zu einer immer dichteren Vernetzung der einzelnen Mitgliedstaaten geführt. Dieser Integrationsprozess hat die einzelnen Nationalstaaten nachhaltig beeinflusst und zu einer europäischen Verhandlungs- und Kompromisskultur geführt. Voraussetzung dafür ist auch das politische Vertrauen, das tragbare Kompromisse erst erlaubt (Gehler 2010) und auch auf die Lösung von ethnischen Konflikten eingewirkt hat (Palermo/Woelk 2008, 94–99; Toggenburg 2008).

Außerdem hat der europäische Integrationsprozess die Staatsgrenzen durch das Schengener Abkommen relativiert, dem Italien (1990) und Österreich (1995) beigetreten sind. Dadurch ist zwar die staatsrechtliche Grenze zwischen Südtirol (Italien) und Nordtirol (Österreich) geblieben, hat diese aber in der Alltagspraxis stark relativiert. Schließlich fördert der europäische Integrationsprozess auch die grenz-

überschreitende Kooperation im Rahmen von Euro-Regionen, die unter anderem als friedensstiftende Initiative und Bausteine der europäischen Integration betrachtet werden (Wolff/Cordell 2011, 303). Die grenzüberschreitende Kooperation zwischen den drei Ländern Tirol, Südtirol und dem Trentino besteht seit über 15 Jahren (Engl/Zwilling 2008) und hat durch die Verordnung des Rates und des Europäischen Parlamentes zum Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit einen weiteren Anstoß erhalten (Verordnung EG 2006; Bußjäger et al. 2011).

All diese Sicherheitsnetze bilden die Voraussetzung für Vertrauen, das wiederum Voraussetzung für Kooperation ist. Nach Simmel ist Vertrauen „eine der wichtigsten synthetischen Kräfte innerhalb der Gesellschaft“ (Simmel 1992, 393). Umfragen belegen, dass es unter den ökonomischen und kulturellen Eliten der drei Sprachgruppen wie auch unter der Zivilgesellschaft Südtirols einen immer stärkeren Trend gibt, die soziale Distanz unter den Sprachgruppen als immer geringer einzustufen (Pallaver 2010, 387–390), wodurch gegenseitiges Vertrauen aufgebaut wird.

## 2.2. Die Rolle der Eliten

Bildete der europäische Integrationsprozess den Ausgangspunkt für die Herstellung von existentieller Sicherheit, so geht die Kooperation unter den Sprachgruppen parallel dazu auf die vielfältigen Interessen der politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten zurück. Diese Kooperation wird umso intensiver, je mehr sie mit Prämien verbunden ist, wie dies Karl W. Deutsch theoretisiert hat (Deutsch 1972). Der hier verwendete Erklärungsansatz über die Rolle der Eliten geht davon aus, dass die Integration ein kontinuierlicher Interaktionsprozess ist, bei dem die entscheidenden politischen, ökonomischen, bürokratischen und kulturellen Eliten auf sich verändernde gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen reagieren, dabei neue Formen der Kooperation und neue Institutionen entwickeln, in denen eine kontinuierliche Interaktion zwischen Eliten und Bürgern stattfindet (Haller 2009, 62; allgemein Weber 1973).

Bei der Analyse der Rolle von Eliten, die beim Transformationsprozess des Konfliktlösungsmodells einen wesentlichen Beitrag geleistet haben bzw. nach wie vor leisten, sei in erster Linie auf die politischen, ökonomischen sowie intellektuellen Eliten verwiesen.

*Politische Eliten.* Als politische Eliten werden Inhaber von zentralen politischen Machtpositionen bezeichnet, zu denen in Südtirol sowohl die Landtagsabgeordnete



ten und die Mitglieder der Landesregierung, die ParlamentarierInnen im italienischen Parlament und der jeweilige EU-Abgeordnete als auch die BürgermeisterInnen, zumindest jene der wichtigsten Städte des Landes, gezählt werden.

Auffällig ist, dass es fast zeitgleich mit der Streitbeilegungserklärung vor der UNO (1992) zu einem politischen Generationenwechsel kam. Innerhalb der deutschsprachigen politischen Eliten kam eine neue, stark pragmatisch und weniger ethnisch geprägte Elite an die Macht, die, ausgestattet mit einer Reihe von politischen und juristischen Sicherheiten für die Minderheit, in der Zwischenzeit fast tagtäglich die großen Vorzüge der Autonomie propagiert. Am Auf- und Ausbau der Autonomie haben auch eine Reihe von ItalienerInnen mitgewirkt, die sich deshalb mit dieser Autonomie ebenfalls stark identifizieren.

Der tagtägliche Umgang mit der anderen Sprachgruppe in der Legislative und Exekutive hat über die Jahre hinweg vor allem Vorurteile ab- und Vertrauen aufgebaut und dadurch erlaubt, gemeinsame Interessen jenseits der einzelnen Sprachgruppen zu verfolgen. Dasselbe Phänomen kann man in der öffentlichen Verwaltung feststellen. Trotz der immer stärker werdenden Identifizierung mit der Autonomie und der Intensivierung der Kooperation stellen die politischen Eliten das dissoziative Konfliktlösungsmodell aber nicht grundsätzlich in Frage. Das hat mehrere Gründe. Einmal, weil es bislang sehr erfolgreich war. Zweitens, weil die Parteien in ihren jeweiligen ethnisch definierten elektoralen Subarenen Wahlen gewinnen wollen und somit auf ethnozentrische Wählerschichten Rücksicht nehmen. Dennoch: Während man in der Vergangenheit bei der Kooperation dem Prinzip „So wenig wie möglich, so viel wie notwendig“ folgte, lautet es heute: „So viel wie möglich, ohne das System zu ändern“.

*Ökonomische Eliten:* Mit Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatuts und dessen Implementierung erfolgte auch eine großzügige finanzielle Bedeckung der Autonomie. Das Land Südtirol ist aufgrund dieser großzügigen Finanzregelung im Langzeitdurchschnitt zu einem Netto-Empfänger geworden (Benedikter 2011, 341). Das Land kann über rund 90 Prozent des gesamten Staatssteueraufkommens in der Provinz und über zusätzliche Überweisungen seitens des Staates und somit über gut 100 Prozent des Steueraufkommens verfügen, das in Südtirol aufgebracht wird (Benedikter 2008). Wenngleich mit dem Mailänder Abkommen im Jahre 2010 im Rahmen der Reform zum italienischen Steuerföderalismus sich Südtirols Primär-Fiskalsaldo zugunsten des Zentralstaates leicht erhöhen wird, hat das Land seine Sonderrolle beibehalten können und wurde von den harten Sparplänen der italienischen Regierung in erträglichem Maße getroffen (Benedikter 2011, 356; Gonzato 2011).

Die ökonomischen Eliten profitieren von dieser Situation in ganz erheblichem AusmaÙe. Der Zufluss öffentlicher Mittel fördert die Nachfrage der öffentlichen Körperschaften auf allen Ebenen und damit auch die lokale Wirtschaft. Die hohen Einnahmen ermöglichen es, öffentliche Investitionen zu tätigen, die das Wachstum stützen, Konjunkturschwankungen stabilisieren und größere Krisen in der Beschäftigung verhindern.

Südtirols Autonomie und ihre Regierung als große finanzielle Verteileragentur werden deshalb von den ökonomischen Eliten stark unterstützt. Dabei hat die Wirtschaft und mit ihr eine Reihe von autonomen Arbeitssektoren wie jene der Rechtsanwälte, Notare, Architekten, Wirtschaftsberater usw. seit jeher über die Sprachgrenzen hinweg kommuniziert und kooperiert. Dies gilt genauso für die großen Interessensverbände (Unternehmerverband, Industriellenverband usw.). Außerdem bestehen viele Querverbindungen zwischen politischen, ökonomischen und medialen Eliten.

Die ökonomischen sind den politischen Eliten bei der Kooperation und Integration der Sprachgruppen voraus, deren starke Abhängigkeit von der öffentlichen Hand als große Verteilungsagentur hindert aber die ökonomischen Eliten, den Integrationsprozess noch weiter zu forcieren.

*Intellektuelle Eliten:* Bei diesen handelt es sich um Personen, die an öffentlichen Diskussionen über wichtige soziale und politische Themen beteiligt sind und die im Wesentlichen den wissenschaftlichen, künstlerischen und literarischen Berufsgruppen angehören. Bei der Analyse, Kommentierung und Diskussion über soziale und politische Entwicklungen argumentieren sie auf der Grundlage universeller Werte wie Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit (Gramsci 1948; Charle 2001). Über öffentliche Aufmerksamkeit versuchen sie Einfluss auf die Mächtigen und deren Entscheidungen zu gewinnen (Boudon 2004).

Konkret begannen sich Intellektuelle aus dem katholischen und linken Lager vermehrt in den 60er-Jahren mit Fragen der Überwindung der ethnischen Trennung auseinanderzusetzen und versuchten sprachgruppenübergreifende Projekte zu initiieren (Langer 1996, 33). Die Triebfeder ihres Handelns beruhte (und beruht) auf kosmopolitischen, friedensstiftenden und friedenserhaltenden Argumenten.

Ogleich der Bereich der Kultur und Bildung nach wie vor politisch getrennt verwaltet wird, gibt es in beiden Bereichen untrügliche Zeichen der Öffnung und Kooperation (Schüler austausch, Zweitsprachenunterricht, Debatte und Schulprojekte zum zweisprachigen Unterricht, dreisprachige Universität, gemeinsames Bibliothekszentrum in Bozen usw.).

Der vertikalen ethnischen Kooperation in der Hochkultur (Pernthaler 2009) steht noch vielfach die horizontale Undurchlässigkeit in der Volkskultur gegenüber,

wenngleich es auch hier immer öfters zur Kooperation zwischen den Sprachgruppen kommt (Jugendzentren, Straßentheater usw.).

Eine schon etwas längere Zeit zurückliegende Untersuchung über die Eliten Südtirols, die allerdings die einzige dieser Art ist (Niederfriniger/Kienzl 1996), kommt zum Ergebnis, dass die Wertvorstellungen der deutsch- und italienischsprachigen Eliten nicht allzu weit voneinander entfernt sind. Das betrifft die Selbsteinschätzung genauso wie die Einschätzung der Politik und die Zukunft des Landes.

### 2.3. Die Rolle der Zivilgesellschaft

Die Interessen „von oben“ werden immer mehr durch die Interessen „von unten“, durch jene der Zivilgesellschaft ergänzt. So bedeutend die Rolle der Eliten bei diesem Prozess der interethnischen Kooperation auch ist, so wäre ein schrittweiser Übergang zu einem assoziativen Konfliktlösungsmodell ohne die immer intensiver werdende Kooperation der Zivilgesellschaft nur schwer vorstellbar.

Unter Zivilgesellschaft wird ein Netzwerk basisorientierter Initiativen und Projekte verstanden, das für eine demokratische Gesellschaft charakteristisch ist. Die Zivilgesellschaft ist eine Art Gegenöffentlichkeit zur staatlich hergestellten und bedeutet das Ende des Monopols der politischen und gesellschaftlichen Ordnung (Gellner 1995, 63). Da der interethnische Dialog und die interethnische Kooperation nicht „von oben“, also von der Politik dekretiert werden können, bedarf es dazu des zivilgesellschaftlichen Engagements. Dieses Engagement entwickelt sich jenseits von Hierarchien und legitimiert sich „von unten“. Nicht erst Amitai Etzioni (1993) weist dabei auf die gemeinschaftsbildende Kraft zivilgesellschaftlicher Organisationen hin, die integrierend wirken, die Fähigkeit zum interkulturellen Dialog aufweisen und die „interkulturelle Öffnung“ vorantreiben.

Dieser Prozess der interethnischen Kooperation kann längs der Einstellung der Bevölkerung zum Zusammenleben unter den Sprachgruppen getestet werden, das sich in den letzten Jahren grundsätzlich verbessert hat, auch wenn hier stark differenziert werden muss (Giudiceandrea 2011; vgl. Atz in diesem Band).

Einen positiven Trend in Richtung Gemeinsamkeit und gemeinsame Identität weist auch die territoriale in Verbindung mit der ethnischen Zugehörigkeit auf, die bei den deutschsprachigen Südtirolern mit rund 90 Prozent sehr hoch liegt, bei den Italienern aber zunimmt und bei knapp 30 Prozent liegt (astat 2006, 158–159).

Die immer stärker werdende Identifizierung mit der Autonomie, mit dem Territorium und damit verbunden der Abbau der sozialen Distanz zwischen den Sprach-

gruppen, ist unter anderem Folge und zugleich Ursache für die Kooperation unter den Sprachgruppen. In der Zwischenzeit gibt es eine Reihe von Organisationen, Vereinen und interethnischen Initiativen, die von der Zivilgesellschaft initiiert und getragen werden. Die Kooperation unter den Sprachgruppen kann dabei unterteilt werden in: interethnische Öffnungen (z.B. Aufnahme von Kindern der anderen Sprachgruppe bei Kinderferien), interethnische Bündnisse/Kooperation (z.B. Klassenpartnerschaften, zweisprachige Fachhochschule für Medizinberufe), ethnische Indifferenz (z.B. Selbsthilfegruppen im sozialen Bereich, Vereinigungen, die mit dem „kranken“ Körper zu tun haben). Dazu kommen weitere basisdemokratische Bewegungen und Initiativen unterschiedlicher Art, die den sozialen, kulturellen und ökonomischen Bereich miteinschließen, aber auch den öffentlichen Sektor betreffen (z.B. Komitee für Chancengleichheit der Frauen) (Baur 1998, 287–302).

Aufgrund des Druckes „von unten“, also seitens der Zivilgesellschaft sind die politischen Eliten immer wieder gezwungen, das System langsam und schrittweise zu öffnen, wollen sie nicht elektoral bestraft werden.

Medien spielen im Integrationsprozess eine zentrale Rolle, da sie soziale Realitäten konstruieren und Öffentlichkeit schaffen. Massenmedien sind deshalb besonders angehalten, einen ständigen vertrauensbildenden Informationsprozess voranzutreiben, um öffentliches Vertrauen in die jeweils andere Sprachgruppe und in die gemeinsamen Institutionen herbeizuführen. Dazu wäre allerdings eine ungeteilte Öffentlichkeit notwendig, während in Südtirol diese weitgehend in Teilöffentlichkeiten zerfällt, zumal die Medien in Südtirol nur einsprachig erscheinen und tendenziell ethno-referenziell berichten (Vgl. Pallaver 2006).

Der Übergang von einem dissoziativen zu einem assoziativen Konfliktlösungsmodell geht Hand in Hand mit der „Territorialisierung“ der Autonomie, weg vom reinen Minderheitenschutz für die deutsche und ladinische Minderheit und hin zu einer territorial verstandenen Autonomie, an der alle Sprachgruppen teilhaben. Genauso wie das Territorium zum Ersatz für die großen Ideologien geworden ist, genauso befindet sich das Territorium in Südtirol auf dem Weg, das Ethnische zwar nicht zu ersetzen, aber etwas in die zweite Reihe abzudrängen (Palermo 1999). Je umfangreicher, intensiver, konsistenter, bedeutsamer und schneller solche Interaktionen zwischen den Sprachgruppen sind, umso mehr kommt es zu einer Verdichtung der Integration eines Territoriums (Deutsch 1972).

### 3. Konkordanzdemokratie

#### 3.1. Fragmentierung und Machtteilung

Aufbauend auf der Logik eines dissoziativen Konfliktlösungsmodells, zugleich aber, um den zentrifugalen Tendenzen entgegenzuwirken, die unter den Sprachgruppen in Südtirol bestanden, wurde im Autonomiestatut von 1948 ein konkordanzdemokratisches Modell (consociational democracy) verrechtlicht, das den politischen Wettbewerb und das Mehrheitsprinzip reduzierte und auf die, wenn auch auf das Minimum zurückgefahrne Kooperation unter den Eliten setzte. Das entscheidende Spielfeld verlagerte sich mit dem Zweiten Autonomiestatut von der regionalen auf die Landesebene.

Das konkordanzdemokratische Modell hebt die in einer Konkurrenzdemokratie wesentliche Differenz zwischen Mehrheit und Minderheit teilweise auf, deren Eliten sich die Macht untereinander teilen (Pelinka 2003, Wolff 2008). Nicht der Wettbewerb steht im Mittelpunkt, sondern gegenseitige Garantien des Machtzugangs und der Machtausübung.

Wie in anderen stark fragmentierten Gesellschaften geht das Konzept von zwei Annahmen aus, die anhand der von Lijphart (1977, 1990, 2004) und Lehbruch (1967) sowie anderen (Sisk 1996, Hartzell/Hoddie 2003, Reynal-Querol 2002, Wolff/Cordell 2011) beachteten Beispiele entwickelt worden sind. Diese beiden Annahmen heißen Fragmentierung und Machtteilung. Fragmentierung bedeutet, dass, wie im Fall Südtirols, die Gesellschaft in relativ klar abgegrenzte Subgesellschaften zerfällt, die sich ethnisch definieren und zwischen denen die Kommunikation reduziert ist. Die Machtteilung erfolgt nach bestimmten, im Vorhinein formell oder informell festgelegten Regeln unter den relevanten Gruppen.

Die Grundprinzipien dieser Machtteilung drücken sich in Südtirol auf vier Ebenen aus (Pallaver 2008, 303–304). 1. Beteiligung aller relevanten Sprachgruppen an der (Regierungs-)Macht auf den unterschiedlichsten Ebenen. Es handelt sich dabei um das Prinzip der Inklusion aller Sprachgruppen. 2. Entscheidungsautonomie der jeweiligen Sprachgruppen in Fragen, die nicht von gemeinsamem Interesse sind. Im Wesentlichen handelt es sich um den Gruppenschutz im Bereich von Kultur und Bildung. 3. Verhältnismäßige Vertretung der einzelnen Sprachgruppen in politischen Organisationen (über das Verhältniswahlssystem), bei Einstellungen im öffentlichen Dienst (ethnischer Proporz) und bei der Zuweisung von öffentlichen Mitteln. 4. Vetorecht der jeweiligen Sprachgruppe, wenn es um die Wahrung zentraler Interessen der Gruppe geht.

Diese vier Grundprinzipien, die direkt oder indirekt im Autonomiestatut verankert sind und somit eine starke rechtliche Verankerung aufweisen, haben sich im Laufe der letzten 40 Jahre entweder als stumpfe Waffe erwiesen (z.B. das Vetorecht), oder als Instrumente, die zwar nicht formal, aber in der politischen Wirklichkeit zum Teil starke Änderungen erfahren haben (z.B. die Inklusion der Sprachgruppen).

### 3.2. Inklusion vs. Exklusion

Beginnen wir beim Prinzip der maximalen Inklusion aller Sprachgruppen auf der Ebene der Entscheidungsfindungsprozesse. Bereits seit 1948 sind alle im Landtag vertretenen Sprachgruppen aufgrund ihrer numerischen Stärke auch proportional in der Landesregierung vertreten, im Zweiten Autonomiestatut sieht dies Art. 50 vor. Besondere Regeln gelten für die LadinInnen als kleinste Sprachgruppe (siehe Perathoner in diesem Band). Dieses proportionale Regierungsprinzip setzt sich auf kommunaler Ebene und in allen öffentlichen Vertretungskörperschaften fort. Insgesamt handelt es sich um eine horizontale Machtteilung (Wolff 2008, 344). In der Praxis haben sich 1948 genauso wie 1972 die beiden katholischen Parteien, die Südtiroler Volkspartei (SVP) als Mehrheitspartei der ethnischen Minderheit und die italienische Democrazia Cristiana (DC) als Mehrheitspartei der Italiener, die Macht geteilt. Die SVP (Pallaver 2011a), obgleich seit 1948 mit der absoluten Mehrheit der Landtagssitze ausgestattet, kann aufgrund dieses Grundsatzes nicht alleine regieren.

Diese Logik setzt sich auch auf der Ebene der Beziehungen zwischen Land bzw. Region und Staat fort und drückt sich durch eine proportionale Besetzung der 6er-, 12er- und 137er-Kommission nach Sprachgruppen aus (sowie nach Staat und Land bzw. Region) (Palermo 2005). Allerdings teilen sich in diesen Fällen nur die beiden „großen“ Sprachgruppen das Vertretungsrecht, weil es keine besonderen Regeln der Einbindung für die LadinInnen gibt.

Das Prinzip der Inklusion ist rein formal mit der Einbeziehung des proportionalen Anteils aller im Landtag vertretenen Sprachgruppen sowohl in Zeiten des Ersten wie auch des Zweiten Autonomiestatut immer problemlos umgesetzt worden. Eine Ausnahme bilden die LadinInnen. Diese hatten im Ersten sowie im Zweiten Autonomiestatut das Recht, in der Landesregierung nur dann vertreten zu sein, wenn sie zwei Abgeordnete stellen. Dies haben die LadinInnen mit wenigen Ausnahmen selten aus eigener Kraft geschafft. Erst die Reform des Statuts von 2001

hat dazu geführt, dass durch die Möglichkeit, Landesräte von außen zu nominieren, die LadinerInnen mit qualifizierten Mehrheiten in die Landesregierung aufgenommen werden können, auch wenn sie nur mit einem Abgeordneten vertreten sind (Toniatti 2005).

Als das Zweite Autonomiestatut in Kraft trat (1972), setzte sich die Landesregierung aus den beiden relevantesten Parteien der beiden großen Sprachgruppen zusammen. SVP und DC bildeten seit 1948 die tragende Achse der Koalition. 1973 wurde die Sozialistische Partei mit in die Landesregierung genommen. Diese Dreierkoalition, zwei (ethnisch getrennte) Zentrumsparteien (SVP und DC) und eine sozialdemokratische (PSDI)/sozialistische Partei (PSI), regierte bis zum Ende der Ersten Republik. Die Implosion des gesamtstaatlichen italienischen Parteiensystems hatte auch Auswirkungen auf das Parteiensystem Südtirols (Messner 2009) und damit auf die Zusammensetzung der Regierungskoalition. Dennoch besteht hinsichtlich der Südtiroler Landesregierung politische Kontinuität:<sup>1</sup> Eine große deutschsprachige Zentrums- und ethnische Sammelpartei bildet mit italienischen Partnern eine Mitte-links-Regierung. 1973 waren dies SVP, DC und PSI, 2012 sind dies SVP und PD. Der Partito Democratico war aus der Fusion der sozialdemokratisierten Kommunistischen Partei und der Margherita als eine der Nachfolgeparteien der DC entstanden.

Trotz der scheinbaren Kontinuitäten ist es mit der Implosion des italienischen Parteiensystems aber dennoch zu einer tiefgreifenden politischen Zäsur gekommen, da die italienischen Regierungsparteien 40 Jahre nach Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatuts nicht mehr eine möglichst hohe Inklusion der italienischen Sprachgruppe in die zentralen politischen Entscheidungsebenen (Landesregierung, Gemeindeausschüsse) garantieren können.

Mit der tragenden Koalitionsachse SVP-DC war bis 1993 gewährleistet, dass die große Mehrheit der deutschen und italienischen Sprachgruppe in den zentralen Entscheidungsinstanzen vertreten war. 1973, ein Jahr nach Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatuts, erreichten die Parteien der Regierungskoalition, SVP (56,42 Prozent), DC (14,08 Prozent) und PSI (5,64 Prozent), 76,2 Prozent aller abgegebenen Stimmen der im Landtag vertretenen Parteien. Die SVP repräsentierte mit 56,42 Prozent im Rahmen der im Landtag vertretenen deutschsprachigen Parteien rund 89 Prozent der deutschsprachigen WählerInnen. Die beiden Parteien DC und PSI vertraten ihre Sprachgruppe zu knapp 60 Prozent.

Mit dem Ende der DC und des PSI, und mit dem gleichzeitigen Aufstieg des MSI zuerst und von Alleanza Nazionale (AN) als dessen Nachfolgerin, hat sich in den 90er-Jahren ein tiefgreifender Bruch vollzogen. Der Umstand, dass sich eine

Mehrheit der italienischen Sprachgruppe zuerst einer Anti-Autonomiepartei zuwandte, die sich allmählich zu einer Semi-Autonomiepartei entwickelte, führte dazu, dass die Mehrheit der italienischen Zivilgesellschaft nicht mehr adäquat in den zentralen Entscheidungsinstanzen vertreten war, weil die ideologische, vor allem aber die autonomiepolitische Distanz zwischen Volkspartei und MSI/AN zu groß war, um eine Koalition einzugehen (Pallaver 2008, 309, Pallaver 2007b).

Die italienischen Parteien sind zwar auf der Grundlage der Stärke der im Landtag präsenten italienischen Abgeordneten in der Landesregierung vertreten, diese vertreten aber nur mehr eine Minderheit der italienischen Zivilgesellschaft.

Bei den Landtagswahlen von 2008 erreichte die italienische Regierungspartei PD 6,0 Prozent, womit diese lediglich knapp 30 Prozent der italienischen WählerInnen vertritt (immer bezogen auf die im Landtag vertretenen Parteien). Das bedeutet, dass 70 Prozent der italienischen Zivilgesellschaft de facto nicht in die wichtigen Entscheidungsprozesse inkludiert sind. Deren Vertretung hat sich somit zwischen 1972 und 2012 halbiert.

Nicht so dramatische, aber in jedem Falle signifikante Änderungen hat es auch auf deutschsprachiger Seite gegeben. Die SVP ist längst nicht mehr die einzige deutschsprachige Partei im Landtag. Die ethnische Konkurrenz hat sie bei den Landtagswahlen 2008 auf 48,1 Prozent des Wählerkonsenses schrumpfen lassen. Im Vergleich zu allen anderen deutschsprachigen Parteien sowie zu jenen, die de facto oder zumindest dem Anspruch nach sprachgruppenübergreifende Parteien sind, vertritt heute die SVP nur noch maximal 65 Prozent der deutschsprachigen WählerInnen.<sup>2</sup> 1972 waren es noch knapp 90 Prozent gewesen, was einem Verlust von rund 25 Prozent entspricht.

Diese Asymmetrie hat zu einem Widerspruch zwischen dem Prinzip der maximalen Inklusion aller Sprachgruppen und dem Ausschluss der italienischen Mehrheit der Zivilgesellschaft geführt. Da aber das Autonomiemodell Südtirols auf dem Konsens und dem Kompromiss der Eliten aufbaut, droht mit dem Bruch der Kontinuität der Eliten innerhalb der italienischen Sprachgruppe das Konkordanzsystem in eine Krise zu geraten bzw. ist bereits dort angelangt, wenn vom *disagio*, vom Unbehagen innerhalb der italienischen Sprachgruppe gesprochen wird (vgl. Gatta 2010; Giudiceandrea 2006; Gallmetzer 1999). Dieser *disagio* rührt neben einer Reihe anderer Gründe in erster Linie daher, dass sich die italienische Sprachgruppe nicht ausreichend vertreten fühlt, sich von der politischen Partizipation ausgeschlossen sieht. Langfristig kann eine immer eklatanter werdende Exklusion nicht nur zu Spannungen führen, die das politische System destabilisieren, sondern dieses im Extremfall sogar sprengen, wenn als Reaktion die Ausgeschlossenen zu



Maßnahmen der Blockade greifen (z.B. totale Weigerung der Teilnahme an der Regierungsverantwortung).

Außerdem ist im Autonomiestatut ein „Konstruktionsfehler“ vorhanden, der die Schutzbestimmungen der jeweiligen Gruppen wieder relativiert, ja geradezu aufheben kann. Betroffen sind hiervon die politische Exekutive, angefangen bei der Landesregierung bis hin zu den Gemeindeausschüssen.

In der Landesregierung gibt es keinen Sachbereich, der exklusiv einer Sprachgruppe zugeordnet ist. Man spricht zwar von der ausschließlichen Zuständigkeit der Sprachgruppen in Fragen von Bildung/Schule und Kultur, es gibt dazu auch nach Sprachgruppen getrennte Ressorts mit einem eigenen Landesrat, einer eigenen Landesrätin, aber die Entscheidungen in der Landesregierung werden nach dem Mehrheitsprinzip gefällt, nicht nach dem Konsensprinzip, das von der betroffenen Sprachgruppe vorgegeben wird.

Gemäß der Logik von Entscheidungsautonomie in Fragen, die für eine Sprachgruppe vital sind, müsste etwa die italienische Sprachgruppe das Recht besitzen, über ihr Schulmodell selbst zu entscheiden. In der politischen Praxis aber hängt sie von den Mehrheiten in der Landesregierung ab, im konkreten Falle von der Südtiroler Volkspartei. So verlangte die italienische Sprachgruppe jahrelang die Einführung des sogenannten „Immersionsunterrichts“ für die italienische Sprachgruppe, aber die Mehrheitspartei SVP lehnt(e) dieses Modell aus wenig nachvollziehbaren Gründen ab. Weil die SVP ein solches System für die eigene Schule ablehnt(e), räumt(e) sie dieses Recht auch der anderen Sprachgruppe nicht ein. Jüngstes Beispiel ist die Mehrheitsentscheidung zur Einführung der Fünf-Tage-Woche an Südtirols Schulen. Die deutschsprachige Mehrheit hat die italienischsprachige Minderheit überstimmt (stol 2012), anstatt jeder Sprachgruppe freie Entscheidungsbefugnis einzuräumen.

Das, was zum Austritt der SVP aus der Regionalregierung in den 50er-Jahren geführt hat, weil die italienischen Mehrheitsparteien die Autonomie durch Mehrheitsentscheidungen blockiert haben, wiederholt sich nun auf Landesebene spiegelverkehrt.

Ein weiteres Instrument der Konkordanzdemokratie und zum Schutz der jeweiligen Sprachgruppen hat sich als völlig stumpf herausgestellt. Wenn nämlich angenommen wird, dass ein Gesetzesvorschlag die Gleichheit der Rechte zwischen den BürgerInnen verschiedener Sprachgruppen oder deren kulturelle Eigenart verletzt, so kann die Mehrheit der Abgeordneten einer Sprachgruppe die Abstimmung nach Sprachgruppen verlangen (Art. 56, Zweites Autonomiestatut). Dazu bedarf es allerdings einer qualifizierten Mehrheit. Die wenigen Male, bei denen beispielsweise

die italienische Sprachgruppe im Landtag dieses Instrument einsetzen wollte, scheiterte diese, weil aufgrund der ideologischen Distanz unter den italienischen Parteien eine qualifizierte Mehrheit bislang noch nie zustande kam. Eine Ausnahme gab es bei den LadinInnen.

### 3.3. Ethnischer Proporz

Schließlich kommen wir zum ethnischen Proporz, der als eine der tragenden Säulen der Konkordanzdemokratie angesehen wird (Peterlini 1980; Poggesi 2005). Dieser sieht vor, dass alle öffentlichen Stellen im Verhältnis der Stärke der Sprachgruppen bei der jeweils letzten Volkszählung verteilt werden. Er wird aber auch bei der Zusammensetzung der örtlichen Organe öffentlicher Körperschaften, bei der Verwaltung von Haushaltsmitteln des Landes, im Fürsorgebereich und im Sozial- und Kulturwesen sowie bei der Vergabe von materiellen Ressourcen insgesamt angewandt, beispielsweise bei den Studienstipendien oder den Volkswohnbauten. Neben der Legislative, in der die Sprachgruppen aufgrund des Wahlergebnisses vertreten sind, dehnt sich der Proporz somit auch auf Exekutive (Verwaltung), aber auch auf die Judikative aus, wo der Justizapparat in seiner personellen Zusammensetzung ebenfalls dem ethnischen Proporz unterliegt (Denicolò 2010). Der ethnische Proporz wird auch bei der Zusammensetzung sämtlicher Kommissionen öffentlichen Rechts berücksichtigt: beginnend bei den Gesetzgebungskommissionen des Südtiroler Landtages über die Bezirksgemeinschaften, Gemeinden und Stadtviertelräte bis hin zu den Verwaltungsräten der öffentlichen Betriebe.

Der Wettbewerb zwischen den Sprachgruppen wird dadurch zum Wettbewerb innerhalb der jeweiligen Sprachgruppe, damit sich soziale Konflikte nicht in ethnische transformieren können. Die Verteilungsregeln der Ressourcen sind in einem *agreement* unter den Eliten festgesetzt worden. Wollte man diese Verteilungsregeln ändern, müsste der „Vertrag“ unter den Sprachgruppen geändert werden, dem wiederum alle zustimmen müssten. Der ethnische Proporz setzt das „Leistungsprinzip“ zwar nicht innerhalb der jeweiligen Sprachgruppe, wohl aber zwischen den Sprachgruppen außer Kraft. Nicht die Qualifikation, sondern die ethnische Zugehörigkeit entscheidet vielfach über Lebens- und Karrierechancen.

Während der ethnische Proporz auf Landesebene bereits mit dem Ersten Autonomiestatut zum Tragen gekommen war, bezog das Zweite Autonomiestatut mit dem „Proporzdekret“ von 1976 den staatlichen und halbstaatlichen Bereich mit ein. Bei Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatuts waren rund 85 Prozent der öf-

fentlichen und halböffentlichen staatlichen Stellen mit Italienern besetzt, heute ist das Verhältnis im Wesentlichen ausgeglichen (Benedikter 1980, 5).

Der ethnische Proporz gilt als positive Diskriminierung (*affirmative action*), wobei sich seine ursprüngliche „Friedensfunktion“ zum Teil bewährt, aber auch neue Probleme und Konflikte hervorgerufen hat. Die numerisch größte Sprachgruppe profitiert vom ethnischen Proporz in zweifacher Hinsicht: je größer die Sprachgruppe, desto größer die zur Verfügung stehenden Ressourcen und desto größer die beruflichen Aufstiegschancen, zumal die Spitzenpositionen in der Landes- und Staatsverwaltung, in den Körperschaften öffentlichen Rechts usw. nicht „konsularisch“, sondern „monokratisch“ sind. Das hat zur Folge, dass die ItalienerInnen als zweitstärkste Sprachgruppe tendenziell, zumindest auf Landesebene, immer nur die StellvertreterInnen der Deutschen sind. Die ladinische Sprachgruppe ist aufgrund ihrer numerischen Kleinheit von Haus aus stark benachteiligt (Vgl. Dall’Ò 2006).<sup>3</sup>

Wie sehr sich das ethnische Proporzsystem im Laufe der letzten 40 Jahre geändert hat, lässt sich an seiner praktischen Anwendung ablesen. So war der ethnische Proporz in seiner Anfangsphase an die ethnische Zusammensetzung des Landtages gebunden. Heute ist der ethnische Proporz an die allgemeine Volkszählung und an die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung gekoppelt. Früher gab es einen starren Proporz, heute wird der sogenannte flexible Proporz angewandt, indem im Sinne eines Kreditsystems Stellen einer Sprachgruppe vorgestreckt und später wieder zurückgegeben werden (Pallaver 2007, 312–316). Wie wir sehen, hat die Einsicht in soziale Notwendigkeiten, hervorgerufen durch gesellschaftliche Änderungen und Transformationsprozesse der letzten Jahrzehnte, die politischen Eliten gezwungen, den ethnischen Proporz in seiner statischen Anwendung zu flexibilisieren. Dies alles verringert, löst aber nicht die soziale Durchlässigkeit des Systems nach oben. Sollen etwa Partizipation und Inklusion nicht nur politisch, sondern auch sozial im Sinne von Lebenschancen gesehen werden, so muss der Proporz auf mehreren Ebenen flexibilisiert und letztlich überwunden werden. Vor allem auf der obersten Führungsebene im Sinne des vertikalen Proporztes müsste die Durchlässigkeit des Systems viel größer sein, müssten deshalb wieder meritokratische Kriterien zur Geltung kommen, wenn die anderen Voraussetzungen gegeben sind, in erster Linie die Zweisprachigkeit.<sup>4</sup>

Der Januskopf des Proporztes pendelt ständig zwischen Befriedung und Konflikt und hat in den vergangenen Jahrzehnten nicht selten für ethnische Auseinandersetzungen gesorgt, während er heute im Wesentlichen auch von den ItalienerInnen akzeptiert wird. Dennoch kann der ethnische Proporz wegen der genannten Gründe nur ein Instrument des Übergangs sein.

## 4. Die Transformation der Parteien und des Parteiensystems

### 4.1. Parteien

Parteien sind die zentralen Akteure in der politischen Arena und strukturieren den politischen Markt. Sie üben eine *gatekeeper*-Funktion aus, da sie die in der Gesellschaft vorhandenen Interessen bündeln (Easton 1965), rekrutieren politisches Personal und legitimieren politische Macht (Della Porta 2001). Sie treten als Mediatoren zwischen den öffentlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft auf, zwischen Staat (Regionen, Provinzen, Gemeinden) und BürgerInnen. Für die Demokratie sind sie konstitutiv, kein politisches System funktioniert ohne Parteien.

Parteien haben demnach auch in Südtirols Autonomiefragen eine zentrale Rolle gespielt, wobei das zentrale Merkmal der Südtiroler Parteien deren ethnischer Charakter ist. Längs der ethnischen Konfliktlinie haben sich seit Anbeginn deutsche, italienische und ladinische Parteien konstituiert, relativ spät gab es auch Versuche, interethnische Parteien zu bilden. Neben dem ethnischen *cleavage* fällt noch eine Besonderheit ins Auge, die sich zwischen 1973 und 2012 ergeben hat. Bei Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatuts im Jahre 1972 und anschließend bei den Landtagswahlen von 1973 kandidierten Parteien, die es heute mit Ausnahme der SVP nicht mehr gibt. Entweder haben sich diese Parteien de facto aufgelöst, wie die SPS oder die SFP, oder sie haben Namen und Identität geändert, fusioniert und/oder sich aufgelöst. Das gilt für die DC oder den PCI, die heute beide im Rahmen von Nachfolgeparteien fusioniert haben. Das gilt auch für den MSI, der sich nach seiner Umbenennung in Alleanza Nazionale (1995) mit der neuen Partei Forza Italia zum PdL zusammengeschlossen hat (2009). Die einzige Partei, die 1945 gegründet worden ist, seit 1948 im Südtiroler Landtag vertreten ist und auch heute noch denselben Namen trägt, ist die SVP (Pallaver 2005, 2006a, 2011).

In diesem Kapitel wird der Frage nachgegangen, wie sich die Parteien und das Parteiensystem im Laufe der letzten 40 Jahre im Rahmen des Zweiten Autonomiestatuts geändert haben. Dabei können nur einige wenige, wenn auch wichtige Punkte analysiert werden. Analysiert werden sollen die Transformationsprozesse unter den Gesichtspunkten der Ideologie, des Territoriums, der Ethnizität/Interethnizität, der Identität sowie das Parteiensystem insgesamt.

## 4.2. Ideologische Dimension

Südtirols Parteien widerspiegeln die ideologischen Positionen der verschiedenen Parteienfamilien auf gesamtstaatlicher und somit auf europäischer Ebene. Auf der Links-rechts-Achse befanden sich 1973 links von der Mitte die Kommunistische Partei, Mitte-links die beiden deutschsprachigen Sozialdemokratischen Parteien (SPS und SFP) sowie die italienischen Sozialisten und Sozialdemokraten. In der Mitte befanden sich die beiden relevantesten Parteien der beiden „großen“ Sprachgruppen, die SVP und die DC. Ganz rechts befand sich der Movimento Sociale Italiano.

**Tab. 1 Vergleich der Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen 1973–2008 nach ideologischen Polen**

	Links	Mitte-links	Mitte	Mitte-rechts	Rechts
<b>1973</b>	<b>PCI/KPI</b>	<b>SPS, SFP, PSI, PSDI</b>	<b>SVP, DC</b>		<b>MSI-DN</b>
Prozent	5,7	15,9	70,4		4,00
Anzahl Mandate (34)	2	6	25		1
<b>2008</b>	–	<b>PD, Grüne/ Verdi/Verc</b>	<b>SVP</b>	<b>Ufs/BU, STF, F, LN, PdL</b>	<b>Unitalia</b>
Prozent	–	11,8	48,1	31,9	1,9
Anzahl Mandate (35)	–	4	18	12	1
<b>Differenz 1993–2008</b>	<b>–5,7 –2</b>	<b>–14,1 –2</b>	<b>–22,3 –7</b>	<b>+31,9 +12</b>	<b>–2,1 –/+ 0</b>

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Wahlergebnisse 1973 und 2008.

Abkürzungsverzeichnis: DC: Democrazia Cristiana; MSI-DN: Movimento Sociale Italiano–Destra Nazionale; F: Die Freiheitlichen; PCI/KPI: Partito Comunista Italiano/Kommunistische Partei Italiens; PD: Partito Democratico; PdL: Popolo della Libertà; PSDI: Partito Socialdemocratico Italiano; PSI: Partito Socialista Italiano; SFP: Soziale Fortschrittspartei; SPS: Sozialdemokratische Partei Südtirols; STF: Süd-Tiroler Freiheit; SVP: Südtiroler Volkspartei; Ufs: Union für Südtirol (ab 2011 BU-Bürgerunion).

2012 (basierend auf den Landtagswahlen 2008) präsentiert sich uns ein völlig anderes Bild. Die SVP bekennt sich zur politischen Mitte, die Freiheitlichen, die Süd-Tiroler Freiheit, die Union für Südtirol, der Popolo della Libertà (PdL) und die Lega zählen zum Mitte-rechts-Lager, Unitalia kann als rechte Partei eingestuft werden, die Grünen/Verdi/Verc und der Partito Democratico/Demokratische Partei (PD) zählen zum Mitte-links-Lager (Vgl. Pallaver 2007b).

Diese Zuordnung stößt bei einigen Parteien auf Probleme. Die SVP definiert sich als Sammelpartei und steht für die Inklusion aller Bürger und Bürgerinnen einer ethnischen Minderheit, die unabhängig von ihrer Ideologie als politisches Primat den Schutz und die Entwicklung der eigenen Ethnie haben. So bekennt sich

die Volkspartei zwar zu den christlichen Grundwerten, ist aber auch offen für liberale und sozialdemokratische Kräfte (Südtiroler Volkspartei 1993). Die SVP deckt somit vom eigenen Anspruch her die politische Mitte, den Mitte-rechts- und den Mitte-links-Flügel innerhalb der deutschsprachigen WählerInnenschaft ab.

Die Süd-Tiroler Freiheit präsentiert sich in ihrer Selbstdefinierung als ideologisch offen und ersetzt die Ideologie mit der Selbstbestimmung. Dennoch kann die Süd-Tiroler Freiheit aufgrund ihrer Politik zum Mitte-rechts-Lager gezählt werden, wobei die Grenze zwischen „links“ und „rechts“ im Sinne von Norberto Bobbio längs des Prinzips der Gleichheit markiert wird (Bobbio 1982).

Wenn wir die Ergebnisse der Landtagswahlen von 1973 und 2008 vergleichen, können wir sehen, in welche Richtung sich Südtirols Parteien bewegt haben. 1973 vertraten die Zentrumsparteien (SVP, DC) noch insgesamt 70,4 Prozent der WählerInnen und stellten 25 von 34 Mandaten (73,5 Prozent). 2008 ist der Konsens für die politische Mitte von zwei Parteien auf eine Partei (SVP) zurückgegangen. Den jetzt nur mehr 48,1 Prozent der Volkspartei entsprechen 18 Mandate (51,4 Prozent), was einem Verlust von 22,3 Prozent und von 7 Mandaten entspricht.

1973 befand sich am linken Flügel die Kommunistische Partei, heute deckt keine Partei im Landtag dieses Lager mehr ab. 1973 bevölkerten noch vier Parteien das Mitte-links-Lager (SPS, SFP, PSDI, PSI), 2008 waren es nur mehr zwei (PD, Grüne/Verdi/Verc). 1973 erzielten die vier Parteien ein Gesamtergebnis von 15,9 Prozent und sechs Mandate, 2008 waren es 11,8 Prozent mit insgesamt vier Mandaten. Innerhalb dieser Zeitspanne gab es einen Verlust von 4,1 Prozent und zwei Mandaten.

Ein Mitte-rechts-Lager gab es 1973 nicht, 2008 bestand es aus fünf Parteien (Union für Südtirol ab 2011 Bürgerunion, Süd-Tiroler Freiheit, Lega Nord, Die Freiheitlichen, Popolo della Libertà) und kam auf 31,9 Prozent und 12 Mandate. Der große Wahlsieg der Freiheitlichen von 2008 mit 14,3 Prozent hat ganz wesentlich dazu beigetragen. Der Transformationsprozess des neofaschistischen MSI, 1973 mit 4,0 Prozent und einem Mandat im Landtag vertreten, hin zu Mitte-rechts-Positionen hat dazu geführt, dass das rechte Lager nur noch mit Unitalia als MSI-Abspaltung vertreten ist, 1,9 Prozent bedeutete ein Restmandat.

Diese elektorale Entwicklung zwischen 1973 und 2008 zeigt auf, dass die politische Mitte stark an Konsens verloren hat, das Mitte-links-Lager geschwächt worden und das rechte und das linke Lager so gut wie ausgehöhlt worden ist, dafür aber das Mitte-rechts-Lager stark zugelegt hat. Das bedeutet, dass sich das Wählerverhalten der SüdtirolerInnen innerhalb von 40 Jahren eindeutig nach rechts verschoben hat.

#### 4.3 Ethnische/interethnische und territoriale Dimension

Ethnische Parteien werden vielfach als *ethnic entrepreneurs* bezeichnet (Türsan 1998), deren primäre Charakteristik im Versuch besteht, ethnisch-territoriale und/oder regional konzentrierte Gruppen zu vertreten, die von sich behaupten, eine spezifische soziale Kategorie mit einer ebenfalls spezifischen und einzigartigen Identität zu sein. In Anlehnung an Tronconi werden hier jene Parteien als ethnisch bezeichnet, die zwei zentrale Charakteristika aufweisen: das Gefühl der Zugehörigkeit und der Solidarität gegenüber einer Gemeinschaft, die durch bestimmte kulturelle Grenzen, in erster Linie durch die Sprache, gekennzeichnet ist und sich als *Ethnos* versteht. Als zweites Element gilt die territoriale Konzentration auf substaatlicher Ebene (Tronconi 2009, 27; vgl. auch Pallaver 2011, 266).

Solche ethnische Parteien dominieren das Südtiroler Parteiensystem, zumal Südtirols Gesellschaft von einer tiefgreifenden ethnischen Bruchlinie gekennzeichnet ist, die alle anderen *cleavages* überlagert.

**Tab. 2 Ethnoregionale Parteien in Südtirol**

		Regionale Konzentration	
		Ja	Nein
Ethnizität	Ja	<b>1973</b> SVP, SPS, SFP	
		<b>2008/2012</b> Südtiroler Volkspartei, Freiheitliche, Süd-Tiroler Freiheit, Union für Südtirol, Lega Nord, Unitalia	
Ethnizität	Nein	<b>1973</b> –	<b>1973</b> DC, PCI, PSI, PSDI, MSI-DN
		<b>2008/2012</b> Grüne/Verdi/Verc	<b>2008/2012</b> Popolo della Libertà, Partito Democratico/Demokratische Partei

Quelle: Pallaver 2009, 248, und eigene Ergänzungen.

Wie aus Tab. 2 ersichtlich wird, hat sich die Anzahl der ethnischen Parteien seit 1973 verdoppelt, nämlich von drei auf sechs. Umgekehrt haben sich gesamtstaatlichen Parteien mehr als halbiert, von fünf im Jahre 1973 auf zwei im Jahre 2008. Die Entwicklung lief zwischen regionalen und gesamtstaatlichen Parteien somit genau umgekehrt proportional.

1973 gab es noch keine interethnische Partei, 2008 ist diese Kategorie mit den Grünen/Verdi/Vërc vertreten (Atz 2007). Als solche werden Parteien bezeichnet, die alle Sprachgruppen mit einbeziehen, somit von der Inklusion, nicht von der Exklusion der „anderen“ ausgehen. Ihre interne und externe Kommunikation erfolgt in allen Landessprachen, ihre Organisation ist interethnisch, also nicht nach Sprachgruppen getrennt, ihre WählerInnen kommen aus allen ethnischen Gruppen und ihr Gesellschaftsmodell ist nicht jenes der Separation der ethnischen Gruppen, sondern deren Integration (Pallaver 2010).

Linear mit der ethnischen und interethnischen ist die territoriale Dimension verbunden. In Südtirol agieren zwei Typen von Parteien, gesamtstaatliche sowie regionale Parteien. Regionale Parteien sind das Produkt von Zentrum-Peripherie-Konflikten, die vielfach auf die Entwicklungen der Nationsbildung zurückgehen (Lipset/Rokkan 1967; Rokkan/Urwin 1982).

1973 befanden sich neben fünf gesamtstaatlichen Parteien (DC, PCI, PSI, PSDI, MSI) drei regionale Parteien im Südtiroler Landtag (SVP, SPS, SFP). Die gesamtstaatlichen Parteien mit einem WählerInnenkonsens von 32,9 Prozent waren italienische Parteien, die regionalen Parteien mit 63,3 Prozent vertraten nur die deutschsprachige Bevölkerung. 40 Jahre später sind im Südtiroler Landtag von den insgesamt neun Parteien sieben als regionale Parteien einzustufen. Neben der SVP sind dies die Union für Südtirol, die Süd-Tiroler Freiheit, die Freiheitlichen, Unitalia, die Lega Nord und die Grünen/Verdi/Vërc, die mit den gesamtstaatlichen Grünen nur in einer losen Konföderation stehen. Es fällt auf, dass sich unter diesen sieben vier deutschsprachige Parteien befinden, zwei Parteien, nämlich Unitalia und die Lega Nord, sind italienische Parteien, wobei sich die Lega Nord nicht nur in Südtirol, sondern in ganz Norditalien dem politischen Wettbewerb stellt. Die Grünen/Verdi/Vërc betrachten sich hingegen als interethnische Partei. Im Südtiroler Landtag sind nur noch zwei gesamtstaatliche Parteien übrig geblieben, nämlich der PD und der PdL. Den regionalen Parteien mit 79,4 Prozent (1973: 63,3 Prozent) stehen die gesamtstaatlichen mit 14,3 Prozent gegenüber (1973: 32,9 Prozent).

Ohne auf die näheren Gründe für diesen Territorialisierungsprozess einzugehen (Vgl. Pallaver 2007a; 2011, 263–265; Diamanti 2009), kann festgestellt werden, dass sich diesem Prozess auch die gesamtstaatlichen Parteien Südtirols nicht ganz entziehen konnten, sodass die zentralen politischen Akteure heute insgesamt einen wichtigen Beitrag für die Konstruktion der Südtiroler Identität leisten.



#### 4.4 Die Dimension der Identität

Lieven De Winter (1998, 204–247) hat innerhalb der Familie der ethnoregionalen Parteien unterschiedliche Parteytypen ausgemacht, die er aufgrund ihrer politischen Zielsetzung unterscheidet. Es handelt sich dabei um protektionistische, autonomistische, national-föderalistische, irredentistische Unabhängigkeitsparteien.

Bei der entsprechenden Zuordnung der aktuell im Südtiroler Landtag vertretenen ethnoregionalen Parteien lassen sich relativ klare Unterscheidungen vornehmen. Die SVP gilt als klassische Autonomistenpartei. Diese Parteien akzeptieren eine Machtteilung zwischen ihrer Region und dem Zentralstaat unter der Voraussetzung, dass sie anders als andere territoriale Körperschaften innerhalb des Staates behandelt werden. Mit der endgültigen Verwirklichung des Zweiten Autonomiestatus und der Abgabe der Streitbeilegungserklärung (1992) hat sich die SVP von einer rein autonomistischen zu einer Partei entwickelt, die national-föderalistische Tendenzen aufweist, sich also auf gesamtstaatlicher Ebene für eine Föderalisierung Italiens einsetzt, punktuell auch immer wieder mit indipendistischen Gedanken flirtet (Vgl. Willeit 1991).

Während 1973 mit SVP, SPS und SFP autonomistische Parteien im Landtag vertreten waren, hat sich dieses Bild mit den Wahlen von 2008 stark geändert.

Die Freiheitlichen, die Union für Südtirol und die Süd-Tiroler Freiheit können als Unabhängigkeitsparteien bzw. irredentistische Parteien bezeichnet werden. Die Freiheitlichen betrachten die Autonomie als Ausgangspunkt, um im Einvernehmen mit allen drei Sprachgruppen im Lande einen Freistaat Südtirol zu verwirklichen. Sie fallen somit in die Kategorie der Unabhängigkeitsparteien. Die Union für Südtirol, heute Bürgerunion, setzt sich für die Selbstbestimmung Südtirols und das Recht auf Sezession ein, die Freiheit Südtirols und die Einheit Tirols. Insofern kann sie als sezessionistische Partei angesehen werden, da eine Wiedervereinigung Tirols auch eine Wiedervereinigung mit Österreich nach sich ziehen würde. Die Süd-Tiroler Freiheit strebt grundsätzlich eine Wiedervereinigung mit Österreich an und ist somit als irredentistische Partei zu definieren (Vgl. Pallaver 2011, 271–272).

Unter den italienischen Parteien hat die Lega Nord schon mehrere, allerdings unterschiedliche Positionen eingenommen. In Südtirol hat sich die Lega Nord im Wahlkampf 2008 für die Verwirklichung der Freistaatsstaat-Idee stark gemacht, so dass sie nur auf Südtirol bezogen als Unabhängigkeitspartei einzustufen ist.

Die italienische Partei Unitalia kann hingegen als irredentistische Partei mit umgekehrten Vorzeichen bezeichnet werden. Sie fordert eine Rückkehr Südtirols zu Italien im politischen Sinne (*L'Alto Adige all'Italia, l'Italia agli italiani*) und

fordert den Schutz des Staates für die diskriminierten ItalienerInnen in Südtirol (zu den einzelnen Positionen vgl. Pallaver 2011, 271–272).

#### 4.5. Änderungen des Parteiensystems

Ein Parteiensystem ist das System jener Beziehungen, die aus dem Parteienwettbewerb resultieren. Die Parteien sind die zentralen Akteure in diesem Wettbewerb, der durch die politischen Institutionen strukturiert und vom Verhalten der WählerInnen geprägt wird (Vgl. Sartori 1976, 1982).

Nach Sartori können wir unterschiedliche Mehrparteiensysteme bestimmen. Dabei geht er nicht von der Anzahl der relevanten Parteien aus, um das Parteiensystem zu definieren, sondern von den Polen, den eigentlichen Angelpunkten des Parteiensystems. Wenn deshalb von bipolar gesprochen wird, wird darunter ein Parteiensystem verstanden, das sich auf zwei Pole gründet, die sich auch aus mehreren Parteien zusammensetzen können. In einem solchen Falle hat das Parteiensystem kein Zentrum, basiert also nicht auf einem zentralen Pol. Multipolar bedeutet, dass das Parteiensystem auf mehr als zwei Polen basiert. In diesem Falle hat das Parteiensystem auch ein Zentrum (Sartori 1976).

Ein gemäßigtes Mehrparteiensystem besteht laut Sartori dann, wenn die Anzahl der relevanten Parteien nicht höher als fünf ist und Koalitionen an der Regierung sind. Die Struktur des Systems ist bipolar mit zwei Koalitionen, die untereinander im Wettbewerb stehen und sich in Richtung Zentrum bewegen, um die WechselwählerInnen zu erobern.

Beim polarisierten Pluralismus handelt es sich laut Sartori um ein Parteiensystem mit mehr als fünf Parteien. Dieses Parteiensystem ist durch die Präsenz von Antisystemparteien gekennzeichnet, die das demokratische Wettbewerbssystem ablehnen. Dieses ist durch zwei entgegengesetzte Oppositionspole gekennzeichnet, die sich gegenseitig ausschließen. Das Zentrum ist besetzt und das System ideologisch polarisiert und somit durch eine große ideologische Distanz zwischen den extremen Polen gekennzeichnet. Außerdem herrscht eine zentrifugale Dynamik.

Wenn sich ein politisches System zentrifugal entwickelt, so kann behauptet werden, dass die Polarisierung gegenüber der Depolarisierung überwiegt. Das System ist von einer extremen Politik geprägt. Wenn das System zentripetal ist, ist es hingegen durch eine gemäßigte Politik charakterisiert (ebda).

#### 4.6. Polarisiertes Mehrparteiensystem

Um definieren zu können, ob Südtirols Parteiensystem in die Kategorie eines gemäßigten oder eines polarisierten Mehrparteiensystems fällt, müssen wir die Anzahl der Pole feststellen sowie deren ideologische Distanz. In Abweichung zu Sartori ziehen wir anstatt der ideologischen Distanz die Nähe bzw. die Entfernung der Parteien zur Autonomie als Gradmesser der Polarität heran. Dabei unterscheiden wir zwischen Autonomieparteien, Semi-Autonomieparteien und Anti-Autonomieparteien (Pallaver 2010a).

Unter Autonomieparteien sind Parteien zu verstehen, die im Sinne der Typologisierung De Winters für die Autonomie ihrer Region eintreten. Dazu zählten 1973 alle Parteien außer der MSI, der als Anti-Autonomiepartei eingestuft werden kann, weil die neofaschistische Partei die Autonomie rundweg ablehnte. Ein Blick in den Landtag des Jahres 2012 belegt, dass sich dies seit damals radikal geändert hat. Zu den Autonomieparteien können die SVP gezählt werden, die Demokratische Partei PD sowie die Grünen/Verdi/Vërc. Diese unterscheiden sich von den beiden anderen Parteien dadurch, dass sie das politische System reformieren, die dissoziative durch eine assoziative Konfliktlösung ersetzen wollen. Tendenziell spricht sich auch der PD dafür aus, wenngleich weit verhaltener als die Grünen/Verdi/Vërc. Insgesamt gibt es aber für diese drei Parteien keine Alternative zur Autonomie.

Eine solche Alternative gibt es allerdings sehr wohl für eine Reihe anderer Parteien. Für die Union für Südtirol (Bürgerunion) (mehr), für die Freiheitlichen (weniger) und für die Lega Nord bleibt die Forderung nach Selbstbestimmung bis hin zu einem Freistaat eine konkrete Alternative zur Autonomie. Autonomie bedeutet für diese Parteien *Ja, aber*. Ja zur Autonomie, auch zum Erfolg der Autonomie, aber nur als Ausgangspunkt für eine sezessionistische Lösung. Sie können deshalb als Semi-Autonomieparteien bezeichnet werden. Das gilt auch für die Union für Südtirol/Bürgerunion nach dem Austritt der Gruppe, die später die Süd-Tiroler Freiheit gegründet hat, wenngleich von einigen ExponentInnen der Partei in letzter Zeit in der Autonomie keine Garantie mehr für das Überleben der Sprachgruppe gesehen wird (Pallaver 2011, 277). Dieselben Argumente gelten für die italienische Partei PdL. Diese akzeptiert zwar die Autonomie, bevorzugt aber als Schutzmachtsträger den Staat. Deshalb wird auch immer wieder das Eingreifen des Staates in Südtirol-Angelegenheiten und das Ende des Autonomieausbaus verlangt, das laut Meinung dieser Parteien zulasten der in der Provinz Bozen lebenden ItalienerInnen geht. Im Gegensatz dazu lehnt Unitalia die Autonomie in ihrer aktuellen Ausgestaltung ab, weil sie nach Auffassung der Partei die ItalienerInnen diskriminiert. Der

PdL kann als Semi-Autonomiepartei, Unitalia als Anti-Autonomiepartei eingestuft werden. Als Anti-Autonomiepartei unter den deutschen Parteien befindet sich die Süd-Tiroler Freiheit, da das Überleben der SüdtirolerInnen für diese Partei an die Selbstbestimmung gebunden ist (ebda).

Wenn wir also nicht von der ideologischen Distanz zwischen den einzelnen Parteien, sondern von der Distanz bzw. von der Nähe zur Autonomie ausgehen, so können wir für das Jahr 1973 von einem gemäßigten Mehrparteiensystem sprechen, immerhin summierten die Autonomieparteien 92 Prozent der Stimmen. 40 Jahre später müssen wir von einem polarisierten Mehrparteiensystem sprechen. An den extremen anti-autonomiepolitischen Polen finden wir auf italienischer Seite Unitalia, auf deutscher Seite die Süd-Tiroler Freiheit. Die Union für Südtirol/Bürgerunion und die Freiheitlichen sowie die Lega Nord als auch der PDL können als Semi-Autonomieparteien eingestuft werden, weil es für diese Parteien Alternativen zur Autonomie gibt. Die Autonomie ist lediglich das kleinere Übel.

Die Autonomie- und Autonomiereformparteien gehören dem Mitte-links-Lager, die Anti- und Semi-Autonomieparteien gehören dem Mitte-rechts-Lager an. Das war bei Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatuts so, das ist 40 Jahre später ebenfalls noch so. Alle Blöcke bestehen aus Parteien aller Sprachgruppen. Die Semi- und Anti-Autonomieparteien lehnen die Autonomie gänzlich oder partiell je nach ethnischer Zugehörigkeit aus entgegengesetzten Gründen ab oder orientieren sich an anderen Lösungen.

Die Konstellation Mitte-links/Pro-Autonomie versus Mitte-rechts/Anti- oder Semi-Autonomie entspricht der gesamten Geschichte der Autonomie.

Nach den Landtagswahlen 2008 präsentiert sich folgendes Bild: Als Autonomieparteien gelten neben der SVP die Demokratische Partei und die Grünen/Verdi/Vërc. Das bedeutet, dass die Parteien des Zentrums, unabhängig von ihrer ethnischen Zuordnung, innerhalb von 40 Jahren 32,2 Prozent ihres Stimmenanteils, also ein Drittel, verloren haben. Die deutschsprachigen Autonomieparteien haben 15,2 Prozent eingebüßt, die italienischsprachigen mit 22,9 Prozent noch wesentlich mehr.

Während es 1973 keine Semi-Autonomieparteien gab, hat deren Präsenz 2008 mit 24,9 Prozent stark zugenommen. Bei den deutschsprachigen Parteien (F, UfS/BU) waren es gerade einmal doppelt so viele Stimmen wie beim PdL auf italienischsprachiger Seite. Das, was die Autonomieparteien in den letzten 40 Jahren an Konsens verloren haben, ist zu den Semi-Autonomieparteien abgewandert.

**Tab. 3 Zentrifugales Wahlverhalten (Angaben in Prozent der gültigen Stimmen)**

Jahr	Italienische Parteien			Interethnische Parteien	Deutsche Parteien		
	Anti-Autonomieparteien	Semi-Autonomieparteien	Autonomieparteien		Semi-Autonomieparteien	Anti-Autonomieparteien	
1973	MSI-DN 4,0 %	–	DC, PCI, PSI, PSDI 28,9 %	Summe (92,1%)	SVP, SPS, SFP 63,3 %	–	–
<i>Autonomieparteien: 92,1 %</i>							
<i>Anti-Autonomieparteien: 4,0 %</i>							
<i>Semi-Autonomieparteien: –</i>							
2008	Unitalia, LN 4,0	PdL 8,3	PD 6,0%	Grüne 5,8% Summe (59,9%)	SVP 48,1%	F, UfS/BU 16,6	STF 4,9
Differenz	+/- 0 %	+8,3 %	-22,9 %	(32,2 %)	-15,2 %	+16,6 %	+4,9 %
<i>Autonomieparteien: 59,9 %</i>							
<i>Anti-Autonomieparteien: 8,9 %</i>							
<i>Semi-Autonomieparteien: 24,9 %</i>							

Quelle: Eigene Berechnungen. Diesen liegen die Ergebnisse der Landtagswahlen 1973 und 2008 zugrunde. Allerdings wurden jene Parteien, die kandidiert, aber den Einzug in den Landtag nicht geschafft haben, als für das Parteiensystem nicht relevante Parteien nicht berücksichtigt. Deshalb ergeben die Prozentsätze auch nicht den Wert 100.

Abkürzungen: DC: Democrazia Cristiana; F: Die Freiheitlichen; LN: Lega Nord; MSI-DN: Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale; PCI: Partito Comunista Italiano; PD: Partito Democratico; PdL: Popolo della Libertà; PSDI: Partito Socialdemocratico Italiano; PSI: Partito Socialista Italiano; STF: Süd-Tiroler Freiheit; UfS/BU: Union für Südtirol/Bürgerunion.

Alle Semi- bzw. Anti-Autonomieparteien befinden sich rechts der politischen Mitte und reichen bis zur Partei Unitalia. Dabei gibt es eine Polarisierung zwischen den deutsch- und italienischsprachigen Parteien, da die deutschsprachigen Parteien als Ziel die Selbstbestimmung und Loslösung von Italien haben, die italienischen Parteien hingegen eine stärkere bis ausschließliche Präsenz des italienischen Staates einfordern.

Zählen wir die Prozentsätze der Anti- und Semi-Autonomieparteien zusammen und lassen auch die Sprachgruppe der Parteien unberücksichtigt, so kommen wir auf 33,8 Prozent. Ein Drittel der WählerInnen, die von den Landtagsparteien repräsentiert werden, weisen somit im Verhältnis zur Autonomie eine zentrifugale Tendenz auf. 1973 identifizierten sich über die Parteien 90 Prozent der WählerInnen vorbehaltlos mit der Autonomie, 40 Jahre später ist diese Identifizierung auf 60 Prozent zurückgegangen.

## 5. Resümee

Ausgangspunkt dieses Beitrages waren drei Thesen. Die erste These ging davon aus, dass sich das dissoziative Konfliktlösungsmodell in Richtung assoziatives Konfliktlösungsmodell bewegt. Wie aus den Ausführungen nachvollzogen werden kann, lässt sich in den letzten Jahren, insbesondere ab der Streitbeilegungserklärung vor der UNO (1992), ein solcher Prozess feststellen. Dieser Übergang, der die ethnische Trennung durchlässiger hat werden lassen, hängt vor allem damit zusammen, dass sich die deutsch- und ladinischsprachige Minderheit rechtlich und politisch abgesichert fühlt. Der europäische Integrationsprozess hat dazu die grundlegenden Rahmenbedingungen geschaffen. Eine wichtige Rolle bei dieser Öffnung der Sprachgruppen haben die politischen, ökonomischen und intellektuellen Eliten gespielt, die abgestuft intensiv diesen Integrationsprozess fördern, sowie die Zivilgesellschaft. Eliten und Zivilgesellschaft wirken unterschiedlich auf diesen „Territorialisierungsprozess“ ein, der das Primat des *Ethnos* zwar noch lange nicht beseitigt, aber dem *Demos* eine neue Schubkraft verliehen hat.

Mit der zweiten These sollte belegt werden, dass das politische System Südtirols, das der Konkordanzdemokratie (*consociational democracy*) entspricht und auf der Grundlogik der maximalen Inklusion aller Sprachgruppen in die Entscheidungsfindungsprozesse aufbaut, Defizite aufweist. Tatsächlich lässt sich nachweisen, dass es Systembrüche gibt. So hat die italienische Sprachgruppe zwar nicht formal, aber in der sozialen Wirklichkeit politische Repräsentativität verloren, da die an der Regierung befindlichen Parteien im Gegensatz zu 1972 nicht mehr die Mehrheit der Zivilgesellschaft vertreten. Aber auch der ethnische Proporz, der im Sinne der *affirmative action* eingeführt wurde, zugleich auch verhindern sollte, dass soziale Konflikte in nationale transformiert werden, versperrt den Angehörigen der kleineren Sprachgruppen soziale Aufstiegschancen. Andere Instrumente, wie das Vetorecht der einzelnen Sprachgruppen, haben sich als stumpf erwiesen, während die Autonomie der Entscheidungsfindung der einzelnen Sprachgruppen durch das Mehrheitsprinzip auf Regierungsebene wieder durchbrochen werden kann und auch wird. Die zunehmende Exklusion von ItalienerInnen, aber auch von LadinerInnen auf den verschiedenen politischen Ebenen stellt ein Spannungsfeld dar, welches das heute stabile politische System destabilisieren, im Extremfall auch blockieren kann.

Die dritte These bezieht sich auf das Verhältnis der Parteien zur Autonomie und geht davon aus, dass sich die Parteien und das Parteiensystem autonomiepolitisch zentrifugal entwickeln. Auffällig ist, dass von den Parteien, die 1972 das Zweite

Autonomiestatut aus der Taufe gehoben haben, nur noch die SVP existiert, während alle anderen entweder untergegangen sind, den Parteinamen gewechselt oder fusioniert haben. Was die ideologische Dimension betrifft, so haben die Zentrumsparteien starke Verluste hinnehmen müssen, während seit 1972 vor allem die Mitte-rechts-Parteien ihren WählerInnenkonsens vergrößern konnten. Südtirol hat sich in diesen letzten 40 Jahren politisch eindeutig nach rechts verschoben.

Dies kommt auch in der politischen Haltung zur Autonomie zum Ausdruck. Während sich die Parteien bei den Landtagswahlen 1973 sprachgruppenübergreifend zu 90 Prozent mit der Autonomie identifiziert haben, liegt dieser Anteil heute nur noch bei rund 60 Prozent. Anti-, in erster Linie aber vor allem Semi-Autonomieparteien befinden sich seit den Landtagswahlen von 2008 im Aufwind. Das Parteiensystem entwickelt sich (immer mit Bezug auf die Autonomie) zentrifugal.

Einen einheitlichen, ausschließlich negativen Trend lässt sich in der politischen Entwicklung Südtirols aber dennoch nicht feststellen. So entspricht etwa die Aufweichung der Logik ethnischer Trennung nicht automatisch einer zunehmenden Identifizierung mit der Autonomie. Im Gegenteil, eine solche nimmt ab.

Die aufgezeigten Defizite weisen jedenfalls recht deutlich auf eine Reihe von negativen Tendenzen hin, die es rechtzeitig zu korrigieren gilt.

---

## Anmerkungen

- 1 Eine institutionelle Besonderheit aus der Zeit des Ersten Autonomiestatuts hat sich mit Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatuts von 1972 nicht mehr wiederholt. Denn vom März 1969 bis zum Mai 1970 waren die italienischen Landesräte nur aufgrund des ethnischen Vertretungsrechts in der Landesregierung, nicht aufgrund eines politischen Koalitionsprogramms. Die den italienischen Landesräten zugewiesenen Kompetenzen wurden in dieser Phase vom Landeshauptmann und verschiedenen deutschsprachigen Landesräten wahrgenommen, diese aber für die italienischen Landesräte bereit gehalten. Die einjährige politische Krise führte dazu, dass Landeshauptmann Silvius Magnago in der Legislaturperiode 1968–1973 zwei Regierungen bilden musste (Vgl. Regionalrat Trentino-Südtirol 2011, 367–371)
- 2 Wegen mangelnder Daten lässt sich nicht genau feststellen, wie viele deutschsprachige WählerInnen beispielsweise die Grünen/Verdi/Vërc oder die Lega Nord gewählt haben.
- 3 Der ethnische Proporz kann Verteilungskonflikte rechtlich kanalisieren, aber er kann auch neue Konflikte hervorrufen, wenn etwa Personen nur wegen ihrer Sprachgruppe von Ressourcen ausgeschlossen werden. Ist einmal die Symmetrie unter den Sprachgruppen gefunden worden, sollte der ethnische Proporz grundsätzlich dem Kriterium des Meritums weichen. Nach einer gewissen Zeit, z. B. nach fünf oder zehn Jahren, könnte man eine Proporz-Verifizierung durchführen. Ist es in dieser Zeit zu Asymmetrien gekommen, könnte das alte Regelwerk transitorisch wieder angewandt werden, um einen neuen Ausgleich herbeizuführen.
- 4 Eng mit der Durchlässigkeit nach oben ist der sogenannte „freiwillige Proporz“ verbunden, wie er etwa in der Schweiz zur Anwendung kommt. Dieses Modell sollte in Südtirol noch viel konsequenter angewandt werden, in erster Linie bei der Besetzung der Organe der örtlichen öffentlichen Körperschaften. So sieht etwa das Autonomiestatut vor, dass die Landesregierung in der Stärke der im Landtag vertretenen Sprachgruppen zusammengesetzt sein muss (Art. 50,2). Die Betonung liegt beim Wort „muss“. Das bedeutet, dass die verhältnismäßige Vertretung der Sprachgruppen nicht unterschritten werden darf. Niemand verbietet aber der Mehrheit – aus welchen Gründen auch immer – einen zusätzlichen Exponenten oder eine zusätzliche Exponentin einer Sprachgruppe in die Landesregierung zu kooptieren, weil niemand verbieten kann, den Proporz nach oben hin freiwillig zu ändern, also die politische Vertretung einer Sprachgruppe zu vergrößern, um Asymmetrien auszugleichen und um das Prinzip der maximalen Einbindung aller Sprachgruppen zu garantieren. Der Rückgang der italienischen Bevölkerung in den Gemeinden der Südtiroler Peripherie hat dazu geführt, dass in vielen Gemeinderäten und Gemeindeausschüssen keine Vertretung der italienischen Sprachgruppe mehr vorhanden ist. Gerade auf dieser Ebene müsste der freiwillige Proporz zur Anwendung kommen, um der italienischen Sprachgruppe, die es aus eigener Kraft nicht mehr schafft, in den zentralen Entscheidungsgremien vertreten zu sein, eine solche Präsenz zu ermöglichen. Eine Präsenz, die nicht durch den Verzicht einer Sprachgruppe herbeigeführt wird, sondern durch die personelle Aufstockung der jeweiligen Gremien (Vgl. Pallaver 2007).



---

## Literaturverzeichnis

- astat* (2006): Südtiroler Sprachbarometer. Sprachgebrauch und Sprachidentität in Südtirol, hg. von Autonome Provinz Bozen-Südtirol, Landesinstitut für Statistik (*astat* 123), Bozen: La Bodoniana
- Atz, Hermann* (2007). Die Grünen in Südtirol. Profil und Wählerbasis, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag
- Baur, Siegfried/Guggenberg, Irma von/Larcher, Dietmar* (1998). Zwischen Herkunft und Zukunft. Südtirol im Spannungsfeld zwischen ethnischer und postnationaler Gesellschaftsstruktur, Merano/Meran: Alpha&Beta
- Benedikter, Thomas* (2007): Autonomien der Welt. Eine Einführung in die Regionalautonomien der Welt mit vergleichender Analyse, Bozen: Athesia
- Benedikter, Alfons* (1980). Vorwort, in: *Peterlini, Oskar* (1980). Der ethnische Proporz in Südtirol, Bozen: Athesia 1980, 5–6
- Benedikter, Thomas* (2008). The Financial System of the Autonomous Province of Bolzano/Bozen, in: *Woelk, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph* (Eds.): Tolerance through Law. Self Governance and Group Rights in South Tyrol (European Academy Bozen/Bolzano), Leiden/Boston: Martinus Nijhoff Publishers, 105–119
- Benedikter, Thomas* (2011). Südtirols Finanzen: Beginnen jetzt die mageren Jahre?, in: *Pallaver, Günther* (Hg.): *Politika* 11. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Südtiroler Società per Scienza Pulitica), Bozen: Edition Raetia, 339–362
- Bobbio, Norberto* (1983). Per una definizione della destra reazionaria, in: Nuova destra e cultura reazionaria negli anni ottanta. Atti del convegno – Cuneo 19–20–21 novembre 1982, Cuneo: Notiziario dell'Istituto storico della Resistenza in Cuneo e provincia, numero 23, 19–32
- Boudon, Raymond* (2004). Pourquoi les intellectuels n'aiment pas le Libéralisme. Paris: Odile Jacob
- Charle, Christoph* (2001). Intellectuals: History of the Concept, in: *Smelser, Neil/Baltes, Paul* (Hg.): International EncyclopEdia of the Social and Behavioral Sciences, Amsterdam: Elsevier, 7627–7631
- Bußjäger, Peter/Gamper, Anna/Happacher, Esther/Woelk, Jens* (Hg.) (2011). Der Europäische Verbund territorialer Zusammenarbeit (EVTZ): Neue Chancen für die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino (Schriftenreihe des Instituts für Föderalismus 113), Wien: Braumüller
- Dall'Ò, Norbert* (2006). Der Frust der Ausgeschlossenen, in: *FF – Das Südtiroler Wochenmagazin* Nr. 40, 5. 10. 2006, 16–21
- De Winter, Lieven* (1998). A comparative analysis of the electoral, office and policy success of ethnoregionalist parties, in: *De Winter, Lieven/Türsan, Huri* (Hg.): Regionalist Parties in Western Europe, London: Routledge, 204–247
- Della Porta, Donatella* (2001). I partiti politici, Bologna: il Mulino
- Denicolò, Guido* (2010). La giustizia in Alto Adige: la monade avrà qualche finestra?, in: *Pallaver, Günther* (Hg.): *Politika* 10. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Südtiroler Società per Scienza Pulitica), Bozen: Edition Raetia, 407–416

- Deutsch, Karl W.* (1972). *Der Nationalismus und seine Alternativen*, München: Piper
- Diamanti, Ilvo* (2009). *Mappe dell'Italia politica. Bianco, rosso, verde, azzurro... e tricolore*, Bologna: il Mulino
- Easton, David* (1965). *A System of Analysis of Political Life*, New York: John Wiley and Sons
- Engl, Alice/Zwilling, Carolin* (2008). *Cross-border Cooperation between Historical Legacies and New Horizons*, in: *Woelk, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph* (Hg.). *Tolerance through Law. Self Governance and Group Rights in South Tyrol* (European Academy Bozen/Bolzano), Leiden/Boston: Martinus Nijhoff Publishers, 161–176
- Etzioni, Amitai* (1993). *The Spirit of Community. Rights, Responsibilities, and the Communitarian Agenda*, New York: Crown Publishers
- Gallmetzer, Hartmann* (1999). *Meine Heimat ist Südtirol – Mein Vaterland Italien: Ein Gespräch mit Romano Viola*, Bozen: Athesia
- Galtung, Johan* (1996). *Peace by Peaceful Means: Peace and Conflict, Development and Civilization*, London: Sage
- Galtung, Johan* (1976). *Three Approaches to Peace: Peacekeeping, Peacemaking, and Peacebuilding*”, in: *Galtung, Johan* (Hg.): *Peace, War, and Defense: Essays in Peace Research*, Bd. II. Copenhagen: Christian Ejlertsen, 282–304
- Gatta, Diego* (2010). *Die Stärke der Minderheit: ItalienerInnen in Südtirol*, politikwiss. Diplomarbeit, Innsbruck
- Gehler, Michael* (2010). *Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung*, München: Olzog
- Gellner, Ernest* (1995): *Bedingungen der Freiheit. Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen*, Stuttgart: Klett-Cotta
- Giudiceandrea, Lucio* (2006). *Spaesati: Italiani in Südtirol*, Bolzano: Raetia
- Giudiceandrea, Lucio* (2011). *SüdtirolerIn als Identität. Die schwierige Ausbildung von Identitätsmodellen in Südtirol*, in: *Grote, Georg/Siller, Barbara* (Hg.): *Südtirolismen. Erinnerungskulturen – Gegenwartsreflexionen – Zukunftsvisionen*, Innsbruck: Universitätsverlag Wagner 281–292
- Gonzato, Francesca* (2011). *Monti chiama Durnwalder per ricucire*, in: *Alto Adige*, 22.12.2011, <http://altoadige.gelocal.it/cronaca/2011/12/22/news/monti-chiama-durnwalder-per-ricucire-5451855> (28.12.2011)
- Gramsci, Antonio* (1948). *Gli intellettuali e l'organizzazione della cultura*, Torino: Einaudi
- Haller, Max* (2009). *Die Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums?*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Hartzell, Caroline/Hoddie, Matthew* (2003). *Institutionalizing peace: power sharing and post-civil war conflict management*, in: *American Journal of Political Science* no. 2, 318–332
- Langer, Alexander* (1996). *Die Mehrheit der Minderheiten*, hg. von Peter Kammerer, Berlin: Klaus Wagenbach
- Lehmbruch, Gerhard* (1967). *Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich*, Tübingen: J.C.B. Mohr
- Lijphart, Arend* (1977). *Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration*, New Haven, London: Yale University Press
- Lijphart, Arend* (1990). *The Power Sharing Approach*, in: *Montville, Joseph V.* (Ed.): *Conflict and Peacemaking in Multiethnic Societies*, Lexington: Lexington Books

- Lijphart*, Arend (2004). Constitutional Design for Divided Societies, in: *Journal of Democracy* 15(2), 96–109
- Lipset*, Seymour M./*Rokkan*, Stein (1967). Cleavages Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, in: *Lipset*, Seymour M./*Rokkan*, Stein (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York 1967: Free Press, 1–63
- Messner*, Juliane (2009). Der Zusammenbruch der Democrazia Cristiana und ihre Nachfolgeparteien in Italien und Südtirol, politikwiss. Diplomarbeit, Innsbruck
- Mitrany*, David (1943/1966). A working peace system, Chicago: Quadrangle Books
- Niederfriniger*, Ute/*Kienzl*, Hans J. (1996). „Die es wissen müßten“. Mehrthemenumfrage unter den Mitgliedern der Elite Südtirols, sozialwiss. Diplomarbeit, Salzburg
- Palermo*, Francesco (1999). Die zwei Dimensionen des Zusammenlebens in Südtirol, in: *Europa Ethica* 1–2, 9–21
- Palermo*, Francesco (2005). Rolle und Wesen der paritätischen Kommissionen und ihrer Durchführungsbestimmungen, in: *Marko*, Joseph/*Ortino*, Sergio/*Palermo*, Francesco/*Voltmer*, Leonhard/*Woelk*, Jens (Hg.): *Die Verfassung der Südtiroler Autonomie*, Baden-Baden: Nomos, 395–405
- Palermo*, Francesco/*Woelk*, Jens (2008). *Diritto costituzionale comparato dei gruppi e delle minoranze*, Padova: Cedam
- Pallaver*, Günther (2005). The Südtiroler Volkspartei and Its Ethno-Populism, in: *Caramani*, Daniele/*Mény*, Yves (Hg.). *Challenges to Consensual Politics. Democracy, Identity, and Populist Protest in the Alpine Region*. Bruxelles: Peter Lang, 187–208
- Pallaver*, Günther (2006). Die ethnisch halbierte Wirklichkeit. Medien, Öffentlichkeit und politische Legitimation in ethnisch fragmentierten Gesellschaften. Theoretische Überlegungen und Fallbeispiele aus Südtirol, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag
- Pallaver*, Günther (2006a) The Südtiroler Volkspartei: From Irredentism to Autonomy, in: *De Winter*, Lieven/*Gómez-Reino*, Marga/*Lynch*, Peter (Hg.): *Autonomist Parties in Europe: Identity Politics and the Revival of the Territorial Cleavage – Bd. II*. Barcelona: ICPS, 161–188
- Pallaver*, Günther (2007). Demokratie, Partizipation und Kommunikation als Voraussetzung für eine ungeteilte Autonomie, in: *Annali dell’Istituto storico italo-germanico in Trento/Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient*, Bologna, il Mulino, 303–322
- Pallaver*, Günther (2007a). Die Territorialisierung der Parteien – Auswirkungend des (asymmetrischen) Föderalismus auf die Parteienlandschaft. Das Fallbeispiel Italien, in: *Palermo*, Francesco/*Hrbek*, Rudolf/*Zwilling*, Carolin/*Alber*, Elisabeth (Hg.): *Auf dem Weg zu asymmetrischem Föderalismus?* (Schriftenreihe der Europäischen Akademie Bozen, Bereich „Minderheiten und Autonomie“ 11), Baden-Baden: Nomos, 130–133
- Pallaver*, Günther (2007b): Südtirols politische Parteien, in: Ferrandi, Giuseppe – Pallaver, Günther (Hg.): *Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert. I. Politik und Institutionen (Grenzen/Confini 5/1)*, Trento: Museo Storico in Trento, 589–628
- Pallaver*, Günther (2008). South Tyrol’s Consociational Democracy: Between Political Claim and Social Reality, in: *Woelk*, Jen/*Palermo*, Francesco/*Marko*, Joseph (Hg.): *Tolerance through Law. Self Governance and Group Rights in South Tyrol (European Academy Bozen/Bolzano)*, Leiden/Boston: Martinus Nijhoff Publishers, 303–327

- Pallaver, Günther* (2010). Südtirol: Vom ethnischen zum territorialen cleavage, in: *Pallaver, Günther* (Hg.). *Politika* 10. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Südtiroler Sozietà per Scienza Pulitica), Bozen: Edition Raetia, 377–403
- Pallaver, Günther* (2010a). Parteien und Parteiensystem in Südtirol. Zwischen ethnischen Bruchlinien und gesellschaftlichen Transformationsprozessen, in: *Kreisel, Werner et al.* (Hg.): *Südtirol/Alto Adige. Eine Landschaft auf dem Prüfstand/Un paesaggio al banco di prova*, Lana: Tappeiner, 210–220
- Pallaver, Günther* (2011). Südtirols Parteien und Parteiensystem im Wandel. Trends und Perspektiven, in: *Grote, Georg/Siller, Barbara* (Hg.): *Südtirolismen. Erinnerungskulturen – Gegenwartsreflexionen – Zukunftsvisionen*, Innsbruck, Universitätsverlag Wagner, 259–280
- Pallaver, Günther* (2011a). The Südtiroler Volkspartei, in: *Elias, Anwen/Tronconi, Filippo* (Ed): *From Protest to Power. Autonomist Parties and the Parties and the Challenges of Representation* (Studien zur politischen Wirklichkeit, Ed von Anton Pelinka, Bd. 26), Wien, Braumüller, 171–193
- Pelinka, Anton* (2003). Politik und Medien zwischen Modernität und Tradition, in: *Clementi, Sieglinde/Woelk, Jens* (Hg): 1992. Ende eines Streits. Zehn Jahre Streitbeilegung im Südtirolkonflikt zwischen Italien und Österreich, Baden-Baden: Nomos, 205–209
- Pernthaler, Verena* (2009). Vom Nebeneinander zum Miteinander? Wandel in der Kulturpolitik, politikwiss. Diplomarbeit, Innsbruck
- Peterlini, Oskar* (1980). Der ethnische Proporz in Südtirol, Bozen: Athesia
- Poggeschi, Giovanni* (2005). Der ethnische Proporz, in: *Marko, Joseph/Ortino, Sergio/Palermo, Francesco/Volmer, Leonhard/Woelk, Jens* (Hrsg.): *Die Verfassung der Südtiroler Autonomie*, Baden-Baden: Nomos, 322–331
- Regionalrat Trentino-Südtirol* (2011). Die Gesetzgebungsorgane und die Regierungen. Von der I. bis zur XIV. Legislaturperiode, Trient: BQE Edizioni
- Reynal-Querol, Marta* (2002). Ethnicity, political system, and civil wars, in: *Journal of Conflict Resolution*, No. 1, 29–54
- Rudolf, Peter* (1995). Frieden/Friedenstheorien, in: *Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf* (Hg.): *Lexikon der Politik*, Bd. 1, München: Beck, 119–125
- Rokkan, Stein/Urwin, Derek W.* (1982) (Hg.). *The Politics of Territorial Identity: Studies in European Regionalism*, London: Sage.
- Sartori, Giovanni* (1976). *Parties and party systems. A Framework for analysis*, Cambridge: Cambridge University Press
- Sartori, Giovanni* (1982). *Teoria dei partiti e caso italiano*, Milano: Sugarco
- Simmel, Georg* (1992). *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, hg. von Otthein Rammstedt, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Sisk, Timothy* (1996). *Power Sharing and International Mediation in Ethnic Conflicts*, Washington DC: UnitEd States Institute of Peace Press
- Stol* (2012). Es wird die Fünf-Tage-Woche, 23.1.2012, <http://www.stol.it/Artikel/Chronik-im-Ueberblick/Lokal/Es-wird-die-Fuenf-Tage-Woche>

- Südtiroler Volkspartei* (1993). Das neue Programm der Südtiroler Volkspartei. Beschlossen von der Landesversammlung am 8. Mai 1993, <http://www.svpartei.org/smartedit/documents/download/grundsatzprogramm.pdf> (9.2.2012)
- Toggenburg*, Gabriel N. (2008). Regional Autonomies Providing Minority Rights and the Law of European Integration: Experiences from South Tyrol, in: *Woelk, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph* (Hg.): *Tolerance through Law. Self Governance and Group Rights in South Tyrol* (European Academy Bozen/Bolzano), Leiden/Boston: Martinus Nijhoff Publishers, 177–200
- Toniatti*, Roberto (2005). Die Evolution der Südtiroler Sonderautonomie von konkordanzdemokratischen Garantien zur territorialen Selbstbestimmung, in: *Marko, Joseph/Ortino, Sergio/Palermo, Francesco/Volmer, Leonhard/Woelk, Jens* (Hg.): *Die Verfassung der Südtiroler Autonomie*, Baden-Baden: Nomos, 69–96
- Türsan*, Huri (1998). Introductions. Ethnoregional parties as ethnic entrepreneurs, in: *De Winter, Lieven/Türsan, Huri* (Hg.): *Regionalist Parties in Western Europe*, London: Routledge, 1–16
- Tronconi*, Filippo (2009). I partiti etnoregionalisti. La politica dell'identità territoriale in Europa occidentale, Bologna: il Mulino
- Verordnung* (EG) (2006). Nr. 1082/2006 vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), Amtsblatt der Europäischen Union L 210, 31. Juli 2006
- Weber*, Max (1973). Soziologie. Universalgeschichtliche Analysen, Politik, Stuttgart: Kröner
- Willeit*, Ferdinand (1991). Höchste Zeit für Südtiroler Selbstbestimmung, in: *Der Standard*, 2.9.1991. Nr. 844, 4
- Wolff*, Stefan (2008). Complex Power Sharing as Conflict Resolution: South Tyrol in Comparative Perspective, in: *Woelk, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph* (Hg.): *Tolerance through Law. Self-Governance and Group Rights in South Tyrol* (European Academy Bozen/Bolzano), Leiden/Boston: Martinus Nijhoff Publishers, 329–370
- Wolff*, Stefan/*Cordell*, Karl (2011). Power sharing, in: *Cordell, Karl/Wolff, Stefan* (Hg.). *Routledge Handbook of Ethnic Conflict*, London/New York: Routledge, 301–310

## Abstracts

### Processi di trasformazione dell'Autonomia altoatesina 1972-2012

Il sistema politico altoatesino tra il 1972 ed il 2012 si è trasformato in maniera durevole. Il modello dissociativo di risoluzione dei conflitti viene sempre più spesso messo in discussione da settori della società civile. Il modello della “consociational democracy” che prevede la separazione dei gruppi linguistici alla base e la cooperazione delle élite al vertice, ha subito dei danni. Il principio della massima inclusione di tutti i gruppi linguistici a livello di esecutivo non può più essere garantito. Inoltre il principio del consenso a livello degli esecutivi viene ripetutamente infranto de facto attraverso decisioni prese a maggioranza. La proporzionale etnica viene sempre più criticata perché contraria al principio del merito e nella sua applicazione verticale va a detrimento del gruppo linguistico italiano. Il diritto di veto dei gruppi linguistici era sin dall'inizio uno strumento non utilizzabile. A ciò si aggiunge il fatto che anche i partiti ed il sistema dei partiti si sono trasformati in maniera profonda. Dei partiti che nel 1972 hanno preso parte al battesimo del secondo Statuto d'Autonomia, solo uno è sopravvissuto sino ad ora, la cui identificazione con l'autonomia negli ultimi 40 anni è notevolmente diminuita.

## Prozesc de trasformaziun dl'autonomia de Südtirol 1972–2012

Danter le 1972 y le 2012 s'à le sistem politich de Südtirol mudé te na manira che à albü süa faziun tl tēmp. Le model dissoziatif por la soluziun di conflic vëgn tres plü gonot metü en dübe da n valgönes perts dla sozieté zivila. Le model dla *consociational democracy*, che vëiga danfora la despartiziun di grups linguistics sciöche basa y la cooperaziun dles elites söinsom, à albü rotöres. Le prinzip dl'intlужиun mascimala de düc i grups linguistics tl esecutif ne po nia plü gnì garantida. Implü vëgn le prinzip dl consens tl esecutif de fat tres indô trat sotissura da dezijiuns tutes a maioranza. Le proporz etnich vëgn tres plü critiché, deache al va cuntra le prinzip dla prestaziun y penalisëia tl'aplicaziun verticala le grup linguistich talian. Le dërt de veto di grups linguistics é daimpröma insö stè n stromënt da ne podëi nia adorè. Laprò s'à incé i partis y le sistem di partis mudé cotan. Di partis che à tignì a bato le Secundo Statut d'Autonomia dl 1972, n'él ma stè un su che à survavit. Incé süa identificaziun cun l'autonomia é dassënn jüda zoruch di ultims 40 agn.

### A Transformation of Autonomy in South Tyrol from 1972 to 2012

The political system in South Tyrol has undergone enduring change between 1972 and 2012. Segments of civil society have increasingly called the dissociative conflict-resolution model into question. The model of consociational democracy, which provides for the separation of linguistic groups at the base and the cooperation of elites at the top, suffered fractures. The principle of maximum inclusion of all language groups at the executive level cannot be guaranteed. In addition, de facto majority decisions have again and again undermined the consensus principle at the executive level. Proportional representation for ethnic groups is increasingly being criticised because it contradicts the achievement principle and discriminates against the Italian-speaking population in the vertical application. The veto power of the language groups was a useless instrument from the outset. In addition, the parties and the party system have undergone profound change. Only one of the parties that launched the Second Autonomy Statute in 1972 has survived to the present day, and that party's identification with autonomy has decreased significantly over the last forty years.





**Hermann Atz**

# **Gegeneinander, Nebeneinander oder Miteinander**

Wie haben sich 40 Jahre Autonomiestatut auf das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol ausgewirkt?

## **1. Einleitung**

Zusammenleben

Südtirol ist es gewohnt, als Erfolgsmodell dargestellt zu werden: wirtschaftlich wohlhabend, gut verwaltet, mit einzigartiger Umwelt und als Vorbild für das friedliche Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen (vgl. Pasquali et al. 2002). Aus aller Welt kommen Delegationen, um das geltende Autonomiestatut als ideale Verbindung von Minderheitenschutz und Selbstverwaltung zu studieren, durch die ein schwieriger Konflikt ohne Verschiebung von Staatsgrenzen befriedet werden konnte. (Vieles spricht allerdings dafür, dass dieses Lösungsmodell nicht nur erfolgreich war, sondern auch einmalig ist, denn bis dato steht der Beweis aus, dass es sich auf Situationen im ehemaligen Jugoslawien oder in der Volksrepublik China übertragen lässt.) Weit weniger positiv fällt das Urteil von Personen aus, die – von außen kommend – eine gesellschaftliche Realität kennenlernen, wo es im Alltag zwar wenig Probleme gibt, ethnische Vorurteile aber

durchaus spürbar sind und soziale Kontakte sich hauptsächlich auf die eigene Volksgruppe beschränken.

Als zentraler Begriff wird dabei häufig das *friedliche Zusammenleben* der Volksgruppen genannt, das in Südtirol gegeben sei. Doch was ist damit eigentlich gemeint: eine Koexistenz der verschiedenen Gruppen ohne ethnisch bedingte Gewaltakte oder eine weitgehende Integration der Gruppen als multiethnische Gesellschaft? Man könnte auch im Sinne Johan Galtungs (2000) von *negativem* und *positivem* Frieden sprechen – negativ als schiere Abwesenheit von Gewalt, positiv als Zustand weitgehender Gerechtigkeit, in dem es auch keine strukturelle Unterdrückung gibt, sondern in der alle Mitglieder der (lokalen) Gesellschaft weitgehend mit den politischen und sozialen Gegebenheiten einverstanden sind.

Wenn wir also Bilanz darüber ziehen möchten, wie es um das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol steht und wie dieses sich in den 40 Jahren seit Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatuts verändert hat, dann sind zunächst die grundlegenden Begriffe *Volksgruppen* und *Zusammenleben* zu klären. Vor allem ist zu präzisieren, woran sich die Qualität des Zusammenlebens erkennen lässt. Erst dann wird es möglich sein, einzelne Indikatoren zu betrachten und zu bewerten.

## Volksgruppe, Sprachgruppe, Ethnie

Nirgends auf der Welt lassen sich heute noch größere Gesellschaften finden, die sprachlich-kulturell vollständig homogen sind. Vielmehr ist es ein Kennzeichen moderner Gesellschaften, dass sie sich aus Menschen mit verschiedener geographischer Herkunft und/oder ethnischer bzw. religiöser Zugehörigkeit zusammensetzen. Dennoch wird nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen von *Volksgruppen* bzw. ethnischen Gruppen oder – eigentlich nur in Südtirol – Sprachgruppen gesprochen. Wir wollen uns hier nicht auf die Erörterung feiner Bedeutungsunterschiede einlassen, sondern verwenden im Folgenden – in Anlehnung an den pragmatischen Zugang Alexander Langers (1996) – primär den Begriff *Volksgruppe*.<sup>1</sup>

Die Existenz von *Volksgruppen* lässt sich als gesellschaftliches Konstrukt verstehen, das durch ein Wechselspiel aus Selbstwahrnehmung und Fremdzuschreibung gekennzeichnet ist: Ich fühle mich einer sozialen Gruppe aufgrund tatsächlicher oder unterstellter Ähnlichkeiten (Sprache, Herkunft, Körpermerkmale, Sitten, Ideale ...) zugehörig und werde auch von anderen als Angehöriger dieser Gruppe erkannt und behandelt.<sup>2</sup>

Den Sinn solcher Gruppenidentitäten sieht die Sozialpsychologie darin, dass sie das Selbstwertgefühl einer Person stärken können (die eigene Gruppe wird meist als überlegen empfunden) und dass sie Sicherheit im Alltag bieten, indem es leichter fällt, ein unbekanntes Gegenüber einzuschätzen und sich entsprechend zu verhalten, sobald dessen soziale Identität feststeht. Damit jedoch von *Volksgruppen* gesprochen wird, braucht es in der Regel ein zweites Element, nämlich dass politische Akteure wie Parteien, Vereinigungen oder Einzelpersonen den Anspruch erheben, die Interessen einer solchen Gruppe zu vertreten, oder auch umgekehrt, die *eigenen Leute* gegen eine bestimmte andere Gruppe zu schützen. Erst dann kommt es zu einer *Ethnisierung* der Politik, die nicht nur kulturelle Anliegen und Auseinandersetzungen, sondern auch sozio-ökonomische Konflikte häufig als solche zwischen verschiedenen Volksgruppen behandelt (Vgl. Reiterer 2002).

### Ethnisierung des politischen Systems

Südtirol stellt geradezu ein Paradebeispiel für einen Prozess der Ethnisierung der Politik dar. Dessen Wurzeln reichen zurück bis ins 19. Jahrhundert, als im alten Tirol, wie in vielen anderen Teilen der Habsburgermonarchie, nationalistische Auseinandersetzungen an Bedeutung gewannen. Die Italianisierungspolitik des Faschismus und die staatlich geförderte Zuwanderung aus anderen italienischen Regionen, die bis in die 60er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts anhielt, verschärften die Situation weiter. Als Reaktion darauf bildeten sich die Südtiroler Volkspartei und viele Organisationen im vorpolitischen Raum, um die Interessen der deutschen und ladinischen Volksgruppe zu verteidigen – vor allem gegen den Zentralstaat und die Nachbarprovinz Trient, die in der gemeinsamen Region den Ton angab, aber auch gegen die (damals) aus anderen Teilen Italiens bzw. aus Dalmatien und Istrien neu zugewanderten MitbürgerInnen, die dadurch erst zur italienischen Volksgruppe wurden.

Festgeschrieben wurde das Ganze in den beiden Autonomiestatuten, durch die den sprachlich-kulturellen Minderheiten ganz bestimmte Rechte eingeräumt werden. Allen voran ist der sogenannte Proporz in der öffentlichen Verwaltung und bei der Vergabe von Sozialwohnungen zu nennen. Doch auch die nach Unterrichtssprachen getrennten Schulen, die getrennte Kulturförderung und nicht zuletzt die individuelle namentliche *Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung* waren Bausteine eines politischen Systems, in dem die ethnische Konfliktlinie das entscheidende *cleavage* war.<sup>3</sup> Dem Zweiten Autonomiestatut ist es auch zu verdanken, dass hier-

zulande zumeist von *Sprachgruppen* und nicht von *Volksgruppen* die Rede ist, was der andernorts übliche und wohl auch besser zutreffende Begriff wäre.

Heute gehen weitgehend getrennte politische Arenen mit einer ebenso getrennten Medienlandschaft Hand in Hand (vgl. Pallaver 2006). Italienischsprachige BürgerInnen werden hauptsächlich versorgt mit Informationen über italienischsprachige Parteien und deren politische Vertreter sowie über Themen, die Städte und Ortschaften mit einem starken Anteil an italienischsprachiger Bevölkerung betreffen. Die Medien ergreifen zum Teil auch offen Partei, wenn es um ethnische Konflikte mit Symbolcharakter geht, wie die *faschistischen Denkmäler* oder die Ortsnamengebung. *Mutatis mutandis* gilt dasselbe für die deutschsprachige Bevölkerung und ihre Information durch deutschsprachige Medien. (Es gibt zwar auch Zeitschriften und Rundfunksendungen in ladinischer Sprache, aber sie berichten zu punktuell und unvollständig, um eine eigene Öffentlichkeit zu kreieren.)

## Makro- und Mikroebene

Eine ethnisch segmentierte Gesellschaft, wie jene Südtirols, fußt darauf, dass die Selbst- und Fremdzuschreibung von Volksgruppenzugehörigkeit auf verschiedenen Ebenen stattfindet, auf der Makroebene der Politik und großer sozialer Organisationen (z.B. Kirche, Gewerkschaften) ebenso wie auf der Mikroebene der individuellen Lebenszusammenhänge (z.B. Freundeskreis, Schule, Arbeitsplatz). Und nur durch das Zusammenwirken der beiden Ebenen verfestigt sich eine derartige Gesellschaftsstruktur.

Für eine sozialwissenschaftliche Betrachtung, wie sie hier versucht wird, bedeutet das eine große Herausforderung. Sie müsste einerseits die politischen Geschehnisse und Entwicklungen der letzten vier Jahrzehnte unter die Lupe nehmen: Was waren relevante Konflikte und volkstumpolitische Weichenstellungen? Welche Positionen nahmen zentrale politische Akteure ein? Wie verliefen die entsprechenden öffentlichen Diskurse? Andererseits hätte sie sich mit den Auswirkungen dieser Prozesse auf die Sozialstruktur zu befassen: Welche Folgen hatte die rechtliche und institutionelle Ausformung der Autonomie? Inwieweit trugen bestimmte Regelungen dazu bei, die gesellschaftlichen Subsysteme zu integrieren oder aufzuspalten? In welchem Umfang beeinflussten sie die konkrete Lebenslage der Menschen? Und schließlich sollte sie sich der Frage zuwenden, wie sich all dies in den Alltagserfahrungen und im Bewusstsein der BürgerInnen niedergeschlagen hat, und zwar differenziert nach sozialer Schicht und ethnischer Zugehörigkeit.

Ein derartig umfassendes Arbeitsprogramm sprengt bei Weitem den Rahmen dieses Beitrags. Wir wollen uns daher auf die letztgenannte Ebene beschränken, jene der individuellen Lebensverhältnisse und Einstellungen. Die Gegebenheiten und Veränderungen auf dieser Mikroebene sollen im Folgenden anhand empirischer Daten, die auf einer Reihe von repräsentativen Umfragen beruhen, nachgezeichnet werden. Ausgehend von den Sprachkenntnissen als Voraussetzung interkultureller Begegnung untersuchen wir die tatsächlichen Kontakte zwischen den Sprachgruppen und die dabei verwendeten Sprachen. Sodann gehen wir der Wahrnehmung der ethnischen Frage als Problem oder gar Konflikt nach und beschreiben, wie sich dieses Problembewusstsein im Lauf der Zeit gewandelt hat bzw. wie die diesbezüglichen Erwartungen der Bevölkerung aussehen. Zudem beleuchten wir die Einstellungen zur kulturellen Vielfalt in Südtirol und die ethnische Identität von Angehörigen der verschiedenen Sprachgruppen. Abschließend soll dann versucht werden, den Einfluss des Zweiten Autonomiestatuts auf die dargestellten Entwicklungen zu bewerten und daraus Ansatzpunkte für dessen Weiterentwicklung abzuleiten.

## 2. Sprachkenntnisse, Sprachverwendung und soziale Kontakte

Gesellschaftliche Integration ist nur möglich, wenn die Menschen miteinander kommunizieren können und wollen. Das setzt einerseits Kontaktchancen, andererseits ausreichende Sprachkenntnisse voraus. Beides wird wiederum von den Einstellungen beeinflusst: Kontakte lassen sich bewusst suchen, und wer mit anderssprachigen Personen in Kontakt treten möchte, hat eine höhere Motivation, sich die entsprechenden sprachlichen und kommunikativen Kompetenzen anzueignen.

In Südtirol gibt es bekanntlich zwei (bzw. zweieinhalb) offizielle Landessprachen: Italienisch als Nationalsprache und Deutsch als gleichwertige Amtssprache bei öffentlichen Verwaltungen und Diensten innerhalb der Provinz Bozen. Eingeschränkt auf die Ortschaften des Gadertals und Grödens gilt auch das Ladinische als anerkannte Amtssprache, die im Umgang mit der Verwaltung verwendet werden kann. All dies sind Regelungen, die im Autonomiestatut festgelegt sind. Sie haben als unmittelbare Folge die Zwei- bzw. Dreisprachigkeitspflicht der öffentlich Bediensteten.

Nicht zuletzt aus diesem Grund, aber mindestens ebenso wegen der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung ausreichender Kompetenzen in allen Landessprachen, wird dem Erlernen der *Zweitsprache* in der Öffentlichkeit großes Augenmerk geschenkt: Wie es am besten geschehen soll und wie es um die Zweitsprachkennt-

nisse tatsächlich steht, ist regelmäßig Gegenstand (schul-)politischer und pädagogischer Debatten. Auch in den Augen der Bevölkerung steht die Bedeutung von Zweitsprachkenntnissen außer Diskussion: Im Jahr 2004 erklärten bei einer Umfrage des Landesinstituts für Statistik – ASTAT fast drei Viertel (72 Prozent), die Beherrschung der Zweitsprache sei *sehr wichtig*, ein weiteres Viertel (25 Prozent), sie sei *ziemlich wichtig*; nur 2 Prozent der Befragten wollten ihr geringe oder keine Wichtigkeit zumessen (Astat 2006, 196).

Obwohl es eine Reihe interessanter Analysen über die Chancen, Hindernisse und Tücken psychologischer, soziolinguistischer und politischer Natur in Bezug auf die Herausbildung einer wirklich mehrsprachigen und interkulturellen Gesellschaft in Südtirol gibt (vgl. etwa Baur/von Guggenberg/Larcher 1998, Baur 2000, Egger 2001, Baur/Larcher 2011), waren und sind verlässliche und umfassende empirische Daten zum tatsächlichen Stand der Zweisprachigkeit Mangelware. Häufig beschränken sich statistische Untersuchungen der Sprachkompetenz auf bestimmte Gruppen, z.B. Maturanten oder zweisprachige Familien, aber nicht auf die Gesamtbevölkerung.

Im Rahmen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage wurde erstmals im Jahr 1986 nach Kenntnissen und Verwendung der Zweitsprache gefragt. Demnach meinten 91 Prozent der deutschsprachigen bzw. 62 Prozent der italienischsprachigen Befragten, die jeweilige Zweitsprache in gewissem Umfang zu beherrschen; Personen mit ladinischer Muttersprache hatten – laut eigener Angabe – zu 100 Prozent Deutsch-, zu 92 Prozent Italienischkenntnisse (Astat 1988, 139).<sup>4</sup> Auf die Frage, ob sie Gespräche sowohl auf Deutsch als auch auf Italienisch führen könnten, antworteten weitere 10 Prozent der Italienischsprachigen bzw. knapp 3 Prozent der Deutschsprachigen mit Nein. Daraus folgt, dass 47 Prozent – also fast die Hälfte – der Personen mit Italienisch als Muttersprache damals keine Möglichkeit hatten, in der anderen Landessprache zu kommunizieren, bei den Personen deutscher Muttersprache traf dies dagegen nur auf 12 Prozent zu (Astat 1988, 146). Aber auch unter den übrigen Befragten gab die Mehrheit an, bei einem Gespräch in der Zweitsprache gewisse Schwierigkeiten zu haben. Lediglich ein Drittel (35 Prozent) der deutschen Sprachgruppe, 15 Prozent der italienischen und immerhin die Hälfte der ladinischen waren in der Selbsteinschätzung somit wirklich zweisprachig.

Im Jahr 1997 ergab eine Bevölkerungsumfrage zu ähnlichen Themen, dass sich rund die Hälfte (51 Prozent) der Befragten deutscher Muttersprache gegenüber einem Viertel (25 Prozent) der Befragten italienischer Muttersprache als zweisprachig einstufen (d. h. sich fähig fühlten, Gespräche in der anderen Landessprache problemlos zu führen). Umgekehrt erklärten 48 Prozent der Italienischsprachigen

und 23 Prozent der Deutschsprachigen, keine oder höchstens minimale Zweitsprachkenntnisse zu besitzen (Censis 1997, 91). In beiden großen Sprachgruppen hängen die Zweitsprachkenntnisse stark vom Bildungsgrad ab: Je höher die formale Bildung, desto besser werden diese eingestuft (Censis 1997, 96). Ebenso weisen jüngere Befragte tendenziell bessere Zweitsprachkenntnisse auf als die älteren Generationen (Censis 1997, 94). Auf die Bedeutung der sprachlichen Umgebung verweist der Umstand, dass sich in den kleinsten Gemeinden der höchste Anteil an zweisprachigen Personen italienischer, in den größten Gemeinden der höchste Anteil an zweisprachigen Personen deutscher Muttersprache finden (Censis 1997, 92).

Bei einer weiteren Bevölkerungsumfrage, die 2004 durchgeführt wurde, erfolgte eine Differenzierung nach aktiver und passiver Beherrschung der Sprache sowohl im Mündlichen wie im Schriftlichen. Für die beiden großen Sprachgruppen ist das Ergebnis in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst. Demnach fehlt je nach untersuchter Fertigkeit einem Anteil von 5 Prozent bis 10 Prozent der deutschen Sprachgruppe sowie von 25 Prozent bis 41 Prozent der italienischen Sprachgruppe jegliche Kompetenz in der Zweitsprache. Zu diesen kommt jeweils noch ungefähr ein Drittel, das nur zu einer sehr bescheidenen Kommunikation fähig ist. Auf die Sprachfertigkeiten der Ladinler wird hier aus Gründen der gebotenen Kürze nicht näher eingegangen, zumal sie in den allermeisten Fällen sowohl Deutsch als auch Italienisch auf hohem Niveau beherrschen.<sup>5</sup>

**Tabelle 1: Schwierigkeiten der deutschen und der italienischen Sprachgruppe in der Zweitsprache – 2004**

Sprachgruppe	Hörverständnis		Sprechfertigkeit		Leseverständnis		Schriftliche Kenntnisse	
	Ich kann nichts verstehen	Ich verstehe einfache Sätze	Ich kann mich nicht ausdrücken	Ich kann mich in alltäglichen Situationen ausdrücken	Ich kann nichts verstehen	Ich verstehe einfache Informationen	Ich kann mich nicht ausdrücken	Ich kann kurze Notizen schreiben
	Prozentanteil der Befragten							
Deutsch	5,2	16,6	5,1	36,0	9,4	27,1	10,5	27,5
Italienisch	24,6	26,9	38,8	34,0	37,9	31,2	41,4	32,2

Quelle: Astat 2006, 152

Zu anspruchsvolleren Gesprächen in der jeweiligen Zweitsprache sind demnach 59 Prozent der Personen deutscher Muttersprache fähig – darunter rund ein Viertel aller Befragten, die sagen, sie könnten sich auf Italienisch *spontan und flüssig* aus-

drücken. Bei Personen italienischer Muttersprache liegt der entsprechende Anteil bei gut einem Viertel (27 Prozent); ein knappes Zehntel meint sogar, sich auf Deutsch ohne Probleme unterhalten zu können (Astat 2006, 143f).

Es bestätigt sich, dass die Zweitsprachkenntnisse stark vom Alter und vom Bildungsgrad der Befragten abhängen: Personen unter 40 Jahren attestierten sich im Jahr 2004 mehr als doppelt so häufig ein gutes Leseverständnis in der Zweitsprache wie solche mit 60 Jahren und mehr. Der Einfluss des Bildungsgrads ist vor allem unter italienischsprachigen Personen sehr stark. Zudem tritt auch beim Leseverständnis die Kluft zwischen deutscher und italienischer Sprachgruppe sehr deutlich zutage (Astat 2006, 146).

Obwohl die Fragen unterschiedlich gestellt wurden und deshalb keine direkten Vergleiche erlauben, scheint aus den genannten Daten eine merkliche Verbesserung der Kenntnisse in der jeweiligen Zweitsprache ablesbar. Allerdings ist der Anteil von Personen, die in der Wahl der Kommunikationssprache – aus eigener oder fremder Unfähigkeit – eingeschränkt sind, auch noch im Jahr 2004 recht hoch. Summiert über alle Sprachgruppen beläuft sich der Anteil dieser nicht oder nur bedingt Zweisprachigen auf knapp die Hälfte der Befragten. Nur innerhalb der anderen Hälfte der Bevölkerung Südtirols besteht für eine gleichwertige Verwendung beider großen Landessprachen somit die grundlegende Voraussetzung.

Wie steht es nun um die Praxis? Im Freundeskreis verwendeten 1991 laut einer Bevölkerungsumfrage des ASTAT fast genau die Hälfte der deutschsprachigen und etwas weniger der italienischsprachigen Personen auch die Zweitsprache, darunter jeweils nur ein gutes Zehntel aller Befragten *häufig* (Buson 1992, 109). Die andere Hälfte – in der italienischen Sprachgruppe etwas mehr – bedienten sich im Freundeskreis somit ausschließlich der Muttersprache, zum Teil weil sie die Zweitsprache gar nicht beherrschten (was vor allem auf ältere Angehörige der italienischen Sprachgruppe zutraf), zum größeren Teil aber trotz entsprechender Zweitsprachkenntnisse. Ähnlich ist das Bild mehr als ein Jahrzehnt danach: Im Jahr 2004 erklärten ein knappes Drittel der deutschsprachigen und nicht ganz ein Viertel der italienischsprachigen Befragten, in ihrem Privatleben täglich bzw. mehrmals pro Woche Gespräche in einer anderen als der Muttersprache zu führen. Fast ein Drittel der deutschen Sprachgruppe, aber über die Hälfte der italienischen tat dies dagegen selten bis nie (Astat 2006, 127).

Ganz anders ist die Situation am Arbeitsplatz (die natürlich nur Beschäftigte betrifft): Hier gaben im Jahr 1991 fast zwei Drittel der deutschsprachigen Befragten an, die Zweitsprache zu verwenden, ein Viertel sogar *häufig*. Und auch fast die Hälfte der italienischsprachigen Beschäftigten benutzte die Zweitsprache zumin-



dest gelegentlich, darunter 30 Prozent *häufig* (Buson 1992, 108). Vergleichbar sind die Ergebnisse aus dem Jahr 2004: Dieser Umfrage zufolge kommunizieren gut zwei Drittel der deutschen und die Hälfte der italienischen Sprachgruppe am Arbeitsplatz regelmäßig in einer anderen als der Muttersprache, jeder zehnte Angehörige der deutschen und jeder vierte der italienischen tut dies dagegen selten bis nie (Astat 2006, 128). Mehrheitlich scheint die Kommunikation in der Zweitsprache allerdings Kunden und andere Außenstehende zu betreffen. Mit den unmittelbaren KollegInnen sprechen nämlich nur knapp 40 Prozent der deutschsprachigen Beschäftigten auch italienisch, umgekehrt sind es nur knapp 20 Prozent der Beschäftigten italienischer Muttersprache, die unter Kollegen auch deutsch (Hochsprache oder Dialekt) verwenden (Astat 2006, 73). Ein ähnliches Bild zeichnet eine empirische Studie zur Bedeutung von Sprachkompetenzen am Südtiroler Arbeitsmarkt. Demnach sind rund ein Drittel der untersuchten Betriebe in der internen Kommunikation rein einsprachig, während umgekehrt ein erheblicher Verbesserungsbedarf in Bezug auf die Beherrschung von Hochdeutsch und Italienisch festgestellt wird (Pörnbacher et al. 2009).

Die Frageformulierungen der verschiedenen Studien sind leider auch zu diesem Themenkreis nicht identisch, trotzdem soll der Vergleich gewagt werden: Im Gegensatz zu den Sprachkenntnissen, wo eine Verbesserung recht evident ist, weisen die Ergebnisse zur tatsächlichen Verwendung der Zweitsprache eher auf eine stabile Situation hin. Weder kann also bestätigt werden, dass sich die Sprachgruppen in Südtirol immer mehr in sich selbst zurückziehen, noch gibt es eine deutliche Dynamik in Richtung mehr Öffnung und Integration. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, wäre letztere eigentlich zu erwarten, denn bei allen Untersuchungen zeigt sich, dass die Jüngeren nicht nur bessere Sprachkenntnisse aufweisen, sondern diese auch häufiger einsetzen. Je mehr die jüngere Generation also den Platz der älteren einnimmt, desto stärker müsste demnach ihr Verhaltensmuster zur Norm werden.

Nicht unerwähnt bleiben soll in diesem Zusammenhang eine jedem in Südtirol Lebenden eigene, fast selbstverständliche Asymmetrie bei der Wahl der Kommunikationssprache: Italienischsprachige Personen benutzen im Umgang mit Anderssprachigen, von denen sie wissen, dass sie Italienisch können, nur selten deren Muttersprache (selbst wenn sie ihrer mächtig sind). Viele Deutschsprachige entscheiden sich in einer vergleichbaren Situation dagegen gewöhnlich für die Sprache des anderen, auch wenn ein erheblicher Teil der Befragten behauptet, die Kommunikationssprache situationsbezogen zu wählen. Wichtigster Grund für die Bevorzugung der eigenen Sprache ist das Gefühl, die andere Sprache schlecht zu beherrschen und sich daher in der Muttersprache sicherer zu fühlen. Dies bestätigt

sich in der häufigsten Begründung für die Verwendung der Zweitsprache, nämlich sie besser zu können als der andere (Astat 2006, 131ff).

Wenden wir uns nunmehr dem Aspekt der sozialen Kontakte zwischen Angehörigen verschiedener Sprachgruppen zu, die – wie bereits erwähnt – zum Teil von objektiven Gegebenheiten bestimmt sind, zum Teil aber von den Menschen selbst gesucht oder gemieden werden können. Im Jahr 1991 erklärten über die Hälfte der italienischen, aber nur ein gutes Viertel der deutschen Befragten, in ihrer Freizeit häufig Kontakte zur jeweils anderen Sprachgruppe zu haben. Bei einem Zehntel der Italienischsprachigen bzw. einem Fünftel der Deutschsprachigen war dies dagegen nie der Fall. Jüngere Befragte hatten in ihrer Freizeit zwar häufiger Kontakte zu Angehörigen der anderen Sprachgruppe, doch waren die Unterschiede zwischen den Generationen eher gering (Buson 1992, 106f).

Im Jahr 2004 wurde nach Freunden gefragt, die anderen Sprachgruppen angehören. Vier von fünf italienischsprachigen bzw. drei von fünf deutschsprachigen Befragten gaben an, solche Freunde zu haben. Auch hier sind es vor allem jüngere und höher gebildete Personen, welche die Grenzen der eigenen Sprachgruppe überschreiten. Allerdings darf diese Tatsache nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Freundeskreis bei drei Viertel der Bevölkerung überwiegend (oder sogar ausschließlich) der gleichen Sprachgruppe angehört (Astat 2006, 123f). Das bestätigt sich auch für die junge Generation: Jeweils knapp drei von vier befragten Jugendlichen deutscher bzw. ladinischer Sprache erklärten 2009, dass die Freunde, mit denen sie sich regelmäßig treffen, alle der eigenen Sprachgruppe angehörten; bei der italienischen Sprachgruppe lag der vergleichbare Anteil unter der Hälfte (Astat 2010, 42). Recht ähnlich hatte sich die Situation auch fünf Jahre zuvor dargestellt (Astat 2004, 33).

Über die Kontakte am Arbeitsplatz gibt nur die Untersuchung des Jahres 1991 näher Auskunft. Demnach hatten italienischsprachige Beschäftigte im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit zu einem sehr großen Anteil regelmäßige Kontakte zu Angehörigen der deutschen (oder ladinischen) Sprachgruppe, deutschsprachige Beschäftigte etwa zur Hälfte. Immerhin ein Sechstel der deutschsprachigen und 7 Prozent der italienischsprachigen Beschäftigten kamen beruflich nie mit den anderen Sprachgruppen in Berührung (Buson 1992, 105).

Gerade die Befunde zu den sozialen Kontakten sind auf dem Hintergrund sowohl der soziodemografischen Struktur des Landes als auch der sozialen Organisation zu lesen. Angehörige der deutschen Sprachgruppe leben zu einem erheblichen Teil in – vor allem kleinen – Gemeinden und Wohngebieten, wo sie keine italienischsprachigen Personen als NachbarInnen oder MitbürgerInnen haben und wo,

wenn der Arbeitsplatz in der Nähe liegt, auch die Arbeitskollegen häufig nur der eigenen Sprachgruppe angehören (von ausländischen Arbeitskräften einmal abgesehen). Nur in den städtischen Gebieten und in einzelnen Ortschaften des Südtiroler Unterlandes oder an der Staatsgrenze ist dies anders. Denn genau dort konzentriert sich die italienischsprachige Bevölkerung. Die Ladinier wiederum sind stark auf die beiden ladinischen Talschaften Südtirols konzentriert, wo sie die große Bevölkerungsmehrheit darstellen. Daraus – und aus der Tatsache mit einem Anteil von knapp 30 Prozent der Wohnbevölkerung Minderheit im Land zu sein – folgt zwingend, dass es den Angehörigen der italienischen Sprachgruppe leichter fällt, in Kontakt mit deutsch- oder ladinischsprachigen Personen zu treten als umgekehrt.

Mindestens ebenso schwerwiegend dürfte die ethnische Segregation der Südtiroler Gesellschaft sein: das Schulsystem, das Vereinswesen, die politischen Verhältnisse (Vgl. Pallaver 2010, 381–384).

Aus Gründen der politischen Geschichte, des Kampfes um die Rechte und den Schutz der sprachlichen Minderheiten, aber auch durch das Aufeinandertreffen einer autochthonen Bevölkerung mit ZuwandererInnen aus den verschiedenen Regionen Italiens, gibt es bekanntlich sprachlich – und damit de facto auch ethnisch – getrennte Schulen und andere Bildungseinrichtungen (z. B. Musikschulen). Ebenso trifft dies auf einen großen Teil der Freizeitvereine, kulturellen Initiativen, Jugendzentren und -dienste, Berufsorganisationen, zum Teil sogar auf Gewerkschaften bis hin zu Pflegeheimen (zumindest als Forderung) und religiösen Angeboten zu. Diese Trennung – polemisch manchmal als *Mauer* (Vgl. Gianelli 1987) oder gar *Apartheid-System* diffamiert – reduziert die Begegnungsmöglichkeiten zwischen Angehörigen der verschiedenen Sprachgruppen natürlich erheblich. Sie zwingt dazu, den Kontakt in vielen Fällen aktiv zu suchen, wenn er gewünscht wird, weil man rein zufällig kaum Gelegenheiten findet.

## Fazit

Bei aller Lückenhaftigkeit und mangelnder Vergleichbarkeit lassen sich aus dem Dargelegten folgende Schlüsse ziehen. Obwohl die Wichtigkeit von Zweitsprachkenntnissen unbestritten ist, und zwar nicht nur objektiv, sondern in den Augen aller Bevölkerungsgruppen, hapert es an der wirklichen Kompetenz. Auch die aktuellsten Daten ergeben, dass nur etwa die Hälfte der SüdtirolerInnen relativ problemlos in beiden großen Landessprachen Gespräche führen kann – Ähnliches gilt für die anderen Formen der Sprachbeherrschung. Fortschritte hat es dabei zweifellos gege-

ben: Jüngere weisen deutlich bessere Zweitsprachkenntnisse auf als Ältere. Im Zeitvergleich ist der Anteil an Personen gestiegen, die sich in beiden Landessprachen gut verständigen können. Aber vor allem innerhalb der italienischen Sprachgruppe sind Personen mit guten Deutschkenntnissen immer noch klar in der Minderheit.

Das trägt dazu bei, dass in der Begegnung zwischen Personen deutscher (bzw. ladinischer) und italienischer Muttersprache vorzugsweise Italienisch verwendet wird, was nicht nur ein kulturelles Ungleichgewicht schafft, sondern die Kommunikationsfähigkeit unter Umständen – nämlich dann, wenn auch der deutschsprachige Partner mangelhafte Zweitsprachkenntnisse hat – überhaupt darunter leidet. Die Regelungen des Autonomiestatuts bezüglich der Zweisprachigkeit haben für alle, die in den öffentlichen Dienst streben, die Notwendigkeit geschaffen, sich gute Kenntnisse der anderen Landessprache anzueignen. Sie haben dadurch sicher ein Signal und ein nicht zu unterschätzendes extrinsisches Motiv zum Sprachenlernen gesetzt. Andererseits haben dieselben Regelungen es Personen deutscher Muttersprache ermöglicht, sich nur mehr in der eigenen Muttersprache an öffentliche Stellen zu wenden, wodurch der Zwang zu einer amtstauglichen Beherrschung des Italienischen entfallen ist.

Kontakte zwischen Personen verschiedener Muttersprache gibt es zwar regelmäßig, aber bei Weitem nicht so häufig wie zwischen Personen, die alle derselben Sprachgruppe angehören. Interethnische Kontakte finden am ehesten am Arbeitsplatz statt, wo es sich meistens um Kunden, Lieferanten oder Geschäftspartner handelt, seltener um Arbeitskollegen, die anderen Sprachgruppen angehören. Sie betreffen jedoch auch das Privatleben und den Freundeskreis. Eine Mehrheit der SüdtirolerInnen pflegt freundschaftliche Beziehungen über die ethnischen Grenzen hinweg, aber sie stellen dann doch eher die Ausnahme als die Regel im Bekanntenkreis dar. Und, was besonders wichtig erscheint, scheint sich die Situation diesbezüglich auch kaum zu verändern. Weder ist eine Tendenz zu stärkerer Desintegration der Gesellschaft festzustellen noch ein spürbares Zusammenwachsen. Das lässt sich auch an den Ehen und Partnerschaften zwischen Personen verschiedener Muttersprachen ablesen. Offiziell wurde der Anteil von sogenannten *gemischtsprachigen* Ehen – also solchen zwischen Ehegatten, die sich verschiedenen Sprachgruppen zugehörig erklären – zwar zuletzt im Rahmen der Volkszählung 1981 erfasst: Dort betrug er 9 Prozent aller Kernfamilien (Astat 1986, 86). Doch belegt die Tatsache, dass im Jahr 2004 der Anteil an Personen, die mit ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin in der Zweitsprache kommunizieren, bei beiden Geschlechtern und allen Altersgruppen unter 10 Prozent lag, dass es hier keinen nennenswerten Anstieg gegeben hat (Astat 2006, 113).

Vielleicht nicht das Autonomiestatut selbst, doch die Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die es förderte, so könnte man schließen, haben zwar das Erlernen von Deutsch als Zweitsprache (für jüngere Italiener) zur Notwendigkeit gemacht, doch sie setzten keine Dynamik zu einer verstärkten Integration zwischen den Sprachgruppen in Gang. Auf der anderen Seite haben dieselben Rahmenbedingungen die Bedeutung von Italienischkenntnissen für deutschsprachige Personen, wenn nicht für den beruflichen Erfolg, so doch im Alltag eher reduziert.

### 3. Problembewusstsein und wahrgenommene Qualität des Zusammenlebens

Sprachkenntnisse und ihre Anwendung stellen einen objektiven Indikator für die Möglichkeit eines kulturellen Austauschs und damit eines intensiven Zusammenlebens dar. Ebenso wichtig erscheint aber die subjektive Wahrnehmung der Qualität dieses Zusammenlebens: ob es als Problem oder als weitgehend konfliktfrei empfunden wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Wahrnehmung sowohl auf der eigenen lebensweltlichen Erfahrung der Menschen als auch auf der Darstellung in den Medien beruht.

Als erstes sei der Frage nachgegangen, welche Dringlichkeit dem Thema *Zusammenleben der Sprachgruppen* als Aufgabe der Lokalpolitik zugemessen wird. Im Jahr 1986 wurde es in einer Liste von 13 Problembereichen am zweithäufigsten – allerdings mit deutlichem Abstand hinter *Arbeitsplätze für die Jugend* – genannt (Astat 1988, 131). Ein gutes Jahrzehnt später rutschte die ethnische Frage – bezogen auf dieselbe Themenliste – an die fünfte Stelle. Während *Arbeitsplätze für die Jugend* immer noch das bei Weitem meistgenannte Anliegen darstellte, hatten soziale Fragen (*Gesundheitsfürsorge, Altenbetreuung, Sozialer Wohnbau*) offenbar an Brisanz gewonnen und ökologische Themen (*Umweltschutz*) ihre Dringlichkeit beibehalten (Haller 2000, 91). Der *Schutz der sprachlichen Minderheiten*, der bereits 1986 kaum als Problem empfunden worden war, nahm 1997 mit nur 7 Prozent an Nennungen die absolut letzte Position in der Reihe dringlicher Probleme ein. Somit hat das Autonomiestatut seine Kernaufgabe offenbar in hohem Maß erfüllt. Max Haller bewertet diese Veränderungen in seinen abschließenden Bemerkungen zum „Social Survey 1997“ dahingehend, dass „die Bevölkerung Südtirols der Meinung ist, dass die wichtigste historische Konfliktlinie des Landes, jene zwischen der deutschen und der italienischen Sprachgruppe, heute vieles an Schärfe verloren

hat“ (Haller 2000, 90). Gleichzeitig verweist er auf Minderheitenprobleme und ethnische Konflikte neuer Art, nämlich das Gefühl der ladinischen Volksgruppe, gegenüber der deutschen benachteiligt und als Minderheit zu wenig geschützt zu sein (Haller 2000, 92).

Auch in einer vergleichbaren Liste, die ebenfalls 1997 repräsentativ abgefragt wurde, scheinen die *Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen den Sprachgruppen* erst an vierter Stelle auf, nur wenig hinter *Wohnungsnot* und *Jugendprobleme* und fast gleichauf mit *Einwanderung aus außereuropäischen Ländern* und *Umweltbelastung* (Censis 1997, 3–8). Alle drei Untersuchungen stimmen jedoch darin überein, dass das Zusammenleben der Sprachgruppen vor allem von Angehörigen der italienischen Volksgruppe als Problem erlebt wurde (und wird), und zwar in zwei- bis dreimal so starkem Ausmaß wie in der deutschen und ladinischen Volksgruppe (letztere wurde nur 1997 getrennt analysiert). Laut Censis nahm es 1997 bei den italienssprachigen Befragten sogar die erste Stelle in der Reihenfolge der Dringlichkeit von Problemen ein, die einer Lösung bedürften. Damals wurde zudem festgestellt, dass sich dieses Problembewusstsein mit zunehmendem Alter abschwächt.

Im Jahr 2006 lautete die entsprechende Frage *Unter welchen Problemen hat Südtirol Ihrer Meinung nach zu leiden?*, und es standen insgesamt 19 Themen zur Auswahl, darunter auch *Trennung der Sprachgruppen*. Weniger als die Hälfte der Befragten (45 Prozent) hielten die ethnische Frage damals für ein Problem, unter dem Südtirol zu leiden hätte. Damit nahm dieses Thema nur die 14. Stelle in der Dringlichkeit ein. Als am gravierendsten wurden übrigens *zu hohe Lebenshaltungskosten* und wiederum *Wohnungsnot/Wohnungspreise*, also wirtschaftlich-soziale Themen betrachtet, dann folgten mit *Verkehr* und *Luftverschmutzung/Lärmbelastung* Umweltfragen. Erneut war die Sensibilität unter Befragten italienischer Sprache mehr als doppelt so hoch wie unter solchen deutscher Muttersprache (Astat 2007, 93–97).

Auch der Jugend wurde 2004 und 2009 eine ähnliche, wenn auch nur zum Teil vergleichbare Liste von 16 Themen vorgelegt, deren Dringlichkeit für Südtirol bewertet werden sollte. Die *Trennung der Sprachgruppen* landete dabei mit einer Zustimmungsrate von 44 Prozent bzw. 43 Prozent an neunter Stelle, deutlich abgeschlagen hinter einer Reihe von vorwiegend sozialen (Sucht, Einwanderung, Armut) und ökologischen (Verbauung der Landschaft, Verkehr, Luftverschmutzung) Problemen (Astat 2010, 105). Zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten ist somit kein signifikanter Rückgang in der Problemwahrnehmung festzustellen (im Gegensatz etwa zu den Themen Verkehr und Luftverschmutzung). Eine Unter-

gliederung nach Sprache wurde leider nicht ausgewiesen. Insgesamt bestätigt sich die relative Nachrangigkeit der ethnischen Frage jedoch auch in der Wahrnehmung der jungen SüdtirolerInnen.

Mehrmals waren auch die Intensität des Problems bzw. die Konfliktstärke Gegenstand demoskopischer Untersuchungen. 1991 waren 38 Prozent der Befragten der Meinung, das Zusammenleben der Sprachgruppen sei ein *sehr großes* (5 Prozent) oder *großes* (33 Prozent) Problem (Astat 1991, 7). Im Jahr 2004 sahen darin nur mehr 3 Prozent ein *sehr großes* und 8 Prozent ein *großes* Problem – allerdings sind die Antworten nicht ganz vergleichbar, da die Antwortmöglichkeit *eher gering* (1991) durch *ein weniger großes Problem im Vergleich zu früher* (2004) ersetzt wurde (Astat 2006, 179).

Die Intensität des Konflikts zwischen der deutschen und italienischen Sprachgruppe wurde 1991 von 8 Prozent der Befragten als *sehr stark*, von 30 Prozent als *eher stark* eingestuft (Astat 1991, 7). Im Jahr 1997 sprachen ebenfalls 8 Prozent von einem *sehr starken*, 26 Prozent von einem *eher starken* Konflikt, in Summe also etwas weniger (Haller 2000, 75f). Wiederum ein Jahrzehnt später wurde ein Mittelwert von 2,4 auf der Skala von 1 (*Es gibt keine Konflikte*) bis 4 (*Es gibt sehr starke Konflikte*) festgestellt, was bedeutet, dass nicht ganz die Hälfte der Befragten die Beziehungen zwischen den Sprachgruppen als konfliktgeladen einstufen (Astat 2007, 99). Sowohl 1997 als auch 2006 stand der ethnische Konflikt in einer Reihe mit sieben bzw. acht anderen Konflikttypen. Und in beiden Umfragen nahm er in der wahrgenommenen Konfliktintensität nur die sechste Stelle ein. Im Vergleich dazu wurde das Verhältnis zwischen (farbigen)<sup>6</sup> EinwandererInnen und Einheimischen jeweils als stärkster Konflikt eingestuft.

Eine weitere Facette der Problemwahrnehmung liefert die direkte Frage nach der Qualität des Zusammenlebens der verschiedenen Volksgruppen in Südtirol. Im Jahr 1997 wurde diese von jeweils einem guten Drittel der Befragten als *sehr gut* oder *gut* (zusammen 35 Prozent) bzw. als *zufriedenstellend* (36 Prozent) bezeichnet, während der Rest (28 Prozent) es als *unzureichend* oder *schlecht* einstufte (Censis 1997, 18f). Ein deutlich positiveres Urteil ergab sich 2004: 44 Prozent der Befragten bewerteten das Zusammenleben als *sehr gut* oder *gut*, 43 Prozent als *zufriedenstellend* und nur 9 Prozent als *mangelhaft*, *ungenügend* oder *schlecht*; 4 Prozent äußerten keine Meinung (Astat 2006, 180). Beide Untersuchungen stellten Unterschiede in der Bewertung zwischen Personen deutscher und italienischer Muttersprache fest, und zwar in Richtung einer kritischeren Bewertung vonseiten der ItalienerInnen. Doch während dieser Unterschied in der Censis-Studie gravierend war (56 Prozent der italienischen, 17 Prozent der deutschen Befragten gaben

ein negatives Urteil ab), hielt es sich in der sieben Jahre danach durchgeführten ASTAT-Studie in Grenzen (17 Prozent negative Bewertungen auf italienischer, 7 Prozent auf deutscher Seite).

Am häufigsten – und am besten vergleichbar – wurde danach gefragt, wie die Entwicklungstendenz des Zusammenlebens wahrgenommen wird. Die entsprechenden Formulierungen (mit kleinen Variationen) lauteten: *Hat sich Ihrer Meinung nach das Zusammenleben zwischen den Volksgruppen in Südtirol im Vergleich zur allgemeinen Lage vor fünf Jahren verbessert, verschlechtert oder ist es unverändert geblieben?* und *Wie wird sich Ihrer Meinung nach die Lage in Bezug auf das Zusammenleben der Volksgruppen in den kommenden fünf Jahren verändern: Wird es sich verbessern, verschlechtern oder unverändert bleiben?*

**Tabelle 2: Wie hat sich das Zusammenleben der Volksgruppen gegenüber der allgemeinen Lage vor fünf Jahren verändert?**

Erhebungsjahr	verbessert	unverändert	verschlechtert	weiß nicht	Insgesamt
	Prozentanteil der Befragten				
1991	46,0	38,1	9,7	6,2	100
1997 (Astat)	41	47	12	–	100
1997 (Censis)	22,4	50,7	10,7	16,2	100
2004	32,4	52,2	2,8	12,6	100
2006	23,8	54,4	15,9	5,9	100

Quelle: Astat, verschiedene Jahre; Censis 1997

Rückblickend kann ein wachsender Anteil der Befragten – in den Nullerjahren jeweils mehr als die Hälfte – keine Veränderungen im Zusammenleben der Volksgruppen erkennen. Diese Zunahme ist im Beobachtungszeitraum von 15 Jahren zu lasten jener Gruppe gegangen, die eine Verbesserung festzustellen glaubt: Ihr Anteil ist – laut Astat – von 46 Prozent im Jahr 1991 auf 24 Prozent im Jahr 2006 gefallen. Von einer Verschlechterung sprechen – mit Ausnahme des Ausreißers im Jahr 2004 – jeweils 10 Prozent bis 16 Prozent der Befragten; der Rest hat keine Meinung.

Auch bei den Erwartungen in Bezug auf die künftige Entwicklung dominiert durchwegs die Meinung, alles werde gleich bleiben. Doch ein Anteil zwischen 38 Prozent und 24 Prozent (mit leicht sinkender Tendenz) glaubt an Verbesserungen. Die Zahl der Pessimisten deckt sich jeweils fast mit jener im Rückblick.

Sowohl in der Rück- als auch in der Vorschau überwiegt also eine positive Sicht der Entwicklung des Zusammenlebens. Unterstrichen wird diese Einschätzung durch den Umstand, dass die wahrgenommen und erwarteten Veränderungen bei



keinem anderen von fünf gesellschaftlichen Problembereichen (die anderen waren *Arbeitslosigkeit*, *Wohnungsnot*, *Umweltverschmutzung* und *Verkehrssituation*) so optimistisch ausfielen wie gerade beim *Zusammenleben der Sprachgruppen* (Astat 1991, 6; Haller 2000, 65f; Astat 2007, 97).

Die Unterschiede nach Sprachgruppen weisen dabei in eine unterschiedliche Richtung: Zum Teil nehmen Befragte italienischer Sprache häufiger Verbesserungen im Zusammenleben wahr oder erwarten sich eine entsprechende Entwicklung, zum Teil haben deutschsprachige Befragte eine positivere Sicht der vergangenen oder künftigen Entwicklung.

**Tabelle 3: Wie wird sich das Zusammenleben der Volksgruppen in den kommenden fünf Jahren voraussichtlich verändern?**

Erhebungsjahr	verbessern	unverändert bleiben	verschlechtern	weiß nicht	Insgesamt
	Prozentanteil der Befragten				
1991	37,9	44,7	8,9	8,5	100
1997	36	53	11	–	100
2004	35,2	35,8	6	23	100
2006	23,8	54,4	15,9	5,9	100

Quelle: Astat, verschiedene Jahre

Die Kehrseite von Minderheitenschutz und Volksgruppenpolitik ist offenbar ein weitverbreitetes Gefühl, als Sprachgruppe benachteiligt zu sein. Analysiert man, wie sich die diesbezüglichen Meinungen im Zeitraum zwischen 1991 und 2004 entwickelt haben, so zeigt sich ein weitgehend gleichbleibendes Muster, allerdings mit Tendenz zu abnehmender Gewichtung des Problems. In drei verschiedenen Untersuchungen, zu drei verschiedenen Zeitpunkten waren es immer die italienischsprachigen Befragten, die am häufigsten das Gefühl hatten, als Sprachgruppe benachteiligt zu werden. 78 Prozent von ihnen fühlten sich 1991 *allgemein benachteiligt*, im Jahr 2004 lag der entsprechende Anteil bei 69 Prozent (Astat 1991, 11; Astat 2006, 196f). Ein merklicher Rückgang der gefühlten Benachteiligung ist auch bei der ladinischen Sprachgruppe (1991: 47 Prozent, 2004: 33 Prozent) und bei der deutschen Sprachgruppe (1991: 38 Prozent, 2004: 20 Prozent) festzustellen. 1997 wurde nur nach spezifischen Bereichen gefragt, aber auch hier zeigt sich dieselbe Reihenfolge: 34 Prozent in der italienischen, 43 Prozent in der ladinischen, aber 63 Prozent in der deutschen Sprachgruppe sagen ausdrücklich, keinerlei Nachteile durch die ethnische Zugehörigkeit zu verspüren (Censis 1997, 67).

Wenn nach verschiedenen Lebensbereichen gefragt wird, dann nennen Angehörige der italienischen Sprachgruppe an erster Stelle die *Arbeitswelt bzw. den Zugang zum Arbeitsmarkt*, gefolgt von *Politik und Gesellschaft* und *Wohnungswesen* (wobei sich die Reihenfolge der beiden Bereiche zwischen 1991 und 2004 umgekehrt hat, was auf eine relativ erfolgreiche Wohnbaupolitik schließen lässt). LadinInnen fühlen sich am stärksten auf politischer Ebene und bei Behörden benachteiligt, Angehörige der deutschen Sprachgruppe klagen gleichfalls am häufigsten über Benachteiligung bei Behörden.

## Fazit

Das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol wird vom Großteil der Bevölkerung als kein allzu großes Problem empfunden. Im Vergleich zu den jeweils drängenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen tritt es eher in den Hintergrund. Dieser Befund beschreibt jedoch in erster Linie die Sicht von Angehörigen der deutschen oder ladinischen Volksgruppe. Unter italienischsprachigen BürgerInnen wird das Zusammenleben offenbar immer noch stärker als Problem wahrgenommen, zumindest ist es dort die am häufigsten genannte Thematik, der sich die Landespolitik verstärkt zuwenden sollte.

Insgesamt lässt sich eine leicht positive Tendenz erkennen. Sowohl rückblickend als auch vorausschauend glaubt ein größerer Teil der BürgerInnen eher an Verbesserungen als an Verschlechterungen der Qualität des Zusammenlebens, obwohl die Sicht einer weitgehend unveränderten Lage vorherrscht. Dass sich diese Tendenz abgeschwächt hat, kann auch daran liegen, dass es tatsächlich Veränderungen zum Positiven gegeben hat, durch die der Spielraum nach oben notgedrungen enger wird. Andererseits ist nicht zu leugnen, dass auch 40 Jahre Gültigkeit des Zweiten Autonomiestatuts keine vollständige Lösung der ethnischen Frage gebracht haben, denn sonst dürfte niemand mehr von einem Problem sprechen.

Deutlich wird das beispielsweise an der Einschätzung, ob der ethnische Proporz – eine der Säulen des Autonomiestatuts – zum friedlichen Zusammenleben beiträgt. Sowohl 1991 als auch 2004 war eine deutliche Mehrheit von Befragten der Meinung, dass dies der Fall sei. Allerdings kam diese Mehrheit nur durch das Votum der deutsch- und ladinischsprachigen Personen zustande, während Befragte italienischer Sprache bei beiden Untersuchungen mehrheitlich der gegenteiligen Meinung waren. Noch stärker tritt die Kluft zwischen den Volksgruppen zutage, wenn es darum geht, wie zeitgemäß dieser Proporz, genauer gesagt seine *starre*

*Anwendung* sei: 80 Prozent der italienischsprachigen Befragten bejahen die Aussage *Die starre Anwendung des Proporz ist in einem Europa ,ohne Grenzen‘ überholt*, 68 Prozent der deutsch- und 66 Prozent der ladinischsprachigen Befragten lehnen sie dagegen ab (Astat 2006, 181–187).<sup>7</sup>

So gesehen spricht einiges dafür, dass das Autonomiestatut zunächst zwar spannend auf den ethnischen Konflikt gewirkt hat, in der Folge aber dazu beiträgt, dass dieser perpetuiert wird.

#### **4. Einstellungen zur Mehrsprachigkeit, kulturellen Vielfalt und zur ethnischen Identität**

Die Kompetenzen in der jeweiligen Zweitsprache, die Art und Häufigkeit ihrer Verwendung und die Vorschläge, wie die Sprachkenntnisse am besten zu fördern wären, sind auf dem Hintergrund von allgemeinen Werthaltungen zu sehen. Ist die Beherrschung der Zweitsprache nur ein Mittel zum Zweck, eine Notwendigkeit, mit der man sich abfinden muss, oder stellt die Nähe zu anderen Kulturkreisen vielmehr einen Reichtum, einen Wert an sich dar?

Dieser Frage wurde erstmals 1991 nachgegangen, eine Wiederholung im Jahr 2004 brachte interessante Veränderungen zum Vorschein: Hatten 1991 erst ein gutes Drittel (36 Prozent) der Befragten die ethnische Vielfalt als *kulturelle Bereicherung* bezeichnet, so waren es 2004 deutlich mehr als die Hälfte (56 Prozent), also um 20 Prozentpunkte mehr. Diese enorme Zunahme geht jedoch einzig auf Angehörige der deutschen und ladinischen Sprachgruppe zurück, denn italienischsprachige Befragte zeigten nur geringe Unterschiede in ihrem Antwortverhalten gegenüber dem Jahr 1991. Bei letzteren verringerte sich der Anteil offener Ablehnungen (*ohne ethnische Vielfalt ginge es allen besser*) zugunsten jener Gruppe, die sich den Fakten beugt, ohne sie besonders zu begrüßen (*eine Tatsache, mit der man zurechtkommen muss*). Auf deutscher Seite reduzierte sich der Anteil der Fatalisten – die 1991 noch die Mehrheit gebildet hatten – fast auf das in der italienischen Sprachgruppe erreichte Ausmaß, während die positive Bewertung der kulturellen Vielfalt deutlich zulegte, nämlich auf 60 Prozent. Ähnliche Verschiebungen sind auch bei der ladinischen Sprachgruppe festzustellen, die sich allerdings schon 1991 am offensten gegenüber der kulturellen Vielfalt geäußert hatte und diese Haltung 2004 in noch stärkerem Ausmaß zeigte (80 Prozent).

Neben der ethnischen Zugehörigkeit hängt die Bewertung der kulturellen Vielfalt – wie zu erwarten – auch von Bildungsgrad und Alter ab, und zwar dahinge-

hend, dass sie umso mehr als Bereicherung empfunden wird, je höher die formale Bildung ist und je jünger die Befragten sind (Astat 2006, 192).

**Tabelle 4: Was halten Sie von der Tatsache, dass es in Südtirol mehrere Volks- und Sprachgruppen gibt? – 2004 und Veränderung gegenüber 1991**

Sprachgruppe	Deutsch	Italienisch	Ladinisch	Insgesamt
	Spaltenprozent			
Es ist ein kultureller Reichtum, der auf jeden Fall geschätzt und bewahrt werden muss	59,6 +27,2	38,2 -1,1	79,6 +14,5	55,5 +19,5
Es könnte unter bestimmten Bedingungen ein kultureller Reichtum sein	15,7 -2,0	29,0 -3,8	11,4 -1,0	18,9 -3,7
Es ist eine Tatsache, mit der man zurechtkommen muss	21,9 -19,3	17,7 +8,4	9,0 -5,2	20,2 -9,5
Ohne ethnische Vielfalt ginge es allen besser	2,8 -5,9	15,0 -3,6	- -8,4	5,4 -6,3

Quelle: Astat 2006, 190–193

Auffällig an den ethnischen Unterschieden in der Bewertung der kulturellen Vielfalt ist unter anderem die Tatsache, dass Angehörige der italienischen Sprachgruppe darin viel häufiger ein Potenzial sehen, das es erst zu valorisieren gilt (*könnte unter bestimmten Bedingungen ein Reichtum sein*). Eine dieser Bedingungen wird offenbar in der – tatsächlichen oder empfundenen – Verschlussenheit der anderen Sprachgruppen gesehen. 1997 beklagte nämlich ein Drittel (32 Prozent) der Befragten italienischer Sprache eine Benachteiligung durch „das verschlossene Verhalten der anderen Sprachgruppen“<sup>8</sup>, während es auf deutscher Seite nur 7 Prozent, auf ladinischer niemand war, der diesen Faktor für relevant hielt (Censis 1997, 69). Noch häufiger wird von Angehörigen der italienischen Sprachgruppe – und ebenfalls fast nur von dieser – mangelndes Sprachverständnis als Benachteiligungsfaktor angeführt (42 Prozent).

Im Rahmen der Jugendstudien 2004 und 2009 sollten die Befragten angeben, was ihnen an Südtirol besonders gefalle. Unter den sieben bzw. acht Eigenheiten, die als möglicher Kristallisationspunkt regionaler Identifikation angeboten wurden, waren die *Möglichkeit des Zusammenlebens verschiedener Sprachgruppen* sowie *Südtirols Autonomie* angeführt. Jeweils knapp ein Drittel der befragten Jugendlichen entschied sich dabei (auch) für die *ethnische Vielfalt*, was jedoch jeweils die vorletzte Stelle in der Liste der genannten Eigenheiten bedeutet, an deren Spitze *Landschaft*, *Sportmöglichkeiten* und *Küche* bzw. der *wirtschaftliche Wohlstand* stehen; nur geringfügig besser schneidet die Autonomie ab (Astat 2010, 104). Am wenigsten ausgeprägt ist die Wertschätzung der Multiethnizität dabei in der größten

Sprachgruppe, der deutschen (ein Drittel der Befragten), während Jugendliche italienischer und ladinischer Sprache in dieser Hinsicht einen um zehn Prozentpunkte höheren Anteil aufweisen (Astat 2004, 42). Zudem ist zwischen den Jahren 2004 und 2009 ein Rückgang in der Wertschätzung ethnischer Vielfalt um sieben Prozentpunkte zu verzeichnen.

Wenn sich mehrere Volksgruppen einen Lebensraum teilen, dann sei ethnische Identität nur durch ein gedeihliches Zusammenleben – das weder ausschließt noch assimiliert – zu wahren, postuliert Alexander Langer (1996) in seinen Thesen zum Zusammenleben. Er lehnt damit die Politik des *Je klarer wir trennen, desto besser verstehen wir uns*<sup>9</sup> ebenso ab, wie jene einer forcierten Integration. Eine positive Werthaltung zur ethnischen Vielfalt entspricht dieser Sicht, setzt aber andererseits ein klares Bewusstsein der eigenen ethnischen Identität voraus. Dieses scheint in Südtirol nach wie vor gegeben: 2004 erklärten bei einer Untersuchung des Landesinstituts für Statistik fast 98 Prozent aller Befragten, sich einer der drei in Südtirol anerkannten Sprachgruppen zugehörig zu fühlen. In städtischen Wohngebieten waren es rund 94 Prozent, in ländlichen über 99 Prozent, unter jüngeren Personen etwas weniger als unter älteren (Astat 2006, 160). Somit liegt der Prozentsatz von Personen ohne eindeutige ethnische Identität weit unter dem vermuteten Anteil von *Gemischtsprachigen*, also von Personen mit Eltern verschiedener Muttersprache (siehe oben).

Wenn es neben der sprachlichen auch um die regionale Identität geht, dann bezeichnet sich ein sehr großer Teil der deutschen Sprachgruppe als *Südtiroler/in* (86 Prozent), *Tiroler/in* (2 Prozent) oder *Deutsche/r* (1 Prozent). Ebenso fühlen sich die Angehörigen der ladinischen Sprachgruppe zumeist als *Ladiner/in* (73 Prozent) oder *ladinischsprachige/r Südtiroler/in* (11 Prozent), aber auch einfach als *Südtiroler/in* oder *Tiroler/in* (zusammen 9 Prozent). Weniger eindeutig ist das Selbstverständnis bei den Angehörigen der italienischen Sprachgruppe, die sich zwar mehrheitlich als *Italienier/in* (53 Prozent) oder *italienischsprachige/r Südtiroler/in* (14 Prozent) oder *Altoatesino/a* (10 Prozent) begreifen, aber etwa jede/r fünfte Befragte weicht auf ein Selbstverständnis als *Europäer/in*, *Weltbürger/in* oder anderes aus (Astat 2006, 158f). Ein ganz ähnliches Selbstverständnis findet sich in der jungen Generation: Jugendliche deutscher und ladinischer Sprache fühlen sich am stärksten mit ihrer Gemeinde, ihrer Talschaft oder allgemein mit Südtirol verbunden (zusammen über 80 Prozent), Jugendliche italienischer Sprache nennen dagegen mehrheitlich (Nord-)Italien, während sich nur ein gutes Drittel von ihnen primär mit der Heimatgemeinde oder dem Land (*Alto Adige*) identifiziert (Astat 2000, 93).

## Fazit

Die kulturelle Vielfalt, das Zusammenleben mehrerer Volksgruppen in einer Region wird vom Großteil der Südtiroler Bevölkerung als – tatsächliche oder potenzielle – Bereicherung wahrgenommen. Diese Sichtweise hat innerhalb der deutschen und ladinischen Sprachgruppe merklich an Zustimmung gewonnen, während sie bei Angehörigen der italienischen Sprachgruppe stagniert. Offenbar sind deren Sprachdefizite, das Gefühl, von den anderen ausgeschlossen zu werden, und die verbreitete Überzeugung, in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (z. B. Arbeit, Politik und Gesellschaft, Wohnungswesen) als ethnische Gruppe benachteiligt zu werden, für diese eher skeptische Haltung (mit)verantwortlich. Obwohl es den Anschein hat, dass die Autonomie zunehmend auch von der italienischen Sprachgruppe als Vorteil angesehen wird und die ethnische Identifikation allmählich von einer territorialen abgelöst oder wenigstens durch sie ergänzt wird (vgl. Pallaver 2010), sind es verschiedene Instrumente des Minderheitenschutzes (insbesondere der Proporz im öffentlichen Dienst, die Zweisprachigkeit der Verwaltung und die sprachlich getrennten Schulen), welche einer bedingungslosen Zustimmung zum *status quo* im Weg stehen.

## 5. Autonomie, Minderheitenschutz und Zusammenleben – Resümee

Kehren wir also zur Ausgangsfrage zurück: Hat sich die gegenseitige Wahrnehmung von Angehörigen verschiedener Volksgruppen in Südtirol und die Qualität des Umgangs miteinander in den letzten 40 Jahren verändert, womöglich verbessert? Und wenn ja, in welchem Maß ist diese Veränderung dem Autonomiestatut und seiner Umsetzung zuzuschreiben?

Zunächst sei auf eine gefährliche Verkürzung hingewiesen: Autonomie und Minderheitenschutz sind nicht dasselbe. Das im Jahr 1972 in Kraft getretene Zweite Autonomiestatut für die Region Trentino-Südtirol und ihre beiden Autonomen Provinzen beinhaltet zwar zentrale Instrumente zum Schutz der sprachlichen Minderheiten, legt aber vor allem eine Reihe von Entscheidungs- und Verwaltungsbefugnissen in die Hand der lokalen Parlamente und Regierungen. Natürlich geschieht dies mit dem Ziel, die deutsche und ladinische Volksgruppe kulturell zu schützen, es wertet sie aber vor allem politisch auf und ermöglicht eine partielle Selbstverwaltung. Der Preis dieser Verschränkung von Minderheitenschutz und Autonomie liegt darin, dass die Angehörigen der nationalen Mehrheitskultur zur *italienischen Volks-*

bzw. *Sprachgruppe* werden, die nunmehr ebenfalls Minderheitenstatus beansprucht und die deutsche Volksgruppe als *dominierende Mehrheit* (Pristinger 1978) empfindet. Genau darin ist die Wurzel des verbreiteten Benachteiligungsgefühls aufseiten der italienischsprachigen Bevölkerung Südtirols zu sehen.

Das Bemühen dieser Arbeit war es, Entwicklungen und Auswirkungen des Autonomiestatuts in einer speziellen Optik nachzuzeichnen, nämlich im Spiegel verschiedener demoskopischer Untersuchungen, die im Zeitraum 1986 bis 2006 durchgeführt worden sind. Dabei zeigten sich sowohl Veränderungen in Richtung einer Entspannung des Verhältnisses zwischen den Volksgruppen als auch ein Fortbestehen von Barrieren und Vorurteilen: Während die Kompetenz in der jeweiligen Zweitsprache offenbar zugenommen hat, sind soziale Kontakte zwischen Angehörigen verschiedener Volksgruppen nach wie vor selten und leiden darunter, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung nicht oder kaum in der Zweitsprache kommunizieren kann. Parallel dazu hat sich die Wahrnehmung der ethnischen Konflikte deutlich abgeschwächt. Allerdings besteht eine starke Asymmetrie zwischen den Volksgruppen fort: Es sind vor allem Personen italienischer Muttersprache, die im Zusammenleben ein Problem sehen, sich ethnisch benachteiligt fühlen und bestimmte Regelungen des Autonomiestatuts als überholt werten. Deshalb nimmt es nicht wunder, dass die italienischsprachige Bevölkerung Südtirols – obwohl durchschnittlich besser gebildet und traditionell eher weltoffen – die kulturelle Vielfalt heutzutage nur bedingt bzw. potenziell als Reichtum ansieht, während auf deutscher und ladinischer Seite ein starker Wandel hin zu einer positiven Bewertung des Zusammenlebens verschiedener Volksgruppen in Südtirol festzustellen ist.

Das große Verdienst des Zweiten Autonomiestatuts besteht zweifellos darin, dass es grundlegende Forderungen der sprachlichen Minderheiten in Südtirol erfüllt und damit der ethnisch motivierten Gewalt den Boden unter den Füßen entzogen hat. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurden große Erfolge erzielt, die ohne eine solche Befriedung nicht möglich gewesen wären, auch wenn sie nicht ausschließlich auf die gute Selbstverwaltung und die Geldflüsse aus Rom zurückführbar sein mögen (vgl. den Beitrag von M. Larch in diesem Band). Andererseits erstaunt es, dass trotz hohem Wohlstand, rekordverdächtig niedriger Arbeitslosigkeit und großzügiger Wohnbauförderung Teile der Bevölkerung das Gefühl haben, aus ethnischen Gründen benachteiligt zu sein. Und ebenso muss es nachdenklich stimmen, wenn die Zweitsprachkenntnisse trotz großer Anstrengungen im Bereich von Schule und Erwachsenenbildung noch immer zu wünschen übrig lassen. Im Spannungsverhältnis zwischen notwendiger Trennung der Volksgruppen zum Schutz der kulturellen Eigenart und wünschenswerter Integration als Voraussetzung für die

Herausbildung einer gemeinsamen multiethnischen regionalen Identität haben die Regelungen des Autonomiestatuts offenbar mehr in Richtung der Trennung gewirkt. So wertvoll es war, dass das Zweite Autonomiestatut anfänglich entspannend auf den ethnischen Konflikt in Südtirol gewirkt hat, so wenig sollte man die Augen davor verschließen, dass es nunmehr dazu beiträgt, diesen zu perpetuieren. Das Zusammenleben der Sprachgruppen kann nur dann einen Quantensprung machen, die ethnische Identität einer territorialen Platz machen, wenn die Politik den Mut findet, einige alte Zöpfe abzuschneiden und bestimmte Besitzstände aufzugeben, um so das Gemeinsame vor das Trennende rücken zu lassen.

---

## Anmerkungen

- 1 „Die Ausdrücke ‚Volksgruppe‘ und ‚ethnisch‘ sollen hier – ohne Anspruch auf wissenschaftliche Präzision – als die heute üblichsten Benennungen für Gemeinschaften oder Gemeinschaftsempfinden verwendet werden, die mit Nation, Sprache, Religion, Kultur und dgl. zu tun haben und somit eine gemeinsame Zugehörigkeit, ein kollektives ‚Wir‘ begründen, das sich unter Umständen bis zum Ethnozentrismus steigern kann.“ (Langer 1996, 131)
- 2 Tajfel (1982, 102) definiert soziale Identität als den Teil eines Selbstkonzeptes eines Individuums, „der sich aus seinem Wissen um seine Mitgliedschaft in sozialen Gruppen und aus dem Wert und der emotionalen Bedeutung ableitet, mit der diese Mitgliedschaft besetzt ist“.
- 3 Der Begriff *cleavage* stammt von Lipset/Rokkan (1967); zu seiner Anwendung auf das politische System Südtirols vgl. Atz 2007 und Pallaver 2010.
- 4 Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kam die sogenannte ASTAT-Bevölkerungsumfrage 1991 (Buson 1992, 104).
- 5 Zurückzuführen sind die guten Sprachkenntnisse der LadinerInnen nicht zuletzt auf das sogenannte paritätische Modell an den Schulen der ladinischen Ortschaften, wo der Unterricht bestimmter Fächer durchwegs in deutscher, anderer Fächer dagegen in italienischer Sprache stattfindet, während das Ladinische nur in wenigen Wochenstunden gepflegt wird.
- 6 Das Adjektiv *farbig* bzw. *di colore* wurde nur 1997 verwendet (Haller 2000, 76).
- 7 Haller (2000, 79) kommt zu einem sehr ähnlichen Ergebnis, nur dass dort auch eine leichte Mehrheit der Befragten italienischer Sprache der Aussage zustimmt, der Proporz trage zum friedlichen Zusammenleben bei.
- 8 Frageformulierung im italienischen Original: „La Sua appartenenza ad un determinato gruppo linguistico piuttosto che ad un altro di quelli presenti in Alto Adige, ritiene che Le comporti una qualche forma di disagio relazionale [...] legata all’atteggiamento di chiusura di altri gruppi etnici?“
- 9 Ein Ausspruch, den der ehemalige Landesrat für Kultur Anton Zelger während einer Landtagsdebatte 1984 von sich gegeben hat.



---

## Literaturverzeichnis

- Astat* (1986). Statistisches Jahrbuch für Südtirol 1985. Autonome Provinz Bozen–Südtirol, Landesinstitut für Statistik, Bozen
- Astat* (1988). Sozialer Survey 1986. Meinungen, Werte und Lebensformen in Südtirol. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Autonome Provinz Bozen–Südtirol, Landesinstitut für Statistik (ASTAT-Schriftenreihe Nr. 20), Bozen
- Astat* (1991). ASTAT-Bevölkerungsumfrage 1991. Erste Ergebnisse, Autonome Provinz Bozen–Südtirol, Landesinstitut für Statistik (ASTAT-Informationen 27/1991), Bozen
- Astat* (2000). Jugendstudie 1999. Werthaltungen, Lebensformen und Lebensentwürfe der Südtiroler Jugend. Autonome Provinz Bozen–Südtirol, Landesinstitut für Statistik (ASTAT-Schriftenreihe Nr. 78), Bozen
- Astat* (2006). Südtiroler Sprachbarometer 2004. Sprachgebrauch und Sprachidentität in Südtirol. Autonome Provinz Bozen–Südtirol, Landesinstitut für Statistik (ASTAT-Schriftenreihe Nr. 114), Bozen
- Astat* (2007). Lebensformen und Werthaltungen in Südtirol 2006. Autonome Provinz Bozen–Südtirol, Landesinstitut für Statistik (ASTAT-Schriftenreihe Nr. 123), Bozen
- Astat* (2010). Jugendstudie 2009. Werthaltungen, Lebensformen und Lebensentwürfe der Südtiroler Jugend. Autonome Provinz Bozen–Südtirol, Landesinstitut für Statistik (ASTAT-Schriftenreihe Nr. 161), Bozen
- Atz, Hermann (1992). Südtirol: Können wir dem Frieden zwischen den Sprachgruppen trauen? Ergebnisse der ASTAT-Bevölkerungsumfrage 1991, in: Atz, Hermann/*Buson*, Ornella (Hg.). Interethnische Beziehungen. Leben in einer mehrsprachigen Gesellschaft, Bozen: Autonome Provinz Bozen–Südtirol, Landesinstitut für Statistik, 83–100
- Atz, Hermann (2007). Die Grünen Südtirols. Profil und Wählerbasis, Innsbruck–Wien–Bozen: Studienverlag Baur, Siegfried/*von Guggenberg*, Irma/*Larcher*, Dietmar (1998). Zwischen Herkunft und Zukunft. Südtirol im Spannungsfeld zwischen ethnischer und postnationaler Gesellschaftsstruktur, Meran: alpha beta
- Baur*, Siegfried (2000). Die Tücken der Nähe. Kommunikation und Kooperation in Mehrheits-/Minderheitssituationen, Meran: alpha beta
- Baur*, Siegfried/*Larcher*, Dietmar (2011). Fit für Europa. Erfahrungen mit Mehrsprachigkeit in Südtirol, Meran: alpha beta
- Buson*, Ornella (1992). Bilinguismo, relazioni interetniche e formazione: risultati dell'indagine ASTAT 1991, in: Atz, Hermann/*Buson*, Ornella (Hg.). Interethnische Beziehungen. Leben in einer mehrsprachigen Gesellschaft, Bozen: Autonome Provinz Bozen–Südtirol, Landesinstitut für Statistik, 101–117
- Censis* – Centro Studi Investimenti Sociali (1997). Identità e mobilità dei tre gruppi linguistici in Alto Adige – Rapporto finale (Endbericht des Forschungsprojektes an den Auftraggeber), Roma
- Egger*, Kurt (2001). Sprachlandschaft im Wandel. Südtirol auf dem Weg zur Mehrsprachigkeit; soziolinguistische und psycholinguistische Aspekte von Ein- und Mehrsprachigkeit, Bozen: Athesia
- Galtung*, Johan (2000). Die Zukunft der Menschenrechte. Vision: Verständigung zwischen den Kulturen, Frankfurt am Main: Campus
- Gianelli*, Dario (1987). Il muro di Bolzano, Trento: Manfrini

- Haller, Max (2000). Social Survey 1997. Arbeitswerte und sozial-wirtschaftlicher Wandel in Südtirol, Bozen: Autonome Provinz Bozen-Südtirol, Landesinstitut für Statistik (ASTAT-Schriftenreihe Nr. 72)
- Langer, Alexander (1996). Zehn Punkte für das Zusammenleben, in: Langer, Alexander/Kammerer, Peter (Hg.). Die Mehrheit der Minderheiten, Berlin: Klaus Wagenbach, 131–142
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hg.) (1967). Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives, New York/London
- Pallaver, Günther (Hg.) (2006). Die ethnisch halbierte Wirklichkeit. Medien, Öffentlichkeit und politische Legitimation in ethnisch fragmentierten Gesellschaften. Theoretische Überlegungen und Fallbeispiele aus Südtirol, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag
- Pallaver, Günther (2010). Südtirol: Vom ethnischen zum territorialen *cleavage*, in: Pallaver, Günther (Hg.). Politika10 – Jahrbuch für Politik, Bozen: Raetia, 377–405
- Pasquali, Giorgio u.a. (2002). Erfolgsfaktoren einer Region: das „Modell Südtirol“, Bozen: Europäische Akademie
- Pörnbacher, Helmuth u.a. (2009). Sprachkompetenzen am Südtiroler Arbeitsmarkt, Meran: alpha beta
- Pristinger, Flavia (1978). La minoranza dominante nel Sudtirolo. Divisione etnica del lavoro e processi di modernizzazione dall'annessione agli anni settanta, Bologna/Padova
- Reiterer, Albert F. (2002). Postmoderne Ethnizität und globale Hegemonie, Frankfurt am Main: Peter Lang
- Tajfel, Henri (1982). Gruppenkonflikt und Vorurteil, Bern u.a.: Hans Huber.
- Tajfel, Henri/Turner, John C. (1986). The social identity theory of intergroup behaviour, in: Worchel, Stephen/Austin, William G. (Hg.). Psychology of intergroup relations, Chicago, IL: Nelson-Hall, 7–24

## Abstracts

### **Quali sono state le ripercussioni di 40 anni dello Statuto d'Autonomia sulla convivenza dei gruppi etnici in Alto Adige?**

La domanda riguardo alla convivenza dei gruppi etnici in Alto Adige presuppone la chiara comprensione di concetti fondamentali come “Gruppo etnico” e “convivenza”. Il contributo parte da un presupposto socio-psicologico e concentra la propria attenzione su rapporti ed atteggiamenti individuali. Sulla base di diverse rilevazioni, effettuate tra la popolazione nel periodo compreso tra il 1986 ed il 2006, vengono presi in considerazione lo sviluppo delle conoscenze della seconda lingua ed i contatti sociali: mentre la competenza linguistica evidentemente è aumentata, i contatti sociali tra persone appartenenti a gruppi etnici diversi sono rari come nel passato. Parallelamente è sensibilmente diminuita la percezione dei conflitti etnici. Continua ad esservi comunque una forte asimmetria tra i gruppi etnici: sono soprattutto le persone di madrelingua italiana che vedono la convivenza come un problema, si sentono svantaggiate e giudicano superate determinate regole dello Statuto di Autonomia. Queste ed altre osservazioni portano alla conclusione che lo Statuto d'Autonomia inizialmente ha consentito di ridurre il conflitto etnico in Alto Adige, ma oggi contribuisce a perpetuarlo.

## Co à pa mudé 40 agn de Statut d'autonomia la conviënza di grups ethnics?

La domanda, sciöche ara se sta cun la conviënza di grups ethnics te Südtirol, mèt danfora la comprenziun tlera de dui conzeç fundamentai: „grups ethnics“ y „conviënza“. Chësc articul pëia ia da na basa sozio-psicologica y se concentrëia sön n'analisa de situaziuns de vita y de minunghes personales. Sön la basa de de plü inrescides danter la popolaziun, fates danter le 1986 y le 2006, i van do al svilup dles competënzes tl secundo lingaz y di contac soziai. Deperpo che la competënza linguistica é miorada cotan, é i contac soziai danter mëmbri de grups ethnics desvalis tres ciàmò radi. Tl medemo tēmp s'al indeblì cotan la perzeziun di conflic ethnics. Impò réstel ciàmò na gran assimetria danter i grups ethnics: al é dantadöt porsones de lingaz dla uma talian che vëiga n problem tla conviënza, che se sënt dejavantajades etnicamënter y arata che cer' regolamēnc dl Statut d'autonomia sides oramai sorpassà. Chësta y d'atres osservaziuns porta ala contlujuiun, che le Statut d'autonomia à tl pröm daidé tó demez tenjiuns dal conflict etnich te Südtirol, mo che sēgn contribuēscel ma plü da le mantignì inant.

### How Did 40 Years of Autonomy Affect the Way Ethnic Groups Coexist in South Tyrol?

In order to understand how ethnic groups coexist in South Tyrol, we need to clarify what the terms “ethnic group” and “coexist” really mean. This article takes a socio-psychological approach, shedding light on individual circumstances and personal attitudes. The author investigates the development of language skills and social contact using a number of different surveys conducted between 1986 and 2006 as a basis. While bilingualism seems to be increasingly common, social contact between members of the various ethnic groups remains infrequent. Still, subjective awareness of conflict between ethnic groups has been levelling off considerably. What remains is a strong feeling of imbalance. It is mostly native Italian speakers who tend to view the situation as problematic: many feel discriminated against and view certain aspects of the Statute of Autonomy as being outdated. When put together with other observations, this leads to the conclusion that the Statute of Autonomy initially helped relax ethnic tensions and conflicts in South Tyrol but is now contributing to them more and more.

Christoph Perathoner

# Die ladinische Sprachgruppe in Südtirol und das Zweite Autonomiestatut

## 1. Einleitung

Es ist eine Tatsache, dass 40 Jahre nach dem Inkrafttreten des II. Autonomiestatutes, das die Weichen zu einer grundlegenden Verbesserung des Zusammenlebens der Sprachgruppen gestellt hat, sehr viele deutsche und italienische SüdtirolerInnen nur sehr wenig über ihre ladinischen MitbürgerInnen wissen. Während es selbstverständlich ist, dass die LadinerInnen die italienische und deutsche Sprache beherrschen, ist die Zahl der deutsch- und italienischsprachigen SüdtirolerInnen, die sich dem Ladinischen auch nur nähern, verschwindend gering.

Dieser Umstand, der *sine ira et studio* angemerkt wird, stellt die Begründung dafür dar, dass der nachfolgende Beitrag ganz bewusst das gestellte Thema aus einer weiteren historischen und soziopolitischen Optik abhandelt und auch die wesentlichen verfassungs- und autonomierechtlichen Errungenschaften aus dem völker- und europarechtlichen Kontext erklärt.

## 2. Wichtige Etappen auf dem Weg zum II. Autonomiestatut

### Die ladinische Minderheit in der Donaumonarchie

Die ladinische Bevölkerung wurde amtlich-statistisch zum ersten Mal im Jahre 1846 im Rahmen einer altösterreichischen Volkszählung erfasst. Das Besondere dieser Nationalitätenfeststellung, die übrigens auch die erste der Donaumonarchie war, liegt in der Tatsache, dass die ladinische Bevölkerung als eigenständige *Nationalität* erhoben wurde. Demnach kann dies als eine Art amtliche Geburtsstunde des ladinischen *Volksstammes*, wie es damals hieß, erachtet werden, und zwar mit der später auch für die Grundlagen des II. Autonomiestatutes völkerrechtlich nicht unerheblichen Konnotation, dass es sich hierbei um eine (alt)österreichische Minderheit handelt<sup>1</sup>.

Der rechtliche Status der ladinischen Minderheit dieser Zeit war grundsätzlich im „Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ vom 21. Dezember 1867 geregelt. Diesem Gesetz nach waren alle Volksstämme – zumindest auf dem Papier – gleichberechtigt und besaßen ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege ihrer nationalen Eigenheiten und ihrer Sprache.<sup>2</sup> Zudem erkannte der Staat die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben an.

Die ladinische Ethnie machte von diesen Rechten nie Gebrauch. Unabhängig davon, dass die ladinische Ethnie in dieser Zeit ethnopolitisch nicht in Erscheinung trat und einige wenige Vorstöße elitär<sup>3</sup> blieben, rührt der Umstand auch daher, dass das altösterreichische Nationalitätenrecht in erster Linie als Sprachenrecht zu sehen ist. Somit war es für jede Minderheit ungeeignet, die über keine Einheitssprache verfügte und noch keinen Versuch unternommen hatte, im eigenen geschlossenen Siedlungsgebiet eine Amtssprache zu etablieren (vgl. Hilpold 2001, 134–135).

In der Donaumonarchie war das dolomitenladinische Gebiet mit *Gherdëinal* Gröden, dem *Badial*/Gadertal, dem *Fascial*/Fassatal, *Fodom*/Buchenstein, *Coll*/Colle Santa Lucia und *Anpezo*/Ampezzo verwaltungsmäßig im Kronland Tirol bzw. in der Gefürsteten Grafschaft Tirol mit dem Lande Vorarlberg vereint.

## Die Annexion, die Zwischenkriegszeit, die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg

Die ladinische Bevölkerung erlebte den Ersten Weltkrieg auf dramatische Art und Weise, weil die Dolomitenfront genau durch das Siedlungsgebiet der Minderheit führte (vgl. Palla 1991, 1995) und die ladinischen Standschützenkompanien an vorderster Front mitfochten (vgl. Joly 1998).<sup>4</sup>

Die Kriegsniederlage und die Auflösung des Kaiserreiches führten auch in Ladinien zu einer politischen Orientierungslosigkeit. Vor diesem Hintergrund verstehen sich der Aufruf der ladinischen Gemeinden an die Deutschtiroler im Oktober 1918 (vgl. Stolz 1934, 262–263) und die Ende 1918 anonym erschienene Broschüre mit dem Titel „Selbstbestimmungsrecht für die Ladinier“, die aus der Feder von Archangelus Lardschneider-Ciampaç, Alfons Tasser, Johann Pescosta und Josef Anton Perathoner stammte (vgl. Fontana 1981, 153).

Die Zwischenkriegszeit und die Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges sind gekennzeichnet durch eine Reihe von Ereignissen, die die Entwicklung der ladinischen Ethnie – nach außen wie nach innen – negativ beeinflussten und ihre Schatten bis in unsere Tage werfen.

Charakterisierend für diese Zeit war – vor allem im Gebiet des heutigen Südtirols – die Entstehung eines internen Spannungsverhältnisses<sup>5</sup> zwischen einem politischen Bekenntnis zu Deutschtirol und Österreich und dem notwendigen Auskommen mit den neuen italienischen Machthabern, die eine Eigenständigkeit des Ladinischen an sich leugneten (vgl. Herre 1927, 15). Sie wollten die Sprache wie die Bevölkerung als Teil der großen italienischen Familie sehen und suchten dies durchaus auch wissenschaftlich zu untermauern<sup>6</sup>. Aus diesem Spannungsverhältnis sollte mit der Zeit eine starke soziopolitische Polarisierung entstehen.

Die ladinische Zwischenkriegszeit war auch die Zeit der bis heute gegebenen verwaltungsmäßigen Aufteilung des ladinischen Siedlungsgebietes. Mit dem Königlichen Dekret Nr. 93 vom 21. Jänner 1923<sup>7</sup> wurde Südtirol mit dem Trentino zu einer Einheitsprovinz zusammengelegt. Die ladinischen Gerichtsbezirke, sprich Unterpräfekturen, *Anpezo/Ampezzo* und *Fodom/Buchenstein* wurden – unter Protest der betroffenen Bevölkerung (vgl. Andreatta/Pace 1981, 119) – von dieser Einheitsprovinz abgetrennt und der Provinz Belluno zugeteilt. Mit dem Königlichen Dekret Nr. 1 vom 2. Jänner 1927<sup>8</sup> erfolgte durch die Schaffung der Provinz Bozen die zweite ladinische Trennung. Das *Fascia/Fassatal* wurde nicht zu Bozen, sondern zu Trient geschlagen. Die unter Altösterreich noch administrativ territorial geeinten Dolomitenladiner waren somit ab diesem Zeitpunkt bis heute auf drei verschiedene Provinzen aufgeteilt: Das *Badia/Gadertal* und *Gherdëina/Gröden*

gehörten fortan zur Provinz Bozen, das *Fascia/Fassatal* zur Provinz Trient, während *Anpezo/Ampezzo*, *Coll/Colle Santa Lucia* und *Fodom/Buchenstein* der Provinz Belluno angehören.

Genauso wie diese politisch-administrative Trennung ein strategischer Schritt war, war auch die Beibehaltung dieser Aufteilung nach dem Zweiten Weltkrieg – trotz lebhafter Gegenwehr – ein ganz bewusster politischer Akt. Diese Aufteilung bedingte, dass die ladinische Sprachgruppe in den drei Provinzen unterschiedliche Entwicklungen mitmachte. Diese äußerten sich vor allem in völlig anderen ethno- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wie auch in differenten autonomie- und minderheitenrechtlichen Voraussetzungen. Dies führte in den minderheitenrechtlich weniger sensiblen Provinzen, wie etwa *Anpezo/Ampezzo*, zu einem starken Fortschreiten der Assimilierung, was sicherlich durch die touristische Attraktivität aller dolomitenladinischen Gebiete gefördert wird.<sup>9</sup> Zu dieser Gefahr gesellte sich die wechselseitige Entfremdung der dolomitenladinischen Täler verschiedener Provinzen.<sup>10</sup>

Bis heute versucht die Bevölkerung von *Anpezo/Ampezzo*, *Coll/Colle Santa Lucia* und *Fodom/Buchenstein* vergeblich den Anschluss an Südtirol.<sup>11</sup>

Für die politische Entwicklung prägend waren dann – in *Gherdëina/Gröden* mehr als im *Badia/Gadertal* – die Option bzw. das Südtiroler Umsiedlungsabkommen vom 23. Juni 1939 und das sogenannte „Massaker von Gröden“, auch als „Grödner Strafexpedition“ bekannt.

Die *Option* traf die ladinische Sprachgruppe härter als die deutsche, zumal letztere ja mit der Auswanderung die Gewissheit wählte, zumindest die Nationalität und Muttersprache zu wahren. Die ladinische Bevölkerung musste hingegen davon ausgehen, im Großdeutschen Reich germanisiert zu werden und somit Sprache und Volkstum zu verlieren (vgl. Fontana 1981, 1973).

In *Gherdëina/Gröden* optierten rund 81 Prozent, im *Badia/Gadertal* 32 Prozent, in *Fodom/Buchenstein* 40 Prozent, in *Coll/Colle Santa Lucia* 20 Prozent und in *Anpezo/Ampezzo* waren nur 4 Prozent für das Deutsche Reich, wobei letzterem Ergebnis nachgeholfen wurde.<sup>12</sup>

Die starke Divergenz der Optionsdaten in den ladinischen Tälern macht deutlich, dass die politische Führung, aber auch die Kohäsion innerhalb der Ethnie fehlte.

Als Südtirol am 9. September 1943 von der Deutschen Wehrmacht besetzt wurde, unterteilte Gauleiter Franz Hofer (1902–1975) die *Operationszone Alpenvorland* in die drei Provinzen Bozen, Trient und Belluno, die von Präfekten verwaltet wurden, doch mit der Verfügung Nr. 6 vom 22. September 1943 verleibte er das



Gebiet von *Anpezo/Ampezzo* und *Fodom/Buchenstein* wieder der Provinz Bozen ein. Als aber am 2. Mai 1945 das Bellunesische *Nationale Befreiungskomitee*<sup>13</sup> die Macht übernahm, wurden sogleich wieder *Anpezo/Ampezzo* und *Fodom/Buchenstein* mit einem Akt der Restauration zur Provinz Belluno geschlagen.

In diesen Tagen wurde *Gherdëina/Gröden* zum Schauplatz einer Razzia durch Belluneser Partisanen, welche als „Massaker von Gröden“ (vgl. Steinacher 2000, 187–220) in die Geschichte einging. Es war dies der historisch-emotionale Höhepunkt in der Polarisierung zwischen dem italophilen und dem germanophilen Lager im Tale. Am frühen Morgen des 15. Mai 1945 erreichten bewaffnete Partisanen der *Brigata Val Cordevole* aus Belluno *Gherdëina/Gröden*. Sie waren von Grödnern herbeigerufen worden. Die Partisanen schritten mit brutalen Methoden zur Festnahme von Einheimischen, denen sie vorwarfen, während des Zweiten Weltkrieges als überzeugte Nationalsozialisten gegen Italien, die italienische Bevölkerung und alle Freunde Italiens, sprich die Grödnern Dableiber, gewirkt zu haben. Eine der schwersten Anschuldigungen war anscheinend die, diese Männer hätten in der Zeit von 1943 bis 1944 eine Befugnis zur Ausmusterung der kriegstauglichen Männer im Tale gehabt und dabei vor allem die Dableiber an die Front geschickt. Fünf Männer wurden auf menschenverachtende Weise ermordet, andere kamen mit Körperverletzungen davon.

In *Gherdëina/Gröden* führten die Option und die eben genannten Vorfälle zu einer starken soziopolitischen Polarisierung zwischen ehemaligen Optanten- und Dableiberfamilien wie auch zwischen dem italophilen und dem germanophilen Lager. Dies bildete den Humus für die parteipolitische Landschaft des Tales in den folgenden Jahrzehnten.

Der Pariser Vertrag vom 5. September 1946 (Gruber-De Gasperi-Abkommen)

Am 5. September 1946<sup>14</sup> wurde dann der Pariser Vertrag unterzeichnet, der auch als Gruber-De Gasperi-Abkommen bekannt ist.

In dieser *Magna Charta* der Südtirol-Autonomie wird die ladinische Sprachgruppe nicht genannt, zudem bezieht sich dieser völkerrechtliche Vertrag nicht auf das gesamte dolomitenladinische Gebiet, sondern nur auf einen Teil davon.

Beides war kein Versehen, sondern eine deutlich artikulierte Forderung der italienischen Delegation (vgl. Alcock 170, 123; Gehler 1996, 453–454), die auf der Pariser Friedenskonferenz des Jahres 1946 einen stärkeren Status als Österreich hatte<sup>15</sup>.

Die österreichische Delegation hatte lange versucht – und dies auch noch im Vorschlag vom 2. September 1946 – die drei ladinischen Gemeinden der Provinz Belluno in das Abkommen einzubauen und die Vertragsbestimmungen auf alle Ladinisch Sprechenden auszuweiten. Im Vorschlag vom 3. September erfolgte die Einfügung, dass die Rechtswirkungen des Vertrages nur dann die drei ladinischen Gemeinden der Provinz Belluno betreffen sollten, wenn sie dies auch ausdrücklich wünschten. Aber bereits am 4. September 1946 wurde klar, dass sich Italien gegen jede Form der Miteinbeziehung der ladinischen Bevölkerung kategorisch versperrte, auch wenn dem letzten Vorentwurf vom 5. September noch die Forderung der Südtiroler Vertreter bei der Friedenskonferenz Otto von Guggenberg (1887–1971), Friedl Volgger (1914–1997) und Hans Schöfl (1903–1965) beigelegt ist, dass mit der deutschsprachigen Bevölkerung auch die ladinische mit gemeint sein sollte, wenn auch ohne die ladinischen Gemeinden im Bellunesischen. (vgl. Weisgerber 1961, 30).

Die rechtsmethodische Subsumption der ladinischen Sprachgruppe unter die deutsche mit dem Argument, dass im Jahre 1946 die ladinische Bevölkerung *Gherdëina/Grödens* und des *Badia/Gadertals* – weil sie eben eine österreichische Minderheit in Italien war –, im Gegensatz zur überwältigenden Mehrheit der damaligen meist zugewanderten ItalienerInnen in Südtirol, der deutschen Sprache mächtig war und demnach als *german speaking inhabitants of the Bolzano Province* betrachtet werden können, steht sicherlich im Widerspruch zum Vertragswillen der italienischen Delegation. Es stimmt allerdings, dass es einen sprachlichen Unterschied gibt zwischen einem *German speaking inhabitant*, wie es im Vertrag heißt, und einem *native German speaker*.

Einen bestimmten Anhang findet die Auslegung, dass mit dem Wort *the populations* im Artikel 2 des Gruber-De Gasperi-Abkommens auch die ladinische Sprachgruppe gemeint sei (vgl. Riz 2005, 93). In der Tat ist das Substantiv *population* in der englischen Sprache kein Pluraletantum. Wenn demnach die Vertragsparteien dieses Hauptwort in den Plural gesetzt haben, dann wollten sie dadurch etwas Besonderes ausdrücken (vgl. Miehsler 1962, 185). Wahrscheinlich wollte die italienische Verhandlungsdelegation mit dem Plural sichergehen, dass nicht nur die terminologisch hervorgehobene deutsche Bevölkerung in den Genuss der Sonderbestimmungen komme, sondern auch die italienische Bevölkerung, schließlich hatte sich ja Alcide De Gasperi in erster Person für die Ausweitung der Autonomie auf das überwiegend italienisch sprechende Trentino stark gemacht. Anzumerken ist allerdings, dass der Vertragstext in Englisch, Französisch und Russisch authentisch ist und sich nur in der englischen Version ein Plural von *populations* findet. Im rus-

sischen Text findet sich ein Singular (*naselenije*), während der französische Text eine Umschreibung verwendet (vgl. Weisgerber 1961, 63). Allerdings war die *working language* bei den italienisch-österreichischen Verhandlungen das Englische (vgl. Weisgerber 1961, 18).

## Das Erste Autonomiestatut

An der Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung am 2. Juni 1946 nahm die Südtiroler Bevölkerung nicht teil, weil dieses Gebiet von den Alliierten noch besetzt war, sodass die Einteilung der Provinzen und Regionen im Artikel 116 der italienischen Verfassung ohne Teilnahme der Vertreter dieses Bevölkerungsteiles erfolgte.<sup>16</sup>

Am 10. Februar 1948 wurde das Autonomiestatut für die Region Trentino-Tiroler Etschland mit Verfassungsgesetz beschlossen und am 26. Februar 1948 kundgemacht (vgl. Riz/Happacher Brezinka 2003, 270).

Während die deutsche Minderheit zum überwiegenden Teil in der Provinz Bozen angesiedelt war, hielt die Verfassungsgebende Versammlung an der Aufteilung der dolomitenladinischen Bevölkerung auf die drei Provinzen Bozen, Trient und Belluno fest.<sup>17</sup>

Das Autonomiestatut aus dem Jahre 1948 sah aus autonomierechtlicher Perspektive nicht nur sehr geringe Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnisse für die autonomen Provinzen Bozen und Trient vor, sondern war auch aus minderheitenrechtlicher Sicht völlig unzureichend.

Ein einziger Artikel beschäftigte sich mit der ladinischen Sprachgruppe, und zwar der Artikel 87<sup>18</sup>, welcher wörtlich lautete:

*Es wird der Unterricht der ladinischen Sprache in den Volksschulen jener Orte garantiert, in denen sie gesprochen wird. Die Provinzen und die Gemeinden sind auch verpflichtet, die Toponomastik, die Kultur und das Brauchtum der ladinischen Bevölkerung zu achten.*

Es handelte sich hier um eine generisch auf die ladinische Kultur bezogene Norm, die zudem nur von der Achtung der Toponomastik, der Kultur und des Brauchtums spricht und nicht vom Schutz. Während nämlich der Schutz ein aktives Handeln fordert, kann die reine Achtung auch in einer passiven Haltung bestehen.

Zudem ist der sprachrechtliche Schutz für die Ethnie in dieser Norm völlig unzureichend, weil die öffentliche und amtliche Verwendung der Sprache nicht garantiert wird und der schulische Unterricht auf jenes Minimum beschränkt ist. Das

Recht, das Ladinische in der Schule zu unterrichten, ist an sich ein zentraler Meilenstein und eine wichtige Errungenschaft. Allerdings beschränkt sie sich hier nur auf das, was nicht zu vermeiden gewesen wäre, nämlich, dass in der Elementarstufe das Ladinische immer als Behelfssprache im Unterricht verwendet werden wird und somit eine Verbannung des Ladinischen aus der Volksschule ein aussichtsloser Kampf wäre.

Die Formulierung dieser Norm muss demnach im historischen Kontext einer Zeit gelesen werden, als das Ladinische in der Optik vieler damaliger italienischer Staatsvertreter als Teil des Italienischen gesehen und mit der Gewährung der Bestimmung einzig bezweckt wurde, eine international unangenehme Situation zu beenden. Diese Formulierung hätte genauso für Sarden, Sizilianer und Calabresen gewählt werden können, wenn es notwendig gewesen wäre.

Diese Norm hat aber auch zwei positive Aspekte, auf welchen viele später notwendige Argumentationen aufbauen können:

Nach der Zeit des Faschismus, der die Eigenständigkeit des Ladinischen gegenüber dem Italienischen leugnete, und der Erfahrung bei der Friedenskonferenz in Paris, wo die italienische Delegation darauf bestand, die ladinische Bevölkerung zu verschweigen, wurde nun in einem italienischen Verfassungsgesetz die Existenz der ladinischen Minderheit in der Region Trentino – Tiroler Etschland außer Frage gestellt. Der Artikel 69 des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 574 vom 30. Juni 1951 wird dann erstmalig normativ erklären: *„Die Sprachgruppen der Provinz Bozen sind die italienische, die ladinische und die deutsche.“*

Das Vorsehen von eigenen Bestimmungen für die ladinische Ethnie, die sich seit der Annexion als Teil der österreichischen Volksgruppe in Italien sah, ist zudem aus der Perspektive des internationalen öffentlichen Rechts relevant, weil sich das Erste Autonomiestatut ausdrücklich als Durchführung des Gruber-De Gasperi-Abkommens verstand und somit eine bestimmte Praxis bei der Interpretation des Pariser Vertrages möglich ist.

Im Jahre 1956 wurde mit Vijo (Alois) Pupp (1900–1969) der bisher einzige Ladinier in das Amt des Landeshauptmannes von Südtirol gewählt, nachdem er bereits im Jahre 1955 durch seine Funktion als Landeshauptmannstellvertreter auf Landeshauptmann Karl Erckert (1894–1955), der im Amt verstarb, folgte. Im Jahre 1960 musste er auf Beschluss der SVP-Parteileitung sein Amt Silvius Magnago (1914–2010) überlassen (vgl. Widmann 1998, 531).

## Die Südtirol-Frage vor den Vereinten Nationen

Die Unzufriedenheit und die sich immer mehr zuspitzende Situation in Südtirol wie auch der Umstand, dass die bilateralen Verhandlungen mit Italien in einer Sackgasse landeten und eine Lösung im Rahmen des Europarates<sup>19</sup> nicht erfolgversprechend schien, bewogen die Republik Österreich, in ihrer völkerrechtlichen Eigenschaft als Vertragspartei des Pariser Vertrages, das Südtirol-Problem vor den Vereinten Nationen aufzuwerfen (vgl. Zeller 1989, 21–23). Diese hatten nicht nur für die Friedenssicherung und Konfliktbewältigung zwischen Staaten eine unbestrittene Kompetenz, sondern auch in Minderheitenfragen. Österreich suchte aber mit der Internationalisierung des Problems ganz bewusst die Öffentlichkeit der Staatengemeinschaft, um dadurch den Bedeutungsnachteil gegenüber dem viel größeren und einflussreicheren Nachbarstaat Italien zu kompensieren.

Österreich versuchte nun einen Tagesordnungspunkt auf die Generalversammlung der Vereinten Nationen zu setzen und wählte dabei geschickt folgende Betitelung: „Das Problem der österreichischen Minderheit in Italien“. Unter dem Begriff *österreichische Minderheit* kann rechtsmethodisch mit Hinweis auf die geschichtliche Entwicklung – wie ganz zu Beginn dargestellt wurde – auch die ladinische Ethnie subsumiert werden. Italien widersetzte sich aber mit Vehemenz diesem Wortlaut.<sup>20</sup> Aufgrund eines Vorschlages von Kanada, das vermittelnd einzuwirken suchte, wurde der Titel des Antrages wie folgt neu formuliert: „Der Status des deutschsprachigen Elements in der Provinz Bolzano (Bozen); Durchführung des Pariser Vertrages vom 5. September 1946“. Mit diesem Wortlaut wurde der Tagesordnungsantrag dann im Politischen Sonderausschuss behandelt. (vgl. von Egen 1997, 46–48)

Am 31. Oktober 1960 wurde in der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolution 1497 (XV) beschlossen, die Italien und Österreich nachdrücklich aufforderte, wieder Verhandlungen aufzunehmen, um eine Lösung aller Differenzen hinsichtlich der Durchführung des Pariser Vertrages vom 5. September 1946 zu finden.

Am 28. November 1961 wurde in der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolution 1661 (XVI) beschlossen, die Italien und Österreich aufforderte, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um das Südtirol-Problem zu lösen.

Die ladinische Minderheit wurde also auch in diesem Zusammenhang aufgrund des Widerstandes von Italien nicht wörtlich genannt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich Italien in linearer Fortführung der Position des Jahres 1946 in Paris erfolgreich dagegen versperrt, dass die Autonomie und der Minderheitenschutz nur auf

die deutschsprachigen Elemente beschränkt und nicht auf die österreichische(n) Minderheit(en) in Italien ausgedehnt wurde.

### Die Neunzehner-Kommission, Paket und Operationskalender

Mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen, wohl aber auch aufgrund der Anschläge des *Befreiungsausschusses Südtirol*, wurde am 1. September 1961 die *Neunzehner-Kommission* eingerichtet. Dieser aus 19 Mitgliedern bestehenden Kommission gehörten elf Mitglieder der italienischen Sprachgruppe, sieben Mitglieder der deutschen Sprachgruppe und ein Ladin an. Die Berufung eines Ladiners an den Verhandlungstisch war an sich eine wichtige Errungenschaft.

Dieser Ladin war Francesco (Franz) Prugger (1891–1978), der politisch und weltanschaulich den Reihen der staatstragenden Partei *Democrazia Cristiana* entstammte und für einige wenige Jahre (1952–1956) Bürgermeister der Marktgemeinde *Urtijëi/St. Ulrich* in Gröden gewesen war. Seine Rolle in der Kommission soll eher passiv gewesen sein. Wenn bedacht wird, dass die ladinische Volksgruppe mit Vijo Pupp, der zu dieser Zeit zwar nicht mehr Landeshauptmann, aber immerhin noch Halbzeitpräsident des Südtiroler Landtages war, einen führenden Landespolitiker stellte, verwundert die Berufung des eher unbekanntes Kommunalpolitikers Prugger in diese Kommission.

Die Kommission traf sich über 200 Mal und schloss ihre Arbeiten offiziell am 10. April 1964 ab. An diesem Tage wurde das Ergebnis dem italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro (1916–1978) überreicht (vgl. Steiniger 1997, 501).

Auf einer Geheimkonferenz am 16. Dezember 1964 in Paris einigten sich der italienische Außenminister Giuseppe Saragat (1898–1988) und der österreichische Außenminister Bruno Kreisky (1911–1990) prinzipiell auf die Umsetzung der Ergebnisse der Neunzehner-Kommission. Die Süd- und Nordtiroler Delegation verweigerte aber am 8. Jänner 1965 in Innsbruck die von Kreisky nahegelegte Annahme (vgl. Steiniger 1997, 502).

Es folgten Jahre intensiver, teils geheim geführter Verhandlungen, bis sich am 13. Mai 1969 der italienische Außenminister Pietro Nenni (1891–1980) und der österreichische Außenminister Kurt Waldheim (1918–2007), am Rande einer Ministerkonferenz des Europarates, grundlegend über einen *Operationskalender* für die Umsetzung dieses Paketes an Maßnahmen für die Südtirol-Autonomie einigten.

Nun kamen die Minderheiten in Südtirol zu Wort. Am 22. und 23. November 1969, auf der außerordentlichen Landesversammlung der *Südtiroler Volkspartei* im

Kursaal von Meran, sprachen sich die Delegierten von *Gherdëina/Gröden* und dem *Badia/Gadertal* für die Annahme des Paketes aus und hatten damit wesentlichen Anteil am knappen Ausgang<sup>21</sup>. Die ladinischen Vertreter der *Democrazia Cristiana* stimmten auf ihren vorangegangenen Versammlungen am 26. Oktober 1969 in Corvara und am 12. November 1969 in *Urtijëi/St. Ulrich* ebenfalls für die Annahme des Paketes (vgl. Berlofffa 2004, 154).

Am 30. November 1969 trafen sich die beiden Außenminister Aldo Moro und Kurt Waldheim in Kopenhagen und fixierten den Zeitplan zur Durchführung des Operationskalenders (vgl. Steiniger 1997, 503).

Die Abgeordnetenversammlung in Rom stimmte dem am 4. und 5. Dezember 1969 zu, während die formelle Kenntnisnahme durch den österreichischen Nationalrat in Wien am 14. und 15. Dezember erfolgte.

Am Ende der Verhandlungen, die fast ein Jahrzehnt gedauert hatten, stand also eine Vereinbarung zwischen Italien und Österreich, die die mehrheitliche Zustimmung der beiden österreichischen Minderheiten in Italien bzw. der deutschen und ladinischen Sprachgruppe gefunden hatte. Der materielle Teil dieser Vereinbarung, der 137 Maßnahmen zur Besserung der Autonomie und der Minderheitenrechte enthält, wird heute allgemein und auch in der Fachwelt als *Paket* bezeichnet, während der formelle Teil *Operationskalender* genannt wird. Im Operationskalender war die Vorgangsweise im Zug-um-Zug-System für die Durchführung des Paketes festgeschrieben worden. Aus der Perspektive des internationalen öffentlichen Rechts ist der Operationskalender ein *gentlemen's agreement* oder ein faktisch *koordiniertes Verhaltensprogramm*.<sup>22</sup> Auch wenn sowohl das Paket wie der Operationskalender bilateral zwischen Italien und Österreich ausgehandelt wurden, sind beide keine völkerrechtlichen Verträge (vgl. Zeller, 1989, 23–37; Neuhold et. al. 1997, 526–527).

## Die Paketmaßnahmen zugunsten der ladinischen Sprachgruppe in Südtirol

Die Einigung auf die Paketmaßnahmen ist einer der wichtigsten Meilensteine für den Schutz der ladinischen Minderheit in Südtirol, weil in den 137 Paket-Maßnahmen eine Reihe von Bestimmungen festgeschrieben sind, die nicht nur diese kleinste Volksgruppe ausdrücklich nennen, sondern unmittelbar und exklusiv für die LadinerInnen in Südtirol ausgehandelt wurden und die Zustimmung Österreichs und Italiens gefunden haben bzw. bilateral sanktioniert sind. Abgesehen von den *Präzisierungen* im Anhang beschäftigen sich sechs Maßnahmen mit der ladinischen Volksgruppe.

- Die Paketmaßnahme 37 und 41 betreffen die Bestellung und einzelne Kompetenzen eines eigenen ladinischen Schulintendanten, sprich Schulumtsleiters.
- Die Paketmaßnahme 69 bildet die Grundlage des paritätischen ladinischen Schulmodells.
- Die Paketmaßnahme 91 sieht das politische Recht der ladinischen Volksgruppe vor, im Regionalrat, im Südtiroler Landtag und in den Organen der lokalen öffentlichen Körperschaften vertreten zu sein.
- Die Paketmaßnahme 92 sieht die proportionale Aufnahme von Personen ladinischer Sprache in die öffentlichen Ämter vor.
- Die Paketmaßnahme 93 erkennt das Recht der ladinischen Sprachgruppe auf Förderung der Kultur, der Presse und Freizeitgestaltung an.

### Die völkerrechtliche Bewertung des Pakets für die ladinische Sprachgruppe in Südtirol

In der Völkerrechtslehre konsolidiert sich die Meinung, dass das Paket eine sogenannte *nachfolgende* oder *spätere Praxis*<sup>23</sup> zum Pariser Vertrag vom 5. April 1946 im Sinne von Artikel 31 Abs. 3 lit. b des *Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge* vom 23. Mai 1969 (WÜRV)<sup>24</sup> darstelle und als solche bei der Interpretation des Abkommens heranzuziehen sei. Diese *spätere Praxis* bildet dann zusammen mit dem Operationskalender den Anknüpfungspunkt für einen bindenden *Estoppel*<sup>25</sup> (vgl. Zeller 1989; Neuhold et. al. 1997, 527; Hilpold 2003, 110–112).

Allerdings muss grundlegend zwischen der rechtlichen Position der ladinischen Sprachgruppe und jener der deutschen unterschieden werden, zumal die LadinerInnen im Pariser Vertrag nicht genannt sind (vgl. Zeller 1989, 67–71; Hilpold/Pe-rathoner 2006, 90–91). Die italienische Delegation hatte sich beharrlich geweigert, die LadinerInnen in den Vertrag aufzunehmen, und dies mit dem Argument, dass es sich bei den LadinerInnen nicht um eine österreichische Minderheit handle, sondern um StaatsbürgerInnen, die einen italienischen Dialekt sprechen.

Diese Position wurde allerdings von Italien in den folgenden Jahren und Jahrzehnten innen- wie außenpolitisch aufgegeben, sodass heute kein Zweifel mehr daran besteht, dass die LadinerInnen eine eigenständige, autochthone Minderheit darstellen. Dies ist durch Verfassungsgesetze, Dekrete des Präsidenten der Republik, Regionalgesetze und Landesgesetze abgesichert.

Die Paketmaßnahmen für die ladinische Sprachgruppe lassen sich in drei Gruppen aufteilen:



- a) Die Vertretungsrechte im Regionalrat, Landtag und in lokalen Körperschaften (Paketmaßnahme 91). Diese Paketmaßnahme kann auf den Artikel 2 des Pariser Vertrages zurückgeführt und dort begründet werden, wo es heißt, dass allen Bevölkerungsteilen (*populations*) autonome Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt zuerkannt werden müsse.
- b) Die Paketmaßnahmen 37, 41, 69 und 93 betreffend die ladinische Schule, Sprache, Toponomastik und Kultur im weiteren Sinne können mit dem Art. 87 des I. Autonomiestatutes in Verbindung gebracht werden, welches von Italien mehrfach und ausdrücklich als Umsetzung des Pariser Vertrages angesehen wurde.
- c) Die Paketmaßnahme 92 betreffend die proportionale Aufnahme von Personen ladinischer Sprache in die öffentlichen Ämter ist ein allgemeiner Minderheitenschutzmechanismus.

Mit der nachweislichen Abkehr Italiens von der politischen Position, dass es sich beim Ladinischen nur um eine italienische Mundart handle, hat sich auch grundlegend die Position Italiens gegenüber der ladinischen Sprachgruppe in Südtirol gewandelt. So hat Italien in den letzten 40 Jahren auf das öffentlich manifestierte oder konkludente Handeln Österreichs, wonach der Schutzanspruch Österreichs aus dem Pariser Vertrag sich auch auf die Rechte der LadinerInnen als der zweiten österreichischen Minderheit in Südtirol ausdehne, nie protestiert oder irgendwie reagiert. Ganz im Gegenteil hat Italien in den letzten 40 Jahren die deutsche und ladinische Minderheit in Südtirol unter vielen, wenn auch nicht allen<sup>26</sup> Gesichtspunkten gleich behandelt.

Aus dieser Neuausrichtung Italiens im letzten halben Jahrhundert kann jenes hohe Formerfordernis hergeleitet werden, welches notwendig ist, damit die *spätere Praxis* zu einem völkerrechtlichen Vertrag nicht nur ein Interpretationsinstrument, sondern einen *Vertragsgestaltungsgrund* darstellen kann. Hierfür ist nämlich eine konstante, einheitliche, lang andauernde und insgesamt schlüssige Praxis eines Staates notwendig (vgl. Karl 1983, 172; Zeller 1989, 66).

Wenn die *spätere Praxis* als Vertragsgestaltungsgrund *ex posteriori* herangezogen werden kann, so muss sie aber trotzdem in einer Rechtsquelle begründet sein, die nicht unbedingt ein schriftlicher Vertrag zu sein braucht. Dafür kommen neben einem Rechtsgeschäft, das Völkergewohnheitsrecht oder bestimmte Tatbestände in Frage. Diese Rechtsquelle kann im Fall der ladinischen Sprachgruppe in Südtirol vom völkerrechtlichen Vertrauensschutz hergeleitet werden. Im konkreten Fall kann man sich einmal auf das *Estoppel*-Prinzip, aber dann auch auf den Grundsatz der *acquiescence* 27 berufen. In der Tat hat Italien nie dagegen protestiert, dass die Republik Österreich stets ihren Rechtsanspruch zur Schutzfunktion aus dem Pari-

ser Vertrag auch auf die ladinische Volksgruppe ausgedehnt hat und die LadinInnen nie anders als die deutschen SüdtirolerInnen behandelt hat.

Mit den dargestellten Argumenten kann aus Sicht einer internationalen Absicherung der ladinischen Volksgruppe in Südtirol eine Verbindung zwischen Pariser Vertrag, Paketbestimmungen und dem II. Autonomiestatut hergestellt werden.

### 3. Das Zweite Autonomiestatut

Das italienische Parlament setzte für die Durchführung des Paketes, das in nationale Gesetze gegossen werden musste, eine aus neun Mitgliedern bestehende Kommission ein, die auch *Neunerkommission* genannt wird. In dieser war die ladinische Volksgruppe nicht vertreten, sehr wohl aber die deutsche mit Alfons Benedikter (1918–2010) und Roland Riz (\*1927). Schließlich wurde das Verfassungsgesetz Nr. 1 vom 10. November 1971<sup>28</sup> erlassen. Mit Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 670 vom 31. August 1972<sup>29</sup> erfolgte die Genehmigung des vereinheitlichten Textes der Verfassungsgesetze<sup>30</sup>, die das Sonderstatut für Trentino-Südtirol bilden sollten.

Die wichtigsten Minderheitenrechte im Statut des Jahres 1972

Das Zweite Autonomiestatut gibt der ladinischen Sprachgruppe in Südtirol<sup>31</sup> einen neuen Minderheitenstatus, der sich klar von der Gesinnung der Nachkriegszeit abhebt.

In diesem Lichte erhält auch der Wortlaut des Artikels 2 des II. Autonomiestatutes einen neuen, viel tieferen Inhalt, als derselbe Wortlaut im I. Autonomiestatut hatte, wenn er erklärt und festschreibt, dass den BürgerInnen jeder Sprachgruppe die Gleichheit der Rechte zuerkannt wird und deren ethnische und kulturelle Eigenart geschützt werden müsse.

Nachstehend werden die spezifischen Minderheitenrechte durchgegangen, die im Jahre 1972 für die LadinInnen in Südtirol eingeführt wurden:

Im Artikel 19 Absatz 2, der heute die verfassungsrechtliche Grundlage des im Prinzip seit dem Jahre 1948 bereits bestehenden ladinischen *paritätischen Schulmodells* bildet, wird festgesetzt, dass die ladinische Sprache in den Kindergärten verwendet und in den Grundschulen der ladinischen Ortschaften gelehrt werden muss. In den ladinischen Ortschaften dient das Ladinische auch als Unterrichtssprache in den Schulen jeder Art und jeden Grades<sup>32</sup>. Mit dem Begriff *paritätisch*

wird im Zusammenhang mit dem ladinischen Schulmodell verstanden, dass in diesen Schulen der Unterricht auf der Grundlage gleicher Stundenzahl und gleichen Enderfolges in Italienisch und in Deutsch erteilt wird. Im geschlossenen Siedlungsgebiet der ladinischen Minderheit in Südtirol ist nur das paritätische Schulmodell erlaubt.<sup>33</sup> Es gilt zudem die besondere Schutzbestimmung, dass in den ladinischen Ortschaften der Unterricht in den Grundschulen nur Lehrpersonen mit ladinischer Muttersprache vorbehalten ist.<sup>34</sup> Für die Verwaltung der ladinischen Schulen ernennt das Ministerium für den öffentlichen Unterricht in den ladinischen Schulen einen eigenen Schulamtsleiter aus einem Dreivorschlag der Vertreter der ladinischen Sprachgruppe im Landesschulrat. Die Führung und Verwaltung der ladinischen Schule obliegt ebenso wie jene der deutschen Schule der Autonomen Provinz Bozen. Die Vertreter der ladinischen Lehrkräfte im Landesschulrat dürfen nicht weniger als drei sein (vgl. Rifesser 1992; 2005).

Im zweiten Absatz des Artikels 48 (und auch im Artikel 62) wurde festgeschrieben, dass das Gesetz über die Wahl des Südtiroler Landtages die Vertretung der ladinischen Sprachgruppe garantieren muss.<sup>35</sup> So wurde eingeführt, dass jene/r ladinische KandidatIn, der/die die meisten Vorzugsstimmen auf sich vereinen könne, automatisch gewählt sei, wenn kein/e LadinIn die Wahl direkt geschafft habe.<sup>36</sup> So musste Frau Maria Bertolini, die ein Direktmandat auf der Liste der SVP erlangt hätte, bei den Landtagswahlen 1973 dem Ladin Franz Demetz das Mandat überlassen. Bei den Landtagswahlen 1993 errang Wolfgang Malsiner, 1998 Werner Stuflesser jeweils die meisten persönlichen Vorzugsstimmen, allerdings kein Direktmandat auf der SVP-Liste. Die *ladinischen Mandate* errang beide Male Carlo Willeit von der *Lista Ladins*, obwohl die gesamte wahlwerbende Liste zwar weniger Stimmen als Malsiner und Stuflesser erhalten hatte, sich dafür aber ein Restmandat und damit ein Direktmandat sichern konnte.

In der Version des Autonomiestatutes aus dem Jahre 1972 war noch im Art. 50 lapidar festgeschrieben, dass die Zusammensetzung der Südtiroler Landesregierung im Verhältnis zur Stärke der Sprachgruppen stehen müsse, wie diese im Landtag vertreten sind. Da im Regelfall nur ein Mandatar im Südtiroler Landtag der ladinischen Sprachgruppe angehörte, konnte nur im Ausnahmefall ein Vertreter der LadinIn in die Südtiroler Landesregierung einziehen. Dieser Ausnahmefall ereignet sich in der Legislaturperiode 1983–1988 und dann im Jahre 1993, als jeweils Hugo Valentin, weil zwei ladinische Abgeordnete im Südtiroler Landtag saßen, in die Regierung einziehen konnte.<sup>37</sup>

Der Artikel 56 sieht dann eine Form direkter Verfassungsbeschwerde gegen Regional- oder Landesgesetze seitens der Regionalrats- und Landtagsabgeordneten

vor, wenn angenommen wird, dass diese Gesetze die Gleichberechtigung der Angehörigen der verschiedenen Sprachgruppen oder deren ethnische und kulturelle Merkmale verletzen (vgl. Riz 2005, 102–104).

Im Artikel 61 wurde vorgesehen, dass in die Ordnung der örtlichen öffentlichen Körperschaften Bestimmungen aufgenommen werden müssten, die die verhältnismäßige Vertretung der Sprachgruppen bei der Erstellung ihrer Organe gewährleisten. So wurde auch vorgesehen, dass in den Gemeinden der Provinz Bozen jede Sprachgruppe das Recht habe, im Gemeindeausschuss vertreten zu sein, wenn sie im Gemeinderat mit wenigstens zwei Rät/en/Innen vertreten ist.

Der Artikel 62 legte fest, dass die Gesetze über die Wahl des Regionalrates und des Südtiroler Landtages sowie die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Kollegialorgane der örtlichen öffentlichen Körperschaften in der Provinz Bozen die Vertretung der ladinischen Sprachgruppe gewährleisten müssen.

Im Artikel 89 ist dann das Proporzsystem für die Stellenpläne der öffentlichen Verwaltungen geregelt. Demnach sind mit wenigen Ausnahmen alle öffentlichen Stellenpläne in der Provinz Bozen-Südtirol, nach Verwaltung und Laufbahn gegliedert, BürgernInnen jeder der drei Sprachgruppen vorbehalten, und zwar im Verhältnis zur Stärke der Sprachgruppen, wie sie aus den bei der amtlichen Volkszählung abgegebenen Zugehörigkeitserklärungen hervorgeht. Ein Problem für die Angehörigen der ladinischen Sprachgruppe besteht darin, dass es oft keine oder fast keine ladinischen Stellen für höhere Funktionen gibt, sodass einige LadinInnen sich sogar einer anderen Sprachgruppe zugehörig erklären, um an der Ausschreibung teilnehmen zu dürfen.

Im Artikel 102 wird dann festgeschrieben, dass die ladinische Bevölkerung das Recht auf Förderung der eigenen Bestrebungen und Tätigkeit auf dem Gebiete der Kultur, der Presse und der Freizeitgestaltung sowie das Recht auf die Erhaltung der Ortsnamen und der eigenen Überlieferungen hat.

## Das Recht auf Verwendung der ladinischen Sprache

Die ladinische Sprache<sup>38</sup> ist das unüberhörbare Wesensmerkmal der ladinischen Minderheit in Südtirol.

Der Gebrauch der ladinischen Sprache ist grundlegend in der Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut über den „Gebrauch der deutschen und der ladinischen Sprache im Verkehr der Bürger mit der öffentlichen Verwaltung und in den

Gerichtsverfahrenen“ enthalten, welche mit Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 574<sup>39</sup> vom 15. Juli 1988 verabschiedet wurde.

Wesentlich ist dabei der Artikel 32, der eine ganze Reihe von Sprachrechten vorsieht.

So haben gemäß dieser Durchführungsbestimmung die ladinischen BürgerInnen der Provinz Bozen-Südtirol das Recht, im mündlichen und schriftlichen Verkehr mit den Ämtern der öffentlichen Verwaltung in den ladinischen Ortschaften Südtirols (mit Ausnahme der Streitkräfte und der Polizeikräfte), mit den örtlichen Körperschaften und den Schuleinrichtungen in diesen Ortschaften die ladinische Sprache zu verwenden. Das Gleiche gilt für Konzessionsunternehmen, die ihre Tätigkeit ausschließlich in den ladinischen Gemeinden ausüben.

Abgesehen von diesen Ämtern im ladinischen Siedlungsgebiet haben die Angehörigen der ladinischen Minderheit das Recht, mit den Ämtern der Provinz Bozen-Südtirol, die ihre Aufgaben ausschließlich oder überwiegend im Interesse der ladinischen Bevölkerung besorgen, auch wenn sie ihren Sitz außerhalb der genannten Ortschaften haben (z.B. das ladinische Schulamt oder das ladinische Pädagogische Institut in Bozen), ihre Muttersprache zu verwenden.

Diese Verwaltungen und Konzessionsunternehmen sind zudem verpflichtet, mündlich auf Ladinisch oder schriftlich in italienischer und in deutscher Sprache mit darauffolgendem Text in ladinischer Sprache auf Anfragen der BürgerInnen zu antworten.

Ein wesentliches politisches Recht besteht darin, dass in den Sitzungen der gewählten Organe der örtlichen Körperschaften der ladinischen Ortschaften der Provinz Bozen die Mitglieder dieser Organe in den mündlichen Vorträgen die ladinische Sprache verwenden können.<sup>40</sup>

Die Region und die Provinz Bozen haben gemäß DPR 574/1988 die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Rechtsvorschriften und Rundschreiben, die für die in der Provinz Bozen ansässige ladinische Bevölkerung von Interesse sind, auch in ladinischer Sprache veröffentlicht werden. Der ladinische Text wird in der Regel gleichzeitig mit dem italienischen und dem deutschen Text und auf jeden Fall spätestens innerhalb 30 Tagen nach dem Tag der Veröffentlichung des italienischen und des deutschen Textes, unbeschadet deren Inkrafttretens, veröffentlicht.

Mit gesetzesvertretendem Dekret Nr. 177 vom 4. April 2006 wurde dann eingeführt, dass in den ladinischen Gemeinden *Urtijëi*/St. Ulrich, *Santa Crestina*/St. Christina in Gröden, *Sëlva*/Wolkenstein, Corvara, *Badia*/Abtei, *La Val*/Wengen, *San Martin*/St. Martin in Thurn und *Mareo*/Enneberg die Identitätskarten bzw. Personalausweise in italienischer, deutscher und ladinischer Sprache ausgestellt werden.

All diese Bestimmungen geben dem Ladinischen, zumindest innerhalb des geschlossenen ladinischen Siedlungsgebietes und mit den genannten bei den Landesämtern, den Rechtscharakter einer Amtssprache (vgl. Mischi 1994).

Schwieriger ist die Forderung nach der Abwicklung der Gerichtsverfahren in ladinischer Sprache mit dem Ziel, eine effektive Verteidigung im Sinne des Art. 24 der italienischen Verfassung auch in der Muttersprache zu garantieren. Obwohl die Abwicklung von Prozessen in ladinischer Sprache sicherlich ein wertvolles Instrument zur Stärkung der Minderheit wäre, scheitert das Ansinnen wohl an praktischen Erwägungen, wie der Finanzierbarkeit und der notwendigen Anzahl von Fachpersonal (vgl. Hilpold 2001, 137).

Die gegenwärtige Regelung des Artikels 32 DPR 574/1988 sieht vor, dass die in der Provinz Bozen ansässigen Bürger der ladinischen Sprachgruppe in den in der Provinz Bozen durchzuführenden Prozessen, und zwar sowohl im italienischsprachigen als auch im deutschsprachigen Prozess, in ladinischer Sprache mit Hilfe des Dolmetschers verhört und vernommen werden können, wenn sie es wünschen.

Eine Ausnahme bilden die Verfahren vor den Friedensgerichten, wo die ladinische Sprache als Prozesssprache verwendet werden kann, allerdings nur vor den Friedensgerichten, die für die ladinischen Ortschaften in der Provinz Bozen-Südtirol zuständig sind.

Bislang offen ist die Frage nach einer ladinischen Einheitssprache. Das Dolomitenladinische konnte im Laufe seiner Geschichte keine einheitliche Schriftsprache entwickeln, sodass heute einer Reihe von Dorf- (Gadertal, Buchenstein, Fassa) bzw. Talschaftsidiomen (Gröden, Ampezzo) im Alltag gesprochen werden. Auf schriftlicher Ebene haben sich in den letzten Jahren fünf Talschaftsidiome herausgebildet: das Grödnerische, das Gadertalische, das Fassanische, das Ampezzanische und das Buchensteinerische (vgl. Videsott 2010, 184).

Es gibt nach wie vor einen bestimmten Widerstand in Teilen der ladinischen Bevölkerung gegen die Einführung einer Einheitssprache oder Standardsprache (*ladin dolomitan*). Die Kritiker sehen in ihr ein künstliches Konstrukt, das wenig mit der ethnokulturellen Identität und Authentizität zu tun habe, der sie sich in der Tradition ihrer Vorfahren verpflichtet fühlen. Das Argument, dass eine Einheitssprache ein Instrument der inneren Kohäsion, der Weiterentwicklung und schließlich des Fortbestandes der Minderheit sei (vgl. Schmid 1989; Videsott 2010; 2011), lehnen sie ebenso ab wie die praktischen Erwägungen hinsichtlich der Vorteile in der Verwaltung bei einer einheitlichen Amts- und Gesetzessprache. Ähnlich wie bei den Gegnern des *Rumantsch Grischun* (vgl. Schmidt 2012) werden auch prag-

matische Argumente dagegen angeführt, nämlich dass die Sprache mit dem Aufwand einer Fremdsprache erlernt werden müsse, dann aber so gut wie keine praktische Anwendung außerhalb der Siedlungsbereiches der Minderheit habe.

Aufgrund des Fehlens einer Einheitssprache hat die Südtiroler Landesregierung mit Beschluss Nr. 210 vom 27.01.2003 über den „Gebrauch der ladinischen Sprache in den öffentlichen Ämtern und in normativen Akten“ verfügt, dass das vereinheitlichte Gadertaler Ladinisch und das Grödner Ladinisch die offiziellen Formen des Ladinischen in der Provinz Bozen sind. Demnach müssen alle Gemeindeämter, die Kindergärten und Schulen aller Stufen und Arten sowie die örtlichen Ämter der Landesverwaltung in den ladinischen Tälern der Provinz Bozen in den öffentlichen Akten und Verlautbarungen die jeweilige ladinische Talschaftssprache neben dem Deutschen und Italienischen verwenden. Die zentralen Ämter der Landesverwaltung, welche ausschließlich oder vorwiegend für die ladinische Bevölkerung zuständig sind, verwenden in den öffentlichen Akten und Verlautbarungen, wo vorgesehen, neben Deutsch und Italienisch alternierend das Gadertaler Ladinisch oder das Grödner Ladinisch.

Die normativen Texte, die die ladinischen Täler der Provinz Bozen betreffen, werden alternierend in einem der beiden Talschaftsidome Gadertaler Ladinisch oder Grödner Ladinisch verfasst oder übersetzt, wobei auf eine gleichmäßige Präsenz der beiden Idiome geachtet werden muss.<sup>41</sup>

Die Normierung der beiden ladinischen Idiome der Provinz Bozen obliegt dem Ladinischen Kulturinstitut Micurà de Rü in St. Martin in Thurn.<sup>42</sup>

## Streitbeilegungserklärung

Ein wichtiger Meilenstein für die Südtirol-Autonomie war die Streitbeilegungserklärung im Jahre 1992. Mit ihr erkannte Österreich die Erfüllung des Pakets durch Italien an und beendete damit den seit der Resolution 1497 (XV) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 31. Oktober 1960 bestehenden Streit zwischen Österreich und Italien betreffend die Erfüllung des Pariser Vertrages.

Im abgestimmten Notenwechsel zwischen Österreich und Italien zur Durchführung von Punkt 13 des Operationskalenders ist kein Hinweis auf die ladinische Minderheit enthalten, sondern nur auf die deutsche (vgl. Dokument 9 in: Clementi/Woelk 2003, 60–62). Das ist darauf zurückzuführen, dass der Notenwechsel von Italien initiiert wurde und kein Interesse haben konnte, vom ursprünglichen Wortlaut des Pariser Vertrages abzuweichen.

Im Akt der Streitbeilegung an sich ist ebenfalls kein Hinweis auf die ladinische Volksgruppe zu finden, sondern nur der Hinweis auf die deutsche Sprachgruppe. Das darf aber nicht weiter verwundern, weil in diesem streng protokollarischen Text der Hinweis auf die deutsche Bevölkerung aus der Relation zum Wortlaut des Pariser Vertrages, zum Wortlaut der UN-Resolutionen 1497 (XV) und 1661 (XVI) sowie zum Wortlaut der italienischen Regierungserklärung vom 3. Dezember 1969 gesetzt wird.

Für die Argumentation zugunsten einer internationalen Verankerung der Rechte der ladinischen Minderheit in Südtirol ist vielmehr die Analyse der „Österreichischen Note mit der definitiven Streitbeilegungserklärung vom 11. Juni 1992“ relevant. Die Streitbeilegungserklärung ist nämlich in einen umfassenderen Text gebettet, den das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten dem italienischen Botschafter übermittelt (vgl. Dokument 12 in: Clementi/Woelk 2003, 65–67). In der Erklärung wird ganz bewusst im Plural von Volksgruppe Südtirols und Sprachminderheiten in Südtirol gesprochen.

Im Punkt 6 der österreichischen Note bestätigt Österreich gegenüber Italien die eigene Schutzfunktion und erklärt, davon auszugehen, dass die zugunsten der Volksgruppen Südtirols, also auch der LadinerInnen, durchgeführten Maßnahmen, wie das Autonomiestatut 1972, die entsprechenden Durchführungsbestimmungen, die ordentlichen Gesetze und Verwaltungsakte nicht einseitig abgeändert werden können, sondern nur im Rahmen der gemeinsamen Verantwortung zwischen Österreich und Italien und mit dem Konsens der betroffenen Volksgruppen.

Italien hat den Wortlaut dieser österreichischen Note nie bestritten oder in Frage gestellt, was dem Argument einer völkerrechtlichen *acquiescence* in Zusammenhang mit der Rechtsposition der ladinischen Ethnie in Südtirol Vorschub leistet.

Auch der Text der Notifizierungsurkunde der Streitbeilegung vom 17. Juni 1992, welche am 19. Juni 1992 von Österreich und Italien dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Boutros Boutros-Ghali überreicht wurde mit der Bitte, die formellen Briefe der Generalversammlung vorzulegen, spricht nur generisch von „Maßnahmen zugunsten der Bevölkerung von Südtirol“ und nimmt keine ethnische Differenzierung vor (vgl. Dokument 9 in: Clementi/Woelk 2003, 67–68).

In der Folge wurde die Streitbeilegungserklärung mit den dazu gehörenden Rechtsakten (Paketmaßnahmen, Autonomiestatut, Durchführungsbestimmungen usw.) bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel, bei der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, heute: OSZE), beim Kanzler des Internationalen Gerichtshofes (IGH) in Den Haag und dem Generalsekretariat des Europarates hinterlegt (vgl. Gehler 2003, 44).



Der internationale Charakter der Streitbeilegungserklärung ist in *re ipsa* gegeben, wichtiger erscheint aber die Frage nach der Justiziabilität. In der Logik der bisher gefolgten Darstellung muss gefolgert werden, dass alle Maßnahmen zum Schutz der ladinischen Volksgruppe, die zum Zeitpunkt der Streitbeilegung bestanden haben, international verankert sind und bei Verletzung durch Italien von der Schutzmacht Österreich beim Internationalen Gerichtshof eingeklagt werden können (Riz 2005, 99).

Es stimmt allerdings, wie Roland Riz (Riz 2005, 99) unterstreicht, dass aus europarechtlicher Sicht beim Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jahre 1995 weder von der Schutzmacht Österreich noch von der Territorialmacht Italien ein Vorbehalt hinsichtlich des Pariser Vertrages und der Streitbeilegung erfolgt ist. Dieser Umstand dürfte aber in keiner Weise den Minderheitenschutz in Frage stellen.

### Die Verfassungsreform des Jahres 2001

Mit dem Verfassungsgesetz vom 31. Jänner 2001, Nr. 2<sup>43</sup> wurden der ladinischen Minderheit in Südtirol vor allem eine Reihe von politischen Rechten zuerkannt, die ihre Diskriminierung hinsichtlich des Zuganges zu einigen höchsten institutionellen Ämtern beheben sollte.

Im Sinne des Artikels 30 des Autonomiestatutes gehört der Präsident des Regionalrates in der ersten Hälfte der Legislaturperiode der italienischen und in der zweiten Hälfte der deutschen Sprachgruppe an. Mit dem Verfassungsgesetz Nr. 2/2001 wurde eingeführt, dass mit Zustimmung der Mehrheit der Abgeordneten der italienischen bzw. der deutschen Sprachgruppe für den Zeitraum, in dem ihnen jeweils die Präsidentschaft zustehen würde, ein Abgeordneter der ladinischen Sprachgruppe zum Präsidenten des Regionalrates gewählt werden kann.

Analog zum Artikel 30 hat der Artikel 48/ter festgeschrieben, dass mit Zustimmung der Mehrheit der Abgeordneten der deutschen bzw. der italienischen Sprachgruppe für den jeweiligen Zeitraum ein Abgeordneter der ladinischen Sprachgruppe zum Präsidenten des Südtiroler Landtages gewählt werden kann.

Auch wenn diese Bestimmung ohne Zweifel ein großer Fortschritt gegenüber der vorhergehenden Gesetzeslage ist, die ausschloss, dass ein/e LadinerIn in dieses Amt gewählt wurde, ist diese Bestimmung verschiedentlich kritisiert worden, und zwar mit dem Argument, dass die ladinische Volksgruppe hier keinen direkten Anspruch auf das Amt habe, sondern der Willkür der beiden größeren Sprachgruppen ausgesetzt sei.<sup>44</sup> Diese Kritik ist nur zum Teil gerechtfertigt. Es stimmt natürlich,

dass vom Prinzip her allen Sprachgruppen die gleichen Rechte (Artikel 2) zuerkannt werden müssen. Wenn das Anliegen aber im Gesamtgefüge der Autonomiebestimmungen gesehen wird, ist der praktische Ansatz ersichtlich, der die Verfasser der Norm bewegt hat. Im Regelfall ist nämlich im Südtiroler Landtag nach dem Zweiten Weltkrieg immer nur ein ladinischer Landtagsabgeordneter vertreten gewesen.<sup>45</sup> Wenn dieser in die Südtiroler Landesregierung gewählt wird, darf er institutionell kein Amt mehr im Landtagspräsidium bekleiden. Eben weil nur ein ladinischer Abgeordneter vorhanden ist, bekleidet dieser neben dem Posten in der Landesregierung oder im Landtagspräsidium meist gleichzeitig auch Spitzenämter in der Region (Regionalausschuss oder Regionalratspräsidium).

Zudem wurde im Artikel 30 mit dem Verfassungsgesetz Nr. 2/2001 eingeführt, dass die Vizepräsidenten des Regionalrates unter den Abgeordneten gewählt werden müssen, die nicht der Sprachgruppe des Präsidenten angehören, wodurch automatisch ein/e Ladin(er)In zumindest zum Vizepräsidenten gewählt wird, wenn er/sie sich der Wahl stellt.

Der Artikel 36 schreibt dann fest, dass der ladinischen Sprachgruppe die Vertretung in der Regionalregierung auch abweichend von der proporzmäßigen Vertretung garantiert wird.

Damit unterscheidet sich die Bestimmung im Artikel 36 hinsichtlich des Regionalausschusses deutlich vom ebenfalls im Jahre 2001 eingeführten Artikel 50, der das Vertretungsrecht der ladinischen Minderheit in der Landesregierung vorsieht. Während im Artikel 36 eine Muss-Bestimmung vorgesehen wurde, hat der Verfassungsgesetzgeber für die Südtiroler Landesregierung eine Kann-Bestimmung eingeführt, demnach heißt es wörtlich in Artikel 50, Absatz 3:

*Der ladinischen Sprachgruppe kann die Vertretung im Landesausschuss von Südtirol auch abweichend von der proporzmäßigen Vertretung [vgl. Absatz 2] zuerkannt werden. Sitzt ein einziger ladinischer Vertreter im Landtag und wird er in den Landesausschuss gewählt, so muss er auf sein Amt als Präsident oder Vizepräsident des Landtages verzichten.*

Auf der Grundlage dieser Bestimmung wurde dann zum ersten Mal in der Autonomiegeschichte am 12. Dezember 2001 ein Ladin(er), nämlich Florian Mussner, mittels Wahl im Südtiroler Landtag von außen in die Landesregierung berufen. Die Möglichkeit der externen Berufung wurde erst aufgrund der Verfassungsgesetznovelle des Jahres 2001 möglich und setzt voraus, dass für die externe Berufung nach dem formellen Vorschlag mindestens einer Landtagsfraktion nicht nur eine qualifizierte Zweidrittelmehrheit im Südtiroler Landtag erzielt werde, sondern auch die Mehrheit der Abgeordneten jener Sprachgruppe, der der/die KandidatIn angehört, dafür sind.<sup>46</sup>

#### 4. Vorschläge für die Verbesserung des Zweiten Autonomiestatutes zugunsten der ladinischen Volksgruppe in Südtirol

Abschließend möchte ich auf einige Bestimmungen im heute gültigen Autonomiestatut eingehen, welche die ladinische Sprachgruppe in Südtirol diskriminieren oder welche einfach verbessert werden sollten. Nachstehend wird auf die wichtigsten davon eingegangen und dabei versucht, konkrete Verbesserungsvorschläge zu machen.

##### Artikel 36

Dieser Artikel behandelt die Zusammensetzung der Regionalregierung. Während ein/e Ladin(er) im Regionalausschuss vertreten sein muss und auch PräsidentIn der Region werden kann, bleibt der Zugang zur Vizepräsidentschaft verwehrt, was widersinnig erscheint.

Dies könnte sehr einfach dadurch verbessert werden, dass die Anzahl der Vizepräsidenten auf drei erhöht wird und jeder Sprachgruppe – im Sinne der gleichen Würde der drei Sprachgruppen – ein/e VizepräsidentIn zuerkannt wird.

Eine andere, ökonomischere, aber weniger garantistische Lösung bestünde darin festzuschreiben, dass die beiden Vizepräsidenten anderen Sprachgruppen angehören müssen als die/der PräsidentIn.

##### Artikel 50

Dieser Artikel behandelt die Zusammensetzung der Südtiroler Landesregierung. Es wurde bereits kritisch angemerkt, dass die jetzige Formulierung keine obligatorische Vertretung der ladinischen Volksgruppe in der Regierung vorsieht, sondern nur eine fakultative. Gegen diese Kritik wird das Argument vorgebracht, dass im Südtiroler Landtag im Regelfall nur ein ladinischer Landtagsabgeordneter vertreten sei und somit keine Auswahlmöglichkeit bestehe. Sollte diese/r ladinische Abgeordnete der Opposition angehören und die Regierung politisch bekämpfen, müsste sie/er *ex lege* trotzdem auf die Regierungsbank – womöglich ohne Kompetenzen –, sofern eine Berufung von außen am hohen Wahlquorum scheitert.

Gleich wie im Fall des Regionalrates kann ein/e VertreterIn der ladinischen Sprachgruppe sehr wohl Landeshauptfrau/mann werden, nicht aber deren/dessen StellvertreterIn. Dieses Amt steht bislang nur der deutschen und italienischen Sprachgruppe offen.

Eine neue Gesetzesformulierung müsste demnach in die Richtung gehen, dass die Landesregierung im Regelfall einen deutschen und einen italienischen Vizeprä-

sidenten hat und nur dann einen dritten, ladinischen, Vizepräsidenten, wenn zumindest ein/e Ladin(er)In in der Landesregierung vertreten ist.

Eine Alternative zu dieser ersten Formulierung bestünde darin, statutarisch zu verankern, dass es nur zwei Vizepräsidenten gibt, die jenen Sprachgruppen angehören müssen, die nicht den/die PräsidentenIn stellen. Das wäre auch nicht im Widerspruch zur Paketmaßnahme 75, die nur davon spricht, dass einer der beiden Vizepräsidenten „aus der Sprachgruppe der Minderheit“ sein müsse.

#### Artikel 84

Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Genehmigung des Haushaltsvoranschlags der Region und des Landes. Die Bestimmung sieht vor, dass auf Antrag der Mehrheit einer Sprachgruppe über die einzelnen Kapitel des Haushaltsvoranschlags der Region und der Provinz Bozen-Südtirol nach Sprachgruppen gesondert abgestimmt werden muss. Die Haushaltskapitel, die nicht die Mehrheit der Stimmen jeder einzelnen Sprachgruppe erhalten haben, werden einer aus vier Regionalrats- bzw. Landtagsabgeordneten bestehenden Kommission unterbreitet. Wenn in der Kommission keine Mehrheit für einen Lösungsvorschlag erreicht wird, so übermittelt die/der PräsidentIn des Regionalrates oder des Landtages den Entwurf des Haushaltsvoranschlags mit allen dazu gehörenden Akten der Autonomen Sektion Bozen des regionalen Verwaltungsgerichtshofes, damit das Gericht darüber entscheide.

Problematisch ist der Umstand, dass die oben genannte vierköpfige Haushaltskommission nach Maßgabe des Autonomiestatutes eine paritätische, rein deutsch-italienische Zusammensetzung hat. Mit der Folge, dass sich die ladinische Sprachgruppe selbst dann, wenn sie ein eigenes Haushaltskapitel beanstanden sollte, dem Entscheid der deutschen und italienischen Kollegen in der Kommission beugen müsste, ohne mitreden zu dürfen.

Der Lösungsvorschlag hier könnte darin bestehen, dass zwei Kommissionen gebildet werden. Sollte die Mehrheit der deutschen oder italienischen Sprachgruppe gegen das eine oder andere Haushaltskapitel sein, so kommt die bereits heute im Statut vorgesehene paritätisch bestellte deutsch-italienische Kommission zur Anwendung. Sollte hingegen die ladinische Volksgruppe gegen ein Haushaltskapitel sein, dann müsste eine ebenfalls zu Beginn der Legislaturperiode eingerichtete Kommission darüber befinden, die sich aus drei Mitgliedern zusammensetzt, die den drei verschiedenen Sprachgruppen angehören.

Um einen Konflikt zwischen den beiden Haushaltskommission zu vermeiden, sollte in Fällen, wo zwei Volksgruppen gegen ein Haushaltskapitel stimmen, direkt der Verwaltungsgerichtshof befasst werden.

Es ist zu vermerken, dass die paritätische, rein deutsche und italienische Kommission in der Paketmaßnahme 85 vorgesehen ist.

#### Artikel 89

Ohne an dieser Stelle erneut das Problem der Benachteiligung der ladinischen Volksgruppe bei höheren Stellen ansprechen zu wollen, sind in diesem Artikel in den Absätzen 6 und 7 zwei Schutzmaßnahmen nur für die deutsche, nicht aber für die ladinische Volksgruppe vorgesehen. Hier würde es bei einer allfälligen Novelle des Autonomiestatutes genügen, wenn der Terminus „ladinische Sprachgruppe“ nach dem Terminus „deutsche Sprachgruppe“ angefügt würde.

Im Absatz 6 wird festgesetzt, dass die Versetzungen der Bediensteten deutscher (ergänze: und ladinischer) Sprache außerhalb Südtirols den Umfang von zehn Prozent der von ihnen insgesamt besetzten Stellen nicht überschreiten darf.

Das Gleiche sollte für den Absatz 7 gelten. Hier wird festgeschrieben, dass den Richtern, die der deutschen (ergänze: und ladinischen) Sprachgruppe angehören, die Beständigkeit des Dienstsitzes in der Provinz gewährleistet wird, vorbehaltlich der Bestimmungen der Gerichtsordnung über die Unvereinbarkeiten.

#### Artikel 91

Diese Bestimmung beschäftigt sich mit der Zusammensetzung der Autonomen Sektion des regionalen Verwaltungsgerichtshofes für die Provinz Bozen.

Gemäß dieser Bestimmung muss diese Sektion für die Provinz Bozen in gleicher Zahl den zwei stärksten Sprachgruppen angehören. Dies hat zur Folge, dass ein/e Ladin(er) in ganz Italien VerwaltungsrichterIn werden kann, aber nicht in Südtirol.

Die paritätische Zusammensetzung des Gerichts ist in der Paketmaßnahme 90 vorgesehen.

Die Autonome Sektion zählt heute insgesamt acht Richterinnen und Richter. Eine bereits angedachte Erhöhung der Richterschaft auf zehn Einheiten, wodurch zwei neue ladinische RichterInnen dazu kommen könnten, eine/r vom Staat und eine/r vom Land ernannt, scheint konkret kaum verwirklichtbar, zumal das Gericht mit acht Richter/n/Innen, gemessen an anderen Regionen, bereits überbesetzt ist. Es wäre auch verständlich, wenn bei einer derartigen Zusammensetzung beanstandet würde, dass zwei ladinische RichterInnen gegen (nur) vier deutsche RichterInnen eine eklatante Überrepräsentierung der ladinischen Richterschaft darstellen würden.

Eleganter wäre es, eine Kompromissformel zwischen dem Wortlaut des Pakets und der heutigen Anzahl der Richterschaft zu finden.

Im ersten Absatz einer allfälligen Revision dieses Artikels könnte das Prinzip festgeschrieben werden, dass die RichterInnen allen drei Sprachgruppen angehören müssen.

Im zweiten Absatz könnte das Paketprinzip festgehalten werden, wonach die RichterInnen grundsätzlich paritätisch der deutschen und italienischen Sprachgruppe angehören müssen, dann aber ergänzen, dass alternierend eine Stelle, die den beiden größeren Sprachgruppen vorbehalten ist, von einer/m RichterIn besetzt sein muss, welcher der ladinischen Sprachgruppe angehört. So wären alternierend einmal vier italienische, drei deutsche und ein ladinischer Richter und dann vier deutsche, drei italienische und ein ladinischer Richter im Amt usw.

Die/der ladinische RichterIn sollte dann ausschließlich vom Südtiroler Landtag ernannt werden. Dies um konkret zu verhindern, dass Rom irgendeine/n RichterIn aus dem Friaul mit dem Hinweis ernennt, dass er/sie rätoromanische Wurzeln habe oder seine/ihre Geburtsgemeinde die eigene Ladinität entdeckt hat.

Bei der Präsidentschaft der Autonomen Sektion ist vorgesehen, dass sich als PräsidentIn für gleiche Zeiträume (2 Jahre) jeweils ein/e RichterIn italienischer Sprache mit einer/m RichterIn deutscher Sprache ablöst. Hier könnte vorgesehen werden, dass, nachdem sich über sechs Mandate ein/e deutsche/r mit einer/m italienischen RichterIn abgelöst haben, ein/e ladinische/r RichterIn als PräsidentIn zum Zuge kommen müsse.

Eine grundlegend andere Lösung des Problems könnte darin bestehen, dass in der vom Landtag bestimmten Quote der RichterInnen ein/e ladinische/r RichterIn ernannt wird, wenn die Mehrheit der Abgeordneten der Volksgruppe, denen die/der RichterIn zusteht, zugunsten der/des Ladiner/s/In verzichtet. Dies wäre aber wohl entwürdigend für die ladinische Sprachgruppe, die keinen eigenen Anspruch geltend machen könnte, sondern nur auf das Wohlwollen der anderen Sprachgruppen angewiesen wäre.

### Artikel 93

Diese Bestimmung sieht vor, dass den Sektionen des Staatsrates, die in den Berufungsverfahren über die Entscheidungen der Autonomen Sektion Bozen des regionalen Verwaltungsgerichtshofes zu befinden haben, ein/e Rat/Rätin angehören muss, der/die der deutschen Sprachgruppe der Provinz Bozen angehört. Hier sollte ergänzt werden, dass er/sie der deutschen *oder* ladinischen Volksgruppe angehören kann.

Da gegenwärtig eine Aufstockung der Südtiroler Staatsräte verhandelt wird, könnte in diesem Zusammenhang das Vertretungsrecht der ladinischen Minderheit eingeflochten werden.

## Art. 107

Diese Bestimmung befasst sich mit der Zusammensetzung der Zwölfer- und der Sechserkommission. Im gegenwärtigen Gesetzestext ist kein Vertretungsrecht der ladinischen Volksgruppe vorgesehen.<sup>47</sup>

Diese Bestimmung geht auf die Paketmaßnahmen 70 und 71 zurück.

Die Zwölferkommission besteht heute aus sechs Vertretern des Staates, zwei Vertretern des Regionalrates, zwei Vertretern des Landtages des Trentino und zwei Vertretern des Südtiroler Landtages.

Eine Lösung könnte darin bestehen, dass das Ernennungsrecht verändert wird. Es könnte vorgesehen werden, dass sechs Vertreter vom Staat ernannt werden und jeweils drei von den Provinzen Bozen und Trient. Da die Region in den letzten 40 Jahren fast sämtliche Kompetenzen verloren hat, wäre es linear, auch diese auf die Provinzen zu übertragen.

Wenn nun die Provinz Bozen drei Vertreter vorschlagen könnte, müsste festgeschrieben werden, dass diese den drei verschiedenen Sprachgruppen angehören müssen, außer die Mehrheit der Abgeordneten einer Sprachgruppe verzichtet auf ihr Recht und wählt einen Vertreter einer anderen Sprachgruppe. Entsprechend müsste auch der erste Absatz des Artikels 107 so angepasst werden, dass drei Mitglieder nicht nur der deutschen Sprachgruppe angehören müssen, sondern der deutschen und ladinischen Sprachgruppe.

Mit diesen Änderungen könnte ein ladinischer Vertreter über den Südtiroler Landtag in die Zwölfer- und in die Sechserkommission gewählt werden.

---

## Anmerkungen

- 1 Die eigenständige Erhebung wurde bei den periodischen Volkszählungen, die mit dem Jahre 1880 begannen und in zehnjährigen Abständen erfolgten, nicht mehr vorgenommen. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Bevölkerung der italienischen und der ladinischen Nationalitäten gemeinsam erhoben (vgl. Brix 1982; Perathoner 1998: 29–40).
- 2 Bereits in der *Landesverfassung für die gefürstete Grafschaft Tirol mit dem Lande Vorarlberg vom 30. Dezember 1848* hieß es im Paragraphen 3: „Die in Tirol und Vorarlberg befindlichen Volksstämme sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache.“
- 3 Unter diesen sind zu erwähnen: die Gründung der Vereinigung *Naziun Ladina* im Priestersemiar von Brixen im Jahre 1870, die Gründung des *Ladinervereins in Innsbruck* im Jahre 1905, wie auch im Pressewesen: die Herausgabe des *Amik di Ladins – Der Ladinerfreund* im Jahre 1905 in Innsbruck, des *L Ladin-Der Ladiner* im Jahre 1908 in Brixen und des *Kalënder de Gherdëina* im Jahre 1911 in Innsbruck (vgl. Richebuono 1992, 99–106; Kattenbusch 1992, 91–96; Dorsch-Craffonara 1982).
- 4 Es ist bezeichnend, dass im Ersten Weltkrieg fast doppelt so viele DolomitenladinerInnen starben (ca. 1050 Tote) als im Zweiten Weltkrieg (ca. 550 Tote).
- 5 Während in der Zeit von 1848 bis 1918 das Spannungsverhältnis *germanophil versus italophil* noch weitgehend Tal-geographisch abgrenzbar war – so waren demnach z.B. die Grödner eher germanophil, während die Fassaner stärker für italophile Sympathien anfällig waren –, so wurde nun dieses Spannungsverhältnis zunehmend in die einzelnen Südtiroler Talschaften transportiert, bis schließlich die *Option* des Jahres 1939 durch das offene Bekenntnis für oder gegen das Deutsche Reich einen Keil zwischen die Dorfgemeinschaften und Familien trieb.
- 6 Unter diesen Wissenschaftlern trat vor allem Carlo Battisti mit seinen Schriften der Dreißigerjahre des letzten Jahrhunderts (vgl. Battisti 1931, 1937) hervor, bekannt waren natürlich auch die Stellungnahmen von Ettore Tolomei und Giorgio Del Vecchio. Aber selbst in der Nachkriegszeit wurde die Eigenständigkeit des Ladinischen von verschiedenen italienischen Wissenschaftlern geleugnet, unter diesen sind u.a. Carlo Salvioni, Carlo Tagliavini, Matteo Bartoli, Ernesto Giacomo Parodi e Berengario Gerola. Positiv hervorgehoben werden darf der Umstand, dass es im faschistischen Italien der Zwischenkriegszeit gewichtige Stimmen gab, die sich für die sprachliche Eigenständigkeit des Ladinischen aussprachen, so beispielsweise der Präsident der italienischen Akademie der Wissenschaften Giulio Bertoni oder Clemente Merlo.  
Paradoxerweise wurde genau in dieser Zeit, nämlich mit der eidgenössischen Volksabstimmung vom 20. Februar 1938, das Rätoromanische zur vierten Staatssprache der Schweiz erhoben.
- 7 Veröffentlicht in der *Gazzetta Ufficiale* Nr. 24 vom 30. Jänner 1923.
- 8 Veröffentlicht in der *Gazzetta Ufficiale* Nr. 24 vom 11. Jänner 1927.
- 9 Gerade die touristische Attraktivität bedingt, dass immer mehr Provinzfremde in den ladinischen Tourismusgemeinden wie *Sëlva/Wolkenstein*, *Corvara*, *Cortina* Wohnungen zu Preisen erwerben, die für die Einheimischen nicht erschwinglich sind. Das führt zunehmend dazu, dass junge Familien, die von den Eltern keine entsprechende finanzielle Unterstützung erhalten, außerhalb oder an der Grenze des



- ladinischen Siedlungsgebietes ihren Wohnsitz haben. In einer derartigen Situation wird die Urbanistikgesetzgebung zu einem effizienten Minderheitenschutzinstrument, wenn sie es schafft, die Abwanderung aus dem geschlossenen Siedlungsgebiet der Minderheit in ein Gebiet, wo die Assimilation sehr wahrscheinlich ist, zu verhindern.
- 10 Es gibt heute im Prinzip wenige Strukturen innerhalb der ladinischen Volksgruppe, die überprovinzial zusammenarbeiten (vgl. Videsott 2011b, 293–295). Am 23. April 2007 wurde in Corvara di *Lia di Comuns Ladins* gegründet. Es handelt sich um eine Vereinigung der 19 ladinischen Gemeinden. Dies kann einen Ansatz einer institutionellen Zusammenarbeit darstellen. Vgl. <http://www.ladiniamap.org/de/home/willkommen.html> (30.01.2012)
  - 11 Bei einem am 28. und 29. Oktober 2007 in den drei ladinischen Gemeinden der Provinz Belluno *Anpezo/Ampezzo*, *Coll/Colle Santa Lucia* und *Fodom/Buchenstein* abgehaltenen Referendum haben sich bei einer Wahlbeteiligung von 56,34 % (*Fodom* 87,51 %, *Col* 84,59 %, *Anpezo* 77,08 %) der Wahlberechtigten insgesamt 78,86 % (*Fodom* 87,51 %, *Col* 84,59 %, *Anpezo* 77,08 %) für einen Anschluss an die Autonome Provinz Bozen ausgesprochen. Wenn es auch auf der Hand liegt, dass wirtschaftliche Gründe diesen klaren Volksentscheid mit bedingt haben, so steht es außer Frage, dass beim Einbringen dieses Referendums der ethnische Aspekt im Vordergrund stand, ebenso wie die gerechte Forderung, die gleichen Autonomie- und Minderheitenrechte zu erhalten wie die ladinische Bevölkerung Südtirols. (vgl. Videsott 2008, Zaffi 2008)
  - 12 Die Fassaner wurden nicht zur Option zugelassen. Im Fassatal wurde es so gehandhabt, dass diejenigen, die die deutsche Staatsbürgerschaft beantragten, diese auch erhielten. Dies war für ca. 300 Personen der Fall. Schließlich verließen ca. 2.000 Ladinier im Zuge der Option ihre Heimat.
  - 13 Es handelt sich hierbei um das *Comitato Liberazione Nazionale*, kurz auch *CLN* genannt.
  - 14 Das Gruber-De Gasperi-Abkommen bildet gemäß Beschluss der Außenministerkonferenz in New York vom 3. Dezember 1946 den Annex IV des Friedensvertrages von Paris (unterzeichnet am 10. Februar 1947). Gemäß Art. 85 des Friedensvertrages bildet dieser Annex einen integrierenden Bestandteil des Vertrages und gemäß Art. 90 trat der Friedensvertrag von Paris am Tag nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der vier Siegermächte in Kraft, also am 16. September 1947. Die Republik Italien hat die Ratifikation mit dem Gesetzesvertretenden Dekret Nr. 1430/1947 vorgenommen (Decreto Legislativo C.P.S. n. 1430, 28 novembre 1947: Esecuzione del Trattato di pace tra l'Italia e le Potenze Alleate ed Associate, firmato a Parigi il 10 febbraio 1947; veröffentlicht im *Supplemento Ordinario* der *Gazzetta Ufficiale* Nr. 295 vom 24. Dezember 1947.
  - 15 Österreich sollte bekanntlich erst am 27. Juli 1955, nach der am 15. Mai 1955 erfolgten Unterfertigung des Staatsvertrages von Wien-Belvedere betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs, die volle völkerrechtliche Souveränität erlangen (vgl. Suppan et al. 2005).
  - 16 Die italienische Verfassung sieht im Artikel 6 vor, dass die Republik die sprachlichen Minderheiten mit besonderen Bestimmungen schützt.
  - 17 Eine ampezzanische Delegation soll bei der verfassungsgebenden Versammlung in Rom vorgeschrieben und dort den Anschluss an die Provinz Bozen verlangt haben (vgl. Gehler 1996, 537)
  - 18 Neben dem Parteiohmann der Südtiroler Volkspartei Erich Amonn (1896–1970) setzten sich vor allem Vijo Pupp (1902–1969) und der Bürgermeister von Corvara Franz Kostner (1877–1968) dafür ein, dass die ladinische Volksgruppe im Ersten Autonomiestatut berücksichtigt werde (vgl. Riz 2005, 94).

- 19 Österreich hatte in diesem Zusammenhang sogar im Jahre 1960 eine Staatenbeschwerde im Sinne des Artikels 24 der Europäischen Menschenrechtskonvention erhoben.
- 20 Dieser Widerstand Italiens rührte sicher auch daher, weil Italien ganz bewusst versuchte, durch eine Evokation des im Jahre 1960 noch sehr lebendigen Schreckensgespenstes des Pangermanismus, eine Positionierung der anderen Staaten gegen Österreich und Deutschland zu fördern.
- 21 583 Delegiertenstimmen unter der Führung von Silvius Magnago (1914–2010) sprachen sich für die Annahme aus, 492 unter der Führung von Peter Brugger (1920–1986) dagegen.
- 22 Unter *gentlemen's agreement* wird im traditionellen Völkerrecht eine außerrechtlich (*non-legal*) zwischenstaatliche Absprache zwischen Regierungschefs, Regierungsmitgliedern oder auch Diplomaten/Innen verstanden, die sich wechselseitig politisch oder moralisch – meist – zu einem künftigen Verhalten verpflichten, gleichzeitig aber nicht die von ihnen vertretenen Staaten oder Institutionen verpflichten (*non binding agreement*). Eine solche Übereinkunft, die an die Ehre und Würde der handelnden Persönlichkeiten anknüpft, ist demnach für sich allein nicht justiziabel, sie kann aber in einen bestimmten Zusammenhang gestellt, rechtliche Relevanz erlangen.
- 23 Der Art. 31 WVK befasst sich mit den allgemeinen Auslegungsregeln völkerrechtlicher Verträge. In Abs. 3 lit. b schreibt diese internationale Konvention fest, dass bei der Vertragsinterpretation auch „jede spätere Übung bei der Anwendung des Vertrags, aus der die Übereinstimmung der Vertragsparteien über seine Auslegung hervorgeht“ berücksichtigt werden müsse (vgl. Karl 1983).
- 24 Im Deutschen wird auch die Kurzbezeichnung *Wiener Vertragsrechtskonvention (WVK, WVRK)* verwendet, die geläufigere englische Bezeichnung ist *Vienna Convention on the Law of Treaties (VCLT)*. Der Vertrag trat am 27. Januar 1980 in Kraft. Italien und Österreich sind Vertragsparteien.
- 25 Das *Estoppel*-Prinzip entstammt dem anglo-amerikanischen Rechtskreis und ist ein prozessrechtliches Prinzip im Beweisverfahren, wonach bestimmte Einreden unmöglich werden. Es fußt auf dem Grundsatz, dass ein Subjekt, das durch sein Verhalten einen anderen zu rechtlich erheblichem Handeln veranlasst hat, das Verhalten und die berechtigten Folgerungen, die der andere aus diesem Verhalten gezogen hat, gegen sich gelten lassen muss. Es handelt sich also um einen Grundsatz des Vertrauensschutzes (Prinzip der *bona fides*), der sich in der römischrechtlichen Tradition im weiteren Sinne in den Grundsätzen: *non licet venire contra factum proprium* oder *allegans contraria non est audiendus* wiederfindet.
- Im Völkerrecht kann das *Estoppel*-Prinzip folgendermaßen verstanden werden: Ein Staat ist an die Erwartungen rechtlich gebunden, die er durch sein Verhalten geweckt hat und auf die ein anderer Staat in gutem Glauben vertraut hat, bzw. ein Staat kann dann einen berechtigten Anspruch geltend machen, wenn er sich im Vertrauen auf eine Zusicherung oder auf ein konkludentes Verhalten eines anderen Staates zu einem rechtlich erheblichen Handeln verleiten ließ, das ihm zum Schaden gereichen würde, wenn der andere Staat später einen gegenteiligen Standpunkt einnehmen würde. (Vgl. Müller 1971; Schweinsfurth 2006, 89; Graf Vitzthum 2007, 68)
- 26 Es hängt oft mit der numerischen Größe der Volksgruppe zusammen, wenn diese nicht der deutschen gleichgesetzt wurde, zudem darf auch der historische Kontext der 60er und 70er Jahre nicht ganz aus den Augen verloren werden. Ins Gewicht fällt auch der Umstand, dass Deutschland in dieser Zeit eine *geheime Schutzmacht* Südtirols war und vor allem für den Erhalt der deutschen Sprache und Kultur eintrat (vgl. Gehler 2003, 23).

- 27 Unter dem Rechtsbegriff der *acquiescence* wird im Völkerrecht das qualifizierte Schweigen verstanden. Konkret geht es um das Schweigen eines Staates gegenüber einem fremden Rechtsanspruch, der sich in solcher Weise manifestiert, dass die passive Haltung nach Treu und Glauben nicht anders als eine stillschweigende Anerkennung verstanden werden kann. Dies lässt sich im lateinischen Rechtssatz: *qui tacet consentire videtur, si loqui debuisse ac potuisset*. Das *Acquiescence-Prinzip* hat allerdings zwei Prämissen: a) dem schweigenden Staat muss der gegnerische Anspruch bekannt sein und dieser Anspruch muss ein Eingriff in die Rechte des schweigenden Staats darstellen, b) der schweigende Staat muss sich passiv verhalten, er protestiert nicht und er weist den gegnerischen Anspruch nicht zurück. (Vgl. Müller 1971; Schweinsfurth 2006, 89; Graf Vitzthum 2007, 68)
- 28 Veröffentlicht in der *Gazzetta Ufficiale* Nr. 3 vom 5. Jänner 1972.
- 29 Veröffentlicht in der *Gazzetta Ufficiale* Nr. 301 vom 20. November 1972.
- 30 Das waren neben dem Verfassungsgesetz Nr. 1/1971 die gültig gebliebenen Normen des Ersten Autonomiestatutes (Verfassungsgesetz Nr. 62 vom 26. Februar 1948) mit den Änderungen durch das Staatsgesetz Nr. 1777 vom 31. Dezember 1962 und das Verfassungsgesetz Nr. 1 vom 23. Februar 1972.
- 31 Das Gleiche kann nicht für die ladinische Bevölkerung des Trentino gesagt werden, obwohl diese derselben Region angehört (vgl. Calliari 1991).
- 32 In den ladinischen Tälern Südtirols gibt es folgende Oberschulen:
- a) in *Gherdëina/Gröden*:  
die Handelsoberschule *Raetia* in Urtijëi/St. Ulrich mit folgenden Fachrichtungen: IGEA, Sprachen und Touristik, Sport, und ebenfalls in Urtijëi/St. Ulrich die Kunstlehranstalt *Cademia* mit folgenden Fachrichtungen: Dekoratives Malen, Holzbildhauerei, Graphik und Fotografie;
- b) im *Badia/Gadertal*:  
die Handelsoberschule *La Ila/Stern* in *Badia/Abtei* mit angeschlossenem Sprachenlyzeum.
- 33 Es gab mehrere Versuche, in Gröden Schulen nach dem deutschen Schulmodell zu errichten, bis das Land Südtirol gegen die in Artikel 7 des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 116 vom 1973 festgelegte Bestimmung, welche die Exklusivität des paritätischen Schulsystems in den ladinischen Tälern sanktionierte, vor dem Verfassungsgerichtshof klagte. Mit Urteil Nr. 101 vom 21. April 1976 wies das Verfassungsgericht die Klage zurück und verteidigte die entsprechende Norm als rechtmäßig (vgl. Pizzorusso 1976; Hilpold 2001, 140–141).
- 34 Vgl. Artikel 12 Absatz 12 des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 89 vom 10. Februar 1983.
- 35 Diese Norm stellt klar, dass zumindest ein/e Ladin(er) im Südtiroler Landtag vertreten sein müsse. Statistisch macht ein ladinischer Vertreter im Landtag 2,86 Prozent aus. Der ladinische Bevölkerungsanteil in Südtirol liegt aber bei rund 4,4 Prozent. Dies hat – vor allem seitens der Partei *Moviment Pulitich Ladins* (ehemals *Lista Ladins*) – die Forderung laut werden lassen, dass ein effektiver Minderheitenschutz die normativ garantierte Vertretung von zwei ladinischen Abgeordneten im Südtiroler Landtag vorsehen müsste.
- 36 Vgl. Artikel 63 des Regionalgesetzes Nr. 7 vom 8. August 1983, Nr. 7.
- 37 Die Wahl von Hugo Valentin wurde nur deshalb möglich, weil in der Legislaturperiode 1983–1988 zwei Ladin(er) im Südtiroler Landtag vertreten waren. Der Abgeordnete der ALFAS-Alternative Liste für das andere Südtirol, Alexander Langer, erklärte sich – obwohl Nicht-Ladiner – aus Protest als Angehöriger der ladinischen Sprachgruppe. Auch in den letzten Wochen der Legislaturperiode 1988–93

- kam es zur gleichen Situation wie nach dem Ausscheiden des italienischen Landeshauptmannstellvertreters, Remo Ferretti (DC), auf den der Ladinier Martin Flatscher nachrückte. Abermals wurde Hugo Valentin – wenn auch nur für wenige Wochen – in die Landesregierung aufgenommen.
- 38 Das Dolomitenladinische gehört mit dem bekannteren Bündnerromanischen (Rumantsch) in der Schweiz und dem Friulanischen (Furlan) zur rätoromanischen Sprachenfamilie.
- 39 Diese Durchführungsbestimmung wurde im Gesetzesblatt Nr. 105 vom 8. Mai 1989 kundgemacht. Die deutsche Übersetzung wurde im Ordentlichen Beiblatt zum Amtsblatt Nr. 41 vom 19. September 1989, veröffentlicht.
- 40 Falls Mitglieder dieser Organe erklären, die ladinischen Sprache nicht zu verstehen, muss auf Antrag unmittelbar nach dem ladinischen Vortrag in die italienische oder in die deutsche Sprache übersetzt werden, um so auch Nichtladiner/nInnen die Möglichkeit der Partizipation zu geben. Die entsprechenden Niederschriften sind zugleich in italienischer, in deutscher und in ladinischer Sprache zu verfassen.
- 41 Es wurde kritisch bemerkt (vgl. Videsott 2011b, 298), dass es in der Region Trentino-Südtirol demnach Gesetzestexte in Grödnerisch, Gadertalerisch und Fassanisch gibt.
- 42 Das Gesetzesvertretende Dekret Nr. 262 vom 22. Mai 2001 sieht vor, dass bestimmte Rechtsvorschriften des Landes auch in ladinischer Sprache veröffentlicht werden müssen. Ebenso wurde der Südtiroler Landesregierung neben der Verpflichtung zur Unterstützung und Koordinierung der Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der ladinischen Sprache auch die Kompetenz eingeräumt, das für die Festsetzung der Sprach- und Schreibnormen zuständige Rechtssubjekt festzulegen.
- 43 Veröffentlicht in der *Gazzetta Ufficiale* Nr. 26 vom 1. Februar 2001 (Disposizioni concernenti l'elezione diretta dei presidenti delle regioni a statuto speciale e delle province autonome di Trento e di Bolzano)
- 44 Bei der Ausarbeitung der Gesetzesbestimmung war auch überlegt worden, dass die Legislaturperiode durch drei geteilt und jeder Sprachgruppe für 20 Monate die Präsidentschaft zugewiesen würde. Der Vorschlag wurde mit dem Argument verworfen, dass 20 Monate eine zu kurze Zeit seien, um in dieser Funktion etwas gestalten zu können und zudem wahrscheinlich sei, dass der/die eine LadinierIn im Südtiroler Landtag sich nicht um das Amt bewerbe, weil er/sie einen Sitz in der Landesregierung vorziehe.
- 45 Im Südtiroler Landtag war seit dem Zweiten Weltkrieg die ladinische Minderheit in der Regel immer nur mit einem Abgeordneten vertreten. Es gibt drei Ausnahmen: 1. Alois Pupp (SVP) und Albino dell'Antonio (DC) in der Amtszeit 1952–1956; 2. Hugo Valentin (SVP) und der „Protestladiner“ Alexander Langer (ALFAS) in der Amtszeit 1983–1988; 3. Hugo Valentin (SVP) und Martin Flatscher (DC) in den letzten Wochen der Amtsperiode 1988–1993. Die ladinischen Vertreter im Südtiroler Landtag: Vijo Pupp (1948–1968), Franz Demetz (1968–1978), Hugo Valentin (1978–1993), Carlo Willeit (1993–2003), Florian Mussner (von 2003 bis heute). Der DC-Politiker Albino Dell'Antonio aus St. Ulrich schaffte bei den Landtags- bzw. Regionalratswahlen 1952 den Einzug in den Südtiroler Landtag, von wo aus er auch in die Landesregierung gewählt wurde. Seine Laufbahn im Landtag endete nach vierjähriger Amtszeit 1956. Valerius Dejaco wird auch manchmal in die Reihe der ladinischen Landtagsabgeordneten aufgenommen. Sein Vater stammte aus dem Gadertal, er selbst wuchs in Brixen auf, wo er auch lebte und darum nur mehr einen sehr beschränkten Bezug zum Heimattal seiner Vorfahren hatte.

- 46 Von ladinischer Seite wurde der Wunsch geäußert, dass bei der externen Berufung ladinischer Mitglieder der Landesregierung die hohe Hürde der Zweidrittelmehrheit auf die absolute Mehrheit reduziert werde, da die ladinische Minderheit numerisch im Landtag meist nur mit einem/r MandatarIn vertreten ist und somit (fast) ausschließlich auf das Wohlwollen anderer Sprachgruppen angewiesen ist.
- 47 Der fassaladinische Kammerabgeordnete Bepe Detomas war in den 90er-Jahren Vertreter des Trentino in der Zwölferkommission.

---

## Literaturverzeichnis

- Alcock*, Antony Evelyn (1970). *The History of the South Tyrol Question*, London: Michael Joseph
- Andreatta*, Giampaolo/*Pace*, Silvio (1981). *La Provincia Autonoma di Trento. Itinerario dell'Autonomia*, Trento: Saturnia
- Battisti*, Carlo (1931). *Popoli e lingue nell'Alto Adige*, Firenze: F. Le Monnier
- Battisti*, Carlo (1937). *Storia della "Questione Ladina"*, Firenze: F. Le Monnier
- Battisti*, Carlo (1962). *Le Valli Ladinie dell'Alto Adige e il pensiero dei linguisti italiani sulla unità dei dialetti ladini*, Firenze: F. Le Monnier
- Berloffo*, Alcide (2004): *Gli anni del Pacchetto. Ricordi raccolti da Giuseppe Ferrandi*, Bozen: Edition Raetia
- Brix*, Emil (1982). *Die Umgangssprachen in Altösterreich zwischen Agitation und Assimilation. Die Sprachenstatistik in den zisleithanischen Volkszählungen 1880 bis 1910*, Wien/Köln/Graz: Böhlau
- Calliari*, Fabio (1991). *La minoranza ladino-dolomitica. Costituzione, Statuto d'autonomia, leggi regionali e provinciali*, Rimini: Maggioli
- Clementi*, Siglinde/*Woelk*, Jens (Hg.) (2003). *Zehn Jahre Streitbeilegung im Südtirolkonflikt zwischen Italien und Österreich*, Baden Baden: Nomos
- Dorsch-Craffonara*, Helga (1982). *Die ersten dolomitenladinischen Zeitungen*, Ladinia, VI, 155–173
- Durnwalder*, Meinhard (2005). *Die Reform des Südtiroler Autonomiestatutes. Das Verfassungsgesetz Nr. 2/2001: Entstehung, Inhalt und Auswirkungen auf die Autonome Provinz Bozen-Südtirol*, Innsbruck: Studia
- Eisterer*, Klaus/*Steiniger*, Rolf (Hg.) (1989). *Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus*, Innsbruck: Haymon
- Fontana*, Josef (1981): *Die Ladinerfrage in der Zeit 1918 bis 1948*, in: *Ladinia*, V, 151–220
- Gehler*, Michael (Hg.) (2003). *Verspielte Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 in US Geheimdienstberichten und österreichischen Akten. Eine Dokumentation*, Innsbruck: Wagner
- Gehler*, Michael (2003). *Vollendung der Bilateralisierung als diplomatisch-juristisches Kunststück: Die Streitbeilegungserklärung zwischen Italien und Österreich 1992*, in: *Clementi*, Siglinde/*Woelk*, Jens (Hg.). *Zehn Jahre Streitbeilegung im Südtirolkonflikt zwischen Italien und Österreich*, Baden Baden: Nomos, 17–82

- Graf Vitzthum*, Wolfgang (Hg.) (2007). *Völkerrecht*, Berlin: De Gruyter
- Herre*, Paul (1927). *Die Südtiroler Frage. Entstehung und Entwicklung eines europäischen Problems der Kriegs- und Nachkriegszeit*, München: Beck
- Hilpold*, Peter (2001). *Aspetti internazionali dell'autonomia dell'Alto Adige*, in: *Marko, Joseph/Ortino, Sergio/Palermo, Francesco* (Hg.). *L'ordinamento speciale della Provincia autonoma di Bolzano*, Padova: Cedam, 89–100
- Hilpold*, Peter (2001). *Modernes Minderheitenrecht. Eine rechtsvergleichende Untersuchung des Minderheitenrechtes in Österreich und in Italien unter besonderer Berücksichtigung völkerrechtlicher Aspekte*, Wien: Manz/Baden-Baden: Nomos/Zürich: Schulthess
- Hilpold*, Peter (2003). *Der Südtiroler Weg völkerrechtlicher Stufenlösung im europäischen Vergleich*, in: *Clementi, Siglinde/Woelk, Jens* (Hg.). *Zehn Jahre Streitbeilegung im Südtirolkonflikt zwischen Italien und Österreich*, Baden Baden: Nomos, 109–117
- Hilpold, Peter/Perathoner, Christoph* (Hg.) (2005): *Die Ladinier. Eine Minderheit in der Minderheit*, Wien/Bozen/Zürich: NWR/Athesia/Schulthess
- Hilpold, Peter/Perathoner, Christoph* (2006). *Die Schutzfunktion des Mutterstaates im Minderheitenrecht. Eine völkerrechtliche und europarechtliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Schutzfunktion Österreichs gegenüber der deutsch- und ladinischsprachigen Volksgruppe in Südtirol sowie der Diskussion um das ungarische Statusgesetz*, Berlin/Bern/Bozen/Wien: NVW/Athesia/BWV/Stämpfli
- Joly*, Wolfgang (1998). *Standschützen. Die Tiroler und Vorarlberger k.k. Standschützen-Formationen im Ersten Weltkrieg. Organisation und Einsatz*, Innsbruck: Wagner
- Kattenbusch*, Dieter (1992). *Der Ladinerverein in Innsbruck (1905/1912 bis 1915)*, in: *Ladinia*, XVI, 91–96
- Karl*, Wolfram (1983). *Vertrag und spätere Praxis im Völkerrecht. Zum Einfluß der Praxis auf Inhalt und Bestand völkerrechtlicher Verträge*, Berlin/Heidelberg: Springer
- Marko, Joseph/Ortino, Sergio/Palermo, Francesco* (Hg.) (2001). *L'ordinamento speciale della Provincia autonoma di Bolzano*, Padova: Cedam
- Miehsler*, Herbert (1962). *Südtirol als Völkerrechtsproblem*, Graz/Wien/Köln: Styria
- Mischi*, Giovanni (1994). *Der Weg des Ladinischen in den Stand der Amtssprache*, in: *Der Schlern*, 68, 337–341
- Müller*, Jörg Paul (1971). *Vertrauensschutz im Völkerrecht*, Köln/Berlin: Heymann
- Neuhold, Hanspeter/Hummer, Waldemar/Schreuer, Christoph* (1997). *Österreichisches Handbuch des Völkerrechts*, Band 1, 3. Auflage, Wien: Manz
- Palla*, Luciana (1991). *Fra realtà e mito. La grande guerra nelle valli ladine*, Vigo di Fassa: Istitut Cultural Ladin Majon di Fascegn
- Palla*, Luciana (1995). *Vicende di guerra sulle Dolomiti (1914–1918). Soldati e popolazioni nella zona del fronte del Col di Lana, Seren del Grappa*: Edizioni DBS
- Palla*, Luciana/*Demetz, Karin* (1989). *I Ladins y les Opziuns*, in: *Ladinia*, XIII, 69–73
- Perathoner, Christoph* (1998). *Die Dolomitenladiner. Ethnisches Bewusstsein und politische Partizipation 1848–1918*, Wien/Bozen: Folio
- Pizzorusso*, Alessandro (1976): *Problemi di tutela della „minoranza nella minoranza“*, in *Giurisprudenza costituzionale*, XXI, 4, 607–610

- Richebuono*, Bepe (1992): Kurzgefasste Geschichte der Dolomitenladiner. San Martin de Tor: Institut Cultural Ladin Micura de Rü
- Rifesser*, Theodor (1992). Die Schulordnung an den Schulen der zwei ladinischen Täler der Provinz Bozen/Südtirol, in: *Europa Etnica*, 49, 2, 76–89
- Rifesser*, Theodor (2005). Die ladinische Schule in Südtirol – Gegenwart und Zukunftsperspektiven, in: *Hilpold*, Peter/*Perathoner*, Christoph (Hg.): *Die Ladiner. Eine Minderheit in der Minderheit*, Wien/Bozen/Zürich: NWR/Athesia/Schulthess, 117–128
- Riz*, Roland (2005). Der verfassungsrechtliche Schutz der Ladiner in der Republik Italien, in: *Hilpold*, Peter/*Perathoner*, Christoph (Hg.): *Die Ladiner. Eine Minderheit in der Minderheit*, Wien/Bozen/Zürich: NWR/Athesia/Schulthess, 85–106
- Riz*, Roland/*Happacher Brezinka*, Esther (2003). Grundzüge des italienischen Verfassungsrechts unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Aspekte der Südtiroler Autonomie, Innsbruck: Studia
- Schmidt*, Hatto (2012). Welches Rumantsch führt in die Zukunft?, in: *Dolomiten*, 08.02.2012, 23
- Schmid*, Heinrich (1989). Eine einheitliche Schriftsprache: Luxus oder Notwendigkeit? Zum Problem der überregionalen Normierung bei Kleinsprachen. Erfahrungen in Graubünden. San Martin de Tor/Vich de Fascia: Istitut Cultural Ladin „Micurá de Rü“/Istitut Cultural Ladin „Majon di Fascegn“
- Schweinsfurth*, Theodor (2006). *Völkerrecht*, Tübingen: Mohr Siebeck
- Steinacher*, Gerald (2000). Südtirol und die Geheimdienste 1943–1945, Innsbruck/Wien: Studienverlag
- Steininger*, Rolf (1997). Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit, Innsbruck/Wien: Studienverlag
- Stolz*, Otto (1934) *Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol im Lichte der Urkunden*, Bd. IV, München/Berlin: R. Oldenburg
- Suppan*, Arnold/*Stourzh*, Gerald/*Mueller*, Wolfgang (Hg.) (2005). *Der österreichische Staatsvertrag: Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität The Austrian State Treaty: International Strategy, Legal Relevance, National Identity*, Wien: VÖAW
- Weisgerber*, Leo (1961). *Vertragstexte als sprachliche Aufgabe. Formulierungs-, Auslegungs- und Übersetzungsprobleme des Südtirolabkommens von 1946*, Wien: Bouvier
- Widmann*, Franz (1998). *Es stand nicht gut um Südtirol. 1945–1972. Von der Resignation zur Selbstbehauptung. Aufzeichnungen der politischen Wende*, Bozen: Edition Raetia
- Videsott*, Paul (1997). Das dolomitenladinische Sprachplanungsprojekt SPELL, in: *Ladinia XXI*, 193–204
- Videsott*, Paul (2008). Eine Frage der Gerechtigkeit. Die Rückkehr der drei ladinischen Gemeinden zu Südtirol, in: *Der Schlern*, 83, 7, 32–45
- Videsott*, Paul (2010). „Ladinische Einheit“ zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Sprachnormierung und des Sprachausbaus im Dolomitenladinischen, in: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen*, 4, 2, 177–190
- Videsott*, Paul (2011a). Brauchen die Dolomitenladiner eine gemeinsame Schriftsprache? Überlegungen zu einer weiterhin aktuellen Streitfrage, in: *Der Schlern*, 85, 9, 18–37
- Videsott*, Paul (2011b). Im Schatten des großen Bruders: Die Ladiner zwischen alten Trennungen und neuem Zusammengehörigkeitsgefühl, in: *Grote Georg/Siller*, Barbara (Hg.): *Südtirolismen – Erinnerungskulturen, Gegenwartsreflexionen, Zukunftsvisionen*. Innsbruck: Wagner, 293–304

- Videsott, Paul* (2011c). Zur Standardisierung der europäischen Schriftsprachen. Eine Überlegung aus der Sicht von Minderheitensprachen, in: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen*, 4, 239–259
- Zaffi, Davide* (2008): Ladinische Volksabstimmung, in: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen*, 1, 59–63
- Zeller, Karl* (1989). Das Problem der völkerrechtlichen Verankerung des Südtirol-Pakets und die Zuständigkeit des internationalen Gerichtshofes, Wien: Braumüller



## Abstracts

### **Il gruppo linguistico ladino in Alto Adige ed il Secondo Statuto d'Autonomia**

Il gruppo linguistico ladino è una minoranza caratterizzata al proprio interno da separazioni. Il territorio delle Dolomiti ladine è suddiviso dagli anni 1923 e 1927 tra le tre province di Bolzano, Trento e Belluno. Sulla base di diverse condizioni quadro l'etnia ladina si è sviluppata in ciascuna provincia in maniera differente. In Alto Adige la minoranza ladina, grazie alla sua vicinanza alla minoranza tedesca, ha trovato le condizioni più favorevoli. La minoranza può fare riferimento ai diritti delle minoranze garantiti a livello internazionale che sono parte integrante dei diritti di tutela sanciti dal secondo Statuto di Autonomia. In un periodo caratterizzato da una generale crescita economica nelle vallate ladine, in particolare nel corso degli anni '70, '80 e '90, è stata aperta la via al rafforzamento della consapevolezza etnica. In alcuni ambiti i ladini dell'Alto Adige sono ancora discriminati, come ad esempio nell'accesso alla magistratura nell'ambito del Tribunale amministrativo di Bolzano o nel diritto di rappresentanza nella Commissione dei Sei e dei Dodici. A queste carenze si sta cercando di ovviare. Non vi è ancora accordo riguardo ad una lingua ladina unitaria, mentre solamente gli sviluppi futuri potranno dare una risposta riguardo alla possibilità di realizzare l'annessione dei Comuni ladini della provincia di Belluno all'Alto Adige.

## La grupa de rujeneda ladina te Sudtiroi y l Segundo Statut d'autonomia

La grupa de rujeneda ladina ie na mendranza senieda da spartizions. L raion ladin dla dolomites ie spartì su dai ani 1923 y 1927 incà te la trèi provinzies de Bulsan, Trënt y Belun. Pervia dl cuntest politic defrënt se à la etnia ladina svilupà te uni provinzia autramënter. De gra nce ala prejënza dla mendranza de rujeneda tudëscia à i ladins de Sudtiroi abinà de miëura cundizions. I possa se stizé sun dërc de mendranza che fej pert di dërc de scunanza dl Segundo Statut d'autonomia y che ie segurei dal dërt nternaziunel. Cun l svilup economich tla valedes ladines – dantaldut ti ani '70, '80 y '90 – vën su n sentiment etnich plu sterch. Te vel' ciamp ie i ladins dl Sudtiroi mo descriminei: i ne possa p. ej. nia diventé giudesc dl tribunal aministratif a Bulsan o cumëmbri tla cumiscion di sies y tla cumiscion di dodesc. De chësc vieres vëniel laurà. Minonghes defrëntes iel mo n cont dl ladin standard, y mé l daunì nes dijerà sce l ie mesun a tò ite i chemuns ladins dla provinzia de Belun tl Sudtiroi.

### South Tyrol's Ladin Language Group and the Second Statute of Autonomy

The Ladin language group is a minority moulded by segregation. The area in which the language known as Ladin Dolomiten is spoken has been divided into three provinces since 1923–1927: Bolzano, Belluno and Trento. As a result of this division, the Ladin ethnic group has developed differently in each province. The Ladins living in South Tyrol enjoyed favourable conditions as a result of protection afforded by the German minority: today, the Ladins living here can invoke all those rights guaranteed to minorities by the Second Statute of Autonomy. Strong economic growth in the Ladin-speaking valleys, particularly from the 1970s through the 1990s, also paved the way for a marked strengthening of ethnic identity. The Ladin language group still faces discrimination in a handful of areas. Ladin speakers are, for example, still refused access to judgeships at the administrative court in Bolzano and lack the right of representation in certain commissions. Those barriers are already under discussion. Still, there is no consensus when it comes to a unified Ladin language, and only time will tell if incorporating the Ladin communities of Belluno into South Tyrol is at all possible.

Roberta Medda-Windischer

## Immigrazione e minoranze storico-tradizionali: la gestione della diversità delle nuove minoranze in Alto Adige/Südtirol

La gestione della diversità delle *nuove* minoranze originate dalla migrazione internazionale assume in Alto Adige/Südtirol caratteristiche di unicità per la presenza, oltre del gruppo linguistico italiano, di gruppi linguistici autoctoni, e cioè le comunità storico-tradizionali di lingua tedesca e ladina (i cosiddetti *vecchi* gruppi minoritari).<sup>1</sup> Nelle pagine che seguono si cercherà di comprendere se, dal punto di vista del territorio autonomo dell'Alto Adige/Südtirol, le politiche volte a tutelare le minoranze tradizionali e le nuove minoranze originate dalla migrazione agevolino o contrastino la creazione di una società pluralistica e tollerante.<sup>2</sup>

### 1. Immigrazione internazionale in Alto Adige/Südtirol: verso il superamento dell'approccio *NIMBY*?

Rispetto ad altre regioni europee, in Alto Adige/Südtirol la migrazione di cittadini stranieri è un fenomeno piuttosto recente, sebbene ormai consolidato e caratterizzato dalla tendenza, in rapida crescita, alle stabilizzazioni a lungo termine, soprattutto nelle aree urbane. L'aumento del numero dei lavoratori e delle lavoratrici

provenienti dall'Europa orientale è inoltre una delle principali caratteristiche dell'ultimo decennio (cfr. ASTAT 2011; Medda-Windischer et al. 2011b). La crescita delle presenze a lungo termine colpisce in modo particolare nel contesto altoatesino poiché esso è sempre stato caratterizzato dalla presenza di lavoratori stagionali, impiegati soprattutto in agricoltura e nel turismo.

Il principale partito politico dell'Alto Adige/Südtirol, la *Südtiroler Volkspartei* (Svp), ha finora mantenuto una posizione piuttosto *difensiva* nei confronti della migrazione e della diversità che essa apporta, e ciò scaturisce direttamente dalla principale finalità di tale partito, che è la tutela e la promozione dei diritti delle minoranze di lingua tedesca e ladina in Alto Adige/Südtirol (cfr. *Südtiroler Volkspartei* 1993, par. 2). A questo proposito, il programma della Svp afferma: “la *Südtiroler Volkspartei* considera tra i principali obiettivi del partito la protezione dei diritti della popolazione autoctona e la protezione della nostra terra e della sua gente dall'infestamento (*Überfremdung*) attraverso una migrazione incrementata artificialmente ed incontrollata” (*Südtiroler Volkspartei* 1993, par. 5).<sup>3</sup> Si tratta della preoccupazione legittima di una minoranza che, durante il regime fascista, dovette subire dure forme di *italianizzazione* ed esprime il timore di divenire, in senso demografico, numericamente minoritaria e/o di perdere la propria identità. La domanda che ci si pone è in quale misura questo approccio *difensivo*, finanche di *esclusione*, influisca sulla gestione della diversità culturale dei migranti e dei loro familiari che vivono in Alto Adige/Südtirol.

In termini di competenze legislative in materia di immigrazione, lo Stato italiano ha la competenza esclusiva su varie questioni legate alla migrazione, come il controllo dei flussi attraverso le quote, i requisiti d'ingresso, la residenza,<sup>4</sup> l'espulsione, la cittadinanza, l'asilo e lo status di rifugiato, nonché gli accordi bilaterali per la riammissione nei Paesi d'origine.<sup>5</sup> Per quanto riguarda il sistema delle quote, in particolare i criteri e il numero dei lavoratori migranti ammessi, esse vengono stabilite ogni anno secondo le esigenze e le richieste economiche espresse a livello locale, ma la competenza rimane nell'ambito decisionale esclusivo dello Stato poiché le Regioni e le Province Autonome, inclusa la Provincia Autonoma di Bolzano, possono solamente esprimere pareri non vincolanti.<sup>6</sup> La normativa italiana prevede la distribuzione delle competenze tra livelli diversi, attribuendo alle Regioni e alle Province Autonome una serie di competenze che risultano cruciali per i migranti e per la gestione della loro diversità culturale, linguistica e/o religiosa nelle comunità che li ospitano. In particolare, le Regioni e le Province Autonome sono competenti in materia di programmazione e coordinamento delle politiche e delle attività finalizzate all'inclusione sociale, culturale ed economica dei migranti in vari ambiti,

così come in materia di politiche per la sanità, istruzione,<sup>7</sup> alloggi,<sup>8</sup> partecipazione alla vita pubblica,<sup>9</sup> ed azioni contro la discriminazione.<sup>10</sup>

Malgrado la competenza legislativa di cui gode la Provincia di Bolzano (qui di seguito citata come la “Provincia”) in una serie di ambiti che influiscono direttamente o indirettamente sull’immigrazione, per lungo tempo essa non si è avvalsa di tale prerogativa e per questa ragione l’Alto Adige/Südtirol è stata una delle pochissime regioni/province italiane ad essersi dotata con grande ritardo di una propria legge specifica in materia di immigrazione e d’integrazione.<sup>11</sup> La riluttanza della Giunta e del Consiglio provinciale in tal senso potrebbe essere attribuita al cosiddetto *effetto specchio*,<sup>12</sup> e al timore di aprire un *vaso di Pandora* con tutte le questioni irrisolte, sottese ai rapporti tra i principali gruppi linguistici: quello tedesco e quello italiano.

Per comprendere l’approccio che le autorità provinciali hanno finora tenuto nei confronti della migrazione e della gestione delle diversità, è utile richiamare, quale premessa, il discorso ufficiale, rivolto dal Presidente della Provincia al Consiglio provinciale, in occasione dell’inizio del suo attuale mandato. In riferimento all’integrazione dei migranti, Luis Durnwalder disse: “[...] integrazione non dovrebbe equivalere ad assimilazione. Gli immigrati non si trasformeranno in tirolesi, non devono farlo. Ciascuno manterrà e curerà la propria identità, nel rispetto degli altri e delle disposizioni vigenti” (Durnwalder 2008).

L’esempio che segue è emblematico di come venga gestita, perlomeno a livello istituzionale, la migrazione in Alto Adige/Südtirol. La normativa italiana definisce varie istituzioni competenti a livello locale in materia di immigrazione ed integrazione, in particolare gli Osservatori regionali/provinciali, con compiti e funzioni di monitoraggio ed informazione nonché di assistenza alle vittime della discriminazione.<sup>13</sup> In Alto Adige/Südtirol tale Osservatorio venne istituito all’inizio del 2003 e svolse una serie di significative attività che spaziavano dalla raccolta e analisi di informazioni all’assistenza alle vittime di varie forme di discriminazione, ma nel 2008 esso ha semplicemente cessato di esistere. L’Osservatorio provinciale era stato infatti creato come progetto a termine e non venne mai convertito in un’istituzione della Provincia, permanente o a lungo termine. Le ragioni principali dell’interruzione del suo lavoro sono state probabilmente da ricondurre alla mancanza di volontà politica e al disinteresse per la tematica, uniti forse all’intenzione di non scontentare una parte dell’elettorato che poteva interpretare il finanziamento di tale organo come una *distrazione* di fondi altrimenti destinabili ad attività più utili ad altri scopi, soprattutto se dirette alle comunità autoctone (cfr., *Alto Adige* 2008a, 13; *Dolomiten* 2008, 14; *Alto Adige* 2008b, 13).<sup>14</sup>

Finalmente, nell'autunno 2011 la Legge Provinciale sull'Integrazione delle cittadine e dei cittadini stranieri (Legge Provinciale n. 12 del 28 ottobre 2011, di seguito denominata "Legge Provinciale sull'Integrazione") è stata adottata, e con essa è stata data, da una parte, legittimità giuridica ed operativa al *Servizio Coordinamento Immigrazione* (creato nel 2009 presso la Ripartizione Lavoro) e, dall'altra, sono stati creati ex-novo il Centro di Tutela contro le Discriminazioni<sup>15</sup> e la Consulta Provinciale per l'Immigrazione.<sup>16</sup> Una parte considerevole delle funzioni e dei compiti di tali organi – il Servizio, il Centro e la Consulta – sono stati rimandati a specifici regolamenti di attuazione che, al momento della stesura del presente contributo, sono ancora in corso di elaborazione tramite gruppi di lavoro istituiti ad hoc dall'Assessorato al Lavoro e all'Immigrazione e composti da rappresentanti della società civile, ricerca, associazionismo e sindacati. Fra gli articoli della Legge Provinciale sull'Integrazione sono da menzionare, oltre alle norme sulla creazione degli organi sopracitati e quelle sul Programma Pluriennale sull'Immigrazione, che definirà le priorità d'intervento delle azioni che la Provincia adotterà in tema di integrazione, la norma che definisce il termine *integrazione*, che dà anche il titolo alla legge provinciale. *Integrazione* viene intesa nel testo normativo come "un processo di *scambio e dialogo reciproco*",<sup>17</sup> sulla linea sia del Programma dell'Aia del Consiglio europeo (2004) che definisce l'integrazione quale "processo dinamico e bilaterale di *adeguamento reciproco* da parte di immigrati e residenti degli Stati membri",<sup>18</sup> e sia del Testo Unico sull'Immigrazione che, all'art. 4-bis in tema di Accordo di Integrazione, definisce *integrazione* come quel "processo finalizzato a promuovere la convivenza dei cittadini e degli stranieri, nel rispetto dei valori della Costituzione, con il *reciproco impegno* a partecipare alla vita economica, sociale e culturale della società".<sup>19</sup> Inoltre, è da segnalare che la Legge Provinciale sull'Integrazione pone fra gli obiettivi primari dell'azione della Provincia "il reciproco riconoscimento e la valorizzazione delle identità culturali, religiose e linguistiche".<sup>20</sup> È, tuttavia, al momento prematuro prevedere come gli impegni formulati nel testo della legge provinciale saranno attuati e messi in pratica.

Malgrado i segnali piuttosto timidi e, almeno fino all'adozione della legge provinciale, poco convinti e convincenti in materia di immigrazione e integrazione – in questo senso il riferimento è rivolto al forte ritardo nell'adozione di una legge sull'integrazione dei cittadini/e stranieri/e, e alla chiusura di un organo importante come l'Osservatorio provinciale sulle immigrazioni, sebbene recentemente *rivitalizzato* con la creazione del *Servizio di Coordinamento Immigrazione* con analoghe funzioni – è soprattutto la pratica sul campo che viene considerata, secondo diverse fonti, ampiamente positiva. Secondo recenti indagini condotte in Alto Adige/Südti-

rol tra gli stranieri provenienti da Paesi a basso reddito, viene riconosciuto complessivamente un rapporto positivo con il territorio, in particolare in termini di partecipazione alla vita sociale, di uso della lingua italiana – molto più del tedesco – di interesse diffuso per la vita politica e i media locali e di contatti con i gruppi autoctoni, specialmente con la comunità di lingua italiana (cfr. Medda-Windischer et al. 2011c; Lainati et al. 2007).

Questi dati sono stati confermati da uno studio nazionale condotto dal Consiglio Nazionale dell'Economia e del Lavoro (CNEL) sull'integrazione dei migranti in diverse province italiane, secondo il quale la Provincia di Bolzano è tra quelle con il livello di integrazione più alto in Italia, misurato attraverso una complessa serie di indici che includono, tra le altre cose, alloggi adeguati, lavoro, ricongiungimenti familiari, tasso di criminalità.<sup>21</sup>

L'approccio *difensivo* nei confronti della migrazione, pubblicamente manifestato da molti partiti in Alto Adige/Südtirol, non può essere tuttavia completamente ascritto alla legittima preoccupazione di tutelare le minoranze di lingua tedesca e ladina, ma è anche legato alla più generale crescita dei partiti di estrema destra e alle loro campagne anti-immigrazione nella maggior parte delle elezioni nazionali e locali europee, incluso l'Alto Adige/Südtirol.<sup>22</sup>

Per comprendere l'approccio che permea il dibattito in tema di immigrazione e integrazione in Alto Adige/Südtirol è interessante ricordare una polemica che divampò qualche anno fa e che coinvolse settori importanti dell'economia altoatesina: ci si interrogava se fosse nell'interesse strategico dell'economia altoatesina sostenere lo sviluppo dell'industria (Angelucci 2005). Oltre agli interessi divergenti dei cittadini di lingua tedesca, da una parte, e di quelli di lingua italiana, dall'altra (mentre i primi vivono prevalentemente nelle zone rurali e nelle vallate e si occupano maggiormente di agricoltura e turismo, i secondi vivono in prevalenza nei centri urbani e sono occupati di conseguenza in maggiore misura nei segmenti industriali dell'economia), nel quadro della discussione si parlò anche di approcci diversi nei confronti della manodopera straniera. In effetti, il settore agricolo e quello turistico impiegano in larga misura lavoratori stagionali provenienti dall'Europa dell'est, che, oltre ad essere culturalmente *contigui* al gruppo di lingua tedesca e a possedere spesso la cittadinanza europea, lavorano per definizione per periodi limitati e tendono a lasciare le famiglie nel Paese d'origine (cfr. Provincia Autonoma di Bolzano 2008a, 143-169; Provincia Autonoma di Bolzano 2007). L'industria, al contrario, tende ad occupare migranti più stabili o permanenti, per lo più cittadini provenienti da Paesi extra UE, come ad esempio il Pakistan e i Paesi africani, e quindi minoranze cosiddette *visibili*<sup>23</sup> che, a causa della distanza dai loro Paesi d'origine e

della tipologia del lavoro, tendono a portare le famiglie in Alto Adige/Südtirol, con conseguente iscrizione dei propri figli a scuola e la maggiore frequenza del ricorso ai servizi pubblici, dalla sanità agli alloggi (Provincia Autonoma di Bolzano 2008). In questo caso, il Presidente della Provincia, sostenuto dai rappresentanti degli agricoltori e degli albergatori, assunse una posizione nettamente contraria all'espansione dell'area industriale in questione, anche per via dell'aumento di lavoratori migranti che tale espansione avrebbe comportato (Angelucci 2005).

Più di recente, la Svp ha preso posizione nell'ambito del dibattito relativo all'opportunità di *selezionare* i lavoratori migranti sulla base della nazionalità, dando la preferenza ai migranti dai Paesi dell'Europa centrale e orientale, visto che si ritiene che essi si integrino più facilmente nella società altoatesina (Durnwalder 2010, 6); la proposta è stata comunque subito accantonata, a causa delle forti resistenze dei rami più liberali del partito stesso, dei partiti all'opposizione e degli attivisti per i diritti umani. La posizione del Presidente della Provincia sembra dunque essere quella ribadita in più occasioni; l'Alto Adige/Südtirol dovrebbe evitare di richiedere quote di lavoratori stranieri "non compatibili con l'attuale situazione del mercato del lavoro" sia in termini numerici, sia in termini di qualifiche (Durnwalder 2009, 26; Durnwalder 2008).<sup>24</sup>

In conclusione, l'Alto Adige/Südtirol ha chiaramente superato la fase della *scoperta* della migrazione e riconosce ora la necessità di flussi migratori. Ma, quando si passa all'identità culturale e alle politiche che vanno oltre le esigenze più pratiche ed immediate dei migranti – nei cui confronti la Provincia ha sempre dimostrato generalmente apertura e generosità in termini di servizi e di lavoro – l'approccio è piuttosto difensivo e si accettano con riluttanza identità multiple o composite.

L'approccio prevalente in tema di migrazione, almeno fino all'adozione della Legge Provinciale sull'Integrazione, non può dunque essere definito post-etnico, o interculturale: l'orientamento che attualmente prevale può essere meglio descritto in termini di *NIMBY* (*Not-In-My-Back-Yard*), un atteggiamento che privilegi l'assistenza nel Paese d'origine dei migranti – come affermato nel programma della Svp<sup>25</sup> – e che consenta ai migranti, indispensabili all'economia locale, di accedere a servizi e sussidi, lasciando però *preferibilmente* alla comunità di lingua italiana le questioni legate all'identità, le controversie connesse alla diversità (quando si tratta ad esempio di stabilire dove costruire una moschea), i rapporti tra studenti e docenti a scuola e così via, in sostanza le questioni più spinose in materia di gestione delle diversità.

A questo proposito, oltre alla norma prevista dalla Legge Provinciale sull'Integrazione in merito alla valorizzazione delle identità culturali, religiose e linguisti-



che (art. 2), alcuni segnali di cambiamento potrebbero emergere dall'emendamento introdotto nella recente normativa nazionale voluto dal governo provinciale teso ad inserire, limitatamente all'Alto Adige/Südtirol, un test non obbligatorio di conoscenza della lingua tedesca per il rilascio del permesso di soggiorno.<sup>26</sup> Sebbene tale requisito, la conoscenza della lingua tedesca, non sia il risultato di un rapporto dialogico autenticamente aperto e sincero tra i *vecchi* e i *nuovi* gruppi minoritari che vivono in Alto Adige/Südtirol, esso potrebbe comunque tradursi nel primo passo di un processo di avvicinamento tra tali gruppi, e potrebbe colmare quella distanza fra cittadini stranieri e gruppo linguistico di lingua tedesca che recenti studi individuano proprio nella limitata conoscenza della lingua tedesca da parte dei cittadini stranieri (Medda-Windischer et al. 2011c).

## 2. Vecchie e nuove minoranze: nemiche o alleate?

Il rapporto tra le minoranze tradizionali e quelle originate dall'immigrazione non è *intrinsecamente* in uno stato di conflitto permanente, come si potrebbe essere portati a ritenere. In effetti numerose minoranze storiche sono favorevoli all'arrivo degli immigrati e consentono loro di mantenere ed esprimere la loro identità, incoraggiando al contempo forme di inclusione nell'ambito della minoranza storico-tradizionale.

A riguardo il caso del Québec è emblematico: il Québec ha una politica proattiva nei riguardi dell'immigrazione abbinata al controllo della stessa (cfr. Kymlicka 2001). “Quarant'anni fa la stragrande maggioranza dei quebecchesi riteneva che per essere un vero *Québécois* si dovesse discendere dai coloni francesi; oggi meno del venti per cento della popolazione accetta questa visione.” (Kymlicka 2001, 282).<sup>27</sup> Questa apertura è riconosciuta dagli immigrati, che oggi sono molto più inclini rispetto al passato ad integrarsi nella società del Quebec, ed infatti diversi studi dimostrano che, mentre la vasta maggioranza degli immigrati di seconda generazione in Quebec diventavano anglofoni, oggi la maggior parte di loro si considera *Québécois* e tende ad impiegare la lingua francese nei rapporti familiari molto più frequentemente della lingua inglese (Kymlicka 2001).

Kymlicka riconduce sostanzialmente questo passaggio a ciò che definisce *post-ethnic form of minority nationalism* (una forma post-etnica di nazionalismo minoritario), alle stesse ragioni che sono intervenute per le maggioranze nazionali.

“Come le maggioranze nazionali, le minoranze nazionali spesso hanno bisogno di immigrati per riempire delle nicchie economiche o per controbilanciare una ten-

denza demografica negativa e cioè l'invecchiamento della popolazione unito al calo del tasso di natalità. Inoltre, è ormai chiaro che è difficile se non impossibile controllare del tutto la migrazione e che un certo livello di immigrazione continuerà certamente ad esservi. Di qui l'interesse crescente da parte delle minoranze nazionali per le modalità di integrazione degli immigrati nelle loro 'nazioni'. [...] Si stanno avvicinando ad una concezione dell'identità nazionale post-etnica e multi-culturale e pongono in evidenza l'integrazione linguistica ed istituzionale degli immigrati, accettando ed accogliendo al contempo l'espressione dell'etnicità degli immigrati" (Kymlicka 2011, 283).<sup>28</sup>

Kymlicka individua come fattori importanti per l'integrazione degli immigrati nell'ambito della minoranza nazionale, alcune forme di controllo che le minoranze tradizionali dovrebbero esercitare nei confronti dell'immigrazione, come il diritto di definire criteri propri in materia e di stabilire i propri obiettivi e livelli basati sul calcolo della capacità di assorbimento della società ospitante. Tuttavia, come ammette lo stesso Kymlicka, alcune decisioni rischiano di essere considerate illiberali o ingiuste (Kymlicka 2011, 286). In Quebec, ad esempio, sono state sistematicamente introdotte delle misure per accrescere il *prestigio* della lingua francese. Lo si è fatto sovvenzionando i servizi, l'istruzione e i media in lingua francese, ma anche con forme più pregnanti di pressione e coercizione, come le leggi che limitino l'accesso alle scuole in lingua inglese a favore di quelle in lingua francese, gli incentivi e le pressioni volti ad assicurare che la maggior parte degli immigrati entri a far parte della società francofona del Québec, norme che sanciscano l'uso del francese nelle insegne commerciali e norme che riconoscano ai lavoratori dipendenti il diritto di parlare francese sul posto di lavoro (Kymlicka 2011).

In altri termini, si è stabilito, non solo un controllo rispetto al *volume* dell'immigrazione – come forma di tutela rispetto ad eventuali politiche nazionali inique, tese ad un esautoramento politico – ma anche un controllo sulle *condizioni dell'integrazione*, e cioè sulle politiche volte ad incoraggiare o persino ad indurre alcuni processi d'integrazione. In questo quadro, i politici in Quebec sono riusciti a convincere i *Québécois* che gli immigrati avrebbero contribuito alla società *Québécois* e a convincere altresì gli immigrati a tendere verso l'integrazione nella società francofona piuttosto che in quella anglofona (Kymlicka 2011).

Il filosofo canadese sottolinea anche altri aspetti in materia di immigrazione, che egli presenta per chiarire la differenza fra l'approccio canadese e quello europeo verso il multiculturalismo, in quanto rilevanti ai fini di ottenere il sostegno della società maggioritaria a favore di politiche che accolgono la diversità di cui le nuove minoranze originate dalla migrazione sono portatrici: (1) *migrazione legale-*

*illegale*: è difficile ottenere un sostegno generalizzato da parte della popolazione a favore di misure a sostegno della diversità degli immigrati se coloro che ne beneficiano principalmente vengano percepiti come soggetti entrati illegalmente nel Paese, perché l'obiezione morale in tal senso è forte; (2) *pratiche liberali-illiberali*: analogamente, è difficile ottenere un sostegno generalizzato da parte della popolazione per le politiche multiculturali se i gruppi principali beneficiari di tali politiche siano percepiti come latori di pratiche culturali illiberali, che violino le norme dei diritti umani, e se si ritiene che possano invocare il multiculturalismo proprio per mantenere tali pratiche (ad esempio, pratiche come i matrimoni combinati di minorenni, mutilazioni genitali femminili, delitti d'onore); ed infine, (3) *contribuenti-pesi economici*: è difficile mantenere il sostegno per il multiculturalismo da parte della popolazione nel suo complesso se gli immigrati che beneficerebbero delle politiche multiculturali siano percepiti come un peso per il welfare, nel senso che godono dei suoi benefici più di quanto vi contribuiscano. Si tratta perciò di fattori legati alla convenienza economica, nei quali figura altresì una forte componente morale (Kymlicka 2007, 52-59).

In conclusione, la probabilità che una minoranza storico-tradizionale adotti una forma pluralistica, post-etnica di pro-sovrànità minoritaria (*minority pro-sovereignty*) che includa anche le nuove minoranze originate dall'immigrazione dipende largamente dalla capacità della minoranza storico-tradizionale di esercitare delle forme di controllo sull'immigrazione, in termini di criteri, obiettivi e livelli della stessa, basati sulla *capacità di assorbimento* della loro società. Come detto precedentemente, tutto ciò è poi basato su una tensione continua tra norme liberali basate su scelte individuali – che possono persino condurre al ritorno verso forme di *nazionalismo etnico* – e l'eventualità di accettare deroghe a tali norme allo scopo di consolidare forme civiche di pro-sovrànità minoritarie (Kymlicka 2001, 275-89).

In Alto Adige/Südtirol, malgrado la “istituzionalizzazione legale dell'etnicità” (Marko 2008, 371-388, 386) che cementa la divisione etnica nell'ambito pubblico e in taluni ambiti della vita privata, il cosiddetto “effetto Mida” secondo l'espressione di Marko (Marko 2008, 371-388, 386) nonché l'atteggiamento *NIMBY* nei confronti della diversità originata dall'immigrazione, “c'è un cambiamento continuo negli atteggiamenti e nei valori di fondo della società civile, che considera la differenza etnica non solo come un bene a sé stante, da tutelare, ma che considera anche la diversità culturale come un ‘reciproco arricchimento’, un ‘valore aggiunto’ e un vantaggio competitivo nell'emergente mercato europeo delle regioni” (Marko 2008, 388).<sup>29</sup> Alcune ricerche sociologiche indicano, inoltre, come la distanza etnica stia diminuendo in Alto Adige/Südtirol, per fare posto ad una *comune identifica-*

zione territoriale dei gruppi, specialmente tra la generazione più giovane e quella intermedia (Marko 2008, 371-388, 387-388).

Una *comune identificazione territoriale* in Alto Adige/Südtirol può essere alimentata da una comune identificazione morale ed emozionale con uno specifico territorio, che condivida dei principi costitutivi di base ed una concezione collettiva di sé: questo concetto di identificazione potrebbe essere idoneo anche ad integrare nelle comunità *mainstream* le nuove minoranze originate dalla migrazione. In una nazione concepita come collettività sociale, i cui stessi componenti si sentono una *nazione* – il “plebiscito quotidiano” di Renan – la lingua, la religione o lo statualismo condivisi non sono né necessari né sufficienti; è il sentimento dei soggetti che compongono una nazione a distinguerla come tale e quel sentimento può scaturire da uno solo o da tutti questi tratti o da qualcosa di completamente diverso, come potrebbe essere un territorio comune. In altri termini, il senso di appartenenza ad un territorio e ad un’organizzazione politica comune e la condivisione del destino con altri, che ne fanno altresì parte, sarebbe la base della *comune identità territoriale* invece della cultura o dei criteri che si basano sulla discendenza.

Una *comune identificazione territoriale*, come quella adottata dal Québec, ma anche dalla Catalonia (Amorosi March 2010), potrebbe aggregare e unire tutti gli individui che vivono in Alto Adige/Südtirol, indipendentemente dalla loro lingua e/o etnia e potrebbe rappresentare una forma di pro-sovranià minoritaria post-etnica che consideri la *nazione* come il risultato della *progressiva creazione* del gruppo stesso mediante forme di *unione libera e spontanea*, che implicino l’accettazione volontaria di principi comuni, un senso comune di appartenenza, la fedeltà alla comunità adottata e sentimenti concomitanti di reciproca fiducia tra gli individui che appartengano a questa organizzazione politica e che vivano sullo stesso territorio.

Tale identità territoriale comune sarebbe un’identità *aggiuntiva* rispetto alle singole appartenenze, siano esse agganciate alla lingua o alla religione, sul modello della cittadinanza europea rispetto alle cittadinanze dei singoli Stati membri dell’Unione europea. Si tratterebbe di un’identità comune e sovraordinata che quindi si sovrapporrebbe alle singole e multiple identità senza cancellarle, ma rispettandole e tutelando.<sup>30</sup> In quest’ottica possono essere lette le affermazioni che il Presidente Durnwalder ha pronunciato in occasione della presentazione del bilancio provinciale 2011, secondo le quali la Provincia debba agevolare: “una società che sia tollerante, ma che non faccia l’errore di confondere la tolleranza con la rinuncia alla propria identità, [...] in sintesi dobbiamo divenire *un’unica società*” (Durnwalder 2010).

La creazione di un’identità condivisa comune si baserebbe non solo su valori comuni – i diritti umani, la democrazia, la tolleranza, l’uguaglianza e il rispetto

dell'ambiente – ma anche su percezioni concernenti la lealtà, la fedeltà, l'impegno nei confronti delle sfide future, che non saranno limitate ad un gruppo specifico. In tal modo, tutti gli individui e i gruppi che vivono in Alto Adige/Südtirol condividerebbero fundamentalmente uno stesso futuro, in grado di unire le persone in una comunità più vasta, nonostante i legami emozionali tra gli individui che compongono tale comunità siano, almeno al momento, fragili e spesso distanti e posti su livelli apparentemente non comunicanti.<sup>31</sup>

---

## Note

- 1 Per un'analisi del tema *vecchie e nuove* minoranze, cfr. Medda-Windischer 2011a, e la monografia, Medda-Windischer 2010.
- 2 Com'è noto, l'autonomia altoatesina presenta una serie di caratteristiche: autonomia legislativa ed amministrativa, rappresentanza proporzionale su base linguistica, l'impegno nei confronti del bilinguismo ed infine una base finanziaria prevista per l'attuazione di tali disposizioni. Su tutti, si veda, in italiano, Marko et al. 2001, e, in tedesco, Marko et al. 2005.
- 3 Traduzione propria della citazione, dal tedesco.
- 4 Il cosiddetto "Pacchetto Sicurezza", adottato nel luglio del 2009 (legge n. 94/09) e che ha modificato in diversi punti il Testo Unico sull'Immigrazione (decreto legislativo n. 286/98, "*Testo Unico delle disposizioni concernenti la disciplina dell'immigrazione e norme sulla condizione dello straniero*", 25 luglio 1998, di seguito denominato "Testo Unico"), prevede un *Accordo di Integrazione* da sottoscrivere per ottenere un permesso di soggiorno di durata non inferiore ad un anno (art. 4-bis, Testo Unico). I requisiti dettagliati per l'ottenimento del nuovo permesso di soggiorno sono previsti nel Regolamento di attuazione ("*Regolamento recante la disciplina dell'Accordo di Integrazione tra lo straniero e lo Stato*", decreto del Presidente della Repubblica, 14 settembre 2011, n. 179) approvato in via definitiva dal Consiglio dei Ministri il 28 luglio 2011: il sistema si basa su un meccanismo *premiante*, in base al quale i migranti devono accumulare 30 punti nell'arco di due anni attraverso corsi di lingua, lezioni sulla Costituzione italiana, ma anche l'iscrizione al Servizio sanitario nazionale e la regolare iscrizione dei figli a scuola. Chiunque non riesca ad accumulare i punti richiesti entro i termini stabiliti, avrà un ulteriore anno a sua disposizione per soddisfare tutti i requisiti, pena l'espulsione. Inoltre, il permesso di soggiorno CE per soggiornanti di lungo periodo (ex carta di soggiorno) viene subordinato al superamento, da parte del richiedente, di un test di conoscenza della lingua italiana. In entrambi i casi – permesso di soggiorno e carta per lungo soggiornanti – limitatamente al territorio della Provincia di Bolzano, si potrà sostenere un test non obbligatorio di conoscenza della lingua tedesca. Cfr. Pro-

vincia Autonoma di Bolzano 2010a. Tale test di lingua tedesca non sarà obbligatorio nonostante la richiesta di alcuni parlamentari della Svp di renderlo obbligatorio quantomeno in alternativa al test in lingua italiana dato il principio di parità delle lingue ufficiali, italiana e tedesca, che vige nella Provincia di Bolzano. Cfr. Camera dei deputati 2011; Senato 2011. Per quanto riguarda il permesso di soggiorno ordinario (diverso da quello per lungo soggiornanti), il Regolamento di attuazione dell'Accordo di Integrazione (n. 179/2011) ha parzialmente accolto la richiesta dei parlamentari della Svp prevedendo che "lo svolgimento del test anche in lingua tedesca oltre che in lingua italiana, per gli stranieri residenti nella provincia di Bolzano, sia valutabile ai fini del riconoscimento di *crediti ulteriori*" (Artt. 6 (2) e 12 (2) del Regolamento di attuazione dell'Accordo di Integrazione, e Punto 8 dell'Allegato B del medesimo Regolamento) (corsivo aggiunto dall'autrice). È importante notare che all'atto della sottoscrizione dell'Accordo di Integrazione, lo straniero dovrà anche impegnarsi a rispettare la "Carta dei valori della cittadinanza e dell'integrazione" adottata nel 2006 dal Ministero dell'Interno con il sostegno di un Comitato scientifico composto, fra gli altri, dai membri della Consulta per l'Islam italiano istituita presso il Ministero dell'Interno come organo consultivo sulle questioni legate alle comunità islamiche in Italia. La Carta elenca i principali valori e principi della Costituzione italiana e della normativa europea in materia di diritti umani e si prefigge lo scopo di avere un valore promotore, informativo e pedagogico. Si veda il sito del Ministero dell'Interno all'indirizzo [http://www.interno.it/mininterno/site/it/sezioni/sala\\_stamp/speciali/carta\\_dei\\_valori/index.html](http://www.interno.it/mininterno/site/it/sezioni/sala_stamp/speciali/carta_dei_valori/index.html).

- 5 Si veda art. 117, Costituzione italiana. Sul punto, si veda, Palermo/Avolio 2004.
- 6 L'articolo 21 (1) del Testo Unico (Determinazione dei flussi di ingresso) prevede: "l'ingresso nel territorio dello Stato per motivi di lavoro [...] avviene nell'ambito delle quote di ingresso stabilite nei decreti [...]" con i quali, in base all'art. 3 (4) del Testo Unico (Politiche migratorie), il "Presidente del Consiglio dei Ministri, *sentiti* il Comitato (per il coordinamento e il monitoraggio), la Conferenza unificata (Stato, regioni, città ed autonomie locali) e le competenti Commissioni parlamentari" definisce annualmente "[...] le quote massime di stranieri da ammettere nel territorio dello Stato per lavoro subordinato [...]". L'art. 21 (4-bis) del Testo Unico precisa, inoltre, "il decreto annuale ed i decreti infra-annuali devono altresì essere predisposti in base ai dati sulla *effettiva richiesta di lavoro* suddivisi per regioni e per bacini provinciali di utenza [...]", e ancora, "le Regioni possono trasmettere, entro il 30 novembre di ogni anno, alla Presidenza del Consiglio dei Ministri, un rapporto sulla presenza e sulla condizione degli immigrati extracomunitari nel territorio regionale, contenente anche le indicazioni previsionali relative ai *flussi sostenibili* nel triennio successivo *in rapporto alla capacità di assorbimento del tessuto sociale e produttivo*". (Art. 21 (4-ter) del Testo Unico) (corsivi aggiunti dall'autrice).
- 7 L'istruzione è chiaramente un'area di cruciale rilevanza per le minoranze, in quanto importante strumento di tutela e promozione dell'identità minoritaria. Come molti aspetti della vita pubblica in Alto Adige/Südtirol, il sistema scolastico è, com'è noto, organizzato su base linguistica: in Provincia ci sono quindi scuole in cui tutte le materie sono insegnate o in tedesco o in italiano come lingua veicolare, ma in cui è obbligatorio apprendere l'altra lingua. Nel sistema scolastico strutturato in tal modo, gli stranieri possono scegliere se iscrivere i propri figli alle scuole di lingua tedesca o a quelle di lingua italiana.
- 8 Per quanto riguarda gli alloggi pubblici in Alto Adige/Südtirol, i cittadini di Stati non appartenenti all'Unione europea (i cosiddetti Paesi terzi) hanno diritto all'assegnazione di case popolari e, analogamente ai gruppi linguistici autoctoni, l'assegnazione avviene sulla base del fabbisogno e dei requisiti,

nonché del *sistema proporzionale*, che rifletta la loro effettiva consistenza sul territorio; ne risulta un calcolo complesso, basato sulla presenza di cittadini di Paesi terzi residenti (o di soggetti appartenenti ai gruppi di lingua italiana e tedesca/ladina), sui requisiti – come il numero dei componenti il nucleo familiare, gli anni di residenza e così via – nonché sul numero delle richieste: questo può comportare che certi gruppi, come quello di lingua italiana, si vedano assegnare un numero maggiore di alloggi rispetto a quanti ne giustifichi il loro effettivo peso numerico. Il diverso trattamento a cui la normativa provinciale sottopone i cittadini di Stati membri dell’Unione europea e i cittadini di Paesi terzi per quanto riguarda il cosiddetto “sussidio casa” destinato ai locatari meno abbienti (solo ai cittadini di Paesi terzi è infatti richiesto il requisito di tre anni di attività lavorativa per accedere al beneficio del sussidio casa) è stato oggetto recentemente di una decisione del Tribunale di Bolzano che ha rinviato la questione alla Corte di Giustizia dell’Unione europea affinché verifichi la conformità della suddetta normativa provinciale con la legislazione europea, ed in particolare con la Direttiva 2003/109/CE relativa allo status dei cittadini dei Paesi terzi che siano soggiornanti di lungo periodo (Tribunale di Bolzano, Sezione Lavoro, Ordinanza n. 665/2010, 16 novembre 2010). Per un approfondimento, cfr. Pallaoro 2011.

- 9 Alcune città altoatesine, come Bolzano e Merano, hanno istituito delle consulte per i cittadini stranieri (Attanasio/Pallaver 2011). Esse godono però unicamente di poteri consultivi e i consigli municipali non sono tenuti in alcun modo a consultarle, neppure per le questioni che interessino specificatamente la migrazione e/o gli stranieri. Tali consulte sono quindi *disarmate* ed inefficaci, una sorta di ente formale. Attualmente, in Italia, i cittadini di Paesi terzi non godono del diritto elettorale attivo o passivo e questo non solo a livello nazionale, come i cittadini UE residenti in Italia, ma anche a livello locale. È importante notare che la recente legge provinciale “Integrazione delle cittadine e dei cittadini stranieri”, del 28 ottobre 2011, n. 12 (denominata in questo contributo “Legge Provinciale sull’Integrazione”) ha istituito una Consulta Provinciale con il compito di presentare proposte ed esprimere pareri alla Giunta provinciale in relazione ad ogni argomento inerente alla materia dell’immigrazione, in particolare in occasione del programma pluriennale sull’immigrazione (Art. 6 della Legge Provinciale sull’Integrazione). La Consulta viene nominata dalla Giunta ed è composta da 19 membri, di cui otto rappresentanti dei cittadini stranieri, due rappresentanti, rispettivamente delle associazioni del volontariato e dei sindacati maggiormente rappresentativi, mentre il resto è composto da rappresentanti delle istituzioni e dei datori di lavoro.
- 10 Si vedano artt. 43-44, Testo Unico sull’Immigrazione. Si noti che la Legge Provinciale sull’Integrazione ha altresì istituito un Centro di Tutela contro le Discriminazioni con il compito di monitorare le discriminazioni, garantire la possibilità di fare segnalazioni, assistere le vittime di atti discriminatori e formulare proposte e pareri in merito a progetti di atti normativi e amministrativi (Art. 5, Legge Provinciale sull’Integrazione). Le modalità di funzionamento del Centro di Tutela sono rimandate ad un regolamento di esecuzione che, al momento della stesura del presente contributo, è in corso di elaborazione (Art. 5 (3), Legge Provinciale sull’Integrazione).
- 11 Nel 2006 l’Assessorato provinciale al Lavoro, con competenza specifica in materia di immigrazione, elaborò un “Disegno di legge sulle politiche di inclusione dei cittadini stranieri”, ma esso non venne mai presentato al Consiglio provinciale affinché lo discutesse. Successivamente, nel settembre-dicembre 2010, il disegno di legge fu rielaborato e discusso dalla Giunta provinciale in diverse occasioni (si veda, Provincia Autonoma di Bolzano 2010b). Infine, nell’autunno del 2011, il disegno di legge è fi-

- nalmente approvato di fronte al Consiglio provinciale, giungendo poi alla sua adozione il 28 ottobre 2011 dopo svariate polemiche e diverse sedute consiliari (cfr. Provincia Autonoma di Bolzano 2011a; Provincia Autonoma di Bolzano 2011b).
- 12 È riconosciuto che la risposta di una società all'immigrazione sia intimamente legata alla concezione che essa ha di sé come società. Cfr., tra gli altri, Carens 1995, 20-81, 20.
- 13 Art.44 (12), Testo Unico sull'Immigrazione.
- 14 Nel 2009, la Provincia Autonoma di Bolzano ha istituito presso la Ripartizione Lavoro il *Servizio Coordinamento Immigrazione* il cui obiettivo principale consiste “nella rilevazione delle attività nel settore dell'immigrazione nei settori pubblico e privato nonché nel loro coordinamento all'insegna di una collaborazione a vantaggio di tutti gli interessati”. Si veda, Provincia Autonoma di Bolzano 2009. Tuttavia, rispetto alle molteplici attività svolte dall'ex-Osservatorio, incluse le attività contro le discriminazioni che l'Osservatorio svolgeva quale *Centro di Tutela contro le Discriminazioni* (si veda <http://www.provincia.bz.it/immigrazione/>) dopo circa due anni di attività, il suddetto Servizio non sembra aver ancora svolto un'azione particolarmente incisiva sul territorio, probabilmente anche per motivi riconducibili alla mancanza, finora, di una legge provinciale sull'integrazione dei cittadini stranieri che fornisca un quadro giuridico organico di riferimento in materia. L'adozione della Legge Provinciale sull'Integrazione del 28 ottobre 2011 potrà dare non solo un riferimento giuridico e finanziario al lavoro del Servizio, ma anche un forte impulso all'efficacia del suo lavoro.
- 15 Art. 5 della Legge Provinciale sull'Integrazione. Si veda nota 11 in questo contributo.
- 16 Art. 6 della Legge Provinciale sull'Integrazione. Si veda nota 10 in questo contributo.
- 17 Art. 1 della Legge Provinciale sull'Integrazione (corsivo aggiunto dall'autrice).
- 18 Si veda Programma dell'Aia del Consiglio europeo, 2004, 11, punto 1.5. Il Programma dell'Aia propone anche una serie di Principi di Base Comuni (CBP) per l'integrazione. Tra questi, i valori fondamentali dell'Unione europea e i diritti umani fondamentali, l'interazione frequente e il dialogo tra i membri della società, e le politiche di non discriminazione (si veda Comunicazione della Commissione, 2005, CBP 1) (corsivo aggiunto dall'autrice).
- 19 Art. 4 bis del Testo Unico (corsivo aggiunto dall'autrice).
- 20 Art. 2 della Legge Provinciale sull'Integrazione.
- 21 Secondo il più recente rapporto del CNEL, la Provincia di Bolzano è al 13esimo posto su 103 province italiane. Consiglio Nazionale dell'Economia e del Lavoro 2010.
- 22 Si vedano, tra i tanti esempi in tal senso, i clamorosi risultati ottenuti dal PVV (Partito della libertà) di Geert Wilders alle elezioni locali del 2010 nei Paesi Bassi, nelle quali la campagna del PVV era ampiamente basata sulla lotta all'Islam, nonché quelli delle elezioni parlamentari nazionali svedesi nel settembre del 2010. Si vedano <http://news.bbc.co.uk/2/hi/8549155.stm> e <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-11367622>. Sulle elezioni del 2009 in Alto Adige/Südtirol, si veda: ANSA 2009; Atz/Pallaver 2010; Palermo/Zwilling 2008.
- 23 Dal termine inglese *visible minorities* impiegato, ad esempio, dal Consiglio d'Europa (cfr. Consiglio d'Europa 2010).
- 24 Si deve notare che tale posizione è stata sostenuta recentemente anche dalla sezione CGIL di Treviso. Cfr. Bonet 2010. Per quanto concerne i lavoratori stranieri e le preferenze nel mercato del lavoro nazionale ed europeo, la legislazione UE sancisce che, mentre il reclutamento *preferenziale* di cittadini



- UE rispetto a cittadini di Paesi terzi da parte dei datori di lavoro può essere previsto da leggi nazionali o UE (art. 25 (3) della Direttiva 2003/109/CE relativa allo status dei cittadini dei Paesi terzi che siano soggiornanti di lungo periodo), l'*esclusione totale* di cittadini di Paesi terzi da parte dei datori di lavoro rappresenterebbe evidentemente una forma (indiretta) di discriminazione razziale ed in quanto tale essa è proibita anche dalla Direttiva europea sulla parità nell'occupazione (Direttiva del Consiglio 2000/78/CE del 27 novembre 2000, che stabilisce un quadro generale per la parità di trattamento in materia di occupazione e di condizioni di lavoro).
- 25 Si veda *Il nuovo programma della SVP*, adottato l'8 maggio 1993 all'indirizzo <http://www.svpartei.org/de/politik/grundsatzprogramm/>, par. 5.
- 26 Artt. 6 (2) e 12 (2), Regolamento di attuazione dell'Accordo di Integrazione (n. 179/2011). Si veda nota 5 in questo contributo. Cfr. *Alto Adige* 2010.
- 27 Traduzione propria della citazione dall'inglese.
- 28 Traduzione propria della citazione dall'inglese.
- 29 Traduzione propria della citazione dall'inglese.
- 30 Sulle identità multiple, si veda fra gli altri, Appiah 1996; Bauböck 2002, 1-16; Zolberg 1997, 139-154.
- 31 Sulla stessa linea, il Preambolo alla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea afferma che "i popoli europei nel creare tra loro un'unione sempre più stretta hanno deciso di *condividere un futuro di pace fondato su valori comuni*". Si veda, Carta europea dei diritti fondamentali dell'Unione europea 2000/C 364/01, proclamata il 7 dicembre 2000, emendata dal Trattato di Lisbona 2007/C 303/01, 14 dicembre 2007.

---

## Riferimenti bibliografici

- Alto Adige* (2008a). Sbagliato chiudere l'Osservatorio, urge una legge, 28 giugno 2008, 13
- Alto Adige* (2008b). Chiude l'Osservatorio, il mondo sociale: un errore, 29 giugno 2008, 13
- Alto Adige* (2010). Theiner: non lasciamo gli immigrati agli italiani, 28 settembre 2010. <http://altoadige.gelocal.it/cronaca/2010/09/28/news/theiner-non-lasciamo-gli-immigrati-agli-italiani-2433526>
- Amorosi March*, Oriol (2010). View from Catalonia – Catalonia, committed to integration, social harmony and cohesion [http://www.europesworld.org/NewEnglish/Home\\_old/Article/tabid/191/ArticleType/articleview/ArticleID/21623/language/en-US/Default.aspx](http://www.europesworld.org/NewEnglish/Home_old/Article/tabid/191/ArticleType/articleview/ArticleID/21623/language/en-US/Default.aspx)
- Angelucci, Marco (2005). Stop all'arrivo degli immigrati. Lo sviluppo non va fermato, in: *Corriere dell'Alto Adige*, 13 aprile 2005, 3
- ANSA (2009). Elezioni in provincia di Bolzano. Risultati e commenti, 27 ottobre 2009. [http://www.consiglio.provincia.tn.it/attualita/attualita.it.asp?ar\\_id=88987&data\\_pag=200810](http://www.consiglio.provincia.tn.it/attualita/attualita.it.asp?ar_id=88987&data_pag=200810)
- Appiah, Anthony (1996). Race, Culture, Identity: Misunderstood Connections, in: *Appiah, Anthony K./Gutman, Amy* (a cura di). *Color Consciousness, The Political Morality of Race*, Princeton University Press, Princeton, 30-105

- ASTAT (2011). Istituto Provinciale di Statistica, *Astat Info* n. 26, Popolazione straniera residente (2010), maggio 2011
- Attanasio, Paolo/Pallaver, Günther (2011). Integrarsi partecipando: le Consulte stranieri di Bolzano e Merano, in: *Pallaver, Günther* (a cura di). *Politika* 1. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Sozieta de scienza pulitica de Sudtirol), Bozen: Edition Raetia, 241–269
- Atz, Hermann/Pallaver, Günther (2010). Die Wahlen zum Europäischen Parlament: Der Wahlsieg der SVP zwischen internen Vorwahlen und gescheiterten Konkurrenten, in: *Pallaver, Günther* (a cura di). *Politika* 10. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Südtiroler Sozieta per Scienza Pulitica), Bozen: Edition Raetia, 295–326
- Bauböck, Rainer (2002). Farewell to Multiculturalism? Sharing Values and Identities in Societies of Immigration, in: *Journal of International Migration and Integration*, 3 (1), 1–16
- Bonet, Marco (2010). Arrivano 8.000 stranieri. Cgil Treviso dice no, in: *Corriere del Veneto*, 19 aprile 2010. <http://corrieredelveneto.corriere.it/veneto/notizie/politica/2010/19-aprile-2010/arrivano-8000-stranieri-cgil-treviso-dice-no-1602866298024.shtml>
- Camera dei deputati (2011). Parlamento italiano, Resoconti dell'Assemblea, Svolgimento di interrogazioni a risposta immediata – Risposta del Ministro per i Rapporti con il Parlamento, Elio Vito del 12 settembre 2011 all'interrogazione degli Onorevoli Zeller e Brugger al Ministro dell'Interno, n. 3-01747, 13 luglio 2011 (Seduta n. 500)
- Carens, Joseph (1995). Immigration, Political Community, and the Transformation of Identity: Quebec's Immigration Policies in Critical Perspective, in: *Carens, Joseph* (a cura di). *Is Quebec Nationalism Just?*, McGill-Queen's University Press, Montreal, 20–81
- Consiglio d'Europa (2010). European Commission against Racism and Intolerance (ECRI), Report on France, 15 giugno 2010
- Consiglio Nazionale dell'Economia e del Lavoro (CNEL) (2010). Indici di integrazione degli immigrati in Italia, VII Rapporto, CNEL, Roma, 13 luglio 2010
- Dolomiten (2008). Nach 30. Juni bleibt ein Vakuum, 29 maggio 2008, 14
- Durnwalder, Luis (2008). Dichiarazioni programmatiche del Presidente della Provincia designato Luis Durnwalder al Consiglio della Provincia Autonoma di Bolzano, 16 dicembre 2008. <http://www.provincia.bz.it/aprov/giunta-provinciale/download/RegierungserklaerungIT.pdf>
- Durnwalder, Luis (2009). Relazione del Presidente Durnwalder al bilancio provinciale 2010, 11 dicembre 2009. [http://www.provincia.bz.it/usp/285.asp?redas=yes&aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=316916](http://www.provincia.bz.it/usp/285.asp?redas=yes&aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=316916)
- Durnwalder, Luis (2010). Relazione del Presidente Durnwalder al bilancio provinciale 2011, 10 dicembre 2010. [http://www.provincia.bz.it/aprov/giunta-provinciale/durnwalder/news-durnwalder.asp?aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=345616](http://www.provincia.bz.it/aprov/giunta-provinciale/durnwalder/news-durnwalder.asp?aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=345616)
- Kymlicka, Will (2001). *Politics in the Vernacular, Nationalism, Multiculturalism, and Citizenship*, Oxford University Press, Oxford
- Kymlicka, Will (2007). The new debate on minority rights (and postscript), in: *Laden, Anthony, Simon/Owen, David* (a cura di). *Multiculturalism and Political Theory*, Cambridge University Press, Cambridge, 25–59

- Lainati, Chiara/Saltarelli, Salvatore* (a cura di) (2007). *Migrazioni in Alto Adige/Südtirol*, Osservatorio Provinciale sulle Immigrazioni della Provincia Autonoma di Bolzano. Praxis, Bolzano, febbraio 2007
- Marko, Joseph/Ortino, Sergio/Palermo, Francesco* (a cura di) (2001). *L'ordinamento speciale della Provincia Autonoma di Bolzano*, CEDAM, Padova
- Marko, Joseph/Ortino, Sergio/Palermo, Francesco* (a cura di) (2005). *Die Verfassung der Südtiroler Autonomie. Die Sonderrechtsordnung der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol*, Nomos, Baden-Baden
- Marko, Joseph* (2008). Is there a 'Model' of Conflict Resolution to be Exported?, in: *Woelk, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph*. (a cura di). *Tolerance through law. Self governance and group rights in South Tyrol*, Martinus Nijhoff Publishers, Leiden, 371–388
- Medda-Windischer, Roberta* (2010). *Nuove Minoranze. Immigrazione tra diversità culturale e coesione sociale*, Cedam, Padova
- Medda-Windischer, Roberta* (2011a). Diritti umani e tutela delle minoranze quali fattori d'integrazione per le nuove minoranze, in: *Medda-Windischer, Roberta/Hetfleisch, Gerhard/Meyer, Maren* (a cura di). *La migrazione in Alto Adige e Tirolo: analisi e prospettive multidisciplinari*, Eurac Research, Bolzano, 377–400
- Medda-Windischer, Roberta/Girardi, Rainer* (a cura di) (2011b). *Rapporto annuale sull'immigrazione in Alto Adige*, Eurac Research, Bolzano
- Medda-Windischer, Roberta/Flarer, Heidi/Girardi, Rainer/Grandi, Francesco* (a cura di) (2011c). *Condizione e prospettive di integrazione degli stranieri in Alto Adige*, Eurac Research, Bolzano
- Ministero dell'Interno* (2007). *Carta dei valori della cittadinanza e dell'integrazione*. [http://www.interno.it/mininterno/site/it/sezioni/sala\\_stamp/speciali/carta\\_dei\\_valori/index.html](http://www.interno.it/mininterno/site/it/sezioni/sala_stamp/speciali/carta_dei_valori/index.html), 15 giugno 2007
- Palermo, Francesco/Avolio, Giuseppe* (a cura di) (2004). *La riforma del titolo V, parte seconda, della Costituzione italiana. Analisi ed effetti per la Provincia Autonoma di Bolzano*, Ricerca EURAC, Bolzano
- Palermo, Francesco/Zwilling, Carolin* (2008). Il vento del nord arriva in Alto Adige/Südtirol. Ma non in Trentino, in: *Federalismi.it - Rivista di Diritto pubblico italiano, comunitario e comparato*, 19 novembre 2008. [http://www.federalismi.it/AppMostraDoc.cfm?content\\_auth=&Artid=11349](http://www.federalismi.it/AppMostraDoc.cfm?content_auth=&Artid=11349)
- Pallaoro, Alessandro* (2011). La condizione giuridica degli stranieri nella Provincia autonoma di Bolzano, in: *Medda-Windischer, Roberta/Hetfleisch, Gerhard/Meyer, Maren* (a cura di). *La migrazione in Alto Adige e Tirolo: analisi e prospettive multidisciplinari*, Eurac Research, Bolzano, 95–110
- Provincia Autonoma di Bolzano* (Osservatorio Provinciale sulle Immigrazioni) (2007). *Gli Immigrati stagionali stranieri nel turismo altoatesino*, Bolzano, giugno 2007
- Provincia Autonoma di Bolzano* (2008a). *Ripartizione Lavoro, Rapporto sul mercato del lavoro in Provincia di Bolzano 2008*, Bolzano, novembre 2008
- Provincia Autonoma di Bolzano* (2008b). *Pacchetto della Provincia sull'immigrazione: 16 punti per l'integrazione e contro gli abusi*, Comunicato stampa, 27 giugno 2008. [http://www.provincia.bz.it/usp/servic/321.asp?redas=yes&archiv\\_action=4&archiv\\_article\\_id=225735](http://www.provincia.bz.it/usp/servic/321.asp?redas=yes&archiv_action=4&archiv_article_id=225735)
- Provincia autonoma di Bolzano* (2009). *Comunicato stampa*, 6 novembre 2009. [http://www.provincia.bz.it/usp/285.asp?redas=yes&aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=313417](http://www.provincia.bz.it/usp/285.asp?redas=yes&aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=313417)
- Provincia autonoma di Bolzano* (2010a). *Comunicati stampa*, Dalla Giunta: anche in Alto Adige test di lingua per il permesso di soggiorno, 16 dicembre 2010. [http://www.provincia.bz.it/usp/285.asp?aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=345175](http://www.provincia.bz.it/usp/285.asp?aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=345175)

- Provincia autonoma di Bolzano* (2010b). Dalla Giunta: in dirittura d'arrivo il ddl sull'immigrazione, 6 dicembre 2010 [http://www.provincia.bz.it/usp/service/321.asp?archiv\\_action=4&archiv\\_article\\_id=345195](http://www.provincia.bz.it/usp/service/321.asp?archiv_action=4&archiv_article_id=345195)
- Provincia autonoma di Bolzano* (2011a). Comunicato stampa, 21 ottobre 2011. [http://www.consiglio-bz.org/it/attualita/cs-consiglio-attuali.asp?aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=376574](http://www.consiglio-bz.org/it/attualita/cs-consiglio-attuali.asp?aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=376574)
- Provincia autonoma di Bolzano* (2011b). Comunicato stampa, 22 ottobre 2011. [http://www.provincia.bz.it/usp/285.asp?aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=376545](http://www.provincia.bz.it/usp/285.asp?aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=376545)
- Senato* (2011). Parlamento italiano, interrogazione a risposta scritta presentata al Ministro dell'Interno dall'Onorevole Oskar Peterlini, 15 giugno 2011, S.4/05402, Test di conoscenza della lingua italiana o tedesca per il rilascio del permesso di soggiorno CE a soggiornanti di lungo periodo in Trentino-Alto Adige
- Südtiroler Volkspartei* (1993). *Il nuovo programma della SVP*, adottato l'8 maggio 1993. <http://www.svpartei.org/de/politik/grundsatzprogramm/>
- Unione Europea* (2004). Consiglio europeo. Programma dell'Aia: Rafforzamento della libertà, della sicurezza e della giustizia in Unione europea, 13 dicembre 2004, 16054/04, JAI 559
- Unione Europea* (2005). Comunicazione della Commissione. Un'agenda comune per l'integrazione. Quadro per l'integrazione dei cittadini di Paesi terzi nell'Unione europea, 1 settembre 2005, COM (2005) 389 definitivo, Allegato
- Woelk, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph* (a cura di) (2008). *Tolerance through Law. Self Governance and Group Rights in South Tyrol*, Martinus Nijhoff Publishers, Leiden
- Zolberg, Aristide* (1997). *Modes of Incorporation: Toward a Comparative Framework*, in: *Bader, Veit* (a cura di). *Citizenship and Exclusion*, Macmillan, London, 139–154

## Abstracts

### **Der Umgang mit den Unterschieden der neuen Minderheiten in Südtirol**

Südtirol ist wie Katalonien, die kanadische Provinz Québec, das Baskenland und Schottland einerseits von der Präsenz historisch traditioneller Minderheiten (den sogenannten „alten“ Minderheiten) und andererseits von „neuen“ Minderheiten geprägt, die sich aufgrund von Migration gebildet haben. Ziel des Beitrages ist aufzuzeigen, wie es in diesem spezifischen Kontext möglich ist, die Forderung nach Anerkennung und Schutz der Vielfalt mit sozialem Zusammenhalt zu verbinden. Anders formuliert geht es darum zu analysieren, ob es eine Möglichkeit gibt, das Recht auf Identität und Vielfalt der Minderheiten mit dem Bedürfnis nach sozialer Kohäsion zu verbinden, um eine stabile und sozial tragfähige Gemeinschaft zu schaffen, die die legitimen Ziele sowohl der traditionellen als auch der „neuen“ Minderheiten zu befriedigen imstande ist.

## La gestiun dles diversitês dles mendranzes nôies te Südtirol

Sciöche la Catalogna, la provinzia canadeja dl Québec, i Païsc Basc y la Scozia, é Südtirol caraterisé da öna na pert dala presënza de mendranzes tradizionales storiches (mendranzes „vedles“, sciöch'al ti vëgn inçe dit) y dal'atra pert da mendranzes „nôies“, che s'à formè tres la migraziun. Le fin de chësc articul é chël de mostrè sö sciöche ara va te chësc contest spezifich, da fà jì a öna la ghiranza de reconescimënt y de sconanza dles diversitês y la coejiun sozuala. Da la dì atramënter nen vara chilò de ciarè sc'al é na poscibilitè de lié le dërt de mantignì l'identitè y la varieté dles mendranzes cun le bojëgn de na coejiun sozuala, por cherié na comunité stabila y solida dal punt d'odüda sozial, che sides buna de ti impormète sides ales mendranzes tradizionales co inçe a chères „nôies“ de arjunje sü fins legitims.

### Managing the Diversity of South Tyrol's New Minorities

Like Catalonia, Québec, the Basque region and Scotland, South Tyrol is shaped by the presence of historically traditional minorities, known as “old” minorities, and by “new” minorities, which originate from recent immigration. The aim of the article is to analyse, to the extent possible within this specific context, whether it is possible to reconcile the claims of these group for recognition and protection of diversity with cohesion and unity. In other words: to analyse whether there is a way to reconcile the rights that minorities have to identity and diversity with the need for social cohesion, in order to create one stable and socially sustainable community that is able to satisfy the legitimate aims of the historically traditional minorities as well as those of the minority groups that have settled here more recently.

Martin Larch

# Autonomie und Ökonomie: War die Selbstverwaltung ein Segen für die Wirtschaftsentwicklung? Möglich wär's.

## 1. Prolog

Eine tragende Säule im kollektiven Bewusstsein des autonomen Südtirol ist der ökonomische Erfolg: Uns geht es gut; wir haben ein hohes Einkommen; es gibt kaum Arbeitslosigkeit. Diese Einstellung kommt nicht von ungefähr. Die Wirtschaft Südtirols hat in den letzten vier Jahrzehnten eine beachtliche Entwicklung durchlebt. Die Zahlen sprechen, sofern man ihnen Glauben schenkt, eine unmissverständliche Sprache. 1970 lag das geschätzte Pro-Kopf-Einkommen in Südtirol noch knapp unter dem italienischen Durchschnitt und deutlich unter dem der damaligen Europäischen Union (Europäische Union 1981). Nur im Süden Italiens, im entlegenen Irland und einigen Randregionen Frankreichs war die Wirtschaftsleistung pro Einwohner niedriger als bei uns.

Doch dieser aus heutiger Sicht unschmeichelhafte Zustand war von kurzer Dauer. Dank eines rasanten und anhaltenden Wirtschaftswachstums war das Pro-Kopf-Einkommen zwischen Brenner und Salurn bereits gegen Ende der 70er-, Anfang der 80er-Jahre über den nationalen Durchschnitt angestiegen. Weitere zehn

Jahre später war auch schon der deutsche Durchschnitt (damals noch ohne ehemalige DDR) schräg gegenüber im Rückspiegel zu sehen.

Heute, 40 Jahre nach Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatuts, erwirtschaften die Erwerbstätigen Südtirols eine Wirtschaftsleistung, die pro Kopf (und gemessen in Kaufkraft-Standards) knapp 40 Prozent über dem EU-Schnitt liegt – für sich genommen eine beeindruckende Zahl. Der beachtliche Abstand zum EU-Durchschnitt erklärt sich freilich auch dadurch, dass mit der Osterweiterung 2004 und 2007 Länder der Union beigetreten sind, deren Wirtschaftsentwicklung deutlich zurückhängt. Aber selbst unter den Regionen des *alten* Europas sticht Südtirol in der grobkörnigen Rangordnung des Pro-Kopf-Einkommens hervor: Wir spielen in derselben Liga wie die Schwergewichte Baden-Württemberg, Bayern oder die Lombardei.

Welche Rolle hat die Umsetzung des Zweiten Autonomiestatus für die durchaus beachtliche Wirtschaftsentwicklung unseres Landes gespielt? Hat sie das Wachstum beschleunigt? Hätte die Südtiroler Wirtschaft unbeeindruckt von den Zuständigkeiten der lokalen Verwaltung denselben Weg gefunden? Oder gar einen steileren?

Für die politische Mehrheit Südtirols sind dies freilich rhetorische Fragen. In der offiziellen Sicht der Dinge sind Autonomie und Wirtschaftsentwicklung aufs Engste verknüpft. Die primäre (und sekundäre) Gesetzgebungskompetenz in vielen wichtigen Bereichen, gekoppelt mit einem üppigen Landeshaushalt, gilt als unzweifelhafte Stütze des ökonomischen Erfolgs.

Eine endgültige und umfassende Antwort auf die Frage, ob und wie die Autonomie auf die Wirtschaftsentwicklung unseres Landes gewirkt hat, gibt es freilich nicht. Zu viele Faktoren bestimmen den Zustand und Entwicklungsverlauf eines Wirtschaftsraumes: Die Politik, einschließlich des (De-)Zentralisierungsgrades legislativer und exekutiver Aufgaben innerhalb eines Staates, ist nur ein Element in einem ganzen Meer von Einflussfaktoren. Wir können lediglich eine Reihe gezielter Überlegungen und Vergleiche anstellen und das Scheinwerferlicht auf Teilaspekte des kontrafaktischen *Was wäre gewesen, wenn* richten. Damit lassen sich zumindest einige Sichtweisen bestätigen oder in Frage stellen und vielleicht neue Sichtweisen eröffnen.

Was folgt, ist daher keine umfassende, vollständige oder wissenschaftlich präzise Abhandlung. Die einzig nüchterne, objektive und allumfassende Dokumentation dessen, was den wirtschaftlichen Erfolg Südtirols ausmacht, sind die endlosen Laufmeter verfügbarer Statistik und anderer Dokumente. Alles andere ist gefiltert, gekürzt und vorgekaut.



## 2. Das regionale Wachstumsmodell im Rückblick

Beginnen wir mit dem im Südtiroler Selbstverständnis, oder zumindest dem offiziellen Teil davon, tief verankerten Bewusstsein, in einem Land zu leben, das zu den wohlhabendsten in Europa zählt. Südtirol erwirtschaftet, wie eingangs bereits erwähnt, nicht nur eine beeindruckende Wirtschaftsleistung, es verzeichnet auch eine geradezu lächerlich niedrige Arbeitslosenquote. Dass diese Leistung, wenn nicht ausschließlich, aber eben doch auch auf die Autonomie zurückzuführen sei, einschließlich der noch lebenden oder bereits verblichenen politischen Akteure, die an vorderster Front diese Autonomie errungen, ausgebaut und verteidigt haben, scheint geradezu zwingend. Wie anders lassen sich Anmerkungen führender Politiker verstehen, die in der letztens aufkeimenden Unzufriedenheit gewisser Bevölkerungsschichten schieren Undank wittern. Angesichts hoher Einkommen (zumindest im Durchschnitt) und Beschäftigung für alle, die eine Arbeit wirklich suchen, hätte die politische Führung, die die Möglichkeiten der Autonomie gekonnt und zum Wohle aller ausschöpft, mehr Zustimmung verdient, so die oft zugrunde liegende Einstellung.

## 3. Regionale Wirtschaftsentwicklung und Geografie

Einen ersten wichtigen Hinweis auf die mögliche Bedeutung der Autonomie für die Wirtschaftsentwicklung liefert ein kurzer Blick auf das überregionale Umfeld. Von der Autonomen Provinz Trient einmal abgesehen, ist Südtirol interessanterweise von Regionen umgeben, deren institutionelles und politisches Erscheinungsbild eine erstaunliche Vielfalt aufweist. Im Süden liegen italienische Regionen mit Normalstatut wie Venetien, Emilia-Romagna oder die Lombardei. Die Emilia Romagna war in der Nachkriegszeit eine traditionelle Hochburg der *Kommunisten*, Venetien und die Lombardei wurden meist von Mitte-rechts-Koalitionen (einschließlich der Sozialisten um Bettino Craxi) regiert. Im Norden liegen österreichische und deutsche Bundesländer, in denen durchwegs (oder zumindest bis vor Kurzem) konservative politische Parteien die Regierung stellen, die allerdings im Vergleich zu Südtirol über weitaus geringere und sehr unterschiedliche legislative Kompetenzen verfügen. Sofern Autonomie und die sie ausfüllende Politik eine entscheidende Rolle spielten, müssten diese institutionellen und politischen Unterschiede in der makroökonomischen Realität dieser Regionen ihren Niederschlag finden.

Dem ist nicht so, zumindest nicht gemessen an der Wirtschaftsleistung pro EinwohnerIn. Das überregionale Umfeld Südtirols bildet einen erstaunlich einheitlichen Wirtschaftsraum. Abbildung 1, die die geografische Verteilung des Pro-Kopf-Einkommens in Europa veranschaulicht, macht dies besonders deutlich. Südtirol ist eingebettet in ein relativ kompaktes regionales Gebilde wirtschaftlich führender Regionen. Die *blaue Banane* – so der reichlich prosaische Name des bandförmigen Großraumes zwischen Irischer See und Mittelmeer – ist nicht das Ergebnis politischer Planung. Sie hat sich im Zuge geschichtlicher und marktwirtschaftlicher Prozesse, einschließlich der europäischen Integration, in wechselnden politischen und staatlichen Realitäten gebildet. Sie verkörpert eine beachtliche Verdichtung von Bevölkerung, Wissen, Verkehr, Kapital und anderen Faktoren, die einen besonders fruchtbaren Boden für eine gesunde und überdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung ergeben. Wer sich im Einflussbereich dieser Verdichtung befindet, profitiert davon, unabhängig von lokalen oder regionalen Eigenheiten. Die relative Position innerhalb der Verdichtung kann sich wohl von Zeit zu Zeit ändern, doch der Abstand gegenüber den anderen Räumen bleibt *grasso modo* erhalten; zumindest war dies in der Nachkriegszeit so. Geografie scheint von daher eine weit wichtigere Rolle zu spielen als institutionelle oder politische Vorgaben. <sup>1</sup>

**Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt je EinwohnerIn nach Regionen, 2007  
(in Kaufkraftstandards – KKS)**



Quelle: Eurostat, Jahrbuch der Regionen 2010, <http://www.eds-destatis.de/downloads/publ/KS-HA-10-001-DE-N.pdf>

Geografie scheint auch wichtiger zu sein als Topografie. Ein Argument, das in Südtirol mit wiederkehrender Regelmäßigkeit in der öffentlichen Debatte auftaucht, sind die angeblichen Nachteile der heimischen Berglandschaft, die durch besondere wirtschaftspolitische Eingriffe, einschließlich derer, die nur die Autonomie ermöglicht, auszugleichen sind. Von daher hätte sich Südtirol die Stellung im wirtschaftsstarken Verdichtungsraum Europas vor allem dadurch erhalten oder erkämpft, dass es die Nachteile der alpinen Landschaft mit den Möglichkeiten, die die Autonomie bietet, wettgemacht hätte. Zu den Nachteilen einer Berglandschaft zählen in erster Linie der relativ kleine Anteil ökonomisch nutzbaren Raumes und höhere Erschließungskosten. Allerdings ist Südtirol nicht die einzige Bergregion in der *blauen Banane*. Tirol und Vorarlberg haben eine sehr ähnliche Topografie und erzielen ihre hohe Wirtschaftsleistung ohne legislative und exekutive Autonomie vergleichbaren Umfangs.

Falls Geografie tatsächlich die alles entscheidende Größe für die Entwicklung einer regionalen Wirtschaft wäre, könnte man die Debatte über die Bedeutung der Südtiroler Autonomie für die Wirtschaftsentwicklung kurzerhand abschließen. Die Schlussfolgerung wäre ebenso simpel wie unbefriedigend: Institutionelle Gegebenheiten, Politik und Wirtschaftsstruktur wären von sekundärer Bedeutung, wenn man das Glück hat, am rechten Ort zu sein.

#### **4. Das Südtiroler Wachstumsmodell: ein Blick zurück**

Ganz so einfach ist es allerdings nicht. Auf lange Sicht sind unterschiedliche Wachstumsmodelle mit unterschiedlichen Wachstumsaussichten verknüpft. Vereinfacht ausgedrückt gibt es im Wesentlichen drei Faktoren, die den Wachstumstrend einer Wirtschaft bestimmen: erstens der Anstieg des Kapitalstockes, sprich die Investitionen, zweitens die Zunahme der Arbeitskraft und drittens der technische Fortschritt. Empirisch gesehen ist der technische Fortschritt der mit Abstand wichtigste Motor auf dem Weg zu höherem Wohlstand: Er steigert die Produktivität der eingesetzten Arbeit und des investierten Kapitals und sorgt somit dafür, dass unsere Wirtschaftsleistung pro Kopf zunimmt. Mehr Beschäftigung führt auch zu einer höheren Wirtschaftsleistung, allerdings nur im Aggregat; ohne Produktivitätssteigerung bleibt das Pro-Kopf-Einkommen unverändert.

Welchem Wachstumsmodell ist Südtirol bisher gefolgt, und was ergibt sich daraus für die Zukunft? Diese Frage lässt sich aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten. Beginnen wir mit der Struktur der Beschäftigung nach Sektoren. Als

ländliche Region hat Südtirol natürlich immer noch einen vergleichsweise hohen Beschäftigungsanteil in der Landwirtschaft. Laut Eurostat lag er im Jahr 2007 bei knapp 7,0 Prozent, in etwa doppelt so hoch wie im Durchschnitt der *alten* europäischen Mitgliedstaaten, und höher als in anderen ländlichen Regionen im Alpenraum wie Tirol (5,6 Prozent), Vorarlberg (3,4 Prozent) oder Trient (4,0 Prozent).<sup>2</sup> Über die Jahre ist der Anteil freilich gesunken – 1999 lag er noch bei knapp 12 Prozent der Gesamtbeschäftigung – bleibt aber weiterhin überdurchschnittlich hoch. Der *Rückzug* der Landwirtschaft war in Südtirol vor allem mit einer Expansion des Dienstleistungsgewerbes und dort wiederum des Fremdenverkehrs verbunden. Die Generationen von SüdtirolerInnen, die die 70er-Jahre bewusst erlebt haben, erinnern sich vermutlich noch sehr lebhaft an den regelrechten Ansturm der damals vornehmlich deutschen UrlauberInnen und den entsprechenden Ausbau der Beherbergungs- und Bewirtungskapazität: Pensionen, Garnis und Hotels schossen aus dem Boden wie die sprichwörtlichen Pilze und in vielen Familien wurde in den Sommermonaten kurzerhand das Kinderzimmer in ein Gästezimmer umgewandelt; die Nachfrage war enorm und Zugewinne mit relativ geringem Aufwand möglich. Die Masse der Deutschen hatte mittlerweile einen bescheidenen Wohlstand erreicht, der es ihnen ermöglichte, den Alltag für kurze Zeit hinter sich zu lassen und jenseits der eigenen Landesgrenzen Entspannung und Neues zu finden. Südtirol lag auf dem Weg in den legendären Süden.

Über die Jahre hat sich der Tourismus in Südtirol, wie auch anderswo, grundlegend gewandelt; eine Flurbereinigung hat stattgefunden. Viele kleine Beherbergungsbetriebe, die den Qualitätssprung verpasst haben oder nicht mitmachen wollten, sind verschwunden und die Kinderzimmer werden im Sommer schon seit Langem nicht mehr für einen kleinen Zuverdienst zeitweilig geräumt. Nichtsdestotrotz hat der Fremdenverkehr in Südtirol an Bedeutung gewonnen und zunehmend Ressourcen gebunden. Der Beschäftigungsanteil des Wirtschaftszweiges *Handel, Beherbergungs- und Gaststätten, Verkehr* (gesonderte Zahlen für den Bereich Tourismus sind in den Beschäftigungsstatistiken von Eurostat für die NUTS3-Ebene nicht verfügbar) belief sich im Jahr 2007 auf mehr als 31 Prozent, das heißt, fast jeder Dritte ist in diesem Wirtschaftszweig selbstständig oder unselbstständig tätig. Der europäische Vergleichswert liegt bei knapp 25 Prozent; in der Provinz Trient sind es etwas weniger als 24 Prozent. Das Interessante am hohen Beschäftigungsanteil des Wirtschaftszweiges *Handel, Beherbergungs- und Gaststätten, Verkehr* in Südtirol ist, dass er mit einem mehr oder minder durchschnittlichen Beschäftigungsanteil der Dienstleistungen insgesamt einhergeht: 70 Prozent im Jahr 2007, ziemlich genau der Wert, der im selben Jahr in den *alten* Mitgliedstaaten der EU erhoben wurde.<sup>3</sup>

Auf eine knappe Formel gebracht: Südtirol hat in der Nachkriegszeit den direkten Weg von einem überwiegend ländlichen Wirtschaftsraum hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft eingeschlagen, mit dem Fremdenverkehr als treibende und dominierende Kraft. Die Berg- und Talfahrt einer wachstumsintensiven Industrialisierung, gefolgt von einer wachstumszehrenden Deindustrialisierung klassischer Industrieregionen, wie im Piemont oder Ligurien in Italien, im Ruhrgebiet in Deutschland oder in der Steiermark in Österreich, hat Südtirol weitgehend ausgelassen.

Eine ähnliche Entwicklung haben viele andere europäische Regionen eingeschlagen: Dazu gehören *mutatis mutandis* das angrenzende Trentino und Tirol oder, in der näheren Umgebung, Kärnten, Gebiete im Friaul und andere mehr. Das Spezifische an Südtirol ist der noch hohe Beschäftigungsanteil der Landwirtschaft, die relative Dominanz des Fremdenverkehrs und die vergleichsweise kleine Industrie.<sup>4</sup> In der offiziellen Deutung werden häufig die Synergien zwischen Landwirtschaft und Tourismus hervorgehoben, vermutlich zu Recht: Die Berg- und Kulturlandschaft Südtirols, gekoppelt mit leckerem Essen, bietet zweifelsohne einen komparativen Vorteil für den Fremdenverkehr, der wiederum zu einem beträchtlichen Teil den gegenwärtigen Wohlstand generiert.

## 5. Das Wachstumsmodell der Zukunft?

Das Problem mit dem Südtiroler Wachstumsmodell liegt höchstens in der Zukunft. Unbeschadet ihres Wachstumsbeitrages in der Vergangenheit haben Landwirtschaft und Fremdenverkehr eine vergleichsweise niedrige Produktivität, sprich das durchschnittliche Einkommen pro Beschäftigtem ist deutlich niedriger als etwa in der Industrie oder in anderen Dienstleistungssektoren. Hinzu kommt, dass in den letzten zehn Jahren die Beschäftigung besonders im Tourismus am deutlichsten zu- und die Produktivität abgenommen hat: Die Produktivität im Gastgewerbe ist von knapp 80 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Produktivität im Jahr 2000 auf 66 Prozent im Jahr 2007 gefallen (Vgl. Castlunger 2010). Mit anderen Worten: Südtirol wird zunehmend stärker in produktivitätsschwachen Sektoren, nicht zuletzt dank einer großzügigen Zuwanderung billiger und großteils niedrig qualifizierter Arbeitskräfte.

Eine solche Entwicklung bedeutet dreierlei. Erstens, sofern nicht die Beschäftigungsquote insgesamt zunimmt und/oder andere Sektoren die Produktivitätsverluste im Tourismus nicht ausgleichen, wird das Pro-Kopf-Einkommen langsamer wachsen oder sinken. Zweitens, und natürlich mit dem ersten Punkt verknüpft,

wird die Einkommensverteilung ungleicher, zumal der Beschäftigungsanteil mit niedriger Produktivität, und damit niedrigen Einkommen, steigt. Womöglich sind nur die zugewanderten Arbeitskräfte von den niedrigen Einkommen betroffen, möglicherweise auch nicht. Viele Arbeitskräfte im Fremdenverkehr und in der Landwirtschaft sind nur während der Sommer- oder Wintersaison bzw. der Erntezeit im Lande. Von daher hat ihr Einkommen keinen direkten Einfluss auf die Verteilung der heimischen Bevölkerung. Allerdings gibt es einen indirekten Effekt, weil der Anstieg des Arbeitskräfteangebots auch die Einkommen der Ansässigen in denselben Berufen drückt.<sup>5</sup> Drittens sind die Wachstumsaussichten einer Ökonomie, die vor allem auf Jobs mit niedriger Qualifikation und Produktivität setzt, auf lange Sicht weniger rosig. An dieser Stelle sei auch mit der Vorstellung aufgeräumt, dass mehr Beschäftigung notgedrungen zu einer niedrigeren Produktivität führe. Dieser Konflikt gilt höchstens auf kurze Sicht. Auf lange Sicht hingegen können Wohlstand und Beschäftigung nur über stetige Produktivitätsgewinne gesichert werden, die die Wettbewerbsfähigkeit bestimmen.

In der einschlägigen Fachliteratur sind die Kosten eines beschäftigungsintensiven Wachstums insbesondere in Kombination mit der Zuwanderung billiger Arbeitskräfte hinlänglich bekannt. Es verdrängt alternative Aktivitäten mit höherer Produktivität und höherem Wachstumspotential.<sup>6</sup> Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Südtiroler Wirtschaftspolitik? Unterstützt sie diesen Prozess oder versucht sie das Wachstumsmodell zu ändern? Bis vor einiger Zeit hatte man den Eindruck, sie versuchte, im Einklang mit der salomonischen Natur politischer Entscheidungsfindung, beides: Sie bevorzugte, und bevorzugt de facto immer noch, eine Wirtschaftsförderung, die nach dem Gießkannenprinzip alle Sektoren gleichermaßen fördert und von daher bestehende Strukturen eher verfestigt; sie hat dem Tourismus zusätzlichen Freiraum geschaffen (man denke z.B. an die Aufhebung des Bettenstopps); sie hat bis vor Kurzem der Zuwanderung niedrig qualifizierter Arbeitskräfte, die großteils im Tourismus und der Landwirtschaft eingesetzt werden, zugestimmt; sie ist mittels Beteiligungen selbst als Unternehmer tätig, auch im Tourismus (man nehme zum Beispiel die nicht besonderes glorreiche Erfahrung mit dem Thermenhotel in Meran); sie hält noch eine relativ starke, regulierende Hand über wichtige Bereiche wie den Handel und sie sorgt für eine der restriktivsten Raumordnungen im ganzen Alpenraum.

Demgegenüber hat die Politik auch Schritte unternommen, die zumindest in ihrer Absicht darauf abzielen, die Produktivität der Südtiroler Wirtschaft auf längere Sicht zu stärken. Initiativen, die in diesem Zusammenhang besonders hervorstechen, sind die Gründung einer Universität, die Gründung und Förderung von Ein-

richtungen, die die Innovationskapazität der Südtiroler Unternehmen stärken sollen, wie zum Beispiel das BIC (Business Innovation Center) und das TIS (Techno Innovation South Tyrol), demnächst der Technologiepark, der lokale Ableger des Fraunhofer-Institutes und im weiteren Sinne auch die Europäische Akademie in Bozen. Ebenfalls zu nennen wäre der Ausbau, wenngleich mit Hürden, der Verkehrsinfrastruktur inklusive des Flughafens in Bozen.

Ob diese und ähnliche Initiativen in der Lage sind, das Wachstumsmodell positiv zu beeinflussen und den relativen Wohlstand langfristig zu sichern, wird die Zeit zeigen. Sie gehen jedenfalls in die richtige Richtung. Bereits vor zwei Jahrzehnten gab es eine kleine Elite aus Wirtschaft und Verwaltung, der klar war, dass Vertrauen auf traditionelle Standortvorteile, wie die schöne Landschaft und gutes Essen, auf lange Sicht nicht reichen würden – eine Position, die damals naturgemäß nicht mehrheitsfähig war.<sup>7</sup> Eine besonders wichtige Beobachtung für diese Elite war, dass Südtirol – abgesehen von den freien Berufen und der öffentlichen Verwaltung – wenig attraktive Arbeitsplätze für Akademiker bot. Ein großer Teil von Universitätsabgängern entschied sich Jahr für Jahr, ihr Humankapital außerhalb der Landesgrenzen einzusetzen, und viele, die nach Südtirol zurückkehrten, fühlten sich und waren vielfach überqualifiziert.

Aus der kleinen Elite mit Weitblick ist immer noch keine dominierende politische Mehrheit geworden, aber ihre Ideen überzeugen mehr und mehr; sie färben manchmal auch auf wirtschaftspolitische Entscheidungen ab.

## **6. Der Landeshaushalt: Wunderwaffe oder einfach nur öffentlicher Haushalt?**

Das wohl sichtbarste Instrument der Wirtschaftspolitik des autonomen Südtirol ist der Landeshaushalt. Für viele ist er auch das entscheidende Instrument: Er gilt zuweilen als ein Element, das auf geradezu wundersame Weise den Wohlstand sichert. Diese Einschätzung übersteigert freilich seine tatsächliche Bedeutung. Eine üppige Dotierung des Haushalts stellt ohne jeden Zweifel eine wichtige politische Manövriermasse dar. Öffentliche Ausgaben sind nicht ausschließlich, aber eben auch dazu bestimmt, verschiedene Interessengruppen bei Laune zu halten. Nüchtern betrachtet ist Südtirol in dieser Hinsicht nicht anders als andere Regionen oder Staaten auch. Die ökonomischen Dimensionen des Haushaltes sind weitaus unspektakulärer als es die idealisierte Vorstellung der *wohlwollenden* Politik suggeriert.

Der öffentliche Haushalt ist zunächst nichts anderes als ein Instrument, das auf der einen Seite einen Teil der Einkommen, die von allen Erwerbstätigen erwirtschaftet werden, in Form von Steuern und Abgaben aufnimmt, um sie Zwecken zuzuführen, die von öffentlichem Interesse sind. Grob gesprochen gibt es hierfür drei Gründe: Effizienz, Stabilisierung und Umverteilung.

Mit Effizienz ist gemeint, dass in bestimmten Bereichen die öffentliche Hand bessere Ergebnisse erzielen kann als private Unternehmen oder Haushalte, wie z.B. in Bildung, Justiz und öffentlicher Sicherheit im weitesten Sinne. Ob und in welchem Ausmaß der Südtiroler Haushalt dem Effizienzziel gerecht wird, lässt sich schwer bestimmen. Umfassende Erhebungen oder Analysen, die die Qualität und Effizienz der Landesverwaltung systematisch unter die Lupe nehmen, sind dem Autor nicht bekannt. Es gibt sicherlich viele Bereiche, in denen die öffentliche Hand durchaus mit Verstand und Effizienz agiert und damit ihren Eingriff gegenüber einer privaten Lösung rechtfertigt. Gleichzeitig gibt es aber auch viele Bereiche, in denen der Vorteil für die Allgemeinheit nicht unbedingt auf der Hand liegt: Dazu gehören sicherlich die Wirtschaftsförderung, die von vielen Unternehmen mittlerweile beinahe als angestammtes Recht wahrgenommen wird und nicht als ein gezieltes wirtschaftspolitisches Instrument;<sup>8</sup> dazu gehört aber auch die relativ starke Präsenz des Landes als Unternehmer in verschiedensten Bereichen. Diese Präsenz suggeriert, direkt oder indirekt, die öffentliche Hand wäre der bessere Unternehmer als Private. Internationale Erfahrung belegt ziemlich erdrückend das Gegenteil (Vgl. Vining/Boardman 1992).

Die Stabilisierungsfunktion des öffentlichen Haushaltes fußt im weiteren Sinne auch auf Effizienzüberlegungen. Die Politik sollte demzufolge den Haushalt nutzen, um konjunkturelle Schwankungen, einschließlich der damit verbundenen Nebenwirkungen wie Arbeitslosigkeit in einer Rezession oder Überhitzung in einer Boomphase zu mindern. Die Möglichkeiten des Südtiroler Landeshaushaltes sind in diesem Zusammenhang begrenzt. Das gewählte Prinzip eines jährlich ausgeglichenen Haushaltes mag aus Gründen der finanzpolitischen Vorsicht begründbar sein, er schließt allerdings die Stabilisierungsfunktion aus. In Südtirol nimmt die öffentliche Hand während einer Rezession keine Schulden auf, um temporäre Einnahmenverluste auszugleichen und das Ausgabenniveau auf Kurs zu halten, und sie legt auch in guten Zeiten keine Reserven für schlechte Zeiten an. Sie gibt, vereinfacht ausgedrückt, alles aus und setzt sich demnach dem Risiko der Prozyklizität aus, sprich sie könnte Konjunkturschwankungen verstärken.<sup>9</sup> Ob dies der hiesigen Wirtschaftsentwicklung schadet, ist schwer zu sagen. Südtirol ist nicht immun gegen Konjunkturschwankungen, allerdings hält sich vor allem die klassische Neben-



wirkung von Konjunkturabschwüngen, die Arbeitslosigkeit, in Südtirol ohnehin in Grenzen. Ein temporärer Anstieg der Arbeitslosenrate von, sagen wir, 2,1 Prozent auf 4 Prozent stellt kein wirkliches Problem dar. Darüber hinaus fließt ein sehr großer Teil der Landesausgaben in die Gehälter der Landesbediensteten, die unabhängig vom jeweiligen Konjunkturgeschehen ausgezahlt werden und damit einen stabilisierenden Sockel darstellen.

Mit der Umverteilungsfunktion der öffentlichen Hand werden Gerechtigkeitsaspekte angesprochen. Je nach politischer Couleur der Regierungen beinhaltet ein öffentlicher Haushalt mehr oder weniger Elemente, die insbesondere den untersten Einkommensschichten helfen sollen. Welche Verteilungswirkung hat der Südtiroler Haushalt? Leider lässt sich auch hierzu keine klare Aussage treffen. Dass es keine einschlägigen und umfassenden Studien gibt, ist nicht wirklich verwunderlich. Erstens bedarf es dazu sehr detaillierter und komplexer Datensätze und zweitens sind die möglichen Ergebnisse nicht immer sehr schmeichelhaft und politisch heikel, zumal sie häufig im Widerspruch zum öffentlichen Bekenntnis stehen können. Gewollt oder ungewollt hat jeder haushaltspolitische Eingriff, einschließlich der öffentlichen Investitionen oder der Wirtschaftsförderung, eine Verteilungswirkung, die nicht unbedingt den unteren Einkommensschichten zugute kommt. Die gilt für alle öffentlichen Haushalte, und Südtirol ist vermutlich keine Ausnahme. Besonders interessant ist hier der geförderte Wohnbau, der mit dem erklärten Ziel betrieben wird, unteren Einkommensschichten erschwinglichen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Unerwünschte Nebenwirkungen hiervon sind ein aufgeblähter Bausektor und, je nachdem wie die Förderung erfolgt, höhere Kauf- und Mietpreise. Ein weiteres Beispiel sind Studienstipendien.

In Südtirol kommt zu den drei klassischen Funktionen des öffentlichen Haushalts noch ein weiterer Aspekt hinzu, der in der öffentlichen Wahrnehmung besonders wichtig ist, nämlich der des öffentlichen Transfers von und zur staatlichen Ebene. Im Unterschied zu wohlhabenden italienischen Regionen mit Normalstatut erhält Südtirol einen größeren Teil der im Lande eingehobenen Steuern und Abgaben zurück: Finanzautonomie als Schutzschild vor staatlichem Zugriff. Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang aufdrängt, ist, ob und inwiefern höhere Nettotransfers an den Zentralstaat die Wirtschaftsentwicklung tatsächlich hemmen.

Transfers haben zunächst nichts mit der Entstehungsseite der Wirtschaftsleistung zu tun; das heißt, sie mindern vorweg nicht die Wertschöpfung einer Region, sondern wirken auf der Verwendungsseite: Mittel, die in einer Region erwirtschaftet werden, stehen nicht direkt dieser Region zur Verfügung. Man könnte freilich

annehmen, dass Nettotransfers in Richtung Zentralregierung die Wirtschaftsleitung auf längere Sicht negativ beeinflussen. Warum sollte man sich anstrengen, wenn ein Teil der Leistung abgeführt werden muss? Oder anders formuliert: Wären Regionen wie die Lombardei, Venetien oder die Emilia-Romagna noch stärker gewachsen und hätten ein noch höheres Pro-Kopf-Einkommen erzielt, wenn sie nicht regelmäßig einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Wirtschaftsleistung nach Rom abführen hätten müssen? Schwer zu glauben.

Dass wirtschaftsstarke Regionen mit Normalstatut im Norden Italiens in den letzten drei Jahrzehnten eine zunehmende Frustration über die Transferzahlungen nach Rom entwickelt haben, die letztlich im Erfolg der Lega Nord zum Ausdruck kommt, ist vornehmlich ein politisches Problem. Es hat damit zu tun, dass nach mittlerweile 150 Jahren staatlicher Einheit, und mehr oder minder ebenso langen Transferzahlungen, der Süden immer noch nicht auf die Beine gekommen ist. Mit anderen Worten, die *Investitionen* in den Süden haben nicht die erwarteten Früchte getragen und das Geld hätte vermutlich mehr abgeworfen, hätte man es im eigenen Garten oder jedenfalls woanders angelegt.

Zugegebenermaßen ist es grundsätzlich vorteilhafter, wenn eine Region uneingeschränkt über ihre eigene Wertschöpfung verfügen kann. Allerdings liegt der Vorteil in erster Instanz bei denen, die über die öffentlichen Einnahmen verfügen können, sprich bei der zuständigen Regierung. Was sie damit macht, ist eine andere Sache. Theoretisch könnte die Südtiroler Landesregierung, wenn sie der Meinung wäre, dass die Einnahmenlast zu hoch sei, jedem Südtiroler Steuerzahler einen Teil der eingehobenen Steuern, deren Höhe im Wesentlichen in Rom entschieden wird, zurückzahlen, und zwar im Verhältnis zu den Steuern, die jeder Einzelne gezahlt hat. Dies wäre technisch möglich und fair, für die Politik allerdings schwer zu verdauen. Die Zuteilung und Verwendung würde nicht mehr von ihr beeinflusst; sie wäre vorgegeben.

## 7. Epilog

Das Wechselspiel zwischen Politik und Wirtschaft ist naturgemäß komplex. Dies gilt auch für die Umsetzung des Zweiten Autonomiestatuts in Südtirol und der hiesigen Wirtschaftsentwicklung. Kategorisch zu behaupten, die Autonomie hätte ohne den Schatten eines Zweifels die Wirtschaftsentwicklung begünstigt, wäre pure Propaganda. Zu behaupten, die Autonomie hätte als Bremsklotz gewirkt, wäre ebenso unbegründet.

Die Politik hat grundsätzlich das Potential, die Wirtschaftsentwicklung positiv zu beeinflussen, indem sie eine ganze Reihe von Unzulänglichkeiten in der Marktwirtschaft mittels regulativer oder haushaltspolitischer Instrumente angeht und/oder korrigiert. Die Lehren und Einsichten aus beidem, Wirtschaftswissenschaften und Erfahrung, lassen daran keinen Zweifel.

Erfahrung und Lehre bestätigten allerdings ebenso überzeugend, dass Politik nicht notwendigerweise das Gemeinwohl im Auge hat, nicht zuletzt, weil es in der Praxis so etwas wie das Gemeinwohl nicht gibt.<sup>10</sup> Was es gibt, sind eine ganze Reihe unterschiedlichster Interessen, die von unterschiedlichsten politischen Gruppierungen innerhalb oder über Parteigrenzen hinweg wahrgenommen werden: Arbeitgeber vs. Arbeitnehmer, Konsumenten vs. Produzenten, Landwirtschaft vs. Industrie, Industrie vs. Fremdenverkehr, Umweltschützer vs. solche, die Umweltressourcen aufbrauchen, Bedienstete im privaten vs. öffentlichen Bereich, Einheimische vs. Zuwanderer, Steuerzahler vs. Steuerhinterzieher und vieles Ähnliche mehr. Es gibt natürlich immer Ausnahmen, auch in der Politik. Aber wenn in diesem nüchternen Ausgleich verschiedenster Interessen am Ende etwas herauskommt, das der Wirtschaft tatsächlich hilft, ist das – überspitzt formuliert – mehr eine Frage des Zufalls als Absicht.

Fakt ist, dass Südtirol seit den 70er-Jahren mit beeindruckend stetigen und großen Schritten in der Rangordnung des Wohlstands nach oben geklettert ist. Fakt ist auch, dass andere Regionen in und außerhalb Italiens mit ähnlichen, aber auch solche mit völlig anderen politischen und institutionellen Voraussetzungen einen ähnlichen Erfolg hingelegt haben.

Unbestritten ist vermutlich auch, dass das Zweite Autonomiestatut Südtirol eine politische Stabilität gegeben hat, eine Rahmenbedingung, ohne die die Wirtschaft mit ziemlicher Sicherheit nicht hätte gedeihen können. Man stelle sich einfach ein Südtirol ohne die verschiedenen institutionellen Sicherheiten und Vorkehrungen vor, die ein friedliches Zusammenleben der Sprachgruppen ermöglicht haben und weiterhin ermöglichen. Welcher lokale oder überregionale Investor möchte in einem Land investieren, in dem der ethnische und soziale Friede am sprichwörtlich seidenen Faden hängt? Wie viele qualifizierte Arbeitskräfte zögen es vor, ihr Glück außerhalb einer solchen Region zu suchen?

Stabilität ist in der Tat eine notwendige Voraussetzung für ökonomischen Erfolg. Ist sie auch eine hinreichende Bedingung? Wie steht es mit der Hingabe, dem Eifer, der Redlichkeit, dem Anstand, der Leidenschaft, der Findigkeit und der Klugheit der heimischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen im privaten wie im öffentlichen Sektor? Diese Kategorien klingen in Zeiten ausgeprägter Ironie

und galoppierenden Zynismus reichlich abgegriffen. Die genannten Kategorien – in der Fachsprache der Ökonomen knapp als Sozialkapital bezeichnet – wiegen indes schwer, schwerer vermutlich als viele wirtschaftspolitische Faktoren. Wirtschaftspolitik spielt häufig eher die Rolle eines Schwarzfahrers des ökonomischen Erfolgs und nicht die des Chauffeurs.

Zu guter Letzt, und aus Loyalität zur Institution, die dem Autor dieser Zeilen seit über zehn Jahren eine stimulierende berufliche und intellektuelle Heimat bietet, gibt es natürlich noch die europäische Integration. Ohne den Einigungsprozess, der vor über 60 Jahren mit der Unterzeichnung des Vertrages der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl seinen Anfang genommen hat, wäre Südtirol höchstwahrscheinlich eine mehr oder weniger abgelegene Grenzregion im Norden Italiens. Nicht nur, aber auch dank des freien Verkehrs von Menschen, Waren und Dienstleistungen, den der Einigungsprozess ermöglicht hat, liegt Südtirol im Herzen Europas.

In den frühen 70er-Jahren hat der damalige US-Außenminister Henry Kissinger mit seiner legendären Durchtriebenheit den chinesischen Premierminister Zhou Enlai um eine Einschätzung der Französischen Revolution gebeten. Darauf Zhou Enlai: „Too soon to tell“. So ähnlich verhält es sich wohl auch mit der Südtiroler Autonomie in Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung. Es ist viel zu früh, um eine derart schwerwiegende Frage in die eine oder andere Richtung zu beantworten.

---

## Anmerkungen

- 1 In der neuen Wirtschaftsgeografie nimmt seit einigen Jahrzehnten das Kern-Peripherie-Modell einen dominanten Platz ein. Dieses Modell, bestätigt durch zahlreiche empirische Untersuchungen, unterstreicht die Bedeutung geografischer Bedingungen für die Wirtschaftsleistung einer Region. Zentripetale Kräfte wie die Größe und Nähe zu starken Märkten, niedrige Transportkosten und der Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften halten bestehende Kernregionen über die Zeit zusammen. Besonders interessante Beispiele aus der einschlägigen Literatur sind Krugman 1998 oder Venables 2008.
- 2 Eurostat (2009): Eurostat regionale Arbeitsmarktstatistiken (LFS): Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen (1999-2009, NACE Rev.1.1). Die exakte sektorale Abgrenzung ist Landwirtschaft und Fischerei. Vgl. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/themes>
- 3 Der Anteil der Dienstleistungen in den *neuen* Mitgliedstaaten ist ob ihrer zurückhängenden Wirtschaftsentwicklung deutlich niedriger, nämlich 56,8 Prozent im Jahr 2007. Sie sind vor allem durch einen sehr hohen Anteil der Industrie (33,1 Prozent) und natürlich der Landwirtschaft nebst Fischerei (10 Prozent) gekennzeichnet.
- 4 Im Jahr 2007 lag der Beschäftigungsanteil der Südtiroler Industrie bei knapp 24 Prozent gegenüber einem EU-Durchschnitt von 27 Prozent. Im Vergleich: Die Provinz Trient liegt über dem EU-Durchschnitt.
- 5 Lange Zeit vernachlässigt, scheint das Thema Einkommensverteilung in der öffentlichen Debatte in Südtirol zunehmend an Bedeutung zu gewinnen. Immer mehr EinwohnerInnen haben den Eindruck, vom anhaltenden Wachstum relativ wenig abzubekommen.
- 6 Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang vom Rybczynsky-Effekt. Wenn in einer Ökonomie Vollbeschäftigung herrscht (was in Südtirol de facto der Fall ist), dann bedeutet der Anstieg eines Produktionsfaktors (z.B. die Zuwanderung von relativ niedrig qualifizierten Arbeitskräften), dass diejenige Produktion absolut ausgedehnt wird, die diesen Faktor intensiv nutzt, und jene Produktion absolut eingeschränkt wird, die diesen Faktor weniger intensiv nutzt, sprich die Produktion mit intensiver Nutzung höher qualifizierter Arbeitskräfte und im Schnitt höherer Produktivität.
- 7 Italien hat sich lange Zeit, und zum Teil gilt das auch heute noch, auf die komparativen Vorteile des *Made in Italy* in Bereichen wie Möbel, Bekleidung und anderen Produkten versteift. Diese komparativen Vorteile waren tatsächlich vorhanden und manche glaubten, dass man der zunehmenden Konkurrenz aus den aufstrebenden Ökonomien Asiens und Lateinamerikas ausweichen könnte, indem man ganze Wirtschaftszweige gewissermaßen auf Armani- oder Gucci-Niveau bringt – ein großer Irrtum. Der Wohlstand für die Masse wird auf lange Sicht von der Qualifikation und Produktivität der Beschäftigung bestimmt, und in diesen Bereichen hat Italien vieles versäumt. Heute ist die Wachstumsschwäche Italiens offenkundig und das *Made in Italy* vielfach eine Marke, die auf bessere Zeiten aus der Vergangenheit verweist.
- 8 Der größte Teil der Fördermittel wird nach wie vor für Investitionsbeihilfen ausgegeben, für eine Aktivität also, die ohne weitere Begründung, wie etwa möglichen Ineffizienzen am lokalen Kreditmarkt, von jedem Unternehmer ausschließlich auf der Grundlage betriebswirtschaftlicher Überlegungen und

- im Rahmen der üblichen Unsicherheiten auszuführen ist, das heißt, eine Investition wird profitabel oder nicht.
- 9 Aufgrund des speziellen Mechanismus des Steuerausgleiches ist es durchaus möglich, dass die Einnahmen der Autonomen Provinz Bozen nicht notwendigerweise mit dem Konjunkturzyklus synchronisiert sind, zumal für die Berechnung keine laufenden, sondern ältere Daten herangezogen werden. Völlig auszuschließen ist das Risiko der Prozyklizität deshalb nicht. Die Praxis eines ausgeglichenen Haushaltes schließt in jedem Fall eine aktive Konjunkturpolitik aus.
- 10 Eine Branche der Wirtschaftswissenschaften, die seit den späten 80er-Jahren einen regelrechten Boom erlebt, die sogenannte *political economy*, beschäftigt sich mit eben dieser Problemstellung. Eine umfassende Übersicht bietet Drazen (2000). Eine etwas anschaulichere Darstellung ausgewählter Beispiele findet sich in Shleifer/Vishny (1998).

---

## Literaturverzeichnis

- Castlunger*, Ludwig (2010). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Südtirols/Conto economico della provincia di Bolzano 1995–2009, astat tab sammlung/raccolta Nr. 3, 11/2010. [http://www.provinz.bz.it/astat/de/volkswirtschaft/595.asp?GesamtrechnungPubl\\_action=4&GesamtrechnungPubl\\_article\\_id=158062](http://www.provinz.bz.it/astat/de/volkswirtschaft/595.asp?GesamtrechnungPubl_action=4&GesamtrechnungPubl_article_id=158062)
- Drazen*, Allan (2000). *Political Economy in Macroeconomics*, Princeton: University Press
- Europäische Union* (1981). Eurostat Jahrbuch der Regionen 1981, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
- Europäische Union* (2010). Eurostat Jahrbuch der Regionen 2010, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. <http://www.eds-destatis.de/downloads/publ/KS-HA-10-001-DE-N.pdf>
- Eurostat* (2009). Eurostat regionale Arbeitsmarktstatistiken (LFS): Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen (1999–2009, NACE Rev.1.1). <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/themes>
- Krugman*, Paul (1998). What's New About the New Economic Geography, in: *Oxford Review of Economic Policy*, Vol. 14, Nr. 2, 7–17
- Shleifer*, Andrei/*Vishny*, Robert W. (1998). *The Grabbing Hand: Government Pathologies and Their Cures*, Cambridge: Harvard University Press
- Venables*, Antony J. (2008). *New Economic Geography*, in: *Durlauf*, Steven N./*Blume*, Lawrence E. (Hg.) *The New Palgrave Dictionary of Economics*, Basingstoke: Palgrave Macmillan
- Vining*, Aidan R./*Boardman*, Antony E. (1992). Ownership versus Competition: Efficiency in Public Enterprise, in: *Public Choice*, Vol. 73, No. 2, 205–239

## Abstracts

### **L'amministrazione autonoma è veramente stata una benedizione per lo sviluppo economico della Provincia? Magari.**

È oramai da quarant'anni che in Alto Adige è entrato in vigore il Secondo Statuto di Autonomia. Questo ha marcato un importante cambiamento nella storia politica e sociale della regione ed ha anche goduto d'un notevole successo economico nel corso dei passati decenni. Quanto di questo successo è legato al maggiore grado di autodeterminazione in rapporto alle regioni confinanti in Italia e fuori? Questo articolo sostiene che mentre il ruolo dell'autodeterminazione è probabilmente sovrastimato nel dibattito a livello locale, esso arriva ad identificare una serie di temi che determineranno il corso futuro dell'economia locale. In particolare, i legislatori hanno un ruolo importante da rivestire nell'impostare un programma per il lungo termine: essi devono consolidare ulteriormente un modello che, bisogna ammetterlo, ha avuto successo fino ad ora e che si basa sempre di più su manodopera relativamente a buon mercato e non qualificata, specialmente nel campo del turismo, o dovrebbero piuttosto puntare su di un nuovo modello, un modello che possa offrire migliori prospettive di crescita per il futuro? Anche senza statistiche affidabili a livello sub-nazionale è chiaro come la qualità delle istituzioni locali rappresenti per il futuro un valore importante.

## **É l'aministrazion autonoma stada na benedisciun por le svilup economic? Al podess ester.**

Dan da carant'agn él jü en forza te Südtirol le Secundo Statut d'autonomia. Al à portè na mudaziun importanta tla storia politica y sozuala dla provinzia, che à arjunt ti ultims dezzens inće n suzès economic nia da püch. Te cí mosöra é pa chësc suzès lié ala majera autonomia, respet a d'atri raiuns vijins tla Talia y foradecà? Chësc articul spliga che inće sce l'importanza dl'autonomia vëgn bunamënter suravalutada tla discusciun locala, determinëiera impò cer faturs sarà determinané por le svilup dl'economia locala tl dagnì. En particular à chi che definësc les regoles na pert importanta canche ara nen va de definì na strategia por n tēmp plü lunc: ô chisc consolidé chësc model che va tan bun, che é reconsciü lunc y lerch y che se tralascia tres deplü sön n laûr relativamënter bun marcé y nia cualifiché, dantadöt tl turism, o prôn de cherié n'atra sort de model, un che pîtes de mius prospetives de svilup tl dagnì? Inće zënza statistiches sigüdes a nivel regional, él tler che la cualité dles istituziuns locales é na richëza che vëgn portata inant.

### **Was Local Self-Government a Blessing for Economic Development? Possibly.**

It is now forty years ago that the Second Statute of Autonomy went into force in South Tyrol. This marked an important change in the political and social history of the region, which has also enjoyed remarkable economic success over the past several decades. How much of this success is linked to the higher degree of self-government in relation to neighbouring regions of Italy and beyond? This article argues that whilst the role of self-government is probably overrated in the local debate, it identifies a number of issues that will determine the future course of the local economy. In particular, policymakers have an important role to play when setting the course for the longer term: Should they further consolidate a model that has, admittedly, been successful thus far and that relies increasingly on relatively cheap and unqualified labour, especially in tourism? Or should they set a new goal: a model that offers better growth prospects for the future? Even without reliable statistics at the sub-national level, it is clear that the quality of local institutions represents an important asset going forward.



Giuseppe De Cesare

# Statuto di autonomia e radiotelevisione pubblica

## 1. Introduzione

Le problematiche giuridiche e le dinamiche politiche che ci accingiamo ad affrontare sono racchiuse in un lasso di tempo superiore rispetto a quello dalla nascita del nuovo statuto di autonomia nel 1972. Le possiamo collocare tra due sentenze della Corte costituzionale, la n. 46 del 1961 e la n. 312 del 2003, nel quadro complessivo di evoluzione normativa del sistema radiotelevisivo fino al Testo unico dei servizi di media audiovisivi e radiofonici,<sup>1</sup> passando attraverso la riforma del titolo V della costituzione.

Nella prima sentenza<sup>2</sup> la Corte era stata chiamata a valutare la legittimità costituzionale della legge con cui la Provincia autonoma di Bolzano aveva attribuito alla Giunta provinciale la predisposizione, l'approvazione e la vigilanza sull'esecuzione dei programmi per le trasmissioni locali della concessionaria pubblica.<sup>3</sup> C'era ancora il monopolio radiotelevisivo della Rai ed era in vigore il primo statuto di autonomia. Pochi giorni dopo l'approvazione della legge era stata inaugurata la nuova sede della Rai di Bolzano, era entrata in funzione la Rete IV a modulazione di frequenza e nello stesso giorno iniziava la trattazione all'Onu del ricorso

dell’Austria contro l’Italia per inadempimento dell’Accordo Degasperi-Gruber (cfr. Zendron 2006, 103–107). La Corte affermò che “le competenze normative attribuite alle Regioni o Province autonome sono da contenere entro i limiti risultanti dalla specificazione delle singole materie elencate negli statuti, secondo il contenuto delle medesime da determinare in base a criteri obiettivi”. E – concludeva la Corte – se “dovesse ritenersi illegittima l’attribuzione allo Stato dell’uso in esclusiva delle trasmissioni radio, con più forte ragione un analogo giudizio dovrebbe colpire la legge provinciale, la quale si propone di sostituire a quello dello Stato un proprio regime di gestione monopolistica”.

Nella seconda sentenza,<sup>4</sup> dopo la riforma del titolo V della Costituzione, la Corte ha affermato che, la censura avanzata dal Governo relativa ad una pretesa “estraneità”, rispetto alla competenza legislativa della Provincia di Bolzano, era priva di fondamento e aveva ricordato in proposito che “l’art. 8 n. 4 dello statuto dispone che la Provincia di Bolzano abbia competenza legislativa esclusiva in particolare per quanto riguarda manifestazioni ed attività artistiche, culturali ed educative locali anche con i mezzi radiotelevisivi. Tale competenza, così delimitata, ha trovato attuazione nelle disposizioni contenute negli artt. 7 e 10 del d.p.r. 1 novembre 1973, n. 691, le quali prevedono il trasferimento alla Provincia di tutte le funzioni statali in materia, nonché la facoltà di ‘realizzare e gestire’ una rete idonea alla ricezione, con qualsiasi mezzo tecnico, delle trasmissioni emesse da organismi radiotelevisivi esteri dell’area culturale tedesca e ladina”. A tale competenza esclusiva in materia della Provincia di Bolzano, va poi aggiunta, a seguito dell’entrata in vigore del nuovo titolo V, parte II costituzione, anche la competenza legislativa concorrente relativa all’“ordinamento della comunicazione”, la quale, in virtù dell’art. 10 della legge costituzionale n. 3 del 2001, non può non estendersi anche alla Provincia di Bolzano, “alla quale, invece, resta precluso dall’art. 8 n. 4 dello statuto l’esercizio della potestà legislativa esclusiva in ordine alla facoltà di impiantare stazioni radiotelevisive”. Ciò significa che le attività che possono essere sviluppate dalla Provincia di Bolzano nel settore delle comunicazioni debbono rispettare i principi fondamentali stabiliti in materia da una serie di leggi statali. “Si tratta quindi – concludeva la Corte – di un complesso di norme attributive di potestà legislativa alla Provincia di Bolzano” e aveva infine ricordato “che in ogni caso, secondo un consolidato orientamento di questa Corte, l’informazione esprime non tanto una materia, quanto ‘una condizione preliminare’ per l’attuazione dei principi propri dello Stato democratico e in tale ambito qualsivoglia soggetto od organo rappresentativo investito di competenze di natura politica non può, pur nel rispetto dei limiti connessi alle proprie attribuzioni, risultare

estraneo all'impiego dei mezzi di comunicazione di massa" (sent. n. 29/1996, sent. n. 348/1990).

Tra queste due sentenze della Corte si esplica l'intera evoluzione della giurisprudenza costituzionale in materia radiotelevisiva, in generale e più in particolare riguardante l'autonomia altoatesina (Zaccaria/Valastro 2010, 573–609; Chimenti 2007, 269–298). Non si può non accennare in questa sede a due sentenze del 1985, la n. 206 e la n. 207, normalmente fatte rientrare dai commentatori tra quelle che contraddistinguerebbero la netta chiusura della Corte alle competenze radiotelevisive delle Regioni.

Con la prima citata, la n. 206,<sup>5</sup> la Corte *censura in maniera netta, sulla scorta dell'art. 8, n. 4 dello statuto e 7 delle norme di attuazione, la rivendicazione da parte della Provincia di avere competenza generale in materia di diffusioni radiotelevisive e la pretesa di sostituirsi interamente allo Stato, nell'ambito del territorio provinciale, nella gestione del servizio pubblico radiotelevisivo, che era basata anche sulle locuzioni "comunicazioni e trasporti" dell'art. 8, n. 18 e "assunzione diretta di servizi pubblici" dell'art. 8, n. 19*. E alla fine dichiara che "non spetta alla Provincia di Bolzano stipulare la convenzione con la Rai relativa ai programmi televisivi e radiofonici in lingua tedesca e radiofonici in lingua ladina, [...] che non spetta allo Stato approvare la convenzione con la Rai [...] senza previo invito al Presidente della Provincia ad intervenire alla relativa seduta del Consiglio dei ministri che approva la detta convenzione, [...] non spetta alla Provincia di Bolzano provvedere nell'ambito del proprio territorio l'assegnazione della frequenze radioelettriche disposta [...] dal Ministero delle Poste e Telecomunicazioni", e dichiara poi "inammissibile il conflitto di attribuzioni con il Ministero delle Poste per l'integrazione della rete dei ripetitori per la ritrasmissione dei programmi esteri provenienti dall'area culturale tedesca e ladina" e – infine – dichiara inammissibile il conflitto di attribuzione sollevato dalla Provincia di Bolzano nei confronti dello Stato, in ordine alla deliberazione del consiglio d'amministrazione della Rai, relativa all'istituzione della terza rete televisiva. La Corte rileva che "l'atto censurato è proprio del concessionario del servizio, vale a dire della Rai, ente privato in quanto società per azioni, e non già dello Stato o a questo comunque direttamente imputabile".

Sulla scorta degli stessi presupposti giuridici, la Provincia di Bolzano aveva proposto in via diretta la questione di legittimità nei confronti del decreto legge 6 dicembre 1984, n. 807<sup>6</sup> contenente misure urgenti in materia di trasmissioni radiotelevisive. L'impugnazione riguardava il decreto nel suo complesso e in particolare la riserva allo Stato della diffusione radiotelevisiva sull'intero territorio nazionale e la previsione della formazione del piano delle frequenze, lesivo – a dire della Pro-

vincia – della propria competenza generale su ogni aspetto del servizio pubblico radiotelevisivo in luogo dello Stato nell’ambito del territorio provinciale e in ogni caso della competenza specifica in materia di pianificazione e di assegnazione pianificata delle bande di frequenza (governo tecnico dell’etere). La Corte, dichiarando non fondata la questione di legittimità costituzionale, ribadisce “che alla Provincia non spetta, sulla base delle norme statutarie e di attuazione da esse invocate, quella competenza generale ed esclusiva, che essa rivendica in materia di servizio pubblico radiotelevisivo”<sup>7</sup>.

Da una netta chiusura a qualsiasi intervento regionale (e provinciale) in ragione della “materia”<sup>8</sup> e delle competenze enumerate, negli anni ’90 si arriva alla concezione dell’informazione “attuata attraverso i mezzi di comunicazione di massa” come “condizione preliminare per l’attuazione ad ogni livello, centrale e locale, della forma propria dello Stato democratico”<sup>9</sup>. Vengono poi due sentenze riguardanti il piano di assegnazione delle frequenze disciplinato dalla cd. *Legge Mammi*: la n. 21 del 1991,<sup>10</sup> che fissa il principio della necessaria procedura dell’“intesa” (seppure debole) tra Stato e Province autonome di Trento e Bolzano relativamente alla localizzazione degli impianti e la n. 6 del 1993,<sup>11</sup> che rammenta anche la necessaria salvaguardia delle competenze esclusive spettanti alle Province autonome nel governo del territorio e nella tutela del paesaggio. Ciò comporta – secondo la Corte – che, per la parte concernente i loro territori, i piani nazionali di assegnazione delle frequenze per l’emittenza radiotelevisiva non possano legittimamente approvarsi se non sia stato completato il procedimento finalizzato al raggiungimento di un’intesa tra Stato e le stesse Province in ordine alla localizzazione degli impianti dei suddetti territori. Arriva infine la sentenza n. 29 del 1996<sup>12</sup> che, oltre a confermare l’impostazione della sentenza n. 348 del 1990, riconosce alla Provincia di Bolzano la possibilità di concedere interventi agevolativi a favore di emittenti radiofoniche e televisive locali, in base alla legge provinciale in materia<sup>13</sup> e individua il fondamento idoneo a giustificare la competenza esercitata nell’art. 8, numero 4, dello statuto. Inoltre, sulla scorta dell’art. 23, comma 2, della cd. *Legge Mammi*,<sup>14</sup> legge di riforma economico sociale, non esclude “la possibilità di ulteriori e diverse misure di sostegno, una volta che le stesse possano trovare il loro fondamento in competenze statutarie o in principi di ordine costituzionale”. Con questa pronuncia la Corte si allinea con la migliore dottrina che aveva osservato come “interventi statali e interventi regionali si pongono in un rapporto di reciproca integrazione in vista del perseguimento di una finalità che resta unica” ovvero “di un interesse costituzionale non ascrivibile rigidamente alla competenza dell’uno o dell’altro livello di governo” (Caretti 1992, 338).

Poi è venuta la legge n. 249 del 1997,<sup>15</sup> che istituendo l’Autorità per le garanzie nelle comunicazioni, riconosce un ruolo decisivo alle Regioni nel settore radiotelevisivo. È l’occasione per la Provincia di Bolzano di tornare ad occuparsi della materia. La Giunta provinciale, nel settembre del 1999, vara il disegno di legge n. 31 di riforma della legge prov. n. 5 del 1996, contenente “norme sulle comunicazioni e provvidenze in materia di radiodiffusioni”, un disegno di legge dalla gestazione molto lunga e contrastata (De Cesare 2004, 307–321) che porta infine alla legge provinciale 18 marzo 2002, n. 6 che costituisce anche l’avvio di un tentativo di centralizzare, in capo alla Presidenza della Giunta, della competenza in materia di comunicazioni. Da un duplice ricorso del Governo scaturirà la sentenza n. 312 del 2003. Con la sentenza n. 308 del 2003, infine, la Corte torna sulle competenze autonomistiche in materia di impianti e frequenze e conferma il principio di “leale cooperazione” con le Province autonome.<sup>16</sup> Nel frattempo era intervenuta la riforma del titolo V della costituzione, approvata con il voto determinante dei parlamentari della Svp, con l’attribuzione alle Regioni della competenza legislativa concorrente in materia di “ordinamento della comunicazione”.<sup>17</sup>

È a questo punto che interviene la nuova legge di sistema, considerata strategica dalla nuova maggioranza di centro-destra, la cd. *Legge Gasparri*,<sup>18</sup> poi integrata nel Testo unico dei servizi di media audiovisivi e radiofonici.<sup>19</sup>

### 1.1. Il ruolo delle Regioni e delle Province autonome nel T.U. dei servizi di media audiovisivi e radiofonici.

Sulla scorta del mutamento della giurisprudenza costituzionale e soprattutto dopo la riforma del titolo V della costituzione, nel T.U. vengono posti i principi ai quali le Regioni devono conformarsi nell’esercizio della potestà legislativa concorrente. È interessante notare come, in dieci anni di vigenza del nuovo art. 117, comma 3 della cost., le Regioni non abbiano utilizzato la possibilità di legiferare in materia, se non in ambiti molto ristretti (cfr. Zaccaria 2010, 582; Caretti 2011, 572).<sup>20</sup> E così anche le Province autonome.

Il T.U. all’art. 12 dispone che le Regioni esercitino la potestà legislativa concorrente in materia di emittenza radiotelevisiva in ambito regionale o provinciale, nel rispetto dei principi fondamentali contenuti nel titolo 1 e sulla base dei principi fondamentali enumerati nello stesso articolo: che siano attribuite ad organi della Regione o degli enti locali le competenze in ordine al rilascio di provvedimenti abilitativi, autorizzatori e concessori necessari per l’accesso ai siti previsti dal pia-

no nazionale di assegnazione delle frequenze, in base alle disposizioni nazionali e regionali, per l'istallazione di reti ed impianti, nei principi di non discriminazione, proporzionalità e obiettività e nel rispetto delle norme vigenti in materia di salute, di tutela del territorio, dell'ambiente e del paesaggio e delle bellezze naturali. Inoltre, si prevede che siano attribuite le competenze relative al rilascio delle autorizzazioni per emittente, anche radiofonica digitale, o per fornitore di servizi interattivi associati o di servizi di accesso condizionato destinati alla diffusione in ambito regionale o provinciale.

L'art. 18 attribuisce invece ai competenti organi della Regione o delle Province la competenza relativa al rilascio dell'autorizzazione per la fornitura di servizi di media audiovisivi e dati destinati alla diffusione tecnica digitale su frequenze terrestri in ambito regionale o provinciale, sempre nel rispetto dei principi fondamentali del titolo 1.

L'art. 42 fissa precisi criteri e procedure di "intesa" tra Ministeri, Autorità e Regioni e Province autonome in materia di uso efficiente dello spettro elettromagnetico e di pianificazione delle frequenze.

Per quanto riguarda direttamente i *compiti del servizio pubblico generale radiotelevisivo*, il T.U. prevede, all'art. 45, oltre al *contratto nazionale di servizio, contratti di servizio regionali* e, per le Province autonome di Trento e Bolzano, provinciali, con i quali sono individuati i diritti e gli obblighi della società concessionaria. Anche questi contratti devono essere stipulati nel rispetto dei principi enumerati dall'art. 7 del T.U. Questi contratti di servizio possono essere stipulati, in base all'art. 46, previa intesa con il Ministero, con la società concessionaria del servizio pubblico generale di radiodiffusione, per la definizione degli obblighi e compiti di pubblico servizio da definirsi con leggi regionali, nel rispetto dei principi fondamentali contenuti nel titolo 1 e del titolo 8 dello stesso T.U. e delle disposizioni anche sanzionatorie previste dallo stesso.

L'art. 45, prevede l'articolazione della società concessionaria in una o più sedi nazionali e in sedi regionali e provinciali per Trento e Bolzano, aggiungendo che le sedi regionali e le sedi provinciali della società concessionaria del servizio pubblico generale radiotelevisivo operano in regime di autonomia finanziaria e contabile in relazione all'attività di adempimento degli obblighi di pubblico servizio affidati alle stesse. Si prevede, infine, anche la valorizzazione e il potenziamento dei centri di produzione decentrati anche per le esigenze di promozione delle culture e degli strumenti linguistici locali.

Tra gli obblighi che il servizio pubblico generale radiotelevisivo deve comunque garantire c'è l'effettuazione di *trasmissioni televisive in lingua tedesca e ladi-*

na per la Provincia autonoma di Bolzano, in lingua ladina per la Provincia autonoma di Trento, in lingua francese per la Regione Valle d'Aosta e in lingua slovena per la Regione autonoma Friuli-Venezia Giulia. L'intera materia è disciplinata ulteriormente anche dal Contratto di servizio nazionale 2010-2012.<sup>21</sup> E l'art. 14 del T.U. riconosce anche le disposizioni particolari per la Regione autonoma Valle d'Aosta e per le Province autonome di Trento e di Bolzano affermando che esse, nel rispetto dei principi fondamentali previsti dal Testo unico, *provvedono alle finalità del T.U. nell'ambito delle specifiche competenze ad esse spettanti ai sensi dello statuto speciale e delle relative norme di attuazione, anche con riferimento alle disposizioni del titolo V della parte II della costituzione, per le parti in cui prevedono forme di autonomia più ampie rispetto a quelle già attribuite.*

Come si vede da questa rapida carrellata normativa, le possibilità di intervento e di valorizzazione del ruolo delle Regioni e le Province autonome in materia di “ordinamento della comunicazione” e di servizio pubblico generale radiotelevisivo esistono, solo che – come rilevato – a dieci anni dalla riforma costituzionale e a oltre sei dall'entrata in vigore del T.U. sulla radiotelevisione, non sono state esercitate.

## 1.2. Le forme più ampie di autonomia dell'Alto Adige

Quali sono queste *competenze specifiche* e quali sono *le forme di autonomia più ampie* rispetto a quelle già attribuite?

La catena normativa di riferimento è molto ampia e va dalla costituzione alla convenzione:<sup>22</sup> capisaldi sono l'art. 6 della costituzione, l'art. 8 n. 4 dello statuto, le disposizioni contenute negli artt. 7-10 della norma di attuazione n. 691/1973 che realizzano una sorta di cogestione (Reggio d'Acì 1994, 464) tra Provincia e Rai per quanto riguarda le trasmissioni in lingua tedesca e ladina, sulla base della legge n. 103/1975<sup>23</sup> e il d.p.r. 31 luglio 1997 contenente la *Convenzione Presidenza del Consiglio dei ministri – Rai per le trasmissioni in lingua tedesca e ladina*<sup>24</sup>, ai quali ora si aggiungono gli artt. 14, 45 e 46 del d.leg. 177/2005 T.U. sui media audiovisivi. In particolare, l'art. 9 del d.p.r. 691/1973 dispone che il personale della sede Rai di Bolzano incaricato dei programmi in lingua tedesca e ladina, ad ogni livello, debba appartenere rispettivamente al gruppo linguistico tedesco e ladino, compreso quello giornalistico. È prevista la figura del *Coordinatore responsabile dei programmi in lingua tedesca* che è nominato dalla Rai d'intesa con la Provincia e, che d'intesa tra i due enti, può essere revocato. Egli ha la qualifica di dirigente e for-

mula proposte di spesa per l'attuazione dei programmi, coordina la predisposizione degli schemi dei programmi stessi e sovrintende alla loro esecuzione e all'osservanza dei criteri e delle direttive che in proposito siano state emanate. La disciplina di dettaglio, economica ed organizzativa, che ha portato a diverse trasformazioni, è demandata alle varie convenzioni che si sono succedute nei decenni. Si tratta di *convenzioni aggiuntive* alla *convenzione generale di servizio pubblico della Rai* contenuta nel d.p.r. 28 marzo 1994 che concede in esclusiva alla Rai il servizio pubblico radiotelevisivo sull'intero territorio nazionale fino al 2016. L'art. 19 della convenzione prevede alcune *prestazioni aggiuntive*, disposte dalla legge n. 103/1975, da disciplinare con *convenzioni aggiuntive* e da rinegoziare alla scadenza dei contratti di servizio triennali. È nel 2006 che cambia il regime di rinnovo di queste convenzioni.<sup>25</sup> Ora vengono approvate con decreto del Presidente del Consiglio dei ministri, di concerto con i ministri dell'Economia e delle Finanze e delle Comunicazioni.

A queste specifiche competenze rimanda l'art. 14 del T.U. e alla convenzione fa riferimento il *Contratto di servizio 2010–2012*. Qui, all'art. 17, comma 2, si dispone che la Rai effettui, per conto della Presidenza del Consiglio dei ministri e sulla base di apposite convenzioni, servizi per le minoranze culturali e linguistiche, così come previsto dalla legge n. 103/1975, e si impegna, comunque, ad assicurare una programmazione rispettosa dei diritti delle minoranze culturali e linguistiche nelle zone di appartenenza. È comunque da tenere presente che “convenzione” e “contratto di servizio” sono istituti che si muovono in una logica distinta: “di tipo pubblicistico l'uno (la convenzione), di natura invece essenzialmente privatistico l'altro (il contratto di servizio), con tutte le conseguenze che ciò comporta in ordine alla concezione del servizio pubblico e alle sue modalità di esercizio” (Caretti 2000, 728).

A questo proposito è da sottolineare come nel dibattito sulla competenza concorrente regionale in materia di ordinamento della comunicazione si è osservato correttamente, in materia di minoranze linguistiche, come “sarebbe ingiustificato ritenere che l'attributo territoriale delle identità, della cultura e della lingua sia un requisito valevole anche per segnare rigidamente gli ambiti di competenza tra lo Stato e le Regioni, sia perché taluni di questi interessi necessitano di una specifica tutela attiva anche del soggetto statale (ad esempio la responsabilità internazionale dello Stato per la tutela delle minoranze linguistiche), sia perché appare davvero illogico prima che illegittimo pensare di poter spezzettare gli elementi che compongono la cultura nazionale in frammenti di origine territoriale” (Giglioli 2004, 994).

Per concludere, un brevissimo accenno al concetto di *servizio pubblico generale radiotelevisivo*, così come è disciplinato nell'ordinamento nazionale ed euro-



peo. Si tratta di un servizio necessitato per ragioni di carattere politico-sociale, politico-culturale, politico-economico. I suoi limiti conformativi sono i principi di libera manifestazione del pensiero e la garanzia di pluralismo. In questi termini il servizio è, sotto il profilo comunitario, un servizio economico di interesse generale al quale vengono associati precisi obblighi di pubblico servizio. Proprio perché servizio di interesse generale, esso costituisce, nel panorama comunitario, una eccezione alle regole di concorrenza e proprio per questo il suo contenuto deve essere puntualmente definito, così come fa il titolo VIII del T.U. e la sua titolarità spetta allo Stato, che ne può affidare l'esercizio ad uno o più soggetti (Cardarelli 2006, 189).

Questa sommaria ricostruzione dell'evoluzione della giurisprudenza costituzionale e del quadro normativo attuale relativo alle competenze radiotelevisive della Provincia di Bolzano si è resa necessaria per fornire una traccia interpretativa e problematica, utile a districarsi criticamente nella *babele* di opinioni e di proposte che hanno contraddistinto il dibattito pubblico sulla materia degli ultimi anni.

Quella del rapporto tra autonomia altoatesina e servizio pubblico radiotelevisivo è una storia di evoluzione parallela, contraddistinta da un grado di conflittualità giuridica molto alta fin dall'origine, come abbiamo visto. Ora si sperimentano nuovi percorsi e nuove strategie per riproporre storiche rivendicazioni e obiettivi, utilizzando in maniera disinvolta e in chiave identitaria, strumenti straordinari come le norme di attuazione, attraverso accordi e negoziazioni "finanziarie" – in una materia sensibile e delicata come il sistema della comunicazione – indifferenti a norme e principi.

## 2. "Accordo di Milano" – Rai e Rai-Sender Bozen

La partita, negli ultimi anni, si è giocata attraverso il tentativo di forzare le trattative legate alle leggi finanziarie. Paradossalmente, proprio in materia radiotelevisiva, in Alto Adige, si assiste all'inversione di una linea di tendenza abbastanza frequente. Se normalmente è il legislatore statale che tenta, attraverso le leggi finanziarie, di intervenire nelle scelte ordinamentali e funzionali degli enti locali (Meloni 2011, 1), in questa materia, così delicata e sensibile, è la Provincia di Bolzano che, attraverso gli strumenti finanziari e normativi straordinari a sua disposizione, cerca di intervenire nelle scelte ordinamentali e funzionali dello Stato – e non solo – per conquistare competenze non previste dallo statuto e dall'ordinamento giuridico.

Il tentativo un po' estemporaneo e azzardato – e poi naufragato – di presentare una norma di attuazione in materia radiotelevisiva utilizzando la Legge finanziaria 2007 del Governo Prodi, viene riproposto quasi pedissequamente, nella fase politica immediatamente successiva e su basi giuridiche e politiche ben diverse.

Parliamo del cd. Accordo di Milano che rappresenta un aspetto peculiare di attuazione del cd. federalismo fiscale e che ha svolto un ruolo di “apripista”, in materia finanziaria, per analoghe iniziative di altre Regioni a statuto speciale (Vigato 2011, 3; Pace 2011, 163). In un clima politico-legislativo non molto favorevole alle autonomie speciali, specialmente per quanto riguarda quello che viene considerato il loro “privilegio” dal punto di vista finanziario – ha osservato Valerio Onida – la via intrapresa appare “più lungimirante, dal punto di vista dello sviluppo delle autonomie nel nostro paese, rispetto ad una *reductio ad unum* delle Regioni” (Onida 2011, 580).

Il nuovo quadro normativo è rappresentato dall'art. 27 della legge delega n. 42 del 2009<sup>26</sup> sul coordinamento della finanza pubblica delle Regioni a statuto speciale e delle Province autonome, secondo il quale, anche le autonomie differenziate devono concorrere al conseguimento degli obiettivi di perequazione e di solidarietà e all'esercizio dei diritti e dei doveri da essi derivanti, nonché al patto di stabilità interno e agli obblighi di derivazione comunitaria. Gli obiettivi del coordinamento possono essere realizzati anche attraverso l'assunzione di oneri derivati dal trasferimento o dalla delega di funzioni statali alle Regioni e Province autonome, ovvero da altre misure finalizzate al conseguimento di risparmi per il bilancio dello Stato. L'obiettivo del coordinamento è affidato alla definizione di criteri e modalità rimessi alle norme di attuazione degli statuti speciali, quindi al metodo concertativo che “costituisce una garanzia procedurale per realizzare un ragionevole contemperamento tra gli interessi derivanti dal sistema finanziario differenziato e le esigenze connesse al principio unitario” (Valdesalici 2010, 10), secondo il principio costituzionale di leale collaborazione.

È in questa nuova dimensione normativa che, il 30 novembre 2009, viene firmato il cd. Accordo di Milano, tra il ministro dell'Economia e delle Finanze e i Presidenti delle Province autonome di Bolzano e di Trento in cui si condivide l'opportunità di assicurare l'attuazione della legge n. 42/2009 e “si conviene di modificare il titolo VI dello statuto speciale, di modificare la correlata normativa di attuazione statutaria, di definire specifiche norme di coordinamento finanziario e di individuare nuove competenze”.

Allegato – e parte integrante dell'accordo politico – è lo schema di articolato, costituito dalla revisione dell'ordinamento finanziario delle Province autonome di

Trento e di Bolzano e della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, con la disciplina degli interventi in favore dei Comuni confinanti con le Province autonome e le deleghe di funzioni alle Province stesse.

Da notare come – per quanto riguarda le funzioni delegate – nell’accordo politico se ne prevedano alcune che riguardano entrambe le Province ed altre, distinte, rispettivamente solo per la Provincia di Trento e per quella di Bolzano.

Per quanto riguarda la Provincia autonoma di Bolzano si prevede – tra l’altro – l’assunzione degli oneri riferiti alle funzioni esercitate dallo Stato in materia di *finanziamento delle trasmissioni di lingua tedesca e ladina di competenza della sede Rai di Bolzano*.

Lo schema di articolato contiene le “Norme di coordinamento della finanza della Regione Trentino Alto-Adige/Südtirol e delle Province autonome di Trento e Bolzano” e prevede, come detto, la revisione dell’ordinamento finanziario autonomistico (art. 104 st.) con la modifica di diversi articoli dello statuto.

L’articolato è stato recepito integralmente dall’art. 2, dai commi da 106 a 125, della Legge finanziaria 2010.<sup>27</sup> I commi rilevanti ai fini di questa analisi sono il 107, punto h, che modifica l’art. 79 dello statuto di autonomia, il comma 123 e il 125. Il nuovo art. 79, comma 1<sup>28</sup>, in particolare dispone che “la Regione e le Province concorrono al conseguimento degli obiettivi di perequazione e di solidarietà e all’esercizio dei diritti e dei doveri dagli stessi derivanti nonché all’assolvimento degli obblighi di carattere finanziario posti dall’ordinamento comunitario, dal patto di stabilità interno e dalle altre misure di coordinamento della finanza pubblica stabilite dalla normativa statale”, e al punto c “con il concorso finanziario ulteriore al riequilibrio della finanza pubblica mediante l’assunzione di oneri relativi all’esercizio di funzioni statali, anche delegate, definite d’intesa con il ministero dell’Economia e delle Finanze, nonché con il finanziamento di iniziative e di progetti, relativi anche ai territori confinanti, complessivamente in misura pari a 100 milioni di euro annui a decorrere dall’anno 2010 per ciascuna provincia. L’assunzione di oneri opera comunque nell’importo di 100 milioni di euro annui anche se gli interventi nei territori confinanti risultino per un determinato anno di un importo inferiore a 40 milioni di euro complessivi”.

L’art. 2, comma 123 precisa poi che la Provincia autonoma di Bolzano, secondo quanto previsto dalla lettera c, del comma 1, dell’articolo 79 dello statuto “assume il finanziamento sostenuto dallo Stato per la Libera Università di Bolzano, i costi di funzionamento del conservatorio Claudio Monteverdi di Bolzano, quelli relativi al servizio di spedizione e recapito postale nell’ambito del territorio provinciale e al finanziamento di infrastrutture di competenza dello Stato sul territorio

provinciale, nonché gli ulteriori oneri specificati mediante accordo tra il Governo, la Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol, la Provincia autonoma di Trento e la Provincia autonoma di Bolzano”. Come si vede non viene riportato in maniera esplicita il riferimento alle “trasmissioni di lingua tedesca e ladina di competenza della sede Rai di Bolzano”, che può essere fatto rientrare tra “gli ulteriori oneri specificati mediante accordo”.

Tutta la materia deve essere disciplinata, entro sei mesi dall’entrata in vigore della Legge finanziaria, da norme di attuazione e fino all’emanazione delle norme di attuazione, lo Stato continua a esercitare le predette funzioni, ferma restando l’assunzione degli oneri a carico delle Province autonome di Trento e di Bolzano, a decorrere dal 1° gennaio 2010.

Nonostante nell’elenco della *Finanziaria 2010* non figuri come nell’accordo politico di Milano l’assunzione degli oneri riferiti “alle trasmissioni in lingua tedesca e ladina di competenza della sede Rai di Bolzano” uno dei primi temi lanciati immediatamente nel dibattito politico e nella comunicazione politica è la vecchia e ambigua idea e proposta di cd. *provincializzazione* della sede Rai di Bolzano, da attuare – con evidente forzatura – attraverso la riproposizione della vecchia bozza di una vecchia norma di attuazione.

Si inizia una strategia del doppio binario: da una parte si opera – attraverso la comunicazione politica – per la *provincializzazione* della sede Rai rilanciando la norma, dall’altra – a livello istituzionale – si parla di “finanziamento dei programmi della Rai in lingua tedesca e ladina”. Così, nella relazione del Bilancio di previsione per il 2010 (pochi giorni dopo la firma dell’Accordo), il finanziamento viene incluso nel pacchetto che prevede “competenze per un ordine di grandezza di 100 milioni di euro”<sup>29</sup> e così nella risposta ad una interrogazione dei Verdi.<sup>30</sup>

Nonostante questa delimitazione ufficiale dell’Accordo, il 23 febbraio 2010 viene ripresentata alla Commissione dei Sei una *bozza di norma di attuazione* sostanzialmente identica a quella già accantonata nella legislatura precedente. Il giorno successivo il quotidiano “Dolomiten” titola: “L’emittente di Bolzano nelle ‘mani della Provincia’”. Commissione dei Sei: l’attuazione dell’accordo finanziario con Roma prevede lo stanziamento di 18 milioni di euro per l’acquisizione dei servizi locali della Rai”.<sup>31</sup> Nell’articolo si afferma che “a breve i servizi regionali della Rai potrebbero essere interamente finanziati dalla Provincia” e si aggiunge che “non appena la Provincia si assumerà l’onere del finanziamento dei servizi, saranno di sua competenza anche gran parte delle tasse Rai”.

È evidente e significativo il *salto di paradigma*: se nei testi ufficiali si continua a parlare di “finanziamento dei programmi della Rai in lingua tedesca e ladina”<sup>32</sup>,

in sede politica e giornalistica, sulla scorta della bozza di norma presentata alla Commissione dei Sei, si parla di *provincializzazione* dell'intera sede Rai di Bolzano.

È un canovaccio di strategia comunicativa e di politica del diritto già conosciuto e sperimentato (De Cesare 2004, 307–321; 2008, 307–321), sul quale comunque si apre un dibattito pubblico, non sempre correttamente informato, in cui chiunque si sente autorizzato ad esprimere la propria opinione e a prendere partito.<sup>33</sup>

L'ambiguità comunicativa e di contenuto la si può riscontrare anche in occasione del vertice di Trento, del 22 marzo 2010, per l'attuazione del cd. Accordo di Milano con le Commissioni dei Sei e dei Dodici: di *finanziamento della Rai* si parla nel comunicato della Giunta, preparatoria all'incontro;<sup>34</sup> di deleghe per la *convenzione Rai* nel comunicato ufficiale del vertice.<sup>35</sup> Si tratta di sfumature di comunicazione istituzionale e politica che hanno una rilevanza di merito.

La stampa parla invece di una “brusca frenata per la *provincializzazione* della Rai altoatesina”.<sup>36</sup> L'articolo di resoconto del vertice di Trento del quotidiano “Dolomiten” è quanto mai significativo: “Rai: Viel Sand im Getriebe” (Rai: tanta sabbia negli ingranaggi). La sabbia di disturbo secondo il quotidiano di lingua tedesca sarebbero le critiche mosse alla cd. *provincializzazione* da parte della redazione in lingua italiana.<sup>37</sup>

## 2.1. Genesi politica della bozza di norma di attuazione

Prima di procedere oltre è utile soffermarsi sulla genesi della norma e sui suoi contenuti.

Essa è strettamente legata alle ultime leggi finanziarie dello Stato. Tutto nasce dal “Patto di stabilità interna” contenuto nella *Finanziaria 2007*,<sup>38</sup> che dispone che “ai fini della tutela dell'unità economica della Repubblica le Regioni e le Province autonome di Trento e di Bolzano concorrono alla realizzazione degli obiettivi di finanza pubblica per il triennio 2007–2009” nel rispetto dei principi fondamentali del coordinamento della finanza pubblica. E poi ancora che “le Regioni a statuto speciale e le Province autonome di Trento e di Bolzano concorrono al riequilibrio della finanza pubblica, [...] anche con misure finalizzate a produrre un risparmio per il bilancio dello Stato, in misura proporzionale all'incidenza della finanza di ciascuna Regione a statuto speciale o Provincia autonoma sulla finanza regionale e locale complessiva, anche mediante l'assunzione dell'esercizio di funzioni statali, attraverso l'emanazione, entro il 31 marzo 2007 e con le modalità stabilite dai ri-

spettivi statuti, di specifiche norme di attuazione statutaria; tali norme di attuazione precisano le modalità e l'entità dei risparmi per il bilancio dello Stato da ottenere in modo permanente o comunque per annualità definite”.

Il Presidente della Giunta provinciale altoatesina Durnwalder, al di là di formalità ufficiali, dai microfoni del “Morgentelefon” di Sender Bozen, agli inizi di ottobre 2007, aveva anticipato l'intenzione di presentare in Commissione dei Sei una bozza di norma di attuazione sulla Rai, in vista di una possibile trasformazione della Terza Rete Rai nella direzione del modello tedesco o austriaco. A fronte dell'inevitabile dibattito pubblico<sup>39</sup> scaturito da questa proposta, precisa che l'obiettivo potrebbe essere un diverso inquadramento dei programmisti registi, oltre ad una struttura apposita per la minoranza ladina. “Si tratta – dice – di richieste che facciamo da anni” e sottolinea che non c'è in nessun modo “l'intenzione di minare l'indipendenza dei giornalisti”.<sup>40</sup>

Come si vede siamo già ben oltre l'indicazione della Legge finanziaria. Si parla già di criteri di organizzazione e di gestione del personale, di qualità della produzione radiotelevisiva, di governo e gestione complessiva della sede Rai di Bolzano.

La norma si componeva di soli due articoli e otto commi da aggiungere, secondo le intenzioni degli estensori, all'art. 7 del Decreto del Presidente della Repubblica 1 novembre 1973, n. 691. Si prefiggeva di raggiungere con una fonte “atipica e ultra-primaria” (cfr. Palermo 2001, 826–844; Pizzorusso 2011, 551–553) l'obiettivo di modificare lo statuto in una parte, quella delle competenze radiotelevisive, al centro di decennali tensioni costituzionali, ma contemporaneamente finiva per dare una copertura e un'attuazione ultra-ordinaria ai contenuti della *legge Gasparri*.

Da notare che il Governo Prodi, che era sostenuto anche dalla Svp, tra i suoi obiettivi di programma aveva la riforma della cd. *legge Gasparri* di disciplina del sistema radiotelevisivo, e tra gli articoli oggetto di riforma, di due distinti disegni di legge presentati dal ministro Gentiloni, ce n'erano alcuni che venivano fatti propri (e modificati nel senso) dalla bozza di norma di attuazione di cui ci stiamo occupando e che si arena nella Commissione dei Sei. In questi due aspetti sta anche il macroscopico paradosso politico-istituzionale della vicenda. A fine 2007, in una fase alquanto turbolenta e difficile per il Governo Prodi, si apre la fase delle trattative per la *Finanziaria 2008*. L'on. Zeller rilancia la richiesta di competenze su Poste e Rai.<sup>41</sup> I parlamentari della Svp figurano sulla stampa nazionale tra quelli corteggiati dall'opposizione per contribuire alla caduta del Governo Prodi.

In seguito, come si ricorderà, il Governo Prodi finisce malamente. Si va a nuove elezioni e vince la coalizione di centro-destra guidata da Silvio Berlusconi. La Svp si dichiara blockfrei, libera dai blocchi. Ed è interessante sottolineare come la

questione Rai venga inserita – in maniera ambigua ma significativa – nel programma elettorale della Svp al punto 12, a seconda della versione. In quella in italiano, depositata al Ministero degli Interni, si pone tra gli obiettivi da perseguire l’impegno per l’“ampliamento del Sender Bozen; tempi di trasmissione radio e tv senza limiti. Ampliamento sostanziale delle trasmissioni in lingua ladina nonché redazione ladina indipendente”;<sup>42</sup> in quella in lingua tedesca, nel sito internet del partito, gli intenti sono diversi: “12. Ausbau des Senders Bozen. Unbeschränkte Sendezeiten in Radio und Fernsehen. Ausbau der ladinischen Sendezeiten und eigenständige ladinische Redaktion. Übertragung des Rai-Sitzes (Personal, Struktur) an das Land Südtirol bei Gewährleistung der redaktionellen Unabhängigkeit”,<sup>43</sup> (trasferimento della sede Rai (personale, struttura) alla Provincia di Bolzano, pur garantendo l’indipendenza editoriale).

Per due anni, della questione non si è più parlato, per ragioni istituzionali: i ritardi nell’insediamento della nuova Commissione dei Sei<sup>44</sup> e la riforma della Legge finanziaria. La questione viene riproposta, identica a tre anni prima, all’inizio del 2010, una volta entrata in funzione la Commissione e raggiunto l’accordo per la riforma dell’ordinamento finanziario dell’autonomia.

Dopo mesi di silenzio la questione torna di attualità in una fase politica molto delicata e complessa per le sorti del governo Berlusconi, con i voti o le astensioni dei parlamentari della Svp strategici e a volte determinanti, come in altre occasioni e temperie politiche, per le vicende politiche parlamentari.

Si apre un secondo fronte, e a prendere l’iniziativa questa volta sono i parlamentari e membri della Commissione dei Sei, Zeller e Brugger, con un incontro alla direzione generale della Rai, il 19 gennaio 2011, al quale partecipa il capo redattore della redazione di lingua tedesca e non il coordinatore dei programmi. Non emerge nulla di ufficiale, ma parte una nuova campagna di stampa a sostegno dell’iniziativa. Così il settimanale “ff” titola: *Sendungsbewusst* (Missione) “L’acquisizione di Rai-Sender Bozen e delle trasmissioni in lingua ladina da parte della Provincia è arrivata alla fase decisiva. Intanto la strategia tacita è: sondare ciò che sia possibile fare”.<sup>45</sup> Brugger parla di una trattativa con il sottosegretario alla Presidenza del Consiglio dei ministri Paolo Bonaiuti.<sup>46</sup> Ma non si entra mai nel merito politico-istituzionale della trattativa e non si spiega con quale legittimazione i parlamentari e membri della Commissione dei Sei siedano al tavolo.

A questo punto, è chiaro comunque che il cd. Accordo di Milano abbia aperto due fronti di azione politica che riguardano la sede Rai di Bolzano: il primo è quello della presentazione alla Commissione dei Sei di una norma di attuazione che vada ben oltre i contenuti dell’Accordo; il secondo è quello di una trattativa con la

concessionaria del servizio pubblico radiotelevisivo, la Rai, per il finanziamento dei programmi in lingua tedesca e ladina da parte della Provincia di Bolzano che subentri, in base all'Accordo, alla Presidenza del Consiglio dei ministri. Sono due piani che si intersecano, pur conservando profili e problematiche diverse.<sup>47</sup>

Sull'intera vicenda, infine, interviene anche l'on. Gianclaudio Bressa del Pd, che nella precedente legislatura era stato Presidente della Commissione dei Sei. La provincializzazione della Rai per lui è “una follia, una cosa che non sta né in cielo né in terra” e spiega anche il perché: “non è una misura prevista dal Pacchetto. Non ha senso che un'istituzione come la Provincia sia proprietaria di un sistema pubblico d'informazione”. Aggiunge anche: “se la necessità è quella di avere più spazi televisivi, il problema si affronta diversamente” ridiscutendo il contratto con la Rai e mettendo a disposizione risorse.<sup>48</sup>

Una babele di opinioni, spesso non basate su dati di fatto e normativi, con confusione di concetti, di strumenti, di piani concettuali e problematici, di semplificazioni, tutta giocata sui mezzi di comunicazione. Ma quali sono i contenuti normativi di questa bozza di norma di attuazione?

## 2.2. La bozza della norma di attuazione

Per comprendere meglio i contenuti della bozza della norma di attuazione sulla cd. provincializzazione della sede Rai di Bolzano è bene invertire l'ordine di lettura dei due articoli di cui essa si compone e che, secondo gli estensori, dovrebbero aggiungersi all'art. 7 della norma di attuazione vigente n. 691/1973.

La furia costituente, senza tempo, senza storia e senza ordinamento in materia radiotelevisiva contenuta nella bozza trova espressione massima e di principio nei cinque commi di cui è costituito l'art. 7 ter.

Nel primo comma si fa obbligo al concessionario del servizio pubblico generale radiotelevisivo di costituire una sede nel territorio della Provincia autonoma di Bolzano per l'effettuazione di trasmissioni radiofoniche e televisive in lingua italiana, tedesca e ladina. Come si fa ad imporre questo obbligo? Ma naturalmente, imponendolo nel contratto nazionale di servizio concernente la disciplina del servizio pubblico generale! E naturalmente queste trasmissioni saranno disciplinate da un contratto di servizio da stipularsi con la Provincia di Bolzano. Basterebbe leggere l'art. 45 del T.U. per capire che con questa norma si vuole imporre un obbligo di contenuto, non solo alla concessionaria ma anche al ministero e all'Autorità per le comunicazioni, ai quali compete firmare, al termine di un procedimento com-



plesso che coinvolge anche la Commissione parlamentare di vigilanza, il contratto nazionale di servizio e definire gli ulteriori obblighi del servizio pubblico, nazionali e locali. Tutta questa supremazia, inoltre, verrebbe esercitata per costituire una realtà già consolidata da molti decenni, prevista come articolazione della società concessionaria, con l'obbligo di effettuare trasmissioni in lingua tedesca e ladina e la previsione legislativa di un regime di autonomia finanziaria e contabile.

La norma prevede che le trasmissioni saranno disciplinate da un contratto di servizio da stipularsi con la Provincia autonoma di Bolzano e, a differenza del T.U. che già disciplina puntualmente la materia all'art. 46, si elimina l'intesa con il Ministero. Il contratto di servizio provinciale è già previsto dall'art. 45, è di durata triennale, e rientra tra i compiti del servizio pubblico generale, nel rispetto oltre che del contratto di servizio nazionale dei principi generali in materia di informazione previsti dal T.U.

Nella bozza, nel secondo comma, si demanda al contratto di servizio provinciale di definire i compiti specifici di pubblico servizio che la società concessionaria del servizio pubblico generale di radiodiffusione è tenuta ad adempiere nell'orario e nella rete destinata alla diffusione di contenuti in ambito provinciale. *Scompare qualsiasi riferimento alla legge regionale (provinciale)* che, in base all'art. 46 del T.U., deve definire questi specifici compiti, nel rispetto dei principi generali del titolo I. Il Consiglio provinciale viene quindi completamente espropriato di qualsiasi funzione.

Quando si parla di Provincia si intende l'Esecutivo. E allora, si mettano a confronto queste due disposizioni. Il T.U. prevede la legittimazione della Provincia a stipulare il contratto di servizio provinciale, *ma con l'intesa del Ministero e nel rispetto della libertà di iniziativa economica della società concessionaria, anche con riguardo alla determinazione dell'organizzazione dell'impresa, nonché nel rispetto dell'unità giuridica ed economica dello Stato e assicurando la tutela dei livelli essenziali delle prestazioni concernenti i diritti civili e sociali e la tutela dell'incolumità e della sicurezza pubblica.* Secondo la bozza *il contratto di servizio provinciale deve definire – tra l'altro – il modello organizzativo della sede provinciale nel rispetto della libertà di iniziativa economica ed anche con riguardo alla determinazione dell'organizzazione dell'impresa, i livelli essenziali delle prestazioni concernenti i diritti civili e sociali e la tutela dell'incolumità e della sicurezza pubblica.*

Come si vede si opera uno stravolgimento normativo del T.U. utilizzando le sue stesse parole.

Naturalmente non si tocca minimamente il terzo comma dell'art 46 del T.U. che fa riferimento all'art. 10 della norma di attuazione del 1973, n. 691 che legittima e

definisce di interesse nazionale il servizio pubblico radiotelevisivo in ambito provinciale, la Ras.

La spiegazione e la ragione di tutte queste *acrobazie linguistiche e normative* la si trova nel quarto comma dell'art. 7 ter della bozza di norma: "Le spese per le attività di servizio pubblico provinciale della sede locale della concessionaria del servizio pubblico generale radiotelevisivo sono a carico della Provincia autonoma di Bolzano, *detraendo il gettito del canone di abbonamento radiotelevisivo su base territoriale*". Al momento della elaborazione della norma si parlava, prima di un impegno di spesa di 15 milioni di euro, poi di 20 milioni. In cambio di questo contributo, prima al "Patto di stabilità" ex *Finanziaria 2007*, poi in base all'Accordo di Milano, la Provincia di Bolzano vuole carta bianca sulla sede Rai di Bolzano, cerca di imporre il suo volere alla concessionaria di servizio pubblico radiotelevisivo, al Ministero, all'Autorità per le comunicazioni, e non si accontenta. Vuole disporre anche del canone di abbonamento radiotelevisivo raccolto su base territoriale: circa 20 milioni. È una interessante partita di giro!

Da notare che sulla questione del canone radiotelevisivo, di recente, è intervenuta la Corte costituzionale che, con sentenza n. 255/2010,<sup>49</sup> ha dichiarato l'incostituzionalità di una norma della regione Piemonte.<sup>50</sup>La Consulta ha affermato che la disciplina statale "non consente alcun intervento del legislatore regionale al riguardo" e "che il gettito di detto tributo erariale è destinato alla copertura dei costi del servizio pubblico generale radiotelevisivo, con ciò escludendo qualsiasi possibilità di intesa con la Regione sulla destinazione del gettito del medesimo tributo".

Rimane il fatto che in questo caso, non di legge regionale si tratta, ma di norma di attuazione.

Il quinto comma dell'art. 7 ter, infine, costituisce una libera interpretazione ed adattamento dell'art. 48 del T.U. per attribuire all'Autorità per le comunicazioni un ruolo di vigilanza "anche su impulso della Provincia autonoma di Bolzano" e per attribuire un ruolo al Comitato provinciale per le comunicazioni.

La medesima procedura di *saccheggio, stravolgimento e deformazione* delle disposizioni del T.U. caratterizza anche i tre commi di cui è costituito l'art. 7 bis. Il primo sanziona la definitiva *espropriazione di qualsiasi ruolo al potere legislativo provinciale in materia radiotelevisiva* a vantaggio dell'esecutivo. Ad essere interessato, in questo caso è l'art. 12 del T.U., che attribuisce alla Provincia una precisa potestà legislativa concorrente in materia, sulla base dell'art. 117, comma 3, cost. Il secondo e terzo comma compiono la stessa operazione in materia eminentemente tecnica di uso efficiente dello spettro elettromagnetico e di pianificazione delle frequenze, al centro – come abbiamo visto – di annosi conflitti costituzionali.

Ad essere interessato in questo caso è l'art. 42 del T.U. che prevede, nel piano nazionale di ripartizione delle frequenze, l'intesa tra il Ministero e la Provincia per garantire una congrua riserva a favore delle comunità linguistiche stanziate sul suo territorio.

Siamo di fronte ad una declinazione autonomistica dell'impostazione berlusconiana del controllo governativo del sistema dei media, contenuto nella *legge Gasparri*, attuata incorporando e modificando opportunamente le norme del T.U. in una norma di attuazione, in spregio – fra l'altro – dell'art. 55, comma 2, del T.U. secondo il quale le norme in esso contenute “non possono essere abrogate, derogate, sospese o comunque modificate, se non in modo esplicito mediante l'indicazione specifica delle fonti da abrogare, derogare, sospendere o modificare”.

### 2.3. La norma di attuazione, tra parentesi, e nuovi problemi

Un primo momento di decantazione della situazione si registra con il convegno “Il futuro della Rai di Bolzano” organizzato dai Comitati di redazione in lingua tedesca, italiana e ladina della sede Rai di Bolzano.<sup>51</sup> È in questa sede che gli on. Brugger e Zeller annunciano che la Svp intende rinunciare “temporaneamente alla norma di attuazione” puntando tutto sulla convenzione, per la quale le trattative sarebbero ad uno stadio avanzato.<sup>52</sup> Il Presidente della Commissione dei Sei, Stacul e il commissario Zocchi, precisano che oltre ai dubbi sollevati dai giornalisti, la nuova proposta di norma di attuazione, arrivata all'attenzione della paritetica, si era fermata, perché non aveva trovato consenso, ed erano emersi dubbi giuridici e tecnici. Non si attenua invece la campagna giornalistica di lingua tedesca: “Rai: bezahlen, aber nicht kaufen”, titola il giorno dopo il “Dolomiten” che mette in rilievo come i bilanci potrebbero presto far sgretolare il fronte del no.<sup>53</sup> A margine del Congresso della Svp, pochi giorni dopo, il Presidente Durnwalder rilancia in avanti, parlando di una Sender Bozen il più possibile indipendente da Roma<sup>54</sup> e il quotidiano “Tageszeitung” titola “Getrennte Wege” parlando di una “ristrutturazione” all'interno della Rai.<sup>55</sup>

Un secondo momento di chiarificazione è costituito dall'audizione, davanti al Consiglio provinciale del 5 aprile 2011, dei rappresentanti della Provincia della Commissione dei Sei, Karl Zeller e Alberto Zocchi, sull'elaborazione di nuove norme di attuazione dello statuto di autonomia.<sup>56</sup> Ripercorrendo le tappe di presentazione della bozza di norma in Commissione, il commissario Zocchi, ritiene che la norma non sia necessaria, perché esiste un preciso strumento normativo che per-

mette alla Provincia di intervenire legislativamente in una materia tanto delicata (art. 46 del T.U.) e perché il riferimento al passaggio di deleghe in materia di Rai “è previsto solamente nell’Accordo di Milano, che è un accordo politico, ma non è poi ripreso nella normativa della Legge finanziaria”. La Legge finanziaria dello Stato del 2010 prevede il passaggio dallo Stato alla Provincia di diverse materie ma non della Rai. “La norma di attuazione, a mio modesto modo di vedere – afferma Zocchi – avrebbe potuto essere da un lato nemmeno necessaria, visto che si può regolare con una legge provinciale, e forse neanche del tutto legittima”.<sup>57</sup>

L’on. Zeller, dissentendo, sostiene che è necessario rivedere la norma di attuazione del 1973, perché ormai sicuramente obsoleta. Affronta poi il problema della convenzione per le minoranze linguistiche in rapporto alla convenzione generale di servizio pubblico della Rai e dice: “Des Weiteren ist es so, dass die Konvention, die gemacht wird, nur solange gilt, als die Rai der staatliche Konzessionär ist. Die Konzession läuft in drei Jahren aus, was bedeutet, dass man über kurz oder lang auch die Durchführungsbestimmung entsprechend anpassen müssen wird, überhaupt dann, wenn man eine gewisse organisatorische Autonomie für den Rai-Sitz in Bozen gewährleisten will, aber auch dann, wenn es nicht nur um die deutsche und ladinischsprachige Rai, sondern auch um den italienischen Teil der lokalen Rai gehen soll”. Nel suo intervento l’on. Zeller affronta poi il problema dei tagli ai finanziamenti dello Stato alla convenzione, le conseguenze, il subentro della Provincia alla Presidenza del Consiglio dei ministri in base all’Accordo di Milano e lo stato delle trattative con la Rai.<sup>58</sup>

Riprende comunque il cannoneggiamento mediatico e sul settimanale di lingua tedesca “ff” compare un reportage dal titolo “Die letzte Bastion” (L’ultimo bastione), in cui si sostiene che “la sede Rai di Bolzano vuole uscire dalla tutela della Rai ma che le trattative stanno diventando faticose e che Roma sembra lottare per il suo bastione Alto Adige”.<sup>59</sup>

## 2.4. Tagli e trattative

Ad aumentare gli elementi di incertezza e confusione sulla situazione, a partire da ottobre, si inserisce un ulteriore elemento: il sottosegretario alla Presidenza del Consiglio con delega per l’editoria, Paolo Bonaiuti, in un’audizione davanti alla Commissione Cultura della Camera dei Deputati, annuncia nuovi tagli anche al finanziamento delle convenzioni con la Rai per le minoranze linguistiche.<sup>60</sup> È la conseguenza dei tagli imposti a tutti i ministeri.

Si susseguono iniziative politiche e parlamentari a vari livelli contro i tagli del Governo<sup>61</sup> che spesso confondono piani e problematiche.

Con l'arrivo del Governo Monti, tocca al neo ministro ai Rapporti con il Parlamento Dino Giarda rispondere ad una interrogazione dei parlamentari Nicco/Brugger/Zeller<sup>62</sup> in proposito. Conferma come la legge di stabilità abbia imposto forti riduzioni al Fondo per il sostegno dell'editoria per l'anno 2012 sul quale si alimentano anche i fondi destinati alle convenzioni con la Rai. Conferma che la riduzione sia del 50 per cento e ipotizzi la possibilità di riduzioni differenziate, a garanzia delle trasmissioni radiofoniche e televisive per le minoranze linguistiche, auspicando che "le Regioni a statuto speciale, nelle quali sono di particolare rilievo tali questioni e per i bilanci delle quali sono stati disposti tagli di gran lunga inferiore al 50 per cento, possano concorrere e sovvenire in questi momenti di gravi difficoltà e problemi per il nostro Paese".<sup>63</sup> La situazione viene ribadita dal sottosegretario alla Presidenza del Consiglio, con delega per l'editoria, Carlo Malinconico, in una audizione davanti alla Commissione Cultura della Camera dei Deputati del 14 dicembre 2011.<sup>64</sup> Vengono avviate consultazioni anche con la Rai e tra i temi affrontati c'è anche quello delle convenzioni per le minoranze linguistiche. Se ne riconosce la "rilevanza strategica" con l'impegno a garantire il massimo sforzo nel quadro delle compatibilità finanziarie.<sup>65</sup>

L'incontro va ad incidere nella trattativa in corso tra Rai e Provincia di Bolzano per il possibile subentro della Provincia stessa nel finanziamento della convenzione. La Rai, intanto, il 29 novembre 2011, aveva presentato ad un rappresentante della Provincia di Bolzano una proposta di convenzione.<sup>66</sup> E poche ore prima, in Consiglio provinciale, il Presidente Durnwalder, aveva comunicato l'intenzione della Giunta di mettere a disposizione fondi per il Sender Bozen, "a condizione che ci fosse la possibilità di avere voce in capitolo, non sui contenuti ma su questioni tecniche".<sup>67</sup>

Dell'argomento non si fa cenno se non in termini generalissimi, pochi giorni dopo, nella relazione di bilancio per il 2012.<sup>68</sup> Ma lo stesso giorno il Presidente presenta un emendamento<sup>69</sup> che aggiunge due commi all'articolo 34, comma 6, del disegno di legge numero 114/11-XIV, in cui si autorizza la Giunta provinciale a subentrare nella convenzione tra PCM e Rai per le trasmissioni in lingua tedesca e ladina. Si attribuisce inoltre alla Presidenza della Giunta la competenza di intrattenere i "rapporti con la Rai". La Legge finanziaria viene approvata il 15 dicembre all'unanimità, senza la presenza in aula delle opposizioni, assenti per protesta per altre ragioni. Il Presidente Durnwalder nel corso del dibattito afferma, per quanto riguarda la Rai, di "essere abbastanza vicini alla conclusione".<sup>70</sup>

Attorno alle vicende della convenzione, si intrecciano insomma due fasi interlocutorie: una tra Rai e Provincia di Bolzano, l'altra tra Rai e Presidenza del Consiglio dei ministri. Sullo sfondo rimangono tutti gli interrogativi aperti attorno all'applicazione, in questa materia, dell'Accordo di Milano: sull'assunzione degli oneri, sulla delega delle funzioni e sulla loro titolarità. Come abbiamo visto la catena normativa che sovrasta la convenzione è molto complessa e difficilmente derogabile.

Intanto, la Giunta provinciale delibera<sup>71</sup> *la proposta di impegno dei 100 milioni di euro per il 2011 con i quali la Provincia concorre, nel quadro dell'Accordo di Milano, al conseguimento degli obiettivi di perequazione e solidarietà*, quale concorso al raggiungimento degli obiettivi di risanamento del deficit nazionale. Si tratta di una proposta di ripartizione per il 2011 che impegna i mezzi finanziari, da approfondire nel confronto con il Governo. La proposta suddivide i 100 milioni di euro secondo diverse voci di spesa e tra queste c'è la somma di circa 20 milioni di euro per gli oneri di servizio delle trasmissioni in lingua tedesca e ladina della sede Rai di Bolzano.<sup>72</sup>

In attesa di un confronto generale delle autonomie con il nuovo Governo sulla manovra economica contenuta nel decreto *Salva-Italia*, poco rispettoso delle prerogative statutarie, la Svp perfeziona la strategia di *Vollautonomie* con la richiesta di nuove competenze,<sup>73</sup> mentre prosegue la campagna di comunicazione sulla questione Rai e la convenzione. Se tutto procederà secondo i piani – si legge sulla “*Tageszeitung*” con il titolo “*Die Chefsache*” (Materia competenza del capo) – si avrà una Rai e due velocità (*zwei Geschwindigkeiten*)<sup>74</sup> e si aggiunge che si attende il via libera del Ministero delle Finanze. La convenzione, che avrebbe durata di 9 anni, riguarderebbe “il finanziamento dei programmi in tedesco e ladino, il miglioramento del segnale e un potenziamento delle trasmissioni in ladino”. Sarebbe stato raggiunto anche l'obiettivo di avere un canale radiofonico interamente dedicato alle trasmissioni in tedesco e ladino, mentre la redazione italiana di Bolzano userà un'altra frequenza, oltre a prevedere un “comitato tecnico con Rai, Provincia e Governo”.<sup>75</sup>

Da queste anticipazioni emerge l'estromissione dei notiziari in lingua italiana dalla IV Rete radiofonica, con l'accentuazione anche in Rai dell'informazione etnicamente divisa che contraddistingue il panorama informativo dell'Alto Adige, nel quale la Rai costituiva una eccezione non sempre riconosciuta di trilinguismo. Inoltre, il riferimento ad un “comitato tecnico” di valutazione a tre (Rai-Provincia-Governo) rileva la permanenza della competenza della Presidenza del Consiglio per le convenzioni per le minoranze linguistiche che rimangono convenzioni aggiuntive.

Per quanto riguarda la convenzione si è dunque a un punto di svolta, che ancora una volta, come spesso è accaduto in passato, si intreccia strettamente con le vicende generali del paese e con i rapporti dialettici e a volte conflittuali tra Stato e autonomia altoatesina nel suo complesso. Il 2 febbraio, a Roma, si è tenuto l'atteso incontro chiarificatore tra il Governo Monti e le autonomie.<sup>76</sup> Si è aperta una nuova fase di confronto e tra le questioni in agenda figura ancora l'assunzione da parte della Provincia del finanziamento delle trasmissioni in lingua tedesca e ladina della Rai. In che modo?<sup>77</sup>

---

## Note

- 1 d.leg 31 luglio 2005, n. 177, “Testo unico dei servizi di media audiovisivi e radiofonici” (pubblicato in Gazzetta Ufficiale n. 208 del 7 luglio 2005 – S.O. n. 150), modificato dal d.leg. 15 marzo 2010, n. 44.
- 2 Corte costituzionale, Sentenza 11 luglio 1961, n. 46.
- 3 Il Governo aveva impugnato il disegno di legge riapprovato dal Consiglio provinciale di Bolzano, in sede di rinvio, nella seduta del 6 ottobre 1960 recante “norme sulla parità dei gruppi linguistici nelle radiotrasmissioni”.
- 4 Corte costituzionale, Sentenza 15 ottobre 2003, n. 312.
- 5 Corte costituzionale, Sentenza 15 luglio 1985 n. 206. La Corte si era dovuta esprimere su ben cinque conflitti di attribuzione sollevati dalla Provincia di Bolzano sulla base – tra l’altro – dell’articolo 8, numero 4, 18 e 19 dello statuto, in materia di “usi e costumi locali ed istituzioni culturali”, di “comunicazioni e trasporti di interesse provinciale” e di “assunzione diretta di servizi pubblici e loro gestione a mezzo di aziende speciali”, in materia di approvazione ed esecuzione della convenzione sui programmi televisivi e radiofonici in lingua tedesca e ladina per la Provincia di Bolzano, di assegnazione delle frequenze, di integrazione dei ripetitori per la ritrasmissione dei programmi esteri dell’area culturale tedesca e ladina e di istituzione, da parte della Rai, della terza rete televisiva.
- 6 È il cd. decreto “*salva Berlusconi*”, successivamente convertito dalla legge 4 febbraio 1985, n. 10.
- 7 Corte costituzionale, Sentenza 15 luglio 1985, n. 207.
- 8 Confermato nelle sentenze n. 94/1977, 206 e 207/1985 (ma abbiamo visto che in questo caso si rivendicava una competenza generale ed assoluta) e con alcune aperture nella sentenza n. 118/1981.
- 9 Corte costituzionale, Sentenza 20 luglio 1990, n. 348.
- 10 Corte costituzionale, Sentenza 24 gennaio 1991, n. 21.
- 11 Corte costituzionale, Sentenza 19 gennaio 1993, n. 6.
- 12 Corte costituzionale, Sentenza 12 febbraio 1996, n. 29.
- 13 Legge provinciale n. 5 del 1996, “*Norme e provvidenze in materia di radiodiffusione*”.
- 14 Legge 6 agosto 1990, n. 223 – “Disciplina del sistema radiotelevisivo pubblico e privato” (pubblicata in Gazzetta ufficiale 9 agosto 1990, S.O. n. 185).
- 15 Legge 31 luglio 1997, n. 249–“Istituzione dell’Autorità per le garanzie nelle comunicazioni e norme sui sistemi delle telecomunicazioni e radiotelevisivo (pubblicata in Gazzetta ufficiale n. 177 del 31 luglio 1997, S.O. n. 154).
- 16 Corte costituzionale, Sentenza 7 ottobre 2003, n. 308.
- 17 Legge costituzionale 18 ottobre 2001, n. 3 – “Modifica al titolo V della parte II della costituzione” (pubblicata in Gazzetta Ufficiale n. 248 del 24 ottobre 2001).
- 18 Legge 3 maggio 2004, n. 112, “Norme di principio in materia di assetto del sistema radiotelevisivo e della Rai-Radiotelevisione italiana Spa, nonché delega al Governo per l’emanazione del testo unico della radiotelevisione” (pubblicata in Gazzetta Ufficiale n. 104 del 5 maggio 2004 – S.O. n. 82).
- 19 Decreto legislativo 31 luglio 2005, n. 177 – “Testo Unico dei servizi di media audiovisivi e radiofonici” (pubblicato in Gazzetta Ufficiale n. 208 del 7 settembre 2005 – S.O. n. 150), modificato dal d.lgs. 15 marzo 2010, n. 44.



- 20 A questo proposito Paolo Caretti ha osservato come in questo settore “in passato oggetto di battaglie e di forti rivendicazioni competenziali da parte delle Regioni, pur a fronte di una puntuale individuazione degli ambiti riservati ad interventi legislativi (e amministrativi) regionali (si vedano le relative disposizioni contenute nei due “codici” delle comunicazioni elettroniche e della radiotelevisione: rispettivamente d.lgs. 214/2003 e d.lgs. 177/2005) e pur a fronte di una giurisprudenza costituzionale particolarmente attenta alla salvaguardia del loro nuovo ruolo disegnato dalla costituzione, le Regioni sono rimaste sostanzialmente inerti e non hanno di fatto mostrato alcun particolare interesse ad elaborare una specifica politica pubblica (da tradurre anche in provvedimenti legislativi) in un settore che parrebbe invece strategico”.
- 21 approvato il 6 aprile 2011, art. 17. Cfr. all’indirizzo internet [http://www.decesare.info/contratto\\_servizio\\_20092012.htm](http://www.decesare.info/contratto_servizio_20092012.htm)
- 22 Cfr. all’indirizzo internet <http://www.decesare.info/dcpm16042010convenzioneaa.pdf>.
- 23 Legge n. 103/1975, art. 19 – la società concessionaria, oltre che alla gestione dei servizi in concessione, è tenuta alle seguenti prestazioni: [...] ad effettuare trasmissioni radiofoniche e televisive in lingua tedesca e ladina per la provincia di Bolzano [...].
- art. 20 – [...] Per gli adempimenti di cui al punto c, le trasmissioni in lingua tedesca per la provincia di Bolzano sono regolate mediante convenzione aggiuntiva da stipularsi con le competenti amministrazioni dello Stato entro lo stesso termine di cui al precedente comma [...].
- 24 L’ultimo rinnovo della convenzione è del 28 dicembre 2009, emanata con D.p.c.m. del 16 aprile 2010 (pubblicato nella Gazzetta Ufficiale n. 146 del 25 giugno 2010).
- 25 Cfr. l’art. 2, comma 131, del decreto legge 3 ottobre 2006, n. 262, recante “Disposizioni urgenti in materia tributaria e finanziaria” convertito, con modificazioni, dalla legge 24 novembre 2006, n. 286.
- 26 Legge 5 maggio 2009, n. 42 – “Delega al Governo in materia di federalismo fiscale, in attuazione dell’articolo 119 della costituzione” (pubblicata nella Gazzetta Ufficiale n. 103 del 6 maggio 2009).
- 27 Legge 23 dicembre 2009, n. 191 – “Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato (Legge finanziaria 2010)” (pubblicata nella Gazzetta Ufficiale n. 302 del 30 dicembre 2009, S.O. n. 243).
- 28 Decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670 – “Approvazione del testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo statuto speciale per il Trentino-Alto Adige”.
- 29 Cfr. Consiglio provinciale, Resoconto Seduta n. 39 dell’11 dicembre 2009, pp. 3–4.
- 30 Interrogazione dei Verdi Heiss e Dello Sbarba n. 40/gennaio/10 presentata in Consiglio provinciale il 29 dicembre 2009; risposta scritta pervenuta alla Presidenza del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano il 25 gennaio 2010, n. prot. 487/KB/pa.
- 31 Cfr. “Dolomiten”, 24 febbraio 2010.
- 32 Cfr. Consiglio provinciale, Resoconto Seduta n. 39 dell’11 dicembre 2009, pp. 3–4.
- 33 A sollevare la questione è stato il Comitato di redazione della Redazione in lingua italiana della sede Rai di Bolzano con lungo e articolato documento del 3 marzo 2010 che denuncia come “*nel disinteresse quasi generale, la Provincia autonoma sta mettendo le mani sulla sede Rai di Bolzano*”. Il documento, che entra nel merito delle questioni affrontate dalla bozza di norma, trova un’ampia eco sulla stampa. Paradossalmente, pur essendo la bozza di norma di attuazione un clone di quella presentata due anni prima e arenatasi anche grazie alla contestazione unitaria delle tre redazioni giornalistiche

della sede Rai di Bolzano, italiana tedesca e ladina, in questo caso le tre redazioni si dividono. La presa di posizione sindacale trova un'ampia eco sugli organi d'informazione locali nelle edizioni dei giorni e settimane successive. Sulla situazione prendono posizione anche gli altri sindacati. L'Asgb, il sindacato etnico di lingua tedesca, accoglie con favore la decisione del governo provinciale di finanziare la sede Rai, di acquisire Sender Bozen per rafforzare la sede di Bolzano "nella sua competitività e consolidare la sua posizione come canale delle minoranze di lingua tedesca e ladina" (Comunicato del 4 marzo 2010).

- 34 Cfr. [http://www.provincia.bz.it/usp/285.asp?redas=yes&aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=325034](http://www.provincia.bz.it/usp/285.asp?redas=yes&aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=325034).
- 35 Cfr. [http://www.provincia.bz.it/usp/285.asp?redas=yes&aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=325088](http://www.provincia.bz.it/usp/285.asp?redas=yes&aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=325088).
- 36 Cfr. Angelucci/Scarpetta, "Rai, l'altolà della Commissione dei Dodici", in "Corriere dell'Alto Adige", 23 marzo 2010.
- 37 Cfr. "Rai: Viel Sand im Getriebe" (b.v.), in "Dolomiten", 23 marzo 2010, in cui si legge tra l'altro: "Breiten Teil der Anhörung nahm di Übernahme des lokalen Rai-Personals durch das Land ein. Dagegen läuft die italienische Rai-Redaktion bekanntlich Sturm. Es wäre aber schade, wenn nur die ladinische und deutsche Rai übergeht, so Durnwalder"; Cfr. anche "Höchst problematisch" intervista all'on. Brugger, in "ff"/12, 25 marzo 2010.
- 38 Legge 27 dicembre 2006, n. 296, "Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato" (pubblicata nella Gazzetta Ufficiale n. 299 del 27 dicembre 2006 – S.O. n. 244).
- 39 Soprattutto sulla stampa di lingua tedesca, cfr. FF/42-43, 18-25 ottobre 2007.
- 40 Cfr. Ansa, 29 ottobre 2007.
- 41 Cfr. "Corriere dell'Alto Adige", 4 novembre 2007, intervista all'on. Karl Zeller di Luigi Ruggera.
- 42 Cfr. [http://www.interno.it/mininterno/export/sites/default/it/assets/files/15\\_elezioni/072SUDTIROLER\\_VOLKSPARTEI.pdf](http://www.interno.it/mininterno/export/sites/default/it/assets/files/15_elezioni/072SUDTIROLER_VOLKSPARTEI.pdf)
- 43 Cfr. <http://www.parlamentswahl.org/de/unsere-ziele/>.
- 44 La seduta di insediamento è avvenuta 4 novembre 2009.
- 45 Cfr. "ff"/4, 27 gennaio 2011, "Sendungsbewusst", di Markus Larcher.
- 46 Ricorda che nel bilancio provinciale, a fine anno, è già stata accantonata la somma necessaria per finanziare l'operazione, non in semplice funzione di ufficiale pagatore, e afferma: "Desideriamo creare i presupposti strutturali; desideriamo che questo servizio possa entrare in concorrenza con le emittenti private e pubbliche di lingua tedesca estere". Brugger entra anche nei particolari, aggiungendo che "per ottenere una maggiore libertà d'azione dal punto di vista finanziario, la Provincia vorrebbe acquisire la competenza sulla riscossione del canone televisivo". "Se paghiamo tutto, è più che giusto che queste entrate non affluiscono a Roma" e conclude con quella che definisce "una visione" riportata – non si capisce quanto liberamente dal giornalista o commento dello stesso: "la maggiore disponibilità di risorse finanziarie potrebbe rendere possibile la costruzione di una nuova sede Rai-Sender Bozen. Tuttavia nei periodi in cui alla sede altoatesina della Rai perfino la sostituzione di un asse del "cesso" (*Klodeckels*) diventa una faccenda di stato e, in tutta Italia, il budget delle sedi regionali Rai è stato ridotto del 20 per cento, le visioni potrebbero piacere ai dipendenti di Sender-Bozen". Cfr. anche "Alto Adige", 6 marzo 2011, "La Provincia prova a prendersi la Rai. Vertice Zeller-Bonaiuti anche sul fisco" e "Alto Adige", 7 marzo 2011, "Rai alla Provincia: allarme della redazione nella redazione italiana", di F. Gonzato.

- 47 Cfr. “Alto Adige”, 23 marzo 2011, “Brugger: Rai, basta con la dirigenza unica per italiani e ladini”, di F. Gonzato.
- 48 Cfr. “Alto Adige”, 24 marzo 2011, “Bressa: Svp, corazzata senza più benzina”, intervista di A. Mattioli.
- 49 Cfr. Sentenza Corte costituzionale n. 255 del 15 luglio 2010.
- 50 Legge regionale Piemonte n. 25 del 26 ottobre 2009, “Interventi a sostegno dell’informazione e comunicazione istituzionale via radio, televisione, cinema ed informatica”, in Bollettino Ufficiale della Regione Piemonte, n. 43 del 29 ottobre 2009.
- 51 Convegno “Il futuro della Rai di Bolzano”, Università di Bolzano, 25 marzo 2011.
- 52 Cfr. “Alto Adige”, 26 marzo 2011, “Rai alla Provincia: la Svp rinuncia”, di F. Gonzato; “Corriere dell’Alto Adige”, “Rai alla Provincia, la Svp rinuncia”, di D. Vezzosi.
- 53 Cfr. “Dolomiten”, 26 marzo 2011.
- 54 Tagesschau, 27 marzo 2011, intervista di Z. Braitenberg.
- 55 Cfr. H. Senfter, “Getrennte Wege”, in: “Neue Südtiroler Tageszeitung”, 26/27 marzo 2011.
- 56 Cfr. Resoconto integrale della Seduta del Consiglio Provinciale di Bolzano n. 123, 5 aprile 2011.
- 57 Cfr. Resoconto, p. 6.
- 58 Cfr. Resoconto, p. 7.
- 59 Cfr. “ff”/14, 7 aprile 2011, “Die letzte Bastion” di A. Aschbacher.
- 60 Resoconto stenografico della Commissione VII della Camera dei Deputati, n. 27, del 19 ottobre, in particolare pp. 9-10.
- 61 Cfr. Ansa, 26 ottobre 2011; Ansa, 27 ottobre 2011; “Preoccupazione per la riduzione dei contributi per la Rai tedesca e ladina”, 15 novembre 2011, in [http://www.comprovcomunicazioni-bz.org/it/attualita/comunicati-stampa-attuali.asp?aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=378396](http://www.comprovcomunicazioni-bz.org/it/attualita/comunicati-stampa-attuali.asp?aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=378396); “L organigram dla Rai con l dopl plu personal!”, in: La Usc di Ladins, 28 ottobre 2011; risposta scritta a interrogazione cons. Dello Sbarba/Heiss n. 17/novembre/2011, prot. 1./11.04.01/647318, 21 novembre 2011.
- 62 Atti Camera – Interrogazione a risposta immediata in Assemblea n. 3-01935 presentata dagli on. Nicco-Brugger e Zeller, 8 novembre 2011.
- 63 Cfr. Resoconto stenografico dell’Assemblea – Seduta n. 555 del 30 novembre 2011; Cfr. anche “Rai, meno tagli per le minoranze. Ma la Provincia partecipi”, in “Alto Adige”, 1 dicembre 2011.
- 64 Cfr. [http://www.camera.it/470?stenog=/\\_dati/leg16/lavori/stencomm/07/audiz2/2011/1214&pagina=s010](http://www.camera.it/470?stenog=/_dati/leg16/lavori/stencomm/07/audiz2/2011/1214&pagina=s010)
- 65 Cfr. Comunicato “Carlo Malinconico incontra Lorenza Lei”, 19 dicembre 2011, in [http://www.governo.it/GovernoInforma/Comunicati/testo\\_int.asp?d=65806](http://www.governo.it/GovernoInforma/Comunicati/testo_int.asp?d=65806).
- 66 Comunicato aziendale Rai, <http://www.ufficiostampa.rai.it/>; cfr. anche “Trasmissioni in lingua tedesca. Vertice Rai-Palazzo Widmann”, in “Corriere dell’Alto Adige”, 30 novembre 2012.
- 67 Cfr. Comunicato stampa del Consiglio provinciale, [http://www.consiglio-bz.org/it/attualita/cs-consiglio-attuali.asp?aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=379655](http://www.consiglio-bz.org/it/attualita/cs-consiglio-attuali.asp?aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=379655).
- 68 Cfr. all’indirizzo [http://www.provincia.bz.it/aprov/giunta-provinciale/1838.asp?aktuelles\\_action=300&aktuelles\\_image\\_id=532105](http://www.provincia.bz.it/aprov/giunta-provinciale/1838.asp?aktuelles_action=300&aktuelles_image_id=532105).
- 69 Emendamento al disegno di legge provinciale n. 114/11-XIV – Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l’anno finanziario 2012 e per il triennio 2012-2014 (Legge finanziaria 2012). Dopo l’art. 34, comma 6, del disegno di legge n. 114/11-XIV, recante “Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l’anno finanziario 2012 e per il triennio 2012-2014 (Legge finanziaria

2012)”, sono aggiunti i seguenti commi 6 bis e 6 ter: “6bis. La giunta provinciale è autorizzata a subentrare, ai fini e per gli effetti dell’art 79, comma 1, lettera c, dello statuto speciale di autonomia per la Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol, nella convenzione tra la Presidenza del Consiglio dei ministri e la Rai-Radiotelevisione Italiana S.p.A. per le trasmissioni di programmi radiofonici e televisivi in lingua tedesca e ladina nel territorio della Provincia autonoma di Bolzano. 6ter. Al punto 1 dell’allegato A alla legge provinciale 23 aprile 1992, n. 10. E successive modifiche. È aggiunta la seguente lineetta: “rapporti con la Rai”.

70 Cfr. Comunicato stampa del Consiglio provinciale: “Lavori in Consiglio: Approvata la Legge finanziaria”.

71 Seduta del 19 dicembre 2011.

72 Cfr. Comunicato stampa della Giunta provinciale: “Dalla Giunta: impegnati i 100 milioni dell’Accordo di Milano”, 19 dicembre 2011. Cfr. anche “Geld für Post und Rai steht bereit”, in: “Dolomiten”, 20 dicembre 2011.

73 Cfr. “Mehr Sicherheit durch Vollautonomie”, 4 gennaio 2012, in: <http://www.svpartei.org/de/presse/mitteilungen/20120104%7Csvp%7C7212.html>.

74 Hannes Senfter, “Die Chefsache”, in: “Neue Südtiroler Tageszeitung”, 17/18 dicembre 2011.

75 Cfr. F. Gonzato, “Brugger: pronto l’accordo sulla Rai”, in “Alto Adige”, 6 dicembre 2012.

76 Cfr. <http://www.governo.it/GovernoInforma/Multimedia/dettaglio.asp?d=66512>.

77 Cfr. comunicati ufficiali della Giunta agli indirizzi internet: [http://www.provincia.bz.it/aprov/giunta-provinciale/1838.asp?aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=384859](http://www.provincia.bz.it/aprov/giunta-provinciale/1838.asp?aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=384859) e [http://www.provincia.bz.it/aprov/giunta-provinciale/1838.asp?aktuelles\\_action=4 & aktuelles\\_article\\_id=384867](http://www.provincia.bz.it/aprov/giunta-provinciale/1838.asp?aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=384867).

---

## Riferimenti bibliografici

- Caldarelli*, Francesco (2006). Servizio pubblico radiotelevisivo, in: *Frignani*, Aldo/*Poddighe*, Elena/*Zencovich*, Vincenzo (a cura di): *La televisione digitale: temi e problemi*, Milano: Guffrè, 157–218
- Caretti*, Paolo (1992). Indirizzo e coordinamento e potere sostitutivo nella più recente giurisprudenza della Corte costituzionale, in: *le Regioni*, n. 2, 337–347
- Caretti*, Paolo (2000). Il contratto di servizio nel sistema delle fonti che disciplinano il servizio pubblico radiotelevisivo, in: *DRT*, n. 3, 723–748
- Caretti*, Paolo (2004). Le fonti della comunicazione, in: *Quaderni costituzionali*, 313–324
- Caretti*, Paolo (2011). Dieci anni dopo. Più o meno autonomia?, in: *Dieci Anni dopo. Un bilancio della riforma regionale 2001-2011*, in: *le Regioni*, anno XXXIX, numero 2/3, 569–574
- Chimenti*, Anna (2007). *L'ordinamento radiotelevisivo italiano*, Torino: Giappichelli
- De Cesare*, Giuseppe (2004). Il “nomos” televisivo della Provincia di Bolzano, in: *Filzmaier*, Peter/*Plaikner*, Peter/*Cherubini*, Isabella/*Pallaver*, Günther (a cura di): *Jahrbuch für Politik – Tirol und Südtirol 2003 – La politica in Tirolo e in Sudtirolo 2003*, Bolzano: Athesia, 307–321
- De Cesare*, Giuseppe (2008). Il giornalismo italiano nelle “gabbie etniche”, in: *Südtiroler HochschülerInnschaft* (a cura di): *Medienland Südtirol*, Edition Raetia, 58–69
- Giglioni*, Fabio (2004). Il servizio pubblico nel sistema televisivo. Tra esigenze democratiche e riforma del titolo V della costituzione, in: *Diritto pubblico*, n. 3, 965–1007
- Meloni*, Guido (2011). La “contrattualizzazione” delle competenze nelle regioni a statuto speciale. Il caso del c.d. Accordo di Milano per il Trentino-Alto Adige, in: *Astrid-online*, [http://www.astrid-online.it/rassegna/06-09-2011/Meloni-ASTRID\\_con-form.pdf](http://www.astrid-online.it/rassegna/06-09-2011/Meloni-ASTRID_con-form.pdf)
- Onida*, Valerio (2011). Più o meno autonomia? Itinerari per una risposta articolata, in: *Dieci Anni dopo. Un bilancio della riforma regionale 2001-2011*, in: *le Regioni*, anno XXXIX, numero 2/3, 574–580
- Pace*, Alberto (2011). La dimensione paritetica delle relazioni istituzionali con lo Stato, in: *Postal*, Gianfranco/*Marcantoni*, Mauro (a cura di): *L'evoluzione statutaria della Provincia autonoma di Trento dopo le riforme del 2001*, Milano: Franco Angeli, 156–164
- Palermo*, Francesco (2001). Ruolo e natura delle commissioni paritetiche e delle norme di attuazione, in: *Marko*, Joseph/*Ortino*, Sergio/*Palermo*, Francesco (a cura di): *L'Ordinamento speciale della Provincia autonoma di Bolzano*, Padova: Cedam, 826–844
- Pizzorusso*, Alessandro (2011). Fonti del diritto, in: *Galgano*, Francesco (a cura di): *Commentario del Codice Civile Scialoja-Branca*, Bologna-Roma: Zanichelli-II Foro italiano (II ed.), 329, 551–553
- Reggio d'Aci*, Enzo (1994). *La Regione Trentino-Alto Adige*, Milano, Guffrè
- Valdesalici*, Alice (2010). Federalismo fiscale e Autonomie speciali: il nuovo assetto finanziario del Trentino – Alto Adige/Südtirol, in: *federalismi.it*, n. 18
- Vigato* Elisabetta (2011). L'attuazione del federalismo fiscale nelle Regioni speciali. Il passaggio del testimone di funzioni e responsabilità, in: *federalismi.it*, n. 11
- Zaccaria*, Roberto/*Valastro*, Alessandra (2010). *Diritto dell'informazione e della comunicazione*, Padova: Cedam, (VII ed.)
- Zendron*, Alessandra (2006). *Rai Bolzano. Dalla stazione Eiar alla radiotelevisione trilingue*, Roma: Rai-Eri

## Abstracts

### Das Autonomiestatut und der öffentliche Rundfunk

Das neue Autonomiestatut und der öffentliche Rundfunk Südtirols haben sich parallel und im Konflikt entwickelt, der auf das erste Autonomiestatut zurückgeht und mit der politischen Forderung nach einer allgemeinen Kompetenz bezüglich Rundfunk und Kommunikationsdienste zusammenhängt.

Es handelt sich dabei um ein Spiel, das seit Jahrzehnten andauert, welches aber in den letzten Jahren einen tiefgreifenden Wandel durchgemacht hat: Aus dem politisch-verfassungsrechtlichen Konflikt wurde ein Verhandeln um Kompetenzen und Finanzen. Die Materie wurde recht unbekümmert im Rahmen einer autoreferenziellen und besitzergreifenden Strategie über Durchführungsbestimmungen zu regeln versucht. Dabei hat man ignoriert, dass die Regulierung des Kommunikationssystems immer mehr mit der europäischen und nationalen Gesetzgebung vernetzt ist und sich prozesshaft entwickelt.

Unter diesen Rahmenbedingungen wird die gesamte politisch-verfassungsrechtliche Entwicklung rekonstruiert, vom ersten historischen Urteil 1961, über das Mailänder Abkommen, von den Verhandlungen mit der Rai für eine neue Konvention bis hin zu den Verhandlungen mit der Regierung Monti.

## Le Statut d'autonomia y le sorvisc publich radio-televisif

Te Südtirol s'à le Statut d'autonomia nü y le sorvisc publich radio-televisif svilupé paralelamënter, mo dagnora te n raport de conflit, che va derevers al Pröm Statut d'autonomia y che taca adöm cun la ghiranza politica de ciafè na competënza generala por éi che reverda le radio, la televijiun y i atri sorvisc de comunicaziun.

Al é n „jüch“ che va inant da dezenns, mo che s'è mudé dassënn ti ultimi agn: fora de n conflit politich-costituzional él diventè na tratativa por competënzes y finanzas, porvan de sfruté te na manira indeferënta le stromënt dles normes d'atuaziun, do na logica auto-referenziala y por surantó la proprieté. An à insciö savaié de ne savëi nia, che la regolamentaziun dl sistem de comunicaziun é tres plü liada ales leges y ales prozedöres europeiches y nazionales.

Te chësta cornisc vëgnel reconstruì döt le svilup politich-costituzional, dala pröma sentënza storica dla Curt costituzionala dl 1961 al'Acordanza de Milan, ales tratatives cun la Rai por na convenziun nöia, éina al scomenciämënt dles tratatives nöies cun le Govern de Monti.

### The Statute of Autonomy and Public Broadcasting

In South Tyrol, the relationship between the new statute of autonomy and public broadcasting has been characterised both by parallel evolution and continual conflict. This can be traced back to the First Statute of Autonomy and to a constantly frustrated political demand for independent control of broadcasting and other communications services.

It resembles a game that, after having been played for decades, has recently undergone a profound change: what used to be a politically motivated, constitutional dispute has dissolved into mere jostling for jurisdiction and funding. An attempt was made to settle the matter rather recklessly through a self-referential and self-serving strategy involving contracts and regulations. One factor has been completely ignored, though: regulation of communications systems are becoming more and more entangled with European and Italian legislature and are not static, but subject to constant change.

Taking this into account, the article reconstructs the entire political and constitutional process: it begins with the first historic judgment in 1961, covers the Milan Agreement and negotiations with the RAI national public broadcasting service over a new agreement, and continues right up through current negotiations with the Monti administration.

**5. Außerhalb des Jahresthemas**  
Altri temi

A series of horizontal dashed lines for writing.



Nadja Thoma

## „Das Deutschtum in Südtirol wird über kurz oder lang abgeschafft sein.“

Migrationsdiskurse der Südtiroler Freiheitlichen

*Es ist doch wahr:  
ein Ausländer unter sieben Einheimischen,  
und wer ist besorgt,  
dass die andere Lebensart ihn anstecken könnte:  
die sieben Einheimischen.*

Max Frisch (1966)

### 1. Einleitung<sup>1</sup>

Die diskursive Konstruktion natio-ethno-kulturell Anderer (Mecheril 2003) in europäischen Migrationsgesellschaften ist eines der zentralen Themen kritischer Wissenschaft.

Diskurse, vor allem solche in Migrationszusammenhängen, sind insofern gesellschaftlich bedeutsam, als „Wissensobjekte, Situationen, soziale Rollen sowie Identitäten und interpersonale Beziehungen zwischen den Interagierenden und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen“ (Wodak et al. 1998, 43) über sie konstituiert werden und sie somit an der Hervorbringung, Produktion bzw. (De-)Konstruk-

tion bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen. Diskurse fungieren „als strukturierte Verbindungspunkte zwischen dem Denken, dem Sprechen, dem Handeln, dem Ausüben von Macht des Subjekts“ (Mecheril/Rigelsky 2007, 65). Das Freilegen dieser Verbindungspunkte ist vor allem in migrationsbezogenen Kontexten wichtig, weil es dazu beitragen kann, machtvolles Sprechen über machtlose Subjekte sichtbar zu machen. Diskurse können in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten realisiert werden. Dazu gehören neben der medialen Berichterstattung oder dem Bildungssystem auch Alltagsdiskurse in Form privater und informeller Rahmungen.

Aufgrund ihres Einflusses auf Meinungsbildungsprozesse spielen PolitikerInnen in der (Re-)Produktion von Diskursen eine zentrale Rolle. Sie wählen Diskurse aus, die zu „dominanten Diskursen“ (Foucault) werden und die Bedeutung anderer Diskurse qualitativ und quantitativ überlagern. Durch die Auswahl bestimmter Inhalte und deren Thematisierung in regional und historisch bedeutsamen Kontexten tragen sie wesentlich zur Konstruktion von Wirklichkeit bei. Neben der Auswahl an Themen bestimmen sie auch mit, auf welche Weise diese Themen gesellschaftlich verhandelt werden. Somit tragen Äußerungen von PolitikerInnen maßgeblich zur Definitionsmacht über Migration bei und bestimmen mit, *wie* über MigrantInnen gesprochen wird.

Eine Beschäftigung mit Migrationsdiskursen in der politischen Landschaft Südtirols scheint vor allem deswegen interessant, weil marginalisierende Diskurse zwar weltweit vergleichbaren Mustern folgen, aber lokale Spezifika aufweisen (vgl. Zick/Küpper/Wolf 2010; Niehr/Böke 2003).

## **2. Migrationsdiskurse und rechtspopulistische Parteien**

### **2.1. Forschungsstand**

Die Darstellung marginalisierter Gruppen (MigrantInnen, autochthone Minderheiten und andere ausgegrenzte Gruppen, die den mehrheitlichen Vorstellungen von Normalität nicht entsprechen) wurde vermehrt an rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien untersucht (Grumke 2009; Hafez, Farid 2010; Hafez, Kai 2010; Häusler 2009; Wodak/Köhler 2010). Vor dem Hintergrund, dass ausgrenzende Praktiken wie Rassismus kein Spezifikum des rechten Randes, sondern in nahezu allen politischen Lagern und gesellschaftlichen Schichten anzutreffen sind (vgl. Messerschmidt 2010), kann eine Analyse der Diskurse einer rechtspopulistischen

Partei nicht die gesamte Bandbreite dieser Problematik in Südtirol aufzeigen. Es ist aber davon auszugehen, dass solche Diskurse bei den Freiheitlichen in einer zuge-spitzten Form auftreten und von Parteien der Mitte übernommen werden bzw. zum Teil schon übernommen worden sind.

Zu den Hauptmerkmalen der populistischen Rechten zählt Betz „eine starke Betonung des Begriffs der Differenz sowie der Verteidigung kultureller Eigenheit“, zwei Begriffe, mit denen der Kampf gegen die ihrer Meinung nach „zwei größten Bedrohungen der europäischen Kultur und der westlichen Werte“ legitimiert werden soll: die Globalisierung und den Islam (vgl. Betz 2002, 251). Die erfolgreichsten rechtspopulistischen Parteien innerhalb Europas verwenden Strategien, „die sich fast vollkommen auf den Appell an latente Ängste, Vorurteile und Ressenti-ments“ beschränken (Betz 2002, 252)<sup>2</sup>.

## 2.2. Die Südtiroler Freiheitlichen

Die Südtiroler Freiheitlichen wurden 1992 in Anlehnung an die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) in Bozen gegründet und nahmen erstmals 1993 an den Landtagswahlen teil (Angerer 2000, Pallaver 2007). Bei den Landtagswahlen 2008 erhielten die Freiheitlichen 14,3 Prozent der Stimmen und sind seither nach der Südtiroler Volkspartei (SVP) die zweitstärkste Partei im Südtiroler Landtag. Partei-obmann ist Pius Leitner, Generalsekretärin Ulli Mair. Neben Leitner und Mair sind Sigmar Stocker (Obmann-Stellvertreter), Thomas Egger und Roland Tinkhauser als Abgeordnete im Südtiroler Landtag vertreten (Vgl. Atz 2009).

## 3. Die Methode und das Korpus

Unter den verschiedenen analytischen Zugängen innerhalb der Kritischen Dis-kursanalyse ist der Diskurshistorische Ansatz (DHA) besonders geeignet für die vorliegende Fragestellung, weil er die Analyse sprachlicher Äußerungen mit einer systematischen Kontextanalyse verbindet. Inhalte, Argumentationsstrategien und *Topoi*<sup>3</sup> sowie sprachliche Realisierungsmittel bilden die Basis für die Analyse.

Ausgehend von Wodak (2007) werde ich bei der Analyse entlang der folgenden Fragen vorgehen:

— Wie wird sprachlich auf Personen bzw. Sachverhalte Bezug genommen (*na-ming*)?

- Welche Merkmale und Charakteristika werden sozialen AkteurInnen bzw. Sachverhalten zugeschrieben (*predication*)?
- Mittels welcher Argumentationsschemata versuchen bestimmte Personen oder gesellschaftliche Gruppen, Exklusion, Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung anderer zu rechtfertigen (*argumentation*)?
- Von welchen Perspektiven bzw. Standpunkten aus werden diese Markierungen, Benennungen und Argumente ausgedrückt (*perspectivation*)?
- Werden die Aussagen explizit geäußert, verstärkt oder abgeschwächt (*intensification/mitigation*)?

Das Korpus wurde aus folgenden auf der Website der Südtiroler Freiheitlichen<sup>4</sup> zugänglichen Dokumenten ausgewählt:

982 Pressemitteilungen von Januar 2009 bis Juni 2011, die online publizierten Anfragen an den Südtiroler Landtag von Januar 2009 bis Juni 2011 und die online verfügbaren Reden und Ansprachen im Zeitraum Januar 2009 bis Juni 2011.

Neben 27 Pressemitteilungen wurden für die Analyse aufgrund des besonderen Bezugs zu Migrationsthemen jeweils eine Rede bzw. Ansprache von Pius Leitner und Ulli Mair sowie Anfragen an den Landtag ausgewählt.

Eine quantitative Analyse der Inhalte auf der Website der Freiheitlichen legt einen eindeutigen Fokus auf bestimmte Themenbereiche der Migration offen. Ich werde entlang dieser Themen (Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Belastung, Flucht, Integration) vorgehen und ausgewählte Texte einer qualitativen Analyse unterziehen.

Der letzte Abschnitt wird sich dem Thema Islam widmen, das – wenig überraschend – die zentrale Angriffsfläche der Freiheitlichen darstellt.

#### 4. Migrationsdiskurse der Freiheitlichen

Vokabeln, die in Migrationszusammenhängen verwendet werden, sind nicht neutral, sondern spiegeln (gesellschaftspolitische) Haltungen von AkteurInnen wider. Jung etwa weist in einer linguistischen Analyse mit Hilfe von Wortstatistiken nach, dass zwischen 1973 und 1989 CDU/CSU-Abgeordnete vorwiegend von *Ausländer[inn]en* bzw. *Asylant[inn]en* sprachen, während Abgeordnete der Grünen in vergleichbaren Zusammenhängen auf Vokabeln wie *Flüchtlinge* oder *Menschen* zurückgriffen (Jung 1997). Kollektivbezeichnungen zeigen nach Jung außerdem „ein[en] deutliche[n] Zusammenhang zwischen ausgrenzender bzw. einschließender Begrifflichkeit und politischer Position“ der Sprechenden (Jung 1997, 212).

Die bei den Südtiroler Freiheitlichen am häufigsten verwendeten Begriffe für Menschen, die andere Länder verlassen haben, um in Südtirol (vorübergehend oder dauerhaft) wohnhaft zu werden, sind das Wort *AusländerIn* und dazugehörige Komposita (*Ausländerkinder*, *Ausländerquote*, *Ausländerfamilie*, *Ausländergesellschaft*, *Ausländerfrage*). Diese Begriffe werden ausschließlich mit negativen Konnotationen belegt und semantisch im Umfeld von Illegalität, Gewalttätigkeit, Gefahr und finanzieller Belastung angesiedelt. Es ist nicht an allen Stellen klar, ob der Begriff tatsächlich den rechtlichen Status der jeweiligen Personen wiedergibt oder ob er auch für MigrantInnen mit italienischem Pass verwendet wird.

Der Begriff *MigrantIn* kommt vorwiegend in Zusammenhängen vor, in denen es um die Integration von Menschen in die (im Wesentlichen als kulturell homogen verstandene) Südtiroler Gesellschaft geht. Die Vokabel *Migrationshintergrund* wird vor allem in Bezug auf SchülerInnen und ausschließlich in defizitorientierten Zusammenhängen verwendet.

Als *BürgerInnen* werden fast ausschließlich Mitglieder der autochthonen Südtiroler Bevölkerung bezeichnet. Lediglich die Bezeichnung *EU-BürgerIn* bzw. *Nicht-EU-BürgerIn* kommt im Migrationskontext vor, letztere ausschließlich in negativ konnotierten Zusammenhängen.

Eine interessante Position nimmt der Begriff *Flüchtling* aufgrund seiner Verbindungen mit bestimmten Metaphern ein, auf die ich im Besonderen eingehen werde.

Abgesehen von der Benennung von Menschengruppen ist die Frage interessant, welche Charakteristika diesen zugeschrieben werden, und mittels welcher Argumentationsschemata, von welchen Standpunkten aus und mit welchem Grad an Direktheit diese geäußert werden. Diesen Fragen gehe ich im Folgenden anhand der im Korpus am häufigsten vorkommenden Themen nach.

## Das Thema Arbeitslosigkeit

*„Die Arbeitslosigkeit bei Ausländern nähert sich der 2000er Marke. Wo bleibt die Verantwortung jener, die Ausländer rufen? Warum werden einheimische Arbeitskräfte mit Niedrigstlöhnen abgespeist?“* (Pius Leitner, 27. Oktober 2010)

*„Was die Arbeitslosigkeit betrifft, so betrug im Jahre 2008 die Arbeitslosenrate der nicht italienischen Staatsbürger 5,7% gegenüber 3,3% der Gesamtbevölkerung.“* (Pius Leitner, 27. August 2009)

Sowohl der Arbeitslosigkeitstopos als auch der Zahlentopos<sup>5</sup> spielen in Argumentationsmustern rechter Parteien im Kontext von Migration eine zentrale Rolle.

In diesen Ausschnitten wird die Vorstellung einer großen Zahl von ausländischen Menschen ohne Arbeit produziert, zum anderen wird impliziert, dass die Verantwortung für Niedrigstlöhne der *einheimischen Arbeitskräfte* bei den *AusländerInnen* liege. Diese verkürzte Darstellung der Verschränkungen von Migration und Arbeitsmarktintegration blendet Diskriminierungen, von denen MigrantInnen durch rassistische Einstellungspraxen (Peucker 2010) und Dequalifizierung (Greif/Gediga/Janikowski 1999) betroffen sind, aus. Ein Blick in die Stellen- und Immobilienanzeigen verschiedener Südtiroler Zeitungen, unter anderem der „Dolomiten“, der Zeitung mit der höchsten Auflage, legt nahe, dass Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt auch in Südtirol Normalität ist. Viele Arbeitsstellen und Wohnungen sind wie selbstverständlich *Einheimischen* vorbehalten<sup>6</sup>, was der europäischen Richtlinie zum Diskriminierungsverbot<sup>7</sup>, die in Italien bereits 2003 umgesetzt wurde<sup>8</sup>, widerspricht. Dass diese diskriminierende Praxis SüdtirolerInnen durchaus bewusst ist, zeigt sich unter anderem daran, dass Personen auf Wohnungs- oder Arbeitssuche sich selbst als *einheimisch* bezeichnen, um ihre Chancen zu verbessern<sup>9</sup>.

Die in diesen Anzeigen gegen bestehendes Recht explizit gemachten Diskriminierungen und eine vermutete Dunkelziffer, die nicht in Anzeigen vorkommt, kann den gegenüber *Einheimischen* erhöhten Anteil in der Arbeitslosigkeitsstatistik mit erklären.

## Das Kriminalitätsthema

Neben dem Arbeitslosigkeitstopos spielt der Kriminalitäts- und Gewalttätigkeits-Topos eine zentrale Rolle:

„Wir von den Freiheitlichen warnen schon lange vor der übertriebenen Gewaltbereitschaft ausländischer Jugendlicher. Das große Problem bei ausländischen Jugendlichen ist ihre erschreckende Rohheit und Gewissenlosigkeit, mit der sie bei Streitigkeiten oft reagieren.“ (Lukas Prezzi, 13. September 2010)

Die Kategorien *ausländisch* und *kriminell* werden hier so eng miteinander verwoben, dass es zu einer semantischen Verschmelzung kommt. Dass die Homogenisierung von *Ausländer[innen]* als *Kriminelle* durch die Hervorhebung angeblicher (kollektiver) Eigenschaften (hier: *erschreckende Rohheit und Gewissenlosigkeit*) gestützt werden, ist kein Südtiroler Spezifikum (vgl. Schönberger 2009, 94f). Die Komposita *Ausländerkriminalität* und *Ausländergewalt*<sup>10</sup>, die als Titel von Presseausendungen hohes suggestives Potential haben, tragen die Diskursverschränkungen bereits in sich.

Die Vorstellung, dass die Richtigkeit von Argumenten durch die Angabe besonders hoher Zahlen (Zahlentopos) untermauert wird, zeigt sich auch im folgenden Abschnitt:

„Aus der Beantwortung einer Anfrage geht jedoch klar hervor, dass die Ausländer öfter straffällig und arbeitslos werden als die Einheimischen. So geht aus dem statistischen Jahrbuch 2008 hervor, dass 2005 in Südtirol 34 % (!)<sup>11</sup> der verurteilten Personen im Ausland geboren wurden.“ (Pius Leitner, 27. August 2009)

Auffällig ist hier wie an vielen anderen Stellen die sprachliche Unifikation von Gruppen durch die Verwendung des definiten Artikels (*die* Ausländer, *die* Einheimischen).

Auf die Tatsache, dass Kriminalstatistiken nicht objektive Daten zu StraftäterInnen und Gewaltakten abbilden, sondern von polizeilichem und richterlichem Verhalten, der Art und Häufigkeit polizeilicher Kontrollen sowie vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung beeinflusst werden, wurde bereits mehrfach hingewiesen (Jünschke 2003; Kravagna 2004; Mansel/Albrecht 2003; Melter 2009, 114). Durch die Einbeziehung solcher Faktoren kann skandalisierenden Interpretationen vorgebeugt und der Anteil von Nicht-SüdtirolerInnen an den Tatverdächtigen bzw. Verurteilten zum Teil erklärt und relativiert werden. Die rein statistische Sicht blendet außerdem strukturell bedingte Aufstiegsbarrieren, Diskriminierungs-, Gewalt- und Rassismuserfahrungen, niedriges Einkommen und Armut von allochthonen Jugendlichen aus, die mit ein Grund für eine Kriminalisierung sein können (vgl. Kienpointner 2008, 257; Tekin 2007). Zudem wird nicht berücksichtigt, dass bestimmte illegale Akte – etwa das Fälschen von Dokumenten in Zusammenhang mit dem Aufenthaltsrecht – nur von MigrantInnen begangen werden können (vgl. Kienpointner 2008, 257).

Die hergestellte Verbindung zwischen Kriminalität und Islam, die typisch für rassistische Diskurse im gesamten europäischen Raum ist (Hafez, Farid 2010; Jäger 2007; Sökefeld 2005, 2), findet sich auch im hier untersuchten Korpus:

„Die Problematik rund um die massive Zuwanderung und die damit einhergehende steigende Kriminalität sind den Menschen längst ein Dorn im Auge, daher ist das Ergebnis des Referendums [zum Verbot des Baus von Minaretten, Anm. NT] als das natürliche Empfinden des Schweizer Volkes zu betrachten.“ (Ulli Mair, 29. November 2010)

Auch hier wird Kriminalität ursächlich mit Migrationsbewegungen in Verbindung gebracht; durch die Adjektive *massiv* und *steigend* wird eine gefährliche, im Steigen begriffene und unaufhaltsame Entwicklung konstruiert. Die islamfeindliche Grundhaltung, die dem Ergebnis des Schweizer Referendums zugrunde liegt, wird naturalisiert (das *natürliche Empfinden* des Schweizer Volkes).

Das Wissen darüber, dass der rechtliche Status keine Schlüsse auf die Kriminalitätsbelastung eines Menschen zulässt, findet sich in Form von *disclaimers*, die auf der Website der Freiheitlichen sehr oft vorkommen. *Disclaimers* beginnen mit einer Proposition nach dem Schema *Wir haben nichts gegen X* oder *Nicht alle X sind schlecht*, die sich in der Regel nach der politisch und gesellschaftlich erwünschten Korrektheit im Migrationsdiskurs richtet. Mit einer adversativen Konjunktion (*aber, allerdings* etc.) wird dann eine Aussage eingeleitet, die der Proposition widerspricht und ein negatives Urteil einer *Wir-Gruppe* über *die anderen* enthält (vgl. van Dijk et al. 1997).

„*Natürlich ist nicht jeder Ausländer kriminell und selbstverständlich gibt es zur Integration der einer Arbeit nachgehenden Ausländer keine Alternative. Aber was ist mit all denen, die bei der Zuwanderung keine Arbeit haben und kriminellen Tätigkeiten frönen? Es ist leider eine unumstößliche Tatsache, dass der Anteil an kriminellen Straftaten durch Ausländer überdurchschnittlich hoch ist.*“ (Pius Leitner, 23. Februar 2009)

Die Partikel *leider* signalisiert Bedauern über eine als *unumstößlich* dargestellte Tatsache und ist als Versuch Leitners zu lesen, seine Position nicht als rassistisch, sondern als reflektiert, distanziert und fast schon wohlwollend erscheinen zu lassen. Die suggestive rhetorische Frage nach den *kriminellen Tätigkeiten* leitet zur Kernaussage über, die der Proposition grundlegend widerspricht.

## Das Belastungsthema

MigrantInnen, Flüchtlinge und AsylwerberInnen werden in medialen und politischen Diskursen vielfach nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Belastung für Sozialsysteme dargestellt (KhosraviNik 2010; Wodak/Köhler 2010):

„*Die Forderung nach Legalisierung der vielen illegal Beschäftigten ist [...] eine Ohrfeige gegen all jene Steuer zahlenden Bürger, die sich an geltende Gesetze halten. Haushaltshilfen ohne Aufenthaltsgenehmigung sind laut Gesetz illegale Einwanderer, arbeiten schwarz auf Kosten der Steuerzahler [...] Sehr häufig würden ausländische Pflegekräfte beschäftigt, die bei der ersten Gelegenheit in ein anderes Arbeitsverhältnis wechseln und den Ruf nach neuen Arbeitskräften verstärken.*“ (Pius Leitner, et al., 15. Juli 2009)

„*Wie viel Geld durch diese subventionierte Schwarzarbeit verlorengeht, lässt sich nur erahnen. Diesbezüglich erhält unsere Forderung nach Erhebung der fiska-*



*lischen Kosten-Nutzen-Rechnung für Zuwanderer eine noch größere Bedeutung.“* (Ulli Mair, 03. Juli 2009)

Hier findet eine Gegenüberstellung von *Steuer zahlenden Bürgern, die sich an geltende Gesetze halten* (gemeint sind *Einheimische*), und *illegal Beschäftigten* (implizit: die sich nicht an geltende Gesetze halten; gemeint sind *AusländerInnen*) statt. Der Defizite ortende Blick wird weg von Illegalisierung und diskriminierenden Anstellungspraxen hin zu ausländischen Arbeitskräften gelenkt.

Der Kritik an einer möglichst raschen Herstellung legaler Arbeitsverhältnisse liegt die Annahme zugrunde, dass eine Legalisierung dringend benötigter Arbeitskräfte zu einer Zunahme an illegalen Arbeitsverhältnissen führen könnte und eine Kosten-Nutzen-Rechnung dergestalt beeinflussen würde, dass der Steuerentgang von illegalisierten ausländischen Pflegekräften (die qua Arbeitsverhältnis vom Steuersystem ausgeschlossen sind) so groß würde, dass diese einheimischen SteuerzahlerInnen zu sehr zur Last fielen.

Besonders stark zeigen sich Kosten-Nutzen-Erwägungen dieser Art im Bereich des Gesundheitssystems. Zur Möglichkeit einer anonymen und kostenlosen medizinischen Versorgung für illegalisierte MigrantInnen im Gesundheitsbezirk Bozen äußert sich Ulli Mair folgendermaßen:

*„Ich möchte vorausschicken, dass wir Freiheitlichen nicht gegen eine medizinische Versorgung von illegalen Einwanderern sind [...] Wir Freiheitlichen wollen allerdings im Fall des Gesundheitsbezirkes Bozen wissen, welche Krankheiten und gesundheitlichen Beschwerden in erster Linie behandelt werden, wie häufig diese kostenlosen Dienste in Anspruch genommen und was sie den Steuerzahler letztendlich kosten.“* (Ulli Mair, 21. Juli 2009)

*„Wer kontrolliert, wie viele sich in den Sanitätsstrukturen kostenlos untersuchen und behandeln lassen, ist diese Möglichkeit doch sogar für Illegale vorgesehen?“* (Pius Leitner, 26. September 2009)

Hier wird durch indirekte bzw. rhetorische Fragen eine ungerechtfertigt häufige Inanspruchnahme von Leistungen im Gesundheitssektor durch MigrantInnen auf Kosten einheimischer *Steuerzahler[innen]* suggeriert. Der *disclaimer*, den Mair vorausschickt (*wir Freiheitlichen [sind] nicht gegen..., allerdings*), weist auf das Bewusstsein um den gesellschaftlichen und politischen Konsens hin, dass eine gesundheitliche Behandlung aufgrund menschenrechtlicher Überlegungen und unabhängig von Anstellungsverhältnissen und Nationalitäten gewährleistet werden muss.

## Das Flüchtlingsthema

Neben dem am häufigsten verwendeten Begriff *AusländerIn* kommt – vor allem in Texten seit den kriegerischen Auseinandersetzungen in Nordafrika 2011 – der Begriff *Flüchtling* vor, der vor allem unter Zuhilfenahme von Metaphern<sup>12</sup> zur Gefahr stilisiert wird.

„Zudem sei zu befürchten, dass nicht nur Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention, sondern auch Illegale ins Land strömen.“ (Pius Leitner, 13. April 2011)

„Südtirol hat bereits einmal seine Kasernentore für Flüchtlingsströme aus dem Balkan geöffnet, mit den Nachwehen und den Integrationsproblemen schlagen sich die Südtiroler heute noch herum.“ (Roland Tinkhauser, 01. März 2011)

„Die anhaltende Flüchtlingswelle aus Nordafrika droht zu einer ernsthaften Zerreißprobe für die Europäische Union, zu einem Fiasko für Italien und zu einem Problem auch für Südtirol zu werden.“ (Pius Leitner, 13. April 2011)

„Sind die regierenden Parteien gewillt den rasant ansteigenden Zustrom an Nicht-EU-Bürgern mit allen damit verbundenen Problematiken und Auswirkungen einzudämmen<sup>13</sup>?“ (Bernd Ausserhofer et al., 25. August 2010)

Die Wasser-Metaphorik (*Flüchtlingsströme, Flüchtlingswelle, Land, Zustrom, strömen, eindämmen*) ist Teil einer Reihe von Metaphern, die zur Dramatisierung angewandt werden und Menschen nicht als Individuen, sondern als gefährliche Massen erscheinen lassen. Diese Metaphorik suggeriert die Gefahr einer *Überflutung*<sup>14</sup>, die es durch das Schließen der Grenzen *einzudämmen* gilt.

Daneben ist eine Metaphorik auffällig, die nach Südtirol kommende Menschen als kriegerische Heere darstellt.

„Liebe Freunde, die ungebremste und unkontrollierte Zuwanderung von Ausländerheeren nach Europa ist für mich eine der größten Herausforderungen für Gegenwart und Zukunft.“ (Pius Leitner, 11. August 2009)

„Zudem hat sich Italien nicht gerade entgegenkommend gezeigt, als etwa Deutschland und Frankreich Heerschaften von Flüchtlingen unterbringen mussten.“ (Pius Leitner, 13. April 2011)

„Europa muss sich für einen Flüchtlingsansturm aus Nordafrika rüsten.“ (Roland Tinkhauser, 01. März 2011)

„Ich habe den Eindruck, dass gleichzeitig mit dem Einsatz europäischer Streitkräfte außerhalb Europas Menschen aus Krisengebieten nach Europa drängen und bestehende Ordnungen aus dem Gleichgewicht bringen.“ (Pius Leitner, 11. August 2009)

„Allerdings kämpfen auch andere europäische Staaten mit einer illegalen Massenzuwanderung. [...] Was die Islamisierung Europas anbelangt, so ist vor allem die von Islamverbänden und vom türkischen Ministerpräsidenten Erdogan [sic!] betriebene systematische Landnahme Deutschlands bedenklich.“ (Pius Leitner, 10. März 2011)

Flüchtlinge werden hier als *Ausländerheere* und *Heerschaften* bezeichnet, die *ungebremst* und *unkontrolliert* nach Europa kommen. Ihre Ankunft nach der Flucht wird als *Ansturm* bezeichnet. Neben der expliziten Charakterisierung von Flüchtlingen als Heere werden *Menschen aus Krisengebieten* durch eine Parallelisierung mit den *europäischen Streitkräften* implizit als bewaffnete und organisierte Zusammenschlüsse beschrieben, die nach Europa *drängen* und *bestehende Ordnungen aus dem Gleichgewicht bringen*. Die Wörter der Bewegung, die Leitner in diesem Kontext in Verbindung mit Flüchtlingen gebraucht (*ungebremst*, *Ansturm*, *drängen*), stellen überdies einen expliziten Gegensatz zu den *bestehenden Ordnungen* dar, die als statisch und unbeweglich und somit als Ort der Normalität konstruiert werden. Auch der Begriff der *systematischen Landnahme* deutet auf eine gefährliche Bevölkerungsverschiebung hin.

Der oftmalige Gebrauch solcher und ähnlicher Vokabeln und Wendungen führt dazu, dass die zugrunde liegende Metapher von RezipientInnen mit der Zeit als völlig normale Art, über Flüchtlinge zu sprechen, angenommen wird (vgl. El Refaie 2001, 364). Daraus wird auch die Vorstellung erklärbar, Europa müsse sich wie für einen Krieg *rüsten*. Diese Vorstellung wird mit der Angabe von Zahlen untermauert.

„Nach jüngsten Schätzungen warten 300.000 Menschen auf eine Überfahrt nach Süditalien. Sicher ist, dass der italienische Staat mit dieser Anzahl an Menschen überfordert ist und dass die Europäische Union solidarisch die Flüchtlinge auf dem gesamten europäischen Gebiet verteilen muss.“ (Roland Tinkhauser, 01. März 2011)

„40.000 Ausländer aus 125 Nationen mit der Perspektive, in 10 Jahren doppelt so viele zu beherbergen, führen uns die kommenden Herausforderungen klar vor Augen.“ (Pius Leitner, 13. Januar 2011)

Der Zahlen-Topos untermauert die Vorstellung, dass der italienische Staat bzw. Südtirol mit der Aufnahme von Flüchtlingen beziehungsweise MigrantInnen überfordert sei. Neben der Angabe von Zahlen werden in ähnlichen Kontexten Begriffe wie *Massenzuwanderung*<sup>15</sup>, *Massenimmigration*<sup>16</sup> und *Massenzuzug*<sup>17</sup> in Verbindung mit den Adjektiven *ungebremst/unkontrolliert* verwendet.

## Das Integrationsthema

Die Begriffe MigrantIn bzw. Mensch/Kind mit Migrationshintergrund kommen vor allem in Zusammenhang mit einer geforderten Assimilation an eine als homogen vorgestellte *Südtiroler* Mehrheitsgesellschaft (idealerweise: die deutschsprachige) vor.

„Weiters wollen wir nicht vergessen, dass sich die MigrantInnen in unserer (sic!) Kultur integrieren müssen und nicht wir in die Ihre (sic!).“ (Thomas E. Meraner et al., 24. November 2009)

„Südtirol ist unser Land und Zuwanderer haben sich nach unseren Spielregeln zu halten [...] Südtirol ist unser Land und wir haben ein Recht darauf, seine gewachsenen Strukturen und sein gesellschaftliches Gefüge zu erhalten. Mehr noch, wir haben die Pflicht dazu!“ (Pius Leitner, 10. März 2011)

„Für uns Freiheitliche bedeutet ‚Integration‘ weder Dialog und auch kein Aufeinanderzugehen, sondern eine bedingungslose Anpassung der Zuwanderer an unsere Gesetze und Gegebenheiten. Vordergründig geht es um das Erlernen unserer kulturellen Eigenheiten, unserer Landessprachen und ein Kennenlernen unserer Religion in Schule und Gesellschaft.“ (Arno Mall; Michael Demanega, 22. November 2010)

Hier wird eine Dichotomisierung, die von zwei unvereinbaren, homogenen Gruppen (*wir* und *die MigrantInnen/die Zuwanderer*) mit ebensolchen Kulturen ausgeht, deutlich. Exemplarisch für das gesamte Korpus ist eine auffallend häufige Verwendung der Pronomina *wir* und *unser/e* im Sinne eines *Koalitionsappells*<sup>18</sup>. Diese Pronomina haben keine neutrale und identitätsabbildende, sondern die performative Funktion einer Einladung zur Identifikation und eines Aufrufs zur gemeinsamen politischen Aktion (vgl. Syrou 2007, 180).

Integration wird explizit als einseitige Anpassungsleistung und als vollkommene Assimilation definiert.

Mecheril kritisiert an der Integrationsvokabel unter anderem, dass sie die Zuschreibung von Fremdheit bestätigt und dass durch sie Menschen, selbst wenn sie in dem Land, in dem der Integrationsdiskurs stattfindet, geboren und aufgewachsen sind und ihren Lebensmittelpunkt dort haben, „beständig als ‚fremde‘ Elemente, die zu integrieren seien, konstruiert und festgelegt werden“ (Mecheril 2007, 4). Zudem sei Integration keine „pädagogische und psychosoziale Referenz“, da der Begriff Individuen nicht als Subjekte versteht, sondern als „Elemente“, die einem größeren Ganzen einzuordnen seien (Mecheril 2007, 4).

Nach den Freiheitlichen soll Integration sich an einer nicht näher bestimmten *Leitkultur* anlehnen:

„Was aber vollkommen fehle [im Entwurf für ein Integrationsgesetz], sei ein Verweis auf die ‚Leitkultur‘<sup>19</sup>, nach der sich die Integration richten müsse, wolle sie erfolgreich sein.“ (Pius Leitner, 21. März 2011)

Der Begriff der *Leitkultur*, der vom ehemaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz 2000 erstmals gebraucht wurde, wurde aufgrund seiner semantischen Unschärfe vielfach kritisiert. An dieser Stelle zeigt sich exemplarisch die Übernahme von Diskursen und Begriffen aus den benachbarten deutschsprachigen Ländern, wie sie vor allem auch beim Thema Islam und schweizerischen Diskursen zum Minarettverbot deutlich wird.

Auch in Bezug auf die Sprache/n, die MigrantInnen lernen sollen, wird auf Diskurse aus anderen Ländern Bezug genommen. Sprachen spielen im Integrationsdiskurs der Freiheitlichen eine zentrale Rolle; aufgrund der Spezifika der mehrsprachigen Situation in Südtirol unterscheidet sich die Argumentation allerdings vom restlichen deutschsprachigen Raum:

„Auch fordert er [Gemeinderat Ausserhofer], dass die Migranten angehalten werden sollten Deutsch zu lernen. Da die Mehrheit der Nicht EU-Bürger die italienische Sprache bevorzugt, sieht er langfristig eine Gefahr für die deutsche Volksgruppe.“ (Bernd Ausserhofer, 20. Juli 2010)

„Wenn nach Aussage von LH Durnwalder [...] die Nicht-EU-Ausländer nur eine Landessprache nach freier Wahl lernen müssen, wird das Deutschtum in Südtirol über kurz oder lang abgeschafft sein.“ (Roland Niederhofer, 22. September 2010)

Integration wird europaweit in Zusammenhang mit Sprachen diskutiert, und Regierungen setzen Sprachprüfungen unter anderem als Teil eines Sanktionssystems zur Messung von *Integrationswilligkeit* ein (vgl. Blackledge 2006; Dirim 2010; Mecheril 2007). Spezifisch für Südtirol an der Forderung nach dem Erlernen einer Sprache ist ein *Sprachenproblem*, das Baur in einer Festlegung auf die Dichotomie Deutsch-Italienisch ortet, wodurch die real existierende Mehrsprachigkeit ausgeblendet wird (Baur 2009, 25f.). Mit der Geschichte dieser *Zweisprachigkeit* und deren (schul)politischen Implikationen (vgl. Baur/Mezzalira/Pichler 2009) hängt die Forderung zusammen, MigrantInnen müssten für eine erfolgreiche Integration Deutsch (und nicht: Italienisch) lernen. Die Gründe dafür, dass der Großteil der MigrantInnen höhere Sprachkompetenzen im Italienischen als im Deutschen erreicht, wurden noch nicht analysiert.

Zu den möglichen Gründen zählt zum einen eine Konzentration der ausländischen Wohnbevölkerung auf den Raum Bozen (dort leben 32 Prozent aller AusländerInnen; vgl. astat 2011, 48), wo die Zugehörigkeit der Bevölkerung mit italie-

nischer Staatszugehörigkeit zur italienischen Sprachgruppe (im Vergleich zur deutschen) relativ hoch ist (astat 2011, 120). Daneben verlaufen Migrationsbewegungen nach Südtirol tendenziell eher über den italienischsprachigen als über den deutschsprachigen Raum, sodass MigrantInnen möglicherweise eine bereits erlernte Sprache ausbauen, anstatt eine neue Sprache zu lernen. Dies dürfte vor allem auf MigrantInnen mit albanischem Hintergrund zutreffen, von denen viele in Albanien vor ihrer Migration italienische Fernsehkanäle empfangen haben oder Italienisch als Schulfach hatten und zum Zeitpunkt ihrer Migration zumindest rezeptive (passive) und zum Teil sehr gute Italienischkenntnisse hatten/haben. Unter Umständen spielt die Diglossie<sup>20</sup> in der deutschsprachigen Kommunikation in Südtirol eine Rolle, die das Erlernen der deutschen Sprache erheblich erschwert.

Ein Grund ist mit Sicherheit die Tatsache, dass die meisten Kinder mit Migrationshintergrund sehr lange fast ausschließlich italienischsprachige Schulen besucht haben (vgl. Baur 2009), was von deutschsprachigen politischen Parteien nicht als Problem empfunden wurde. Möglicherweise wird die Erkenntnis, dass sich diese Entwicklung mittelfristig auf den Proporz auswirken wird, eine Veränderung der Politik einleiten.

SchülerInnen mit Migrationshintergrund gegenüber nehmen die Freiheitlichen eine sehr defizitorientierte Perspektive ein:

*„Mehr als 20% [Ausländerkinder] in einer Klasse sind nicht tragbar. Zu viele Kinder, die der Unterrichtssprache nicht mächtig sind, hemmen immer wieder das Lerntempo und die Qualität des Unterrichts.“* (Katrin Mall, 17. September 2009)

Die Schulsprecherin der Freiheitlichen, Katrin Mall, geht hier von einer monolingualen und monokulturellen Schule als Normalzustand aus. Kinder mit Migrationshintergrund und deren Sprachen werden als Last, die *nicht tragbar* ist, dargestellt. Zudem werden Kinder mit Migrationshintergrund wie selbstverständlich als *der Unterrichtssprache nicht mächtig* charakterisiert, was in Zusammenhang mit der Prozentangabe zu Beginn den Eindruck eines baldigen Zerfalls des Bildungssystems erzeugt.

*„Sprache, Heimat und Identität sind Begriffe, die nicht voneinander zu trennen sind. Wir leben in diesem Land, welches unsere Vorfahren aufgebaut haben. Südtirol ist unser Heimatland, unsere Kultur und unsere Sprache. Sprache ist und bleibt identitätsbestimmend und deshalb einer der wichtigsten Werte, die es zu verteidigen gilt...“*

*„Schule war, ist und soll hier in Südtirol auch in Zukunft die Kulturstätte unserer Identität sein. Wir werden nicht zulassen, dass diese uns genommen wird. Wir sind eine Minderheit...“* (Katrin Mall, 11. Mai 2010)

Katrin Mall bezieht sich hier auf die Geschichte der Autonomie. Das Possessivpronomen *unserer*<sup>21</sup> (Vorfahren) hat die Funktion, die LeserInnen zu inkludieren und eine gemeinsame historisch gewachsene Identität herzustellen, die sich auf die deutschsprachige Bevölkerung bezieht und sich implizit von der italienischsprachigen (und natürlich von SprecherInnen anderer Sprachen) abgrenzt.

Die Verteidigung des Rechts auf (Mutter-)Sprache, die Mall als identitätskonstituierend begreift, obliegt unter anderem der Schule als *Kulturstätte unserer Identität*, einer Identität, die als monolingual, monokulturell und homogen verstanden wird.

Das Recht auf Muttersprache und deren schulische Förderung wird, wenn es um die deutschsprachige *Minderheit* geht, an vielen Stellen eingefordert. MigrantInnen wird dieses Recht allerdings abgesprochen:

„Von Kindern mit Migrationshintergrund, die in Südtirol geboren werden, die den Kindergarten hier besuchen und bereits ab der 1. Klasse hier eingeschult wurden, sollte man sich eigentlich erwarten dürfen, dass sie die jeweilige [deutsche oder italienische] Sprache bereits sprechen und keine zusätzliche Sprachförderung [...] notwendig haben. Die Sprachzentren<sup>22</sup> sollen auch nicht die Muttersprache der jeweiligen Ausländerkinder fördern, dafür müssen die Eltern zuständig sein. Es muss primär um unsere Landessprachen gehen.“ (Ulli Mair, 28. Januar 2011)

Ulli Mair zeigt hier eine Erwartungshaltung, die die Verantwortung für einen erfolgreichen Spracherwerb bei Kindern im Vorschulalter ortet. Unter Berücksichtigung aktueller Forschungsergebnisse im Bereich der Mehrsprachigkeit (Boeckmann 2008; Brizić 2007; Gogolin/Neumann 2009) und vor dem Hintergrund, dass die meisten KindergärtnerInnen, die in Südtirol beschäftigt sind, keine Ausbildung zu Themen des Spracherwerbs und der Mehrsprachigkeitsförderung erhalten haben, kann von einem solchen als ideal angesehenen Zustand nicht ausgegangen werden.

In dieser Aussage Mairs wird zudem ein sehr markanter Widerspruch deutlich: Die Betonung der (deutschen) Muttersprache, die von den Freiheitlichen an vielen Stellen als Sprache einer *Minderheit* markiert wird, und die oftmalige Forderung des Rechts auf deren Förderung in der Schule widersprechen der hier gemachten Forderung, für Muttersprache müssten die Eltern zuständig sein. Diese Aussagen orientieren sich an einem in der Mehrsprachigkeitsforschung vielfach kritisierten *monolingualen Habitus* von Schule (Gogolin 2008) und werden der mehrsprachigen gesellschaftlichen Realität nicht gerecht.

Interessant am Diskurs über Sprache/n in der Schule ist, dass der oben beschriebene Belastungs-Topos auch in dieser Diskussion Eingang findet:

„Man muss als Lehrperson oft eine ganze Klasse ‚zurücklassen‘, um dafür einem einzigen Kind mit Migrationshintergrund etwas mit Händen und Füßen erklären zu können. Und wenn die Schule doch ein paar Stunden ‚Sprachförderung‘ bekommt, dann werden diese entweder von Teamstunden abgezweigt – die ja vielleicht den einheimischen Kindern zugute kommen könnten, oder man bekommt vielleicht noch 4 Stunden pro Woche. Alles andere sollte die Schule dann alleine schaffen.“ (Katrin Mall, 04. Februar 2010)<sup>23</sup>

Auch hier zeigt sich ein defizitorientierter Blick auf Kinder mit Migrationshintergrund, die als sprachlos und als Belastung und Hindernis für *einheimische Kinder* dargestellt werden. Trotz einer impliziten Kritik an mangelnden Ressourcen wird keine Forderung nach einem qualifizierten Zweitsprachunterricht oder nach muttersprachlichem Unterricht laut. Dieser könnte die Familiensprachen der Kinder als wichtiges kulturelles Kapital fördern und Sprachtod entgegenwirken (Brizić 2007, 2009). Es bleibt insgesamt der Eindruck, dass die geforderten Ressourcen vorzugsweise *einheimischen Kindern* zugute kommen sollen.

## Das Thema Islam

Eines der zentralen Themen und zugleich die größte Angriffsfläche der Freiheitlichen stellt der Islam dar. Damit geht die Partei mit einer gesamteuropäischen Entwicklung konform, an der nicht nur rechtspopulistische und -radikale Parteien, sondern auch Parteien und Personen der Mitte und des linken Spektrums beteiligt sind.

Diskursverschränkungen in diesem Bereich zeigen sich vor allem mit den Themen Terrorismus, Gewalttätigkeit bzw. -bereitschaft und Geschlechterungerechtigkeit (Jäger 2003, 2007).

Auch beim Thema Islam wird von den Freiheitlichen eine Reihe von Metaphern verwendet, die den bereits beschriebenen sehr ähnlich sind:

„Der Bericht der ‚Tagesschau‘ am 18.10.2009 über Telfs hat den Islam und dessen Vordringen in unsere Welt in rosa Farben getaucht.“ (Katrin Mall, 19. Oktober 2009)

„Die schleichende Islamisierung Europas schreitet unaufhaltsam voran.“ (Pius Leitner, 10. März 2011)

Katrin Mall und Pius Leitner verwenden hier, ähnlich wie in den Texten über Flüchtlinge, die Formulierungen *Vordringen* und *voranschreiten*, die eine semantische Nähe zu militärischen/kriegerischen Handlungen haben. Muslime und Musli-



mas werden metonymisch unter dem Begriff *Islam* gefasst und dadurch als homogener Block charakterisiert. Daneben ist von einer *schleichenden Islamisierung*<sup>24</sup> die Rede, was eine unberechenbare Gefahr suggeriert und normale demografische Entwicklungen, wie etwa eine Pluralisierung von Religionszugehörigkeiten durch Migrationsbewegungen, als exklusives Phänomen charakterisiert, vor dem es sich zu fürchten gilt.

„*Natürlich ist nicht jeder Muslim ein Terrorist, aber es kann nicht geleugnet werden, dass terroristische Anschläge in Europa immer öfter einen islamistischen Hintergrund aufweisen.*“ (Pius Leitner, 10. März 2011)

Einmal mehr weist Pius Leitner in Form eines *disclaimers* auf eine vermeintlich drohende und immer größer werdende Gefahr von islamistischer Seite hin.

Hochfrequente skandalisierende Berichte über islamistische Terrorakte tragen zu einem Bild einer Religion mit gewaltbereiten AnhängerInnen bei. Natürlich ist kein terroristischer Akt zu entschuldigen, aber die offizielle Terrorstatistik des Europol zeigt, dass im Jahr 2010 von insgesamt 249 verübten terroristischen Gewaltakten in der gesamten EU nur drei (sic!) einen islamistischen Hintergrund hatten. Die Terrorakte auf italienischem Staatsgebiet haben keinen Zusammenhang mit der islamistischen Szene (European Police Office 2011). Somit dürfte eine islamistische Bedrohung in Südtirol derzeit nicht das dringendste gesellschafts- und sicherheitspolitische Problem darstellen.

Islamistische Gefahren orten die Freiheitlichen nicht nur, wenn es um Terror geht, sondern auch im Bereich der Bildung und Religionsausübung:

„*Mit Verwunderung nehmen wir Freiheitlichen die Aussagen des Ausländervertreters in der Integrationskommission in Salurn auf, welcher eine Moschee und Arabischunterricht fordert [...]. Moscheen und Arabischunterricht würden die Bildung von Parallelgesellschaften bewirken und hätten katastrophale Auswirkungen auf unsere Heimatgemeinde.*“ (Arno Mall; Michael Demanega, 22. November 2010)

Arno Mall und Michael Demanega verbinden mit dem Wunsch nach der Errichtung einer Moschee und der damit verbundenen Anerkennung von Pluralität mögliche *katastrophale Auswirkungen*, die sie nicht näher erklären. Auch die Annahme der Bildung von Parallelgesellschaften durch den Bau einer Moschee bzw. durch Sprachunterricht ist eine Schlussfolgerung, für die die notwendige Evidenz fehlt.

Muttersprachlicher Unterricht beziehungsweise eine positive Identifikation mit der arabischen Sprache würde Kindern mit Erstsprache Arabisch den Zweit- bzw. Drittspracherwerb (Deutsch/Italienisch) erleichtern. Kenntnisse im Arabischen als Sprache des Korans würden jedenfalls dazu beitragen, Jugendliche zu einer mündigen und kritischen Rezeption des Korans zu befähigen.

## 5. Conclusio und Ausblick

Das Bild von natio-ethno-kulturell Anderen (Mecheril 2003) auf der Website der Südtiroler Freiheitlichen zeigt eine Sicht, die auf sehr wenige problembehaftete oder als problemhaft dargestellte Themen verengt ist. Positive oder neutrale Berichte kommen nicht vor.

Sprachlich zeigt sich das in einer überproportionalen Verwendung der Vokabel *Ausländer[innen]* im Vergleich zu positiv konnotierteren Wörtern wie etwa *Migrant[innen]*, *Menschen* oder *Bürger[innen]*. Durch einen häufigen Gebrauch von Metaphern aus den Bereichen des Militärs und der Naturkatastrophen werden Flüchtlinge als organisierte Heere bzw. unaufhaltsame Katastrophen dargestellt, vor denen es sich zu schützen gilt.

Migration wird darüber hinaus in einen ursächlichen Zusammenhang mit Kriminalität, Gewaltbereitschaft, finanzieller Belastung für SteuerzahlerInnen und selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit gebracht. Von dieser abwertenden Darstellung sind Kinder und Jugendliche zum Teil nicht ausgenommen.

Das Korpus weist eine starke Akzentuierung islamfeindlicher Diskurse auf. Muslime/Muslimas werden in allen Bereichen besonders negativ dargestellt, womit die Freiheitlichen einer gesamteuropäischen Tendenz entsprechen (vgl. Attia 2009, 2010; Emcke 2010; Hafez 2010; Iqbal 2010; Schneiders 2010).

Sowohl MigrantInnen als auch *Einheimische* (gemeint ist auf der Website mit diesem Begriff vor allem der deutschsprachige Teil der Bevölkerung) werden als homogene Gruppen mit ebensolchen Kulturen bzw. Religionen dargestellt, deren Zusammenleben nur unter der Prämisse der totalen Assimilation und kulturellen Selbstaufgabe der Zugewanderten erfolgreich sein kann. Problematische geo- und gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse, die zum Nachteil von natio-ethno-kulturell Anderen wirken, werden vollständig ausgeblendet.

Die Diskurse der Freiheitlichen sind von Diskursen anderer europäischer Länder, vor allem der deutschsprachigen Nachbarländer, beeinflusst und weisen eine Reihe von Parallelen zu diesen auf. Als Südtiroler Spezifikum tritt das Paradoxon zutage, dass bezüglich der eigenen Gruppe, die als (deutschsprachige) Minderheit in einem (italienischen) Nationalstaat begriffen wird, Schutz der Kultur und Sprache gefordert wird, während die Verantwortung für alle anderen Minderheiten und deren Kulturen und Sprachen in den Bereich des Privaten bzw. Familiären verlagert wird. Die Verdrängung von Sprachen, Kulturen und Religionen natio-ethno-kulturell Anderer aus dem öffentlichen Raum ist verbunden mit der Forderung nach absoluter Assimilation.

Wie eingangs erwähnt, sind abwertende beziehungsweise rassistische Diskurse eine alltägliche Praxis und nicht auf rechtspopulistische Parteien beschränkt. Ein Forschungsdesiderat ist die Untersuchung vergleichbarer Diskurse bei anderen Südtiroler Parteien, vor allem bei denen der Mitte und der italienischen Rechten, sowie in Südtiroler Medien und in der Alltagskommunikation. Auch die Konstruktion ausgrenzender Sichtweisen durch Schulbücher beziehungsweise durch schulische Bildung im Allgemeinen (vgl. Thoma 2006; Broden/Mecheril 2010) ist ein Thema, das im Bereich Südtirols noch erforscht werden muss.

---

## Anmerkungen

- 1 Ich danke Magdalena Knappik für ihre Anmerkungen zu einer früheren Fassung dieses Textes.
- 2 Für eine Abgrenzung zwischen rechtspopulistischen und rechtsradikalen Parteien vgl. Heinisch 2004, 252–254.
- 3 Reisigl/Wodak (2001) bezeichnen *Topoi* als inhaltsbezogene Schlussfolgerungsregeln, die Argumente ohne notwendige Evidenz mit einer Schlussfolgerung verknüpfen. Häufig vorkommende Topoi in Migrationsdiskursen sind der Gefahren-Topos und der Belastungs-Topos.
- 4 [www.die-freiheitlichen.com](http://www.die-freiheitlichen.com)
- 5 Der Zahlentopos meint die Annahme, dass hohe Zahlen die Richtigkeit des Arguments beweisen (vgl. Wodak/Köhler 2010, 45).
- 6 Vgl. neben vielen anderen Beispielen: Dolomiten vom 01.07.2011, 32, 24.08.2011, 12, 26.08.2011, 12, [www.stol.it/Dolomiten](http://www.stol.it/Dolomiten) (31. August 2011).
- 7 Neben der allgemeinen Richtlinie 2000/43/E vom 29. Juni 2000, vgl. die Richtlinie 2000/78/EG vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, vgl.: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2000:303:0016:0022:DE:PDF> (31. August 2011).
- 8 [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:72000L0078:DE:NOT#FIELD\\_IT](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:72000L0078:DE:NOT#FIELD_IT) (31. August 2011).
- 9 Vgl. neben vielen anderen Beispielen: Immobilienanzeiger in [www.dervinschger.it](http://www.dervinschger.it) (02. Juni 2011).
- 10 Pius Leitner, 23. Februar 2009, und Lukas Prezzi, 13. September 2010.
- 11 Hervorhebung im Original.
- 12 Zu vergleichbaren Metaphern in österreichischen und deutschen Medien vgl. Böke (1997); El Refaie (2001); Jäger (2007) und Schiffer (2010).
- 13 In dieser Anfrage geht es nicht dezidiert um Flüchtlinge, aber die Metaphorik ist dieselbe.
- 14 Von einer „*Überflutung* des Arbeitsmarktes durch ausländische Arbeitskräfte“ spricht Pius Leitner anlässlich des Tages der Arbeit 2011 (Pius Leitner, 02. Mai 2011).
- 15 Pius Leitner: 16. Januar 2009, 19. Oktober 2010, 10. März 2011; Ulli Mair: 14. Juni 2010; Pius Leitner et al.: Antrag vom 16. Dezember 2010.
- 16 Pius Leitner et al.: Antrag vom 16. Dezember 2010.
- 17 Lorenz Oberrauch ([www.die-freiheitlichen.com/index.php/bezirke/unterland](http://www.die-freiheitlichen.com/index.php/bezirke/unterland), Juli 2011).
- 18 Die mit diesem Gedankengang verbundene Formulierung findet sich in Syrou 2007, 108.
- 19 Schlusszeichen fehlen im Original.
- 20 Im Fall Südtirols ist die Trennung zwischen der Verwendung des Dialekts für den mündlichen und der Standardsprache für den schriftlichen Sprachgebrauch gemeint.
- 21 Zur Funktion des Pronomens *Wir*, „verbalen Annexionismus und Imperialismus zu betreiben“, vgl. Wodak et al. 1998, 99–102.
- 22 Die Sprachenzentren sind seit 2007 als Koordinierungs- und Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und deren Eltern und LehrerInnen am Pädagogischen Institut angesiedelt. Zu ihren zentralen Aufgaben gehören die Erhebung des Sprachstands von Kindern und Ju-

- gendlichen und die Planung von Sprachfördermaßnahmen und Sprachkursen. [www.schule.suedtirol.it/pi/themen/documents/AufgabenderSprachenzentrenunddesKompetenzzentrums.pdf](http://www.schule.suedtirol.it/pi/themen/documents/AufgabenderSprachenzentrenunddesKompetenzzentrums.pdf) (04. Juli 2011).
- 23 Exemplarisch für die Abwertung von MigrantInnensprachen erwähnt Dirim ein Schild an einer Schule in Nordrhein-Westfalen, das SchülerInnen darauf hinweist, dass für Treten 20 Cent, für Spucken 30 Cent und für Türkisch sprechen 50 Cent bezahlt werden müsse (Dirim 2010, 101).
- 24 Ulli Mair verwendet diese Formulierung auch in ihrer Rede anlässlich des Tiroler Gedenkjahres (06. September 2009).

---

## Literaturverzeichnis

### Primärquellen:

Alle online verfügbar unter: [www.die-freiheitlichen.com](http://www.die-freiheitlichen.com) (letzter Zugriff: 07. November 2011)

### Reden/Ansprachen:

- Leitner*, Pius: Gedenkansprache von Pius Leitner zur Veranstaltung „100 Jahre Denkmal und 200 Jahre Schlacht in der Sachsenklemme“ (11. August 2009)
- Mair*, Ulli: Heimatliebe – ewiggestrig oder zeitgemäß? (06. September 2009)  
Pressemitteilungen und Anfragen an den Landtag:
- Ausserhofer*, Bernd: Die Freiheitlichen bezeichnen das Programm des Bürgermeisters als sehr „vage“ gehalten, aber mit sehr vielen guten Vorsätzen (20. Juli 2010)
- Ausserhofer*, Bernd/*Hilber*, Bernhard/*Straudi*, „Mörl“/*Werner/Troger*, „Bobby“ Peter: Anfrage der Stadtgemeinde Bruneck (25. August 2010)
- Leitner*, Pius: 1. Mai – Tag der Arbeit – Keine Zeit für ideologisch gefärbte Pflichtübungen (02. Mai 2001)
- Leitner*, Pius: Anhaltende Einwanderung zwingt zum Handeln – Gefahr des Islamismus nicht verkennen (10. März 2011)
- Leitner*, Pius: Ausländer sind öfter kriminell und arbeitslos (27. August 2009)
- Leitner*, Pius: Ausländerkriminalität/Bürgerwehren (23. Februar 2009)
- Leitner*, Pius: EU kopflos – Italien hilflos – Südtirol ratlos (13. April 2011)
- Leitner*, Pius: Integrationsgesetz – Keine Spur von konkreten Forderungen und von „Leitkultur“ (21. März 2011)
- Leitner*, Pius: Klare Spielregeln bei der Einwanderung verlangen die Freiheitlichen seit 1993 (27. Oktober 2010)
- Leitner*, Pius: Südtirol fördert den Zuzug von Ausländern über Maßen (26. September 2009)
- Leitner*, Pius: Was Kindergärten und Schulen aufbauen, wird von den Eltern ausländischer Kinder wieder zerstört (16. Januar 2009)
- Leitner*, Pius/*Mair*, Ulli/*Tinkhauser*, Roland/*Stocker*, Sigmar/*Egger*, Thomas: Pflege ist Herausforderung für die Gesellschaft – landeseigene Lösung statt Sanierung Illegaler (15. Juli 2009)

- Leitner, Pius/Mair, Ulli/Tinkhauser, Roland/Stocker, Sigmar/Egger, Thomas*: Studie über die Kostenwahrheit der Zuwanderung und deren Auswirkungen auf das Sozialsystem – Mehr Kompetenzen notwendig! (16. Dezember 2010)
- Mall, Arno/Demanega, Michael*: Integrations-Kommission in Salurn: Völlig falsche Vorstellungen von Integration (22. November 2010)
- Meraner; Thomas E./Auer, Martin/Huber, Rudy/Niederhofer, Roland/Straudi, Werner/Tavella, Klaus/Troger, Peter*: Stellungnahme zum Leitbild „Integration von MigrantInnen im Pustertal“ (24. November 2009)
- Mair, Ulli*: Finanziert der Sanitätsbetrieb mit Steuergeldern die Schwarzarbeit? (03. Juli 2009)
- Mair, Ulli*: Haben unsere Sprachzentren in dieser Form wirklich einen Sinn? (28. Januar 2011)
- Mair, Ulli*: Humanitäre Hilfe ja – Vorzugsschiene für Illegaler nein! (21. Juli 2009)
- Mair, Ulli*: Referendum in der Schweiz – Schweizer beweisen Mut, der hierzulande fehlt! (29. November 2010)
- Mair, Ulli*: Wie sieht der Plan gegen links aus? (14. Juni 2010)
- Mall, Katrin*: Migrantenkinder – Wohin? (17. September 2009)
- Mall, Katrin*: Minarett (19. Oktober 2009)
- Mall, Katrin*: Südtirol braucht keine gemischtsprachigen Schulen! (11. Mai 2010)
- Mall, Katrin*: Südtiroler „Sprachzentren“ (04. Februar 2010)
- Niederhofer, Roland*: Spät, aber doch – nun entdeckt auch die SVP die Einwanderungsproblematik (22. September 2010)
- Prezzi, Lukas*: Ausländergewalt in Meran – Wer fühlt sich verantwortlich? (13. September 2010)
- Tinkhauser, Roland*: Flüchtlingshilfe ja, aber befristet! (01. März 2011)

### **Sekundärliteratur:**

- Angerer, Oswald* (2000). Die Freiheitlichen Südtirols: Entstehung, Programm, Organisationsstruktur, Akzeptanz; unter besonderer Berücksichtigung ihrer Zusammenarbeit mit der Freiheitlichen Partei Österreichs und ihres Standpunktes in der Südtirol-Frage, Universität Innsbruck: politikwiss. Diplomarbeit
- Astat* (Hg.) (2011). Demographisches Handbuch für Südtirol 2010, Bozen: Printteam
- Attia, Iman* (2009). Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus, Bielefeld: transcript (Kultur und soziale Praxis)
- Atz, Hermann* (2009). Das Wahlergebnis: Werden die ethnischen Wahlarenen durchlässiger? Eine Analyse der Landtagswahlen 2008, in: *Pallaver, Günther/Kager, Thomas* (Hg.). *Politika 09. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica* (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Südtiroler Sozietà per Scienza pulitica), Bozen: Edition Raetia, 213–241
- Baur, Siegfried* (2009). Einleitung, in: *Baur, Siegfried/Mezzalira, Giorgio/Pichler, Walter* (Hg.). *Die Sprache der Anderen. Aspekte der Sprachen- und Schulpolitik in Südtirol von 1945 bis heute*, Meran/Klagenfurt: Alpha & Beta/Drava, 11–54
- Baur, Siegfried/Mezzalira, Giorgio/Pichler, Walter* (Hg.) (2009). *Die Sprache der Anderen. Aspekte der Sprachen- und Schulpolitik in Südtirol von 1945 bis heute*, Meran–Klagenfurt: Alpha & Beta/Drava
- Betz, Hans-Georg* (2002). Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)*, Jg. 31, H. 3, 251–264

- Blackledge, Adrian* (2006). The racialization of language in british political discourse, in: *Critical Discourse Studies*, Jg. 3, H. 1, 61–79
- Boeckmann, Klaus-Börge* (2008). Mehrsprachigkeit und Migration: Lässt sich sprachliche Assimilation wissenschaftlich rechtfertigen?, in: *Zielsprache Deutsch. Eine internationale Zeitschrift für Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache*, Jg. 35, H. 1, 3–22
- Böke, Karin* (1997). Die „Invasion“ aus den „Armenenhäusern Europas“. Metaphern im Einwanderungsdiskurs, in: *Jung, Matthias/Wengeler, Martin/Böke, Karin* (Hg.). *Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 164–193
- Brzić, Katharina* (2007). Das geheime Leben der Sprachen. Gesprochene und verschwiegene Sprachen und ihr Einfluss auf den Spracherwerb in der Migration (*Internationale Hochschulschriften*, 465), Münster: Waxmann
- Brzić, Katharina* (2009). Familiensprache als Kapital, in: *Plutzer, Verena/Kerschhofer-Puhalo, Nadja* (Hg.). *Nachhaltige Sprachförderung. Zur veränderten Aufgabe des Bildungswesens in einer Zuwanderergesellschaft. Bestandsaufnahmen und Perspektiven (= Theorie und Praxis. Österreichische Beiträge zu Deutsch als Fremdsprache, Band 12)*, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag
- Brodén, Annel/Mecheril, Paul* (Hg.). Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft, Bielefeld: transcript (Kultur und soziale Praxis)
- Dijk, Teun A. Van/Ting-Toomey, Stella/Smitherman, Geneva/Troutman, Denise* (1997). Discourse, Ethnicity, Culture and Racism, in: *Dijk, Teun A. van* (Hg.). *Discourse as Social Interaction (Discourse Studies: A Multidisciplinary Introduction, 2)*, London: SAGE Publications, 144–180
- Dirim, İnci* (2010). „Wenn man mit Akzent spricht, denken die Leute, dass man auch mit Akzent denkt oder so“. Zur Frage des (Neo-)Linguizismus in den Diskursen über die Sprache(n) der Migrationsgesellschaft, in: *Mecheril, Paul* (Hg.). *Spannungsverhältnisse. Assimilationsdiskurse und interkulturell-pädagogische Forschung*, Münster u.a.: Waxmann, 91–114
- El Refaie, Lisa* (2001). Metaphors we discriminate by: Naturalised themes in Austrian newspaper articles about asylum seekers, in: *Journal of Sociolinguistics*, Jg. 5, H. 3, 352–371
- Emcke, Carolin* (2010). Der verdoppelte Hass der modernen Islamfeindlichkeit, in: *Heitmeyer, Wilhelm* (Hg.). *Deutsche Zustände. Folge 9*. Berlin: Suhrkamp, 214–226
- Gogolin, Ingrid* (2008). *Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule*, Münster-München u.a.: Waxmann
- Gogolin, Ingrid/Neumann, Ursula* (Hg.) (2009). *Streitfall Zweisprachigkeit – The Bilingualism Controversy*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Greif, Siegfried/Gediga, Günther/Janikowski, Andreas* (1999). Erwerbslosigkeit und beruflicher Abstieg von Aussiedlerinnen und Aussiedlern, in: *Bade, Klaus/Oltmer, Jochen* (Hg.). *Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. IMIS-Schriften 8*, Osnabrück: Rasch, 81–106
- Grumke, Thomas* (2009). „Sozialismus ist braun“: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik, in: *Braun, Stephan* (Hg.). *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 148–16
- Hafez, Farid* (2010). Islamophobie und die FPÖ im Jahr 2009, in: *Hafez, Farid* (Hg.). *Jahrbuch für Islamophobieforschung 2010. Deutschland, Österreich, Schweiz*, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 62–7

- Hafez, Kai (2010). Mediengesellschaft – Wissensgesellschaft? Gesellschaftliche Entstehungsbedingungen des Islambildes deutscher Medien, in: *Schneiders*, Thorsten G. (Hg.). Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. 2., aktualisierte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 101–119
- Häusler, Alexander (2009). Antislamischer Rechtspopulismus in der extremen Rechten – die „PRO“-Bewegung als neue Kraft?, in: *Braun*, Stephan (Hg.). Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 130–147
- Heinisch, Reinhard (2004). Die FPÖ – Ein Phänomen im Internationalen Vergleich. Erfolg und Misserfolg des Identitären Rechtspopulismus, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)*, Jg. 33, H. 3, 247–261
- Iqbal, Zafar (2010). Understanding Islamophobia: Conceptualizing and Measuring the Construct, in: *European Journal of Social Sciences*, Jg. 13, H. 4, 574–591
- Jäger, Margarete (2003). Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs. Analyse einer Diskursverschränkung, in: *Keller*, Reiner/*Hirse*land, Andreas/*Schneider*, Werner/*Viehöver*, Willy (Hg.). Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis, Opladen: Leske u. Budrich, 421–437
- Jäger, Margarete (2007). Gefährlich fremd? Zur Dynamik des Zusammenwirkens unterschiedlicher Diskursstränge und -ebenen am Beispiel der Kopftuchdebatte, in: *Jäger*, Margarete/*Jäger*, Siegfried (Hg.). Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 109–129
- Jäger, Margret (2006). Inländische und ausländische Straftäter in deutschen Printmedien. Ergebnisse einer Untersuchung und Vorschläge zur Verbesserung der Berichterstattung, in: *Butterwegge*, Christoph/*Hentges*, Gudrun (Hg.). Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. 2., korrigierte und aktualisierte Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 109–121
- Jäger, Margret/*Cleve*, Gabriele/*Ruth*, Ina/*Jäger*, Siegfried (1998). Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten. Mit Vorschlägen zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung, Duisburg: Dissertation
- Jäger, Margret/*Jäger*, Siegfried/*Cleve*, Gabriele/*Ruth*, Ina (2002). Zweierlei Maß. Die Berichterstattung über Straftaten von Deutschen und Migranten in den Printmedien und das Dilemma der JournalistInnen, in: *Liebhart*, Karin/*Menasse*, Elisabeth/*Steinert*, Heinz (Hg.). Fremdbilder, Feindbilder, Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden, Klagenfurt: Drava, 57–77
- Jung, Matthias (1997). Lexik und Sprachbewußtsein im Migrationsdiskurs. Methodik und Ergebnisse wortbezogener Untersuchungen, in: *Jung*, Matthias/*Wengeler*, Martin/*Böke*, Karin (Hg.). Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag, Opladen: Westdeutscher Verlag, 194–213
- Jünschke, Klaus (2003). Zur Kriminalisierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Köln, in: *Bukow*, Wolf-Dietrich/*Jünschke*, Klaus/*Spindler*, Susanne/*Tekin*, Uægur (Hg.). Ausgegrenzt, eingesperrt und abgeschoben. Migration und Jugendkriminalität, Opladen: Leske + Budrich, 50–70
- KhosraviNik, Majid (2010). The representation of refugees, asylum seekers and immigrants in British newspapers. A critical discourse analysis, in: *Journal of Language and Politics*, Jg. 9, H. 1, 1–28



- Kienpointner*, Manfred (2008). Impoliteness and emotional arguments, in: *Journal of Politeness Research*, Jg. 4, 243–265
- Kravagna*, Simon (2004). Making Crime. Die staatliche Konstruktion der „nigerianischen Drogenmafia“ in Österreich, in: *Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrika-Studien*, Jg. 4, H. 6, 61–88. Online verfügbar unter [www.univie.ac.at/ecco/stichproben/Nr6\\_Kravagna.pdf](http://www.univie.ac.at/ecco/stichproben/Nr6_Kravagna.pdf) (19.12.2011)
- Mansel*, Jürgen/*Albrecht*, Günther (2003). Die Ethnie des Täters als Prädiktor für das Anzeigeverhalten von Opfern und Zeugen. Die private Strafanzeige als Form der Konfliktregulierung, in: *Soziale Welt*, Jg. 54, H. 3, 339–372
- Mecheril*, Paul (2003). Prekäre Verhältnisse. Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-)Zugehörigkeit, Münster: Waxmann
- Mecheril*, Paul (2007). Anerkennung statt Integration. Für einen Wechsel der regulativen Bezugsgröße, in: *Impulse, Zeitschrift der Landesvereinigung für Gesundheit, Niedersachsen*, Jg. 55, H. 2, 3–4
- Mecheril*, Paul/*Rigelsky*, Bernhard (2007). Nationaler Notstand, Ausländerdispositiv und die Ausländerpädagogik, in: *Riegel*, Christine/*Geisen*, Thomas (Hg.). *Jugend, Zugehörigkeit und Migration. Subjektivierung im Kontext von Jugendkultur, Ethnizitäts- und Geschlechterkonstruktionen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 61–80
- Melter*, Claus (2009). Sekundärer Rassismus in der Sozialen Arbeit, in: *Geisen*, Thomas/*Riegel*, Christine (Hg.). *Jugend, Partizipation und Migration. Orientierungen im Kontext von Integration und Ausgrenzung. 2., durchges. Aufl.*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 107–128
- Messerschmidt*, Astrid (2010). Distanzierungsmuster. Vier Praktiken im Umgang mit Rassismus, in: *Broden*, Anne/*Mecheril*, Paul (Hg.). *Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft*, Bielefeld: transcript (Kultur und soziale Praxis), 41–58
- Niehr*, Thomas/*Böke*, Karin (2003). Diskursanalyse unter linguistischer Perspektive – am Beispiel des Migrationsdiskurses, in: *Keller*, Reiner/*Hirsland*, Andreas/*Schneider*, Werner/*Viehöver*, Willy (Hg.). *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis*, Opladen: Leske u. Budrich, 325–351
- Paffrath*, Ulrich (2010). Stellungnahme zu den Ergebnissen der Studie „Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum“ des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN). Herausgegeben von forege (forschungszentrum für religion und gesellschaft). Online verfügbar unter [www.forege.de/fileadmin/user\\_upload/cok\\_dateien\\_presse/Stellungnahme\\_KFN-Studie.pdf](http://www.forege.de/fileadmin/user_upload/cok_dateien_presse/Stellungnahme_KFN-Studie.pdf) (07.09.2011)
- Pallaver*, Günther (2007). Südtirols politische Parteien 1945–2005, in: *Ferrandi*, Giuseppe/*Pallaver*, Günther (Hg.). *Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert. Politik und Institutionen (Grenzen/Confini 4/1)*, Trento: Museo Storico in Trento, 589–628
- Peucker*, Mario (2010). Islamfeindlichkeit – die empirischen Grundlagen, in: *Schneiders*, Thorsten G. (Hg.). *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. 2., aktualisierte Auflage*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 159–171
- Reisigl*, Martin/*Wodak*, Ruth (2001). *Discourse and Discrimination. Rhetorics of racism and antisemitism*, London-New York: Routledge

- Schiffer, Sabine* (2010): Grenzenloser Hass im Internet. Wie „islamkritische“ Aktivisten in Weblogs argumentieren, in: *Schneiders, Thorsten G.* (Hg.). Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. 2., aktualisierte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 355–376
- Schneiders, Thorsten G.* (Hg.) (2010). Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. 2., aktualisierte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag
- Schönberger, Thomas* (2009). Die Perzeption des Islam in der Öffentlichkeit. Eine empirische Untersuchung in einer oststeirischen Kleinstadt unter besonderer Berücksichtigung der Islamophobie-Debatte, Wien: Magisterarbeit
- Sökefeld, Martin* (2005). Editorial. Islam – ethnologische Perspektiven, in: *ethnoscrits*, Jg. 7, H. 2, 2–7
- Syrus, Martha Meni* (2007). “Who wants to be normal?” Normalistische Grenzgänge in US-amerikanischen ethnischen Minderheitsliteraturen nach 1960, Berlin: Lit.-Verlag
- Tekin, Ugur* (2007). Der Weg ins Gefängnis, in: *Bukow, Wolf-Dietrich/Nikodem, Claudia/Schulze, Erika/ Yildiz, Erol* (Hg.). Was heißt hier Parallelgesellschaft? Zum Umgang mit Differenzen, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 287–296
- Thoma, Nadja* (2006). Das Afrika-Bild in österreichischen Schulbüchern im Fach Musikerziehung – eine kritische Lektüre, in: *Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien*, Jg. 6, 125–139. Online verfügbar unter [www.univie.ac.at/ecco/stichproben/Nr10\\_Thoma.pdf](http://www.univie.ac.at/ecco/stichproben/Nr10_Thoma.pdf) (31.08.2011)
- Wodak, Ruth* (2007). The discourse-historical approach, in: *Wodak, Ruth/Meyer, Michael* (Hg.). *Methods of critical discourse analysis*, London: Sage, 63–94
- Wodak, Ruth/Cillia, Rudolf de/Reisigl, Martin/Liebhart, Karin/Hofstätter, Klaus/Kargl, Maria* (1998). Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Wodak, Ruth/Köhler, Katharina* (2010). Wer oder was ist „fremd“? Diskurshistorische Analyse fremdenfeindlicher Rhetorik in Österreich, in: *SWS-Rundschau*, Jg. 50, H. 1, 33–55
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Wolf, Hinna* (2010). Wie feindselig ist Europa? Ausmaße Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in acht Ländern, in: *Heitmeyer, Wilhelm* (Hg.). *Deutsche Zustände. Folge 9*, Berlin: Suhrkamp

### **Internetquellen:**

- Dolomiten online: [www.stol.it/Dolomiten](http://www.stol.it/Dolomiten) (31.08.2011)
- Einzelstaatliche Durchführungsmaßnahmen der Richtlinie 2000/78/EG, online abrufbar unter [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:72000L0078:DE:NOT#FIELD\\_IT](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:72000L0078:DE:NOT#FIELD_IT) (31.08.2011)
- European Police Office (2011): EU terrorism situation and trend report TE-SAT. Online verfügbar unter [www.europol.europa.eu/sites/default/files/publications/te-sat2011.pdf](http://www.europol.europa.eu/sites/default/files/publications/te-sat2011.pdf) (31.08.2011)
- Provinz Bozen (2008): [www.provinz.bz.it/vote/landtag2008](http://www.provinz.bz.it/vote/landtag2008) (Stand: 19. Oktober 2011)
- Richtlinie 2000/78/EG vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, online abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2000:303:0016:0022:DE:PDF> (31.08.2011)
- Südtiroler Landtag: [www.landtag-bz.org/de/abgeordnete/die-freiheitlichen.asp](http://www.landtag-bz.org/de/abgeordnete/die-freiheitlichen.asp) (06.11.2011)

## Abstracts

### I discorsi sulla migrazione dei Südtiroler Freiheitlichen

Nel testo vengono analizzate, dalla prospettiva della Critical Discourse Analysis (CDA), alcune discussioni sulla migrazione tratte dal sito web del Partito Liberale sudtirolese (Südtiroler Freiheitliche). Il risultato principale è che lo sguardo sulla migrazione è limitato a pochi temi problematici, il che si riflette dal punto di vista linguistico nella preferenza per determinati vocaboli e nell'uso di metafore tratte dalla sfera delle catastrofi naturali e della guerra. La visione dei migranti e dei loro bambini è assolutamente deficitaria, per cui il focus del dibattito è incentrato essenzialmente su una raffigurazione ostile del mondo islamico. In questo modo, la discussione sui migranti condotta dal Partito Liberale sudtirolese si colloca accanto a quelle analoghe degli altri partiti europei della destra populista. L'elemento specifico dell'ambito sudtirolese consiste nel fatto che la protezione rivendicata per la lingua e cultura tedesca (definita come "minoritaria" in Italia) viene esplicitamente negata per la tutela di lingue e culture di altre minoranze.

## Discursc sön la migraziun di Südtiroler Freiheitlichen

Tl test vëgnel analisé discursc sön la migraziun publicà sön la plata web di Südtiroler Freiheitlichen, do n sistem de analisa critica dl discurs (Critical Discourse Analysis - CDA). Le resultat prinzipal de chisc discursc é na vijiu dla migraziun basada sön püć aspec problematics, sciöch'an po incé odëi dal'adoranza de certes parores y metafores, adorades de regola canch'al vëgn baié de catastrofes naturales y de veres.

La vijiu di migranc y de sü mituns à n gröm de loćes, tan che tl zënter dla discusciu vëgnel metü la figöra ostila di musulmans. Insciö vëgn i discursc sön la migraziun di Südtiroler Freiheitlichen metüs al medemo nivel co chi di atri partis populistics de man dërta d'Europa. Na particolarité de Südtirol é che la sconanza ghirada por le lingaz y la cultura todëscia (definida sciöche mendranza tla Talia), ti vëgn negada te na manira esplizita a d'atres mendranzes linguistiches, culturales o religioses.

### The South Tyrolean Freedom Party's Viewpoint on Migration

Using a critical discourse analysis (CDA), the goal of this article is a critical investigation into the views on migration set forth on the South Tyrolean Freedom Party's website. One key finding is that the party's viewpoint on migration focuses on a limited number of problematic issues; this is reflected, linguistically speaking, in a preference for the use of certain words and for metaphors chosen from the language of natural catastrophes and wars. The group's perception about migrants and their children is so completely flawed that the debate has focused primarily on portraying the Islamic world as hostile. The view of migration held by the South Tyrolean Freedom Party follows that of other right-wing demagogic parties in Europe. Yet the party stakes a claim to the protection afforded the German language and culture (defined as minority in South Tyrol), while simultaneously and explicitly refusing this protection to other cultural, linguistic and religious minorities.

**Roland Benedikter, Kris Krois, Andreas Trenker**

## **Social design per l'Alto Adige**

Con l'avvento e la sempre più rapida diffusione delle nuove tecnologie di comunicazione – telefonini intelligenti, webcams, iPads – e di social media come Facebook, Twitter, Youtube e Skype, il campo innovativo del “social design” sta emergendo anche in Alto Adige.

Social design è una forma “mista” tra design “classico” dedicato a questioni sociali e alla sensibilizzazione della popolazione verso temi progressisti – si pensi, per esempio, ai primi passi in questa direzione da parte della pubblicità Benetton negli anni Novanta – e tra analisi accademica ed azione sociale, che cerca di creare spazi alternativi alle politiche tradizionali attraverso l'uso delle nuove tecnologie. Come sostengono i maggiori teorici e politici degli Stati Uniti contemporanei, come, per esempio, Joseph S. Nye, Francis Fukuyama e Hillary Clinton, il vasto campo dei social media sta attualmente diventando un nuovo, terzo polo di potere politico che nei prossimi decenni sarà la “terza colonna” politica e sociale accanto allo stato nazionale e alle organizzazioni transnazionali come le ONG della società civile, di uguale spessore ed importanza. Di fatto, i social media e il social design sono già oggi un fattore di “potere soffice” (Soft Power) complementare al tradizionale “potere duro” (Hard Power). Sono un fattore che funziona mediante la forza di attrazione e di convinzione, nonché del valore implicito delle idee più che attraverso la forza della rappresentazione formale o del contesto socio-culturale, e

che crea processi di dialogo e di consenso largamente indipendenti dai contesti politici tradizionali, dominati dalla logica dei partiti.

Come “terza colonna” dei processi democratici del XXI secolo, il social design è sempre più importante nel campo politico internazionale al punto che Joseph S. Nye e Manfred Steger sostengono addirittura che nel futuro non vincerà più chi avrà l’esercito migliore, ma chi avrà il racconto, la storia da raccontare migliore, ovvero quella più attraente. Dunque, saranno idee come democrazia, individualismo, libertà e dialogo a prevalere nel XXI secolo, e ad assicurare la leadership globale delle democrazie orientali, e non più soltanto fattori di diplomazia, economia o politiche “di parte” o “d’interesse”. Internet, in tutto questo, gioca un ruolo cruciale per il progresso sociale, vista la libertà di usarlo e dunque di comparare e confrontare idee velocemente – se non in tempo reale – e a livello internazionale e globale, inevitabilmente diventa una delle maggiori forze liberatrici e democratizzatrici del nostro tempo, che permette a chiunque di fare i propri ragionamenti comparativi e poi di scegliere i modelli migliori a cui aspirare.

In questo senso, internet di per sé sta diventando un fattore di design sociale: aiuta a sviluppare uno spirito necessariamente più liberale che conservatore, ed è in questo senso da intendere la massima famosa di Marshall McLuhan “the medium is the message”. Ed è per questo che università di spicco mondiale come la Stanford University iniziano a chiamare le nuove tecnologie di massa, potenziali “tecnologie di liberazione” (liberation technology), e gli dedicano scuole di design e d’arte, sempre in strettissima cooperazione con enti di ricerca d’innovazione tecnologica e di democratizzazione. Naturalmente questo presuppone una caratura accademica e civile molto più inter- e transdisciplinare di quella praticata finora in Italia, incluso l’Alto Adige dove siamo ancora molto indietro rispetto a questi sviluppi all’avanguardia.

La questione principale che si pone oggi nella nostra terra è la seguente: che cosa vorrà dire tutto questo per l’Alto Adige? Comparato con altre realtà globali, nonostante tutte le sue grandi ed indiscutibili conquiste e il ruolo di modello che riveste per molte società nel mondo, l’Alto Adige rimane una realtà che – non ultimo per ragioni storiche – è ancora fortemente dominata da concezioni di politica tradizionale, con un potere politico più o meno monolitico e pertanto, in molti casi, insufficientemente rivolto al dialogo, incline piuttosto alla “decisione dall’alto”, considerando i processi politici proposti dal basso come fattore scomodo e d’intralcio – come recentemente hanno dimostrato, per esempio, gli eventi attorno alla questione EURAC con le dimissioni del capo di ripartizione Armin Gatterer in “segno di protesta contro lo stile e i ragionamenti democraticamente non accettabili” da parte della Giunta locale.

Noi pensiamo che l'ascesa prepotente del social design come forza di comunicazione innovativa negli anni a venire avrà un impatto notevole sulla nostra terra. Prima di tutto, non saranno più esclusivamente la logica e il potere di partiti politici a garantire la coesione sociale e a forgiare i processi politici e sociali. Gli stili e i procedimenti del potere non verranno forse modificati del tutto, ma moltiplicati di sicuro. Questa attualmente al potere è probabilmente l'ultima generazione politica a coltivare uno stile ancora da pre-internet; le prossime generazioni saranno necessariamente diverse, e anche in Alto Adige orientate a un modello di potere tripolare e più "fluidò" (vedi le idee connesse alla cosiddetta liquid democracy).

Altra questione importante per la nostra regione: il social design come terza colonna del processo politico e sociale in Alto Adige potrà essere un contributo di pacificazione etnica, visto che sarà, in accordo con il carattere dei nuovi media, centrato sull'"empowerment" dell'individuo, e molto meno su quello dei gruppi, anche se questi resteranno importanti e probabilmente irrinunciabili per le identità collettive anche nel futuro.

Terza questione: il social design potrà diventare, attraverso il potere della comunicazione, soprattutto dell'immagine *in atto* autocritica, della "Verfremdung" e la sua particolare forza ideale, di convinzione e di attrazione, una forza di cambiamento di cui l'Alto Adige ha forse più bisogno di altre realtà limitrofe. Proprio attraverso la forza dell'intervento artistico-sociale – della "Gestaltung" – questa terza colonna creerà nella nostra provincia un nuovo modo di concepire la "cultura"; questa volta non in senso di identità particolari in contrasto le une con le altre, ma come fattore di integrazione individuale e personale, e non solo come ultima novità tecnologica. Pertanto, il social design sicuramente farà diminuire l'importanza dei partiti politici tradizionali anche in Alto Adige, e di tutta quella cultura di interazione sociale connessa con essi. Saranno invece sempre più importanti i processi di dialogo e di attrazione connessi a visualizzazioni e ad idee che partono dal basso. La grande sfida sarà di non lasciare questo sviluppo solo ai populisti, ma di renderlo auto-critico e di metterlo a disposizione di una eterogeneità più ampia e di un pluralismo vissuto su livelli diversi, ma tutti complementari tra di loro.

Ci sono naturalmente vari presupposti da soddisfare affinché il social design possa assumere un ruolo progressista nella nostra provincia. La maggioranza di questi presupposti fino adesso in Alto Adige non è stata ancora né discussa, né affrontata adeguatamente.

Il primo presupposto: i nuovi social media, il social design e tutti i relativi aspetti teorici e d'azione dovrebbero essere inclusi nel nuovo polo tecnologico pianificato dalla Provincia, nonché nelle già esistenti strutture di ricerca e di scienza

in Alto Adige, visto che sono considerati in tutto il mondo come fattore di importanza cruciale per l'innovazione tecnologica. Questo non significherà solo dare un contributo di modernizzazione, ma potrà essere anche un modo per dare importanza in regione ai settori della "economia dell'attenzione" internazionale (Attention Economy) che sta diventando uno dei campi di maggior impatto, produttività e rendimento del mondo economico del XXI secolo, e che pertanto non potrà più essere trascurato in quanto significativo fattore produttivo ed economico anche in Alto Adige. Bisognerebbe creare una "public-private" agenzia di "comunicazione sociale e sostenibile" non limitata solo ai classici temi del social design come campagne pubblicitarie "pro bono" di interesse pubblico e della società civile, ma volta ad usare il design per migliorare l'interazione sociale in generale, incluso lo scambio di opinioni e il networking "ad hoc" per quesiti politici e sociali d'interesse anche temporaneo.

Il secondo presupposto: ovviare ad un grande compito irrisolto in Alto Adige, quello di rendere più "attraenti" le questioni politiche e sociali per i giovani, e dunque di usare il design e le arti per riuscire a coinvolgere più persone possibili in processi di dialogo e di decisioni collettive importanti per la nostra realtà. Il problema è scoprire un antidoto contro la tendenza antipolitica e privatistica soprattutto nei giovani in Alto Adige, che per coincidenza sono quelli che usano maggiormente i nuovi social media. Ogni risposta che si allinei alla direzione del "social design" presuppone che il design e le arti escano fuori dalla loro torre d'avorio e comincino ad entrare con forza nel vasto campo contemporaneo della "attrazione delle idee" nel mondo politico e sociale. Ci auguriamo che questo succeda, anche se con un certo ritardo, anche in Alto Adige – per contribuire a creare una società più dialettica, multidimensionale, individualistica, più sostenibile e stabile, perché meno esclusivamente dipendente da una delle tre colonne della "politica" del futuro. Speriamo che anche in Alto Adige ci siano non una, ma tre di queste colonne politiche volte a una proficua collaborazione negli anni a venire.



## Abstracts

### Social Design für Südtirol

Dieser Beitrag diskutiert den voraussichtlichen Einfluss neuer Medien wie Facebook, Twitter, „intelligente“ Mobiltelefone, Webcams oder I-Pads auf die Politik in Südtirol. Die heute meistdiskutierten Theorien über die „Zukunft der Macht“ gehen davon aus, dass es unter dem Einfluss der neuen Massenkommunikationsmittel nicht mehr nur einen oder zwei, sondern drei Pfeiler der Machtausübung geben wird: nationale Regierungen, internationale Nichtregierungsorganisationen und globale Kommunikationsnetzwerke. Während die ersten beiden von Hierarchien abhängig sind, sind letztere freie, offene und wechselnde Zusammenschlüsse. Und während die ersten beiden kollektiv strukturiert sind, sind letztere individuell zentriert, da sie den Einzelnen unabhängig von den Kontexten und Regimen, in und unter denen er oder sie lebt, zum Vergleich von Ideen und zur Meinungsäußerung befähigen. Deshalb wird diese dritte Säule der Macht für den Ausdruck und die Organisation politischen Willens immer wichtiger. Unter dem Einfluss der neuen Medien werden Parteien auch hierzulande an Einfluss verlieren. „Soziales Design“ für Südtirol hieße, die neuen Medien bewusst für eine Pluralisierung und für neue Stile der Machtausübung zu nutzen.

## Social Design por Südtirol

Chësc articul baia dl influv prevedibl che i media nüs sciöche Facebook, Twitter, Smartphones, Webcams o I-Pads arà sön la politica de Südtirol. Les theories plü importantes d'al dedaincö sön le „dagnì dl podèi“ pëia ia dala suposiziun che, por l'influënza di mesi de comunicaziun nüs, ne saràl nia plü dui, mo trëi pilastri dl podèi: governs nazionai, organisaziuns internaziunales nia governatives y rëis de comunicaziun globala (global social networks). Deperpo che i pröms dui depënn da ierarchies, é chëstes ultimes na sort de associazziuns plü lëdies, davertes y che se müda tresfora. Y deperpo che la strotöra di governs nazionai y dles organisaziuns internaziunales nia governatives se basëia söla co-letivité, é les rëis de comunicaziun cotan plü individuelles. Ares ti dà la poscibilitè a vignun y a vignöna de confrontè sües ideas y de dè süa minunga, zënza messëi tignì cunt di contesc y di systems politics, te chi y sot chi che ël o ëra vir. Porchël sarà chësc terzo pilaster dl podèi tres plü important por l'espresciun y l'organisaziun dla orentè politica. Sot l'influ di media nüs pordarà i partis incè chilò da nos importanza. „Design sozial“ por Südtirol oress dè sfruté cun intenziun chisc media nüs, tignin cunt dla pluralisaziun y dles manires nöies da eserzitè le podèi.

## Social Design for South Tyrol

This article discusses the foreseeable influence of new media like Facebook, Twitter, smartphones, webcams and iPads on how politics is conceived and exerted in the Autonomous Province of South Tyrol, a trilingual model region in Central Europe that has established a political microcosm with its own laws and habits, due to its history of ethnic conflict. The most important international theories about the future of power currently being set forth start from the assumption that there will be three pillars of power in the 21st century: national governments, international NGO's, and global social networks. How and to what extent the last-mentioned will change the social design of politics in South Tyrol, the province government of which traditionally holds an almost monolithic position of power, is the topic of this article.

## Jörg Haider als *Human Brand*

Die politische Marke und ihre Erfolgsfaktoren

### 1. Die FPÖ, Jörg Haider und seine Wahlerfolge

In der Nacht vom 10. auf den 11. Oktober 2008 fuhr Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider mit 1,8 Promille Alkohol im Blut und einer Geschwindigkeit von 142 Stundenkilometern in den Tod. In jener Nacht endete die Karriere eines Politikers, die 1986 kometenhaft begonnen hatte, als der damals 36-jährige Haider zum Obmann der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) gewählt wurde. Die FPÖ gilt als deutschnationale, rechtspopulistische Partei, die sich von anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa durch ihre tief verankerten Wurzeln im Deutschnationalismus unterscheidet, in dem auch die österreichische Tradition des Nationalsozialismus beheimatet ist (Pelinka 2005, 131; Peham 2010).

Mit seiner Wahl zum Parteiobmann eilte auch seine Partei von Erfolg zu Erfolg. 1983 lag die FPÖ bei den Parlamentswahlen bei 5,0 Prozent und nur noch knapp über der 4-Prozent-Sperrklausel. Im Jahr von Haiders Obmannwahl kletterte die FPÖ bereits auf 9,7 Prozent, um 1990 auf 16,6 Prozent zuzulegen. Den Zenit des Wahlerfolgs erreichte Haider 1999, als er mit 26,9 Prozent knapp die Österreichische Volkspartei überholte und zweitstärkste Partei wurde (Plasser/Ullram 2000).

1989 wurde Haider zum Landeshauptmann von Kärnten gewählt, aber 1991 wegen seiner Aussagen über die „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ vom Landtag wieder abgewählt. 1998 wurde die FPÖ in Kärnten und somit erstmals in einem österreichischen Bundesland stärkste Partei. Haider kehrte als Landeshauptmann zurück.

Nach dem großen Wahlerfolg 1999 ging die FPÖ mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) eine Koalition ein, was Sanktionen der EU-Mitgliedsländer gegen Österreich nach sich zog. Haider ahnte, dass er als Koalitionspartner noch nicht akzeptiert werden würde und ließ Susanne Riess-Passer den Vortritt als neue FPÖ-Parteichefin (Pallaver 2000, 120). Aber allzu lange hielt es Haider in der zweiten Reihe nicht aus. Immer öfter und immer schärfer trat er als Kritiker der Regierung auf und leitete eine Revolte gegen die eigene Regierungsmannschaft ein. Als Folge davon zerfiel die ÖVP-FPÖ-Koalition und bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Jahre 2002 verlor die FPÖ mit 10,0 Prozent fast zwei Drittel ihrer WählerInnen. Zwei Jahre später zerbrach auch seine Partei. Mit seinen letzten Getreuen trat Haider aus der FPÖ aus und gründete das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), mit dem er bei den Parlamentswahlen 2006 mit 4,1 Prozent der Stimmen knapp den Einzug ins Parlament schaffte (Pallaver/Gärtner 2008).

Haider schien am Ende seiner bundespolitischen Karriere zu sein. Doch nach vielen Misserfolgen hauchte er der vermeintlichen Totgeburt BZÖ doch noch Leben ein. Mit der starken Kärntner Basis feierte der regenerierte Haider bei der Nationalratswahl 2008 mit 10,7 Prozent einen letzten großen und überraschenden Erfolg. Gegenüber 2006 steigerte sich das BZÖ um nicht weniger als 170 Prozent und verdreifachte seine Mandatszahl. Haiders Partei war somit relativ betrachtet der größte Wahlgewinner bei den Parlamentswahlen 2008, und dies, obgleich alle Indikatoren dagegen gesprochen hatten: Das BZÖ erzielte einen Wahlerfolg, obwohl es für die Partei kaum einen Wählermarkt gab. Das BZÖ fischte nämlich im selben Wählersegment wie die FPÖ. Außerdem unterschieden sich die politischen Forderungen des BZÖ nur in Nuancen von jenen der FPÖ.

Haider war in den letzten 20 Jahren die dominierendste und die polarisierendste politische Figur Österreichs gewesen, aber auch über Österreichs Grenzen hinaus erreichte Haider eine durchaus pointierte Bekanntheit (liMes 2000). In den Jahren 2004 bis 2008 erreichte er im Durchschnitt dreimal so viele Suchabfragen auf *Google* wie der österreichische Bundeskanzler.<sup>1</sup> Dies galt im Übrigen für Abfragen aus Österreich ebenso wie für weltweite Suchen nach österreichischen PolitikerInnen.

Dominanz und Bekanntheit bedeuteten im Falle Haiders jedoch keineswegs Konsens. Er galt bei vielen als Visionär, aber auch als Ewiggestriger, als Yuppie

und Sozialrebell, Islamfeind und Araberfreund, Globalisierungskritiker und (später) EU-Fan, Staatsmann und Faschingsprinz. Jörg Haider war ein politischer Showman, der stets auf die Bühne drängte und unzählige Male sein Kostüm wechselte (John 2008, 5). Haider war Chamäleon, Held und Heiliger zugleich (Ottomeyer 2009, 177).

## 2. Haider als Marke

Unter diesen Rahmenbedingungen wäre eine naheliegende Erklärung für den BZÖ-Wahlerfolg 2008, dass Haider, der erst einen Monat vor den Wahlen zum Parteiobmann des BZÖ gewählt worden war, einen brillanten Wahlkampf geführt hat und medial stark präsent gewesen war. Die empirische Datenlage jedoch widerlegt eine solche Annahme, zumal Haider bei den Wahlen des Jahres 2008 fast als *Medienloser* dastand.

In Anbetracht dieser Ausgangslage lautet unsere These, dass der Wahlerfolg des BZÖ sehr wohl auf die Persönlichkeit von Jörg Haider zurückgeht, dabei darf allerdings nicht seine aktuelle, kurzfristige Performance während des Wahlkampfes und das dabei vermittelte, eher flüchtige mediale Bild des Wahlkampfes des BZÖ und seines Spitzenkandidaten vergessen werden. Nachhaltige Wirkung haben politische Kommunikation, Inszenierung und massenmediale Vermittlung, welche im Zusammenspiel eine eingeführte, etablierte und erfolgreiche Marke ergeben.

Marken sind Vorstellungsbilder in den Köpfen der KonsumentInnen, die eine Identifikations- und Differenzierungsfunktion übernehmen und das (allgemeine) Wahlverhalten prägen (Esch 2009, 22). Es sind Multiplikatoren von Werten, die ein Produkt, eine Dienstleistung, eine Idee oder eine Person glaubhaft, unterscheidbar, unverwechselbar, einmalig und wiedererkennbar machen (Kroehl 2000, 21). Für KonsumentInnen und auch WählerInnen stellt die Marke verdichtete Information, einen *information chunk* für alle mit ihr verknüpften Assoziationen dar (Jacoby/Szybillo/Busato-Schach 1977, 209).

Die Wirkung von Marken auf den Konsumenten ist nicht nur ein rationaler Prozess, sondern lässt sich nur erklären, wenn auch die mit einer Marke verbundenen Gefühle und Erfahrungen betrachtet werden. Marken stellen für den Konsumenten nämlich emotionale Anker dar (Esch 2009, 24). Nicht umsonst orientieren sich Marken immer mehr am erlebnisorientierten Konsumenten, der sich auf dem Vormarsch befindet. Man kauft Marken, die Erlebnis und Gefühl vermitteln und weniger Produkte mit bestimmten funktionalen Eigenschaften (Opaschowski 1998, 30).

Erlebnis und Emotion sind somit wichtige Identifikatoren von starken Marken, und dies mag auch für politische Marken gelten.

Unterscheidbarkeit und die Produktion von (Identifikations-)Werten sind letztlich die beiden zentralen Punkte, die eine Marke auszeichnen. Im ersten Falle kommt es durch das aufgebaute Image zu einer Differenzierung gegenüber den *anderen*. Im zweiten Falle bauen Marken ein Wertesystem auf, mit dem sie zu überzeugen versuchen (Vgl. Gabardi 2009, 298). Sowohl die Markenidentität als Selbstbildnis, mit der zum Ausdruck gebracht wird, wofür die Marke stehen soll, als auch das Markenimage als Fremdbild, mit dem die relevanten Anspruchsgruppen die Marke und ihre Eigenschaften wahrnehmen, werden erst dann greifbar und erfahrbare, wenn sowohl Identität wie Image kommunikativ begründet und vermittelt werden. Denn die Marke wird erst erfahrbare durch die persönliche, vor allem aber durch die massenmediale Kommunikation (Esch 2009, 81).

Der Aufbau von Markenbekanntheit ist eine Sache, das Halten der Markenbekanntheit eine andere. Deshalb ist für eine ständige Aktualisierung der Marke zu sorgen. Dazu dienen immer häufiger Markeninszenierungen, die heutzutage wichtiger als je zuvor sind. Einmal gut eingeführte Marken verfügen dadurch über ein Markenguthaben, in dem sich die vergangenen Kommunikationsmaßnahmen und die Erfahrungen im Umgang mit einer Marke widerspiegeln (Esch 2009, 282, 308).

Markendenken hat vor der Politik nicht haltgemacht. Haider lag und liegt damit in einem allgemeinen Trend. Neben dem Business-Sektor mit der Hotelierin Paris Hilton oder neben der Kultur mit dem verstorbenen Stardirigenten Herbert von Karajan sind Politiker wie Bill Clinton, Toni Blair oder Barack Obama zu politischen Marken aufgestiegen (Needham 2005). Personen-Marken oder *Human Brands* bezeichnen in der Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeiten, die durch eine gezielte Kommunikation vermarktet werden und emotionale Beziehungen zu KonsumentenInnen und in der Politik zu WählerInnen aufbauen sollen (Vgl. Thomson 2006). Wie klassische Produktmarken sollen politische Marken in der WählerInnenenschaft Vertrauen bilden, um elektorale Marktanteile zu sichern. PolitikerInnen-Marken sollen sich aber auch von KandidatInnen anderer Parteien unterscheiden und eine einzigartige, lang andauernde und konsistente Bedeutung aufbauen (Smith 2001). Das werbestrategisch etablierte politische Image soll die Wahrnehmung durch die WählerInnen prägen. Diese Wahrnehmung wird nicht nur durch Kommunikationsmaßnahmen geschaffen, sondern durch den sozialen Diskurs, der verschiedenen Markenmanifestationen unterliegt, wie Aktivitäten, Räumen, Personen, Erfahrungen usw. Eine Marke ist demnach ein soziales komplexes System, das aus den Dimensionen soziale Akteure, Markenmanifestationen und Markenbedeutung besteht

und durch soziale Interaktionen und Diskurse ständig neu verhandelt wird (Mühlbacher/Hemetsberger 2008).

In diese Dimension fällt, wie in der Eingangsthese festgehalten, auch die Marke Jörg Haider, die nicht nur kommunikativ, sondern sozial konstruiert worden ist, so dass sein politischer Erfolg nicht nur von ihm bestimmt wurde, sondern wesentlich von sozialen Gruppen und Akteuren. In gewissem Sinne hat es Jörg Haider geschafft, sich unabhängig von seiner jeweiligen Referenzpartei (FPÖ, BZÖ) zu profilieren. In diesem Zusammenhang kann die Marke Haider von drei Dimensionen aus definiert werden: von Interessengruppen, von der Markenbedeutung und von den Markenmanifestationen.

Interessengruppen, im Markenkontext auch *Stakeholder* genannt, beteiligen sich an der Markenentwicklung sowie am sozialen Diskurs rund um die Marke. Sie verhalten sich der Marke gegenüber auf eine bestimmte Art und Weise, tauschen ihre Erfahrungen und Einstellungen durch persönliche oder unpersönliche Interaktionen aus und/oder nehmen verschiedene Rollen ein, die sie zu Sympathisanten, Fans oder Devotees der Marke werden lassen. Der engere Kreis der *Stakeholder* mit einem hohen Interesse und hoher emotionaler Bindung an die Marke prägen den öffentlichen Diskurs. Um diesen inneren Kreis herum gruppieren sich Markeninteressierte, für die die Marke weniger relevant ist bzw. die mit der Marke eine geringere emotionale Bindung eingehen, aber dennoch zum sozialen Diskurs der Marke beitragen.

Weiters beschreibt die Bedeutung einer Marke jenes Markenwissen, das auf einer individuellen Ebene wahrgenommen und kategorisiert wird und anschließend, sofern die Stimuli als sozial relevant wahrgenommen werden, auf eine kollektive Ebene gehoben und durch soziale Diskurse ständig neu verhandelt und reflektiert wird. Die Marke hängt somit vom Kontext ab, in dem sie erlebt wird, bleibt auch nicht konstant, sondern ändert und erneuert sich ständig im Rahmen des sozialen Diskurses.

Markenmanifestationen stellen sowohl tangible als auch intangible Objekte der Markendeutung dar und können Produkte, Werbung, Events, Aktivitäten und/oder das Verhalten von MitarbeiterInnen umfassen. Was letztlich als Markenmanifestation angesehen wird, hängt von der jeweiligen Wahrnehmung der verschiedenen Interessengruppen ab (Mühlbacher/Hemetsberger 2008).

Im Folgenden soll nun Jörg Haider's Kommunikations-Performance untersucht werden, um dann abschließend die Frage zu stellen, ob Haider seinen letzten Wahlerfolg eher seinem langfristigen *Human Branding* als seinen kurzfristigen politischen Kommunikationsfähigkeiten und -erfolgen im Wahlkampf 2008 zu verdanken hatte.

### 3. Haiders Kommunikations-Performance

An dieser Stelle soll die Kommunikations-Performance von Jörg Haider sowohl im Rückblick auf seine letzten zehn Jahre als auch im aktuellen Fokus seines letzten Nationalratswahlkampfes im September 2008 beleuchtet werden, aus dem er und seine Partei BZÖ als der, relativ gesehen, größte Wahlsieger hervorgegangen sind.<sup>2</sup> Die Grundlagen dieser Analyse stellen empirische, demoskopische und medien-inhaltsanalytische Datenbefunde zur öffentlichen Wahrnehmung der Person Haider dar, die das Kommunikations-Phänomen Jörg Haider erklärbar machen sollen. Dazu wird seine Wahrnehmung und Wahrnehmungsentwicklung seiner Performance im österreichischen Elektorat und seiner Reflexion in den österreichischen Medien gegenübergestellt, um Divergenzen und Konvergenzen in den öffentlichen Haider-Bildern aufzuzeigen und Erklärungsmuster für seine akzentuierte Wahrnehmung in der Öffentlichkeit herauszuarbeiten.

Einigkeit herrscht in den ExpertInnen-Urteilen zu Jörg Haider darin, dass seine langjährige Kommunikations-Performance als außergewöhnlich bezeichnet werden muss und dass Haider die Art von Politiker war, der unbefriedigte, latente Bedürfnisse sowohl der Bevölkerung als auch der Medien projizierte und bediente (Ottomeyer 2003; Wodak/Pelinka 2002). Uneinigkeit besteht allerdings darin, worin sich dieses österreichische Kommunikations-Phänomen begründet.

Dabei können allerdings nur einige wesentliche Elemente angesprochen werden, die zur Etablierung und zum Aufstieg Jörg Haiders in der Bevölkerungs- und Medienwahrnehmung geführt haben. Haiders außergewöhnliche Stellung im politischen Kommunikationsraum der österreichischen Politik lässt sich zuallererst nicht ohne Berücksichtigung des historischen Kontextes des Landes erklären. Jörg Haider verkörperte von Beginn seiner bundespolitischen Karriere im Jahr 1986 an einen neuen Typus eines österreichischen Politikers, der sich von den bisherigen verbändestaatlich und sozialpartnerschaftlich sozialisierten politischen Akteuren aus dem Schoße der Konsens- und Proporz-Demokratie der Zweiten Republik deutlich abhob. Nicht nur sein sportlicher Jugendkult unterschied Haider vom konventionellen Typus des politischen Funktionärs, sondern und vor allem sein politischer Kommunikationsstil. Er polarisierte den politischen Diskurs von Beginn an, ebenso wie er als Person selbst polarisierte. Er perfektionierte den politischen Aktionismus und die politische Inszenierung und konnte sich damit nicht zuletzt medial nachhaltig in Szene setzen. Jörg Haider war zugleich auch eine Folgeerscheinung der Verfasstheit der österreichischen Identität (Pelinka et al. 2008). Unterentwickeltes nationales Selbstverständnis und -bewusstsein sowie mangelnde Identitätsstiftung



erlaubten Jörg Haider, nationales Selbstbewusstsein zu verkörpern und frech gegen die nationalen und internationalen Größen der Politik aufzutreten. Als weiterer wesentlicher historischer Punkt stand Jörg Haider wie kaum ein anderer österreichischer Politiker für die kollektive Rehabilitierung der Kriegsgeneration.

Zugleich präsentierte sich Haider mit seinem betont jugendlichen, modischen Stil als eine Art Popstar der österreichischen Politik, der auch junge Wählergruppen anzusprechen vermochte. Er betrieb *Körper-Politik* (Belpoliti 2009). Er machte seinen Körper zur Politik. Er personifizierte Politik soweit, dass die Person zur politischen Botschaft wurde. Seine stilisierte Jugendlichkeit wurde zur Ideologie (Ottomeyer 2000). Auch dies war einer jener Aspekte, den kein österreichischer Politiker vor ihm in diesem Ausmaß erkennen ließ und öffentlich einzusetzen wusste. Damit einhergehend verkörperte Haider personalisierte Politik. Bereits im Wahlkampf 1995 etwa war Jörg Haider jener Spitzenkandidat, der seine Partei am häufigsten in den österreichischen Medien vertrat. Fast zwei Drittel der Medienpräsenz von FPÖ-PolitikerInnen entfielen damals allein auf die Person des Spitzenkandidaten Haider (Plasser et al. 1996, 108).

Haider war nicht nur Politiker, sondern zugleich auch ein braungebrannter, vitaler Bergsteiger, Bungee-Jumper, Marathonläufer, Porschefahrer und Sänger traditioneller Volkslieder. Seine Wandlungsfähigkeit war ein weiterer Erfolgsfaktor in der öffentlichen Wahrnehmung. Er gab sich chamäleonartig und zielgruppengerecht einmal als smarter, agiler Yuppie, als attraktiver und sportlicher Neo-Macho (Ottomeyer 2003) und dann als trachtentragender, nationaler Volkssänger. Auf Haider traf in hohem und strategisch zielgruppen-ausgerichtetem Maße zu, was Marco Belpoliti (2009) für Berlusconi formuliert: „Fare una bella figura“.

Ein weiteres Merkmal seiner Politik und Persönlichkeit war die zugeschriebene und vermittelte Authentizität, die er verkörperte. Robert Misik sieht diese Authentizität vor allem in seiner Exzentrik begründet: „Exzentriker verfügen über einen Authentizitätsbonus, der durch ihren Narzismus getragen wird. Ihre Macken, ihre Sucht nach Aufmerksamkeit, ihre Respektlosigkeit, ihr Vorwitz, ihre Ignoranz gegenüber Gepflogenheiten und Realitäten, mit einem Wort, all jene Charaktereigenschaften, in denen sich Exzentrik erweist, heben sie vom Typus des politischen Funktionärs ab, der im schlimmsten Fall nicht mehr ist als das Amt, das er bekleidet“ (Misik 2002, 12). Daneben schöpfte Jörg Haider Sympathie aus seiner Volksnähe und „Berührbarkeit“. Er rezitierte die Rolle des einfachen Mannes, entfaltete in Verbindung mit der Anti-Establishment-Haltung eine Art *Robin-Hood-Schema* (Ottomeyer 2000, 10; 2009, 10), in dem sich die Rache-Impulse des *kleinen Mannes* gegen politischen Proporz und die Machtzentren projizierten (Ottomeyer

2000), und zelebrierte daneben eine Sympathie der Allpräsenz. Er begab sich unter das Volk, nicht selten auch in Bierzelte oder Dorfdiscos, was ihm das Attribut *Bierzelt-Sozialist* einbrachte (Ottomeyer 2009, 20). Somit entwickelte sich Haider zum *Du-Landeshauptmann* und zum kumpelhaften Politiker, dem man auf die Schulter klopfte und ohne Scheu beim Vornamen rief. Dabei kam seine empathische Kompetenz zum Tragen, von der nicht nur renommierte JournalistInnen des Landes berichteten (Rainer 2008, 11).

Das angesprochene *Robin-Hood-Schema* in Haiders Kommunikation paarte sich mit einem Freund-Feind-Schema. Dieser binäre Code (Sander 2000, 8) gegen das politische Establishment und für den *kleinen Mann*, gegen die verkrusteten Strukturen der Konkordanz-Demokratie und für eine offene Konflikt-Demokratie sowie gegen Zuwanderer, Asylsuchende und für den *redlichen, anständigen, fleißigen Österreicher* manifestierte sich schon 1995 in seinem Wahlslogan *Sie sind gegen ihn, weil er für euch ist*. Haider verfolgte konsequent eine Rhetorik der Aus- und Abgrenzung (Wodak 2002). „In der politischen Kommunikation wirken solche Ein- und Ausschließungen identitätsstiftend, weil sie einerseits ein feindliches Gegenüber, ein ‚Anderes‘ markieren und andererseits homogene Wir-Gemeinschaften konstruieren“ (Probst 2002, 41). Haider personifizierte die *Rute im politischen Fenster*. Er verkörperte das Gegenkonzept zur verkrusteten Machtelite der Konsens-Demokratie der Zweiten Republik. Durch die Publizität projizierten und verstärkten die österreichischen Medien all diese angesprochenen Facetten seiner Person und seines politischen Stils, nicht zuletzt deshalb, weil sie der journalistischen Logik und den professionellen Nachrichtenwerten entsprechen und für gesteigerte Auflagen, Reichweiten und Marktanteile sorgen (Plasser et al. 2004, 277). Die Bevölkerung wiederum identifizierte Haider vorwiegend als den Herausforderer und das oppositionelle Regulativ des Establishments, dem man allerdings gleichzeitig selbst kaum politisches Vertrauen entgegenbrachte.

Jörg Haider zählte fast schon traditionell zu den österreichischen SpitzenpolitikerInnen mit den schlechtesten Vertrauenswerten in der Bevölkerung. Im Endwahlkampf 2008 erreichten alle Spitzenkandidaten der Parlamentsparteien negative Vertrauenswerte in der Beurteilung der Wählerschaft.<sup>3</sup> Dabei wurde dem Grünen-Chef Van der Bellen (-2 Prozentpunkte) und SPÖ-Obmann Faymann (-9 Prozentpunkte) noch das geringste Misstrauen in der Wahlbevölkerung entgegengebracht. Am Ende des Vertrauensrankings rangierten FPÖ-Obmann Strache (-46 Prozentpunkte) und Jörg Haider (-37 Prozentpunkte) (APA, 16. September 2008). Demgegenüber war Jörg Haider jedoch unbestritten der bekannteste Politiker Österreichs. Er erreichte einen fast 100-prozentigen Bekanntheitsgrad unter den ÖsterreicherInnen

(APA, 22. August 2008). Haider war der am klarsten identifizierbare Politiker Österreichs und fand gemeinsam mit Heinz-Christian Strache (FPÖ) in der Bevölkerung am wenigsten Vertrauen im Vergleich zu den anderen SpitzenpolitikerInnen, woran sich auch in der Wahlkampfschlussphase und trotz seiner betont staatsmännischen Inszenierung nichts änderte. Trotzdem oder gerade deshalb errang er im Herbst 2008 einen deutlichen Wahlsieg. Haider war bekannt. Es war bekannt, wofür er steht. Er fand Resonanz. Er polarisierte. Er beschäftigte. Er regte auf und an. Jörg Haider war eine eingeführte Marke, die seit 2001 sogar urheberrechtlich geschützt ist. 2008, im Jahr seines Ablebens, wurde der Rechtspopulist und Polit-Popstar sogar zur *differenziertesten Marke* Österreichs gekürt. Dies ergab die größte Marktstudie des Landes, der Brand Asset Valuator (BAV). Diese Studie zu 900 Marken wurde zwischen Oktober 2008 und Jänner 2009 zum zweiten Mal nach 2006 durchgeführt. 2006 war noch Ferrari die differenzierteste Marke, also jene, die in der Wahrnehmung der ÖsterreicherInnen am eindeutigsten und stärksten identifizierbar war. 2008 war dies Jörg Haider (medianet.at, 29. April 2009). Folglich war Haider auch die prominenteste und bekannteste politische Marke Österreichs.

#### **4. Das Phänomen Haider in den Medien – Das Medienphänomen Haider<sup>4</sup>**

Den Medien wird in den Analysen zum politischen Kommunikationsphänomen Haider ein ganz bedeutender Einfluss zugeschrieben. Sie hätten einem Landeshauptmann aus der Provinz bzw. einem Oppositionspolitiker überdurchschnittlich viel Raum und Publizität eingeräumt. Eine eingehende empirische Analyse und Bilanz der Medien-Performance in Bezug auf das Phänomen Haider soll klären, welche Bedeutung den Medien in der Herausbildung des Kommunikations-Phänomens Haider lang- und kurzfristig zukam. Jörg Haider war aus denselben Gründen für die Medien interessant, die seine politische Persönlichkeit ausmachten und die wir bereits eingehend besprochen haben: der binäre Code seiner kommunikativen Inszenierung (*Robin-Hood-Schema*, David gegen Goliath, etc.), seine Privatisierung des Politischen und sein Jugendkult, seine personalisierte Körper-Politik und seine kommunikative und inhaltliche Polarisierung, sein Celebrity- und Glamour-Faktor, sein Aktionismus und seine Inszenierungsfähigkeit, seine Unkonventionalität und Wandlungsfähigkeit, seine Unberechenbarkeit und seine Überraschungsfähigkeit.

Seine Stilmittel und seine Persönlichkeit deckten sich zu einem großen Teil mit der Nachrichtenlogik der Medien. Haider polarisierte sprachlich, inhaltlich und systematisch. Er forderte das etablierte System heraus und provozierte die Mächtigen, ebenso polarisierte er inhaltlich mit seiner *Rabiat-Politik* (Lackner 2009), wenn es etwa um die Ausländerfrage ging. Er war konnotiert als politischer Rebell, als *Bad Guy* und *Robin Hood* zugleich. Diese Faktoren machten Haider-Schlagzeilen journalistisch erzählenswert und zum publikumsmaximierenden Nachrichtenwert (Plasser et al. 2004, 277). Haider profitierte somit von den Medien in einem ähnlichen Ausmaß, wie die Medien von Haider profitierten. Obwohl die Berichterstattung zu seiner Person mehrheitlich kritisch war (z. B. Lengauer 2007; APA-MediaWatch/Lengauer 2009b), war er bis zu seinem Tod unbestritten der mediale Dominator, und Wahrnehmung und Wiedererkennung sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche und nachhaltige Image- und Markenbildung.

Das Spiel zwischen Haider und den Medien war ein wechselseitiges, nachhaltiges und mündete offenbar in eine Win-win-Situation. Unabhängig von seiner jeweils aktuellen politischen Stellung und seinen formellen Macht- und Einflussmöglichkeiten gaben ihm die österreichischen Medien überproportionalen Raum und Publizität. Joachim Riedl, ein renommierter österreichischer Journalist, analysierte dabei die Rolle der Medien selbstkritisch:

*„Erst mit tatkräftiger Hilfe der Medien konnte sich einst das Nachwuchstalents Haider zu einer dominanten Figur entwickeln. Sie waren jene unverzichtbaren Verstärker, die es dem dünnen Stimmchen aus der Provinz ermöglichten, sich weltweit Gehör zu verschaffen. Endlich war damals eine Figur gefunden, die grell aus dem politischen Grau hervorstach.“* (Riedl 2009, A1).

Die Medien profitierten von den erhöhten Verkaufszahlen von Haider-Titelgeschichten (Die Presse 2008, 26), und Haider profitierte und profilierte sich durch diese Medienpräsenz als der bekannteste Politiker Österreichs des letzten Jahrzehnts. Haider stellte damit für die Medien eine *politische Cashcow* dar, die ihn zum, wenn auch nicht vertrauenswürdigen, Polit-Popstar hochstilisierten. Dabei war es nicht nur die Boulevardpresse, die ihm Aufmerksamkeit widmete, sondern auch und vor allem der investigative Qualitätsjournalismus. Haider verstand es wie kaum ein zweiter österreichischer Politiker, auf der Klaviatur der Medien zu spielen. Er lieferte Stoff für alle Medienformate, egal wo sie sich ideologisch oder gesellschaftspolitisch positionierten und wie die Grundhaltung ihm gegenüber anzusiedeln war. Haider nahm den kritischen Tenor der Medien in Kauf. Er wurde zu einer *ikonografischen Mediengestalt* der österreichischen politischen Landschaft, deren Bedeutung sich durch die permanente Interaktion zwischen sich, den Medien

und dem Publikum weiter nährte und stärkte. Joachim Riedl resümiert dazu: „Dieser Dompteur der veröffentlichten Meinung führte das gesamte Gewerbe, und beleiße nicht nur das österreichische, wie einen Tanzbären am Nasenring durch die Manege. Alle spielten artig mit. Nicht nur weil der ranke Coverboy gute Geschäfte versprach, sondern hauptsächlich deshalb, weil eine merkwürdige Form der Faszination die Medienöffentlichkeit erfasst hatte, die mal in Idolatrie, mal in Dämonisierung ihren Ausdruck fand“ (Riedl 2009: A1).

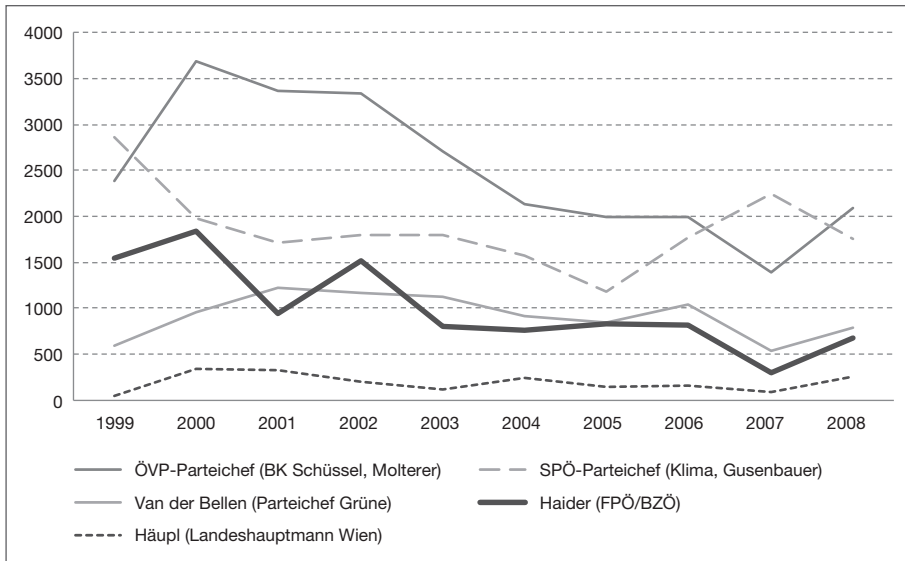
In der Folge präsentieren wir empirische Ergebnisse, die die These des Medienphänomens Haider bzw. des Phänomens Haider in den Medien näher beleuchten sollen. Einmal betrachten wir die Berichterstattung aus einer Langzeit-Perspektive und bilanzieren außerdem seinen letzten erfolgreichen Nationalratswahlkampf 2008 aus der medialen Sicht.

Zu den wichtigsten politischen Informationsplattformen Österreichs zählt die Hauptabend-Nachrichtensendung *Zeit im Bild 1* des öffentlich-rechtlichen Senders ORF mit einer durchschnittlichen täglichen Reichweite von knapp einer Million ZuseherInnen, was ca. 14 Prozent der Bevölkerung entspricht (Plasser und Lengauer 2010, 33). Stellt man dabei die Redezeit, die Jörg Haider in den letzten zehn Jahren in der *Zeit im Bild 1* auf seine Person bündeln konnte, den O-Ton-Sekunden der anderen Bundesparteiarchs bzw. dem Landeshauptmann des größten österreichischen Bundeslandes Wien (Michael Häupl) gegenüber, dann ergeben sich folgende Relationen, was die langfristige TV-Redezeit in der wichtigsten Nachrichtensendung des Landes betrifft.

Im letzten Jahrzehnt seiner politischen Tätigkeit kam Jörg Haider auf nicht weniger als 2 Stunden und 48 Minuten Redezeit in der *Zeit im Bild 1*. Dennoch zeigte sich eine deutlich abgeschwächte O-Ton-Präsenz gegenüber den Parteiarchs der beiden großen Volksparteien ÖVP und SPÖ. Nach dem Ausstieg aus der Bundespolitik im Jahr 2000 nahm Haiders O-Ton-Frequenz ab, allerdings kam er weiterhin deutlich häufiger zu Wort als etwa sein Amtskollege Landeshauptmann Michael Häupl aus Wien. Bezieht man alle österreichischen PolitikerInnen in das Zehn-Jahres-Ranking der O-Töne in der *Zeit im Bild 1* ein, dann belegt Jörg Haider hinter den Bundeskanzlern Wolfgang Schüssel und Alfred Gusenbauer den dritten Platz. Obwohl somit dem Bundeskanzler bzw. dem Parteiarch der SPÖ über den ganzen Zeitraum deutlich mehr Redezeit zugestanden wurde, war Haider der mit Abstand präsenteste Landespolitiker in den österreichischen Hauptnachrichten. Also lässt sich auch hier ein langfristiger, nachhaltiger *Haider-Präsenzbonus* nachzeichnen, der ihm deutlich mehr Publizität verlieh, als sein formaler politischer Rang in Österreich vermuten ließe.

**Schaubild 1: Redezeit österreichischer PolitikerInnen in den ORF-Hauptnachrichten 1999–2008**

Sendesekunden von PolitikerInnen-O-Tönen.



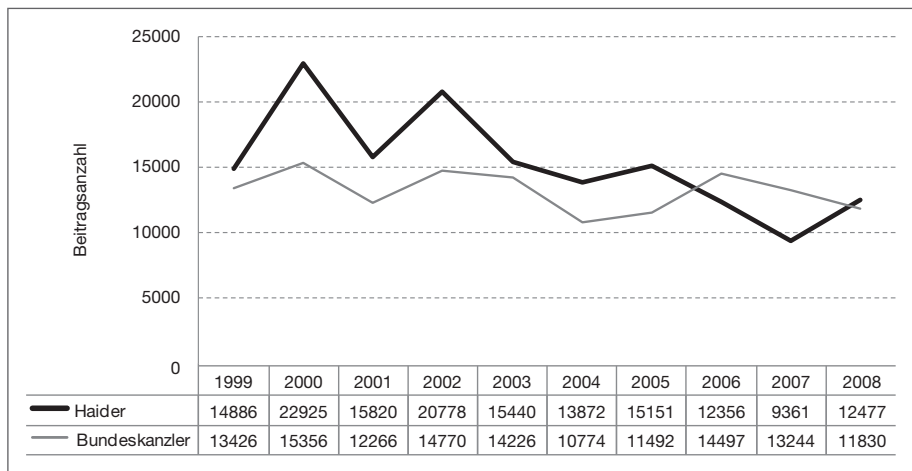
Quelle: APA-MediaWatch/Lengauer (2009a)

Ein noch wesentlich ausgeprägterer *Haider-Präsenzbonus* bringt die Langzeitanalyse der Print-Berichterstattung zutage. Haider schaffte es nicht nur auf die Coverseiten von international renommierten Nachrichtenmagazinen wie „Newsweek“ und „Times“, sondern vor allem auf das Cover des führenden österreichischen Nachrichtenmagazins „profil“. Dieses österreichische Nachrichtenmagazin erscheint seit 1970. Im Allzeit-Ranking der Cover-Stories von 1970 bis 2008 liegt Jörg Haider mit nicht weniger als 69 Titelseiten-Präsenzen unangefochten an der Spitze.<sup>5</sup> Keine andere Person schaffte es öfter auf die Titelseite als Jörg Haider. Dabei erschien sein erstes Cover 1983. An zweiter Stelle rangiert Wolfgang Schüssel, der zwischen 2000 und 2006 österreichischer Bundeskanzler war, mit 47 Titelstories, die seine Person involvieren. Bruno Kreisky, Bundeskanzler zwischen 1970 und 1983, erreicht insgesamt 43 Titelstories im „profil“. Unter den Top 10 im Präsenzranking der österreichischen PolitikerInnen auf dem „profil“-Cover findet sich nur eine Person, die nie Mitglied einer österreichischen Regierung oder Bundespräsident war, und dies ist Jörg Haider auf Platz 1.<sup>6</sup> Allein im Jahr des FPÖ-Regierungseintritts schaffte es Haider nicht weniger als neunmal auf die Titelseite des renommierten, investigativen Nachrichtenmagazins. Die Hälfte seiner Titelstories

entfielen auf die letzten zehn Jahre. Dabei ist es ein offenes Geheimnis der Branche, dass die Haider-Cover regelmäßig zu den meistverkauften Ausgaben zählten. Auch wenn das „profil“ traditionell und eindeutig als Haider-kritisch einzustufen ist, die mediale Plattform, die ihm dieses Nachrichtenmagazin geboten hat, kann als historisch bedeutend bezeichnet werden. In den österreichischen Tageszeitungen zeichnete sich ein ähnliches Bild ab. Auch dort dominierte Jörg Haider die politische Berichterstattung dieser letzten zehn Jahre.

**Schaubild 2: Präsenz von Spitzenpolitikern in den österreichischen Tageszeitungen 1999–2008**

Anzahl der Beiträge mit Nennung Haiders bzw. des jeweiligen Bundeskanzlers



Quelle: APA-AOM – Eigene Berechnung. Untersucht wurden 14 österreichische Tageszeitungen (Krone, Kurier, Kleine Zeitung, Der Standard, Die Presse, Salzburger Nachrichten, Tiroler Tageszeitung, Oberösterreichische Nachrichten, Kärntner Tageszeitung, Neue Vorarlberger Tageszeitung, Vorarlberger Nachrichten, Neues Volksblatt, Wiener Zeitung, Wirtschaftsblatt).

In den Jahren von 1999 bis 2008 erreichte Jörg Haider mit insgesamt über 153.000 Artikeln in den ausgewählten österreichischen Tageszeitungen 16 Prozent mehr Präsenz als der jeweilige Regierungschef Österreichs. In acht von zehn Jahren erreichte er insgesamt mehr Tageszeitungs-Aufmerksamkeit. Nur 2006 und 2007 gelang es Wolfgang Schüssel bzw. Alfred Gusenbauer als Bundeskanzler stärker präsent als Haider zu sein. Haider war somit der dominierende Akteur, was die Präsenz in der österreichischen Tagespresse der letzten zehn Jahre betrifft, obwohl er zwischen den Jahren 2000 und 2005 kein politisches Amt auf Bundesebene bekleidet hatte. Somit erreichte Jörg Haider vor allem in den österreichischen Printmedien einen enormen Präsenzvorsprung gegenüber allen anderen österreichi-

schen PolitikerInnen, während das öffentlich-rechtliche Fernsehen stärker die Regierungschefs zu Wort kommen ließ. Die Mediendominanz von Jörg Haider bezog sich somit vorwiegend auf die Printmedien, wenngleich ihm auch die TV-Nachrichten im Langzeitvergleich einen vergleichsweise hohen Stellenwert einräumten.

## 5. Haiders Wahlkampf-Bilanz 2008

Das BZÖ trat bei der Wahl offiziell mit dem personalisierten Titel *BZÖ – Liste Jörg Haider* an, obwohl Österreich von einem Listenwahlrecht geprägt ist und somit Parteien zur Wahl stehen. Allein aus diesem Umstand war erkennbar, welche Rolle Jörg Haider im Wahlkampf 2008 für das BZÖ einnahm. Wie bereits eingangs erwähnt, konnte das BZÖ unter seinem Spitzenkandidaten Haider den absoluten Stimmenanteil bei der Nationalratswahl 2008 gegenüber 2006 um nicht weniger als 170 Prozent steigern und die Mandatszahl verdreifachen. Relativ betrachtet war das BZÖ mit Parteiohmann Haider der größte Wahlgewinner gewesen.

Der Wahlkampfleiter des BZÖ, Stefan Petzner, fasste die BZÖ/Haider-Wahlkampfstrategie wie folgt zusammen: „Auf der politischen Ebene wurde die Strategie ganz auf den Spitzenkandidaten Jörg Haider und sein Tun in Kärnten ausgerichtet. Die Partei BZÖ trat gänzlich in den Hintergrund“ (Petzner 2008, 67). Diesen Umstand unterstrich der Wahlkampfeslogan neben dem Haider-Konterfei auf allen BZÖ-Plakaten: *Liste Jörg Haider – Das Original!*. Inhaltlich wurde vor allem das personalisierte *Erfolgsmodell* Kärnten, wo Jörg Haider seit 1999 ununterbrochen Landeshauptmann war, hervorgehoben und als Alternativmodell und Gegenentwurf zur Großen Koalition zwischen den Volksparteien SPÖ und ÖVP stilisiert. Gleichzeitig präsentierte sich Haider im Wahlkampf 2008 nicht nur als polternder Regierungskritiker, sondern verstärkt auch als verantwortungsvoller Landesregierungschef, als *elder statesman*, der versucht, seine Regierungserfahrung auf Regionalebene herauszustreichen. Gleichzeitig machte Haider im Wahlkampf allerdings auch klar, dass er als Person für Ämter in der Bundespolitik nicht zur Verfügung stehe, sondern in jedem Fall in Kärnten bleiben werde. Der BZÖ-Wahlkampf fokussierte im Wesentlichen auf die folgenden Elemente: Medienpräsenz, Plakatserien und Inserate sowie und vor allem auf die TV-Konfrontationen der Spitzenkandidaten (Petzner 2008, 67ff). Die Wahrnehmung der Parteien-Wahlkämpfe in der österreichischen Bevölkerung zeigte jedoch, dass auch dieser Parameter kein überdurchschnittlich gutes Ergebnis für das BZÖ und Haider erbrachte und somit nur eingeschränkt als Erklärung des Wahlerfolges herangezogen werden



kann. In einer Umfrage in der letzten Wahlkampfwoche attestierten 25 Prozent der ÖsterreicherInnen der SPÖ die beste Wahlkampfführung, dahinter rangierten die FPÖ mit 12 Prozent und die ÖVP mit 10 Prozent. Den Wahlkampf des BZÖ bezeichneten nur acht Prozent der ÖsterreicherInnen als den besten (profil, 22. September 2008, 19).

Die Person Haider spielte beim BZÖ-Wahlerfolg 2008 die entscheidende Rolle. Knapp die Hälfte aller BZÖ-WählerInnen gaben in der Wahltagsbefragung an, die Partei vor allem wegen der Person Jörg Haiders gewählt zu haben. Weitere 13 Prozent sahen die BZÖ-Regierungsbilanz in Kärnten (unter der Leitung von Landeshauptmann Haider) als weiteres Hauptmotiv für die BZÖ-Wahl an. Die Person Haider und sein *Erfolgsmodell Kärnten* waren somit die entscheidendsten Wahl-faktoren für das BZÖ. Daneben spielten die Verdrossenheit gegenüber anderen Parteien und die harte Ausländerpolitik des BZÖ die größte Rolle in der Wahlentscheidung für das BZÖ (Plasser/Ullram 2008, 24).

**Tabelle 1: Partei-Spitzenkandidaten als vorrangiges Wahlmotiv**

In Prozent der jeweiligen Partei-WählerInnen, die den Spitzenkandidaten als Hauptmotiv für die Wahl angaben

Spitzenkandidat	Hauptwahlmotiv der ParteiwählerInnen
Jörg Haider (BZÖ)	49
Alexander Van der Bellen (Grüne)	19
Werner Faymann (SPÖ)	17
Heinz-Christian Strache (FPÖ)	11
Wilhelm Molterer (ÖVP)	6

Quelle: Plasser/Ullram 2008, 16–24. Repräsentative Wahltagsbefragung 2008, n = 1.800

Haider als Person war für BZÖ-WählerInnen bei deren Wahlentscheidung offenbar fast dreimal so wichtig wie Werner Faymann für SPÖ-WählerInnen oder sogar achtmal so ausschlaggebend wie Wilhelm Molterer für ÖVP-WählerInnen. Er war damit nicht nur der einzige Spitzenkandidat der Parlamentsparteien, der bedeutenden Einfluss auf die Wahlentscheidung für seine Partei ausüben konnte, er war auch derjenige Frontrunner, der mit seiner Person sogar das wichtigste Wahlmotiv innerhalb der Partei-Wählerschaft darstellte. In Bezug auf die gesamte österreichische Wählerschaft blieb allerdings ein signifikanter Vertrauensmalus Jörg Haiders sichtbar. Nur sieben Prozent der WählerInnen hätten Haider auch direkt zum Bundeskanzler gewählt.

**Tabelle 2: Kanzler-Plebiszit der österreichischen WählerInnen**

Beurteilung der Kanzlerkandidaten in der Wahrnehmung der österreichischen Bevölkerung – in Prozent der Befragten

Wenn Sie den Bundeskanzler direkt wählen könnten, wen würden sie am ehesten wählen?	Prozent der Befragten
Jörg Haider (BZÖ)	7
Werner Faymann (SPÖ)	21
Wilhelm Molterer (ÖVP)	15
Alexander Van der Bellen (Grüne)	9
Heinz-Christian Strache (FPÖ)	6

Quelle: SORA 2008, 30. Repräsentative Wahltagsbefragung 2008; n = 1.200

Ein ähnliches Bild ergab sich, wenn die österreichische Bevölkerung beurteilte, wen sie gerne in der nächsten Regierung sehen würde. Abgefragt wurden dabei im Wahlkampf 2008 die amtierenden Regierungsmitglieder der damaligen Großen Koalition, alle Parteichefs und die Spitzenkandidaten. In diesem Regierungsfähigkeits-Ranking belegte Jörg Haider mit einem Wert von minus 46 Prozent (Bilanz der Prozentpunkte aus Zuspruch und Ablehnung) den mit Abstand letzten Platz, noch hinter FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache (Wolschlag 2008, 7).

Haider spielte somit resümierend in der Wahlkampf-Ausrichtung, als Wahlmotiv und als Agenda-Setter und Projektionsfläche wichtiger Themen- und Motivlagen für die BZÖ-WählerInnen eine ausgesprochen entscheidende und prägende Rolle, auch wenn der Wahlkampfführung insgesamt durch die Bevölkerung keine Bestnote verliehen wurde. Dies änderte allerdings nichts daran, dass Jörg Haider in der österreichischen Gesamtbevölkerung in erster Linie weiterhin als aufmüpfiger Regierungskritiker gesehen wurde, dem man in der letzten Konsequenz allerdings kaum politisches Vertrauen und Regierungsfähigkeit zusprach.

## 6. Haiders Medienbilanz im Nationalratswahlkampf 2008

Der außergewöhnliche Wahlerfolg Jörg Haiders als Spitzenkandidat spiegelte sich zwar in den Wahlmotiven der BZÖ-WählerInnen eindrucksvoll wider, nicht jedoch in der Bilanz seines Medien-Wahlkampfes. In den reichweitenstärksten TV- (privat und öffentlich-rechtlich) und Radio-Nachrichten (öffentlich-rechtlich) kam er von allen Spitzenkandidaten der Parlamentsparteien am kürzesten zu Wort. Wilhelm Molterer (ÖVP) durfte im Fernsehen und Radio etwa mehr als doppelt so lange für sich selbst sprechen. In den Tageszeitungen, in denen Haider im Langzeit-

trend der Top-PolitikerInnen Österreichs war, was die Präsenz betrifft, ergab sich ein ähnliches, jedoch leicht abgeschwächtes Bild. Auch dort rangierte er deutlich hinter Molterer (ÖVP) und Faymann (SPÖ). Haider konnte in der Tagespresse nur Van der Bellen (Grüne) hinter sich lassen. Der in der Langzeit-Analyse festgestellte Haider-Präsenzbonus fand sich weder in der TV- und Radio-Wahlkampfberichtserstattung noch in den Tageszeitungen in den letzten Wahlkampfwochen. Was die Präsenz und Aufmerksamkeit der Medien betrifft, könnte Haider somit sogar als ein medialer Wahlkampfverlierer tituliert werden.

**Tabelle 3: Medien-Präsenz der Spitzenkandidaten im Nationalratswahlkampf 2008**

In Prozent der Nennungen bzw. der O-Ton-Sekunden der Spitzenkandidaten

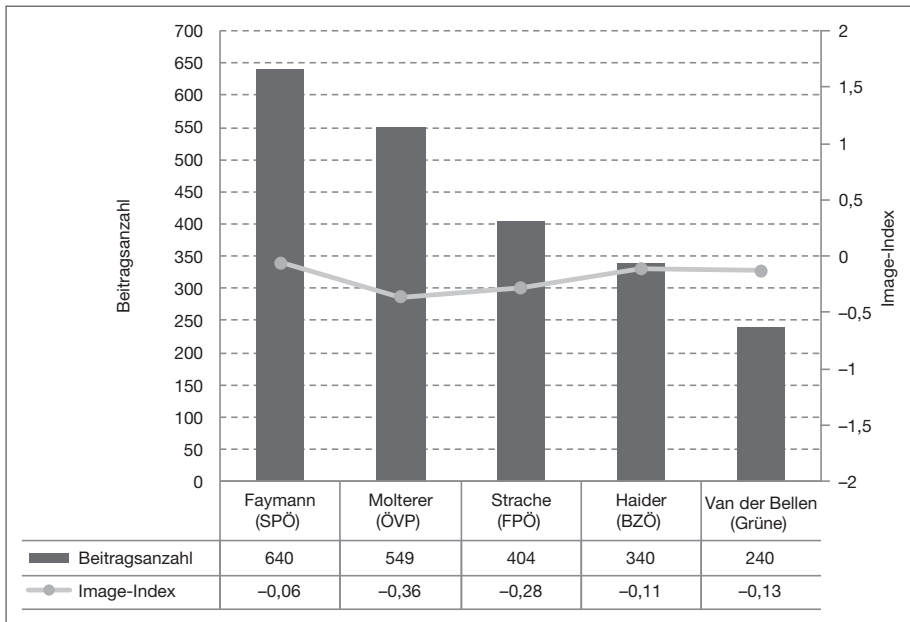
Spitzenkandidaten der Parlamentsparteien	O-Ton-Sekunden in den TV-Nachrichten (N = 6.475 O-Ton-Sekunden)	O-Ton-Sekunden in den Radio-Nachrichten (N = 6.416 O-Ton-Sekunden)	Namentliche Nennungen in den Tageszeitungen (N = 15.130 Nennungen)
Jörg Haider (BZÖ)	12,5	14,1	18,0
Wilhelm Molterer (ÖVP)	30,2	28,4	26,9
Werner Faymann (SPÖ)	21,9	20,7	27,1
Heinz-Christian Strache (FPÖ)	18,9	18,0	18,3
Alexander Van der Bellen (Grüne)	16,5	18,8	9,7
	Σ 100,0	Σ 100,0	Σ 100,0

Anmerkungen: Erhebungszeitraum: 01. September 2008 bis 24. September 2008. TV-Sendungen: ZiB 9:00, ZiB 13:00, ZiB 17:00, ZiB 19:30, ZiB 20, ZiB 2, ZiB 24, ZiB-Flashes, ATV-aktuell, Sat.1 Austria News, ProSieben Austria News. Radio-Sendungen: Ö1-Morgenjournal, Ö1-Mittagsjournal, Ö1-Abendjournal, Ö3-Nachrichten, Ö3-Mittagsjournal, Ö3-Journal um fünf, Ö3-Nachtjournal. Tageszeitungen: Kronen Zeitung, Kleine Zeitung, Österreich, Kurier, Der Standard, Die Presse, Salzburger Nachrichten, Oberösterreichische Nachrichten, Tiroler Tageszeitung, Vorarlberger Nachrichten, Kärntner Tageszeitung, Neues Volksblatt, Neue Vorarlberger Tageszeitung, Salzburger Volkszeitung, Wiener Zeitung, Wirtschaftsblatt.

Selbst was das medial transportierte Image der Spitzenkandidaten betrifft, spielte Haider im Medienwahlkampf 2008 keine herausragende Rolle. Untersucht wurden dabei die reichweitenstärksten TV-Hauptnachrichten der privaten und öffentlichen Sender, ebenso wie die jeweils zwei reichweitenstärksten Boulevard- und Qualitätszeitungen des Landes. Alle Spitzenkandidaten der Parlamentsparteien wurden dabei medial überwiegend kritisch-negativ dargestellt und vermittelt.<sup>7</sup> Faymann erreichte mit einem Image-Wert von -0,06 Prozent noch die beste und eine fast ausgeglichene (neutrale bzw. ambivalente) Medienbilanz. Nur Molterer (ÖVP) und Strache (FPÖ) wurden medial noch deutlicher negativ präsentiert als Haider.

### Schaubild 3: Medien-Präsenz und -Image der Spitzenkandidaten im Nationalratswahlkampf 2008

Anzahl der Beiträge mit Nennung des Spitzenkandidaten bzw. arithmetisches Mittel der Spitzenkandidaten-Bewertungen in der Berichterstattung (redaktionelle Texte und Leserbriefe)



Quelle: Austrian National Election Study (AUTNES). Untersuchte Medien: Fernsehen: ORF – Zeit im Bild 1, ATV-aktuell; Tageszeitungen: Kronen Zeitung, Österreich, Der Standard, Die Presse. Untersuchungszeitraum: 31. August 2008 bis 26. September 2008.

Als *Media's Darling* konnte Jörg Haider folglich im Wahlkampf 2008 nicht bezeichnet werden, weder was die Präsenz noch was das Image betrifft. Er spielte medial insgesamt keine herausragende Rolle. Somit lässt sich sein Wahlerfolg 2008 nicht durch eine außergewöhnliche Medien-Bilanz erklären. Auch ein eingehender Blick auf die Berichterstattung zum Wahlkampf in der meistgelesenen Zeitung Österreichs, der „Kronen Zeitung“, ergibt kein wesentlich anderes Bild bzw. bestätigt diesen Befund sogar.

## 7. „Yes, media matters, but...“

Unsere Ausgangsthese lautete: Das BZÖ erzielte im Vergleich zum Stimmengewinn der anderen Parteien bei den Parlamentswahlen 2008 einen beachtlichen und herausragenden Wahlerfolg, obwohl es für die Partei kaum einen Wählermarkt gab. Empirisch lässt sich auch nachweisen, dass der Wahlerfolg im Wesentlichen auf die Persönlichkeit Jörg Haiders zurückging, zumal zwei Drittel der BZÖ-WählerInnen direkt oder indirekt als Wahlmotiv die Person Haiders angaben, nicht aber seine mediale Performace während des Wahlkampfes. Im Gegenteil: Im Vergleich zu den anderen Spitzenkandidaten gelang es Haider diesmal nicht, sich medial groß in Szene zu setzen.

Unsere Antwort lautet deshalb, dass Haiders Erfolg vor allem auf die eingeführte und etablierte Marke Haider zurückgeht. Er war somit nicht auf kurzfristige, durch den Wahlkampf und die Medienberichterstattung zum Wahlkampf angeregte Stimuli angewiesen, um WählerInnen zu mobilisieren, sondern profitierte zuallererst von der Einzigartigkeit, Unverwechselbarkeit und Bekanntheit seiner Marke in der öffentlichen Wahrnehmung.

Haider war 2008 der unzweifelhaft bekannteste Politiker Österreichs mit fast 100 Prozent Bekanntheitsgrad unter der Bevölkerung. Er besaß unter den PolitikerInnen Österreichs das klarste politische Profil und war dadurch unter den politischen Akteuren des Landes am klarsten identifizierbar und galt 2008 als die am meisten differenzierte Marke Österreichs. Man wusste, wo und wofür er politisch stand. Seine rechtspopulistischen Forderungen, mit denen er seine politischen GegnerInnen vor sich her trieb, waren seit Jahren bekannt (gegen das politische Establishment, gegen Ausländer, gegen die Altparteien, gegen die Konkordanzdemokratie etc, verbunden mit deutschnationalem und rechtsextremem Gedankengut). Die Marke Haider war eindeutig unterscheidbar, unverwechselbar, einmalig und wiedererkennbar geworden, emotional aufgeladen, polarisierend und mit hohem Unterhaltungswert.

Bei der Konstruktion dieser Marke haben die Medien eine ganz wesentliche Rolle gespielt, sodass wir die mediale und kommunikative Performance wie folgt zusammenfassen können: „Yes, media matters, but...“. Wir sehen, dass die Medien und dabei vor allem die Tages- und Wochenpresse die Marke Haider hauptsächlich in ihrem langfristigen und nachhaltigen Aufbau unterstützt bzw. diesen erst ermöglicht haben. So hatte die unauffällige Medienperformance und -präsenz von Haider im Wahlkampf 2008 keine nivellierende Wirkung. Die Marke Haider war nicht

mehr auf die Medienunterstützung angewiesen. Sie ist etabliert und hat die österreichische Gesellschaft bereits durchdrungen.

Die Medien haben die Marke Haider über Jahre hinweg (mit)konstruiert. Dadurch wurde die Marke bekannt, sogar sehr bekannt. Nicht umsonst war Haider die bekannteste politische Persönlichkeit Österreichs. Marken faszinieren Personen und soziale Gruppen, ziehen diese an. Jörg Haider war es gelungen, eine *Gemeinschaftsseele* zu schaffen (Le Bon 1982), in der sich sein *Volk* selbst definierte, während seine Sympathisanten, Fans und Devotees, aber auch seine KritikerInnen und GegnerInnen dank der jahrelangen inzisiven politischen Kommunikation Haiders (als Subjekt) und rund um Haider (als Objekt) am sozialen Diskurs zur Konstruktion dieser Marke fleißig mitwirkten und das Wissen über die Marke Haider ständig förderten. So wurde die Marke Haider durch den ständigen Bedeutungszuwachs ganz wesentlich mitbestimmt (Vgl. Fournier 1999).

Einmal eingeführt und mit Nachhaltigkeit ausgestattet, besaß die Marke Haider ein Markenguthaben.<sup>8</sup> Dieses Guthaben führte trotz einer schwachen medialen Präsenz Haiders 2008 zum Wahlerfolg. Nicht die mediale Performance während des Wahlkampfes, sondern das Wirkpotenzial der differenzierten Marke Haider war in erster Linie für den Wahlerfolg ausschlaggebend, wenngleich dies die Medien nicht aus der Verantwortung nimmt, das Entstehen der Marke Haider erst ermöglicht zu haben.

---

## Anmerkungen

- 1 Eigene Abfragen und Berechnungen auf Grundlage von [www.google.at/trends](http://www.google.at/trends).
- 2 Gemessen an der Zunahme der Stimmen und Mandate gegenüber der Nationalratswahl 2006.
- 3 Saldo aus den Prozentpunkten der Befragten, die sagen *habe Vertrauen* und jenen, die *kein Vertrauen* in die jeweiligen PolitikerInnen haben.
- 4 Die empirische Forschungsarbeit für diesen Artikel wurde im Rahmen der Austrian National Election Study (AUTNES), eines Nationalen Forschungsnetzwerks (NFN) des österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF), durchgeführt (Projekt Lengauer: Media Coverage and Effects, S10904-G11).
- 5 Haider ist bildlich und inhaltlich mit der Cover-Story verknüpft.
- 6 Eigene Recherche im Profil-Cover-Archiv: [www.profil.at/nw1/gen/slideshows/slide/show;profil/cover/1970;kid;560?flags=nopop;1](http://www.profil.at/nw1/gen/slideshows/slide/show;profil/cover/1970;kid;560?flags=nopop;1).
- 7 Der im Schaubild 3 dargestellte Image-Index ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel aus neutralen, negativen und positiven Bewertungen in Beiträgen mit den Spitzenkandidaten. Der Extremwert -2 bedeutet, alle Berichte zur Person sind negativ. Der Wert +2 bedeutet, alle Berichte zur Person sind positiv in ihrer Tonalität.
- 8 Wie lange so ein Markenguthaben andauert ist wissenschaftlich umstritten (vgl. Dekimpe/Hanssens 1999).

---

## Literaturverzeichnis

- APA-MediaWatch/Lengauer*, Günther (2009a). Die PolitikerInnen-Präsenz in den österreichischen Medien 1999–2008. Unveröffentlichter Forschungsbericht, Innsbruck
- APA-MediaWatch/Lengauer*, Günther (2009b). Der Wahlkampf 2008 in Boulevard- und Qualitätsmedien. Unveröffentlichter Forschungsbericht, Innsbruck
- Austria Presse Agentur* (22. August 2008). APA/OGM-Vertrauensindex: Faymann vorne, Strache Schlusslicht. Nachrichtenagentur-Meldung, Wien
- Austria Presse Agentur* (19. September 2008). APA/OGM-Vertrauensindex: Alle Spitzenkandidaten im Minus. Nachrichtenagentur-Meldung, Wien
- Dekimpe*, Marnik G./*Hanssens*, Dominique, M. (1999). Sustained Spending and Persistent Response. A New Look at Long-Term Marketing Profitability, in: *Journal of Marketing Research*, XXXVI, 397–412
- Belpoliti*, Marco (2009). *Il Corpo del Capo*, Parma: Guanda
- Verkaufsrekorde mit Haider für „News“, in: *Die Presse*, 29. Oktober 2008, 26
- Esch*, Franz-Rudolf (2009). *Strategie und Technik der Marktführung*, München: Verlag Franz Vahlen
- Fournier*, Susan (1998). Consumers and Their Brands: Developing Relationship Theory in Consumer Research, in: *Journal of Consumer Research*, XXIX, 343–373

- Gabardi, Emanuele* (2009). Un brand di nome Obama, in: *Comunicazione Politica X*, 2, 297–306
- Jacoby, Jacob/Szybillo, George J./Busato-Schach, Jacqueline* (1977). Information Acquisition Behavior in Brand Choice Situations, in: *Journal of Consumer Research*, 3, 209–216
- Kroehl, Heinz* (2000). *Corporate Identity als Erfolgsfaktor im 21. Jahrhundert*, München: Verlag Franz Vahlen
- John, Gerald* (2008). Alles, nur nicht Kanzler, in: *Der Standard*, 13.10.2008, 5
- Lackner, Herbert* (2009). Wahlsieger „Krone“. Wenn sich eine Zeitung als politische Partei zu fühlen beginnt, wird's bedenklich, in: *profil*, 15. Juni 2009, 25
- Lengauer, Günther* (2007). *Postmoderne Nachrichtenlogik. Redaktionelle Politikvermittlung in medienzentrierten Demokratien*, Wiesbaden: VS Verlag
- liMes*. *Rivista italiana di geopolitica* (2000). L'Europa dopo Haider. Autoritratto dell'uomo che spaventa il mondo, 3, Gruppo Editoriale L'Espresso
- Der Brand Asset Valuator 2009. [www.medianet.at/content20824-44.html](http://www.medianet.at/content20824-44.html) (29.04.2009)
- Misik, Robert* (2002). Europas Rechtspopulisten sind auch nur Exzentriker, in: *Frankfurter Rundschau*, 27. März 2002, 12
- Mühlbacher, Hans/Hemetsberger, Andrea* (2008). What the heck is a brand? An attempt of integration and its consequences for research and management, *Proceedings of the 7th International Congress Marketing Trends, Venice*
- Needham, Catharine* (2005). Brand Leaders: Clinton, Blair and the limitations of the Permanent Campaign, in: *Political Studies*, 53, 343–361
- Opaschowski, Horst W.* (1998). Vom Versorgungs- zum Erlebniskonsum: Die Folgen des Wertewandels, in: *Nickel, Oliver* (Hg.). *Eventmarketing: Grundlagen und Erfolgsbeispiele* (25–38), München: Verlag Franz Vahlen
- Ottomeyer, Klaus* (2000). *Die Haider-Show. Zur Psychopolitik der FPÖ*, Klagenfurt: Drava
- Ottomeyer, Klaus* (2009). *Jörg Haider. Mythenbildung und Erbschaft*, Klagenfurt: Drava
- Pallaver, Günther* (2000). L'elettorato austriaco e l'ascesa di Jörg Haider, in: *Quaderni dell'Osservatorio elettorale* 43, 85–125
- Pallaver, Günther/Gärtner, Reinhold* (2008). Le oscillazioni del populismo: la FPÖ, partito anti-sistema o pro-sistema?, in: *Trasgressioni. Rivista quadrimestrale di cultura politica* 46, 45–65
- Peham, Andreas* (2010). Die zwei Seiten des Gemeinschaftsdünkels. Zum antisemitischen Gehalt freier Identitätspolitik im Wandel, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 4, 467–481
- Pelinka, Anton* (2005). Right-Wing Populism Plus „X“. The Austrian Freedom Party (FPÖ), in: *Caramani, Daniele/Mény, Yves* (Hg.). *Challenges to Consensual Politics. Democracy, Identity, and Populist Protest in the Alpine Region*, (Regionalism and Federalism 6), Brussels: Peter Lang, 131–145
- Pelinka, Anton/Sickinger, Hubert/Stögner, Karin* (2008). *Kreisky – Haider: Bruchlinien österreichischer Identitäten*, Wien: Braumüller
- Petzner, Stefan* (2008). Reduzierung auf das Wesentliche, in: *Hofer, Thomas/Tóth, Barbara* (Hg.). *Wahl 2008. Strategien, Sieger, Sensationen*, Wien: Molden, 65–72
- Plasser, Fritz/Ullram, Peter A.* (2008). *Die Wahlanalyse 2008. Wer hat wen warum gewählt?*, Wien: GfK Austria



- Plasser, Fritz/Lengauer, Günther* (2010). Die österreichische Medienarena: Besonderheiten des politischen Kommunikationssystems, in: *Plasser, Fritz* (Hg.). Politik in der Medienarena, Wien: Facultas, 19–52
- Plasser, Fritz/Lengauer, Günther/Meixner, Wolfgang* (2004). Politischer Journalismus in der Mediendemokratie, in: *Plasser, Fritz* (Hg.). Politische Kommunikation in Österreich, Wien: Facultas, 237-308
- Plasser, Fritz/Ulram, Peter A.* (2000). Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ, in: *Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Sommer, Franz* (Hg.): Das österreichische Wahlverhalten (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Bd. 21), Wien: Signum, 225–241
- Plasser, Fritz/Sommer, Franz/Scheucher, Christian* (1996). Medienlogik: Themenmanagement und Politikvermittlung im Wahlkampf, in: *Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Ogris, Günther* (Hg.). Wahlkampf und Wählerentscheidung: Analysen zur Nationalratswahl 1995, Wien: Signum, 85–116
- Probst, Lothar* (2002). Die Erzeugung ‚vorwärtsgerichteter Unruhe‘. Überlegungen zum Charisma von Jörg Haider, in: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, 37–43
- Welche Partei führt den besten Wahlkampf, in: profil, 22. September 2008, 19
- Rainer, Christian* (2008). Mein Haider, in: profil, 20. Oktober 2008, 11
- Riedl, Joachim* (2009). Das Ende einer Ära, in: Die Zeit, 26. Februar 2009, A1
- Sander, Günther* (2000). Die Hegemonie des Ressentiments; in: Pöllinger Briefe, Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft für regionale Kulturarbeit und Bildung, Nr. 61
- Smith, Gareth* (2001). The 2001 General Election: Factors Influencing the Brand Image of Political Parties and their Leaders, in: Journal of Marketing Management, 17, 989–1006
- SORA Institut und Institut für Strategieanalysen (2008). Nationalratswahl 2008. [www.sora.at/images/doku/SORA\\_ISA\\_Analyse\\_NRW\\_2008.pdf](http://www.sora.at/images/doku/SORA_ISA_Analyse_NRW_2008.pdf)
- Tóth, Barbara* (2008). Wenn man zu viel in die „Krone“ schaut, in: *Hofer, Thomas/Tóth, Barbara* (Hg.). Wahl 2008. Strategien, Sieger, Sensationen, Wien: Molden, 103–116
- Wagner, Wolfgang* (2008). Der TV-Wahlkampf, in: *Hofer, Thomas/Tóth, Barbara* (Hg.). Wahl 2008. Strategien, Sieger, Sensationen, Wien: Molden, 135–145
- Wodak, Ruth* (2002). Discourse and Politics: The Rhetoric of Exclusion, in: *Wodak, Ruth/Pelinka, Anton* (Hg.). The Haider Phenomenon in Austria, New Brunswick-London: Transaction Publishers, 33–60
- Wolschlager, Markus* (2008). Umfrage. Wer soll in die Regierung, wer nicht, in: Österreich, 13. Juli 2008, 7

## Abstracts

### **Jörg Haider come *Human Brand*. La marca politica ed i suoi fattori di successo**

La performance mediatica e comunicativa di Haider durante la sua carriera politica può essere riassunta come segue: “Yes, media matters, but...”. I media austriaci hanno svolto un ruolo decisivo sul lungo periodo nella formazione del profilo del marchio Haider. Haider è stato il dominatore mediatico della cronaca politica ed IL marchio politico dell’Austria degli ultimi dieci anni, senza mai aver ricoperto un incarico di governo a livello nazionale. A tale riguardo è evidente che l’immagine critica nel lungo periodo che hanno offerto i media, non lo ha danneggiato; grazie ad essa egli ha potuto porsi e connotarsi come polarizzatore e come provocatore nei mezzi di informazione e nelle menti dei destinatari. Sia i media che la popolazione lo hanno visto ed caratterizzato come simbolo della critica alle elite politiche e all’establishment fossilizzati. La demonizzazione mediatica ha contribuito moltissimo a rafforzarlo nel ruolo di grande oppositore ed a tenerlo, con ciò, al di fuori della percezione delle elite al potere e dell’establishment. È su questa immagine che si è fondato essenzialmente il suo successo nei media e con la “gente”.

## Jörg Haider sciöche *Human Brand*. La marca politica y sü faturs de suzès

La performance mediatica y comunicativa de Jörg Haider tratan süa carriera politica po gnì trata adöm cun chëstes parores: „Yes, media matters, but...” I media austriacs à albü na importanza dezisiva por la formaziun dl profil dla marca Haider. Haider é stè le dominadù mediatich dla cronica politica y LA marca politica dl’Austria di ultims diesc agn, zënza avèi mai albü na inciaria politica a nivel nazional. De chësc vers él tler che l’imaja che i media à presentè te na maniera critica ne ti à te n tēmp lunch nia fat dann, mo al é cinamai stè bun de se posizionè y de se profilé ti media y ti ces dla jënt sciöche polarisadù y sciöche provocadù. Sides i media co ince la jënt à odü y caraterisé Haider imprömadedöt sciöche simbol dla critica ti confruné de *élites* politiches incrostades y dl *establishment*. An s’aspetâ apëna ch’al portass na certa responsabilitè da governè y an ne la pretenô pa gnanca. La demonisaziun da pert di media à daidè pro dassënn da le renforzè te süa pert de esponënt dl’opoziziun y da le tignì demez dala perzeziun dles *élites* che comanâ y dl *establishment*. Haider é stè l’„amonidù y controladù“ dl sistem politic austriach di ultims vint agn.

### Jörg Haider as *Human Brand*: The Political Trademark and Its Success Factors

Jörg Haider’s media- and communication performance throughout the whole of his political carrier can be summed up in this way: “Yes, media matters, but...” The Austrian media played an important role in the process of building an enduring Haider “brand”. Although he never held a government office on a national level, Haider has dominated the domestic news coverage over the past ten years and embodies THE political brand in Austria. The critical media-image did not damage his reputation, but helped him gain a position as agitator and polarizer in the media and in the perception of the viewer. Both the media and the people conventionalised him to a symbol of criticism at the fossilized political elite and establishment. On the other hand, hardly anyone thought him capable of governmental responsibility—and no one called for it. The media’s demonisation of his person, in fact, consolidated him in his opposition role and kept him outside the perception of the elite and the establishment. This image was the main reason for his success in the media and with the Austrian people.

**6. Politische Bildung**  
**Educazione politica**

A series of horizontal dashed lines for writing, spanning the width of the page.

Thomas Benedikter

# Ehrenamt im Bereich Politik und bürgerschaftliches Engagement in Südtirol unterbewertet

## 1. Einleitung

Südtirol weist eine ausgeprägte Kultur des freiwilligen Engagements und der ehrenamtlichen Tätigkeit auf, verfügt über eine Vielzahl von Vereinen und Einrichtungen fürs Ehrenamt und eine breit gefächerte Förderung durch die öffentliche Hand. 2011 zählte das Landesverzeichnis 1.954 ehrenamtlich tätige Organisationen. Daneben gibt es ein eigenes Verzeichnis von Non-Profit-Organisationen, das seit 2004 aufgrund eines Staatsgesetzes *Organisationen zur Förderung des Gemeinwesens* registriert. Im Jahr 2011 waren dies in Südtirol 44 Organisationen. Vereinigungen im Bereich Politik und bürgerschaftliches Engagement sind in diesen Verzeichnissen mit entsprechender Förderung und Steuererleichterung nicht zugelassen, zumal die traditionellen Großorganisationen in Politik und gesellschaftlicher Interessenvertretung andere Finanzierungsmöglichkeiten haben. Dabei wird aber zu schnell vergessen, dass auch Parteien, Gewerkschaften und politische Vereinigungen in vielerlei Hinsicht durch Freiwilligentätigkeit und Ehrenamt getragen werden.

Mit dem etwas angestaubten Begriff *Ehrenamt* soll vor allem die Unentgeltlichkeit der freiwilligen Arbeit hervorgehoben werden, indirekt aber auch ihr moralischer Anspruch. Sie dient zur Abgrenzung von *Hauptamtlichkeit*. In vielen Freiwilligenvereinen arbeiten Haupt- und Ehrenamtliche zusammen. Heute wählen die meisten Freiwilligenvereine nicht mehr den Begriff *Ehrenamtlichkeit*, betonen vielmehr den Charakter des bürgerschaftlichen Engagements. Auch im politischen Bereich muss fürs Ehrenamt das grundlegende Qualitätsmerkmal der freiwilligen Arbeitsleistung gelten, die ohne vertragliche Verpflichtung und monetäre Gegenleistung erbracht wird und deren Ergebnis Personen außerhalb des eigenen Haushalts zugute kommt. Dies schließt reine Aufwandsentschädigungen nicht aus. Der geleistete Zeitaufwand eines einfachen Partei- oder Gewerkschaftsmitglieds oder Mitglieds eines politischen Vereins oder einer Bürgerinitiative darf in diesem Sinne nicht vergütet werden. In den traditionellen Großorganisationen spielt das ehrenamtliche Engagement eine geringere Rolle als in den Bürgerinitiativen und Freiwilligenvereinen. Geradezu typisch ist bei ersteren der zahlenmäßig deutliche Unterschied zwischen aktiver und passiver Mitgliedschaft.

## 2. Politisches Engagement

In den letzten zwei, drei Jahrzehnten haben sich zu Parteien und Gewerkschaften verschiedenste neue Organisationsformen gesellt, von der losen Bürgerinitiative und Aktionsgruppe über Vereine mit politischer Ausrichtung bis hin zu Netzwerken mit politischem Schwerpunkt, die als Ableger internationaler Organisationen oder auch eigenständig tätig sind. Diese fast immer ehrenamtlich tätigen Gruppen werden im *Bericht zum Ehrenamt 2011* des Landes im Unterschied zu Sport-, Kultur- und Sozialvereinen nicht als eigener Bereich vorgestellt (Schnock, Brigitte/Atz, Hermann 2011; dasselbe gilt für den Vorgänger-Bericht von 2001: vgl. Autonome Provinz Bozen – Südtirol 2001 sowie ASTAT 2005). Zu Unrecht, findet doch freiwilliges und gemeinwohlorientiertes Engagement genauso in solchen Vereinen statt. Man gewinnt somit den Eindruck, dass – nach offizieller Lesart – ehrenamtliche Beteiligung an der Politik in Südtirol nicht den Stellenwert und die Förderung beanspruchen kann wie eine Tätigkeit in der sozialen Betreuung, in Sportclubs und Heimatpflegevereinen. Damit folgt die offizielle Darstellung der Freiwilligentätigkeit den engen Bahnen der gesetzlichen Regelung mit ihren zwei amtlichen Verzeichnissen, stellt aber nicht die ganze Bandbreite bürgerschaftlichen Engagements dar (Autonome Provinz Bozen 2003).

In Österreich ist das anders, denn neben den Bereichen Kultur, Umwelt, Religion, Soziales, Bildung und Sport stellt der Freiwilligenbericht der Bundesregierung auch den Bereich Politik und Gemeinwesen als eigenes Tätigkeitsfeld vor (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz 2010). Mit 242.000 Freiwilligen liegt dieser Bereich im Mittelfeld der freiwilligen Betätigungsfelder, ist also alles andere als unbedeutend. So gehören 40 Nichtregierungsorganisationen zur Dachorganisation *Globale Verantwortung*, die für nachhaltige, globale, wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung tätig ist. Überschneidungen zu Bildung, Religion, Umwelt, Soziales liegen in der Natur dieses Engagements, doch im Wesentlichen wollen solche Vereine auf politischer Ebene tätig sein und Einfluss auf die Politik nehmen.

Im Bereich *Gemeinwesenarbeit* sind laut österreichischem Freiwilligenbericht 146.000 Personen als Freiwillige tätig. Dieser bezieht sich vor allem auf politische Tätigkeiten für den Wohnort und das unmittelbare Wohnumfeld (Gemeinde, Stadtviertel). Dazu gehören etwa Bürgerinitiativen für mehr Wohnqualität und lokalen Umweltschutz. In Österreich beteiligen sich 3,5 Prozent der Bevölkerung als Freiwillige im Bereich Politik und 2,1 Prozent in der Gemeinwesenarbeit. Auch in Deutschland sind laut Freiwilligensurvey 2009 2,7 Prozent der BürgerInnen in der Politik und Interessenvertretung engagiert, 1,9 Prozent im lokalen Bürgerengagement (Gemeinwesenarbeit), 1,8 Prozent in der beruflichen Interessenvertretung (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche 2010, 7). Der Anteil der tatsächlich Engagierten liegt seit 1999 stabil bei 36 Prozent, doch die Zahl der *eventuell zum Engagement bereiten Menschen* hat bis 2009 zugenommen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche 2010, 32).

In den allermeisten Freiwilligenvereinen spiegeln sich drei Grundmotive menschlicher Tätigkeit, die sich je nach Funktion verschränken und mischen: der Einsatz fürs Gemeinwohl, die Geselligkeit und die Pflege eigener Interessen. Beim Sport sind legitimerweise die beiden letzteren Motive stärker betont; beim bürgerschaftlichen Engagement steht das Wohl des Gemeinwesens und anderer Menschen im Vordergrund, auch wenn es nicht immer das Selbstverständnis der Engagierten prägt. Die Tätigkeit dieser Freiwilligen ist eigentlich genuin politisch, gerichtet auf öffentliche Anliegen größerer oder kleinerer Gemeinschaften. Wie freiwilliges Engagement allgemein hat es überpersönlichen Charakter. Wo hingegen das Individuelle im Vordergrund steht, löst sich die Besonderheit auf. Die Gemeinwohlorientierung ist bei Engagierten in Kirchen und Religionsgemeinschaften, Parteien und Bürgerinitiativen besonders hoch. Der in Deutschland geprägte Begriff des bürgerschaftlichen Engagements schließt traditionelle Formen der poli-

tischen Beteiligung und Mitbestimmung (Parteien, Gewerkschaften, Interessengruppen) und neue Formen (Bürgerinitiativen, Aktionsgruppen, transnationale Vereinigungen mit lokalen Ablegern) ein.<sup>1</sup>

Egal, ob jemand in der SVP-Ortsgruppe oder in einem Arbeitskreis der Grünen mitarbeitet, Petitionen ausarbeitet und Volksbegehren unterstützt, an Demonstrationen teilnimmt und bei Bürgerinitiativen mitwirkt: Bürgerschaftliches Engagement zielt darauf ab, mittelbar oder unmittelbar Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse auszuüben oder als engagierter Bürger oder Bürgerin etwas fürs Gemeinwohl, für Grund- und Bürgerrechte bestimmter Gruppen der Gesellschaft, für einzelne öffentliche Projekte und für die Verbesserung der Lebensbedingungen im Rahmen eines erweiterten Politikverständnisses zu tun. Diese BürgerInnen begreifen Politik nicht nur als Aufgabe von gewählten, professionellen Politikern, sondern als Bereich bürgerschaftlichen Handelns allgemein. Politisches Engagement in diesem Sinne ist Tätigkeit und Einsatz für als allgemein empfundene, öffentliche Interessen in mehr oder weniger strukturierten Gruppen unter Berufung auf halbwegs verbindliche und handlungsverpflichtende Werte. Der österreichische Freiwilligenbericht geht weiter und stellt fest: „Politische Partizipation als ehrenamtliche Tätigkeit ist ein grundlegender Pfeiler in der Wahrung und Nutzung von Demokratie“ (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz 2010, 3).

Auch die EU schließt das bürgerschaftliche Engagement in der Politik explizit in die Freiwilligentätigkeit ein und sieht diese als notwendiges Element zur Stärkung der EU-Bürgerschaft: „Die Freiwilligentätigkeit ist eng mit dem allgemeinen politischen Ziel der Kommission verbunden, das auf die Stärkung der EU-Bürgerschaft abzielt und mit dem die Bürger in den Mittelpunkt der Gestaltung der EU-Politik gerückt werden sollen. Freiwilligentätigkeit kann die Ausübung der Bürgerrechte und die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gesellschaft fördern“ (Europäische Kommission 2011a, 6; European Commission 2010). Mit einem eigenen Programm *Europa für Bürgerinnen und Bürger 2014–2020* beabsichtigt die EU, diese Tätigkeit systematisch zu fördern (Europäische Kommission 2011b).

Politisches Engagement geht somit über die Mitarbeit in Gewerkschaften und Parteien hinaus und wird erweitert zum Konzept der *aktiven Bürgerschaft* (*active citizenship*) als Anteilnahme am gesellschaftlichen Leben und Mitarbeit an der Verbesserung des demokratischen Gemeinwesens, jenseits aller möglichen Differenzen. Giovanni Moro von *Cittadinanzattiva* versteht darunter „die Vielfalt der Formen, in welchen sich Bürger zusammenschließen, Ressourcen mobilisieren und in



die öffentliche Politik eingreifen, Verantwortung übernehmen und Aufgaben ausführen, um Bürgerrechte zu schützen, Allgemeinheit zu pflegen und Personen in Problemlagen zu unterstützen“ (Moro 2011). Evers benennt die aktive Bürgerschaft folgendermaßen: „Die Dimension der Bürgerschaftlichkeit ermöglicht und erfordert Anteilnahme zwischen den Mitgliedern eines republikanisch-demokratischen Gemeinwesens, trotz sonstiger wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Differenzen. Sie zielt auf eine lebendige Debatte, aber auch auf praktisch solidarische Beiträge zur Erhaltung von Rechten und zur Wahrnehmung von Pflichten ab“ (Evers 2000, 235). Freiwilliges politisches Engagement kann als Tätigkeit zugunsten einer umfassenden Gemeinschaft oder der gesamten Gesellschaft verstanden werden, die von der Ebene des Dorfs oder Stadtteils (Bürgerinitiative zur Rettung eines baulichen Ensembles) über die Region (Verein zum Ausbau der demokratischen Mitbestimmungsrechte) und über den Staat (Promotorenkomitee zur Verhinderung der Privatisierung der Wasserversorgung) bis zur globalen Ebene (Menschenrechte, Schutz des Weltklimas, Frauenrechte usw.) reicht. Verschiedene Organisationen lassen sich aber thematisch nicht so leicht einordnen oder auf ein einziges Politikfeld eingrenzen, sondern arbeiten querbeet nach der Devise *Global denken, lokal handeln*.

### **3. Sinkendes Interesse für traditionelle Formen politischen Engagements**

In Gewerkschaften und beruflichen Interessenverbänden leisten professionelle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie für diese Arbeit von ArbeitgeberInnen freigestellte ArbeitnehmerInnen die Hauptarbeit, während einfache Delegierte an der Basis in beschränktem Umfang im Rahmen der in Tarifverträgen und Arbeitsschutzgesetzen geregelten Auszeiten ehrenamtliche Gewerkschafts- bzw. Verbandsarbeit leisten. Ähnliches gilt für die nicht vergütete Mitarbeit bei beruflichen Interessenverbänden der Unternehmer, Bauern und freien Berufe. Genauso wie in Parteien arbeiten in solchen Organisationen professionelle, entlohnte MitarbeiterInnen mit den freiwilligen, ehrenamtlichen MitarbeiterInnen zusammen.

In Südtirol waren laut ASTAT im Jahre 2006 insgesamt rund 40 Prozent der Bevölkerung sehr oder ziemlich politisch interessiert, wobei das Interesse deutlich mit dem Bildungsgrad korreliert (ASTAT 2007, Teil 3, 81–104). Gegenüber 1986 hat sich dieses Bild kaum verändert, denn 1986 interessierten sich knapp 8 Prozent stark oder sehr stark für Politik, weitere 35 Prozent bezeichneten ihr Interesse als

*mittel* (ASTAT, 1987, 128). Im Vordergrund stehen dabei politische Themen, die einen direkt betreffen, wie z. B. die Gemeindepolitik (sehr interessiert: 12,1 Prozent; sehr und sehr stark interessiert: 54,4 Prozent).

Wie eine aktuelle Stichprobenuntersuchung nachweist (ASTAT 2011a), ist das politische Interesse der Bevölkerung Südtirols keinesfalls überwältigend. 80,3 Prozent der Bevölkerung informieren sich über die italienische Politik, davon 60,9 Prozent mindestens einmal in der Woche und 19,4 Prozent mindestens einmal im Jahr. 43,9 Prozent sprechen regelmäßig über Politik, 34,9 Prozent tun dies mindestens einmal im Jahr und 21,2 Prozent nie. Vergleicht man diese Werte mit den Ergebnissen der Mehrzweckerhebung 2006, wird deutlich, dass das politische Interesse damals höher war. 82,3 Prozent der Bevölkerung haben über Politik gesprochen, 86,2 Prozent haben sich darüber informiert (ASTAT 2011a, 2–3). Im Umkehrschluss zu den 44 Prozent, die regelmäßig über Politik sprechen, kann festgestellt werden: Für 56 Prozent der Bevölkerung ist Politik absolute Nebensache.<sup>2</sup>

Bei der Freiwilligentätigkeit im Bereich Politik und bürgerschaftliches Engagement ist die Unterscheidung zwischen passiver und aktiver Mitgliedschaft höchst relevant. Sowohl bei Parteien wie bei Gewerkschaften und Unternehmerverbänden ist der überwiegende Teil der Mitglieder nicht aktiv engagiert, sondern beschränkt sich auf die Entrichtung des Mitgliedsbeitrags. Nur ein geringer Teil von Aktivisten leistet in nennenswertem Umfang regelmäßig unbezahlte Arbeit. Typisch für die politischen Großorganisationen ist der deutliche Unterschied zwischen aktiver und passiver Mitgliedschaft.

**Tabelle 1: Passive und aktive Mitgliedschaft 2006 (in Prozent bezogen auf die Bevölkerung ab 15 Jahren)**

	Aktives Mitglied (über passive Mitgliedschaft hinaus)	Passives Mitglied
Politische Partei	6,3	12,8
Gewerkschaft	10,3	24,8
Soziale-religiöse Organisation	11,0	8,3
Umweltschutz	2,6	4,0

Quelle: ASTAT 2007, Teil 3, 91

Nur etwa die Hälfte der Parteimitglieder stuft sich selbst als *aktives Mitglied* ein, während bei den Gewerkschaften die aktive Beteiligung noch deutlich geringer ist. Allerdings finden sich in diesen ASTAT-Ergebnissen auch Unschärfen, denn auf die regelmäßig für das Statistische Jahrbuch gestellte Frage der *Ausübung einer solchen Tätigkeit* antworten nochmals wesentlich weniger BürgerInnen mit Ja.

**Tabelle 2: Haben Sie in den vergangenen 12 Monaten eine der folgenden Tätigkeiten ausgeübt? (in Prozent bezogen auf die Bevölkerung ab 15 Jahren)**

	2006	2007	2008	2009	2010
Politische Partei	2,4	1,8	1,9	2,2	1,5
Gewerkschaft	1,7	1,7	1,4	0,9	0,8
Freiwilligen-Organisation	21,6	18,5	19,7	19,4	21,9
Verein/Organisation (nicht-Freiwillige)	19,2	17,2	19,3	15,8	16,9

Quelle: ASTAT Jahrbuch 2007, 231; ASTAT Jahrbuch 2008, 227; ASTAT Jahrbuch 2009, 235; ASTAT Jahrbuch 2010, 235; ASTAT Jahrbuch 2011, 235

Die Zahl der Mitglieder vor allem bei Parteien, Unternehmerverbänden, politisch aktiven Sozialverbänden und Gewerkschaften liegt beträchtlich höher als die durchschnittliche Mitgliederzahl von Freiwilligenvereinen. Bei Parteien und Gewerkschaften sind allerdings nur maximal die Hälfte der Mitglieder in irgendeiner Weise aktiv beteiligt, also über die Entrichtung des jährlichen Mitgliedsbeitrags oder des monatlichen Gewerkschaftsabzugs vom Lohn hinaus. Der wörtlich übernommene Titel der folgenden ASTAT-Tabelle ist somit doch etwas irreführend, bezieht er sich doch auf die *aktive Teilnahme*.

**Tabelle 3: Aktive Teilnahme der Bevölkerung an Vereinstätigkeiten (in Prozent der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr)**

Sind Sie Mitglied von...	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Politische Partei	11,8	13,4	11,0	11,4	9,7	11,6	8,2	8,7
Gewerkschaft	18,7	18,1	18,0	21,2	14,8	17,8	15,6	16,4
Verein/Freiwilligen-Organisation	19,1	20,4	16,7	14,9	16,9	16,6	17,4	20,6
Verein für Umweltschutz, Frieden, Bürgerrechte	2,0	3,4	2,0	2,4	2,1	2,3	2,5	2,4
Kultur-/Freizeitverein, andere Vereine	29,4	36,9	32,3	29,2	28,9	28,7	27,4	28,8
Berufsvereinigungen und Verbände				14,7	12,9	13,7	10,2	14,3

Quelle: ASTAT Jahrbuch 2004, 230; ASTAT Jahrbuch 2005, 230; ASTAT Jahrbuch 2006, 229; ASTAT Jahrbuch 2007, 231; ASTAT Jahrbuch 2008, 227; ASTAT Jahrbuch 2009, 235; ASTAT Jahrbuch 2010, 235; ASTAT Jahrbuch 2011, 235

Aus der Entwicklung der Zahlen der Mitgliedschaft bei Parteien 2004–2011 geht hervor, dass die traditionelle politische Organisationsform *Partei* in den vergangenen acht Jahren sinkende Mitgliederzahlen verzeichnet hat. Dies spiegelt sich auch in der Mitgliederzahl der größten Partei, der SVP, wider, die seit den 1990er-Jahren von gut 80.000 auf 51.400 (2011) gesunken ist (Vgl. Pallaver 2011, 185). Noch deutlicher rückläufig ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder (16,4 Prozent der über 14-Jährigen). Auch die freiwillige Tätigkeit in Parteien und Gewerkschaften

ten hat in Südtirol demnach seit 2004 deutlich abgenommen. Somit ist in Südtirol ein relativ diffuses Interesse an Politik zu verzeichnen, jedoch ein deutlich sinkendes Interesse an politischem Engagement in den traditionellen Großorganisationen.

Stabil bleibt dagegen die Mitarbeit bei Freiwilligenorganisationen, an welchen sich 2011 immerhin 20,6 Prozent der Bevölkerung beteiligt haben (ASTAT 2011c, 235). Allerdings ist damit noch nicht geklärt, ob in neuen politischen Organisationsformen (Bürgerinitiativen, Aktionsgruppen, Internet-Blogs usw.) das Verhältnis zwischen aktiven, freiwilligen und passiven Mitgliedern ähnlich beschaffen ist wie bei den traditionellen Großorganisationen. Diese Vereine sind nur zum Teil im Landesverzeichnis der ehrenamtlichen Organisationen erfasst und nicht verpflichtet, ihre Mitgliederzahlen bekannt zu geben. Ihre Rechtsform reicht von der losen Bürgerliste als wahlwerbender Gruppierung bei Gemeindewahlen über Vereine mit politischer Ausrichtung (z. B. der Südtiroler Heimatbund SHB), Ableger oder Sektionen gesamtstaatlicher oder internationaler Organisationen und Netzwerke (etwa Movimento 5 Stelle oder ATTAC, Amnesty International, UNICEF) und Bürgerinitiativen (Plattform Pro Pustertal PPP, Arge Lebenswertes Unterland ALU) bis hin zu Aktionsgruppen von Umweltschützern, Kulturschaffenden und Studenten. Allerdings ist weder die Zahl der Vereine noch die Zahl der hauptamtlichen MitarbeiterInnen und der Mitglieder dieser Organisationen statistisch erfasst (Schnock, Brigitte/Atz, Hermann 2011, 39).

Neben beruflichen Interessenvertretungen und freien Vereinen mit thematischem Schwerpunkt des Engagements können auch nicht-berufliche Interessenvertretungen, also die Vertretung ganzer sozialer Gruppen, zum Bereich des bürgerschaftlichen und politischen Engagements gezählt werden, wie z. B. der Jugendlichen (SJR), der Frauen (Dachverband der Frauenvereine), der Menschen mit Lernschwierigkeiten (People First), älterer Menschen (Senioren in der SVP), der Universitätsstudenten (SH/ASUS), der Homosexuellen (Centaurus) und dergleichen. Diese Organisationen sind zum Teil bereits im Bereich *Soziales* aufgeführt, betätigen sich aber typischerweise nicht nur in der Erbringung von Dienstleistungen für die Mitglieder, sondern auch im Feld politischer Interessenvertretung.

#### **4. Organisierte politische Teilnahme in Südtirol: ein Vergleich mit 1986**

Ist diese nachlassende Beteiligung an den politischen Großorganisationen Ausdruck einer langfristigen Tendenz und Symptom eines sinkenden politischen Interesses der Bevölkerung? Welche Bereitschaft gab es in Südtirol 1986, also vor 25 Jahren, sich am politischen Leben aktiv zu beteiligen? 1986 wird, laut Sozialem

Survey, kein anderer Lebensbereich für so unwichtig gehalten wie *Politik und öffentliches Leben*. Sehr stark oder stark interessieren sich knapp acht Prozent der Bevölkerung für Politik, während eine deutliche Mehrheit die Politik für *wenig interessant* oder *überhaupt nicht interessant* hält. Selbst unter Parteimitgliedern bezeichneten sich 1986 nur zwölf Prozent als stark interessiert. Der Bildungsgrad ist beim politischen Interesse von wesentlichem Gewicht. Dieser Mangel an Interesse ließe sich mit dem Gefühl der Ohnmacht der BürgerInnen erklären, meint Norbert Dall'Ò: „Das parteipolitische Taktieren und andere negative Erscheinungen der politischen Praxis dürften ebenfalls dazu beitragen, dass man mit dem ganzen Bereich am liebsten nichts zu tun haben möchte.“ (ASTAT 1987, 130). Das zunehmende politische Desinteresse der Bevölkerung an der Politik stand in Kontrast zur wachsenden Politisierung des gesellschaftlichen Lebens, der immer stärkeren Rolle des Staates in der Gesellschaft. Für Südtirol ergibt dies unter Bedingungen einer ausgeprägten Territorialautonomie die Bedeutung der Autonomen Provinz.

**Tabelle 4: Nutzung von Möglichkeiten sozialer oder politischer Beteiligung (Antworten Früher getan und in den letzten 12 Monaten getan)**

Aktivität	1986 in %	2006 in %
An einer Unterschriftenaktion teilgenommen	21,3	41,3
An politischer Versammlung bzw. Kundgebung teilgenommen		40,7
Mit einem Politiker oder Beamten Kontakt aufgenommen	13,9	26,0
An einer Demonstration teilgenommen	20,2	23,4
Mit den Medien Kontakt aufgenommen, selbst Meinung zum Ausdruck gebracht		12,6
Im Internet an politischen Diskussionsrunden teilgenommen		3,2
Bestimmte Produkte aus ethischen oder politischen Gründen nicht gekauft		38,4
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	12,4	
Aktive Mitarbeit in politischer Partei	4,9	6,3
Aktive Tätigkeit in einer politischen Partei (laut ASTAT Jahrbuch)		2,4
Mitgliedschaft in politischer Partei	18,9	11,0
Aktive Tätigkeit in einer Gewerkschaft		1,7
Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft	18,6	18,0
Tätigkeit in einer Freiwilligenorganisation		21,6

Quelle: ASTAT 1987, 124; ASTAT 2007a, 92; ASTAT 2007b, 231. Auswertung durch den Autor.

Vergleicht man die Erfahrungen und die Bereitschaft zu politischer Teilnahme in Südtirol in den Jahren 1986 und 2006, findet sich im Sozialen Survey keine Bestätigung für das nachlassende Engagement in Parteien, zumal die aktive Mitarbeit

in einer politischen Partei sogar bis 2006 leicht angestiegen ist. Allerdings ist die Fragestellung im Survey nicht präzise (*Früher getan bzw. In den letzten 12 Monaten getan*), weshalb der Befund des ASTAT-Jahrbuchs (2,4 Prozent geben an, in den letzten 12 Monaten vor der Befragung aktiv in einer politischen Partei tätig gewesen zu sein) als glaubwürdiger betrachtet werden kann.

*„Die hohe Organisationsdichte politischer Parteien unter der deutschsprachigen Bevölkerung hängt sicher mit der Rolle der SVP als ethnischer Sammelpartei zusammen, die vor allem im Kampf um die Minderheitenrechte erstarkt ist. Die berufsspezifischen Unterschiede deuten aber darauf hin, dass sich daneben auch die Vertretung ständischer Interessen durch diese Partei, insbesondere des Bauernstandes, auswirkt“.* (ASTAT 1987, 128)

Betrachtet man die Entwicklung des Engagements in Parteien für den gesamten Zeitraum 1986–2010 wird das Bild ziemlich deutlich. Hatten 1986 noch 4,9 Prozent der Bevölkerung angegeben, aktiv in einer Partei mitzuarbeiten, waren dies 2010 nur mehr 1,5 Prozent gewesen (vgl. Tabelle 2 oben). Waren 1986 noch 18,9 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren Mitglied in einer Partei, verzeichnete das ASTAT für 2011 nur mehr 8,7 Prozent Parteimitglieder (ASTAT 2011c, 231). Auch die Gewerkschaftsmitgliedschaft – in Südtirol ohnehin nie besonders hoch – hat nachgelassen: Von 18,6 Prozent (1986) sank sie auf 16,4 Prozent (2011). Die aktive Mitarbeit bei einer Freiwilligenorganisation ist dagegen seit 2007 deutlich angestiegen (von 14,4 auf 20,6 Prozent). Auch die Mitwirkung bei Kultur- und Freizeitvereinen hält sich stabil bei rund 29 Prozent der Bevölkerung (ASTAT 2011c, 231).

1986 haben 12,4 Prozent der BürgerInnen Erfahrungen in der aktiven Mitarbeit in einer Bürgerinitiative angegeben, während die entsprechende Angabe im ASTAT-Survey 2006 fehlt. Sieht man sich das entsprechende Bild 20 Jahre später an, ist immerhin die Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftenaktionen, an der Kontaktaufnahme mit Politikern und sogar die Mitarbeit bei politischen Parteien gestiegen. 2006 sagen 83 Prozent, sie könnten sich die Mitarbeit bei einer Bürgerinitiative vorstellen, 74 Prozent die Unterstützung eines Volksbegehrens. Die Mitgliedschaft in Parteien lehnten dagegen schon 1986 prinzipiell 70 Prozent der Bevölkerung ab. Theoretische Bereitschaft und praktische Schritte klaffen allerdings weit auseinander, denn in den Jahren seit dem ersten Sozialen Survey 1986 gab es kaum Volksbegehren und auch die Zahl der Bürgerinitiativen war weit geringer als die allgemeine Beteiligungsbereitschaft vermuten ließe. Der Autor Norbert Dall'Ò kommt zum Schluss, „dass sich vor allem gesellschaftlich privilegierte Gruppen am politischen Leben beteiligen“ (ASTAT 1987, 127).

Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder und Parteimitglieder in der Bevölkerung und damit der Stellenwert der traditionellen Großorganisationen für die politische Beteiligung sinkt somit langsam, aber stetig. Andererseits haben „neben den klassischen Beteiligungsformen in einer repräsentativen Demokratie in den letzten Jahrzehnten auch neue Formen wie Bürgerinitiativen, Protestkundgebungen oder Aktionen gewaltfreien Widerstands zunehmend an Bedeutung gewonnen, die mehr von außen auf das politisch-administrative System Einfluss zu nehmen versuchen“ (Dall’Ò, ASTAT 1987, 123). „Von den Bürgern werden direktdemokratische Formen der Teilnahme am politischen Leben (Bürgerinitiativen, Volksbegehren) mehr geschätzt als die Mitarbeit in Parteien oder die Kontaktaufnahme mit Politikern“, befand 1987 Norbert Dall’Ò (ASTAT 1987, 135). Dies darf den Verantwortlichen der Bürgerinitiativen und Umweltschutzvereinen nicht allzu sehr die Brust schwellen lassen, denn 2006 wirken nur 2,6 Prozent der Bevölkerung aktiv und vier Prozent passiv in einem solchen Verein mit. 1986–2006 kam ein einziges Volksbegehren an den Landtag zustande, nämlich für die Einführung eines Landesgesetzes zur direkten Demokratie. Auch im Zeitraum 2006–2011 wurde das Landesgesetz Nr. 11/2005 über Volksabstimmungen ein einziges Mal von zwei Bürgerinitiativen genutzt, nämlich für fünf Gesetzesvorlagen, über die in Südtirol am 25.10.2009 bei der ersten landesweiten Volksabstimmung abgestimmt wurde. Drei dieser Volksbegehren waren von einer Partei vorgelegt worden (Union für Südtirol), nur zwei von freien Vereinen (Initiative für mehr Demokratie, Dachverband für Natur- und Umweltschutz).

## 5. Tendenzen im bürgerschaftlichen Engagement

Bei der Freiwilligenarbeit im Bereich Politik und bürgerschaftliches Engagement lassen sich auch in Südtirol Entwicklungen beobachten, die außerhalb des Landes seit Längerem deutlich hervortreten. Pluralisierung, Projekt- und Gemeinwesenorientierung, Virtualisierung und Globalisierung können als Stichworte diese Entwicklung nur zum Teil markieren.

a) **Pluralisierung** betrifft sowohl die Auffächerung der Vereine und Organisationen nach Tätigkeiten und Zielen, aber auch die Motive der freiwilligen Mitarbeiter:

*„Individuen sind heute stärker für die aktive Konstruktion ihrer Lebensläufe zuständig, wodurch berufliche ‚Verwertbarkeit‘ von ehrenamtlichen Aktivitäten und Ausgleich zum beruflichen Feld an Bedeutung gewinnen. Insbesondere beim Einstieg in das Berufsleben können junge Erwachsene Wert darauf legen, dass sich das freiwillige Engagement in ihren persönlichen Lebenslauf einfügt. Die Entschei-*

*derung, sich ehrenamtlich zu engagieren, wird insgesamt bewusster getroffen. Freiwillige wählen ihre Betätigungsbereiche kritischer aus und informieren sich im Vorfeld über die Möglichkeiten und Ziele in verschiedenen Einrichtungen. Die Entscheidung fällt in der Folge interessengeleitet und weniger sozial vorbestimmt. Daher steigt auch die Bedeutung der Freiwilligenzentren, die als Vermittlungsinstanzen zwischen Organisationen und Freiwilligen agieren sowie entsprechende Beratung und Öffentlichkeitsarbeit leisten. Für die Organisationen wird die Außen-darstellung immer wichtiger, um bei potenziellen Freiwilligen zu punkten“.* (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz 2010, 178)

Im Unterschied zu früher, als man in der Regel jahrzehntelang Mitglied derselben Partei oder Gewerkschaft zu sein pflegte, hat diese Pluralisierung der Motive zu einer kürzeren Bindungsdauer bei den Freiwilligenorganisationen geführt. Zusammengehörigkeit wird dabei immer mehr von situativ oder institutionell Betroffenen hergestellt. Vorübergehend geteilte Anliegen – z. B. während des Studiums oder der ersten Zeit der Elternschaft – sind Grundlage für Engagement und aktive Beteiligung.

b) Motive und Einstellungen der Freiwilligen im Bereich Politik haben sich in den letzten Jahrzehnten zum zeitlich und sachlich begrenzten Engagement für oder gegen ein *Projekt* hin verändert. Dieser Trend zur **Projektbezogenheit**, also bürgerschaftliches Engagement für oder gegen ein konkretes, überschaubares Projekt, lässt sich aus der zunehmenden Zahl von Beteiligten bei Freiwilligenorganisationen gegenüber der abnehmenden Zahl an Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern herauslesen (ASTAT 2011a, 6). Man tut sich immer schwerer, sich einer ideologiebestimmten Groß-Formation anzuschließen, findet eher zu überschaubaren Vereinen und Gruppen, die ein konkretes Projekt im unmittelbaren Lebensumfeld verwirklichen oder ein als bedrohlich empfundenes Projekt verhindern wollen. Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Politik drückt sich somit aus in konkreter projektbezogener Mitarbeit bei Bürgerinitiativen, in Gruppen, die Bürgerrechte umsetzen wollen und im Ansatz des *empowerment*: Sozial schwächere oder subalterne Gruppen sollen in die Lage versetzt werden, ihre Interessen zu vertreten und an Politik und Gesellschaft gleichberechtigt teilzuhaben.

c) Wachsende **Virtualisierung**: Abgesehen von der allgemein immer stärkeren und unverzichtbaren Nutzung elektronischer Kommunikation in jeglicher denkbaren Zweckverwendung, hat das Internet für die Freiwilligenarbeit viele neue Handlungsfelder erschlossen. Die Blogs, die Online-Plattformen, die Netzbildung und Webseiten-Präsentation sind sehr arbeitsintensiv. Die politische Kommunikation sowohl im internen wie auch im öffentlichen Bereich hat sich stark ins Netz verlagert. Das bedeutet, dass ehrenamtliche, freiwillige Tätigkeit im Bereich Poli-



tik viel besser auf virtueller Basis und ohne gemeinschaftliches Tun vor Ort auskommt als etwa Kultur, Sport und Soziales. Die Vernetzung insgesamt ist fürs freiwillige Engagement sehr nützlich. Elektronische Börsen werden ins Leben gerufen und gewartet, Agenturen des freiwilligen Engagements und Freiwilligenorganisationen insgesamt sind mit ihren Angeboten im Internet präsent und ergänzen damit die persönliche Ebene vor Ort:

*„Beteiligung wird ebenfalls im Internet praktiziert. Tätigkeiten, die sich im und über das Internet bewerkstelligen lassen, sind etwa die Herstellung und Wartung von Wissensplattformen, Diskussionsforen oder elektronischen Kampagnen. Das Internet als lebendiges Netz enthält lokale und transnationale Inhalte, die vielfach im freiwilligen Engagement betreut werden. Demokratiepolitisches Potenzial haben insbesondere elektronische Befragungen und Abstimmungen. Damit öffnet sich eine neue virtuelle Lokalität und es entstehen Communities, die sich mit dem gemeinwesenverhafteten Ehrenamt verbinden, das an örtliche Gegebenheiten und Sozialkontakte geknüpft ist.“* (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz 2010, 181–182)

d) **Globalisierung.** Dieses Stichwort hat in der Freiwilligenarbeit eine zweifache Bedeutung: Zum einen werden zunehmend außerhalb des Lebensumfelds (außerhalb Südtirols und Europas) Einsatzmöglichkeiten in Freiwilligentätigkeiten angeboten und genutzt, wie z. B. in der humanitären Entwicklungszusammenarbeit. Zum anderen wird das Engagement im Bereich Politik aus einer globalen Perspektive heraus aufgebaut und verstanden:

*„Globalisierung lässt freiwilliges Engagement grenzenlos werden, macht aber auch die begrenzten Ressourcen und kollektiven Irrtümer sichtbar, gegen die freiwilliges Engagement antritt. Internationale NROs vertreten Anliegen, die globalen Problemen z. B. bei Menschenrechten und Umweltschutz entsprechen.“* (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche 2010, 17)

## 6. Bürgerschaftliches Engagement in Südtirol nur geringgeschätzt?

Für die Zukunft wird deshalb zu erwarten sein, dass das traditionelle Ehrenamt in Partei, Gewerkschaft und sozialer Großorganisation zwar weiterhin Bedeutung haben wird, sich aber auch neue Formen bürgerschaftlichen Engagements einbürgern werden, nicht zuletzt auch als Ausdruck einer selbstbewussten Zivilgesellschaft. Wenn Werte wie Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung eine zunehmend größere Rolle spielen, heißt dies nicht, dass Solidarität und Gemeinwohlorientie-

rung verschwinden werden. Menschen wollen durchaus anderen helfen, aber sie möchten dabei auch Spaß haben, Freundschaft und Geselligkeit pflegen. Wichtig ist ihnen auch, sinnvolle Aufgaben zu erfüllen, die sie selbst mitgestalten können und die ihnen Gewinn an Kompetenzen und sozialen Beziehungen bringen.

Eine moderne Gesellschaft kann ihre Mitglieder – außer zur Einhaltung der Gesetze – zu nichts verpflichten; sie muss ihre Privatsphäre respektieren, während moralisch begründete Postulate für mehr persönlichen Einsatz für das Gemeinwohl der großen Glaubensgemeinschaften vor allem bei jüngeren Generationen an motivierender Kraft verloren haben. So wird politisches Engagement immer mehr persönlich entwickelter Ausdruck der Mitverantwortung fürs *Ganze*, aber auch Ausdruck der persönlichen Suche nach sinnstiftender Tätigkeit für die Gesellschaft und des Bedürfnisses nach Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft.

In diesem Sinne ist *Bürgerschaftlichkeit* als lokale Mit-Bürgerschaft zu sehen. Sie ermöglicht in einer Gesellschaft mit geringerer räumlicher Zusammengehörigkeit, Zugehörigkeit und Nähe herzustellen und Solidarität im Sinne geteilter Werte zu erleben. *Bürgerschaftlich* heißt dann: Man begegnet sich nicht nur als Nachbarn, Kollegen oder Mitglieder situativer beruflicher (z. B. Berufsverband) oder privater (z. B. Elterngruppe einer Kindertagesstätte) Gemeinschaften, sondern als mitverantwortliche Bürger eines Gemeinwesens. Diesen Gemeinsinn als motivierende Kraft für aktives Engagement für öffentliche Interessen hatten wohl die Verfassungsgesetzgeber vor Augen, als der Art. 118 der italienischen Verfassung verabschiedet wurde, dessen Absatz 4 lautet: „Staat, Regionen, Großstadtgebiete, Provinzen und Gemeinden fördern die eigenverantwortliche Initiative der Bürger, ob einzeln oder als Gruppe, zur Durchführung von Tätigkeiten im allgemeinen Interesse gemäß dem Prinzip der Subsidiarität.“

Auch in Südtirol gilt es – neben den Bereichen Sport und Freizeit, Gesundheit und Soziales, Bildung und Kultur, Landschafts- und Umweltschutz – das ehrenamtliche Engagement in der Politik gleichrangig zu würdigen, nämlich als Form der Selbstorganisation, Interessenbündelung und Teilhabe an der Gestaltung des Gemeinwesens. Auch dies kann der Politikmüdigkeit entgegenwirken, die selbst der Landeshauptmann in seiner Haushaltsrede im Dezember 2011 beklagt hat.

Politische Partizipation als eine Beteiligungsform ist ein grundlegender Pfeiler in der Wahrung und Nutzung von Demokratie, indem sich BürgerInnen aktiv mit politischen Themen auseinandersetzen oder diese mitentscheiden. In Ländern mit langjähriger demokratischer Tradition besteht ein höheres Partizipationsniveau. Somit steht bürgerschaftliches Engagement auch in direktem Zusammenhang mit Formen der direkten Demokratie. Je mehr die Bürger an direkten Einfluss- und

Entscheidungsmöglichkeiten haben, desto aktiver bringen sie sich ein. Doch „bedarf die deliberative Demokratie“, so Stefano Zamagni in seinem sehr akademischen Kurzbeitrag im Bericht zum Ehrenamt in Südtirol 2011, „der Verbreitung von Teilnahmepraktiken unter den BürgerInnen. Der unermessliche Wert der ehrenamtlichen Organisationen liegt deshalb darin, zum Gebrauch der Demokratie zu erziehen und damit zur Verbreitung von echten deliberativen Erfahrungen beizutragen.“ Würde dieser Wert in Südtirol tatsächlich erkannt und geschätzt, wäre dem bürgerschaftlichen Engagement in der Politik auch seitens der Institutionen entsprechende Anerkennung und Förderung einzuräumen.

---

## Anmerkungen

- 1 Adalbert Evers und Thomas Olk begreifen das bürgerschaftliche Engagement in einem weiter gefassten Kontext als eine soziale Institution, deren Ausdrucksformen und Verbreitung von landesspezifischen kulturellen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen geprägt ist. „In diesem Sinne wird bürgerschaftliches Engagement dadurch beeinflusst, wie Verantwortlichkeiten zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verteilt werden und welche normativen Erwartungen sich in der politischen und sozialen Kultur an die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger herausgebildet haben. Es geht dabei um die gesamte Kultur des Engagements in seinen vielfältigen Ausdrucks- und Organisationsformen – nicht ausschließlich um das herkömmliche Ehrenamt im Sinne der Übernahme langfristiger, verbindlich geregelter Aufgaben in einem festen organisatorischen Rahmen, sondern um das gesamte Spannungsfeld von (a) politisch-sozialer Beteiligung, (b) materieller Hilfe und Selbstorganisation sowie (c) geselliger Alltagsgestaltung mit sozial-integrativen Nebeneffekten.“ (Evers/Olk, 2002, 6)
- 2 Auch Demonstrationen erfreuen sich in Südtirol keiner großen Beliebtheit. Insgesamt haben in den zwölf Monaten vor der Erhebung 2,9 Prozent der Bevölkerung an einer Demonstration teilgenommen. Am größten ist die Demonstrationsbereitschaft bei SchülerInnen und StudentInnen (13,5 Prozent). Die Teilnahme an politischen Debatten steigt mit zunehmendem Studientitel. Rund ein Viertel der SchülerInnen oder StudentInnen nimmt daran teil (24,4 Prozent). Insgesamt sind es 23,1 Prozent der Südtiroler Bevölkerung (ASTAT 2011a, 9). Amtierende PolitikerInnen würden hier dagegenhalten, dass ihre Arbeit zur Zufriedenheit der Menschen führt und in Südtirol kaum ein Grund fürs Demonstrieren gegeben ist.

---

## Literaturverzeichnis

- Autonome Provinz Bozen – Südtirol, Amt für Kabinettsangelegenheiten* (Hg.) (2001). Das Ehrenamt in Südtirol und Nonprofit-Zählung in Südtirol, Bozen: Autonome Provinz Bozen
- Autonome Provinz Bozen – Südtirol, Amt für Kabinettsangelegenheiten* (Hg.) (2003). Handbuch für die ehrenamtlichen Organisationen in Südtirol, 2. aktualisierte und ergänzte Auflage, Bozen: Autonome Provinz Bozen
- ASTAT (1987). Sozialer Survey. Meinungen, Werte und Lebensformen in Südtirol, ASTAT-Schriftenreihe Nr. 20, Bozen: Autonome Provinz Bozen – Südtirol ASTAT
- ASTAT (2001). Nonprofit in Südtirol 1999, ASTAT-Schriftenreihe Nr. 88, Bozen: Autonome Provinz Bozen – Südtirol ASTAT
- ASTAT (2005). Ehrenamtliche Organisationen in Südtirol 2004, ASTAT-Info Nr. 21 vom November 2005, Bozen: Autonome Provinz Bozen – Südtirol ASTAT

- ASTAT (2007a). Lebensformen und Werthaltungen in Südtirol 2006, ASTAT-Publikation Nr. 131, Bozen: Autonome Provinz Bozen – Südtirol ASTAT
- ASTAT (2007b). Statistisches Jahrbuch für Südtirol 2007, Bozen: Autonome Provinz Bozen – Südtirol ASTAT
- ASTAT (2008). Statistisches Jahrbuch für Südtirol 2008, Bozen: Autonome Provinz Bozen – Südtirol ASTAT
- ASTAT (2009). Statistisches Jahrbuch für Südtirol 2009, Bozen: Autonome Provinz Bozen – Südtirol ASTAT
- ASTAT (2010). Statistisches Jahrbuch für Südtirol 2010, Bozen: Autonome Provinz Bozen – Südtirol ASTAT
- ASTAT (2011a). Soziales Engagement und politisches Interesse, Ergebnisse der Mehrzweckerhebung, ASTAT-Info Nr. 9, 02/2011, Bozen: Autonome Provinz Bozen – Südtirol ASTAT
- ASTAT (2011b). Lebenszufriedenheit und zwischenmenschliches Vertrauen, ASTAT-Info Nr. 45, Mehrzweckerhebung 08/2011, Bozen: Autonome Provinz Bozen – Südtirol ASTAT
- ASTAT (2011c). Statistisches Jahrbuch für Südtirol 2011, Bozen: Autonome Provinz Bozen – Südtirol ASTAT
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2010). Freiwilliges Engagement in Österreich, Freiwilligenbericht, Wien. <http://www.bmask.gv.at> (28.12.2011)
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche (2010). Hauptbericht des Freiwilligen-survey 2009, Zusammenfassung, München: vorgelegt von TNS Infratest
- European Commission (2010). Volunteering in the European Union. Final Report, Brussels. <http://www.ec.europa.eu/citizenship> (21.12.2011)
- Europäische Kommission (September 2011a). Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Mitteilung zu EU-Politik und Freiwilligentätigkeit: Anerkennung und Förderung grenzüberschreitender Freiwilligenaktivitäten in der EU. [ec.europa.eu/citizenship/pdf/doc1315\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/citizenship/pdf/doc1315_en.pdf) (20.12.2011)
- Europäische Kommission (2011b). Vorschlag für eine Verordnung des Rates über das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ für den Zeitraum 2014–2020. [www.europa.eu/volunteering](http://www.europa.eu/volunteering) (14.12.2011)
- Evers, Adalbert (2000). Warum sich engagieren?, in: Wagner, Bernd (Hg.). Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur, Bonn: Klartext Verlag, 235–244
- Evers, Adalbert/Olk, Thomas (2002). Bürgerengagement im Sozialstaat – Randphänomen oder Kernproblem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B9/2002, 6–14
- Klein, Ansgar (2007). Bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Reformpolitik, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Der Bürger im Staat. Bürgerschaftliches Engagement, 4-2007, 212–217
- Moro, Giovanni (2011). Chi siamo. [www.cittadinanzattiva.org](http://www.cittadinanzattiva.org) (29.12.2011)
- Pallaver, Günther (2011). *The Südtiroler Volkspartei*, in: Elias, Anwen/Tronconi, Filippo (Hg.). *From Protest to Power. Autonomist parties and the challenges of representation* (Studien zur politischen Wirklichkeit, hg. von Anton Pelinka, Bd. 26), Wien: Braumüller, 171–193
- Schnock, Brigitte/Atz, Hermann (Hg.) (2011). Bericht zum Ehrenamt und zum freiwilligen Engagement in Südtirol 2011, Bozen: apollis

## Abstracts

### **Il volontariato e l'impegno civico nella partecipazione diretta alla politica meritano più attenzione e riconoscimento**

Il Sudtirolo vanta un'articolata cultura di volontariato civile, basata su quasi 2.000 associazioni di volontariato, la cui attività spazia dal settore sociale, dell'educazione, della tutela dell'ambiente a quello sportivo e culturale. Associazioni di volontariato che esprimono il bisogno di partecipazione politica in un senso più ampio non figurano invece nei registri provinciali e statali ufficiali. Negli ultimi decenni anche in Sudtirolo si sono sviluppate diverse forme di impegno e di partecipazione politica. Si tratta di iniziative civiche, gruppi di azione, comitati, associazioni a carattere politico – un segmento variopinto di impegno civico e volontario che viene quasi ignorato dal “Rapporto sul volontariato 2011” della Provincia autonoma di Bolzano. A torto, conclude questo saggio, trattandosi dell'espressione concreta della voglia di partecipazione diretta dei cittadini alla politica. L'articolo illustra aspetti essenziali dell'impegno civico per interessi generali. Si ricostruisce l'andamento nell'impegno politico in Sudtirolo fra il 1986 e il 2006 sia nelle forme tradizionali sia in quelle di iniziative libere, e si accenna ad alcune nuove tendenze con cui i volontari “politici” sono confrontati nelle loro attività.

## Le volontariat y l'impëgn zivich tla partezipaziun direta ala politica se mirita plü atenziun y reconescimënt

Südtirol à na cultura valgama svilupada por éi che reverda le volontariat zivil, cun incër 2.000 assoziaziuns y uniuns zënza fins de davagn. Sües ativitês va dal setur sozial a chël dl'educaziun y dla sconanza dl ambiënt y a chël sportif y cultural. Assoziaziuns de volontariat che se dà jö diretamënter cun chestiuns politiches de vigni sort, ne vëgn nia tutes sô ti registri provinziai y statai ofiziai. Ti ultims dezenns s'âl incé svilupé te Südtirol de plü manires nôies de fâ ativité politica. Al vëgn metü a jì scomenciadies ziviches, metü sô grups d'aziun, comitês, assoziaziuns cun fins politics tlers, mo la majera pert de chëstes ne vëgn gnanca nominades tla „Relaziun sön le volontariat 2011“ dla Provinzia Autonoma de Balsan. Tl articul vëgnel splighé che chësc n'è nia legitim, dal momënt che chëstes assoziaziuns y initiatives é espresciun concreta dl interès di zitadins de tó pert di retamënter ala politica, a pêr ala rapresentanza politica ti governs de livi desvalis. L'articul spliga le svilup de chësta sort de engajamënt politich di zitadins de Südtirol y alza fora n valgönes tendënzes nôies, cun chëres che i volontars „politics“ vëgn confrontà.

### Volunteering in Politics and Civil Engagement Undervalued in South Tyrol

South Tyrol has a highly developed tradition of volunteering, the result of its almost 2,000 associations and non-profit organisations. The wide array of activities of these groups range from social assistance to protection of the environment and from education to sports and culture. Voluntary associations working on all different kinds of political issues, however, are not allowed to list themselves as non-profit organisations in the official register of the province. During the last decades, various new forms of political activity have indeed gained ground: there are civic initiatives, action groups, single-issue committees, and associations with goals that are clearly political. Most of these, however, do not appear in the Autonomous Province of Bozen's 2011 official report on volunteering. This article argues that this is a misguided since such groups and initiatives evince an interest in direct political participation on the part of the citizens. The article also outlines key aspects of civic involvement for general public interest. In addition, it reconstructs trends in political involvement in South Tyrol between 1986 and 2006, both in traditional form and free initiatives, and mentions some new tendencies with which political volunteers are currently faced.

**7. Rezensionen**  
**Recensioni**

A series of horizontal dashed lines for writing.



**Angelo d’Orsi: L’Italia delle idee. Il pensiero politico in un secolo e mezzo di storia. Milano/Torino: Bruno Mondadori, 2011**

Italiens Gedenkjahr 2011 anlässlich der 150-jährigen Staatsgründung hatte bereits einige politisch motivierte Anlaufschwierigkeiten, doch konnte dies bestenfalls den Absatz, aber nicht die Produktion von entsprechender Fachliteratur einbremsen. Mit einer gut 400 Seiten starken Darstellung ausgewählter Themen der politischen Ideengeschichte des Landes hat auch Angelo d’Orsi, Professor an der Fakultät für Politikwissenschaft an der Università di Torino, an der Entstehung der jüngsten Publikationswelle mitgewirkt.

D’Orsi erzählt die wechselvolle Geschichte Italiens anhand der Entwicklung gegensätzlicher wie einander wechselseitig beeinflussender politischer Ideen, ohne jedoch den Anspruch auf Vollständigkeit seiner Darstellung zu erheben. Über die Freilegung ausgewählter geistiger Fundamente eröffnet er geschichtliche Einblicke in die Beschaffenheit politischer Institutionen und in die Dynamiken gesellschaftlicher Diskussionskultur. Der Aufbau des Bandes erfolgt dabei chronologisch, beginnt mit den unterschiedlichen Konzepten für das 1861 geeinte Königreich und führt bis zur Darstellung der politischen Debatten, die der ideologischen Postmoderne unter Silvio Berlusconi ihre eigenwillige Prägung verliehen haben.

Entlang des chronologischen Fadens werden zwölf Kapitel angeordnet, die jeweils zentrale Leitdebatten eines historischen Zeitabschnitts illustrieren. Am Beginn stehen die Denker des Risorgimento rund um Giuseppe Mazzini, Camillo Benso Cavour, aber auch Carlo Cattaneo mit seiner gescheiterten föderalen Staatskonzeption. Sprachlich gewandt illustriert d’Orsi den steinigen Weg der Demokratisierung, an dem Ende des 19. Jahrhunderts eine noch diffuse Protestbewegung anarchistisch-sozialistischer Prägung ebenso beteiligt ist wie eine Vielzahl an bürgerlichen Intellektuellen: Benedetto Croce, Gaetano Mosca, Vilfredo Pareto und

andere. Große Bedeutung schenkt d’Orsi dem Heranreifen des imperialistisch nach außen gerichteten Nationalismus, dessen Tendenzen sich zum späteren Faschismus fortentwickeln. In einer mehrstufigen Darstellung zeigt d’Orsi die gedankliche Verschmelzung des Sozialisten Benito Mussolini mit den heroischen Utopien Gabriele D’Annunzios und dem Futurismus eines Filippo Tommaso Marinetti. Alle drei liefern gegen Ende des Ersten Weltkriegs wichtige Beiträge zum durchaus widersprüchlichen *patchwork* des Faschismus, in dem sich später auch rassistische Denker wie Julius Evola ungehindert entfalten können.

Der Autor macht keinen Hehl daraus, dass seine Sympathien jenen gehören, die sich gedanklich gegen diese Entwicklung gestellt haben. Breiten Raum nimmt dabei die Darstellung des umfangreichen Werks von Antonio Gramsci ein, den d’Orsi nicht nur von seiner marxistischen Seite zeigt. Im Kontext des intellektuellen Exils um Carlo Rosselli und des bewaffneten Widerstands gegen die deutsche Okkupation eines Leone Ginzburg und anderer verdeutlicht er vor allem die intensive moralische Überzeugung dieser Denker unterschiedlicher ideologischer Provenienz. In vielen Fällen haben sie aus politischen Gründen lange Gefängnisstrafen in Kauf genommen – und in letzter Konsequenz mehrfach mit ihrem eigenen Leben bezahlt.

Wiederaufbau und Restauration begannen nach 1945 nicht nur materiell, sondern ebenso ideell, wobei d’Orsi hier den Rückgriff auf liberale, katholische, kommunistische wie (neo)faschistische Traditionen vor allem unter dem Gesichtspunkt der halbherzigen Abrechnung mit dem Faschismus und der verpassten Chance eines fundierten demokratischen Neubeginns betrachtet. Als Versäumnisse konstatiert er im Wesentlichen den gescheiterten Brückenbau zwischen den demokratischen Parteien auf den Fundamenten der *Resistenza*, der zur Lösung tiefer sozialer Konflikte (etwa zwischen Nord und Süd) hätte beitragen können.

Im letzten Kapitel widmet sich der Autor schließlich der ideologischen Selbstkritik, die sich ab Mitte der 1950er-Jahre abzeichnet und in den verschiedenen Denkschulen eine schleppende Veränderung in Gang gesetzt hat. Wiederum wird der Kommunistischen Partei große Beachtung geschenkt – ihrer Abnabelung von stalinistischen Traditionen ebenso wie dem späteren Ausschluss junger Kritiker vom Schlag eines Pier Paolo Pasolini. Aus dem katholischen Milieu behandelt der Autor vor allem Dissidenten wie Don Lorenzo Milani, die Türen nach links und gleichzeitig zur Jugendbewegung der 68er geöffnet haben, welche auch in Italien eine (wenn auch bescheidene) Frauenbewegung hervorgebracht hat. Anfang der 1990er-Jahre gipfelt diese geistige Liberalisierung letztendlich im Zusammenbruch der großen Ideologien, wodurch der parteipolitische Überbau in eine bis dato anhaltende Legitimationskrise gestürzt wird.

Im abschließenden Epilog benennt d’Orsi deren wichtigste Facetten, wobei ihm eine ebenso detaillierte wie pointierte Darstellung der ideologischen Verkaufsstrategien Silvio Berlusconis gelingt. Über den Verweis auf dessen mediale Selbstinszenierung, sprachliches Vokabular und den Rückgriff auf altbewährte Feindbilder zeigt er, wie eine mündige Bevölkerung (und ihre Intellektuellen) im Netz neuer Kommunikationskanäle zum anonymen Publikum degenerieren. Neben historischen Parallelen zu autoritären Entwicklungen der Vergangenheit stellt der Autor die Tristesse einst überzeugter, heute desillusionierter DemokratInnen sowie die zarten Ansätze neuer, jugendlicher Basisbewegungen, in die er seine Hoffnungen für die Zukunft setzt.

Obwohl das Buch im Wesentlichen als Lesebuch konzipiert und entsprechend verständlich geschrieben ist, lässt die schiere Fülle an Informationen eine vollständige Lektüre dennoch zur Herausforderung werden. Zudem handelt es sich bei den versammelten politischen Denkern und ideologischen Strömungen zumindest in Fachkreisen vielfach um alte Bekannte. Gleichzeitig blendet der Autor immer wieder auf eine epochenübergreifende Ebene, auf der mitunter die tiefen Wurzeln sozialer Problemstellungen ersichtlich werden. Dadurch erklärt sich ebenso die Widersprüchlichkeit einiger politischer Debatten der Gegenwart.

Die Auswahl und Gewichtung der behandelten Strömungen und Ideen ist bewusst nicht wertfrei und zeigt d’Orsis Sympathie für die Randfiguren, die vielfach Rufer in der Wüste bleiben, aber zur Weiterentwicklung einer wertebasierten Gesellschaft unerlässliche Beiträge leisten.

Joachim Gatterer

*joachim.gatterer@involved.it*

**Stefano Fait/Mauro Fattor: Contro i miti etnici. Alla ricerca di un Alto Adige diverso. Bolzano: Edition Raetia, 2010**

*In Südtirol gibt es “deutsche” und “italienische” Mythen.*

Dietmar Larcher

Occuparsi di Alto Adige-Südtirol parlando di miti non è qualcosa di nuovo. Nel 2005 Dietmar Larcher, Wolfgang Schautzer, Marion Thuswald e Ute Twrdy pubblicarono un interessante volume intitolato *Fremdgehen. Fallgeschichten zum Heimatbegriff* (Drava Klegensfurt/alpha beta Meran) nel quale si poteva apprezzare un approccio metodologico d'ispirazione decostruzionista. Ecco come Dietmar Larcher – nel saggio esplicitamente dedicato al Sudtirolo – descriveva la funzione dei miti sulla scorta di autori quali Mircea Eliade, Roland Barthes e Theodor Wiesengrund Adorno: “*Mythen sind [...] Instrumente der Exklusion. Sie verdecken die Realität und schließen wichtige Teile der Bevölkerung aus. Sie machen die Bevölkerung besser beherrschbar. Sie verleihen Identität...*” (pag. 169). La parola identità assume qui un'accezione negativa (viene infatti definita “*höchst fragwürdig, gefährlich*”) e il sottinteso è che se ne potrebbe (o dovrebbe) fare volentieri a meno per depotenziare, se non proprio scardinare, i più nocivi effetti di potere che ad essa (o meglio, alla sua manipolazione) si legano. In una recente monografia dedicata proprio al concetto di identità, Francesco Remotti ha cercato di distinguere la pratica dell'identità da quella del riconoscimento. Opponendo richieste di riconoscimento identitarie a richieste di riconoscimento non identitarie – così Remotti – dovrebbe essere possibile decostruire in profondità il riferimento sostanzialistico delle prime e quindi prendere congedo da una nozione di identità intesa come difesa e affermazione di un'integrità che “non sopporta di essere scalfita” e che può facilmente degenerare in delirio di *purezza*: “e qui cominciano i guai, perché si sa che, quando c'è di mezzo la *purezza* della nostra essenza (*finta, immaginata*), non c'è molto da

attendere perché il sangue (*reale*) cominci a scorrere” (Francesco Remotti, *L'ossessione identitaria*, Laterza, Bari-Roma: 2010, pag. XIII, corsivi di FR).

Ora, per fortuna in Alto Adige-Südtirol di sangue non ne scorre più da tempo (gli ultimi attentati sono accaduti alla fine degli anni ottanta). Tuttavia, uno stato di latente tensione (perlopiù a livello di contrapposizione simbolica e di conflitto rappresentato) continua a caratterizzare i rapporti tra i principali gruppi linguistici residenti in questa terra di confine, causando una notevole dispersione di energie positive. Con la monografia *Contro i miti etnici*, l'antropologo trentino Stefano Fait e il giornalista Mauro Fattor hanno inteso offrire un contributo originale al lavoro di decostruzione al quale si accennava, cercando di descrivere con accenti critici come il “sistema Südtirol” si sia potuto affermare sfruttando le narrazioni mitologico-identitarie a scapito di un'evoluzione più compartecipata ed equilibrata dell'autonomia, implicando con ciò una violenta costrizione del potenziale umano che dovrebbe risultare invece per definizione irriducibile a categorie astrattamente collettive.

“Nell'Alto Adige di inizio millennio – scrive Stefano Fait nella prima parte del libro – la visione per il futuro è ancora una mano tesa al passato. Più le etnie sono 'razzializzate', ossia tenute per quel che è possibile separate, più è facile che un Sudtirolese incroci un Altoatesino e non un individuo, e viceversa” (pag. 58). Nella seconda parte del volume, curata da Mauro Fattor, l'analisi prende spunto dalla più recente cronaca politica (vengono esaminati i programmi dei partiti per le elezioni amministrative dell'ottobre 2008) e cerca di distillare un modello interpretativo capace di chiarire quella specifica ideologia tirolese ritenuta responsabile – a partire dall'enfatizzazione di alcuni tratti della cultura contadina che metterebbero poi capo a un'indebita sovrapposizione tra sfera pubblica e privata – della nascita di una “comunità psicologica” in un certo senso congelata. Un modello familiare di tipo rigidamente gerarchico, una dialettica sociale sottoposta all'invariabile rapporto tra *Bauer* e *Knecht* e l'estensione del principio d'autorità su ogni ambito decisionale fisserebbero così la quintessenza di un “Tirolertum” visto come fattore di mancato sviluppo nel panorama delle “democrazie mature di tipo occidentale” (pag. 193). Proponendosi di contrastare questi esiti, gli autori tratteggiano un'alternativa al materialismo e al caos sociale – le basi di ogni reazione comunitaria – che punti alla nozione di individualità democratica, vale a dire un'opzione facente riferimento alla semplice umanità degli attori sociali. Scrive Fait: “è curioso che l'unica cosa reale e naturale, il fatto che apparteniamo alla specie umana, sia definito utopico e ingenuo, mentre le costruzioni dell'immaginazione come la patria o nazione, la religione, l'etnia ecc. in qualche misura sembrano naturali. Un diabolico meccanismo cognitivo per cui le persone si privano della loro forza per donarla a

un'idea. S'impoveriscono per 'assudditarsi' a un idolo. Come si può strappare un numero consistente di residenti in Alto Adige dall'ipnosi delle radici e della patria? Come li si convince che l'Alto Adige non è loro per diritto di nascita, che appartiene a loro come a chiunque altro, per il tempo in cui vi risiedono? Come si distrugge l'irragionevole pretesa di avere un qualche merito per il fatto, assolutamente casuale, di essere nato in un posto piuttosto che in un altro? Ma, soprattutto, come si giustifica l'ethos dell'individualità democratica o impersonalità empatica, l'unico idoneo ad affrontare i grandi rivolgimenti che ci attendono?" (pag. 125).

Lasciamo senz'altro a chi leggerà il libro il giudizio sull'utopia (o eventualmente l'ingenuità, per chi giudica ingenua le utopie) della soluzione qui suggerita. Le due più importanti obiezioni che si possono muovere al suo impianto riguardano, da un lato, la valutazione a mio avviso troppo severa dei risultati raggiunti dal processo autonomistico (prevale il rammarico su ciò che di positivo ancora non si è fatto, rilievo di per sé assolutamente legittimo, ma troppo parziale se disgiunto almeno dall'accenno alla negatività che è stata comunque arginata) e, dall'altro, l'evidente sbilanciamento di un'indagine mitologica che attribuisce all'ideologia tirolese la responsabilità maggiore, se non l'unica, per la stimolazione della macchina identitaria. Su quest'ultimo punto, nelle discussioni che ne hanno accompagnato e seguito l'uscita, Mauro Fattor ha sottolineato più volte che il libro è stato composto senza volersi piegare alla falsa etica della *politically correctness*, non cercando quindi di distribuire le critiche in modo simmetrico (eppure, in un altro luogo, lo stesso Fattor si augurava un riscontro negativo del libro non solo simmetrico, ma addirittura ecumenico: cfr. "*Ich hoffe, mein Buch gefällt niemandem*", in: *Der neue Südtiroler Tageszeitung*, 15. August 2010, intervista di Heinrich Schwarzer). Sorge a questo punto spontanea una domanda: è veramente possibile concentrarsi sui miti degli uni (in questo caso i tedeschi), senza comprendere che ogni costruzione mitologica acquista tutto il suo senso (anche) in opposizione ai miti di segno contrario? Ed è vero – come sostiene ancora Fattor nell'intervista citata – che, dal punto di vista mitologico, esiste solo un'identità del gruppo linguistico tedesco "*während die italienische Gemeinschaft bislang nichts hervorgebracht, was überhaupt würdig wäre analysiert zu werden*"?

All'inizio dell'anno 2012, quando dopo decenni d'inutili proteste (da parte del gruppo linguistico tedesco) e cocchie impuntature (della maggior parte degli esponenti politici e istituzionali italiani) è stato finalmente ufficializzato il via libera ai lavori di musealizzazione e storicizzazione del Monumento alla Vittoria, ecco come l'evento viene commentato dal Consigliere provinciale di Unitalia Donato Seppi con un comunicato stampa datato 4 gennaio e diffuso anche sul social network *face-*

*book*: “Unitalia si dichiara soddisfattissima del recupero e del restauro dei locali sottostanti l’opera del Piacentini che si aggiungono ai lavori di ristrutturazione del Monumento e, ancora di più, delle opere d’arte che essi racchiudono, restituite a nuovo splendore e ora finalmente libere dai vincoli di ogni speculazione anti italiana. La ragione è legata al fatto che tutto ciò che è stato e sarà realizzato creerà ancora maggiore attenzione ed imperituro interesse attorno a ciò che sta sopra al museo, regalando al Monumento nuovi motivi per rappresentare ciò che fino ad oggi ha, con orgoglio e fierezza, sempre rappresentato per l’Italia e per gli Italiani dell’Alto Adige”. Non conta tanto qui rilevare il comico fraintendimento delle finalità dell’operazione (la ristrutturazione del Monumento e l’apertura di uno spazio museale nella cripta non serviranno a dare “nuovo splendore” a quello che “sta sopra”, bensì a togliere qualsiasi dubbio riguardo al significato nefasto che una simile opera ha rappresentato per la città e per il difficile equilibrio della convivenza tra i maggiori gruppi linguistici della provincia). Quello che colpisce è – ancora una volta – la rivendicazione di un’identità culturale legata a doppio filo a un passato d’impronta colonialista. Purtroppo non è possibile affermare che le esternazioni di Seppi siano esclusivo patrimonio di una destra cialtrona ma tutto sommato minoritaria. Quando, appena un anno prima, in seguito a un accordo tra i parlamentari Svp e l’ex Ministro dei Beni Culturali del governo Berlusconi, Sandro Bondi (Pdl), la Giunta Provinciale di Bolzano ricevette il benestare per affrontare l’annosa questione dei “relitti fascisti”, la comunità italiana dell’Alto Adige, colta allora di sorpresa, fu percorsa da ondate di sdegno davanti all’ipotesi che alcuni monumenti (in primis il bassorilievo recante un gigantesco Mussolini a cavallo posto in piazza Tribunale, menzionato dal Ministro) venissero rimossi o contestualizzati mediante interventi che ne esibissero in modo inequivocabile il profilo ideologico. Persino l’ex sindaco di Bolzano Giovanni Benussi – solitamente ritenuto un politico dalle posizioni “moderate” – rilasciò una sconcertante dichiarazione secondo la quale il regime fascista “ha introdotto l’industrializzazione in Alto Adige, portando benessere” e quindi i sudtirolesi, invece che spostarla, dovrebbero “portare i fiori alla statua di Mussolini”.

Come si può vedere, un campo d’indagine ancora fertilissimo e bisognoso di essere analizzato con grande cura. Magari in un prossimo libro – sempre a cura di Fait e Fattor – esplicitamente dedicato ai miti italiani, alla loro perdurante mancata rielaborazione e alle difficoltà che una simile eredità hanno causato (e tuttora causano) nella difficile gestazione di un Alto Adige diverso.

Gabriele Di Luca

*gabrielediluca@yahoo.it*

**Michael Thöndl: Oswald Spengler in Italien. Kulturexport politischer Ideen der „Konservativen Revolution“. Berlin: Leipziger Universitätsverlag, 2010**

Wer in die italienische Version der Suchmaschine Google den Namen des deutschen Geschichtsphilosophen und politischen Schriftstellers Oswald Spengler eingibt, erhält immerhin rund 666.000 Einträge. Das Interesse an Spengler geht auf die aktuelle „politische, kulturelle und moralische Krise“ zurück, wie von den verschiedenen Autoren immer wieder betont wird. Europa befinde sich zwischen Untergang oder Erneuerung, wird etwa von der historischen und Neuen Rechten in Italien gewarnt, sodass es eines „gesunden Skeptizismus und teutonischen Realismus“ benötige, um die aktuellen und künftigen Entwicklungen verstehen zu können. Dass hier Spengler ein aktueller Ideenlieferant ist, liegt auf der Hand: In seinem Hauptwerk, dem „Untergang des Abendlandes“ geht er von der These aus, dass sich historische Abläufe nur innerhalb von Hochkulturen vollziehen. Die Geschichte aller Hochkulturen verlaufe dabei in zwei Zyklen zwischen Kultur und Zivilisation. In der Zivilisation sieht Spengler ein Degenerierungsphänomen, weil in einer solchen Gesellschaft die Fragen der ökonomischen Umverteilung höher bewertet werden als die Lebenssicherung gegenüber äußeren Herausforderungen. Dazu zählt auch das Spannungsverhältnis zwischen „Weißen“ und „Farbigen“, womit der wohl wichtigste politische Anknüpfungspunkt zur aktuellen Diskussion rund um Einwanderung, Entfremdung/Überfremdung und Leitkultur gegeben ist. Es bleibt nur noch anzumerken, dass für Spengler die Ära der Zivilisation mit der Demokratie zusammenfällt.

Spengler ist in Italien nicht erst nach 1945 rezipiert worden, sondern bereits während der Zeit des Faschismus, zumal Spengler im Duce Benito Mussolini, und nicht im Führer Adolf Hitler, den Genius der alten Kulturnationen gesehen hat.



Mit der Rezeption des Werks von Oswald Spengler im faschistischen Italien, vor allem durch Benito Mussolini selbst, sowie mit seiner Einordnung im Rahmen der „Konservativen Revolution“, setzt sich Michael Thöndl in seiner Publikation auseinander. Dabei weist Thöndl im Laufe seiner Arbeit immer wieder darauf hin, dass Spengler nicht nur in Italien stark rezipiert worden ist, sondern auch in anderen Ländern, nicht nur von Denkern, die Sympathien für autoritäre politische Systeme heg(t)en, sondern auch von Persönlichkeiten, die von solchen Denkmustern weit entfernt waren und sind. Thöndl zitiert beispielhaft Henry Kissinger, aber auch Hans Morgenthau oder Arnold J. Toynbee. Die von Spengler entwickelte Typologie der Abfolge von historischen Zeitläufen findet im bekannten Werk von Samuel P. Huntington „The Clash of Civilisation“ in einem gewissen Sinne seine Fortsetzung. Solche Aktualisierungen Spenglers finden sich darüber hinaus etwa auch bei Wolfgang Krebs und noch weiteren Autoren.

Thöndl beginnt seine Arbeit mit der kulturpolitischen Einordnung der Figur Spenglers und dessen Hauptwerk „Der Untergang des Abendlandes“. Dabei belegt er recht deutlich die Widersprüchlichkeit, die es im Verhältnis Spengler und Nationalsozialismus gab. Die Distanziertheit ab einem bestimmten Zeitpunkt zum Führer und seiner Bewegung hängt damit zusammen, dass Spengler nicht im Nationalsozialismus, sondern im Faschismus, nicht im Führer, sondern im Duce die aufsteigende Sonne einer neuen Welt sah, die nicht von der Zivilisation, sondern von der Kultur geprägt war. Dennoch wäre es vermessen zu behaupten, Spengler habe kein Naheverhältnis zum Nationalsozialismus gehabt.

Spengler wurde in Italien, vor allem auch wegen seiner so positiven Beurteilung des Faschismus, schon in den 20er Jahren rezipiert, nicht nur von der Wissenschaft, sondern von Mussolini selbst. Den Höhepunkt dieser Rezeption bildet wohl die Rezension Mussolinis von Spenglers Buch „Jahre der Entscheidung“ aus dem Jahre 1933. Mussolini war von diesem Werk Spenglers deshalb so begeistert, weil der Duce in Spenglers Buch als Prototyp eines neuen Cäsars jenseits der Alpen auf den Schild gehoben worden war und in eine historische Perspektive gerückt wurde, die einen programmatischen Kontrapunkt zur Massendemokratie darstellte.

Die Wertschätzung Spenglers durch Mussolini hat dem deutschen Autor die Tore zu einer weiteren und breiteren Rezeption geöffnet. Artikel über Spengler und seine Schriften erschienen während des Faschismus in der „Enciclopedia Italiana“, im „Dizionario di politica“ der Faschistischen Partei, während eine Reihe von weiteren Autoren sich mit Spenglers Thesen beschäftigt haben. Unter den zitierten und behandelten Autoren ist besonders Julius Evola hervorzuheben, der nicht nur aus

einer ideengeschichtlichen Perspektive, sondern auch aufgrund seines aktuellen politischen Einflusses eine wichtige Rolle in der Rezeption Spenglers spielt.

Evola hat als Theoretiker im italienischen Nachkriegsitalien innerhalb der neofaschistischen Szene eine wichtige Rolle gespielt. Die (theoretischen) Verbindungen zwischen Evola und Spengler, deren antibürgerliche Haltung und deren Zukunftsperspektiven haben innerhalb dieser neofaschistischen politischen Kultur immer eine bedeutende Rolle gespielt.

Michael Thöndl hat sich aber nicht nur mit der Rezeption Spenglers im faschistischen Italien beschäftigt, sondern er setzt sich in seiner Arbeit auch mit der Frage der „Konservativen Revolution“ auseinander. Seitdem sich Armin Mohler mit seinem gleichnamigen Werk „Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen“ (Dissertation 1949, veröffentlicht Stuttgart 1950) in die öffentliche Debatte eingebracht und dadurch das Denken rechtskonservativer Kreise maßgeblich mitgeprägt hat, ist der Kurztitel zu einem geflügelten Wort geworden, der über die Bewunderer Mohlers hinausgeht. Unter „Konservativer Revolution“ versteht Mohler eine antidemokratische, gegen die Weimarer Republik gerichtete Strömung des politischen Denkens, die sich im Dunstkreis des Nationalsozialismus befindet, ohne mit diesem aber eine Symbiose einzugehen. In seiner Untersuchung zählt Armin Mohler insgesamt 358 Autoren (darunter auch einige wenige Autorinnen) auf, die zu diesem weiten Kreis gezählt werden können.

Obgleich der Begriff in der Literatur mehr als umstritten ist, so bildet den kleinsten gemeinsamen Nenner dieser vielen ideologischen Flüsse im Meer des Rechtskonservatismus ein anti-emanzipatorischer und Demokratie-skeptischer bis ablehnender Duktus. Laut Mohler gehört Spengler dazu.

Thöndl ist mit seiner Publikation doppelt aktuell, wenn er sich mit Oswald Spengler in Italien auseinandersetzt. Der Warnruf von Benedetto Croce, sich vor Spengler in Acht zu nehmen, ist längst verhallt. Es war, wie Thöndl minutiös nachgewiesen hat, vor allem Mussolini selbst, der Spengler in Italien rezipiert und kommentiert hat, allerdings nur indem er jene Filetstücke seines Werkes herausgeschnitten hat, die in sein Weltbild passten. Im Windschatten des Duce haben sich verständlicherweise auch andere Denker Spenglers Werke angenommen. Erinnert sei hier etwa an Aniceto Del Massa, vor allem aber an Julius Evola. Spengler war kein „irgendwer“, fand er doch Eingang in die „Enciclopedia Italiana“ und in andere vom Faschismus herausgegebene Publikationen. Andererseits gab es im Ventennio auch Verrisse, die in den angeblichen Theorien Spenglers keinen theoretischen Wert erkennen konnten. Das gemeinsame Band, das Bewunderer und Gegner aber

einigte, war Spenglers negative Haltung gegenüber dem Marxismus und der Demokratie. Offensichtlich etwas wenig, um diesen Erkenntniswert in einen intellektuellen Mehrwert zu verwandeln, der eine breitere Wirkung hätte erzielen können. Spenglers (indirekter) Einfluss auf das Denken rechtsgerichteter Kreise in Italien der Nachkriegszeit war damals natürlich nicht vorauszusehen.

Thöndl weist zu Recht darauf hin, dass sich die Grenze zwischen „Konservativer Revolution“ und Faschismus auch dann auflöse, wenn man bedenke, dass Spengler unter all den Rezipienten ausgerechnet von Mussolini am meisten geschätzt wurde. Mussolini im Sinne Mohlers in die Ahnengalerie der „Konservativen Revolutionäre“ zu stellen, wäre allerdings eine ideengeschichtliche Zumutung. Thöndl weist hier auf einige Aspekte des Gedankengebäudes Spenglers hin, z.B. auf die Rassenfrage, die ihn in Italien vom Nationalsozialismus durchaus entfernt erscheinen ließen, während er aus der Sicht der „Konservativen Revolution“ dem NS-System durchaus ideologische Munition lieferte.

Jenseits von der Intention Thöndls, aufzeigen zu wollen, wie Spengler ideengeschichtlich im faschistischen Italien rezipiert worden ist, zeigt dieses Fallbeispiel auch noch recht gut, dass das politische Einparteiensystem Italiens unter dem Duce ein autoritäres und nicht wie das Deutsche Reich ein totalitäres Regime war. In Berlin wäre es undenkbar gewesen, dass dem Führer widersprochen wird. In Rom wurde die positive Meinung Mussolinis über Spengler von der Mehrheit der faschistischen Denker nicht geteilt, in faschistischen Publikationsorganen sogar dagegen polemisiert und geschrieben, Spengler mitunter auch verrissen.

Günther Pallaver

*guenther.pallaver@uibk.ac.at*

**Thomas Benedikter (Hg.): Den Grundsätzen treu geblieben. Alfons Benediktors Wirken für Südtirol im Spiegel der Erinnerung. St. Pauls bei Bozen: Prokopp & Hechensteiner, 2011**

Alfons Benedikter (1918–2010) hat die Autonomie Südtirols wesentlich mitgeprägt. Während er zuerst zu den Gegnern von Silvius Magnagos Paketlösung gehörte, stand er nach der wenn auch nur knappen Annahme des Pakets (1969) loyal an der Seite Magnagos bei dessen Umsetzung. Die Umsetzung des Pakets ist zweifelsohne Benediktors Werk. Aber vielleicht ist diese Feststellung Ausdruck einer verkürzten Sichtweise, wenn man immer wieder davon spricht, dass Magnago die politischen Verhandlungen mit Trient, Rom und Wien geführt hat, bei denen die großen Leitlinien der Autonomie festgelegt wurden, während Benedikter dann zur Implementierung schritt. Denn bei allen relevanten Verhandlungen, auch bei solchen, an denen Landeshauptmann und Parteiobmann Magnago nicht teilgenommen hat, wie etwa in New York vor der UNO oder in der 6er- und 12er-Kommission, war Benedikter immer dabei.

Wie im Buch anlässlich Benediktors ersten Todestages nachzulesen ist, belegen Anekdoten und Geschichten recht augenscheinlich seinen verbissenen, aber erfolgreichen Verhandlungsstil. In den römischen Ministerien war Benedikter fast schon gefürchtet, wenn er die Verhandlungspartner mit seinem umfassenden juristischen Wissen und mit seiner Willenskraft „in die Ecke“ argumentierte. Man könnte sich fast vorstellen, dass Benedikter sie physisch ausgezählt hat. Nicht umsonst schreibt Norbert Dall’Ò vom „Herz der Kampfmaschine“ (S. 34).

Magnago war sicherlich der charismatische Führer, der unumstrittene Leader der Südtiroler Volkspartei. Benedikter war dies sicherlich nicht. Aber in der Substanz lässt sich heute schwer nachvollziehen, wer von den beiden politischen Spitzenvertretern Südtirols die erste Geige gespielt hat. Silvius Magnago und Alfons

Benedikter waren die zwei Seiten ein- und derselben Medaille: Benedikter das „Alter Ego Magnagos“, wie Reinhard Olt schreibt (S. 9). Wer wen mehr beeinflusst hat bei der Konzeption und Umsetzung der politischen Lösungsmodelle, ist angesichts dieser symbiotischen Einheit irrelevant. Beide waren zudem, von ihrem Charakterzug her betrachtet, streng. Streng zu sich selbst und streng gegenüber den anderen. Benedikter und Magnago ließen keinen Beistrich ungeprüft passieren, setzten ihre Normen immer in einen Gesamtzusammenhang und bezogen diese nach der Trichtermethode immer auf den Schutz der deutsch- und ladinischsprachigen Minderheit. Wenn der damalige Landesrat für Kultur Anton Zelger mit seinem Satz in die Geschichte eingegangen ist: „Je klarer wir trennen, desto besser verstehen wir uns“, dann hätte diese Feststellung genauso von Magnago oder Benedikter stammen können.

Was die Frage der Macht im Lande betrifft, so war Benedikter so etwas wie die letzte Überwachungsinstanz aller Landesräte. Ich kann mich noch selbst gut erinnern, als in Hochschulfragen in den 70er-Jahren Landesrat Anton Zelger keinen Schritt setzte, ohne zuvor die Rechtsmeinung von Alfons Benedikter eingeholt zu haben. Das galt übrigens nicht nur für Zelger, sondern für alle Landesräte. Benedikter hatte immer das letzte (juristische) Wort. Ohne sein Plazet ging nichts.

Magnago und Benedikter gehörten der Wehrmachtsgeneration an, die keine große Schulung in Fragen der Demokratie erhalten hatte, aber aufgrund der Kriegserfahrungen – Magnagos sind tragischer als Benediktens – einen Grundwert zu schätzen gelernt hatte, nämlich den Grundwert des Friedens. Diesen Frieden wollte Benedikter wie Magnago für die eigene Sprachgruppe verwirklichen, die Zusammenarbeit mit den Italienern im Lande wurde auf das unerlässliche Minimum reduziert. Nach dem Rückzug Magnagos, der Machtübernahme der neuen SVP-Generation unter Luis Durnwalder und dem Bruch mit seiner Partei kehrte Benedikter dorthin zurück, wo er vor der Paketabstimmung gestanden war – gegen die Autonomie und für die Selbstbestimmung, weil er die juristische Verankerung der Autonomie als mangelhaft betrachtete und weil er sein eigenes Minderheitenmodell als für den Schutz der Minderheit zu schwach ansah. Dass es in Europa in der Zwischenzeit zu tiefgreifenden Transformationsprozessen gekommen war und der europäische Integrationsprozess dem Nationalstaat immer mehr Substanz abrang, hat Benedikter in seiner ganzen Tragweite nicht wahrhaben wollen. In diesem Sinne war er ein Mensch, der seinen Sozialisationsprozess den Wertvorstellungen des 19. Jahrhunderts verdankt, eingebettet in den Nationalitätenkampf der Habsburgermonarchie, der nach dem Ersten Weltkrieg in Italien in den Faschismus, in Österreich und Deutschland in den Nationalsozialismus mündete. In dieser Hinsicht unter-

schied sich Benedikter wahrscheinlich am deutlichsten von seinem Alter Ego Magnago. Benedikter konnte nicht loslassen, Magnago schon.

Benedikter war aber nicht nur ein *Workaholic* im Einsatz für die *äußere*, sondern auch für die *innere* Autonomie. Dies kam in seiner Raumordnung zum Landschaftsschutz zum Ausdruck. Nicht von ungefähr hielt kein Politiker die Grabrede, sondern der Obmann des Heimatpflegeverbandes (S. 139). Kaum war Benedikter politisch an den Rand gedrängt worden, wurde die Raumordnung als erste umgekrepelt und ausgehöhlt, zugunsten der wirtschaftlichen Ausbeutung.

Benedikter sprach in einem Interview davon, seinen Grundsätzen immer treu geblieben zu sein (S.142). Das mag stimmen, auch wenn er sich mitunter etwas verrannt und vielleicht den juristischen Wald vor lauter Bäumen nicht immer klar gesehen hat. Im Vergleich zu manch einem seiner Nachfolger, die ihn politisch entsorgt haben, bleibt Benedikter nach wie vor ein politischer Riese. Übrigens ein Riese, der persönlich anspruchslos und bescheiden blieb, ein Charakterzug, der Benedikter und seine Mitstreiter von damals von so manch einem seiner Nachfolger wohltuend unterscheidet.

Günther Pallaver

*guenther.pallaver@uibk.ac.at*

# Politika13

Informationen zur nächsten Ausgabe von Politika finden Sie unter [www.politika.bz.it](http://www.politika.bz.it) oder auf der Seite der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft: [www.powi.bz.it](http://www.powi.bz.it)

Per informazioni sulla prossima edizione di Politika vedi [www.politika.bz.it](http://www.politika.bz.it) o il sito della Società di Scienza Politica dell'Alto Adige: [www.powi.bz.it](http://www.powi.bz.it)

Nformazions per la proscima edizion de Politika pudëis giapé sot a [www.politika.bz.it](http://www.politika.bz.it) o sun la plata dla Sozietà de Südtirol per Scienza Politica [www.powi.bz.it](http://www.powi.bz.it)

Information on the next issue of Politika can be found on [www.politika.bz.it](http://www.politika.bz.it) or on the website of the South Tyrolean Political Science Association: [www.powi.bz.it](http://www.powi.bz.it)

**8. AutorInnen**  
**Autori**

A series of horizontal dashed lines for writing.



**Hermann Atz**, geboren 1953, Politikwissenschaftler und Physiker, leitet seit bald 20 Jahren – gemeinsam mit Helmuth Pörnbacher – das Institut für Sozialforschung und Demoskopie in Bozen (apollis) und lehrt daneben Statistik und Methodik an den Universitäten Innsbruck und Bozen. Seit den 80er-Jahren, als er noch im Landesinstitut für Statistik ASTAT tätig war, beschäftigt er sich mit Fragen des Zusammenlebens der Volksgruppen aus Sicht der Umfrageforschung und mit dem politischen System Südtirols.

*hermann.atz@apollis.it*

**Roland Benedikter** ist seit 2009 Europäischer Stiftungsprofessor für Soziologie mit Schwerpunkt Kontextuelle Politikanalyse an der University of California in Santa Barbara und Research Affiliate/Visiting Scholar am Europa-Zentrum der Stanford University. Er ist weiters *Full Fellow* des Potomac Instituts für Policy Studies Arlington, VA, und Vorstandsmitglied des Instituts für Kulturelle Intelligenz Washington DC.

*rben@stanford.edu*

**Thomas Benedikter**, geboren 1957 in Bozen, Volkswirt und Sozialforscher, arbeitet in der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung und als freischaffender Publizist. Seit 1983 ist er in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sowie in Menschenrechtsorganisationen mit Schwerpunkt ethnische Minderheiten aktiv (Lateinamerika, Balkan, Südasiens). Von 1992 bis 1998 leitete er die Südtiroler Sektion der Gesellschaft für bedrohte Völker. Von 2003 bis 2009 Zusammenarbeit mit dem Institut für Minderheitenrecht der EURAC Bozen. Ständige Mitarbeit bei verschiedenen Zeitschriften sowie bei der Initiative für mehr Demokratie.

*thomas.benedikter@dnet.it*

**Giuseppe De Cesare**, nato nel 1953. Laureato in giurisprudenza all'Università degli Studi di Perugia. Ha ricoperto vari incarichi a livello nazionale nella F.N.S.I. (Federazione Nazionale della Stampa) e nell'UsigRai (Sindacato dei giornalisti della Rai) di cui cura la parte giuridica del sito ([www.usigrai.it](http://www.usigrai.it)). Attualmente è capo servizio presso la Redazione in lingua italiana della Sede Rai di Bolzano e dal 2006 docente a contratto di Istituzioni di diritto pubblico presso la LUB. Tra i suoi ultimi lavori: "Il 'nomos' televisivo della Provincia di Bolzano", in: "Jahrbuch für Politik/Tirol und Südtirol 2003 – La politica in Tirolo e in Sudtirolo" 2003, Bolzano, 2004, 307–321; "Il giornalismo italiano nelle "gabbie etniche"", in: "Medienland Südtirol", Bolzano, 58–69; "La nuova giunta provinciale: le regole le procedure, la politica e la crisi dello Statuto materiale", in: Politika09, Bolzano, 293–321.  
*giuseppe@decesare.info*

**Peter Hilpold**, Univ.-Prof. Dr., lehrt Völkerrecht, Europarecht und Vergleichendes Öffentliches Recht an der Universität Innsbruck. Er lehrt außerdem an der Universität Padua. Er ist Autor von über 150 Publikationen in den erwähnten Fachbereichen und ständiger Mitarbeiter verschiedener wissenschaftlicher Zeitschriften sowie Herausgeber von Fachbuchreihen. Er ist Mitherausgeber der „Europa Ethnica“ und Träger zahlreicher wissenschaftlicher Auszeichnungen.  
*peter.hilpold@uibk.ac.at*

**Martin Larch** hat an der Universität Wien und am Institut für Höhere Studien (IHS/Wien) Volkswirtschaftslehre studiert und mit einem Doktorat abgeschlossen. 1993/94 hat er zudem einen Forschungsaufenthalt an der London School of Economics absolviert. Seit Juni 2000 arbeitet er für die Europäische Kommission in Brüssel, wo er gegenwärtig in der Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen die Abteilung zur Koordinierung der länderspezifischen Überwachung der Wirtschaftspolitik leitet. Für zwei Jahre war er im Beraterstab des Kommissionspräsidenten Jose Manuel Barroso. Die Schwerpunkte seiner beruflichen Tätigkeit liegen im Bereich der Makroökonomie und der öffentlichen Finanzen. Er hat zahlreiche Beiträge in wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriften und Büchern publiziert. Er ist gemeinsam mit Lars Jonung Mitherausgeber des Buches „Fiscal Policy Making in the European Union“, Routledge 2010.  
*Martin.Larch@ec.europa.eu*

**Günther Lengauer** ist seit 2009 *Senior Post-Doc Researcher* am Innsbrucker Institut für Politikwissenschaft und *Principal Investigator* der Austrian National Election Study (AUTNES). Er promovierte 2005 als Stipendiat der Akademie der Wissenschaften in Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck und schloss 2007 ein Master-Studium in *Communication* als Fulbright-Stipendiat an der University of Illinois in Chicago ab. Zwischen 1998 und 1999 absolvierte er den Lehrgang „Magazinjournalismus“ bei profil/Trend in Wien. Von 2003 bis 2004 war er freier wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ludwig-Boltzmann-Institut für Angewandte Politikforschung in Wien. Von 2004 bis 2009 leitete er die wissenschaftliche Research-Abteilung der APA-MediaWatch, Institut für Medienanalysen, in Innsbruck.

*guenther.lengauer@uibk.ac.at*

**Kris Krois** ist unabhängiger Designer mit Schwerpunkt Social Design und Angewandtes Design in München, seit 2011 *Associate Professor* für Design an der Fakultät für Design und Künste der Freien Universität Bozen.

*kris.krois@unibz.it*

**Roberta Medda-Windischer**, LL.M (Essex), PhD (Graz), è Senior Researcher presso l'Istituto per i Diritti delle Minoranze dell'Accademia Europea di Bolzano/Bozen (EURAC). È giurista internazionalista specializzata nella protezione dei diritti fondamentali e delle minoranze e su questi temi ha pubblicato molteplici contributi scientifici su riviste e volumi nazionali ed esteri. La sua ultima monografia è "Nuove Minoranze. Immigrazione tra diversità culturale e coesione sociale" (CEDAM, Padova, 2010).

<http://www.eurac.edu>

*Roberta.Medda@eurac.edu*

**Francesco Palermo** è professore di diritto pubblico comparato nella Facoltà di Giurisprudenza dell'Università di Verona e Direttore dell'Istituto per lo Studio del federalismo e del regionalismo dell'Accademia Europea di Bolzano. Nel 2006 ha assunto l'incarico di Senior Legal Adviser dell'Alto Commissario OSCE per le Minoranze Nazionali.

*Francesco.Palermo@eurac.edu*

**Günther Pallaver**, geboren 1955 in Bozen, ist Universitätsprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Er studierte Rechtswissenschaften (Dr. jur.), Geschichte und Politikwissenschaft (Dr. phil.) an den Universitäten, Innsbruck, Salzburg, Wien, Verona und London. 1991 legte er die Journalistenprüfung in Rom ab. Von 1987–1994 war er Journalist bei der Tageszeitung „Alto Adige“ (Deutsches Blatt) und beim Südtiroler Wochenmagazin „ff“ in Bozen. Seit 1995 ist er am Institut für Politikwissenschaft in Innsbruck tätig. Er ist der Gründer der Forschungsgruppe MediaWatch (Innsbruck/Wien). Er hat mehrere Gastprofessuren wahrgenommen und ist Präsident der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft.

<http://www.uibk.ac.at/politikwissenschaft/team/homepage-mitarbeiter/webpage-guenther-pallaver/index.html>  
[guenther.pallaver@uibk.ac.at](mailto:guenther.pallaver@uibk.ac.at)

**Christoph Perathoner**, geboren 1973, studierte Rechtswissenschaften und Politikwissenschaft/Geschichte und Betriebswirtschaftslehre. Er ist akademischer Europarechtsexperte, *Master of Advanced Studies in European Law* (LL.M.) und außerdem Rechtsanwalt mit Kanzlei in Bozen und Rom. Er verfasste verschiedene Publikationen zu juristischen und politologischen Themen, darunter: „Die Dolomitenladiner 1848–1918. Ethnisches Bewußtsein und politische Partizipation“ (Folio Verlag, 1998); Hilpold, Peter/Perathoner, Christoph (Hg.): „Die Ladiner. Eine Minderheit in der Minderheit.“ (Athesia, 2005)

[info@perathoner.it](mailto:info@perathoner.it)

**Nadja Thoma** studierte Altgriechisch und Musikerziehung, Deutsch als Fremdsprache und Orient-Studien in Wien und arbeitet seit 2009 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Deutsch als Fremdsprache an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Daneben ist sie in der Erwachsenen- und LehrerInnenweiterbildung tätig. 2004–2006: Forschungs- und Lehraufenthalte im Nahen Osten (Jordanien, Syrien). Forschungsschwerpunkte: Rassismuskritik, muslimische Jugendkulturen, Jugendkulturen in der Migration, HipHop, Schnittstelle Mehrsprachigkeit/Migration/Bildung/Macht.

[thoma@daf.lmu.de](mailto:thoma@daf.lmu.de)

**Andreas Trenker** ist Student an der Fakultät für Design und Künste im Bachelor-Studiengang Design. Er war unter anderem Teilnehmer am Landeswettbewerb der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol und verfasste eine Publikation zur Neugestaltung des Mussolini-Reliefs am Gerichtspatz Bozen. Außerdem absolvierte er zahlreiche Auslandsaufenthalte.

*andreas.trenker@unibz.it*

**Alessandra Zendron**, nata a Bolzano, laurea in Lettere a Padova. Pubblicista e storica. Collabora con Qt, Una Città, Carta EstNord. Presidente della Südtiroler Gesellschaft für Parkinson/Associazione Altoatesina per il Parkinson. Già programmista-regista Rai (temi principali: storia, minoranze, ambiente, urbanistica) 1979–1989 e dopo 2004; insegnante di seconda lingua italiano 1974–1979; consigliera regionale e presidente del Consiglio della Provincia Autonoma di Bolzano (1989–2003). Ha pubblicato tra l'altro "Quarant'anni fra Roma e Vienna", ERI 1987 (con P. Agostini); "OptionHeimatOpzioni", catalogo e mostra 1990 (con altri), "Mass media in Sudtirolo", in: "Südtirol Alto Adige. Eine Landschaft auf dem Prüfstand. Un paesaggio al banco di prova", a cura di W. Kreisel/F. V. Ruffini/T. Reeh/K. H. Pörtge, Lana 2010.

*alzena@alice.it*



STIFTUNG SÜDTIROLER SPARKASSE

---

FONDAZIONE CASSA DI RISPARMIO DI BOLZANO

1854

**Wir stiften Kultur**  
**Promuoviamo cultura**

**FAX**

Datum | Data

Edition Raetia  
Weintraubengasse 23 | Via Grappoli 23  
I-39100 Bozen | Bolzano  
Fax 0039/0471 976 908

## **POLITIKA 2012**

**Jahrbuch für Politik | Annuario di politica | anuer de pulitica**

Neuabonnenten bekommen die ersten drei Ausgaben von POLITIKA gratis dazu!  
I neo-abbonati riceveranno i primi tre numeri di POLITIKA gratis!

- Jahresabo | Abbonamento annuario | 24,90 Euro**  
zzgl. Porto und Verpackung\* | più spese postali e imballaggio\*
- Mitglieder- und Studentenabo\*\* | Abbonamento soci e studenti | 19,90 Euro**  
zzgl. Porto und Verpackung | più spese postali e imballaggio\*

Lieferadresse   Indirizzo di consegna	Rechnungsadresse   Indirizzo fatturazione
Name/Institution   Nome/Istituzione	
Straße   Via	
PLZ/Ort   CAP/Luogo	
Mwst-Nr.   Partita IVA	

Die Lieferung der aktuellen Ausgabe erfolgt alljährlich zum Erscheinungstermin und wird parallel dazu in Rechnung gestellt. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn nicht 12 Wochen vor Jahresende eine schriftliche Kündigung erfolgt.

La consegna dell'edizione attuale avviene annualmente in data di pubblicazione e sarà fatturata contemporaneamente. L'abbonamento si ritiene automaticamente prolungato per l'anno successivo, se non avviene disdetta scritta dodici settimane prima del 31 dicembre dell'anno corrente.

**Datum und Unterschrift | Data e Firma:**

---

\* Unsere geltenden Versand- und Geschäftsbedingungen finden Sie auf unserer Homepage [www.raetia.com](http://www.raetia.com)

Le informazioni sulle nostre condizioni generali di contratto e di spedizioni si trovano sul nostro sito [www.raetia.com](http://www.raetia.com)

\*\* Als Mitglied gilt, wer den Mitgliedsbeitrag des aktuellen Jahrs bezahlt hat. Studenten müssen eine Inskriptionsbestätigung mitsenden.

Vengono considerati soci tutti coloro che hanno versato la quota annuaria. Gli studenti sono pregati di allegare la conferma dell'immatricolazione.



